ALEXANDER SOLSCHENIZYN

Die russisch-jüdische Geschichte 1795-1916

»Zweihundert Jahre zusammen«



Russischer Originaltitel:
Dvesti let vmeste (1795-1995). Cast' 1

Moskau: Russkij put', 2001

Kapitel 1-5 wurden von Kurt Baudisch,
Kapitel 6-12 von Holger von Rauch übersetzt.

Anmerkung Ebook: Anmerkungen der Übersetzer und Fußnoten des Verfassers zur Übersichtlichkeit entfernt. Sie werden in einer späteren Version ergänzt.
∞ ch /pol/

F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München

Gesetzt aus der 11,5/14 Punkt Adobe-Garamond
Printed in Germany

ISBN 3-7766-2287-3

Inhalt

ZUM THEMA

Ein halbes Jahrhundert lang hat meine Arbeit an der Geschichte der russischen Revolution gedauert, und viele Male bin ich dabei auf die Frage der russisch-jüdischen Beziehungen gestoßen. Immer wieder wirkten sie sich einschneidend auf die Ereignisse aus, drangen wie ein Keil in die menschliche Psyche ein und peitschten Leidenschaften hoch. Ich habe nie die Hoffnung aufgegeben, dass sich vor mir ein Autor finden würde, der uns umfassend und ausgeglichen diesen glühenden Keil von beiden Seiten beleuchten wird.

Aber häufiger stoßen wir auf einseitige Vorwürfe, wobei es entweder um die Schuld der Russen gegenüber den Juden, ja sogar um die ewige Verderbtheit des russischen Volkes - und zwar reichlich - oder umgekehrt geht: Wenn jemand von den Russen über dieses gemeinsame Problem geschrieben hat, dann zum größten Teil jähzornig, überzogen, ohne auch nur sehen zu wollen, was man der anderen Seite als Verdienst anrechnen muss. Wage niemand zu sagen, es fehle an Publizisten - besonders bei den russischen Juden gibt es viele, weit mehr als bei den Russen. Aber trotz der glänzenden Auswahl an klugen Köpfen und an Talenten, die eine gewandte Feder führen können, ist bis heute noch keine solche Darstellung oder Schilderung unserer Geschichte erschienen, die bei beiden Seiten auf Verständnis gestoßen wäre. Man muss jedoch lernen, den Bogen nicht zu überspannen. Ich wäre froh, wenn ich meine Kräfte nicht an einem so heiklen Thema erproben müsste. Ich glaube aber, dass diese Geschichte - der Versuch, in sie einzudringen - nicht »verboten« bleiben darf. Die Geschichte der »jüdischen Frage« in Russland (und nur in Russland?)ist in erster Linie eine reiche Geschichte. Über sie zu schreiben, bedeutet, neue Stimmen zu hören und sie dem Leser zur Kenntnis zu bringen. (In diesem Buch kommen jüdische Stimmen viel mehr zu Wort als russische.)

Aber wegen der Schwankungen der öffentlichen Stimmung lautet die Frage häufiger so: Wie geht man über des Messers Schneide? Von beiden Seiten begegnet man ständig allen möglichen und unmöglichen Vorwürfen und Anschuldigungen.

Das Gefühl aber, das mich durch das Buch über das 200-jährige gemeinsame Leben des russischen und des jüdischen Volkes begleitet, ist die Suche nach allen Punkten einer einheitlichen Auffassung und nach allen möglichen Wegen, die gereinigt von der Bitterkeit der Vergangenheit in die Zukunft führen.

Wie alle anderen Völker, wie wir alle, ist das jüdische Volk sowohl ein aktives Subjekt als auch ein passives Objekt der Geschichte und hat nicht selten - sogar unbewusst - große Aufgaben, die ihm von der Geschichte aufgelegt wurden, erfüllt. »Die jüdische Frage« wurde von vielen Gesichtspunkten aus immer leidenschaftlich behandelt, doch ist man dabei oft auch der Gefahr der Selbsttäuschung erlegen. Denn das, was mit jedem Volk im Laufe der Geschichte geschah, wurde bei weitem nicht immer nur von einem Volk allein bestimmt, sondern auch von den umgebenden Völkern.

Eine zu große Hitzigkeit beider Seiten ist für beide erniedrigend. Es gibt jedoch keine Frage auf Erden, die von den Menschen nicht vernünftig erörtert werden kann. Leider haben sich im Gedächtnis der Völker gegenseitige Kränkungen angehäuft. Aber wann kommt man über etwas hinweg, wenn man über das Vorgefallene schweigt? Solange sich nicht jemand findet, der über die Volksmeinung klar schreibt, solange wird sie ein unverständliches und, schlimmer noch, bedrohliches Geheul sein.

Von den vergangenen 200 Jahren kann man sich nicht völlig abwenden. Und - dieser Planet ist klein geworden, trotz aller Umgliederungen sind wir wieder Nachbarn.

Ich habe dieses Buch lange beiseite gelegt und wäre froh gewesen, wenn ich nicht die Bürde hätte auf mich nehmen müssen, es zu schreiben, aber meine Tage sind gezählt, und ich muss mich an die Arbeit machen.

Niemals habe ich irgendjemandem das Recht zugebilligt, das, was war, zu verheimlichen. Ich kann auch nicht einer Übereinkunft zustimmen, die auf einer nicht wahrheitsgemäßen Darstellung der Vergangenheit beruht. Ich rufe beide Seiten — sowohl die russische als auch die jüdische — zum geduldigen gegenseitigen Verstehen und zur beiderseitigen Anerkennung ihres Anteils an der Sünde auf — und es ist so leicht, sich von ihr abzuwenden: denn das sind ja nicht wir ...

Ich bin aufrichtig bemüht, beide Seiten zu verstehen. Deshalb tauche ich in die Ereignisse ein, nicht in eine Polemik. Ich will etwas zeigen. Ich beginne nur in jenen unvermeidbaren Fällen zu streiten, wo die Wahrheit durch die Unwahrheit verdeckt ist. Ich wage zu hoffen, dass das Buch nicht den Zorn der Radikalen und Unversöhnlichen hervorrufen wird, sondern im Gegenteil der gegenseitigen Verständigung dienen wird. Ich hoffe, wohlmeinende Gesprächspartner sowohl unter den Juden als auch unter den Russen zu finden.

Der Verfasser versteht seine letzte Aufgabe so: für die Zukunft nach besten Kräften Ausschau zu halten nach für beide Seiten zugänglichen und guten Wegen der russisch-jüdischen Beziehungen.

1995

Dieses Buch habe ich nur ausgehend vom Diktat des historischen Materials und von der Suche nach günstigen Lösungen für die Zukunft geschrieben. Man darf jedoch eines nicht außer Acht lassen: In den letzten Jahren hat sich der Zustand Russlands in so katastrophaler Weise verändert, dass die zu untersuchende Frage stark in den Hintergrund gerückt ist und im Vergleich zu anderen heutigen russischen Problemen an Schärfe verloren hat.

2000

Der Kreis der Betrachtung

Welche Grenzen kann diese Darstellung haben?

Ich bin mir über die ganze Komplexität und den gewaltigen Umfang des Gegenstandes im Klaren. Ich weiß, dass er auch eine metaphysische Seite hat. Man behauptet sogar, man könne das jüdische Problem nur und ausschließlich auf der religiösen und mystischen Ebene verstehen. Das Vorhandensein einer solchen Ebene erkenne ich zweifellos an, aber obwohl darüber schon viele Bücher geschrieben worden sind, denke ich, dass sie den Menschen verschlossen und sogar Kennern grundsätzlich unzugänglich ist.

Und doch haben *alle* wesentlichen Schicksale der menschlichen Geschichte selbstverständlich auch mystische Verbindungen und Einflüsse - aber das hindert uns nicht daran, sie im historisch-reellen Zusammenhang zu betrachten. Und eine Beleuchtung von oben ist wohl kaum immer nötig für die Betrachtung der greifbaren Erscheinungen in unserer Nähe. In den Grenzen unserer irdischen Existenz können wir sowohl über die Russen als auch über die Juden nach irdischen Maßstäben urteilen. Die himmlischen dagegen überlassen wir Gott.

Ich möchte die Frage nur in den historischen, politischen, alltäglichen und kulturellen Zusammenhängen und fast nur im Rahmen des gemeinsamen 200-jährigen Lebens der Russen und Juden in einem Staat behandeln. Ich wage nicht einmal daran zu denken, die gewaltige drei- bis viertausendjährige Geschichte der Juden, die bereits in so vielen Büchern und in sorgfältig erstellten Enzyklopädien eindrucksvoll abgehandelt wurde, zu streifen. Ich will auch nicht auf die Geschichte der Juden in jenen Ländern eingehen, die uns am nächsten sind - Polen, Deutschland, Österreich-Ungarn. Ich konzentriere mich auf die russisch-jüdischen Beziehungen, dabei überwiegend auf das im Leben unserer beiden Völker so bedeutsame und katastrophale 20. Jahrhundert. Auf die schweren gegenseitigen Erfahrungen unserer Koexistenz, auch in dem Bemühen, das mangelnde Verständnis und die falschen Beschuldigungen zu beseitigen, jedoch auch an die berechtigten Beschuldigungen zu erinnern. Die Bücher, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erschienen sind, vermochten es bei weitem nicht diese Erfahrungen zu erfassen.

Natürlich kann dabei ein heute lebender Autor nicht die bereits ein halbes Jahrhundert währende Existenz des Staates Israel und dessen gewaltigen Einfluss auf das jüdische, und nicht nur jüdische, Leben in der ganzen Welt außer Acht lassen. Er kann auch nicht umhin, den Versuch zu unternehmen, und sei es zu seinem eigenen Verständnis, ein wenig in das Innenleben Israels und die dortigen geistigen Richtungen einzudringen — und dann kann sich das ungewollt nebenbei auch in diesem Buch widerspiegeln. Es wäre seitens des Autors eine große Anmaßung, wenn er sich hier über die Grundfragen des Zionismus und des Lebens von Israel ausließe. Ich schenke jedoch den Veröffentlichungen zeitgenössischer gebildeter russischer Juden große Aufmerksamkeit, die jahrzehntelang in der UdSSR gelebt haben, danach nach Israel übergesiedelt sind und auf diese Weise die Gelegenheit hatten, anhand ihrer eigenen Erfahrungen über viele jüdische Probleme gründlich nachzudenken.

Kapitel 1 - Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

In diesem Buch wird nicht die Präsenz der Juden in Russland vor dem Jahre 1772 erörtert. Auf einigen Seiten wollen wir jedoch im Folgenden an die ältere Periode erinnern.

Man kann davon ausgehen, dass sich die Wege der Russen und Juden zum ersten Mal in den Kriegen zwischen der Kiewer Russen und den Chasaren kreuzten - aber das stimmt nicht ganz, denn nur die Oberschicht der Chasaren war jüdischer Abstammung, sie selbst-waren Turkstämme, die den jüdischen Glauben angenommen hatten.

Wenn man den Darlegungen von Ju. D. Bruzkus folgt, einem angesehenen jüdischen Autor in der Mitte des 20. Jahrhunderts, so zog ein bestimmter Teil der Juden von Persien über den Derbentpass an die untere Wolga, wo ab 724 n. Chr. Itil, die Hauptstadt des Chasarenkhanats, entstand. Die Stammesfürsten der Turkochasaren (damals noch Götzenanbeter) wollten weder den muslimischen Glauben annehmen, um sich nicht dem Kalifen von Bagdad unterwerfen zu müssen, noch das Christentum, um der Bevormundung durch den byzantinischen Kaiser zu entgehen, und deshalb trat der Stamm um das Jahr 732 zum jüdischen Glauben über. Doch es gab auch eine jüdische Kolonie im Reich am Bosporus (Krim, Taman-Halbinsel), wohin Kaiser Hadrian im Jahre 137 nach dem Sieg über Bar Kochba jüdische Gefangene bringen ließ. Später hielt sich sowohl unter den Goten als auch unter den Hunnen kontinuierlich eine jüdische Bevölkerung auf der Krim, und besonders Kaffa (Feodosija) blieb jüdisch. 933 besetzte Fürst Igor zeitweilig Kertsch, Swjatoslaw, Igors Sohn, rang den Chasaren das Dongebiet ab. 969 beherrschte die Russen bereits das ganze Wolgagebiet mit Itil, und russische Schiffe erschienen bei Semender (an der Küste von Derbent). Nachkommen der Chasaren sind die Kumyken im Kaukasus, auf der Krim bildeten sie hingegen zusammen mit den Polowzern die Krimtataren. (Die Karäer und die jüdischen Bewohner der Krim traten aber nicht zum muslimischen Glauben über.) Die Chasaren wurden von Tamerlan endgültig besiegt.

Einige Forscher nehmen jedoch an (genaue Beweise fehlen), dass die Juden in einem bestimmten Umfang in westlicher und nordwestlicher Richtung durch den südrussischen Raum wanderten. So schreibt zum Beispiel der Orientalist und Semitologe Abraham Harkavy, dass die jüdische Gemeinde im künftigen Russland »aus Juden entstand, die von der Schwarzmeerküste und vom Kaukasus gekommen waren, wo ihre Vorfahren nach der assyrischen und babylonischen Gefangenschaft gelebt hatten«. Zu dieser Ansicht neigt auch Ju. D. Bruzkus. (Eine andere Meinung besagt, dass es sich um Reste der »verloren gegangenen« zehn Stämme Israels handelte.) Diese Migration endete vermutlich nach der Eroberung Tmutarakans (1097) durch die Polowzer. Nach Meinung Harkavys war die Umgangssprache dieser Juden zumindest seit dem 9. Jahrhundert das Slawische, und erst im 17. Jahrhundert, als die ukrainischen Juden vor Chmelnizkijs Pogromen nach Polen flohen, wurde das Jiddische der Juden in Polen ihre Sprache. Auf verschiedene Weise gelangten Juden auch nach Kiew und siedelten sich dort an. Schon unter Igor wurde der untere Teil der Stadt »Kosary« genannt; 933 brachte Igor gefangen genommene Juden aus Kertsch hierher. Dann kamen im Jahre 965 gefangen genommene Juden von der Krim, im Jahre 969 Kosaren aus Itil und aus Semender, im Jahre 989 aus Korsun (Cherson) und im Jahre 1017 aus Tmutarakan. In Kiew tauchten auch westliche Juden auf: im Zusammenhang mit dem Karawanenhandel von West nach Ost und vom Ende des 11.

Jahrhunderts an vielleicht aufgrund der Verfolgungen in Europa während des ersten Kreuzzuges.

Spätere Forscher bestätigen ebenfalls, dass im 11. Jahrhundert »das jüdische Element« in Kiew auf die Chasaren zurückzuführen sei. Sogar noch früher, an der Wende zum 10. Jahrhundert, war in Kiew das Vorhandensein einer »chasarischen Verwaltung und einer chasarischen Garnison« zu verzeichnen. Und schon »in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts spielte das jüdisch-chasarische Element in Kiew ... eine bedeutende Rolle«. Kiew war im 9. und 10. Jahrhundert multinational und ethnisch tolerant.

Ende des 10. Jahrhunderts, in jener Zeit, als Fürst Wladimir einen neuen Glauben für die Russen wählte, gab es also in Kiew nicht wenige Juden, und unter ihnen befanden sich gebildete Männer, die ihm die Annahme des jüdischen Glaubens vorschlugen. Die Wahl fiel aber anders aus als im Chasarenreich 250 Jahre zuvor. Karamsin gibt das so wieder: »Nachdem er [Wladimir] die Juden angehört hatte, fragte er, wo ihre Heimat sei. >In Jerusalem<, antworteten die Befürworter, >aber Gott hat uns im Zorn verjagt und in fremde Länder geschickte >Und ihr, die Gott bestraft hat, wagt es, andere zu belehren?<, sagte Wladimir. Wir wollen nicht wie ihr unser Vaterland verlieren. <« Nach der Christianisierung der Russen, so schreibt Bruzkus, trat auch ein Teil der chasarischen Juden in Kiew zum Christentum über, und vielleicht war einer von ihnen - Luka Shidjata - danach in Nowgorod sogar einer der ersten Bischöfe und geistlicher Schriftsteller.

Das Nebeneinander der christlichen und der jüdischen Religion in Kiew musste dazu führen, dass Gelehrte sie eifernd gegenüberstellten. Dadurch entstand das in der russischen Literatur bedeutende »Wort vom Gesetz und von der Gnade« (Mitte des 11. Jahrhunderts), das dazu beitrug, unter den Russen das christliche Bewusstsein für Jahrhunderte zu festigen. »Die Polemik ist hier so frisch und lebendig wie in den Briefen der Apostel. « Immerhin handelte es sich um das erste Jahrhundert des Christentums in Russland. Für die damaligen russischen Neophyten waren die Juden insbesondere in Bezug auf ihre religiösen Vorstellungen interessant, und gerade in Kiew gab es Möglichkeiten zu Kontakten mit ihnen. Dieses Interesse war größer als später bei der neuen Nachbarschaft: im 18. Jahrhundert.

Mehr als ein Jahrhundert nahmen dann die Juden intensiv am ausgedehnten Handel Kiews teil. »In den neuen Stadtmauern (ihr Bau wurde 1037 vollendet) gab es das Judentor, an das sich das jüdische Viertel anschloss. « Die Juden Kiews unterlagen keinen Beschränkungen, und die Fürsten verhielten sich ihnen gegenüber nicht feindselig, sondern gewährten ihnen sogar Schutz, besonders Swjatopolk Isjaslawitsch, da der Handel und der Unternehmungsgeist der Juden den Fürsten finanziellen Vorteil brachten.

Im Jahre 1113, als Wladimir (der später >Monomach< genannte) nach dem Tode Swjatopolks aus Gewissensgründen noch immer zögerte, früher als einer der Swjatoslawitscher den Kiewer Thron zu besteigen, »raubten Meuterer, die Anarchie ausnutzend, das Haus des Tausendschaftsführers Putjata und aller Juden aus, die in der Hauptstadt unter dem besonderen Schutz des habsüchtigen Swjatopolk gestanden hatten ... Ein Grund für die Kiewer Meuterei war anscheinend der Wucher der Juden: Wahrscheinlich knechteten sie, den damaligen Geldmangel ausnutzend, die Schuldner mit übermäßigen Zinsen. « (Es gibt z. B. im »Statut« Wladimir Monomachs Hinweise darauf, dass Kiewer Geldverleiher bis zu 50% Jahreszinsen nahmen.) Karamsin beruft sich dabei auf Chroniken und auf eine Ergänzung von W. N. Tatischtschew. Bei Tatischtschew finden wir ferner: »Danach verprügelte man viele Juden und

raubte ihre Häuser aus, weil sie den Christen viele Kränkungen und beim Handel mit ihnen großen Schaden zugefügt hatten. Viele von ihnen, die sich Schutz suchend bei ihrer Synagoge versammelt hatten, verteidigten sich, so gut es ging, und erflehten sich Zeit bis zur Ankunft: Wladimirs. « Aber als er gekommen war, »baten die Kiewer ihn alle um Genugtuung gegenüber den Juden, weil sie den Christen alle Gewerbe weggenommen und unter Swjatopolk viel Freiheit und Macht gehabt hatten ... Sie hatten auch viele zu ihrem Glauben überredet. «

Nach Meinung von M. N. Pokrowskij hatte der Kiewer Pogrom von 1113 sozialen und nicht nationalen Charakter. (Allerdings ist die Neigung dieses »klassenbewussten« Historikers zu sozialen Interpretationen wohl bekannt.)

Wladimir antwortete den Klägern, nachdem er den Kiewer Thron bestiegen hatte: »Weil viele [Juden] überall Zugang zu den verschiedenen Fürstentümern erhalten und sich angesiedelt haben, schickt es sich für mich nicht, ohne den Rat der Fürsten, umso mehr es auch gegen das Recht wäre ... , ihre Tötung und Beraubung zu erlauben, wobei viele Unschuldige umkommen können. Daher werde ich unverzüglich die Fürsten zusammenrufen, um Rat zu halten. « Im Rat wurde ein Gesetz über die Begrenzung der Zinsen angenommen, das Wladimir in Jaroslaws »Statut« einfügte. Karamsin berichtet, sich auf Tatischtschew berufend, dass Wladimir auf Beschluss des Rates »alle Juden verbannte und es von dieser Zeit an keine mehr in unserem Vaterland gab«. Aber sogleich schränkt er ein: »In den Chroniken dagegen heißt es, dass 1124 die Juden in Kiew [bei einem großen Brand] umkamen. Folglich waren sie nicht verbannt worden. « (Bruzkus erklärt, dass das »im besten Teil der Stadt ein ganzes Viertel war ... beim Jüdischen Tor neben dem Goldenen Tor«.)

Zumindest ein Jude genoss das Vertrauen von Andrej Bogoljubskij in Wladimir. »Unter den Vertrauten Andrejs befand sich auch ein gewisser Jefrem Moissitsch, dessen Vatersname Moissitsch oder Moissejewitsch auf seine jüdische Herkunft hindeutet«, und der sich nach den Worten des Chronisten unter den Anführern der Verschwörung befand, bei der Andrej ermordet wurde. Es gibt jedoch auch eine Aufzeichnung, die besagt, dass unter Andrej Bogoljubskij »viele Bulgaren und Juden aus den Wolgagebieten kamen und sich taufen ließen« und dass nach der Ermordung Andrejs sein Sohn Georgij nach Dagestan zu einem jüdischen Fürsten geflohen sei.

Überhaupt sind die Informationen über die Juden in der Zeit der Susdaler Russen dürftig, da dort ihre Zahl offenbar gering war.

Die »Jüdische Enzyklopädie« vermerkt, dass in den russischen Heldenliedern (Bylinen) der »Jüdische Zar« wie der Recke Shidowin in den alten Bylinen über Ilja und Dobrynja »eine beliebte allgemeine Bezeichnung für einen Feind des christlichen Glaubens« ist. Dabei kann es sich auch um Reste von Erinnerungen an den Kampf gegen die Chasaren handeln. Hier wird auch die religiöse Grundlage dieser Feindschaft und Ausgrenzung deutlich. Aus diesem Grund wurde Juden die Ansiedlung in der Moskauer Rus nicht gestattet.

Der Einfall der Tataren bereitete dem lebhaften Handel in der Kiewer Russen ein Ende, und viele Juden gingen anscheinend nach Polen. (Übrigens bestanden die jüdischen Siedlungen in Wolhynien und Galizien weiter, da sie kaum unter den einfallenden Tataren gelitten hatten.) Die Enzyklopädie teilt mit: »Während des Einfalls der Tataren (1239), die Kiew zerstörten, hatten auch die Juden zu leiden, aber in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurden sie von den Großfürsten eingeladen, sich in Kiew anzusiedeln, das sich unter der Oberherrschaft der

Tataren befand. Wegen der Sonderrechte, die den Juden auch in anderen Besitzungen der Tataren gewährt wurden, regte sich der Neid der Stadtbewohner gegen die Kiewer Juden. « Ähnliches geschah nicht nur in Kiew, sondern auch in den Städten Nordrusslands, die zur Zeit der Tatarenherrschaft »für viele moslemische Kaufleute aus Choresm oder Chiwa, die seit jeher im Handel und in den Finessen der Gewinnsucht erfahren waren, unter der Tatarenherrschaft zugänglich wurden: Diese Leute kauften den Tataren das Recht unserer Fürstentümer ab, Tribut zu erheben, verlangten übermäßige Zinsen von armen Leuten und erklärten im Falle ihrer Nichtzahlung die Schuldner zu ihren Sklaven, nahmen ihnen die Freiheit. Die Einwohner von Wladimir, Susdal, Rostow verloren schließlich die Geduld und erhoben sich einmütig beim Läuten der Wetsche-Glocken gegen diese Wucherer; einige wurden umgebracht und die übrigen verjagt. « Den Aufständischen drohte eine Strafexpedition des Khans, was aber durch Vermittlung Alexander Newskijs verhindert wurde. »In den Dokumenten des 15. Jahrhunderts werden Kiewer jüdische Steuerpächter erwähnt, die ein bedeutendes Vermögen besaßen. «

»Eine Wanderung von Juden aus Polen nach dem Osten, darunter auch nach Weißrussland, ist auch im 15. Jahrhundert zu verzeichnen: Pächter von Zöllen und anderen Abgaben gibt es in Minsk, Polozk« und in Smolensk, aber dort bildeten sich noch keine sesshaften Gemeinden heraus. Nach der kurzzeitigen Vertreibung der Juden aus Litauen (1495) setzte sich »die Bewegung in Richtung Osten mit besonderer Energie Anfang des 16. Jahrhunderts« fort.

Die Zahl der Juden, die in die Moskauer Rus einwanderten, war indes unbedeutend, obwohl »einflussreiche Juden damals keine Schwierigkeiten hatten, nach Moskau zu kommen«. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts vollzogen sich im Zentrum der geistigen und administrativen Macht der Russen scheinbar unmerkliche Veränderungen, die jedoch bedrohliche Unruhen nach sich ziehen oder tief greifende Folgen auf geistigem Gebiet haben konnten. Es handelte sich um die »Ketzerei der Judaisierenden«. Joseph von Wolokolamsk, der sie bekämpfte, bemerkte dazu: »Die gottesfürchtige russische Erde hatte seit den Zeiten von Olga und Wladimir eine ähnliche Verführung noch nicht erlebt. «

Es begann laut Karamsin so: Der Jude Secharja, der 1470 von Kiew nach Nowgorod gekommen war, »verstand es, dort zwei Geistliche, Dionissij und Alexij, zu verleiten; er versicherte ihnen, dass das Gesetz von Moses das einzig göttliche sei; dass die Geschichte vom Erlöser erfunden sei; dass Christus noch nicht geboren sei; dass man Ikonen nicht anbeten solle, usw. Es begann die jüdische Ketzerei. « Sergej Solowjow schreibt ergänzend darüber, dass Secharja das »mithilfe von fünf Komplizen, die auch Juden waren«, erreichte und dass diese Ketzerei »offenbar eine das Geheimnis der Hl. Dreifaltigkeit, die Gottheit Jesu Christi ablehnende Mischung von Judentum und christlichem Rationalismus« war. »Der Pope Alexij nannte sich Abraham, seine Frau nannte er Sarah und verdarb zusammen mit Dionissij viele Geistliche und Weltliche ... Aber es ist schwer verständlich, wie Secharja so leicht die Zahl seiner Nowgoroder Schüler vermehren konnte, wenn seine Weisheit einzig und allein in der Ablehnung des Christentums und in der Verherrlichung des Judentums bestand ... Wahrscheinlich verführte Secharja die Russen mit der jüdischen Kabbala, einer Lehre, die interessierte Unwissende fesselte und im 15. Jahrhundert, wo viele gebildete Leute ... in ihr die Lösung aller wichtigen Rätsel für den menschlichen Geist suchten, berühmt war. Die Kabbalisten rühmten sich ... , sie könnten ... alle Geheimnisse der Natur erkennen, die Träume erklären, die Zukunft prophezeien, Geister beschwören. «

Ju. I. Gessen, ein jüdischer Historiker des 20. Jahrhunderts, vertritt dagegen ohne Hinweis auf Quellen die Meinung: »Es steht fest, dass Juden weder an der Einführung der Ketzerei ... noch an ihrer Verbreitung beteiligt waren. « Die Enzyklopädie von Brockhaus und Efron erklärt: »Anscheinend spielte bei dieser Lehre das eigentlich jüdische Element keine besonders herausragende Rolle und beschränkte sich auf einige Rituale. « Die etwa zur gleichen Zeit erschienene »Jüdische Enzyklopädie« dagegen schreibt: »Die strittige Frage des jüdischen Einflusses auf die Sekte muss heute nach der Veröffentlichung des >Psalter der Judaisierenden< und anderer Denkmäler ... als im positiven Sinne gelöst betrachtet werden. «

»Die Nowgoroder Ketzer achteten auf ein ordentliches Äußeres, schienen demütige Faster zu sein und erfüllten eifrig alle Pflichten der Frömmigkeit«, sie »machten das Volk auf sich aufmerksam und trugen zur raschen Ausbreitung der Ketzerei bei«. Als nach dem Fall von Nowgorod Iwan III. die Stadt besuchte, nahm er die beiden ersten Ketzer, Alexij und Dionissij, wegen ihrer Frömmigkeit 1480 nach Moskau mit und beförderte sie zu Erzpriestern der Mariä-Himmelfahrts- und der Erzengelkathedrale des Kreml. »Mit ihnen wurde auch die Spaltung dorthin übertragen, deren Wurzel in Nowgorod blieb. Alexij erlangte die besondere Gunst des Herrschers, hatte freien Zugang zu ihm und verführte mit seiner Geheimlehre« nicht nur einige hohe Geistliche und Beamte, sondern bewog auch den Großfürsten, aus dem Kreise derer, die er zur Häresie verleitet hatte, den Archimandriten Sossima zum Metropoliten - d. h. zum Oberhaupt der ganzen russischen Kirche - zu machen. Außerdem verleitete er Jelena, die Schwiegertochter des Großfürsten, die Witwe Iwans des

Jüngeren und Mutter des Thronerben, des »gesegneten Enkelkindes Dmitrij«, zur Häresie. Der rasche Erfolg dieser Bewegung und die Leichtigkeit, mit der sie sich ausbreitete, sind erstaunlich. Das ist offensichtlich durch gegenseitiges Interesse zu erklären. »Als der >Psalter der Judaisierenden< und andere Werke, die den unerfahrenen russischen Leser verleiten wollten und manchmal eindeutig antichristlich waren, aus dem Hebräischen ins Russische übersetzt wurden, hätte man annehmen können, dass nur Juden und der Judaismus an ihnen interessiert gewesen wären. « Aber auch »der russische Leser war ... an den Übersetzungen jüdischer religiöser Texte interessiert« - und dies erklärt den »Erfolg, den die Propaganda der >Judaisierenden< in verschiedenen Schichten der Gesellschaft hatte«. Die Schärfe und Lebendigkeit dieses Kontakts erinnert an das, was in Kiew im 11. Jahrhundert entstanden war.

Der Nowgoroder Erzbischof Gennadij deckte jedoch 1487 die Ketzerei auf, schickte unwiderlegbare Beweise dafür nach Moskau, fahndete weiterhin nach der Ketzerei und entlarvte sie, bis 1490 das Kirchenkonzil (unter Führung des gerade erst zum Metropoliten beförderten Sossima) zusammentrat, um sich damit auseinander zu setzen. »Mit Schrecken hörten sie die Anklageschrift Gennadijs, ... dass diese Abtrünnigen Christus und die Muttergottes mit Worten beleidigen, auf die Kreuze spucken, die Ikonen Götzenbilder nennen, mit den Zähnen in sie hineinbeißen, sie an unreine Orte werfen, weder an das Himmelreich noch an die Wiederauferstehung der Toten glauben und Schwache verleiten, während sie vor eifrigen Christen verstummen. « »Aus dem Urteil [des Konzils] ist ersichtlich, dass die Judaisierenden Jesus Christus nicht als Gottessohn anerkannten, dass sie lehrten, der Messias sei nicht erschienen, dass sie den alttestamentischen Sabbattag statt des christlichen Sonntags begingen. «Auf dem Konzil wurde vorgeschlagen, die Ketzer hinzurichten - nach dem Willen Iwans III. wurden sie jedoch dazu verurteilt, eingekerkert zu werden, und die Ketzerei wurde verdammt. »Eine solche Strafe war verglichen mit der Rohheit des Jahrhunderts und dem Ernst der

Sittenverderbnis überaus mild. « Die Historiker erklären diese Zurückhaltung Iwans einhellig damit, dass sich die Ketzerei schon unter seinem eigenen Dach breit gemacht hatte, sie wurde von »bekannten, ihrem Einfluss nach mächtigen Leuten« betrieben, darunter von dem »wegen seiner Bildung und seiner Fähigkeiten berühmten« allmächtigen Beamten (sozusagen der »Außenminister«) Iwans, Fjodor Kurizyn. »Der merkwürdige Liberalismus Moskaus ging von der zeitweiligen >Diktatur des Herzens< F. Kurizyns aus. Den Zauber seines geheimen Salons genossen sogar der Großfürst und seine Schwiegertochter ... Die Ketzerei war keineswegs am Abflauen, sondern ... gedieh prächtig und breitete sich aus. Am Moskauer Hof ... waren Astrologie und Magie zusammen mit den Verlockungen einer pseudowissenschaftlichen Revision der ganzen mittelalterlichen Weltanschauung« recht verbreitet, das waren »Freigeisterei, die Verlockung der Erleuchtung und die Macht der Mode«.

Die »Jüdische Enzyklopädie« nimmt überdies an, dass Iwan III. »sich aus politischen Erwägungen nicht gegen die Ketzerei stellte. Mithilfe von Secharja hoffte er, seinen Einfluss in Litauen zu verstärken«, außerdem wollte er sich die Gunst der einflussreichen Juden auf der Krim bewahren: »des Fürsten und Herrschers der Taman-Halbinsel, Zacharias de Guisolfi«, und des Juden Hosi Kokos, eines Vertrauten des Khans Mengli Girai.

Nach dem Konzil von 1490 förderte Sossima noch mehrere Jahre lang eine Geheimgesellschaft, wurde dann aber selbst entdeckt, und 1494 befahl ihm der Großfürst, sich ohne Prozess und ohne Staub aufzuwirbeln, scheinbar freiwillig in ein Kloster zurückzuziehen. »Die Ketzerei ließ jedoch nicht nach: Eine Zeit lang (1498) ergriffen ihre Anhänger in Moskau fast die ganze Macht, und ihr Schützling Dmitrij, der Sohn der Fürstin Jelena, wurde zum Zaren gekrönt. « Bald versöhnte sich Iwan III. mit seiner Frau Sophia Palaiologos, und 1502 erbte ihr Sohn Wassilij den Thron. (Kurizyn war zu dieser Zeit bereits tot.) Von den Ketzern wurden die einen nach dem Konzil von 1504 verbrannt, die anderen ins Gefängnis geworfen, und die dritten flohen nach Litauen, »wo sie formell den mosaischen Glauben annahmen«.

Darauf hinzuweisen ist, dass die Überwindung der Ketzerei der »Judaisierenden« dem geistigen Leben des Moskauer Rus an der Wende zum 16. Jahrhundert Impulse verliehen hat und dazu beitrug, die Notwendigkeit von geistlicher Bildung, von Schulen für Geistliche zu erkennen; und mit dem Namen des Erzbischofs Gennadij ist das Sammeln und die Veröffentlichung der ersten kirchenslawischen Bibel verbunden, die es bis dahin als einen einheitlichen Textkorpus im christlichen Osten nicht gab. Mit der Erfindung des Buchdrucks wurde »nach 80 Jahren diese Bibel Gennadijs ... in Ostrog (1580/82) als erste kirchenslawische Bibel gedruckt; mit ihrem Erscheinen hatte sie den ganzen orthodoxen Osten überholt«. Auch Akademiemitglied S. F. Platonow gibt ein generalisierendes Urteil über diese Erscheinung: »Die Bewegung der >Judaisierenden< enthielt zweifellos Elemente des westeuropäischen Rationalismus ... Die Ketzerei wurde verurteilt; ihre Anhänger hatten zu leiden, aber die von ihnen erzeugte Stimmung der Kritik und Skepsis gegenüber dem Dogma und der kirchlichen Ordnung blieb. «

Die heutige »Jüdische Enzyklopädie« erinnert an »die These, dass eine extrem negative Haltung zum Judaismus und zu den Juden in der Moskauer Russen bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts dort unbekannt war«, und führt es auf diesen Kampf gegen die »Judaisierenden« zurück. Nach den geistigen und staatlichen Maßstäben der Ereignisse zu urteilen, ist das durchaus wahrscheinlich. Ju. Gessen aber bestreitet das: »Es ist bedeutsam, dass eine so spezifische Färbung der Ketzerei wie die >Judaisierende< den Erfolg der Sekte nicht

beeinträchtigte und keineswegs dazu führte, dass sich damals eine feindliche Einstellung zu den Juden entwickelte. «

Vom 13. bis zum 18. Jahrhundert entstand, gedieh und erstarkte im benachbarten Polen die in ihrer stabilen Lebensweise größte jüdische Gemeinschaft. Sie bildete die Grundlage des künftigen russischen Judentums, das bis zum 20. Jahrhundert der wichtigste Teil des Weltjudentums wurde. Vom 16. Jahrhundert an »übersiedelte eine bedeutende Anzahl polnischer und tschechischer Juden« in die Ukraine, nach Weißrussland und nach Litauen. Im 15. Jahrhundert reisten jüdische Kaufleute aus dem polnisch-litauischen Reich noch ungehindert nach Moskau. Aber das änderte sich unter Iwan dem Schrecklichen: Jüdischen Kaufleuten wurde die Einreise verboten. Als aber 1550 der polnische König Sigismund August verlangte, ihnen die freie Einreise nach Russland zu erlauben, lehnte Iwan dies mit folgenden Worten ab: »Wir wollen den Juden überhaupt nicht die Einreise in meine Lande erlauben, weil wir in unseren Landen kein Übel sehen wollen, sondern Gott gebe, dass die Leute in meinen Landen Ruhe vor jeder Aufwiegelung haben. Und du, unser Bruder, sollst uns künftig nicht wegen der Juden schreiben«, sie hätten die Russen »dem Christentum entfremdet, giftige Pflanzen in unsere Lande gebracht und unseren Leuten viel Böses angetan«.

Einer Legende zufolge soll Iwan IV. bei der Einnahme von Polozk 1563 aufgrund von Klagen russischer Einwohner »über schlimme Dinge und Drangsalierungen« durch Juden, Pächter und Bevollmächtigte polnischer Magnaten allen Juden befohlen haben, sich taufen zu lassen. Diejenigen, die sich weigerten, anscheinend etwa 300 Personen, sollten auf seinen Befehl hin in seiner Anwesenheit in der Dwina ertränkt werden. Aber vorsichtige Historiker, wie z. B. Ju. I. Gessen, bestätigen diese Version auch nicht in einer abgeschwächten Fassung und erwähnen sie nicht einmal.

Stattdessen schreibt Gessen, dass unter dem Falschen Dmitrij I. (1605/06) sowohl Juden als auch andere Ausländer »in verhältnismäßig großer Zahl« in Moskau aufgetaucht seien. Nach der »Zeit der Wirren«verlautete, der Falsche Dmitrij II. (der »Dieb von Tuschino«) sei ein »gebürtiger Jude«. (Über die Herkunft des »Diebes von Tuschino« geben die Quellen widersprüchliche Auskunft.) Die einen behaupten, er sei der aus der Ukraine stammende Popensohn Matwej Werjowkin oder »ein Jude ... wie es in den zeitgenössischen staatlichen Akten steht« gewesen, er verstand, »wenn man einem fremdländischen Historiker glauben soll, auch die hebräische Sprache, las den Talmud und die Bücher der Rabbiner«, »Sigismund schickte, einen Juden, der Dmitrij Zarewitsch genannt wurde«. In der »Jüdischen Enzyklopädie« steht: »Zum Gefolge des Falschen Dmitrij gehörten Juden, die bei seiner Entthronung zu leiden hatten. Einigen Angaben zufolge ... war der Falsche Dmitrij II. ein zum christlichen Glauben übergetretener Jude und hatte im Gefolge des Falschen Dmitrij I. gedient. «

Nach der »Zeit der Wirren« hatten die Menschen, die aus den polnisch-litauischen Gebieten herbeigeströmt waren, in Russland eingeschränkte

Rechte, und »die polnisch-litauischen Juden mussten in dieser Hinsicht das Schicksal ihrer Mitbürger teilen«, denen es verboten war, mit Waren nach Moskau und in die Städte jenseits der Moskwa zu reisen. (Im Vertrag der Moskowiter mit den Polen über die Thronbesteigung Wladyslaws wurde festgelegt: »Niemand darf zur römischen und zu anderen Konfessionen überredet werden, und Juden dürfen nicht zum Handel in das Moskauer Reich einreisen. « Anderen Quellen zufolge hatten jüdische Händler nach der »Zeit der Wirren« auch nach Moskau freien Zugang.) »Widersprüchliche Anordnungen deuten daraufhin, dass Michail

Fjodorowitschs Regierung keine prinzipielle Politik gegenüber Juden verfolgte ... [und] sich tolerant zu den Juden verhielt. «

»Während der Regierungszeit von Alexej Michajlowitsch gibt es viel Material über den Aufenthalt der Juden in Russland - im >Uloshenie<, dem Gesetzbuch, sind keinerlei Beschränkungen für Juden enthalten ... Sie hatten damals freien Zutritt zu allen russischen Städten, einschließlich Moskau. « Wie Gessen schreibt, gab es unter denen, die beim russischen Angriff auf Litauen in den I630er-Jahren in russische Gefangenschaft gerieten, nicht wenige Juden, »für sie galten die gleichen Vorschriften wie für die anderen«. Nach den Kriegshandlungen in den 50er- und 60er-Jahren »erschienen im Moskauer Reich erneut gefangen genommene Juden, und zu ihnen verhielt man sich nicht schlechter als zu den übrigen Gefangenen«. Nach dem Frieden von Andrussowo [1667] wurde den Juden vorgeschlagen, »im Lande zu bleiben. Viele machten offenbar davon Gebrauch. « Andere konvertierten zum Christentum, und »einige Gefangene waren Begründer russischer Adelsfamilien«. (Eine kleine Anzahl von Getauften siedelte sich im 17. Jahrhundert auch am Don in der Stanniza Starotscherkasskaja an, und etwa ein Dutzend Kosakenfamilien stammen von ihnen ab.) Etwa um das gleiche Jahr 1667 schrieb der Engländer Samuel Collins: »Seit kurzer Zeit haben sich die Juden auf sonderbare Weise in Stadt und Hof eingeschlichen, und zwar durch Vermittlung eines jüdischen Wundarztes. «

Unter Fjodor Alexejewitsch erging der Befehl: »Von Juden, die künftig heimlich mit Waren nach Moskau kommen«, werden am Zollamt keine Waren angenommen werden, »denn es ist nicht erlaubt, Juden mit und ohne Waren aus Smolensk durchzulassen«. Aber »die Praxis entsprach ... nicht dieser theoretischen Vorschrift«.

In die Anfangsjahre (1702) der Regierungszeit Peters I. fällt in Zusammenhang mit seinem Manifest, das kunstfertige Ausländer einlud, nach Russland zu kommen, eine einschränkende Bemerkung über die Juden: »Ich möchte ... bei mir Heber die besten Leute muslimischen und heidnischen Glaubens sehen als Juden. Sie sind Spitzbuben und Betrüger. Ich merze das Übel aus und vermehre es nicht, für sie wird es in Russland weder Wohnung noch Handel geben, so sehr sie sich auch darum bemühen und wie sie auch meine Vertrauten bestechen mögen. «

Aber während der gesamten Regierungszeit Peters I. gibt es keine Informationen über Beschränkungen für Juden, es wurde kein einziges Gesetz erlassen, das sie eingeschränkt hätte. Im Gegenteil, angesichts des allgemeinen Wohlwollens gegenüber Ausländern konnten sich auch Juden frei betätigen, und was ihre zunehmende Unersetzbarkeit betrifft, so finden wir Juden in der nächsten Nähe des Imperators: den Vizekanzler Baron Pjotr Schafirow (ein bedeutender und verdienter Mann, der aber auch zu Gaunereien neigte, wofür ihn Peter I. persönlich bestrafte, und gegen den auch der Senat nach Peters Tod eine Untersuchung durchfuhren ließ); seine Großneffen Abram Wesselowskij, einen sehr nahen Vertrauten Peters, und Isaak Wesselowskij; Antonio Manuel Graf De Vieira, den ersten Generalpolizeimeister von Petersburg; Viviere, den Chef der Geheimpolizei; den Hofnarr Akosta und andere. In einem Brief an A. Wesselowskij schrieb Peter einmal: »Mir ist jedoch vollkommen gleichgültig, ob ein Mensch getauft oder beschnitten ist, er muss nur seine Sache verstehen und sich durch Anständigkeit auszeichnen. « Jüdische Handelshäuser aus Deutschland fragten an, ob die russische Regierung ihnen für den Handel mit Persien in Russland Sicherheit garantieren würde, aber diese Zusicherung erhielten sie nie.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts entwickelten Juden auch in Kleinrussland ihre Handelstätigkeit; dies geschah ein Jahr, bevor großrussische Kaufleute dieses Recht erhielten. Hetman Skoropadskij erließ mehrere Male Befehle über die Ausweisung der Juden, aber sie wurden nicht befolgt, und die Zahl der Juden in Kleinrussland nahm im Gegenteil ständig zu.

Katharina I. verfügte 1727 kurz vor ihrem Tode auf Drängen von Menschikow, die Juden aus der Ukraine (hier »könnte die Beteiligung der Juden am Branntweingeschäft eine Rolle gespielt haben«) und aus russischen Städten auszuweisen. Aber dieser Anordnung wurde nicht einmal ein Jahr lang nachgekommen, auch wenn ihr anfangs bis zu einem gewissen Grade Folge geleistet wurde.

1728, unter Peter II. , wurde »Juden als nützlichen Leuten für den Handel im Gebiet« die Einreise nach »Kleinrussland« gestattet, und zwar zunächst zum »zeitweiligen Besuch«, aber »der zeitweilige Besuch verwandelte sich selbstverständlich nach und nach in einen ständigen Aufenthalt«, wofür sich Gründe fanden. Unter Anna wurde dieses Recht 1731 auf das Smolensker Gouvernement und 1734 auch auf die »Slobodskaja Ukrajna« (das Gebiet nordöstlich von Poltawa) ausgedehnt. Gleichzeitig wurden Juden als Pächter von Gutsbesitzern und im Branntweinhandel zugelassen, und 1736 wurde Juden auch gestattet, Wodka aus Polen zu liefern und an staatliche Schänken in Großrussland zu verkaufen.

Zu erwähnen ist auch der Financier Levy Lipman aus dem Baltikum. Als die künftige Zarin Anna Iwanowna noch in Kurland lebte, benötigte sie dringend Geld, »und möglich ist, dass Lipman schon damals Gelegenheit hatte, ihr nützlich zu sein«. Schon unter Peter I. war er nach Petersburg übergesiedelt. Unter Peter II. »wird er zum Finanzagenten oder Juwelier am russischen Hofe«. Bei der Thronbesteigung Anna Iwanownas erhält er »wichtige Verbindungen am Hofe« und den Rang eines Oberhofkommissars. »Da er unmittelbare Kontakte zur Zarin unterhielt, hatte er auch besonders enge Beziehungen zu ihrem Favoriten Biron ... Zeitgenossen behaupteten, dass ... Biron sich an ihn wandte, um sich Ratschläge zu Fragen der russischen Staatsverwaltung zu holen. Einer der Botschafter am russischen Hof schrieb,... man könne sagen,... dass >Lipman Russland regierte« Später wurden diese Urteile von Zeitgenossen etwas abgemildert. Doch Biron »übertrug ihm [Lipman] fast die gesamte Finanzverwaltung und gewährte ihm verschiedene Handelsmonopole«. (»Lipman übte seine Funktionen am Hofe selbst dann noch aus, als Anna Leopoldowna ... Biron verbannte. «)

Auch auf die allgemeine Einstellung Anna Iwanownas zu den Juden hatte Lipman einen gewissen Einfluss. Bei ihrer Thronbesteigung 1730 äußerte sie zwar in einem Brief an ihren Botschafter beim ukrainischen Hetman ihre Besorgnis. Sie schrieb: »Wir hören, dass sich eine sehr geringe Zahl von Kleinrussen dem kaufmännischen Gewerbe zuwendet, aber Griechen, Türken und Juden viel mehr Handel treiben« (woraus man erneut schließen kann, dass die Ausweisung 1727 nicht wirklich vollzogen worden war), doch wurde auch Annas Erlassen — 1739 über das Verbot, an Juden Land in Kleinrussland zu verpachten, und 1740 über die Ausweisung von rund 600 Juden - nicht nachgekommen. (Außerdem standen ihrer Realisierung natürlich auch noch die Interessen der Gutsherren entgegen.)

Elisabeth erließ jedoch ein Jahr nach ihrer Thronbesteigung einen Ukas (Dezember 1742): »In unserem ganzen Reich ist es Juden verboten zu wohnen; doch uns wurde jetzt bekannt, dass sich diese Juden noch in unserem Reich befinden und besonders in Kleinrussland unter verschiedenen Vorwänden ihren Aufenthalt fortsetzen, was keinerlei Nutzen bringt; aber weil von solchen Hassern des Namens unseres Erlösers Jesu Christi unsere treuen Untertanen nur

größten Schaden erwarten müssen, befehlen wir: Aus unserem ganzen Reich sind alle Juden männlichen und weiblichen Geschlechts mitsamt ihrem ganzen Besitz unverzüglich über die Grenze zu schicken und künftig nicht wieder hereinzulassen, es sei denn, jemand von ihnen möchte sich zur griechisch-christlichen Religion bekennen. «

Dies war dieselbe religiöse Intoleranz, die jahrhundertelang Europa erschütterte. Die damalige Denkweise war durch keine besonders russische oder ausschließlich judenfeindliche Gesinnung gekennzeichnet. Unter Christen wurde die religiöse Intoleranz mit nicht geringerer Grausamkeit praktiziert. So wurden in Russland auch Altgläubige, d. h. Menschen des gleichen orthodoxen Glaubens, mit Feuer und Schwert verfolgt.

Dieser Ukas von Elisabeth »wurde allgemein bekannt gemacht. Aber sofort wurde versucht, die Herrscherin zum Einlenken zu bewegen. « Die Militärkanzlei meldete dem Senat aus der Ukraine, dass schon 140 Menschen ausgewiesen wurden, dass aber »das Verbot für Juden, Waren einzuführen, eine Verringerung der Staatseinnahmen zur Folge haben wird«. Der Senat erstattete der Zarin darüber Bericht, dass »der Handel sowohl in Kleinrussland als auch in den Ostseeprovinzen durch den vorjährigen Ukas, Juden nicht ins Reich hereinzulassen, einen großen Schaden erlitten hat und auch die Staatskasse durch die Verringerung der Zolleinnahmen Einbußen erleiden wird«. Die Zarin antwortete darauf mit der Resolution: »Von den Feinden Christi will ich keinen Gewinn haben. «

Gessen schlussfolgert, dass »Russland unter Elisabeth judenfrei blieb«. Ein anderer jüdischer Historiker, Simon Dubnow, schreibt, unter Elisabeth seien, wie »ein zeitgenössischer Historiker geschätzt hat, um das Jahr 1753 ... 35.000 Juden aus Russland vertrieben worden«. Diese Zahl steht jedoch im krassen Gegensatz zu der Anordnung, die Anna Iwanow- na drei Jahre zuvor erlassen hatte und die nicht befolgt worden war, nämlich, aus der ganzen Ukraine etwa 600 Juden auszuweisen, sowie zum Bericht des Senats an Elisabeth darüber, dass 142 Juden des Landes verwiesen wurden. W. I. Telnikow äußert die Vermutung, dass es jenen »zeitgenössischen Historiker«, von dem diese Schätzung stammt, gar nicht gegeben hat, wohingegen der »zeitgenössische Historiker«, den Dubnow aus irgendeinem Grund nicht präziser angegeben hat, Ernst Herrmann war, der diese Zahl genau 100 Jahre später, 1853, veröffentlichte, und zwar wiederum ohne jede Quellenangabe, aber mit einer merkwürdigen Ergänzung, nämlich, dass den Juden »bei Lebensstrafe anbefohlen (wurde), das Land zu räumen«, was zeigt, dass dieser Historiker nicht einmal wusste, dass gerade Elisabeth bei ihrer Thronbesteigung jede Todesstrafe in Russland (wiederum aus religiösen Beweggründen) abgeschafft hatte. Telnikow bemerkt dazu, dass der bedeutende jüdische Historiker Heinrich Graetz nichts über die Ausführung dieser Befehle Elisabeths schreibt. Auch nach Meinung von G. Sliosberg wurden während der Regierungszeit von Elisabeth nur »Versuche zur Ausweisung der Juden aus der Ukraine unternommen«.

Wahrscheinlicher ist, dass Eliasbeths Erlass wegen des starken Widerstandes seitens der Juden, der Gutsbesitzer und auch des Staatsapparates genauso wenig oder nur teilweise ausgeführt wurde wie die vorhergehenden dieser Art.

Unter Elisabeth bekleideten Juden ebenfalls wichtige Posten. Der Diplomat Isaak Wesselowskij wurde wieder mit staatlichen Aufgaben betraut und »mit Gnadenbezeugungen der Zarin« überhäuft - und er schloss sich auch der Bitte des Kanzlers A. Bestushew-Rjumin an, die Juden nicht des Landes zu verweisen. (Später erteilte er dem Thronfolger, dem künftigen Peter III. , Russischunterricht, und sein Bruder Fjodor wurde gegen Ende von Elisabeths

Regierungszeit Kurator der Moskauer Universität.) Zu erwähnen ist auch der Aufstieg des sächsischen Kaufmanns Grünstein, eines Lutheraners, der, nachdem er beim Handel mit Persien keinen Erfolg gehabt hatte und dort in Gefangenschaft geraten war, zum orthodoxen Glauben konvertierte. Er trat in das Preobrashensker Regiment ein, befand sich unter den aktiven Teilnehmern an dem Umsturz, der Elisabeth auf den Thron brachte, erhielt zur Belohnung den Rang eines Adjutanten, wurde in den Erbadel aufgenommen und bekam nicht mehr und nicht weniger als 927 Leibeigene geschenkt. (Wie willkürlich doch selbst die gläubigsten Zaren mit Leibeigenen umgingen!) Aber danach »vernebelte der Erfolg Grünstein den Kopf«. Mal drohte er, den Generalstaatsanwalt umzubringen, mal beschimpfte und verprügelte er auf einem nächtlichen Weg, ohne zu wissen, wer es war, einen Verwandten des Zarinnengünstlings Alexej Rasumowskij. Die »Schlägerei am Wege« ließ man ihm nicht durchgehen, und er wurde nach Ustjug verbannt.

Peter III. hatte während seiner nur halbjährigen Regierungszeit keine Gelegenheit, sich in der Judenfrage hervorzutun. (Vielleicht hatte aber ein gewisser »Jude Mussafi, durch den Anleihen getätigt worden waren«, eine Narbe in seiner Seele hinterlassen; dies geschah in Peters Jugendzeit in Holstein, als diese Schulden die Kasse des Herzogtums Holstein ruinierten und Mussafi »untertauchte, sobald die Volljährigkeit des Großfürsten bekannt gegeben wurde«.)

War es ein Zufall, dass gleich beim ersten Erscheinen der neuen Zarin Katharina II. im Senat die Frage behandelt wurde, ob Juden gestattet werden solle, nach Russland zu kommen? (Die Mehrheit des Senats neigte bereits dazu.) Katharina hinterließ - offenbar um sich vor der europäischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen - eine Notiz darüber, wie das vor sich ging. Einer der Senatoren verlas sogleich die ablehnende Entscheidung Elisabeths. Katharina empfand großes Wohlwollen für den Vorschlag zugunsten der Juden, fühlte sich aber nach dem Umsturz noch unsicher und hob zudem ihr eigenes orthodoxes Neophytentum hervor. »Die Regierungszeit mit einem Ukas über die freie Einreise der Juden zu beginnen, wäre ein schlechtes Mittel zur Beruhigung der Gemüter gewesen; es war jedoch unmöglich, die freie Einreise der Juden als schädlich anzuerkennen. « Katharina befahl, die Behandlung des Vorschlags zu vertagen. Erst einige Monate später hieß es in dem Manifest, das Ausländern erlaubte, sich in Russland anzusiedeln: »außer Juden«. (Zehn Jahre später erklärte sie gegenüber Diderot, die Judenfrage sei damals zu ungelegener Zeit aufgeworfen worden.)

Der Augenblick war jedoch als richtig empfunden worden, denn Juden im Ausland bemühten sich, Zugang nach Russland zu erhalten, und wurden von Fürsprechern in Petersburg, Riga und der Ukraine unterstützt: Der dortige Handel sollte, so hieß es, »dadurch gestärkt werden, dass Juden wie allen übrigen ausländischen Kaufleuten der freie Besuch von Märkten in Kleinrussland erlaubt werde«.

Die Zarin war zwar geneigt, der Bitte dieser Fürsprecher nachzukommen, fürchtete aber noch immer um ihre orthodoxe Reputation und war gezwungen - zum Mittel der Konspiration zu greifen! Sie fand einen Ausweg darin, dass sie unter Umgehung ihrer eigenen Gesetze einige jüdische Kaufleute mit der Kolonialisierung des erst vor kurzem eroberten Gebiets von Neurussland beauftragte, das noch immer eine Wüste war, und die Leitung des Unternehmens in Riga zu konzentrieren, wobei jedoch sorgfältig die Nationalität dieser Juden geheim gehalten wurde, die in allen Dokumenten als »Kaufleute von Neurussland« bezeichnet wurden. In Wirklichkeit trieben die Juden, die eingeladen worden waren und sich in Riga niedergelassen hatten, »hier ihren üblichen Handel«. Außerdem nutzte Katharina tatsächlich »jede

Gelegenheit, Juden in Neurussland anzusiedeln, wenn dies offiziell nicht allzu bekannt wurde«, und daher wählte sie Juden aus Litauen, Polen, von denjenigen, die in türkischer Gefangenschaft, und solchen, die den Hajdamaken entflohen waren.

Inzwischen schrieb man das Jahr 1772, und es fand die Erste Teilung Polens statt, bei der sich Russland Weißrussland, das rund 100.000 jüdische Einwohner hatte, wieder zurückholte. Hier beginnt ein wichtiger historischer Zeitabschnitt, in dem sich zum ersten Mal der jüdische und der russische Schicksalsweg kreuzten.

Vom 11. Jahrhundert an siedelten sich immer mehr Juden in polnischen Gebieten an; die Fürsten und später die Könige stellten »alle möglichen rührigen, unternehmungslustigen Auswanderer« aus Westeuropa unter ihren Schutz. Die Juden erhielten den Schutz des Königs und mehrfach Sonderrechte (im 13. Jahrhundert von Boleslaw dem Frommen, im 14. Jahrhundert von Kasimir dem Großen, im 16. Jahrhundert von Sigismund I. und von Stephan Bäthory), obwohl sich das manchmal mit Repressalien abwechselte (im 15. Jahrhundert unter Wladislaw Jagiello und unter Alexander, dem Sohn des Kasimir; in diesem Jahrhundert gab es auch zwei Judenpogrome in Krakau). Im 16. Jahrhundert wurden in einigen polnischen Städten Ghettos, zum Teil zum Schutze der Juden, errichtet. Die katholische Geistlichkeit legte eine beständige feindselige Haltung gegenüber Juden an den Tag. Aber das im Allgemeinen ausgewogene Leben erwies sich für die Juden offenbar als günstig, denn »in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wuchs die jüdische Bevölkerung in Polen durch Einwanderung erheblich an«. Juden spielten jetzt »in der Gutswirtschaft der Grundbesitzer dadurch eine große Rolle, dass sie ... unter anderem das Branntweingewerbe gepachtet hatten«.

Da nach den Verwüstungen, die die Tataren angerichtet hatten, die Reste des Kiewer Großfürstentums vom 14. Jahrhundert an zum Fürstentum Litauen und damit auch zum polnisch-litauischen Staat gehörten, wanderten »Juden aus Podolien und Wolhynien nach und nach in die Ukraine ein«, in die Gebiete von Kiew, Poltawa und Tschernigow. Dieser Prozess beschleunigte sich, als ein großer Teil der Ukraine nach der Union von Lublin (1569) unmittelbar an Polen fiel. Die Hauptbevölkerung bestand dort aus orthodoxen Bauern, die lange Zeit Sonderrechte gehabt hatten und von Abgaben befreit gewesen waren. Jetzt begann eine intensive Kolonisierung der Ukraine durch die polnische Schlachta unter Mitwirkung von Juden. »Die Kosaken wurden zur Sesshaftigkeit gezwungen, sie waren verpflichtet, Frondienst zu leisten und Steuern zu zahlen ... Die katholischen Gutsherren bürdeten den orthodoxen Bauern verschiedene Steuern und Dienstpflichten auf, und bei dieser Ausbeutung spielten teilweise auch Juden eine traurige Rolle«, sie pachteten bei den Gutsherren die »Propination«, d. h. das Recht, Wodka zu brennen und auszuschenken, sowie weitere Gewerbe. »Der jüdische Pächter, der an die Stelle des polnischen Herrn trat, erhielt — selbstverständlich nur bis zu einem gewissen Grad - jene Macht, die der Gutsbesitzer über den Bauern hatte, und weil der jüdische Pächter ... sich bemühte, aus dem Bauern einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, richtete sich die Wut des Bauern ... sowohl gegen den katholischen Gutsherrn als auch gegen den jüdischen Pächter. Als aus diesem Grund 1648 ein blutiger Kosakenaufstand unter Führung von Chmelnizkij ausbrach, wurden Juden genauso wie Polen Opfer« — Zehntausende Juden fanden dabei den Tod.

Die Juden, »angelockt von den natürlichen Reichtümern der Ukraine und von polnischen Magnaten, die das Land kolonialisierten, nahmen einen wichtigen Platz in seinem wirtschaftlichen Leben ein ... Dadurch, dass sie den Interessen der Gutsbesitzer und der

Regierung dienten, ... zogen sich die Juden den Hass der Bevölkerung zu. « N. I. Kostomarow fügt hinzu, dass die Juden »nicht nur verschiedene Zweige der Gutswirtschaft (der Polen) pachteten, sondern auch die orthodoxen Kirchen, und für das Taufen der Kinder Gebühren erhoben«.

Nach dem Aufstand wurde »den Juden aufgrund des Vertrags von Belaja Zerkow (1651) wieder das Recht gegeben, sich in der Ukraine anzusiedeln ... Die Juden waren wie zuvor Bewohner und Pächter auf den königlichen Gütern und auf den Gütern der Schlachta, und so sollte es jetzt bleiben. «

»An der Wende zum 18. Jahrhundert wurde das Branntweingewerbe beinahe die Hauptbeschäftigung der Juden. « »Dieses Gewerbe führte oft zu Zusammenstößen zwischen dem Juden und dem Bauern, dem rechtlosen >Chlop<, der nicht deshalb in die Schänke ging, weil er wohlhabend war, sondern weil er in schrecklicher Armut lebte und Kummer hatte. «

Zu den Beschränkungen, die den polnischen Juden auf Drängen der katholischen Kirche von Zeit zu Zeit auferlegt wurden, gehörte das Verbot, christliche Hausangestellte zu haben. Auch wenn man sich bei Polen daran hielt, so strömten aufgrund der Rekrutenaushebungen und der vom Staat erhobenen Steuern im benachbarten Russland nicht wenige Flüchtlinge nach Polen, wo sie rechtlos waren. In den Debatten der von Katharina II. eingesetzten Kommission zur Erarbeitung eines neuen Gesetzbuches (1767/68) konnte man hören, dass in Polen »bei Juden jeweils mehrere russische Flüchtlinge im Dienste stehen«.

Die Juden Polens, die zu der Bevölkerung in ihrer Umgebung rege wirtschaftliche Beziehungen unterhielten, ließen aber in den fünf Jahrhunderten, in denen sie dort lebten, keinen Einfluss von außen zu. Ein Jahrhundert der nachmittelalterlichen Entwicklung Europas folgte auf das andere, doch die polnischen Juden blieben unter sich, waren eine immer unzeitgemäßere Erscheinung. Die polnischen Juden hatten eine feste innere Ordnung. (Hier sei festgestellt, dass diese Bedingungen — die dann bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Russland erhalten blieben - vom Beginn der jüdischen Diaspora an für den religiösen und nationalen Bestand der Juden die günstigsten waren.) Das ganze jüdische Leben wurde vom Kahal, der sich aus dem Zusammenleben der Juden entwickelt hatte, und den Rabbinern gelenkt. In Polen war der Kahal Mittler zwischen den Juden auf der einen und den Behörden und Magistraten auf der anderen Seite, trieb die Steuern für die Krone ein und wurde dafür von den Behörden unterstützt. Der Kahal führte auch Sammlungen für die Bedürfnisse der Gemeinde durch und legte Regeln für Handel und Gewerbe fest: Der 'Weiterverkauf von Hab und Gut oder ein Kauf oder eine Pacht bedurften der Zustimmung des Kahal. Der Kahalälteste war gegenüber der jüdischen Bevölkerung ermächtigt, Strafen zu verhängen. Ein Jude konnte nur im Rahmen des Kahalsystems einen anderen Juden verklagen, aber wer den Prozess vor einem Gericht des Kahal verlor, konnte nicht vor einem staatlichen Gericht in Berufung gehen, sonst drohte ihm der Cherem (der heilige Bann und der Ausschluss aus der Gemeinde). »Die demokratischen Prinzipien, die dem Kahal zugrunde lagen, wurden«, so schreibt der liberale Historiker Ju. I. Gessen, »früh von der Oligarchie verletzt ... « »Der Kahal hemmte nicht selten sogar die Entwicklung des Volkes. « »Einfache Leute hatten praktisch keinen Zugang zu den Organen der Selbstverwaltung. Die Kahalältesten und die Rabbiner schützten ihre Macht eifersüchtig und hielten die Volksmassen von sich fern. « »Der Rabbiner, der bei der Lösung religiöser Fragen unabhängig war, war in den übrigen Dingen vom Kahal, der ihn in seinen Dienst gestellt hatte, abhängig. « Doch »ohne Unterschrift des Rabbiners traten Beschlüsse des Kahal nicht in Kraft«.

»Die Kehilot, die im Volk kein Ansehen genossen, hielten ihre Herrschaft gerade dank der Unterstützung seitens der Regierung aufrecht. «

Gegen Ende des 17. und im 18. Jahrhundert war ganz Polen von inneren Zwistigkeiten zerrissen, das ganze Wirtschaftsleben lag danieder, und die durch nichts beschränkte Willkür der Magnaten nahm zu. »Während der langen, zwei Jahrhunderte währenden Agonie Polens ... verarmten die Juden, verkamen moralisch und blieben, in ihrem mittelalterlichen Gesamterscheinungsbild erstarrt, weit hinter Europa zurück. « Heinrich Graetz schreibt darüber Folgendes: »Die Juden boten zu keiner Zeit eine so klägliche Haltung, wie zu Ende des 17. Jahrhunderts, bis in die Mitte des achtzehnten, als sollte die Erhebung aus der tiefsten Gesunkenheit so recht als Wunder erscheinen. Die ehemaligen Lehrer Europas waren durch den traurigen Gang der Jahrhunderte kindisch oder, noch schlimmer, kindische Greise geworden. «

»Im 16. Jahrhundert konzentriert sich die geistige Oberherrschaft über die jüdische Welt auf das deutsch-polnische Judentum... Um zu verhindern, dass das jüdische Volk in der übrigen Bevölkerung aufging, trafen die geistigen Führer Festlegungen mit dem Ziel, das Volk vor einem engen Kontakt mit den Nachbarn abzuhalten. Unter Ausnutzung der Autorität des Talmuds ... umgaben die Rabbiner das gesellschaftliche und private Leben der Juden mit einem komplizierten Netz religiöser und zeremonieller Vorschriften, die ... die Annäherung an Andersgläubige verhinderten. « Die realen und geistigen Bedürfnisse »wurden den veralteten Formen des Volkslebens geopfert«, »die blinde Beibehaltung der Riten wurde in den Augen des Volkes gleichsam zum Daseinszweck des Judentums ... Das Rabbinertum, das in einer leblosen Form erstarrt war, hielt sowohl das Denken als auch den Willen des Volkes weiterhin in Fesseln. «

Die Tatsache, dass sich das jüdische Volk in der Diaspora 2000 Jahre lang erhalten hat, ruft Verwunderung und Hochachtung hervor. Aber wenn man bestimmte Perioden näher betrachtet, so z. B. die polnisch-russische im 16. Jahrhundert und sogar bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, als diese Einheit durch die Unterdrückungsmethoden der Kehilot erreicht wurde, dann weiß man nicht, ob man diese Methoden einzig und allein deshalb schätzen sollte, weil sie aus der religiösen Tradition hervorgegangen waren. Uns Russen jedoch würde man selbst bei der kleinsten Spur eines solchen Isolationismus eine schwer wiegende Schuld geben.

Als das Judentum unter die Herrschaft des russischen Staates geriet, blieb dieses innere System, an dem die Hierarchie des Kahal interessiert war, erhalten. All die Wut, die, wie Ju. I. Gessen annimmt, die aufgeklärten Juden gegen die verknöcherte talmudistische Tradition empfanden, verstärkte sich Mitte des 19. Jahrhunderts: »Die Vertreter der herrschenden Klasse im Judentum setzten alles daran, die [russische] Regierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, diese jahrhundertealte Institution zu erhalten, die den Interessen sowohl der russischen Macht als auch der herrschenden jüdischen Klasse entsprach«; »der Kahal in Verbindung mit den Rabbinern besaß die ganze Macht und missbrauchte sie nicht selten: Er veruntreute öffentliche Gelder, trat die Rechte der armen Leute mit Füßen, erhob willkürlich Steuern und rächte sich an persönlichen Feinden. « Ende des 18. Jahrhunderts schrieb der Gouverneur eines an Russland angeschlossenen Verwaltungsbezirks in seinem Bericht: »Der Rabbiner, der geistliche Rat und der Kahal, >die eng miteinander verflochten sind, alles in ihrer Hand haben und sogar über das Gewissen der Juden verfügen, herrschen über sie ganz isoliert, ohne jede Beziehung zur Zivilverwaltung«

Gerade als sich im 18. Jahrhundert im osteuropäischen Judentum einerseits die starke religiöse Bewegung der Chassidim entwickelte und andererseits die aufklärerische Bewegung von Moses Mendelssohn für weltliche Bildung einsetzte, unterdrückten die Kehilot mit aller Kraft die einen wie die anderen. 1781 verhängte das Rabbinat von Wilna den Cherem über die Chassidim, und 1784 erklärte die Zusammenkunft der Rabbiner in Mogiljow die Chassidim für »>vogelfrei< und deren Besitz für herrenlos. Danach verwüstete der Pöbel in einigen Städten Häuser von Chassidim«, d. h. es war ein innerjüdischer Pogrom. Die Chassidim wurden aufs grausamste und mit unlauteren Mitteln verfolgt, man genierte sich nicht, sie auch mit falschen politischen Beschuldigungen bei den russischen Behörden zu denunzieren. Übrigens verhafteten die Behörden 1799 aufgrund einer Anzeige von Chassidim auch Angehörige des Kahal von Wilna wegen der Veruntreuung von Steuergeldern. Der Chassidismus breitete sich weiterhin aus, in einigen Gouvernements besonders erfolgreich. Die Rabbiner ließen chassidische Bücher öffentlich verbrennen, und die Chassidim traten als Verteidiger des Volkes gegen Missbräuche der Kehilot auf. »In der damaligen Zeit überschattete der religiöse Kampf anscheinend die übrigen Fragen des religiösen Lebens. «

Derjenige Teil Weißrusslands, der 1772 an Russland fiel, bildete das Gouvernement Polozk (später Witebsk) und das Gouvernement Mogiljow. In einem Schreiben an sie wurde im Namen Katharinas erklärt, ihre Bewohner, »welchen Geschlechts und Standes sie auch sein mögen«, hätten von nun an das Recht auf öffentliche Glaubensausübung und auf eigenen Besitz und würden außerdem mit »all jenen Rechten, Freiheiten und Vorrechten belohnt, die ihre vorherigen Untertanen genießen«. Die Juden wurden also rechtlich den Christen gleichgestellt, was in Polen nicht der Fall war. Was die Juden betraf, so wurde hinzugefügt, dass ihre Gesellschaften »bestehen und erhalten bleiben mit all jenen Rechten, die sie heute ... genießen« - d. h. auch vom polnischen Recht wurde nichts weggenommen. Dadurch blieb die frühere Macht der Kehilot erhalten, die Juden blieben mit ihrem Kahalsystem weiterhin von der übrigen Bevölkerung isoliert und wurden nicht direkt in die Schicht der Händler und Gewerbetreibenden, die ihrer vorwiegenden Beschäftigung entsprach, aufgenommen. In der ersten Zeit war Katharina sowohl vor der feindseligen Reaktion des polnischen Adels, dem die Macht zu entgleiten drohte, als auch vor dem ungünstigen Eindruck auf ihre orthodoxen Untertanen auf der Hut. Aber sie, die sich gegenüber den Juden wohlwollend verhielt und sich von ihnen wirtschaftlichen Nutzen für das Land versprach, bereitete für sie größere Rechte vor. Schon 1778 wurde die jüngste allgemeine russische Anordnung auch auf Weißrussland ausgedehnt: Diejenigen, die ein Kapital bis zu 500 Rubel besaßen, bildeten von nun an den Stand der gewerbetreibenden Kleinbürger, und diejenigen, die mehr Kapital besaßen, den Stand der Kaufleute, je nach Besitz aufgegliedert in drei Gilden; beide Stände wurden von der Kopfsteuer befreit und zahlten 1% des Kapitals, das von ihnen »nach dem Gewissen erklärt wird«.

Diese Anordnung war von besonders großer Bedeutung: Sie beseitigte die bisherige nationale Isoliertheit der Juden (Katharina wollte auch gerade diese zerstören). Sie erschütterte ferner die traditionelle polnische Ansicht vom Juden als eines Elements, das außerhalb des Staates stand. Außerdem schwächte sie das Kahalsystem, die Möglichkeit des Kahal, Zwang auszuüben. »Vom erwähnten Augenblick an beginnt der Prozess des Eindringens der Juden in den staatlichen Organismus ... Die Juden nutzten in großem Umfang das Recht, sich als Kaufleute registrieren zu lassen« — sodass z. B. 10% der jüdischen Bevölkerung im Gouvernement Mogiljow erklärten, Kaufleute zu sein (von der christlichen nur 5,5%). Die

jüdischen Kaufleute wurden jetzt von der Steuerpflicht gegenüber dem Kahal befreit und brauchten sich nicht mehr wie früher an den Kahal zu wenden, um sich jede zeitweilige Abwesenheit genehmigen zu lassen: Sie hatten es jetzt nur mit dem für alle zuständigen Magistrat zu tun. (1780 begrüßten die Juden von Mogiljow und Schklow Katharina bei ihrer Ankunft mit Oden.)

Mit diesem Schritt der jüdischen Kaufleute hörte auch die staatliche Rubrik »Juden« zu existieren auf. Alle übrigen Juden mussten jetzt ebenfalls zu einem Stand gerechnet werden, und es kam offensichtlich nur der, der »Kleinbürger« infrage. Aber anfangs wollten nur wenige in diese Kategorie überwechseln, weil die jährliche Kopfsteuer für »Kleinbürger« damals 60 Kopeken und für Juden 50 Kopeken betrug. Eine andere Möglichkeit gab es jedoch nicht. Von 1783 an mussten die jüdischen Kleinbürger wie auch die jüdischen Kaufleute ihre Steuern nicht an den Kahal zahlen, sondern entsprechend den allgemeinen Bestimmungen an den Magistrat, und von ihm erhielten sie auch einen Reisepass.

Dieser Entwicklung trug die neue Anordnung für die Städte Rechnung, die nur Stände berücksichtigte, nicht Nationalitäten. Nach dieser Anordnung erhielten alle Kleinbürger (also auch alle Juden) das Recht, an der örtlichen Ständeverwaltung teilzunehmen und Ämter zu bekleiden. »Entsprechend den damaligen Bedingungen bedeutete dies, dass die Juden gleichberechtigte Bürger wurden ... Der Eintritt der Juden als gleichberechtigte Bürger in die Kaufmannschaft und das Kleinbürgertum war ein Ereignis von großer sozialer Bedeutung«, er sollte die Juden »in eine gesellschaftliche Kraft, mit der man rechnen musste, verwandeln und dadurch ihr moralisches Selbstgefühl heben. « Dies erleichterte auch den praktischen Schutz ihrer Lebensinteressen. »Damals hatten die Klasse der Händler und Gewerbetreibenden ebenso wie das städtische Gemeinwesen eine breite Selbstverwaltung ... Also wurde eine gewisse administrative und gerichtliche Macht in die Hände der Juden ebenso wie der Christen gelegt, wodurch die jüdische Bevölkerung im gesellschaftlichen und staatlichen Leben Einfluss und Bedeutung erhielt. « Juden konnten jetzt sowohl Bürgermeister als auch Ratsherren oder Richter werden. Zunächst wurden in großen Städten Beschränkungen vorgenommen, damit nicht mehr Juden Wahlposten bekleideten als Christen. 1786 schickte jedoch »Katharina... dem weißrussischen Generalgouverneur einen eigenhändig unterschriebenen Befehl: die Gleichberechtigung der Juden >in der städtisch-ständischen Selbstverwaltung ... unbedingt und ohne jede Verzögerung zu verwirkliche und denjenigen, welche diese Gleichberechtigung behindern, eine angemessene Strafe aufzuerlegen<«.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Juden so nicht nur im Unterschied zu Polen, sondern auch früher als in Frankreich und in den deutschen Staaten gleichberechtigt wurden. (Unter Friedrich II. gab es große Beschränkungen für Juden.) Wichtig war noch eines: Die Juden in Russland hatten von Anfang an jene persönliche Freiheit, die den russischen Bauern erst 80 Jahre später gewährt wurde. Paradox ist: Die Juden erhielten sogar eine größere Freiheit als die russischen Kaufleute und Gewerbetreibenden: Die einen mussten ausschließlich in den Städten leben, im Gegensatz dazu konnte die jüdische Bevölkerung »in Ansiedlungen auf dem Lande leben und das Branntweingewerbe ausüben«. »Obwohl die Juden nicht nur in den Städten in Massen wohnten, sondern auch auf den Dörfern, wurden sie zum städtischen Gemeinwesen gerechnet ... , einschließlich des Standes der Kleinbürger und der Kaufleute. « »Nach der Art ihrer Tätigkeit und umgeben von der unfreien Bauernschaft spielten sie eine wichtige ökonomische Rolle - in ihren Händen konzentrierte sich der [ländliche] Handel, sie pachteten

verschiedene Posten der gutsherrlichen Einnahmen, den Verkauf von Wodka in Schänken« - und förderten damit »die Verbreitung der Trunksucht«. Die weißrussische Verwaltung berichtete: »Die Anwesenheit der Juden auf den Dörfern wirkt sich schädlich auf die wirtschaftliche und sittliche Lage der ländlichen Bevölkerung aus, weil die Juden ... die Trunksucht unter der örtlichen Bevölkerung fördern. « »In Stellungnahmen der Verwaltung wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass die Juden die Bauern damit zu Trunksucht, Müßiggang und Armut verleiten, dass sie ihnen Wodka auf Kredit usw. geben [Annahme von Pfändern für Wodka]. « Aber »das Branntweingewerbe war eine verlockende Einnahmequelle«, sowohl für die polnischen Gutsherren als auch für die jüdischen Kommissionäre.

Selbstverständlich brachte das Geschenk, das die Juden in Gestalt ihrer Bürgerrechte erhalten hatten, auch eine Gefahr mit sich: Offensichtlich sollten sich auch die Juden der allgemeinen Regel fügen, mit dem Branntweingeschäft in den Dörfern aufhören und wegziehen. 1783 wurde das Folgende veröffentlicht: »>Die allgemeine Regel verlangt von jedem Bürger, sich einem anständigen Handel und Gewerbe zu widmen, aber nicht dem Brennen von Schnaps als einem für ihn unpassenden Gewerben und wenn der Gutsherr >dem Kaufmann, Kleinbürger oder Juden< das Brennen von Wodka erlaubt, so wird er für einen Gesetzesbrecher gehalten werden. « Und so geschah es - »man begann die Juden aus den Dörfern in die Städte umzusiedeln, um sie von ihrer jahrhundertelangen Beschäftigung, ... dem Pachten von Brennereien und Schänken, abzubringen«.

Den Juden erschien die Gefahr der vollständigen Aussiedlung aus den Dörfern selbstverständlich nicht als eine einheitliche staatliche Maßnahme, sondern als eine Maßnahme, die speziell gegen ihre nationale Glaubensgruppe gerichtet war. Die jüdischen Kleinbürger, die in die Stadt umgesiedelt werden sollten und eindeutig eines sehr einträglichen Gewerbes auf dem Lande beraubt wurden, stießen dort auf eine innerstädtische und innerjüdische Konkurrenz. Unter den Juden -wuchs die Empörung, und 1784 reiste eine Abordnung der Kehilot nach Petersburg, um sich um die

Aufhebung dieser Maßnahme zu bemühen. (Zugleich rechneten die Kehilot damit, dass sie mithilfe der Regierung ihre verlorene Macht über die jüdische Bevölkerung im vollen Umfang wiedererlangen könnten.) Aber die Antwort der Zarin lautete: »Sobald die vom Judengesetz betroffenen Leute schon ... in die Lage gekommen sind, die jener der anderen gleicht, muss in jedem Fall die Ordnung eingehalten werden, die von Ihrer Majestät festgelegt wurde, damit jeder nach seinem Rang und Stand die Vorteile und Rechte ohne Unterschied des Glaubens und des Volkes genießt. «

Es musste jedoch mit der geballten Kraft der stark involvierten polnischen Gutsherren gerechnet werden. Obwohl die Verwaltung von Weißrussland ihnen 1783 verbot, die Schnapsbrennerei »an Personen, die dazu nicht berechtigt sind, »besonders an Juden<, zu verpachten oder zu arrendieren, ... verpachteten die Gutsherren weiterhin dieses Gewerbe an Juden. Das war ihr Recht«, ein Erbe jahrhundertealter polnischer Sitten.

Der Senat wagte es nicht, den Gutsherren gegenüber Zwang anzuwenden, und setzte 1786 die Umsiedlung der Juden in die Städte außer Kraft. Hierfür wurde ein Kompromiss gefunden: Die Juden konnten sich weiterhin als Leute betrachten, die in die Städte umgesiedelt wurden, behielten aber das Recht zum zeitweiligen Besuch im Dorf. Das heißt, diejenigen, die in den Dörfern lebten, blieben weiter dort wohnen. Der Senatserlass von 1786 erlaubte den Juden, in Dörfern zu leben, und »Juden wurde gestattet, von den Gutsherren die Erzeugung

und den Verkauf alkoholischer Getränke zu pachten, während die christlichen Kaufleute und Kleinbürger diese Rechte nicht erhielten«.

Auch die Bemühungen der Delegation der Kehilot in Petersburg blieben nicht ganz erfolglos. Sie erreichte zwar nicht, worum sie gebeten hatte, nämlich die Etablierung separater jüdischer Gerichte für alle Streitsachen zwischen Juden, aber den Kehilot wurde (1786) ein bedeutender Teil der Verwaltungsrechte und die Oberaufsicht über das jüdische Kleinbürgertum, d. h. die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung, zurückgegeben: nicht nur die Aufteilung der öffentlichen Leistungen, sondern auch die Eintreibung der Kopfsteuer und wiederum die Entscheidung über das Recht, sich von der Gemeinde zu entfernen. Die Regierung hatte also ihr Interesse daran erkannt, die Macht des Kahal nicht zu schwächen.

Überhaupt hatte in ganz Russland der Stand der Händler und Gewerbetreibenden (Kaufleute und Kleinbürger) nicht das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes, seine Mitglieder waren an den Ort gebunden, wo sie registriert waren (damit durch ihren Weggang die Zahlungsfähigkeit ihrer städtischen Gemeinschaften nicht geschwächt wurde). Für Weißrussland machte der Senat jedoch 1782 eine Ausnahme: Die Kaufleute konnten »je nachdem, wie es für den Kommerz günstig war« von einer Stadt in die andere ziehen. Diese Regelung bevorzugte wiederum die jüdischen Kaufleute.

Sie fingen jedoch an, dieses Recht in einem größeren Umfang auszunutzen, als vorgesehen war: »Jüdische Kaufleute begannen sich in Moskau und in Smolensk registrieren zu lassen. « »Juden begannen bald nach dem Anschluss des weißrussischen Landes im Jahre 1772 sich in Moskau niederzulassen ... Ende des 18. Jahrhunderts war die Zahl der Juden in Moskau beträchtlich ... Einige Juden, die sich bei der hiesigen Kaufmannschaft hatten eintragen lassen, begannen Großhandel zu treiben ... Andere Juden wiederum befassten sich mit dem Verkauf ausländischer Waren in ihren Wohnungen oder in den Höfen oder gingen hausieren, was damals überhaupt verboten war. «

1790 reichten die Moskauer Kaufleute eine Klage ein: »In Moskau ist aus dem Ausland und aus Weißrussland >eine nicht geringe Zahl von Juden< aufgetaucht, die sich gelegentlich auch bei der Moskauer Kaufmannschaft eintragen lassen und verbotene Geschäftsmethoden anwenden, die ihr >sehr empfindlichen Schaden< zufügen, und die Billigkeit ihrer Waren weist darauf hin, dass es sich um Schmuggelgut handelt, aber außerdem beschneiden sie bekanntlich Münzen; es ist möglich, dass sie das auch in Moskau tun werden. « Als Antwort auf »ihre überaus schlauen Erfindungen« forderten die Moskauer Kaufleute ihre Entfernung aus Moskau. Die jüdischen Kaufleute richteten ihrerseits nach oben »eine Beschwerde ... , weil man sie nicht mehr in die Smolensker und Moskauer Kaufmannschaft aufnimmt«.

Mit den Beschwerden befasste sich der »Rat Ihrer Majestät«. Gemäß der einheitlichen russischen Ordnung stellte er fest, dass die Juden nicht das Recht hätten, »sich in den russischen Handelsstädten und -häfen registrieren zu lassen«, nur in Weißrussland. Von der Ansiedlung von Juden in Moskau »ist keinerlei Nutzen zu erwarten«. Im Dezember 1791 erging ein allerhöchster Ukas, der es Juden untersagte, »sich bei der Kaufmannschaft der inneren Gouvernements eintragen zu lassen«, ihnen jedoch erlaubte, »für eine begrenzte Zeit wegen Handelsgeschäften nach Moskau zu kommen«. Juden durften die Rechte der Kaufmannschaft und des Kleinbürgertums nur in Weißrussland nutzen. Das Recht auf Wohnsitz und auf Zugehörigkeit zum Kleinbürgertum sei, so fügte Katharina hinzu, in Neurussland, das erschlossen wird - in der Statthalterschaft Jekaterinoslaw und in Taurien (bald danach waren

dies die Gouvernements Jekaterinoslaw, Taurien und Cherson) - gewährt, d. h. Katharina erlaubte den Juden die Einwanderung in neue weite Gebiete, in die christliche Kaufleute und Kleinbürger aus den Gouvernements im Innern Russlands im Allgemeinen nicht übersiedeln durften. Als 1796 »bekannt wurde, dass sich Gruppen von Juden [bereits] ... im Kiewer, im Tschernigower und im Nowgorod-Sewersker Gouvernement angesiedelt hatten«, wurde ihnen ebenfalls gestattet, dort »das Recht der Kaufmannschaft und des Kleinbürgertums zu nutzen«.

Die aus der Zeit vor der Revolution stammende »Jüdische Enzyklopädie« schreibt: Durch den Ukas von 1792 »wurde, wenn auch unabsichtlich, die Voraussetzung für die Errichtung des Ansiedlungsrayons geschaffen. Unter den Bedingungen der damaligen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung im Allgemeinen und des jüdischen Lebens im Besonderen konnte die Regierung nicht beabsichtigen, für die Juden eine besonders drückende Lage zu schaffen und für sie Ausnahmegesetze zu beschließen, die unter anderem das Recht auf Wohnsitz einschränkten. Entsprechend den damaligen Verhältnissen enthielt dieser Ukas nichts, was die Juden in dieser Beziehung in eine weniger günstige Lage als die Christen gebracht hätte ... Der Ukas von 1791 schränkte in keiner Weise die Rechte der Juden auf die Wahl des Wohnsitzes ein, schuf keine speziellen >Grenzen<, und >den Juden wurde der Weg in neue Gebiete eröffnet, in die man im Allgemeinen nicht übersiedeln durfte«; das Schwergewicht des Erlasses lag nicht darauf, dass es sich um Juden handelte, sondern darauf, dass sie Händler waren; die Frage wurde nicht vom nationalen oder religiösen Gesichtspunkt aus betrachtet, sondern nur vom Gesichtspunkt der Nützlichkeit aus. «

Dieser Ukas von 1791, der jüdische Kaufleute im Verhältnis zu den christlichen sogar privilegierte, wurde im Laufe der Zeit die Grundlage für den künftigen »Ansiedlungsrayon«, der fast bis zur Revolution gleichsam einen dunklen Schatten auf Russland warf.

Seinerzeit wirkte sich jedoch der Ukas von 1791 nicht erschwerend darauf aus, dass »schon gegen Ende der Regierungszeit Katharinas II. in St. Petersburg eine kleine [jüdische] Kolonie entstand«: Hier lebten »der bekannte Steuerpächter Abram Peretz« und einige ihm nahe stehende Kaufleute, und auch »als der religiöse Kampf in vollem Gange war, der Rabbiner Awigdor Chaimowitsch und sein Gegner, der bekannte chassidische Zaddik Salman Boruchowitsch«.

1793 und 1795 fanden die Zweite und die Dritte Teilung Polens statt, und die fast eine Million zählende jüdische Bevölkerung von Litauen, Podolien und Wolhynien kam zu Russland. Und dieser Bevölkerungszuwachs war—wie man lange Zeit nicht erkannte — ein sehr bedeutendes Ereignis, das danach sowohl das Schicksal Russlands als auch das des osteuropäischen Judentums erheblich beeinflusste.

»Nach jahrhundertelangen Wanderungen kam es unter ein Dach, in eine einzige große Gemeinde. «

*

Im jetzt stark erweiterten jüdischen Siedlungsraum tauchten die gleichen Fragen auf wie vorher. Die Juden erhielten Rechte der Kaufmannschaft und des Kleinbürgertums, wie sie sie in Polen nicht besessen hatten, sie erhielten das Recht auf gleichberechtigte Teilnahme an der

ständisch-städtischen Selbstverwaltung — mussten aber auch die Beschränkungen jener Stände hinnehmen: Sie durften nicht in die Städte der Gouvernements im Innern Russlands übersiedeln und konnten aus den Dörfern ausgesiedelt werden.

Bei dem jetzt riesigen Umfang der jüdischen Bevölkerung erblickte die russische Verwaltung keinen Ausweg mehr darin, mit dem Recht auf »zeitweiligen Besuch« der Dörfer die Tatsache zu verschleiern, dass die Juden weiterhin dort blieben. »Eine brennende Frage ... Die ökonomische Lage vertrug sich nicht damit, dass übermäßig viele Gewerbetreibende und Händler unter den Bauern lebten. «

Um das Problem zu entschärfen, wurden viele Schted Städten gleichgestellt - und so ergab sich für die Juden eine legale Möglichkeit, weiterhin dort wohnen zu bleiben. Aber bei der großen Zahl der Juden auf dem Lande und der hohen Bevölkerungsdichte in den Städten war das keine Lösung.

Jetzt schien es ein natürlicher Ausweg zu sein, dass die Juden von der von Katharina gebotenen Möglichkeit Gebrauch machten, in das riesige, wenig besiedelte Neurussland überzusiedeln. Den Neusiedlern wurden Vergünstigungen gewährt. Aber man »vermochte nicht, unter den Juden eine Kolonisierungsbewegung in Gang zu setzen. Sogar die Befreiung der Neusiedler von Steuern schien nicht verlockend« für eine solche- Übersiedlung.

Daher entschloss sich Katharina im Jahre 1794, die Juden mit entgegengesetzten Maßnahmen zur Übersiedlung zu veranlassen: Man begann die Juden aus den Dörfern in die Städte umzusiedeln. Gleichzeitig beschloss sie, die ganze jüdische Bevölkerung mit einer Steuer zu belegen, die doppelt so hoch war wie die, welche die Christen zahlten. (Eine solche Steuer zahlten schon lange die Altgläubigen, aber hinsichtlich der Juden erwies sich dieses Gesetz weder als wirksam noch von langer Dauer.)

Das waren die letzten Verordnungen Katharinas. Von Ende 1796 an regierte Paul I. Über ihn urteilt die »Jüdische Enzyklopädie« folgendermaßen: »Die Zeit der zornigen Herrschaft Pauls I. verlief für die Juden gut ... Alle Erlasse Pauls I. über die Juden zeugen davon, dass sich der Monarch zur jüdischen Bevölkerung tolerant und wohlwollend verhielt«; »als die Interessen der Juden mit denen der Christen kollidierten, nahm Paul I. die Christen keineswegs gegen die Juden in Schutz«. Auch wenn er 1797 befahl, »Maßnahmen zu ergreifen, um die Macht der Juden und der Geistlichkeit über die Bauern einzuschränken«, so war das »eigentlich nicht gegen die Juden gerichtet - es diente dem Schutze der Bauern«. Paul erkannte auch »das Recht des Chassidismus an, nicht im Verborgenen existieren zu müssen«. Er dehnte das Recht der Juden, dem Stand der Kaufleute und der Kleinbürger anzugehören, auch auf das Kurländische Gouvernement aus (das kein polnisches Erbe war, es gehörte später auch nicht zum »Ansiedlungsrayon«). Konsequent lehnte er nacheinander die Anträge der christlichen Gemeinden von Kowno, Kamenez-Podolsk, Kiew und Wilna ab, die Juden aus ihren Städten aussiedeln zu dürfen.

Paul hatte den nachhaltigen Widerstand der polnischen Gutsherren gegen jegliche Änderung ihrer Rechte geerbt; dazu gehörte unter anderem ihr Recht über die Juden und ihr Recht, über sie Gericht zu halten. Diese Rechte missbrauchten sie noch immer. So hieß es in der Beschwerde der Juden von Berditschew über den Fürsten von Radziwiü: »Damit wir unseren Gottesdienst abhalten dürfen, müssen wir denjenigen Geld zahlen, denen der Fürst unseren Glauben verpachtet hat«, und über Katharinas ehemaligen Günsding, Soritsch: »Ihm

braucht man nur für die Luft nichts zu bezahlen. « (In Polen waren manche Schted und Städte im Besitz von Adligen, und der Gutsbesitzer legte willkürlich zusätzliche Abgaben fest, welche die Einwohner zu zahlen hatten.)

Seit dem Beginn der Regierungszeit Pauls I. herrschten große Hungersnöte in Weißrussland, besonders im Gouvernement Minsk. Der Dichter Gawriil Romanowitsch Dershawin, der damals Senator war, wurde beauftragt, dorthin zu reisen, die Ursachen für die Hungersnot festzustellen und für Abhilfe zu sorgen — wobei er kein Geld erhielt, um Getreide zu kaufen, sondern das Recht, Güter nachlässiger Gutsherren zu konfiszieren und ihre Vorräte zu verwenden, um sie zu verteilen.

Dershawin war nicht nur ein großer Dichter, sondern auch ein hervorragender Staatsmann, der einzigartige Beweise seines Wirkens hinterlassen hat, auf die wir im Folgenden eingehen wollen.

Die Hungersnot, die Dershawin feststellte, war unvorstellbar groß. Er schreibt: »Als ich nach Weißrussland kam, überzeugte ich mich persönlich vom großen Mangel an Getreide bei den Dorfbewohnern, ... vom schlimmsten Hunger, den es gibt, sodass sich fast alle von gebrühtem Gras ernährten, das mit einer winzigen Menge Mehl oder Graupen vermischt war«, die Bauern waren »abgemagert und bleich wie Tote«. »Um dem entgegenzuwirken, fand ich heraus, wer von den reichen Gutsbesitzern in den Vorratslagern Getreide hatte«, nahm es auf Borg und verteilte es an die Armen, und das Gut eines polnischen Grafen befahl »ich angesichts einer so unbarmherzigen Habsucht« einem Treuhänder zu übergeben. »Nachdem der Adel von dieser Strenge erfuhr, erwachte er aus seinem Schlummer, besser gesagt, aus seiner grausamen Gleichgültigkeit gegenüber der Menschheit: Er nutzte alle Mittel, um die Bauern zu ernähren, indem er Getreide aus benachbarten Gouvernements beschaffte. Und als ... nach zwei Monaten die Erntezeit kam, fand ... die Hungersnot ein Ende. « Als Dershawin das Gouvernement bereiste, jagte er den Adelsmarschällen und

Kreispolizeichefs »einen solchen Schrecken« ein, dass der Adel »ein Komplott oder einen Streik vorbereitete und dem Zaren eine verleumderische Beschwerde über Dershawin schickte«.

Dershawin fand heraus, dass die jüdischen Schnapsbrenner die Trunksucht der Bauern ausnutzten: »Nachdem ich auch erfahren hatte, dass die Juden aus Gewinnsucht den Bauern bei Trinkgelagen Getreide ablisten, es in Branntwein verwandeln und dadurch eine Hungersnot verursachen, befahl ich, ihre Brennereien im Dorf Ljosna [Liosno] zu verbieten. « »Ich erkundigte mich bei vernünftigen Einwohnern« sowie bei Adligen, Kaufleuten und Dorfbewohnern »nach der Lebensweise der Juden, ihrer Gewerbetätigkeit, ihren Betrügereien und allen Schlichen und Kniffen, mit denen sie ... dumme und arme Dorfbewohner dem Hunger ausliefern, sowie danach, mit welchen Mitteln man sie vor dem gemeinen Pack schützen und ihnen ein ehrliches und nicht erbärmliches Auskommen ermöglichen ... , sie zu nützlichen Bürgern machen könne. «

Viele üble Praktiken polnischer Gutsherren und jüdischer Pächter beschrieb Dershawin danach in den Herbstmonaten im »Memorandum über die Abwendung einer Hungersnot in Weißrussland und über die Gestaltung der Lebensweise der Juden«, das er auch dem Zaren und den höchsten Würdenträgern des Staates zur Kenntnis brachte. Dieses Memorandum ist eine sehr umfassende Schrift, die sowohl die von den Polen ererbten Zustände einschätzt als auch die Möglichkeiten, die bäuerliche Armut zu überwinden, sowie die Besonderheiten der damaligen

jüdischen Lebensweise beschreibt und einen Vorschlag für ihre Umgestaltung im Vergleich zu Preußen und »Caesarien« (Österreich) enthält. Mit der sehr ausführlichen praktischen Darlegung der empfohlenen Maßnahmen ist es als das erste Werk eines aufgeklärten russischen Staatsbürgers über das jüdische Leben in Russland - dazu noch in jenen ersten Jahren, in denen Russland die Juden massenhaft aufnahm - von besonderem Interesse.

Das »Memorandum« besteht aus zwei Teilen: 1. »Über die Einwohner Weißrusslands überhaupt« (in Rezensionen über das »Memorandum« stoßen wir auf fast keine Erwähnung dieses wichtigen Teils) und 2. »Über die Juden«.

Dershawin beginnt mit der Feststellung, dass die Landwirtschaft in Weißrussland fast völlig darniederliege. Die dortigen Bauern seien »faul bei der Arbeit, nicht geschickt, jedem Kleingewerbe abhold und nachlässig im Ackerbau«. Jahraus, jahrein »essen sie Brot aus ungeworfeltem Korn, im Frühling Kolotucha oder Bolotucha aus [Ei und] Roggenmehl«, im Sommer »begnügen sie sich mit einer Mischung aus einer geringen Menge von irgendeinem Getreide und aus gehackten und gekochten Gräsern ... und sind so entkräftet, dass sie hin und her schwanken«.

Die hiesigen polnischen Gutsherren »sind keine guten Wirtschafter, verwalten die Güter ... nicht selbst, sondern durch Pächter«, eine polnische Gewohnheit, aber für die Pacht »gibt es keine allgemeinen Regeln, die die Bauern vor Überlastung und den wirtschaftlichen Teil vor der Zerrüttung bewahren würden«, und »viele habgierige Pächter ... bringen die Bauern durch sehr schwere Arbeit und drückende Steuern in eine schlimme Lage und verwandeln sie ... in arme, landlose Bauern«. Diese Pacht ist umso schädlicher, als sie von kurzer Dauer, auf ein bis drei Jahre befristet ist und der Pächter sich beeilt, »seinen Vorteil daraus zu ziehen ... , ohne Rücksicht auf die Abwirtschaftung« des Gutes. !

Die Auszehrung der Bauern rührt auch noch daher, dass einige »Gutsherren, die in ihren Dörfern den Juden den Spirituosenhandel verpachten, mit ihnen Festlegungen treffen, damit ihre Bauern das, was sie brauchen, nirgendwo und bei niemandem kaufen und auf Borg nehmen, außer bei diesen Pächtern [drei Mal so teuer] und an niemanden ihre Produkte verkaufen als nur an diese jüdischen Pächter ... billiger als zu den wirklichen Preisen«. So »stürzen sie die Dorfbewohner ins Elend, und besonders bei der Rückgabe des von ihnen geborgten Getreides ... müssen sie schließlich die doppelte Menge geben; wer das nicht macht, wird bestraft, ... die Dorfbewohner werden aller Möglichkeiten beraubt, wohlhabend und satt zu sein«.

Dann die starke Entwicklung der Schnapsbrennerei. Schnaps brannten die Gutsbesitzer, die Schlachta der Umgebung, die Popen, die Mönche und die Juden. (Von der fast eine Million zählenden jüdischen Bevölkerung wohnten »zwei- bis dreitausend Menschen« auf den Dörfern und lebten in der Hauptsache vom Branntweinhandel.) Die Bauern indes seien »nach dem Einbringen der Ernte ausschweifend und unvorsichtig bei ihren Ausgaben; sie trinken, essen, vergnügen sich und geben den Juden für die alten Schulden und für die Saufgelage alles, was diese von ihnen verlangen; daher wird gewöhnlich schon im Winter der Mangel sichtbar ... Nicht nur in jeder Siedlung eine, sondern in einigen Siedlungen auch mehrere von den Gutsbesitzern gebaute Schänken, wo zu ihrem Vorteil und dem der jüdischen Pächter Tag und Nacht Branntwein verkauft wird ... Dort listen ihnen die Juden nicht nur das lebensnotwendige Getreide, sondern auch das in die Erde ausgesäte, Ackergerätschaften, Hausrat, Zeit, Gesundheit und sogar das Leben ab. « Und das Ganze wurde verschärft durch die Sitte der

»Koleda«: »Juden fahren besonders im Herbst während der Ernte durch die Dörfer, treiben, nachdem sie die Bauern mit ihrer ganzen Familie betrunken gemacht haben, bei ihnen die Schulden ein und nehmen ihnen das Letzte, was sie zum Lebensunterhalt brauchen«; »indem sie die Betrunkenen übers Ohr hauen und ausplündern, stürzen sie die Dorfbewohner ins tiefste Elend. « Er zählt auch noch andere Gründe für die Verarmung der Bauern auf.

Hinter diesen verhängnisvollen Brennereien standen zweifellos polnische Gutsherren: Gastwirte und Pächter handelten im Auftrag der Gutsbesitzer und sorgten für ihren Profit; »dazu gehörten«, wie Gessen behauptet, »nicht nur Juden, sondern auch Christen«, besonders Priester. Aber die Juden wurden ein unersetzliches, aktives und sehr erfinderisches Glied in der Kette der Ausbeutung dieser rechtlosen, des Lesens und Schreibens unkundigen ausgezehrten Bauern. Wären die weißrussischen Siedlungen nicht von jüdischen Schankwirten und Pächtern durchsetzt gewesen, so hätte dieses weit reichende ausbeuterische System nicht funktioniert, und die Entfernung des jüdischen Kettengliedes hätte es zerstört.

Danach schlug Dershawin energische Maßnahmen vor, wie z. B. die Ausmerzung dieser Laster des bäuerlichen Lebens. Darum sollten sich die Gutsherren kümmern. Nur ihnen allein, die für die Bauern verantwortlich seien, sollte es erlaubt sein, die Schnapsbrennerei »unter eigener ... Aufsicht und nicht an anderen weit entfernten Orten« zu betreiben, wobei der Gutsbesitzer verpflichtet sein sollte, dafür zu sorgen, dass »jährlich bei ihnen und den Bauern ein Vorrat an Getreide« vorhanden sei, und zwar so viel, wie für ihre Ernährung nötig sei. »Besteht die Gefahr, dass dies nicht getan wird, so ist sein Gut für die Staatskasse zu beschlagnahmen«, mit der Schnapsbrennerei dürfe nicht früher als Mitte September begonnen und Mitte April müsse sie beendet werden, d. h. die ganze landwirtschaftliche Saison sei vom Trinken von Branntwein freizuhalten. Außerdem solle Branntwein nicht während des Gottesdienstes und nachts verkauft werden. Das Betreiben von Schänken solle »nur an großen Straßen, in der Nähe von Jahrmärkten, Mühlen und Anlegestellen, wo sich fremde Leute versammeln«, gestattet sein. Aber alle überflüssigen und neu erbauten Schänken, »deren Zahl seit dem Anschluss dieses Landes [Weißrussland] stark zugenommen hat«, ... »sind sofort zu beseitigen, und der Verkauf von Branntwein in ihnen ist zu verbieten«. »In Dörfern und in öden, abgelegenen Gegenden soll es sie überhaupt nicht geben, damit die Bauern nicht der Trunksucht verfallen. « Juden sollen jedoch »Branntwein weder eimerweise noch glasweise verkaufen dürfen ... noch sollen sie Schnapsbrenner in Brennereien sein«, und »es soll ihnen nicht erlaubt sein, Schänken zu pachten«. Auch »Koledas« müsse man verbieten; zu verbieten sei außerdem das Pachten von Gütern für kurze Zeit, und mit genauen Verträgen »ist [der Pächter] daran zu hindern, ein Gut herunterzuwirtschaften«. Unter Androhung von Strafen sei der »Missstand« zu verbieten, dass die Gutsherren »ihren Bauern nicht erlauben, das, was sie brauchen, woanders zu kaufen«, und dass sie »ihre Überschüsse an niemanden verkaufen dürfen, außer an ihre Schankwirte«. Es gab auch noch andere wirtschaftliche Vorschläge: »Auf diese Weise kann in künftigen Zeiten der Mangel an Nahrung vom Weißrussischen Gouvernement abgewendet werden. «

Im zweiten Teil des »Memorandums« unterbreitete Dershawin über den vom Senat erteilten Auftrag hinausgehend einen Vorschlag für die Umgestaltung des Lebens der Juden im Russischen Reich - aber nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der Verelendung Weißrusslands und mit dem Ziel, die Lage zu verbessern. Auch hier machte er sich zur Aufgabe, einen kurzen Gesamtüberblick über die jüdische Geschichte zu geben, besonders der polnischen

Periode, um die jetzigen Sitten der Juden zu erklären. Er nutzte dafür unter anderem seine Gespräche mit einem jüdischen Aufklärer (der seine Ausbildung in Berlin genossen hatte), dem Arzt Uja Frank, der seine Gedanken auch schriftlich dargelegt hatte: »Die jüdischen Volkslehrer entstellten mit ›mystisch-talmudistischen‹ Pseudoauslegungen der Bibel den wahren Geist der Glaubenslehre ... Sie führten strenge Gesetze mit dem Ziel ein, die Juden von den übrigen Völkern zu isolieren und in den Juden tiefen Hass gegen jede andere Religion zu wecken«; »anstatt die gemeinschaftliche Tugend zu kultivieren, schufen sie ... eine leere Zeremonie der Gottesverehrung«; »der sittliche Charakter der Juden hat sich in den letzten Jahrhunderten zu ihrem Nachteil verändert, und infolgedessen sind sie schädliche Untertanen geworden«; »um die Juden moralisch und politisch zu erneuern, müssen sie dazu gebracht werden, zur ursprünglichen Reinheit ihrer Religion zurückzukehren«; »eine jüdische Reform in Russland muss mit der Gründung öffentlicher Schulen beginnen, in denen die russische, die deutsche und die jüdische Sprache gelehrt werden. « Was für ein Vorurteil sei es, zu glauben, dass die Aneignung weltlicher Kenntnisse einem Verrat an der Religion und dem Volk gleichkomme und dass sich Landarbeit für einen Juden nicht schicke. Dershawin entlehnte in seinem »Memorandum« auch einen Vorschlag von Nota Chaimowitsch Notkin, einem Großkaufmann aus Schklow, den er ebenfalls kennen gelernt hatte. Obwohl Notkin die wichtigsten Schlussfolgerungen und Vorschläge Dershawins, welche die Juden betrafen, ablehnte, war er gleichfalls dafür, die Juden nach Möglichkeit aus dem Branntweingewerbe auszuschließen, sah es als notwendig an, dass sie eine Bildung erhielten und einer produktiven, vorwiegend handwerklichen Tätigkeit nachgingen, wobei er auch die Übersiedlung »in die fruchtbaren Steppen zum Zwecke von Schafzucht und Ackerbau« für möglich hielt.

Den Erklärungen Franks folgend, der die Macht der Kehilot ablehnte, ging Dershawin von der gleichen allgemeinen Schlussfolgerung aus: »Die anfänglichen Grundlagen des reinen Gottesdienstes und der reinen Sittlichkeit« [der Juden] hätten sich heute in »falsche Begriffe« verwandelt, wodurch das einfache jüdische Volk »so ... in die Irre geführt worden ist und ständig geführt wird, dass zwischen ihm und den Andersgläubigen eine undurchdringliche Mauer entstanden ist und sich gefestigt hat, die sie [die Juden], von Dunkelheit umgeben, fest miteinander vereint und von allen Mitbürgern trennt«. So erzögen sie auch die Kinder, »für den Talmudunterricht zahlen sie viel und ohne Bedauern ... Solange die Schulen in ihrem jetzigen Zustand existieren werden, besteht keinerlei Aussicht auf eine Änderung ihrer Sitten ... Sie halten sich für die wahren Verehrer Gottes, und von allen anderen, die nicht ihres Glaubens sind, denken sie geringschätzig ... Dort wird das Volk dazu gebracht, in ständiger Erwartung des Messias zu leben ... [Sie glauben,] dass ihr Messias, durch Unterwerfung aller Erdgeborenen, in Fleisch und Blut über sie herrschen, ihnen ihr früheres Reich, ihren Ruhm und ihre Herrlichkeit wieder geben wird. « Über die Jugend schrieb er: »Sie heiraten allzu früh, bisweilen bevor sie zehn Jahre alt geworden sind, und deshalb sind sie zwar geschlechtlich reif, aber nicht kräftig genug. « Und über das Kahalsystem: Die innerjüdische Sammlung von Abgaben verschaffe »den Kehilot jährlich eine ansehnliche Summe von Einnahmen, die unvergleichlich höher ist als die staatlichen Steuern, die von den Seelen in den Revisionslisten erhoben werden. Die Kahalältesten legen darüber niemandem Rechenschaft ab. Ihr armer Pöbel befindet sich dadurch im Zustand starker Auszehrung und größter Armut, und das sind viele ... Dagegen sind die Mitglieder des Kahal reich und leben im Überfluss; indem sie über zwei Hebel der Macht verfugen, d. h. den geistigen und den weltlichen, ... haben sie eine große Macht über das Volk. Damit halten sie es ... in großer Armut und Angst. « Von den Kehilot »ergehen an ihr

Volk alle möglichen Befehle… , die mit einer solchen Genauigkeit und Schnelligkeit ausgeführt werden, dass man sich nur wundern muss«.

Den Kern des Problems erblickte Dershawin im Folgenden: »Ihre [der Juden] große Zahl in Weißrussland … ist allein schon wegen des Missverhältnisses zu jener der Getreidebauern für dieses Land eine schwere Bürde … Dieses Missverhältnis ist der einzige unter den wichtigsten [Gründen], der hier einen Mangel an Getreide und sonstigen essbaren Vorräten erzeugt. « »Niemand von ihnen war jemals ein Getreidebauer, aber jeder hatte und verbrauchte mehr Getreide als der Bauer mit großer Familie, der es im Schweiße seines Angesichts erntet. « »Sie sind in den Dörfern vor allem … damit beschäftigt, den Bauern alles Nötige auf Kredit, zu einem außerordentlichen Zins, zu geben; und deshalb kann der Bauer, der irgendwann einmal ihr Schuldner geworden ist, die Schulden nicht mehr loswerden. « Überdies sind das »die leichtgläubigen Gutsherren, die nicht nur zeitweilig, sondern auch zeitlich unbegrenzt ihre Dörfer in jüdische Hände legen … « Die Gutsbesitzer seien jedoch auch froh, alles auf die Juden schieben zu können: »Als einzigen Grund für die Auszehrung ihrer Bauern betrachten sie nach ihren eigenen Worten die Juden«, und der Gutsherr bekennt im seltensten Fall, »dass er, wenn man sie von seinen Besitzungen vertriebe, einen nicht geringen Verlust erleiden würde, weil er von ihnen durch die Pacht beachtliche Einkünfte hat«.

Dershawin versäumte es also nicht, die Sache von verschiedenen Seiten zu betrachten: »Man muss auch den Letzteren [den Juden] Gerechtigkeit widerfahren lassen und feststellen, dass sie bei dem jetzigen Mangel an Getreide nicht wenige hungrige Dorfbewohner mit Nahrung versorgten; übrigens weiß jeder, dass das nicht ohne Berechnung geschah, denn beim Einbringen der Ernte werden sie ihnen das, was sie bekommen haben, hundertfach zurückgeben. « Und in einem privaten Bericht an den Generalstaatsanwalt schrieb Dershawin: »Es ist schwer, sich nicht zu irren und zu Recht jemandem die ganze Schuld zu geben. Die Bauern versaufen das Getreide bei den Juden und leiden unter seinem Mangel. Die Gutsbesitzer können die Trunksucht nicht verbieten, weil sie dem Branntweinverkauf fast alle ihre Einkünfte verdanken. Und auch den Juden kann man nicht die ganze Schuld dafür geben, dass sie zum Erwerb des eigenen Lebensunterhalts den Bauern das letzte Stück Brot wegnehmen. «

Zu Ilja Frank sagte Dershawin einmal: »Da die Vorsehung dieses kleine, verstreut lebende Volk bis zum heutigen Tag bewahrt hat, müssen auch wir für seine Bewahrung Sorge tragen. « Und in seinem Bericht schrieb er mit der Aufrichtigkeit der damaligen Zeit: »Wenn die Allerhöchste Vorsehung zur Verwirklichung irgendwelcher unbekannter Absichten dieses seiner Sitten wegen gefährliche Volk auf Erden leben lässt, dann müssen auch die Regierungen, unter deren Zepter es Schutz gesucht hat, es dulden … Sie sind also verpflichtet, auch den Juden ihren Schutz angedeihen zu lassen, damit sie sowohl für sich als auch für die Gesellschaft, in der sie ansässig wurden, von Nutzen sind. «

Wegen aller seiner Beobachtungen in Weißrussland, wegen seiner Schlussfolgerungen, wegen allem, was er in seinem »Memorandum« schrieb, und besonders wegen dieser Zeilen und wahrscheinlich auch dafür, dass er »den Scharfblick der großen russischen Monarchen« lobte, »welche die Einwanderung und Einreise dieser geschickten Räuber in ihr Reich verbaten«, wurde Dershawin nachgesagt, er sei ein »fanatischer Judenfeind«, ein großer Antisemit. Ihm wird (zu Unrecht, wie wir gesehen haben) vorgeworfen, er habe »in offiziellen Dokumenten die Schuld für die Trunksucht und Armut der weißrussischen Bauern ausschließlich den Juden

zugeschrieben«, und seine »positiven Maßnahmen« wurden ohne jeden Beweis nur als persönliche Ambitionen bezeichnet.

Er war indes in keiner Weise den Juden gegenüber voreingenommen, sein ganzes »Memorandum« entstand im Jahre 1800 aufgrund des tatsächlichen Elends und Hungers der Bauern, und das Ziel bestand darin, sowohl den weißrussischen Bauern als auch den Juden dadurch Gutes zu tun, dass er sie ökonomisch trennte und die Juden - von denen ein Teil zuallererst in unerschlossenen Gebieten angesiedelt werden sollten, wie dies noch Katharina vorhatte - auf eine wirklich produktive Tätigkeit zu orientieren.

Als eine entscheidende Schwierigkeit sah Dershawin hier die Unbeständigkeit und Unstetigkeit der jüdischen Bevölkerung an, von der kaum der sechste Teil bei den Volkszählungen erfasst wurde. »Ohne eine besondere, außerordentliche Maßnahme ist es schwer, bei ihnen eine richtige Zählung durchzuführen: weil sie, die in Städten, Schted, auf Gutshöfen, in Dörfern und Schänken leben und fast ständig hin und her wechseln, sich nicht als hiesige Einwohner bezeichnen, sondern als Gäste, die aus einem anderen Kreis oder einer anderen Siedlung gekommen sind«, und weil sie außerdem »alle gleich aussehen ... und den gleichen Namen führen«, keine Familiennamen hätten und »dazu noch alle die gleiche schwarze Kleidung tragen, kann man sie sich nicht merken und verwechselt sie bei ihrer Registrierung und Unterscheidung, vor allem bei gerichtlichen Klagen und Untersuchungen«. Dabei Hüteten sich auch die Kehilot, »sie alle anzugeben, um nicht die Wohlhabenden allzu sehr mit Steuern für Registrierte zu belasten«.

Dershawin suchte jedoch nach einer allgemeinen Lösung dafür, wie man, »ohne irgendjemandem Schaden zuzufügen ... , [die Zahl der Juden in den weißrussischen Dörfern] verringern und damit die Ernährung ihrer ursprünglichen Einwohner erleichtern, aber den Übrig gebliebenen bessere und weniger erniedrigende Möglichkeiten für den Erwerb ihres Lebensunterhalts geben kann«. Außerdem: wie man »ihren Fanatismus vermindern und sie auf unmerkliche Weise, ohne auch nur im Geringsten von den Regeln der Duldsamkeit gegenüber verschiedenen Religionen abzuweichen, an eine direkte Aufklärung heranführen und, nachdem man den Hass auf andersgläubige Völker in ihnen ausgetilgt hat, überhaupt dazu bringen kann, ihre hinterhältigen Absichten zum Raub fremden Guts aufzugeben« - wie man also die Freiheit des religiösen Gewissens von der »Straffreiheit für Übeltaten« trennen könnte.

Danach legte er etappenweise und ausführlich die vorzuschlagenden Maßnahmen dar, wobei er seinen ökonomischen und staatsmännischen Verstand unter Beweis stellte. Erstens, »um [den Juden] nicht Anlass zu irgendwelchen Aufregungen, zur Flucht und auch nur zum leisesten Murren zu geben«, sei ihnen durch ein Zarenmanifest Schutz und Fürsorge zuzusichern, wobei bekräftigt werden sollte, dass man weiterhin Toleranz gegen ihren Glauben üben und die von Katharina erteilten Privilegien erhalten würde, »nur mit einer geringen Änderung früherer Festlegungen«. (Aber denen, »die sich nicht diesen Festlegungen unterwerfen wollen, ist die Freiheit zu geben, ins Ausland zu gehen« - eine Forderung, die in puncto Freiheit das sowjetische 20. Jahrhundert weit überflügelte.) Gleich danach heißt es: Nach genauen Kalenderzeiten seien, nachdem zeitweilig alle neuen Kredite verboten worden sind, alle gegenseitigen Schuldforderungen zwischen Christen und Juden zu ordnen, zu dokumentieren und zu klären, »um das frühere gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen, damit künftig nicht das geringste Hindernis für die Umstellung der Juden auf eine andere Lebensweise« - »für ihre Umsiedlung in andere Gebiete« oder an den alten Orten »für die Zuweisung eines neuen

Lebensstandes« - bestünde. »Die Juden sind möglichst bald von Schulden zu befreien und so für die Reform zu Freien zu machen. « Vom Zeitpunkt der Veröffentlichung des Manifests an seien alle Abgaben, die von Juden erhoben werden, »für die Begleichung von Schulden armer Leute«, d. h. für arme Juden, für die Bezahlung von Kahalschulden und für die Ausstattung von Umsiedlern zu verwenden. Von den einen sei drei, von anderen sechs Jahre lang keine Steuer zu erheben - stattdessen sei das Geld für die Einrichtung von Fabriken und Werkstätten für diese Juden zu verwenden. Gutsbesitzer müssten die Verpflichtung abgeben, dass die Juden in ihren Schted Manufakturen, Fabriken und Werkstätten einrichten und auf den Anwesen anfangen werden, wirklich Getreide anzubauen, »damit sie mit eigenen Händen ihr Brot verdienen«, aber »unter keiner Bedingung irgendwo Branntwein heimlich oder offen verkaufen«, sonst würden jene Gutsbesitzer selbst die Rechte auf die Herstellung von Branntwein einbüßen. Unerlässlich sei es auch, eine allgemeine, genaue Zählung der Bevölkerung unter der Verantwortung der Kahalältesten durchzuführen. Für die, die kein Vermögen als Kaufmann oder städtischer Kleinbürger nachweisen könnten, seien zwei neue Klassen mit geringeren Einkommen zu schaffen: für dörfliche Kleinbürger oder für »Siedler« (da »sie die Bezeichnung >Krestjanin< [>Bauer<] wegen der Ähnlichkeit mit dem Wort >Christianin< [>Christ<] nicht ertragen«). Dabei müssten die jüdischen Siedler »als Freie und nicht als Leibeigene« angesehen werden; doch »unter keiner Bedingung und unter keinem Vorwand dürfen jene es wagen, einen Christen oder eine Christin in ihre Dienste zu nehmen, christliche Dörfer (auch nicht eine einzige Seele) zu besitzen und sich in Magistraten und Rathäusern breit zu machen, damit sie keine Rechte über Christen bekommen«. »Nachdem sie ihren Wunsch erklärt haben, für einen bestimmten Lebensstand eingeschrieben zu werden«, sei »die nötige Zahl junger Männer« nach Petersburg, Moskau, Riga zu entsenden - die einen »zum Erlernen der kaufmännischen Buchhaltung«, die anderen zum Erlernen eines Handwerks, die dritten zum Besuch von Schulen »für Ackerbau und Landwirtschaft«. Währenddessen seien »einige rührige und akkurate Juden als Deputierte ... für alle jene Gegenden auszuwählen, wo Land für die Ansiedlung« verteilt wird. (Danach folgen Einzelheiten über die Aufstellung von Plänen, die Landvermessung, den Hausbau, die Reihenfolge der Abreise der Aussiedlergruppen, ihre Rechte unterwegs, die Gnadenjahre, in denen die Umsiedler von Steuern befreit sind — alle diese von Dershawin sorgfältig ausgearbeiteten Details lassen wir beiseite.) Zur inneren Ordnung der jüdischen Gemeinden: »Um [die Juden] ebenso wie die übrigen Völker Russlands ... der einzigen Staatsführung unterzuordnen, ... dürfen Kehilot in keiner Form fortbestehen. « Zusammen mit der Abschaffung der Kehilot würden »alle früheren wucherischen Abgaben, welche die Kehilot vom jüdischen Volk erhoben, ebenfalls abgeschafft:... , und staatliche Steuern werden von ihnen genauso erhoben ... wie von den übrigen Untertanen« (d. h. nicht doppelt), und »die Schulen und Synagogen müssen durch Gesetze geschützt werden«. »Das männliche Geschlecht soll nicht jünger als 17 und das weibliche nicht jünger als 15 Jahre« eine Ehe schließen. Es folgt ein Abschnitt über Bildung und Aufklärung der Juden. Die jüdischen Schulen bis zum 12. Jahr und danach die allgemeinen Schulen seien denen der Andersgläubigen anzunähern; »jenen aber, die es bis zu den hohen Wissenschaften gebracht haben, ist die Aufnahme in die Akademien und Universitäten als Ehrenmitglieder, Doktoren, Professoren zu gestatten« - aber »sie sind nicht ... in den Rang von Offizieren und Stabsoffizieren aufzunehmen«, denn »obwohl sie auch in den Militärdienst aufgenommen werden könnten«, werden sie z. B. »am Samstag vor dem Feind nicht zur Waffe greifen, was tatsächlich mehrmals

vorgekommen ist«. Es seien Druckereien für jüdische Bücher einzurichten. Bei den Synagogen sind jüdische Krankenhäuser, Armenhäuser, Waisenhäuser einzurichten.

Also wird, so schlussfolgert Dershawin selbstbewusst, »das widerborstige [verstreut lebende] Volk der Juden ... in diesem seinem traurigen Zustand ein Beispiel für Ordnung erhalten«. Besonders von der Aufklärung: »Dieser erste Punkt wird, wenn nicht heute und nicht sofort, aber doch in den folgenden Zeiten, im äußersten Fall nach mehreren Generationen, auf unmerkliche Weise Früchte tragen«, und dann würden die Juden »wirkliche Untertanen des russischen Throns« werden.

Während Dershawin sein »Memorandum« abfasste, erkundigte er sich auch, was die Kehilot darüber dachten, und stellte fest, dass er ihnen mit seinen Vorschlägen überhaupt keine Freude bereitete. In den offiziellen Antworten war ihre Ablehnung zurückhaltend formuliert. Es hieß darin: »Die Juden sind zum Getreideanbau nicht fähig und an ihn nicht gewöhnt, und ihr Glauben steht dem im Wege«, »über ihre jetzigen Beschäftigungen hinausgehend sehen sie keinerlei andere Möglichkeiten, die ihrer Ernährung dienen, und bedürfen ihrer nicht, sondern möchten in ihrer jetzigen Lage verbleiben«. Die Kehilot sahen jedoch, dass es in diesem Bericht darum ging, das ganze Kahalsystem zu untergraben, die Einnahmen der Kehilot einer Kontrolle zu unterziehen - und begannen, dem ganzen Vorhaben Dershawins still, aber zäh und dauerhaft entgegenzuarbeiten.

Dieser Widerstand äußerte sich nach Meinung Dershawins darin, dass eine Jüdin aus Liosno bald eine Klageschrift an den Zaren richtete, in der sie Dershawin bezichtigte, sie dort in einer Branntweinfabrik angeblich »furchtbar mit einem Stock geschlagen zu haben, wodurch sie, da sie schwanger war, ein totes Kind gebar«. Der Senat ließ eine Untersuchung durchfuhren. Dershawin antwortete jedoch: »Als ich eine Viertelstunde lang in dieser Fabrik war, habe ich nicht nur keine Jüdin geschlagen, sondern auch keine gesehen«, und bemühte sich, vom Zaren persönlich empfangen zu werden: »Man möge mich einkerkern, aber ich werde die Dummheit des Mannes beweisen, der solche Anzeigen erstattet hat ... Wie können Sie ... einer solchen törichten und unwahren Klage glauben?« (Der Jude, der für die Frau jene lügnerische Klage verfasst hatte, wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, aber nach zwei bis drei Monaten, bereits unter Alexander I. , »erwirkte« Dershawin »seine Freilassung«.)

Paul, der im Mai 1801 ermordet wurde, schaffte es nicht, irgendeinen Beschluss in Bezug auf Dershawins »Memorandum« zu fassen. Es »führte damals zu geringeren praktischen Ergebnissen, als man erwarten konnte, weil Dershawin wegen des Wechsels am Zarenhof seine Bedeutung verlor«.

Erst gegen Ende des Jahres 1802 wurde das »Komitee für die Eingliederung der Juden« gegründet, um Dershawins »Memorandum« zu prüfen und entsprechende Beschlüsse vorzubereiten. Das Komitee bestand aus zwei Alexander I. nahe stehenden polnischen Magnaten, Fürst Adam Czartoryski und Graf Severin Potocki, sowie Graf Walerjan Subow (über alle drei bemerkte Dershawin, dass gerade sie große Güter in Polen besaßen und durch die Aussiedlung der Juden »ein bedeutender Verlust ihrer Einnahmen« zu verzeichnen sein würde, dass »die privaten Interessen der erwähnten Würdenträger die staatlichen überwogen«), dem Innenminister Graf Kotschubej und dem gerade ernannten Justizminister (dem ersten in der russischen Geschichte), Dershawin; es wirkte auch Michail Speranskij mit. Das Komitee war geheißen worden, jüdische Deputierte von Kehilot aller Gouvernements einzuladen, und diese, größtenteils Kaufleute der Ersten Gilde, kamen auch hinzu. »Außerdem hatten die Mitglieder

des Komitees das Recht erhalten, einige der ihnen bekannten aufgeklärten und wohlgesonnenen Juden auszuwählen. « Als solche waren eingeladen: der bereits bekannte Nota Notkin, der aus Weißrussland nach Moskau und dann nach Petersburg übergesiedelt war; der Petersburger Steuerpächter Abram Peretz, der eng mit Speranskij befreundet war; Leib Newachowitsch, Mendel Satanower, beide mit Peretz befreundet, und andere. Nicht alle nahmen direkt an den Sitzungen teil, übten aber einen bedeutenden Einfluss auf die Komiteemitglieder aus. (Erwähnenswert ist, dass Abram Peretz Sohn, Grigorij, im Dekabristenprozess verurteilt und verbannt wurde - wahrscheinlich nur deshalb, weil er mit Pestei, ohne etwas von der Verschwörung der Dekabristen zu ahnen, die jüdische Frage erörtert hatte - und dass sein Enkel russischer Staatssekretär war, ein sehr hohes Amt. Newachowitsch, ein humanistischer Aufklärer, aber kein Kosmopolit, der mit dem russischen kulturellen Leben eng verbunden war - unter Juden damals eine Seltenheit -, veröffentlichte 1803 auf Russisch die »Klage einer jüdischen Tochter«, worin er die russische Gesellschaft aufforderte, daran zu denken, dass die Juden in ihren Rechten eingeschränkt seien, und die Russen ermahnte, die Juden als ihre Landsleute zu betrachten, damit die russische Gesellschaft die Juden in ihre Mitte aufnähme.)

Das Komitee gelangte zu einer übereinstimmenden Auffassung: »Sie [die Juden] sind an das allgemeine zivile Leben und an die allgemeine Bildung heranzuführen, ... auf eine produktive Arbeit hinzulenken«, eine Gewerbe- und Handelstätigkeit solle ihnen erleichtert werden, die Einschränkungen des Rechtes auf Freizügigkeit seien abzumildern, sie müssten daran gewöhnt werden, deutsche Kleidung zu tragen, denn »die Gewohnheit, eine Kleidung zu tragen, die verachtet wird, verstärkt die Gewohnheit, verachtet zu werden«. Aber das akuteste Problem war, dass Juden wegen des Branntweinhandels auf dem Dorfe lebten. Notkin »bemühte sich, das Komitee dafür zu gewinnen, die Juden weiterhin dort wohnen zu lassen und nur Maßnahmen gegen mögliche Missbräuche von ihrer Seite zu ergreifen«.

»Die Gründung des Komitees führte zu Tumulten in den Kehilot«, schreibt Gessen. Eine außerordentliche Tagung ihrer Deputierten in Minsk im Jahre 1802 beschloss, »unseren Zaren, dessen Ruhm noch größer werden möge, zu bitten, dass sie [die Würdenträger] bei uns keinerlei Neuerungen vornehmen«. Man beschloss, besondere Fürsprecher nach Petersburg zu entsenden, erklärte, dass zu diesem Zweck eine Sammlung durchgeführt werde, und setzte sogar ein dreitägiges jüdisches Fasten an, »Unruhe ... erfasste den ganzen Ansiedlungsrayon«. Ganz abgesehen von der drohenden Verbannung der Juden aus den Dörfern verhielten sich »die Kehilot in dem Bemühen, die innere Lebensweise zu bewahren, ... negativ zu den Fragen der Kultur«. Als Antwort auf die Hauptpunkte des Vorschlags »erklärten die Kehilot, dass man die Reform überhaupt um 15 bis 20 Jahre verschieben müsse«.

Dershawin schreibt: »Es gab von ihrer Seite verschiedene Quertreibereien, um alles beim Alten zu lassen. Übrigens sandte Gurko, ein weißrussischer Gutsbesitzer, Dershawin einen Brief, den er abgefangen hatte ein Jude in Weißrussland hatte ihn an einen ihrer Bevollmächtigten in Petersburg geschrieben. Darin heißt es, dass sie Dershawin als Verfolger im Namen aller Kehilot in der Welt mit einem Cherem, d. h. einem Bann, belegt und eine Million für Geschenke in dieser Angelegenheit gesammelt und nach Petersburg geschickt haben. Sie bitten, alle Mühe für die Absetzung des Generalstaatsanwalts Dershawin zu verwenden, und wenn das nicht möglich ist, nach seinem Leben zu trachten ... Was sie jedoch erreichen wollten, war, dass ihnen nicht verboten sein sollte, in den Dorfschänken Branntwein zu verkaufen ... Und damit es einfacher ist, das Geschäft fortzusetzen«, würden sie »aus fremden Regionen von verschiedenen Orten

und Leuten Meinungen darüber beschaffen, wie man die Lage der Juden verbessern könnte« - und tatsächlich, solche Meinungen, mal in französischer, mal in deutscher Sprache, begann man an das Komitee zu schicken.

Übrigens wurde Nota Notkin »die zentrale Gestalt, die damals die kleine jüdische Gemeinde Petersburg organisierte«. 1803 »legte er ... dem Komitee ein Schreiben vor, mit dem er versuchte, die Wirkung des von Dershawin unterbreiteten Vorschlags zu paralysieren«. »Notkin kam«, wie Dershawin schreibt, »eines Tages zu ihm, und fragte ihn, mit vorgetäuschtem Wohlwollen bittend, er, Dershawin, möge sich nicht als Einziger gegen seine Kollegen [im Komitee] stellen, die alle auf jüdischer Seite stehen, ob er nicht 100- oder, wenn das zu wenig sei, 200 000 Rubel annehmen würde, nur damit er mit allen seinen Kollegen im Komitee einer Meinung sei. « Dershawin »entschloss sich, dem Zaren über diesen Bestechungsversuch Mitteilung zu machen und ihn mit Gurkos Brief zu beweisen«; er »dachte, solch starke Beweise würden Wirkung zeigen und der Zar werde sich vor Leuten in Acht nehmen, die ihn umgeben und die Juden protegieren«. Nach dem Zaren erfuhr auch Speranskij davon, doch »Speranskij war den Juden völlig ergeben«, und - »bei der ersten Versammlung des Jüdischen Komitees zeigte sich, dass alle Mitglieder die Meinung vertraten, der Branntweinverkauf solle ... wie bisher in den Händen der Juden bleiben«.

Dershawin widersetzte sich. Alexander verhielt sich immer kühler zu ihm und entließ seinen Justizminister bald darauf (1803). Übrigens zeigen Dershawins »Aufzeichnungen«, dass er - ob im Militär- oder Zivildienst - immer zu ungestüm und aufbrausend war und überall bald seinen Abschied erhielt.

Man muss zugeben, dass Dershawin vieles von dem voraussah, was sich in den problematischen russisch-jüdischen Beziehungen dann im ganzen 19. Jahrhundert entwickelte, wenn auch nicht in den unerwarteten Formen, wie es dann tatsächlich geschah. Er drückte sich, wie damals üblich, grob aus, doch beabsichtigte er nicht, die Juden zu unterdrücken, im Gegenteil, er wollte den Juden Wege zu einem freieren und produktiven Leben eröffnen.

Kapitel 2 - Unter Alexander I.

Gegen Ende des Jahres 1804 schloss das »Komitee für die Eingliederung der Juden« seine Arbeit am »Statut über die Juden« (bekannt als Statut von 1804) ab. Es war die erste Sammlung von Gesetzesvorschlägen in Bezug auf die Juden. Das Komitee erklärte, sein Ziel bestehe darin, die Lage der Juden zu verbessern und sie zu einer nützlichen Tätigkeit hinzuführen, »ihnen einen Weg zu ihrem eigenen Nutzen zu erschließen ... und alles, was sie von diesem Weg abbringen kann ohne Anwendung von Zwang zu beseitigen«. Das Statut legte das Prinzip der zivilen Gleichheit der Juden fest (Artikel 42): »Alle Juden, die in Russland leben, sich hier neu ansiedeln oder in geschäftlichen Angelegenheiten aus anderen Ländern hierher kommen, sind frei und stehen genauso unter dem Schutz der Gesetze wie die anderen russischen Untertanen. « (Laut einem Kommentar von Professor Gradowskij könne man nicht umhin, in diesem Artikel »das Bestreben zu sehen,... dieses Volk mit der ganzen Bevölkerung Russlands zu vereinen«.)

Das Statut eröffnete den Juden mehr Möglichkeiten, als es seinerzeit die Vorschläge Dershawins vorgesehen hatten; so wurde empfohlen, bei der Errichtung von Textil- und Lederfabriken sowie bei der Hinwendung zur Landwirtschaft in unerschlossenen Gebieten auch direkte staatliche Hilfe zu leisten. Die Juden sollten das Recht erhalten, Land zu erwerben, ohne leibeigene Bauern, aber mit dem Recht, christliche Lohnarbeiter zu beschäftigen. Jüdische Fabrikanten, Kaufleute und Handwerker sollten das Recht erhalten, »eine Zeit lang in geschäftlichen Angelegenheiten« den Ansiedlungsrayon zu verlassen; zu diesem Zweck sollten die Bestimmungen für den gerade erst geschaffenen »Rayon« gelockert werden. (Die Abschaffung der doppelten Steuer wurde in diesem Jahr vorerst nur versprochen, aber sie fiel bald danach weg.) Alle Rechte der Juden auf Unantastbarkeit des Besitzes, auf persönliche Freiheit, ihre Religion und die freie Wahl der Gemeindeordnung wurden bestätigt - d. h. das Kahalsystem blieb ohne wesentliche Änderungen bestehen (obwohl dies bereits die Idee der Eingliederung der Juden in die gesamtrussische Gesellschaft untergrub) —, zusammen mit dem früheren Recht, die Steuern einzuziehen, was dem Kahal eine unbegrenzte Macht verlieh - aber ohne das Recht, seine Einnahmen aus Abgaben zu erhöhen, sowie mit dem Verbot, religiöse Strafen oder einen Bann (Cherem) zu verhängen -, wodurch die Chassidim ihre Freiheit erhielten. Entsprechend dem dringenden Wunsch der Kehilot wurde der Plan nicht angenommen, allgemein bildende jüdische Schulen zu gründen, aber es wurde beschlossen: »Alle Kinder von Juden können wie alle anderen Kinder in russische Schulen, Gymnasien und Universitäten aufgenommen und dort unterrichtet werden«, wobei sie in diesen Schulen unter keinen Umständen »weder von ihrer Religion abgebracht noch gezwungen werden, das zu lernen, was ihr widerspricht oder was mit ihr sogar unvereinbar sein kann«. Juden indes, »die mit ihren Fähigkeiten an Universitäten bestimmte Leistungen in der Medizin, der Chirurgie, der Physik, der Mathematik und in anderen Wissenszweigen erzielen, werden ihre Anerkennung und die entsprechenden akademischen Grade erhalten«. Für Juden wurde es als notwendig angesehen, die Sprache ihrer Umgebung zu erlernen, ihr Aussehen zu ändern und Familiennamen anzunehmen. Das Komitee gelangte zu der Schlussfolgerung, dass hierfür in keinem anderen Land »maßvollere, nachsichtigere und enger mit ihrem Nutzen [dem der Juden] verbundene Mittel angewendet wurden«. Ju. Gessen räumt ein, dass das russische Statut von 1804 den Juden weniger Beschränkungen auferlegte als z. B. das preußische Reglement von 1797, zumal die Juden persönlich frei waren und diese Freiheit bewahrten, wovon bei der viele

Millionen zählenden Schicht der leibeigenen Bauern überhaupt nicht die Rede sein konnte. »Das Statut von 1804 zählt zu jenen Urkunden, die von Toleranz erfüllt sind. «

Die damals weit verbreitete Zeitschrift »Westnik Jewropy« [»Der Bote Europas«] schrieb: »Alexander weiß, dass die Mängel, die der jüdischen Nation zugeschrieben werden, notwendige Folgen dieser schwer ausrottbaren Unterdrückung sind, unter der sie seit vielen Jahrhunderten leidet.

Zweck des neuen Gesetzes ist es, dem Staat nützliche Bürger und den Juden ein Vaterland zu geben. «

Das akuteste Problem löste das Statut jedoch nicht so, wie es alle Juden — sowohl die jüdische Bevölkerung als auch die Deputierten der Kehilot als auch die jüdischen Mitarbeiter des Komitees - gewünscht hätten. Im Statut stand geschrieben: »Kein Jude ... , weder in einem Weiler noch in einem Kirchdorf, darf Schänken, Wirtshäuser und Gasthöfe unter eigenem oder fremdem Namen pachten oder unterhalten noch in ihnen Branntwein verkaufen oder selbst in ihnen wohnen«; im Laufe von drei Jahren, d. h. bis zu Beginn des Jahres 1808, sollte die jüdische Bevölkerung völlig aus den Dörfern entfernt werden. (Es sei daran erinnert, dass eine solche Maßnahme 1797 unter Paul vorgesehen war, also noch vor Dershawins Vorschlag: Die Juden sollten nicht gänzlich aus den Dörfern ausgesiedelt werden, vielmehr war nur vorgeschlagen worden, »die Zahl der Juden in den Siedlungen der Kreise zu verringern damit die Masse der jüdischen Bevölkerung in den Dörfern die wirtschaftliche Kraft der Bauern als der produzierenden Schicht nicht überstieg«.) Nun hatte man vor, die Mehrheit der Juden auf die landwirtschaftliche Arbeit in den brachliegenden Gebieten des Ansiedlungsrayons, in Neurussland und auch im Astrachaner sowie im Kaukasischen Gouvernement hinzulenken; dabei sollten sie zehn Jahre von der damaligen Steuerpflicht befreit sein und das Recht haben, »von der Staatskasse ein Darlehen zu erhalten«, mit dessen Rückzahlung erst nach zehn Jahren begonnen werden musste; den Vermögenden hingegen wurde vorgeschlagen, Land als persönlichen und vererbbaren Besitz, verbunden mit dem Recht, es mit Lohnarbeitern zu bearbeiten, zu erwerben.

Das Komitee führte folgende Argumente zugunsten der Ablehnung des Branntweinhandels an: »Solange dieses Gewerbe Juden zugänglich sein wird ... , was schließlich zur Folge hat, dass die Einwohner sie selbst tadeln, verachten und sogar hassen, solange wird die allgemeine Entrüstung darüber nicht aufhören. « Doch »kann man diese Maßnahme [die Aussiedlung aus den Dörfern] als einschränkend betrachten, wenn den Juden gleichzeitig viele andere Möglichkeiten eröffnet werden, nicht nur weiterhin ein gutes Auskommen zu haben, sondern sich auch den Lebensunterhalt — in der Landwirtschaft, in Fabriken, in Gewerben — zu verdienen, und sie sogar Aussichten haben, Land zu besitzen? Wie kann dieses Volk durch Beschränkung eines Erwerbszweiges in einem solchen Staat eingeengt sein, wo ihm Tausende andere zugänglich sind und wo es in fruchtbaren und dünn besiedelten Gebieten ... Böden gibt, die für den Getreideanbau und verschiedene Betriebe geeignet sind?«

Dies sind, wie es scheint, gewichtige Argumente. Gessen hält jedoch die Auffassung des Komitees »vom Charakter des Wirtschaftslebens des Volkes, ... die Meinung, dass ökonomische Erscheinungen rein mechanisch, durch Befehle, verändert werden können«, für naiv. Von jüdischer Seite wurde die vorgesehene Aussiedlung aus den Dörfern und das Verbot des Schankgewerbes, dieser »jahrhundertelangen Beschäftigung« der Juden, als schreckliche und

grausame Entscheidung empfunden. (Genauso beurteilte die jüdische Historiografie sie anderthalb Jahrhunderte später.)

Wegen der liberalen Ansichten Alexanders I. , seiner wohlwollenden Haltung zu den Juden, seines sprunghaften Charakters und seines schwachen Willens (wahrscheinlich war Alexanders Persönlichkeit zeit seines Lebens deshalb ungefestigt, weil er durch den gewaltsamen Tod seines Vaters an die Macht gekommen war) wäre die angekündigte Aussiedlung der Juden aus den Dörfern wohl kaum energisch durchgeführt worden und hätte sich sogar in einer ruhigen politischen Lage in die Länge gezogen. Da kündigte sich jedoch fast unmittelbar nach dem Statut von 1804 der Krieg mit Napoleon an. Er begann auf den Schlachtfeldern Europas, und es folgten auch Napoleons Maßnahmen, welche die Juden begünstigten. Napoleon berief in Paris die jüdische Notablenversammlung, einen »Sanhedrin«, ein. »Die ganze jüdische Sache nahm eine unerwartete Wendung. Bonaparte initiierte in Paris eine Versammlung der Juden, deren Hauptziel es war, dem jüdischen Volk verschiedene Vorrechte einzuräumen und Verbindungen zwischen den in Europa verstreut lebenden Juden herzustellen. « 1806 befahl Alexander I. , ein neues Komitee zu gründen, »um zu erwägen, ob nicht irgendwelche besonderen Maßnahmen zu ergreifen wären und die Umsiedlung der Juden verschoben werden müsste«. Auch von der russischen Regierung wurde gefordert zu zeigen, dass sie auf keinen Fall die Juden unterjoche.

Die 1804 festgesetzte Aussiedlung der Juden aus den Dörfern sollte 1808 beginnen. Doch es ergaben sich auch noch praktische Schwierigkeiten, und deshalb wurden 1807 Meldungen über die Notwendigkeit, die Aussiedlung zu verschieben, an Alexander I. gesandt. Darm wurde der allerhöchste Ukas erlassen: »Allen jüdischen Gemeinden ist zu erlauben, ... Deputierte zu wählen und durch deren Vermittlung... Methoden vorzuschlagen, die sie selbst als besser geeignet ansehen für die erfolgreiche Durchführung der Maßnahmen, die im Statut vom 9. Dezember 1804 dargelegt wurden. « Solche Wahlen fanden in den westlichen Gouvernements statt, und die Meinungen der gewählten Abgeordneten wurden dann nach Petersburg übermittelt. »Die Deputierten waren natürlich dafür, die Aussiedlung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. « (Hier spielte noch die Überlegung eine Rolle, dass die Gutsherren Schankwirten kostenlose Wohnungen zur Verfügung stellten, wohingegen für Wohnungen in den Schtetl und Städten Miete gezahlt werden müsste.) Der Innenminister meldete: Für die Umsiedlung von Juden aus den jetzigen Dörfern auf Staatsland »sind wegen der übermäßigen Zahl von Juden einige Jahrzehnte nötig«. Gegen Ende des Jahres 1808 verfugte der Zar, den Artikel außer Kraft zu setzen, der den Juden Pachtung und Ausübung des Branntweingewerbes verbat, und sie »bis zu einem weiteren Befehl« an den Orten wohnen zu lassen! wo sie sich aufhielten. Sogleich (1809) wurde ein neues Komitee unter der Leitung des Senatsmitglieds Popow gegründet, das sich mit den jüdischen Problemen und den Bittgesuchen der jüdischen Abgeordneten zu befassen hatte. Dieser Ausschuss »hielt es für notwendig, >entschlossen< die begonnene Aussiedlung einzustellen und den Juden weiterhin das Recht auf Pachtung und den Handel mit Schnaps zu gewähren«. Das Komitee bestand drei Jahre lang und legte dem Zaren im März 1812 seinen Bericht vor. Alexander I. bestätigte ihn jedoch nicht: Er wollte die Bedeutung des früheren Beschlusses nicht in Frage stellen, sondern weiterhin die Belange der Bauern wahrnehmen: »Er wäre bereit gewesen, die Aussiedlung abzumildern, wollte aber unter keinen Umständen auf sie verzichten. « Inzwischen brach der Krieg gegen Napoleon aus und danach der europäische, die Interessen Alexanders verlagerten sich - und die Aussiedlung wurde

schon nicht mehr »als allgemeine Maßnahme für den ganzen Ansiedlungsrayon durchgeführt, sondern nur in Form von Sonderaktionen in einzelnen Gegenden«.

Während des Krieges, so berichtet eine Quelle, waren die Juden die einzigen Einwohner, die nicht vor der französischen Armee in die Wälder flüchteten; in der Umgebung von Wilna weigerten sie sich, dem Befehl Napoleons zu gehorchen, in seine Armee einzutreten, stellten ihr aber widerspruchslos Futter und Proviant zur Verfügung; an einigen Orten mussten diese jedoch konfisziert werden. Eine andere Quelle berichtet zunächst: »Die jüdische Bevölkerung litt stark unter den Ausschreitungen der napoleonischen Soldaten«, »es wurden viele Synagogen niedergebrannt«. Danach wird ausführlicher geschildert: »Eine große Hilfe für die russischen Truppen war während des Krieges die von jüdischen Händlern geschaffene so genannte jüdische Post<, die mit einer für die damalige Zeit erstaunlichen Geschwindigkeit Informationen übermittelte (als >Poststationen< dienten Dorfschänken)«; »Juden dienten sogar als Kuriere zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen den Abteilungen der russischen Armee«. Als aber die russische Armee zurückkehrte, »begrüßten die Juden begeistert die russischen Truppen und brachten den Soldaten Brot und Branntwein«. Der damalige Großfürst und künftige Kaiser Nikolaus I. notierte in seinem Tagebuch: »Erstaunlich, dass sie [die Juden] uns 1812 so treu ergeben waren und uns, wo sie nur konnten, sogar unter Lebensgefahr halfen. «

Bekannt ist eine Episode, wo jüdische Einwohner dem russischen Oberkommando im entscheidenden Moment des französischen Rückzugs über die Beresina die zu erwartende Stelle der Flussüberquerung mitteilten. Aber das war eine gelungene Finte von General Laurangay; er war sicher, dass die Juden diese Information den Russen übermitteln würden (die Franzosen überquerten den Fluss selbstverständlich an einer anderen Stelle).

Als nach 1814 auch Zentralpolen an Russland fiel, wuchs seine Bevölkerung um mehr als 400.000 Juden, und das jüdische Problem wurde für die russische Regierung noch dringender und schwieriger. 1816 beschloss der Staatsrat des Königreiches Polen, das in vieler Hinsicht ein scheinbar gesondertes Leben als Staat führte, mit der Aussiedlung von Juden aus den Dörfern zu beginnen, und erlaubte Juden nur zu bleiben, wenn sie selbst, ohne Hilfe von Christen, Ackerbau trieben. Aber der Zar verfügte (auf Fürbitte des Kahal von Warschau, die sofort zum Zaren gelangte), die Juden auch in Polen weiterhin an Ort und Stelle wohnen zu lassen - und erlaubte ihnen außerdem, mit Wodka zu handeln, bis auf eine einzige Ausnahme: Er durfte nicht auf Borg ausgeschenkt werden.

Die Verordnungen des Senats von 1818 enthielten jedoch erneut Paragrafen wie diese: »Abzuschaffen ist die für Bauern verheerende Zwangsvollstreckung, die seitens der Gutsherren im Falle der Nichtbegleichung von Schulden, die Bauern bei Juden haben, durchgeführt wird, wodurch die Bauern gezwungen sind, das Letzte, was sie besitzen, zu verkaufen ...

Juden, die Schänken pachten, ist es nicht erlaubt, Bauern Geld zu leihen, Branntwein auf Treu und Glauben zu geben und ihm dafür Vieh oder etwas anderes, was der Bauer braucht, wegzunehmen. «

Charakteristisch für die ganze Regierungszeit Alexanders war, dass Maßnahmen nicht konsequent verwirklicht wurden; Vorschriften wurden verkündet, aber ihre Einhaltung wurde nicht kontrolliert. Ein Beispiel: »Laut Gesetz von 1817 über die Getränkesteuer in den großrussischen Gouvernements war Juden dort die Branntweinherstellung verboten, aber schon

1819 wurde das Verbot aufgehoben« - »bis russische Meister ihre Fertigkeiten in der Herstellung von Branntwein vervollkommnet haben«.

Selbstverständlich widersetzten sich die auf ihren Vorteil bedachten polnischen Gutsherren der Ausmerzung des jüdischen Branntweingewerbes in den ländlichen Gegenden der Westgebiete, und die russische Regierung wagte es damals noch nicht, gegen die Gutsherren vorzugehen. Aber im Gouvernement Tschernigow, in dem der gutsherrlich-jüdische Spirituosenhandel nicht über Jahrhunderte verwurzelt war, gelang es, ihn 1821 abzuschaffen. In jenem Jahr gab es im Gouvernement eine Missernte, und der Gouverneur berichtete: »Die Juden unterjochen Staatsbauern und Kosaken. « 1822 wurde diese Maßnahme auch im Gouvernement Poltawa durchgeführt und 1823 teilweise auf die Gouvernements Mogiljow und Witebsk ausgedehnt. Aber danach wurde sie durch die verstärkten Bittgesuche der Kehilot gestoppt.

Der Kampf gegen das Branntwein- und Schankgewerbe mittels Aussiedlung der Juden aus den Dörfern kam also während der ganzen Regierungszeit Alexanders I. , die ein Vierteljahrhundert lang dauerte, nicht von der Stelle.

Die Branntweinherstellung war jedoch nicht das Einzige, was bei den Gutsherren im Ansiedlungsrayon gepachtet wurde. Auch einzelne Wirtschaftszweige, einzelne Grundstücke von Landgütern - hier eine Mühle, da eine Fischerei, mal Brücken, mal auch ganze Güter - wurden in Pacht genommen, und dann waren nicht nur leibeigene Bauern mit gepachtet (solche Fälle häuften sich seit der Wende zum 19. Jahrhundert), sondern sogar Dorfkirchen, d. h. orthodoxe Gotteshäuser, wie mehrere Autoren, so z. B. N. I. Kostomarow, M. N. Katkow, W. W. Schulgin, berichten. Gotteshäuser, die zu einem Gut gehörten, wurden als persönliches Eigentum katholischer Gutsherren betrachtet, und »Juden als Pächter hielten sich für berechtigt, von denen, die ein Gotteshaus aufsuchten, und von Geistlichen, die dort eine Amtshandlung Vornahmen, Geld zu verlangen. Für eine Taufe, Trauung oder ein Begräbnis musste die Erlaubnis des >Juden< gegen ein entsprechendes Entgelt eingeholt werden«; »alte ukrainische Lieder sind voller bitterer Klagen über jüdische Pächter, die die Bevölkerung unterdrückten«.

Die russische Regierung sah schon lange die Gefahr, dass sich die Rechte der Pächter auf die Person des Bauern und direkt auf seine Arbeit erstreckten, »dass die Juden die persönliche Arbeit der Bauern ausnutzten und als Nichtchristen überhaupt vermittels der Pacht über leibeigene Christen herrschten«. Dies wurde in der Folgezeit durch den Ukas von 1784 sowie durch die Senatsbeschlüsse von 1801 und 1813 verboten; damit »Juden in keiner Weise, unter keinerlei Namen und Bezeichnung Dörfer und Gutsbauern besaßen oder über sie verfügten«.

Aber die Findigkeit der Juden und der Gutsherren war damit nicht gebändigt. »Die Juden hatten«, wie der Senat um das Jahr 1816 feststellte, eine >Kreszenz< genannte Besitzform gefunden, d. h. die mit den Gutsbesitzern getroffenen Vereinbarungen sahen vor, »von den Feldern, welche die Bauern bestellt hatten ... , ihr Getreide und Heu herunterzuholen; dieselben Bauern müssen dieses Getreide dreschen, zu den von den Juden gepachteten Brennereien fahren, sich um die Ochsen kümmern, die zum Füttern [zu den Bauern] gebracht werden, und den Juden Arbeitskräfte und Gespanne zur Verfügung stellen ... Die Juden schalten und walten auf solchen Gütern ... Zugleich verkaufen auch die Gutsbesitzer, die von ihnen einen günstigen Pachtzins für die Güter erhalten, unter der Bezeichnung >Kreszenz< die ganze künftige Ernte an

die Juden: Daraus kann man schließen, dass sie mit der oben erwähnten Methode die Bauern dem Hunger preisgeben. «

Verpachtet wurden scheinbar nicht die Bauern, sondern nur die »Kreszenz« — aber das Ergebnis war das gleiche.

Trotz aller Verbote wurde die Praxis der »Kreszenz« flexibel fortgesetzt. Die Schwierigkeit bestand auch darin, dass sich viele Gutsbesitzer selbst bei den jüdischen Pächtern verschuldeten; sie erhielten von ihnen Geld dafür, dass sie ihr Gut verpfändeten. So kam es, dass Juden sowohl über das Gut als auch über die Arbeit der Leibeigenen verfügten. Als aber der Senat 1816 »beschloss, den Juden die Güter wegzunehmen«, überließ er es ihnen, sich selbst um die Rückerstattung der geliehenen Summen zu kümmern. Die Abgeordneten der jüdischen Gemeinden baten sofort untertänigst darum, die Anordnung wieder rückgängig zu machen — und der Oberverwalter der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen, Fürst Alexander Golizyn, überzeugte den Zaren: »Es ist ungerecht, die eine Gruppe der Schuldigen zu bestrafen und die andere [die Gutsherren und Beamten] zu verschonen. « Die Gutsherren »können noch davon profitieren, wenn sie sich weigern, die Kapitalien, die sie für die Kreszenz erhalten haben, zurückzugeben und die Kreszenz zum eigenen Vorteil behalten«; »nachdem sie den Juden Ländereien wider das Gesetz abgetreten haben, sind sie jetzt verpflichtet, ihnen das Geld zurückzugeben«.

Der nachmalige Dekabrist P. I. Pestei, der in jenen Jahren in den westlichen Gouvernements in der Armee diente und keinesfalls ein Verfechter der Autokratie war, sondern ein glühender Republikaner, notierte einige seiner Beobachtungen über die dortigen Juden. Diese Beobachtungen verwendete Pestei z. T. bei der Formulierung der ersten Thesen seines staatlichen Programms (»Anweisung für die Übergangsregierung«). »In Erwartung des Messias betrachten sich die Juden als zeitweilige Einwohner des Landes, in dem sie sich befinden, und wollen sich deshalb unter keinen Umständen mit dem Ackerbau beschäftigen, teilweise verachten sie sogar Handwerker und beschäftigen sich zum größten Teil mit dem Handel. « »Die jüdischen Geistlichen, Rabbiner genannt, halten ihr Volk in einer unglaublichen Abhängigkeit und verbieten ihm im Namen des Glaubens, jedwede Bücher außer dem Talmud zu lesen ... Ein Volk, das keine Aufklärung sucht, bleibt immer ein Opfer von Vorurteilen«; »die Abhängigkeit der Juden von den Rabbinern geht so weit, dass jede Weisung, die sie erteilen, gewissenhaft und unwidersprochen befolgt wird. « »Die enge Verbindung zwischen den Juden ermöglicht es ihnen, große Summen ... für ihre allgemeinen Bedürfnisse anzuhäufen, besonders dafür, verschiedene Vorgesetzte zu bestechen und zu allen möglichen Missbräuchen zu verleiten, die für sie, die Juden, von Nutzen sind. « Wie leicht sie zu Gutsbesitzern werden, »kann man in jenen Gouvernements sehen, in denen sie ihren Wohnsitz haben. Der ganze Handel liegt dort in ihren Händen, und es gibt nur wenige Bauern, die sie nicht aufgrund von Schulden in ihrer Gewalt haben; deshalb ruinieren sie auch das Land, in dem sie wohnen, auf schlimme Weise. « »Die frühere Regierung [unter Katharina] gewährte ihnen viele Sonderrechte und Vorteile, die das Übel, das sie tun, vergrößern. « Zu diesen zählte z. B. das Recht, keine Rekruten zu stellen, das Recht, Verstorbene nicht zu melden, das Recht, Streitfälle von den Rabbinern schlichten zu lassen. »Aber außerdem genießen sie noch die gleichen Rechte wie die übrigen christlichen Völker. « »Man kann klar sehen, dass die Juden sozusagen einen eigenen, besonderen, völlig selbstständigen Staat im Staate bilden und dabei in Russland heute größere Rechte genießen als die Christen. « »Solche Verhältnisse, welche die feindseligen Beziehungen zwischen Juden und

Christen gefestigt und sie in eine Lage gebracht haben, die der gesellschaftlichen Ordnung im Staat widerspricht, dürfen nicht länger geduldet werden. «

In den letzten Jahren der Regierungszeit Alexanders I. wurden die wirtschaftlichen und sonstigen Verbote gegen die Tätigkeit der Juden generell verschärft. 1818 erließ der Senat den folgenden Ukas: »Christen dürfen auf keinen Fall wegen Schulden an Juden verdingt werden. « 1819 wurde der Ukas zur Unterbindung »von Arbeiten und Diensten, die Bauern und Hausgesinde für Juden verrichten« erlassen. Derselbe Golizyn berichtete dem Ministerkomitee, dass »Christen, die in Häusern bei Juden leben, >nicht nur die Gebote des christlichen Glaubens vergessen und nicht erfüllen, sondern auch die jüdischen Gewohnheiten und Sitten annehmen««. Es wurde ein Beschluss gefasst, der es Juden untersagte, »Christen als Dienstboten anzustellen«. Dabei war man der Meinung, »er wäre auch armen Juden von Nutzen, die christliche Dienstboten ersetzen könnten«. Aber das geschah nicht. (Das war auch nicht weiter verwunderlich: Ein großer Teil der städtischen jüdischen Bevölkerung lebte in Armut und Elend, sie bestand »größtenteils aus Armen, die kaum ihren Lebensunterhalt verdienen« - aber niemals wurde das Gegenteil beobachtet: Juden gingen nicht als Dienstboten zu Christen. Das heißt, es gab Dinge, die sie davon abhielten, aber auch Mittel zum Leben, die sie von den Gemeinden erhielten, die sich durch einen festen Zusammenhalt auszeichneten.)

Aber schon von 1823 an war es jüdischen Pächtern erlaubt, Christen als Lohnarbeiter zu beschäftigen. »Das strenge Verbot«, wonach z. B. Christen die Äcker von Juden nicht bestellen durften, »wurde in der Praxis kaum eingehalten«.

In dieser Zeit wurden jedoch auch im Ansiedlungsrayon verschärfte Maßnahmen als Antwort auf die rasche Entwicklung der Sekte der Sabbatarier in den Gouvernements Woronesh, Samara, Tula und in anderen Gebieten getroffen. Zum Beispiel: »1821 wurden Juden, die der schweren Knechtung< der Bauern und Kosaken bezichtigt wurden, aus den ländlichen Gegenden des Gouvernements Tschernigow und 1822 aus Dörfern des Gouvernements Poltawa ausgewiesen. «

1824 bemerkte Alexander I. bei einer Reise durch das Uralgebirge in den Bergwerken »eine bedeutende Zahl von Juden, die sich mit dem heimlichen Aufkauf von Edelmetallen befassen und die dortigen Einwohner zum Schaden der Staatskasse und der privaten Bergwerksbesitzer sittlich verderben«. Er befahl, »Juden unter keinen Umständen in den staatlichen wie auch in den privaten Betrieben der Bergwerksverwaltung mehr zu dulden«.

In ähnlicher Weise schädigte auch der Schmuggel an der ganzen Westgrenze Russlands die Staatskasse, da Waren und Lebensmittel unverzollt in beide Hauptstädte gelangten und dort verkauft wurden. Die Gouverneure meldeten, dass sich vorwiegend Juden, die sich gerade in großer Zahl in der Grenzzone ansiedelten, Schmuggel trieben. 1816 wurde die Anordnung erlassen, innerhalb von nur drei Wochen im ganzen Gouvernement Wolhynien die Juden aus der 50 Werst breiten Grenzzone auszusiedeln. Dies dauerte fünf Jahre lang und wurde nur teilweise durchgeführt; 1821 erlaubte der neue Gouverneur den Juden, in die alten Orte zurückzukehren. 1825 wurde eine allgemeiner gehaltene, viel vorsichtigere Anordnung erlassen: Es mussten nur noch diejenigen Juden ausgesiedelt werden, die nicht bei den örtlichen Kehilot registriert waren oder nicht in der Grenzzone ihren unbeweglichen Besitz hatten. Das heißt, jetzt beabsichtigte man, nur jene auszusiedeln, die eindeutig neu zugezogen waren. Übrigens wurde auch diese Maßnahme nicht konsequent durchgeführt.

*

Zugleich ergab sich im Zusammenhang mit dem Statut von 1804 und seinem Paragrafen über die Aussiedlung von Juden aus den Dörfern der westlichen Gouvernements für die staatlichen Behörden natürlich die Frage, wohin man die Juden aussiedeln sollte. Die Städte und Schted waren bereits dicht besiedelt, und diese Lage verschärfte sich angesichts der sehr gering entwickelten Arbeitsproduktivität durch die starke Konkurrenz im Kleinhandel. Südlich der Ukraine befand sich das weite, wenig besiedelte und fruchtbare Neurussland. Eine offensichtliche Wende in der Haltung des Staates war es auch, dass man die Masse der unproduktiven jüdischen Bevölkerung, die aus den Dörfern ausgesiedelt werden sollte, dazu anregen wollte, sich in Neurussland als Landwirte niederzulassen. Ein Jahrzehnt zuvor hatte Katharina II. versucht, dies dadurch zu erreichen, dass sie die Steuer, die Juden zu zahlen hatten, einerseits verdoppelte und ihnen andererseits die Möglichkeit bot, sich völlig von ihr zu befreien, unter der Bedingung, dass sie nach Neurussland übersiedelten, um sich dort der Landwirtschaft zu widmen. Diese doppelte Steuer (sie wird in jüdischen Quellen oft erwähnt) war jedoch schon deshalb nicht real, weil man keine statistischen Angaben über die jüdische Bevölkerung hatte und weil nur der Kahal, der vor den Behörden fast die Hälfte der wirklichen Bevölkerungsziffer geheim hielt, die richtige Zahl kannte. (Um das Jahr 1809 hörte man auch auf, nach diesen Angaben zu fragen.) Diese Vergünstigung Katharinas bewog keinen Juden umzusiedeln.

Nun wurden speziell und nur für die Juden in Neurussland »für den Anfang« 30.000 Desjatinen Land zur Verfügung gestellt, d. h. je nach Bedarf konnte diese Fläche noch erweitert werden. Die Regierung gewährte Umsiedlern große Vergünstigungen: pro Familie 40 Desjatinen staatliches Land als vererbbaren Besitz (nicht als Eigentum) in Neurussland (in Russland war eine durchschnittliche Landparzelle, die einem Bauern zugewiesen wurde, einige Desjatinen, selten aber mehr als zehn Desjatinen groß), Darlehen für die Reise und für die Einrichtung einer bäuerlichen Wirtschaft (Kauf von Vieh, Hausrat usw. , wobei die Darlehen erst nach zehn Jahren und überdies auch erst im Laufe von weiteren zehn Jahren zurückgezahlt zu werden brauchten) sowie für den Bau provisorischer Holzhütten für die Umsiedler (in dieser Gegend hatten nicht nur alle Bauern, sondern auch einige Gutsbesitzer Lehmhäuser) - und Steuerfreiheit für zehn Jahre unter Bewahrung der persönlichen Freiheit (und das in der Zeit der Leibeigenschaft) sowie den Schutz der Obrigkeit. (Rekrutenpflichtig waren die Juden nach dem Statut von 1804 auch nicht, die geldliche Kompensation dafür bildete einen Teil ihrer Steuern.)

Aufgeklärte jüdische Repräsentanten, deren Zahl damals noch sehr gering war (Notkin, Lewinson), unterstützten diese staatliche Initiative ebenfalls - »dies soll durch Förderungsmaßnahmen, keinesfalls durch Zwang geschehen« - und begriffen, wie nötig es für ihr Volk war, zu produktiver Arbeit überzugehen.

Die ganze 80-jährige - qualvolle - Geschichte des jüdischen Ackerbaus in Russland ist im umfangreichen, in mühseliger Kleinarbeit entstandenen Werk des Juden W. N. Nikitin dargestellt. Er war als Kind zu den Kantonisten eingezogen worden (wo er auch seinen Namen erhielt), studierte danach viele Jahre lang in den Archiven die sehr umfangreiche -

unveröffentlichte - offizielle Korrespondenz zum Thema Petersburg und Neurussland. All das ist sehr ausführlich in seinem Buch dargelegt, anhand unzähliger Dokumente und Statistiken, mit vielen sich oft wiederholenden, manchmal widersprüchlichen, von unterschiedlich gestimmten Inspektoren in weit auseinander liegenden Jahren verfassten Berichten und detaillierten, nicht immer vollständigen Tabellen, die später niemand geordnet hat. Es stellt für unseren sehr knappen Überblick eine reichhaltige Quelle dar. Wir wollen versuchen, mithilfe vieler Zitate ein umfangreiches und anschauliches Bild daraus zu gewinnen.

Das Ziel der Regierung bestand, wie Nikitin anerkennt, darin, nicht nur weite, unbesiedelte Gebiete zu erschließen, sondern die Juden verstreuter anzusiedeln, als sie bislang gelebt hatten, für produktive körperliche Arbeit zu gewinnen und davon abzubringen, »schädliche Gewerbe« zu betreiben, bei denen sie »massenhaft das ohnehin nicht beneidenswerte Leben der leibeigenen Bauern gewollt oder ungewollt noch schwerer machten«. »Die Regierung ... schlug ihnen vor, sich dem Ackerbau zu widmen« und hatte dabei »die Verbesserung ihres Lebens« im Sinn ... »Die Regierung ... lockte die Juden keineswegs mit Versprechungen, sondern hielt im Gegenteil auf jede nur denkbare Weise mehr als 300 Familien jährlich von der Abreise ab«, man behinderte die Übersiedlung bis zum Bau der Häuser an Ort und Stelle und forderte die Juden auf, bis dahin Kundschafter nach Neurussland zu schicken, um sich dort umzusehen.

Dies war von Anfang an eine wohlmeinende Absicht, die jedoch nicht die Stimmung der jüdischen Umsiedler und die geringen organisatorischen Fähigkeiten der russischen Verwaltung berücksichtigte. Es war schon deshalb ein hoffnungsloses Unterfangen, weil Ackerbau eine große Kunst ist, die nur im Laufe von Generationen erlernt wird, und weil einem solchen Vorhaben kein Erfolg beschieden ist, wenn es Leute gegen ihren Wunsch oder ohne ihre Mitwirkung betreiben sollen.

Nachdem in Neurussland für Juden 30.000 Desjatinen Land bereitgestellt worden waren, blieben diese jahrzehntelang unangetastet und nur für sie reserviert. (Der Publizist I. G. Orschanskij äußerte später, die jüdische Landwirtschaft hätte nur dann erfolgreich sein können, wenn den Juden hier in der Nähe, in Weißrussland, wo sie das Landleben vor Augen hatten, staatliches Land zur Verfügung gestellt worden wäre. Aber dieses Land gab es dort nicht; im Gouvernement Grodno z. B. waren es nur 200 Desjatinen - und dabei handelte es sich um schlechte, unfruchtbare Böden, »wo die ganze Bevölkerung unter Missernten litt«.

»Die Juden rissen sich bei weitem nicht darum, Landwirte zu werden. « Anfangs wollten nur drei Dutzend Familien umsiedeln. Die Juden hegten die Hoffnung, dass ihre Aussiedlung aus den Dörfern in den Westgebieten, die 1804 um drei Jahre verschoben worden war, aber dann noch immer nicht begann, vielleicht doch nicht stattfinden würde. Der schicksalhafte letzte Termin - der 1. Januar 1808 - rückte immer näher, und schon fing man an, sie unter militärischer Bewachung aus den Dörfern zu treiben und in die Schted zu jagen. Von 1806 an begannen die Juden dennoch, sich danach zu drängen, umgesiedelt zu werden, zumal sich das Gerücht verbreitete, dass sich das lohnen würde. Jetzt stellten sie massenhaft Anträge, »sie strebten mit aller Macht dorthin ... wie nach dem Gelobten Land ... , genauso wie ihre Vorväter, die aus dem Land der Chaldäer ins Land Kanaan strömten«, und sogar »heimlich machten sie sich in Gruppen dorthin auf den Weg, ohne Erlaubnis und ohne Pässe«. (Doch den Pass, den sie zuvor erhalten hatten, verkauften sie an Personen einer anderen Gruppe und beantragten für

sich einen neuen Pass anstelle des verlorenen.) »Die Zahl derer, die umsiedeln wollen, nimmt von Tag zu Tag stark zu«, und alle »bitten inständig um Land, Unterkunft und Nahrung«.

Der Andrang jüdischer Umsiedler war größer, als sie das im Gouvernement Cherson geschaffene Tutelkontor annehmen konnte: Mit dem Bau von Häusern und dem Graben von Brunnen kam man nicht nach, und auch die Entfernungen in der Steppe sowie der Mangel an Handwerkern, Ärzten und Veterinären erschwerten die Ansiedlung. Die Regierung »geizte weder mit Geld noch mit vernünftigen Anordnungen noch mit Sympathie für die Umsiedler«, aber der Gouverneur Richelieu bat 1807 darum, die Umsiedlung auf 200 bis 300 Familien jährlich zu begrenzen und nur diejenigen unbegrenzt anzunehmen, die sich auf eigene Kosten ansiedeln wollten. »Im Falle einer Missernte wird man dieses Volk einige Jahre lang durchfüttern müssen. « (Die ärmsten Siedler erhielten täglich Kostgeld.) Aber die Gouverneure der Westgebiete begannen, willkürlich Juden außer der Reihe loszuschicken, und dadurch hatte man keine genaue Übersicht mehr, wie viele Umsiedler losgezogen waren. Dies führte dazu, dass viele unterwegs in Not gerieten, erkrankten und starben. Manche verschwanden unterwegs einfach.

Die Entfernungen in der Steppe (manchmal waren es 100, manchmal auch bis zu 300 Werst von einer Kolonie bis zum Kontor) sowie die mangelnde Bereitschaft der Verwaltung, genau Buch zu führen und die Siedler richtig zu verteilen, hatten zur Folge, dass die einen mehr und die anderen weniger erhielten; es kamen Beschwerden von Siedlern, die keine Kostgelder und Darlehen bekommen hatten. (Den Inspektoren zahlte man ein klägliches Gehalt, off hatten sie keine Pferde und waren zu Fuß zu den Siedlungen unterwegs.) Es gab Siedler, die auch nach zwei Jahren am neuen Ort weder eine Wirtschaft noch Saatgut noch Brot hatten. Solche Unglückliche ließ man ziehen, wohin sie wollten. »Es gingen Gesuche von Juden ein, die aus dem Verzeichnis der Landwirte gestrichen werden wollten. « Daraufhin wurden sie aus dem Stand der Siedler entlassen und erhielten wieder den früheren Status des Kleinbürgers, »aber von diesen Entlassenen kehrte der fünfte Teil nicht wieder zurück, sondern ergab sich dem Müßiggang«. (Damit gingen auch die Darlehen verloren, welche die Betreffenden erhalten hatten.) Manche Siedler »tauchten mal in den Kolonien auf, mal verschwanden sie ohne Erlaubnis spurlos wieder«; manche streiften durch die am nächsten gelegenen Städte — »um entsprechend der alten Gewohnheit Handel zu treiben«.

Aus vielen Meldungen des Kontors und der Inspektoren ist ersichtlich, wie die neuen Siedler wirtschafteten. Für die Siedler, »die nicht wissen, wie man etwas anpackt und zu Ende führt«, wurden Staatsbauern angeworben; »das Pflügen besorgten zum größten Teil Russen«. Es wurde zur Gewohnheit, »Mängel mithilfe angeworbener Russen zu beheben«. Die Siedler bestellten nur einen unbedeutenden Teil des zugewiesenen Landes und verwendeten für die Aussaat nicht das beste Saatgut; manche hatten zwar besonderes Saatgut erhalten, pflügten und säten aber entweder überhaupt nicht oder vergeudeten Saatgut bei der Aussaat oder verloren es bei der Ernte. Aus Unerfahrenheit zerbrachen sie ihr Werkzeug oder verkauften direkt landwirtschaftliche Geräte. »Sie schlachten Vieh zum Verzehr, und danach klagen sie darüber, dass sie kein Vieh haben«; andere verkauften das Vieh, das sie bekommen hatten, und kauften dafür Getreide. Sie stellten keine »Kisjaki« her, und wegen des Mangels an Brennmaterial wurden die Bauernhütten feucht; sie reparierten die Häuser nicht, die baufällig wurden. Sie legten keine Gemüsegärten an. Mit dem Stroh, das als Viehfutter aufbewahrt wurde, heizten sie die Bauernhütten. Da die Siedler nicht mähen und dreschen konnten, konnten sie sich nicht

zur Arbeit in benachbarten Siedlungen verdingen, man nahm sie nicht. Wegen der Unsauberkeit in den Wohnräumen traten Krankheiten auf. »Sie hatten überhaupt nicht damit gerechnet, dass man sie zwingen wird, bäuerliche Arbeiten zu verrichten«, offensichtlich hatten sie gedacht, der Acker würde von Lohnarbeitern bestellt werden, und sie würden, sobald sich das Vieh vermehrt habe, Handel treiben und auf Jahrmärkte gehen. Die Siedler warteten weiterhin »ständig auf Beihilfen aus der Staatskasse«. Sie beklagten sich, dass »sie in die allerschlimmste Lage gebracht worden sind« - und das stimmte tatsächlich; dass sie ihre Kleidung so abgetragen hätten, dass sie nur noch aus Lumpen bestünde - auch das stimmte, aber, so wendete die Inspektion ein, »sie haben aus Faulheit keine Kleidung, denn sie hielten keine Schafe, bauten keinen Flachs und Hanf an«, und die Frauen spannen und webten nicht. (Seinen Bericht schloss einer der Inspektoren mit der Feststellung, die Juden kämen mit der Wirtschaft nicht zurecht, »weil sie an ein sorgloses Leben gewöhnt sind, sich wenig Mühe geben und mit bäuerlichen Arbeiten nicht vertraut sind«. Gerechterweise fügte er aber hinzu: »An den Ackerbau muss man von Jugend an gewöhnt sein; Juden, die bis zum 45. oder 50. Lebensjahr ein bequemes Leben geführt haben, sind nicht imstande, so schnell Landwirte zu werden. «) Die Staatskasse musste für die Siedler das Zwei- bis Dreifache der vorgesehenen Summen ausgeben, die ganze Zeit wurden zusätzliche Mittel verlangt. Richelieu behauptete, die Klagen »kommen nur von den Müßiggängern, nicht von den guten Landwirten«, obwohl es in einem anderen Bericht heißt: »Sie sind, um ihr Unglück zu verdoppeln, >nicht ein einziges Mal durch eine ordentliche Ernte ermutigt worden«

Aus Petersburg äußerte man zu den vielen Fakten, »von denen die Ministerien Kenntnis erhielten, ... dass sich die Juden absichtlich vor dem Ackerbau drückten«: »Die Regierung hat staatliche Mittel für sie in der Hoffnung geopfert, sie würden nicht nur dem -Namen nach Landwirte sein, sondern tatsächlich. « »Einige Siedler können, wenn die Arbeitslust in ihnen nicht geweckt wird, der Staatskasse lange zur Last fallen. «

Der unkontrollierbare und nicht durch ein erfolgreiches Bauen gesicherte Ansturm jüdischer Übersiedler auf Neurussland zulasten der Staatskasse wurde 1810 zeitweilig gestoppt. 1811 beschloss der Senat, den Juden wieder das Recht zu geben, in den Gouvernements des Ansiedlungsrayons in staatlichen Siedlungen den Ausschank von Branntwein zu pachten. Als dies in Neurussland bekannt wurde, »geriet in vielen der Wunsch ins Wanken, Landwirt zu werden, und ungeachtet des Verbots, sie zurückgehen zu lassen, ziehen manche ohne Papiere weg und werden in staatlichen Siedlungen oder solchen von Gutsherren Schankwirte«. Um das Jahr 1812 wurde festgestellt, dass von 848 Familien, die sich angesiedelt hatten, 538 geblieben, 88 weggegangen (sie waren nach Cherson, Nikolajew, Odessa, sogar nach Polen gezogen, um ein Gewerbe zu betreiben) und die übrigen verschwunden waren. All diese Erfahrung zeigt: Diese »Ansiedlung war nicht nur in Russland, sondern, wie es scheint, in ganz Europa etwas völlig Neues«. ?

Die Regierung war jetzt der Meinung: »Da sie [die Juden], wie erkennbar geworden, Abneigung gegen den Ackerbau empfinden, nicht wissen, wie man ihn betreibt, und die Inspektoren Versäumnisse begangen haben«, hat »die Umsiedlung nicht wenig Unordnung hervorgerufen, und deshalb kann zu Recht behauptet werden, dass die Juden verdienen, dass man mit ihnen Nachsicht übt«. Es wurde aber auch gefragt: »Wie kann gewährleistet werden, dass die Schulden von jenen an die Staatskasse zurückgezahlt werden, denen erlaubt wird, aus den Reihen der Landwirte auszuscheiden, wie kann man ohne Belastung der Staatskasse die

Mängel derer überwinden, die Landwirte bleiben, und wie kann man das Los dieser Leute erleichtern, die viel Schlimmes erlitten haben und in große Not geraten sind?« Übrigens gab es nicht nur zu wenige Inspektoren, und denen mangelte es nicht nur an Geld und auf ihrer Seite gab es nicht nur Versäumnisse, sondern auch regelrechte Schlamperei, Saatgut oder Mittel waren nicht vorhanden oder wurden verspätet bereitgestellt; gleichgültig sahen sie zu, wie Juden Hab und Gut verkauften, oder sie begingen Amtsmissbrauch: Gegen Schmiergeld erlaubten sie sogar den wichtigsten Arbeitskräften in der Familie, dass sie lange wegblieben, was die Wirtschaft sogleich ruinierte.

Auch nach den Jahren 1810/12 ließ sich kaum eine Verbesserung der Lage in den jüdischen Kolonien erkennen. »Gerätschaften waren verloren gegangen, zerbrochen oder von den Juden versetzt worden«, »erneut waren Ochsen in Mengen geschlachtet, gestohlen und wieder verkauft worden«, die Juden »säten zu spät« (warteten, bis es warm wurde), verwendeten »schlechtes Saatgut«, säten möglichst in der Nähe ihrer Häuser, immer an der gleichen Stelle, erschlossen kein Neuland, »manche säten fünf oder sechs Jahre lang hintereinander auf den umgepflügten Getreidefeldern« und wechselten Getreide nicht mit Kartoffeln ab. In manchen Jahren war »der Ertrag ungenügend«, und wieder »bewahrten sie kein Saatgut auf«. (Aber gerade Missernten begünstigten die Siedler: Sie erhielten das Recht, sich zeitweilig zu entfernen.) Sie gingen nicht sorgsam mit dem Vieh um. Ihre Ochsen vermieteten sie ... , »machten ... Fuhren« mit den Ochsen, »schindeten sie, fütterten sie nicht oder trieben Tauschhandel mit ihnen und schlachteten sie, wonach sie erklärten, dass sie krepiert seien« - die Obrigkeit würde ihnen doch neue geben oder sie auf Arbeitssuche gehen lassen. »Sie sorgten nicht für die Errichtung fester Viehkoppeln, die es Dieben schwer gemacht hätten, das Vieh nachts wegzutreiben; sie schliefen nachts ausgiebig, als Hirten verwendeten sie Kinder oder Faulpelze, die schlecht auf die ganze Herde aufpassten«, und an Feiertagen und Samstagen trieben sie das Vieh überhaupt ohne Hirten auf die Weide (an Samstagen ist es auch nicht möglich, Diebe zu jagen). Überdies murrten sie über die wenigen Glaubensbrüder, die schufteten und ausgezeichnete Erträge erzielten; über sie konnte sogar der alttestamentische »Cherem« ausgesprochen werden: dafür, dass sie »der Obrigkeit die Fähigkeit der Juden, Ackerbau zu treiben, beweisen werden und man sie zwingen wird, das ebenso zu tun«. Sie dagegen »gaben sich mit dem Ackerbau keine Mühe sie hatten beschlossen, sich insgeheim nur wenig mit Getreideanbau zu befassen, um durch ihre nicht aufhörende Not ihre Unfähigkeit vor Augen zu führen«, sie wollten »vor allem zum Branntweinhandel zurückkehren, der ihren Glaubensbrüdern wieder erlaubt worden war«. Man kaufte für sie mehrmals Vieh, Gerätschaften und Saatgut, und immer wieder gab man ihnen Darlehen für Essen. »Sehr viele, die ein Darlehen erhalten hatten und als Besitzer einer Wirtschaft angesehen wurden, tauchten in den Siedlungen nur zur Zeit der Auszahlung von Geldern auf, danach verschwanden sie ... mit dem Geld ... und begaben sich in die umliegenden Städte und Siedlungen, um dort ein Gewerbe zu betreiben«, »sie handelten mit dem zugeteilten ... Land«, zogen als Landstreicher umher, hielten sich »einige Monate lang, manchmal auch während der Hauptarbeitszeit, in russischen Siedlungen« auf und »lebten davon, dass sie ... Bauern betrogen«. Die Tabellen, die den Berichten beigefügt sind, zeigen, dass die Hälfte der Familien eigenmächtig oder mit Pässen abwesend und viele überhaupt spurlos verschwunden waren. (Da gab es z. B. das völlig unordentliche Israilewka im Gouvernement Cherson, »seine Siedler lebten auf eigene Kosten und glaubten, berechtigt zu sein, leichte Gewerbe auszuüben, hatten sich aber nur deshalb angesiedelt, um die Vergünstigungen in

Anspruch zu nehmen«; von 32 Familien lebten dort 13, die nur zum Schein säten, die übrigen »betrieben Schänken in benachbarten Landkreisen«.)

Erneut weisen zahlreiche Inspektionen besonders auf eines hin: »Vor allem die Abneigung des jüdischen weiblichen Geschlechts gegen die Landarbeit hat verhindert, dass die jüdischen Siedler zu Wohlstand gelangten. « »Jüdische Frauen, die begonnen hatten, die Feldwirtschaft zu erlernen, lehnten mit der Zeit diese Beschäftigung ab. « »Bei der Heirat von Jüdinnen schlossen ihre Eltern mit den künftigen Schwiegersöhnen Verträge, damit sie zum einen ihre Frauen nicht zwangen, schwere Feldarbeit zu leisten oder Wasser zu tragen oder die Bauernhütten mit Lehm abzudichten, sondern dafür Lohnarbeiter zu nehmen, und zum anderen für sie >Festkleider, Fuchs- und Hasenpelze, Armbänder, Kopfputz und sogar Perlen< für die Feiertage anschafften. Diese Verträge zwangen junge Leute, >die Launen ihrer Frauen - durch Ruinierung der Bauernwirtschaften - zu befriedigen<«; »sie haben Sachen, die dem Luxus und der Verschwendung dienen«, seidene, silberne, goldene, während andere Siedler nicht einmal Winterkleidung besaßen. Die allzu frühen Heiraten hatten zur Folge, »dass sich die Juden rasch und stärker vermehrten als die anderen Siedler«. In der Folge würden die Familien durch das Ausscheiden der jungen Familienmitglieder kleiner und nicht mehr fähig sein, die Arbeit zu bewältigen. Lebten aber mehrere Familien in einigen wenigen Häusern auf engstem Raum zusammen, so führte das zu Unsauberkeit und Skorbut. (Andere heirateten Kleinbürger und verließen dadurch überhaupt die Siedlungen. ”)

Wie das Einwanderungskontor meldete, waren von jüdischen Siedlern in verschiedenen Kolonien wiederholt Klagen zu hören: sowohl darüber, dass der Steppenboden »so hart sei, dass sie mit vier Paar Ochsen pflügen müssen«, als auch über Missernten, den Wassermangel, den Mangel an Brennmaterial, das schlechte, schädliche Klima, das zu Krankheiten führe, oder über Hagelschlag und Heuschreckenplagen. Auch über Inspektoren gingen Klagen ein, die sich bei Überprüfung als übertrieben und unsinnig erwiesen. Die Siedler »beschwerten sich sofort über Dinge, mit denen sie unzufrieden waren«, »immer übertrieben sie ihre Beanstandungen«, aber »wenn sie im Recht waren, so bekamen sie vom Kontor Schadenersatz«. Nur über eine Behinderung ihrer Religionsausübung und die in den Siedlungen errichteten Schulen brauchten sie sich nicht zu beklagen (um das Jahr 1829 entfielen auf acht Kolonien 40 Lehrer).

Aber, so schreibt Nikitin, in der gleichen Steppe und in der gleichen Zeit erschlossen bei der gleichen Heuschreckenplage sowohl deutsche Kolonisten als auch Mennoniten und Bulgaren das gleiche Neuland und durchlitten die gleichen Jahre mit schlechter Ernte und die gleichen Krankheiten - hatten aber immer Brot und Vieh, wohnten in schönen Häusern mit vielen Wirtschaftsgebäuden und fruchtbaren Gärten, hatten Häuser im Grünen. (Der Unterschied wurde besonders deutlich, als einzelne deutsche Kolonisten eingeladen wurden, sich in jüdischen Kolonien niederzulassen, um dort ihre Erfahrungen zu vermitteln und ein Beispiel zu geben - die deutschen Gehöfte fielen schon von weitem auf.) Es gab in der Nachbarschaft auch russische Siedlungen, und auch sie erzielten bessere Erträge als die Juden. (Übrigens hatten es manche bereits wieder geschafft, bei wohlhabenden Juden Schulden zu machen, und arbeiteten diese auf den Feldern ab.) Die russischen Bauern, so erklärt Nikitin, »fanden sich aufgrund der schweren Bürde der Leibeigenschaft, die auf ihnen lastete, mit allem ab und ertrugen alles Unglück«. Den jüdischen Kolonisten half jedoch das freie Leben in der Steppe, die Verluste, die sie durch verschiedene Missgeschicke erlitten hatten, ein wenig wettzumachen. »Es lockte von überall her flüchtige Leibeigene an, welche ansässigen Kolonisten

Verfolgung mit Raub, Viehdiebstahl und Brandstiftung, Gastfreundschaft dagegen mit fleißiger körperlicher Arbeit vergalten. Als schlaue und praktisch veranlagte Leute begegneten die jüdischen Landwirte den Landstreichern aus Gründen der Selbsterhaltung freundlich, und dafür halfen diese ihnen gern beim Pflügen, Säen und Ernten. « Um sich besser verstecken zu können, traten manche sogar zum jüdischen Glauben über. Diese Fälle wurden ruchbar, und 1820 untersagte die Regierung den Juden, Christen als Lohnarbeiter zu beschäftigen.

Um das Jahr 1817 ging indes die Zeit der zehnjährigen Steuerfreiheit jüdischer Siedler zu Ende, und jetzt stand ihnen die steuerliche Gleichstellung mit den Staatsbauern bevor. Unter den Siedlern, die kollektive Bittgesuche stellten, aber auch unter den Beamten gab es Stimmen für eine Verlängerung der Vorzugsrechte um weitere 15 Jahre. Der gleiche Fürst Golizyn, ein persönlicher Freund Alexanders I. sowie Minister für Volksaufklärung und geistliche Angelegenheiten fremder Konfessionen, der auch für alle die Juden betreffenden Fragen zuständig war, ließ beschließen: den Juden die Steuern für weitere fünf Jahre zu erlassen und für die Rückzahlung der Darlehen 30 Jahre Aufschub zu gewähren. »Zur Ehre der Petersburger Behörden sei erwähnt, dass Bittschriften von Juden auch zuvor nicht unbeachtet blieben. «

Unter den Petitionen jüdischer Kolonisten fand Nikitin eine »ihrem Inhalt nach besonders charakteristische Bittschrift«:

»Die Erfahrung zeigt, dass, so unverzichtbar der Getreideanbau für die Menschheit ist, er doch als die allereinfachste Tätigkeit angesehen wird, die mehr Körperkräfte erfordert als einen scharfen Verstand, weshalb auf der ganzen Welt für diese Tätigkeit immer nur solche Menschen verwendet werden, die wegen ihrer Einfältigkeit nicht zu wichtigeren Berufen taugen, wie sie von der Schicht der Gewerbetreibenden oder der Kaufleute ausgeübt werden; diese Letzteren, welche Fähigkeiten und Bildung erfordern und die Grundlage der Bereicherung der Staaten darstellen, wurden jedoch zu allen Zeiten den Getreidebauern vorgezogen und besonders geachtet ... Aber die verleumderischen Berichte über die Juden haben in der Regierung bewirkt, dass den Juden die Freiheit genommen wurde, in den von ihnen am meisten bevorzugten Beschäftigungen, in Handelsunternehmungen, tätig zu sein, und dass sie gezwungen wurden, zu einem Stand überzugehen, der die Bezeichnung >schwarzes Volk< - Getreidebauern - trägt. Die mehr als 200.000 Menschen, die in der Zeit von 1807 bis 1809 aus den Dörfern vertrieben wurden« (das war der größte Teil der im Branntweinhandel Tätigen), »waren gezwungen, sich in Gegenden anzusiedeln, ... die unbewohnt sind. « Deshalb wurde die Bitte geäußert, sie wieder »Kleinbürger« zu nennen, »mit dem Recht, mit Pässen ungehindert dorthin zu gehen, wohin sie wollen«.

Das sind sehr klare, wohl überlegte Formulierungen.

Von 1814 bis 1823 entwickelten sich die Bauernwirtschaften der Juden ohne jeglichen Erfolg. Die statistischen Tabellen zeigten, dass sie pro erfasste Seele weniger als zwei Drittel einer Desjatine bearbeiteten. Aber bei »ihrer Neigung, sich vor schweren Arbeiten zu drücken« (nach Einschätzung der Inspektoren) versuchten sie ihre Verluste durch Handel und Gewerbetätigkeit wettzumachen.

Ein halbes Jahrhundert später schrieb der jüdische Publizist I. G. Orschanskij: »Es ist sehr verständlich, dass Juden, die sich hier angesiedelt hatten, um Ackerbau zu treiben, ein so weites, unbearbeitetes Feld für eine Gewerbetätigkeit vor sich sahen, dass sie sich auf verwandte und von ihnen geliebte Berufe stürzten, die in der Stadt reichere Erträge versprachen als die, die sie

als Ackerbauer erzielen konnten ... Warum also sollten sie unbedingt Ackerbau treiben, mit dem sie gewiss schlecht zurechtkommen würden?« - »wo sie doch das pulsierende Leben in den sich entwickelnden Städten stark anzog«.

Die damaligen russischen Behörden stellten sich das anders vor: Die Juden »können zu nützlichen Getreidebauern gemacht werden«, während sie, »wenn sie wieder zu den Kleinbürgern gerechnet werden, die Zahl der städtischen Nichtstuer vergrößern werden«. Für die neun jüdischen Kolonien waren schon 300.000 Rubel ausgegeben worden - eine gewaltige Summe angesichts der damaligen Kopekenpreise.

1822 ging auch die neue fünfjährige Steuerbefreiung zu Ende, aber der Zustand der jüdischen Wirtschaften erforderte weitere Vergünstigungen und Subsidien: Immer wieder wurde über »die erbärmliche Lage der Siedlern aufgrund »ihres unausrottbaren Müßigganges, ihrer Krankheiten, ihrer Sterberate, ihrer Missernten und der Unkenntnis der Landarbeit« berichtet.

1816, 1817 und 1822 wurden sehr gute Ernten erzielt - auch von Juden, da die junge jüdische Generation allmählich Erfahrungen im Ackerbau gesammelt hatte. Als die Siedler sahen, dass trotz allem Erträge erzielt werden konnten, begannen sie, Landsleute aus Weißrussland und Litauen, wo gerade eine Missernte auf die andere folgte, herbeizurufen, und jüdische Familien begannen sich danach zu drängen, nach Neurussland zu kommen - sie stellten Anträge oder reisten eigenmächtig ab. Der Hauptgrund dafür aber war, dass 1824 die endgültige Aussiedlung aus Dörfern der Westgebiete bevorstand, die bisher noch nicht stattgefunden hatte, und dass 1821, wie bereits erwähnt, Maßnahmen zur Unterbindung der Schnapsbrennerei im Gouvernement Tschernigow und danach in drei weiteren Gouvernements getroffen worden waren. Die Gouverneure der Westgebiete ließen die Antragsteller ziehen, ohne sich dafür zu interessieren, wie viel Land, das für Juden vorgesehen war, in Neurussland noch vorhanden war. Aus Neurussland wurde mitgeteilt, dass man nicht mehr als 200 Familien jährlich aufnehmen könne - aber es hatten sich schon 1. 800 Familien auf den Weg gemacht (sie zerstreuten sich irgendwo und ließen sich auch unterwegs nieder). Jetzt blieb den Umsiedlern staatliche Hilfe versagt (obwohl die zehnjährige Steuerbefreiung noch galt), aber auch die Kehilot waren daran interessiert, die armen Familien loszuwerden, um künftig weniger Steuern zahlen zu müssen, und deshalb versorgten sie die Umsiedler aus den Mitteln der Gemeinde. (Es wurden sowohl Kranke als auch Alte und kinderreiche Familien mit einer geringen Zahl arbeitsfähiger Personen losgeschickt, Menschen also, die überhaupt nicht in der Landwirtschaft einsetzbar waren, und als die Behörden die schriftliche Zustimmung der Betreffenden verlangten, wurden Listen mit ungültigen Unterschriften aufgestellt.) Von 435 Familien, die in der Umgebung von Jekaterinoslaw um das Jahr 1823 ankamen, konnten sich nur zwei auf eigene Kosten ansiedeln. Angetrieben wurden sie von der »nicht versiegenden Hoffnung der Juden auf staatliche Hilfe, die man leicht bei der Arbeit der Neuankömmlinge abzweigen konnte«. 1822 kamen aus Weißrussland 1016 Familien in Neurussland an, und die neuen Siedler, die nach einer Bleibe suchten, übervölkerten rasch die Kolonien; wegen der Enge und Unsauberkeit brachen Krankheiten aus.

1823 untersagte Alexander I. die Umsiedlung von Juden. 1824 und 1825 gab es wieder Missernten, und die jüdischen Siedler erhielten wiederum Darlehen (aber um keine Hoffnungen zu wecken, wurden sie als willkürliche Auszahlungen eines Inspektors oder als Bezahlung für irgendeine Arbeit getarnt). Wieder wurden Pässe für die Stadt ausgegeben. Es

konnte keine Rede davon sein, dass diejenigen, die sich vor 18 Jahren angesiedelt hatten, endlich anfangen würden, Steuern zu zahlen.

*

Gleichzeitig wurde jedoch 1823 »der allerhöchste Ukas erlassen, ... dass Juden bis zu Beginn des Jahres 1824 Branntweingewerbe, Pachtgüter und Poststationen in den weißrussischen Gouvernements aufzugeben und bis zum Jahre 1825 endgültig die Umsiedlung in Städte und Schted zu vollziehen haben«. Damit begann die Umsiedlung. Bis zum Januar 1824 wurden »etwa 20 000« umgesiedelt. Außerdem verlangte der Zar, »auf die Art der Erwerbstätigkeit und Ernährung« der Juden zu achten, »damit sie, die keine Zuflucht haben, in dieser Lage keine schwere Not in ihrer Ernährung erleiden«. Aber obwohl ein aus vier Ministern bestehendes Komitee gegründet wurde (schon das vierte »Ministerkomitee«, das sich mit der jüdischen Frage befasste), war weder in Bezug auf die Verwendung der Mittel der Staatskasse, noch auf die Tüchtigkeit der Verwaltung, noch auf die soziale Struktur der jüdischen Gesellschaft, deren Umgestaltung eine alle Kräfte übersteigende Aufgabe war, ein Erfolg erkennbar.

Auch hierbei erleben wir Zar Alexander I. , wie vorher bei vielen Dingen, in seiner zurückhaltenden Art und in seinem Mangel an Konsequenz (wie auch in seiner Untätigkeit gegenüber den erstarkenden Geheimgesellschaften, die den Sturz der Monarchie vorbereiteten). Aber seine Entscheidung ist auf keinen Fall darauf zurückzuführen, dass er den Juden nicht wohlgesinnt war. Im Gegenteil, er schenkte ihren Nöten aufrichtig Gehör, und sogar im Krieg von 1812 bis 1814 duldete er im Hauptquartier der Armee jüdische Abgeordnete - Zündel Sonnenberg und Leiser Dillon, die auch »Fürsprache für Juden hielten«. (Übrigens wurde Dillon bald darauf vor Gericht gestellt, weil er eine Viertelmillion Rubel an Staatsgeldern unterschlagen und Gutsbesitzer erpresst hatte. Sonnenberg dagegen blieb lange ein enger Vertrauter des Zaren.) In Petersburg bestand mehrere Jahre lang auf Anordnung Alexanders (1814) eine ständige jüdische Vertretung, für die unter Juden Geld gesammelt wurde, denn »es standen große geheime Ausgaben in Regierungsbehörden bevor«. Die Deputierten setzten sich dafür ein, den Juden überall in Russland »den Branntweinhandel, die Branntweinpacht und die Branntweinherstellung« zu erlauben, »Steuerfreiheit zu gewähren«, »Steuerrückstände zu erlassen« und die Beschränkungen in Bezug auf die Zahl der Juden in Magistraten aufzuheben. Der Zar hörte sich die Bittgesuche wohlwollend an und machte Versprechungen - aber nichts geschah.

1817 kam ein Verfechter der Gleichheit der Juden, der Advokat Louis Weil von der Londoner Missionarsgesellschaft, nach Russland, um die dortige Lage der Juden kennen zu lernen. Er führte ein Gespräch mit Alexander I. und überreichte ihm ein Memorandum. »Weil, der von der Überzeugung durchdrungen war, dass die Juden eine würdevolle Nation sind, sagte, alle christlichen Völker, die durch die Juden errettet wurden, müssten ihnen große Ehre und Wohltaten erweisen. « Für eine solche Argumentation war Alexander I. in seinem letzten Lebensabschnitt, in dem er zum Mystizismus neigte, sehr empfänglich. Er und seine Regierung waren besorgt, sie könnten »die religiösen Vorschriften mit unachtsamer Hand antasten«. Alexander verehrte das Volk des Alten Testaments und seine Religion und hatte Mitleid mit

seiner jetzigen Lage. Aber davon ausgehend suchte er nach einer Möglichkeit, dieses Volk friedlich ans Neue Testament heranzuführen. Zu diesem Zweck wurde 1817 unter Teilnahme des Zaren die »Gesellschaft jüdischer Christen« gegründet, d. h. von Juden, die zum Christentum (nicht unbedingt zur russischen Orthodoxie) übergetreten waren. Sie erhielten erhebliche Vorrechte: Sie konnten überall in Russland frei »Handel treiben und Handwerke ausüben, ohne Gilden oder Zünften beizutreten; mit allen ihren Nachkommen wurden sie ein für alle Mal vom Zivil- und Militärdienst befreit«. Die »Gesellschaft« erlebte jedoch keinen Zustrom bekehrter Juden und verschwand wieder.

Da Alexander den Juden wohlwollend gegenüberstand, trat er mit umso größerer Entschiedenheit Beschuldigungen entgegen, die gegen Juden erhoben wurden. Sie wurden bezichtigt, Ritualmorde zu verüben. (Solche Beschuldigungen waren in Russland bis zur Teilung Polens völlig unbekannt gewesen, ein Gerücht dieser Art war von dort nach Russland gelangt. In Polen hielt es sich vom 16. Jahrhundert an - und war von Europa dorthin gelangt, wo es zum ersten Mal 1144 in England und danach immer wieder im 12. /13. Jahrhundert in Spanien, Frankreich, England und Deutschland aufgetaucht war. Sowohl Päpste als auch Könige kämpften dagegen an, aber auch im 14. /15- Jahrhundert hörte dieses Gerücht nicht auf.) Der erste derartige Prozess wurde 1799 in Senno in der Nähe von Witebsk abgehalten, und die Angeklagten wurden wegen unzureichender Beweise freigelassen. Ein Prozess in Grodno (1816) wurde nicht nur »auf allerhöchsten Befehl« eingestellt, er veranlasste den Minister für geistliche Angelegenheiten fremder Konfessionen, Golizyn, auch, allen Gouvernementsverwaltungen folgenden Befehl zu erteilen: »Künftig dürfen Juden nicht ohne irgendwelche Beweise, einzig und allein aufgrund eines Vorurteils, >der Tötung christlicher Kinder< angeklagt werden. «1822/23 kam es noch zu einem weiteren Prozess in Welish, ebenfalls im Gouvernement Witebsk. Das Witebsker Gericht entschied jedoch 1824, Juden, »gegen die aufgrund der Aussage vieler Christen ein zweifelhafter allgemeiner Verdacht geäußert wurde, einen Knaben um seines Blutes willen ermordet zu haben, sind als unverdächtig anzusehen«.

Aber Alexander I. , der ein Vierteljahrhundert lang regiert hatte, konnte sich niemals so weit konzentrieren, um eine konsequente und für alle Seiten heilsame Lösung der jüdischen Frage in Russland zu finden und in die Tat umzusetzen.

Was sollte man aber mit diesem abgesondert lebenden Volk tun, das noch immer nicht mit Russland zusammengewachsen war und immer vielzähliger wurde? Diese Frage stellte auch der Gegner des Zaren, der Dekabrist Pestei, als er nach einer Lösung für das künftige Russland suchte, an dessen Spitze er sich stehen sah. In seinem Werk »Russisches Recht« schlug er zweierlei Auswege vor. Die eine Lösung erblickte er darin, die Juden mit der christlichen Bevölkerung Russlands tatsächlich zu verschmelzen: »Denn es muss vor allem das Ziel verfolgt werden, den für die Christen schädlichen Einfluss der engen Bande zu beseitigen, welche zwischen den Juden bestehen oder welche gegen die Christen gerichtet sind und sie von allen übrigen Bürgern vollkommen isolieren ... Die gelehrtesten Rabbiner und die klügsten Juden müssen zusammengerufen, ihre Vorschläge müssen angehört und dann Maßnahmen verfugt werden ... Wenn Russland die Juden nicht ausweist, so dürfen sie kein feindseliges Verhältnis zu den Christen haben. « Die zweite Lösung »besteht in der Unterstützung der Juden bei der Errichtung eines gesonderten Staates in irgendeinem Teil Kleinasiens. Dafür muss ein Sammelpunkt für das jüdische Volk festgelegt werden, und es müssen ihm einige Truppen zu dessen Verstärkung gegeben werden. « (Kommt das nicht der zionistischen Idee sehr nahe?) Alle

russischen und polnischen Juden zusammengenommen zählten mehr als zwei Millionen. »So viele Menschen werden bei der Suche nach einem Vaterland keine Schwierigkeit haben, alle Hindernisse zu überwinden, welche die Türken ihnen vielleicht in den Weg legen werden, und wenn sie die europäische Türkei durchquert haben, können sie in die asiatische Türkei weiterziehen, wo sie, sobald sie genügend Land in Besitz genommen haben, einen separaten jüdischen Staat errichten könnten. « Pestei urteilt jedoch nüchtern: »Dieses gigantische Vorhaben erfordert allerdings besondere Umstände und einen wahrhaft genialen Unternehmungsgeist. «

Ein anderer Dekabrist, Nikita Murawjow, machte in seinem Verfassungsentwurf folgende einschränkende Bemerkung: »Die Juden können die Bürgerrechte in den Gegenden wahrnehmen;' die heute von ihnen besiedelt sind, aber ihre Freiheit, sich andernorts anzusiedeln, wird von besonderen Beschlüssen der Obersten Volksversammlung abhängen. «

Das innere Kahalsystem der jüdischen Bevölkerung Russlands widersetzte sich jedoch auf vielfältige Weise der Einmischung der Staatsmacht und allen äußeren Strömungen. Wie ist dies zu bewerten? Vom religiösorthodoxen Standpunkt aus ist die Diaspora, wie einige jüdische Autoren erklären, die Strafe für Israels frühere Sünden. Die Juden müssen diese Diaspora erdulden, damit Gott ihnen verzeiht und die Rückkehr nach Palästina gestattet. Daher müssen sie strikt nach dem jüdischen Zeremonialgesetz leben und dürfen sich unter keinen Umständen mit den sie umgebenden Völkern vermischen, auch darin besteht ihre Prüfung.

Ein liberaler jüdischer Historiker vertrat zu Beginn des 20. Jahrhunderts aber die Meinung: »Die herrschende Klasse, welche nicht zu schöpferischer Arbeit fähig und welche dem Geist der Epoche fremd war, richtete ihre Energie darauf, das erstarrte religiös-nationale Leben vor den Schlägen der Zeit - von außen und von innen - zu schützen. « Der Kahal unterdrückte sogar die aller schwächsten Stimmen des Protests auf brutale Weise. »Die vom Statut von 1804 vorgesehene kulturell-aufklärerische Reform lief darauf hinaus, die religiös-nationale Fremdheit der Juden äußerlich, ohne Zwang, etwas abzumildern und sich sogar nachsichtig zu >ihren Vorurteilen zu verhalten«; »diese Rechtsvorschriften beunruhigten den Kahal sehr... , in ihnen schlummerte eine Gefahr für seine Herrschaft über das Volk«, aber von allen Punkten des Statuts war »das Verbot, den Cherem über Ungehorsame auszusprechen«, am schlimmsten, schlimmer noch als die Feststellung: »Um das Volk weiterhin der in Jahrhunderten entstandenen gesellschaftlichen Ordnung sklavisch zu unterwerfen, war nicht einmal eine Änderung der Kleidung erlaubt. « Es darf jedoch nicht geleugnet werden, dass die Kehilot auch vernünftige Rechte für die Regelung des jüdischen Lebens hatten, z. B. die Regel der »Chasaka«, die es den einzelnen Mitgliedern erlaubte oder untersagte, etwas zu pachten oder eine bestimmte Tätigkeit auszuüben, wodurch eine übermäßige innerjüdische Konkurrenz unterbunden wurde. »Du sollst die Grenzmarkierung zu deinem Nächsten hin nicht verrücken. « (Deuteronomium, 19,14)

Im Jahre 1808 übergab ein unbekannter Jude (der Repressalien des Kahal befürchtete) dem Innenminister anonym eine Denkschrift »Einige Bemerkungen über eine Ordnung für die Juden«. Darin schrieb er: »Viele halten die zahllosen Zeremonien und Regeln ... , welche die Aufmerksamkeit von allem Nützlichen ablenken, das Volk zum Sklaven von Vorurteilen machen, wegen ihrer Vielzahl den größten Teil der Zeit in Anspruch nehmen und den Juden >die Möglichkeit nehmen, gute Bürger zu sehn, nicht für geheiligt. « Erwies daraufhin, dass »die Rabbiner das Leben in ihrem Interesse mit einem Netz von Bestimmungen überzogen

haben«, dass sich in ihren Händen sowohl die geistliche als auch die gesetzgeberische als auch die polizeiliche Macht konzentriert hat und dass »gerade das Studium des Talmud und der Vollzug der Riten als einzige Mittel, sich hervorzutun und wohlhabend zu werden, >der größte Traum< der Juden wurde«, und obwohl »die Regierung mit dem Statut die Rechte der Rabbiner und der Kehilot eingeschränkt hat, ist >der Geist im Volke der gleiche geblieben«. Der Verfasser der Denkschrift war der Meinung: »Die Rabbiner und der Kahal sind schuld an der Unwissenheit und der Armut des Volkes. «

Ein anderer, aus Preußen stammender jüdischer Repräsentant, Giller Markewitsch, schrieb, die Mitglieder des Kahal von Wilna hätten gemeinsam mit der Stadtverwaltung jeden erbarmungslos verfolgt, der ihre gesetzwidrigen Handlungen aufgedeckt habe; da sie jetzt ihres Rechtes auf Verhängung des Cherem beraubt seien, hätten sie Personen, die sie entlarven wollten, »>lange Zeit eingesperrt ... Wenn aber jemand ... einen Weg fand, aus dem Gefängnis ... an die Regierung zu schreiben ... , so wurde er durch Helfershelfer ohne viel Federlesen ins Jenseits befördern; als solche Verbrechen aufgedeckt wurden, wandten die Mitglieder des Kahal hohe Geldbeträge auf, um die Sache zu vertuschen. « Nach Meinung von Ju. Gessen handelt es sich hier um eine durchaus begründete Schilderung, »sie trifft bis zu einem gewissen Grad auch für andere Kehilot zu«. Beispiele für direkte Morde, die auf Befehl eines Kahal verübt wurden, finden wir auch bei anderen jüdischen Historikern.

Da sich die Kehilot bei ihrem Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung vor allem auf die religiöse Bedeutung ihrer Handlungen beriefen, »versicherte das Bündnis der Kehilot und Rabbiner in seinem Bestreben, ihre Macht über die Massen zu erhalten, der Regierung ... jede Tat eines Juden entspreche angeblich dieser oder jener religiösen Forderung; die Rolle der Religion wurde übertrieben«, aus diesem Grund wurden »die Juden in den Kreisen der Bürokratie nicht als Mitglieder verschiedener sozialer Gruppen angesehen, sondern vorwiegend als eine fest zusammengeschweißte Einheit«, weshalb die Untugenden und Handlungen einzelner Juden nicht individuell, mit den jedem Fall eigenen Gründen, erklärt wurden, sondern mit der »angeblich sittenwidrigen Grundlage der jüdischen Glaubenslehre«.

»Das Bündnis der Kehilot und Rabbiner wollte nichts sehen und nichts hören. Seine Machtfülle breitete es wie einen schweren Vorhang aus. Die Macht des Kahal dehnte sich aus, obwohl die Rechte der Kahalältesten und der Rabbiner (durch das Statut von 1804) beschnitten waren. « »Der Verlust wurde dadurch kompensiert, dass der Kahal - allerdings nur bis zu einem gewissen Grade - die repräsentative Rolle übernahm, die er in Polen gespielt hatte. Die Zunahme seiner Bedeutung verdankte der Kahal der Institution der Deputierten. « Eine solche Vertretung der jüdischen Gemeinden in den westlichen Gouvernements, die auch die Aufgabe hatte, mit der Regierung ständig Fragen des jüdischen Lebens zu erörtern, wurde 1807 gewählt und war periodisch 18 Jahre lang tätig. Die Deputierten setzten sich vor allem dafür ein, dass die Rabbiner wieder das Recht erhielten, den Cherem auszusprechen; sie »erklärten, die Tatsache, dass den Rabbinern das Recht genommen wurde, Ungehorsame zu bestrafen, widerspräche dem »frommen Respeku, den Juden »entsprechend dem Glauben den Rabbinern entgegenbringen müssen<«. Den Deputierten gelang es, den Mitgliedern des Komitees (des Senators Popow, 1809) zu suggerieren, gerade die Macht der Rabbiner sei auch eine Stütze der russischen Staatsmacht. »Die Mitglieder des Komitees kapitulierten vor der Gefahr, dass Juden, welche den Rabbinern nicht mehr mit Ehrfurcht begegnen, sich dem >Laster< hingeben werden«, und das Komitee war »bereit, dieses ganze archaische System unangetastet zu lassen,

nur damit die schrecklichen Folgen nicht eintraten, von denen die Deputierten gesprochen hatten ... Das Komitee war sich nicht darüber im Klaren, wen die Deputierten als >Verletzer des Zeremonialgesetzes< betrachten sollten; es berücksichtigte nicht, dass auch jene dazuzurechnen waren, welche nach Bildung streben«; »die Deputierten richteten ihre Bemühungen darauf, die Macht des Kahal zu stärken und die kulturelle Bewegung in ihren Anfängen zu stoppen«. Die Deputierten erreichten auch die Aufhebung der Beschränkungen und Maßnahmen, die vorher gegen das Tragen der jüdischen traditionellen, mittelalterlichen Kleidung, durch die sich die Juden so krass von ihrer ganzen Umgebung unterschieden, erlassen worden waren. Sogar in Riga wurde das »Gesetz über die Verwendung der deutschen Kleidung durch die Juden nirgends eingehalten« - und das Gesetz wurde vom Zaren persönlich bis zu einer künftigen neuen Gesetzgebung außer Kraft gesetzt.

Aber bei weitem nicht alle Bittgesuche der Deputierten wurden erfüllt. Man brauchte Geld, und »um Geld zu beschaffen, versuchten sie [ihre] Gemeinden dadurch in Angst zu versetzen, dass sie ihnen die Absichten der Regierung in den düstersten Farben schilderten«. Markewitsch entlarvte im Jahre 1820 Deputierte, welche »absichtlich falsche Informationen verbreiteten ... , um auf diese Weise die Bevölkerung zu veranlassen, dem Kahal die geforderten Summen zu geben«.

1825 wurde die Institution der jüdischen Deputierten abgeschafft.

Zwischen den Behörden und den Kehilot entstanden auch dadurch Spannungen, dass die Kehilot, die als Einzige bevollmächtigt waren, die Kopfsteuer von der jüdischen Bevölkerung zu erheben, »bei Volkszählungen die Zahl der >Seelen< geheim hielten«; sie taten das in großem Umfang. »Die Regierung wollte die genaue Zahl der jüdischen Bevölkerung kennen, um die entsprechende Steuersumme einnehmen zu können; die größte Schwierigkeit bestand gerade darin, diese Zahl in Erfahrung zu bringen. In Berditschew z. B. machte »die nicht registrierte jüdische Bevölkerung ... immer etwa die Hälfte der Gesamtzahl seiner tatsächlichen jüdischen Einwohner« aus. (Nach den offiziellen Angaben, die die Regierung um das Jahr 1818 bekommen konnte, gab es 677.000 Juden, das war schon die höhere Zahl: So hatte sich z. B. die Zahl der Männer im Vergleich zu 1812 plötzlich verdoppelt, aber trotzdem war sie noch viel zu niedrig, es müssen noch rund 400.000 Juden im Königreich Polen hinzugerechnet werden.) Aber auch bei solchen niedrigeren Einwohnerzahlen, die von den Kehilot gemeldet worden waren, wurden jedes Jahr zu wenig Steuern erhoben, und diese Steuereinbußen wurden nicht ausgeglichen und wuchsen mit jedem Jahr an. Alexander I. äußerte persönlich gegenüber jüdischen Vertretern seine Unzufriedenheit mit der offensichtlichen Verheimlichung der Steuerschuld und mit den Zahlungsausfällen (sowie dem Schleichhandel) . 1817 wurde per Anordnung ein Erlass der gestiegenen Geldstrafen, Verzugszinsen und Zahlungsrückstände verfugt und unter der Bedingung, dass die Kehilot von jetzt an alles ehrlich angeben würden, allen verziehen, über die wegen falscher Registrierung von »Seelen« eine Ordnungsstrafe verhängt worden war. Aber das brachte »keinerlei Erleichterung. 1820 erklärte der Finanzminister, dass alle Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Gesundung des jüdischen Volkes getroffen wurden, ergebnislos bleiben ... Viele Juden treiben sich ohne Papiere herum; die neue Registrierung hat eine Zahl von >Seelen< ergeben, welche die von den jüdischen Gemeinden früher gemeldete Zahl um das Doppelte, Dreifache oder noch mehr übersteigt. «

Die jüdische Bevölkerung wuchs unterdessen ständig an. Viele Forscher erachten die damaligen Frühehen unter Juden fast als die Hauptursache. Knaben heirateten vom 13. und

Mädchen vom 12. Lebensjahr an. Im erwähnten anonymen Bericht von 1808 schrieb jener unbekannte Jude: Diese Sitte der frühen Eheschließung »ist die Wurzel zahlloser Übel« und hindert Juden daran, »sich von den eingewurzelten Sitten und Geschäften zu trennen, die allgemeine Entrüstung hervorrufen und für sie und andere schädlich sind«. Es hatte sich eingebürgert, dass »Unverheiratete in jungen Jahren mit Verachtung gestraft werden« und »sogar die Ärmsten das Letzte aufbieten, um die Kinder möglichst früh zu verheiraten, obwohl diese Neuvermählten ein Leben in Not und Elend erwartet. Die Frühehe wurde von Rabbinern eingeführt, die daran verdienen. Wer eifrig den Talmud studiert und sich streng an die Sitten hält, wird eher eine gute Partie machen ... Menschen, die früh geheiratet haben, befassen sich nur mit dem Studium des Talmud, und wenn schließlich die Zeit der selbstständigen Existenz kommt, wenden sich diese Familienväter, die überhaupt nicht an Arbeit gewöhnt sind und das Leben gar nicht kennen, dem Branntweingewerbe und dem Kleinhandel zu. « Dies war auch im Handwerk so: »Nachdem ein 15-jähriger Lehrling geheiratet hat, lernt er sein Handwerk nicht mehr, sondern wird sein eigener Herr und >verdirbt nur die Arbeite« (Mitte der 1820er-Jahre ging »in den Gouvernements Grodno und Wilna das Gerücht, es solle verboten werden, vor dem reifen Alter zu heiraten, und deshalb begann man eilig, sogar Ehen zwischen neunjährigen Kindern zu schließen«.)

Frühehen führten zur Schwächung des Volkslebens der Juden. Wie sollte bei einem Leben wie in einem Bienenschwarm, bei einer solchen Bevölkerungsdichte und Konkurrenz in ein und denselben Beschäftigungen nicht Armut entstehen? Die Politik der Kehilot trug selbst zur »Verschlechterung ihrer [der Juden] materiellen Lage bei«.

Menashe Hier, ein hervorragender Talmudist, aber auch ein Vorkämpfer der Aufklärung, veröffentlichte 1807 sein Buch und schickte es an Rabbiner (es wurde bald vom Rabbinat aus dem Verkehr gezogen, während sein nachfolgendes Buch größtenteils verbrannt wurde). Er »wies auf die dunklen Seiten des jüdischen Lebens hin. Die Armut«, so schrieb er, »ist ungewöhnlich groß, aber kann es anders sein, wenn es bei Juden mehr Münder als Arbeitshände gibt? Man muss der Masse suggerieren, dass die Mittel zum Leben selbst erarbeitet werden müssen ... Junge Leute, die keinerlei Einkommen haben, treten in die Ehe ein in der Hoffnung auf die Barmherzigkeit Gottes und den Geldbeutel des Schwiegervaters, und sobald diese Unterstützung wegfällt, stürzen sich die, die schon Familien am Hals haben, auf den erstbesten Beruf, auch wenn es kein ehrlicher ist. Massenhaft treiben sie Handel, aber er kann nicht alle ernähren, und deshalb greifen sie zum Mittel des Betrugs. Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, wenn sich die Juden dem Ackerbau zuwenden. Ein Heer von Nichtstuern lebt unter dem Deckmantel von >Gelehrten< von Mitteln der Wohltätigkeit und auf Kosten der Gemeinde. Es gibt niemanden, der sich um das Volk kümmert: Die Reichen beschäftigen sich in Gedanken damit, wie sie Gewinn machen können, und die Rabbiner mit dem Streit zwischen Chassidim und Mitnaggedim [den orthodoxen Juden]«, und die einzige Sorge der jüdischen Vertreter besteht darin, »das Unglück in Gestalt von Regierungsverordnungen abzuwenden, auch wenn sie zum Nutzen des Volkes gereichen«.

Somit bildete »die Tätigkeit als Kleinhändler, kleiner Gewerbetreibender oder Kommissionär die Existenzgrundlage des größten Teils der jüdischen Bevölkerung«, »die Juden trieben in der Stadt über die Maßen Kommissionsgeschäfte und Kleinhandel«. Wie konnte die Wirtschaft des jüdischen Volkes unter solchen Umständen gesund sein?

Übrigens schreibt ein noch späterer Autor in der Mitte des 20. Jahrhunderts über die damalige Zeit: »Wohl lebte die Masse der Juden beengt und in Armut, doch war das jüdische Kollektiv insgesamt nicht bettelarm. «

Nicht uninteressant sind hier Aussagen von unerwarteter Seite: Ihnen ist zu entnehmen, welchen Eindruck Angehörige der Armee Napoleons, die 1812 durch die westlichen Gouvernements marschiert war, vom Leben der dortigen Juden hatten. Bei Dokschizy sind die Juden »reich und wohlhabend, sie treiben einen ausgedehnten Handel mit ganz Russisch- Polen und besuchen sogar die Leipziger Messe«. In Gluboki »hatten die Juden das Recht, Alkohol zu destillieren und Wödka und Met herzustellen«, sie waren »Pächter und Besitzer von Schänken, Wirtshäusern und Herbergen, die an großen Straßen gelegen waren«. Die Juden von Mogiljow sind »wohlhabend und treiben einen umfangreichen Handel« (obwohl »daneben auch eine schreckliche Armut herrschte«). »Fast alle dortigen Juden hatten eine Erlaubnis für den Handel mit Alkohol. Stark entwickelt waren bei ihnen Geldgeschäfte. « Ein weiterer Zeuge berichtete: »In Kiew ... gibt es zahllose Juden. « Das jüdische Leben sei generell durch Wohlstand, wenn auch nicht allgemein, gekennzeichnet.

Vom alltäglich-psychologischen Standpunkt aus betrachtet stellten die Beobachter »charakteristische Besonderheiten« der russischen Juden fest: »Sie sind ständig auf der Hut bezüglich ihres eigenen Schicksals ... Sie wenden eigentümliche Methoden des Kampfes und der Notwehr an. « Viele hielt ihre Lebensweise zusammen: »eine maßgebende und autoritative gesellschaftliche Form der Aufrechterhaltung ... eines eigentümlichen Alltagslebens«; »die Anpassung des Volkes an die neuen Verhältnisse war im erheblichen Maße eine kollektive Anpassung«, nicht eine individuelle.

Man muss jedoch auch jenen besonderen Wert der engen Verbundenheit und organischen Einheit des russischen Judentums würdigen, die ihm in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts »den Charakter einer eigenen Welt verliehen. Diese Welt war eng, begrenzt, Zwängen unterworfen, mit Leiden und Entbehrungen verbunden, aber sie war eine in sich geschlossene Welt. Der Mensch konnte darin atmen. Er konnte sich in ihr auch des Lebens freuen, er konnte in ihr ... sowohl materielle als auch geistige Nahrung finden und sich das Leben nach seinem eigenen Geschmack gestalten ... Wichtig war auch die Tatsache, dass der geistige Charakter des Kollektivs mit der traditionellen Gelehrtheit und der jüdischen Sprache verbunden war. «

Ein anderer Autor im gleichen Sammelband über das russische Judentum bemerkt dagegen auch: »Rechtlosigkeit, materielle Not und soziale Erniedrigung behinderten die Entwicklung der Selbstachtung im Volke. «

*

Wie fast jedes Problem, das mit dem Judentum zusammenhängt, ist auch das hier gezeichnete Bild jener Jahre komplex. Bei allen Veränderungen darf diese Komplexität auch künftig nicht außer Acht gelassen werden, man muss sie die ganze Zeit im Auge behalten und darf sich nicht durch die scheinbaren Widersprüche zwischen verschiedenen Autoren verwirren lassen.

»Das [osteuropäische] Judentum, das einstmals, bis zur Vertreibung aus Spanien, vor anderen Völkern den Weg des Fortschritts eingeschlagen hatte, hatte jetzt [in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts] das Stadium der völligen kulturellen Verarmung erreicht. Rechtlos und isoliert von der Umwelt kapselte es sich ab. Die Epoche der Renaissance ging spurlos an ihm vorbei, so auch die geistige Bewegung des 18. Jahrhunderts in Europa. Aber dieses Judentum war in sich stark. Der durch zahllose religiöse Vorschriften und Verbote eingeengte Jude fühlte sich durch sie nicht belastet, sondern erblickte in ihnen einen Quell endloser Freuden. Sein Verstand fand in der feinen Dialektik des Talmuds, sein Gefühl dagegen im Mystizismus der Kabbala Befriedigung. Sogar das Studium der Bibel trat in den Hintergrund, und die Kenntnis der Grammatik wurde beinahe als ein Verbrechen angesehen. «

Die Aufklärungsbewegung der Juden begann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Preußen und wurde Haskala (Aufklärung) genannt. Sie war eine Bewegung des geistigen Erwachens, des Strebens nach Aneignung europäischer Bildung, nach Hebung des in den Augen der anderen Völker herabgesetzten Ansehens des Judentums. Neben dem kritischem Studium der jüdischen Vergangenheit wollten die Vertreter der Haskala - die Maskilim (»die Gereiften, Verständigen«) - das europäische Wissen harmonisch mit der jüdischen Kultur verbinden. Ursprünglich hatten sie beabsichtigt, im traditionellen Judaismus zu verharren, aber dann begannen sie die jüdische Tradition zu opfern und neigten zur Assimilation, wobei sie »eine verächtliche Einstellung ... zur Volkssprache [d. h. zum Jiddischen] an den Tag legten«. In Preußen dauerte diese Bewegung nur eine Generation lang, erfasste dann aber rasch die slawischen Provinzen des Kaiserreiches Österreich, Böhmen und Galizien. In Galizien waren die Anhänger der Haskala, die noch mehr zur Assimilation neigten, auch bereit, die Masse der jüdischen Bevölkerung gewaltsam aufzuklären, und nahmen zu diesem Zweck »manchmal sogar die Hilfe der Behörden« in Anspruch. Die Grenze zwischen Galizien und den westlichen Gouvernements Russlands war jedoch für Personen wie für Einflüsse recht durchlässig. Daher griff die Bewegung mit einer fast 100-jährigen Verspätung auf Russland über.

In Russland war die Regierung schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts gerade »bestrebt, die jüdische >Isoliertheit< außerhalb der Grenzen von Religion und Kultus zu bekämpfen«, wie sich ein jüdischer Autor euphemistisch ausdrückte, nachdem er bekräftigt hatte, dass die Regierung die Religion der Juden und ihr religiöses Leben in keiner Weise störte. Wir haben bereits gesehen, dass das Statut von 1804 ausnahmslos allen jüdischen Kindern die Tür zu Schulen, Gymnasien und Universitäten geöffnet hatte. Doch »die vorgesehene kulturell-aufklärerische Reform sollte im Keim erstickt werden - darauf richteten sich die Bemühungen der herrschenden Schicht der Juden«, und »der Kahal setzte alles daran, um selbst die kleinsten Funken von Aufklärung auszulöschen«. Damit »die vor sehr langer Zeit entstandene Lebensweise der religiösen Gemeinschaft unangetastet blieb ... , bemühten sich das Rabbinertum und der Chassidismus gleichermaßen, die jungen Keime der weltlichen Bildung zu zertreten«.

Und siehe da, »die breiten Massen des >Ansiedlungsrayons< betrachteten >voller Angst und Misstrauen die russische Schule und wollten nichts von ihr hören«. Im Jahre 1817 und danach im Jahre 1821 wurden in verschiedenen Gouvernements Fähe bekannt, wo Kehilot es nicht zuließen, dass jüdische Kinder in irgendwelchen allgemeinen Schulen auf Russisch unterrichtet wurden. Jüdische Abgeordnete in Petersburg betonten, dass »sie die Einrichtung [solcher] jüdischer Schulen nicht für nötig halten«, in denen irgendwelche Sprachen außer der

hebräischen erlernt werden. Sie erkannten nur den Cheder (die jüdische Elementarschule) und die Jeschiwa (höhere Schule zur Vertiefung der Talmudkenntnisse) an; Jeschiwot gab es »fast in jeder großen Gemeinde«.

Die Masse der jüdischen Einwohner Russlands war gleichsam erstarrt und konnte sich nicht selbst befreien.

Da erschienen in ihrer Mitte die ersten Aufklärer, die aber ohne Hilfe der russischen Behörden nichts ausrichten konnten. An erster Stelle ist Isaak-Ber Lewinson zu nennen, ein Gelehrter, der eine Weile auch in Galizien gelebt und dort mit Vertretern der Haskala Kontakt gehabt hatte. Er gab nicht nur dem Rabbinat, sondern auch den Chassidim die Schuld für viele Nöte des Volkes. Gestützt auf den Talmud und die ganze rabbinische Literatur bemühte er sich in seinem Buch »Lehre für Israel« zu beweisen, dass es den Juden keineswegs verboten sei, andere Sprachen zu kennen, und dass dies besonders für die für das persönliche und gesellschaftliche Leben so wichtige Sprache des Staates gelte, in dem die Juden leben, dass von der Kenntnis der weltlichen Wissenschaften ebenfalls keine Gefahr für das religiöse Nationalgefühl ausgehe und dass die überwiegende Gewerbetätigkeit sowohl der Thora als auch der Vernunft widerspreche und die produktive Arbeit entwickelt werden müsse. Doch um dieses Buch herausgeben zu können, musste Lewinson einen Zuschuss des Ministeriums für Volksaufklärung in Anspruch nehmen, und er war auch davon überzeugt, dass die kulturelle Reform im Judentum nicht ohne Hilfe der höchsten Stellen verwirklicht werden könne.

Dann der Warschauer Lehrer Geseanowskij, der sich in einem an die Obrigkeit gerichteten Memorandum nicht auf den Talmud berief, sondern sich energisch gegen ihn wandte, dem Kahal und dem Rabbinat die Schuld für jene »geistige Stagnation« gab, »bei der das Volk geradezu erstarrt ist«, und daraufhin wies, dass nur durch Einschränkung ihrer Macht die weltliche Schule eingeführt werden könne. Die Melamdim (Lehrer in den jüdischen Elementarschulen) müssten überprüft werden, und es dürften nur pädagogisch und moralisch geeignete Melamdim zugelassen werden; dem Kahal müsste die Verwaltung der Finanzen entzogen und das Heiratsalter heraufgesetzt werden.

Schon früher hatte der bereits erwähnte Giller Markewitsch in einer Denkschrift an den Finanzminister geschrieben, die Kehilot müssten abgeschafft werden, um das jüdische Volk vor dem geistigen und wirtschaftlichen Ruin zu retten; man sollte die Juden Sprachen lehren, ihnen den Zugang zu Fabrikarbeit ermöglichen, ihnen allerdings auch gestatten, im ganzen Land Handel zu treiben und die Dienste von Christen in Anspruch zu nehmen.

Später, schon in den 1830er-Jahren, wiederholte auch Litman Feigin, einTschernigower Kaufmann und Großlieferant, viele dieser Forderungen und erhob sie noch nachdrücklicher durch Vermittlung Benckendorffs bei Nikolaus I. (Feigin wurde von der Staatsbürokratie unterstützt.) Er verteidigte den Talmud, warf aber den Melamdim vor, sie seien »die letzten Ignoranten ... , würden eine Theologie lehren, >die sich auf Fanatismus gründen«, und »die Kinder dazu bringen, die übrigen Wissenschaften zu verachten sowie Andersgläubige zu hassen«. Auch er hielt es für notwendig, die Kehilot abzuschaffen. (Gessen, ein konsequenter Gegner des Kahalsystems, schreibt, der Kahal rufe »mit seinem Despotismus« im jüdischen Volke eine »dumpfe Erbitterung« hervor.)

Es dauerte noch sehr lange, ehe die weltliche Bildung im jüdischen Milieu Einzug hielt. Eine Ausnahme bildeten nur die Stadt Wilna, wo eine Gruppe von Maskilim, Angehörige der

Intelligenzija, unter dem Einfluss der Verbindungen zu Deutschland erstarkte, und Odessa, die junge Hauptstadt Neurusslands mit vielen Juden, die aus Galizien stammten (die Durchlässigkeit der Grenzen), aber mit einer bunten Vielfalt von Nationalitäten, eine Stadt, in der ein schwunghafter Handel getrieben wurde: Hier fühlte sich der Kahal nicht stark, die Intelligenzija dagegen fühlte sich unabhängig und verschmolz in kultureller Hinsicht mit der Bevölkerung in ihrer Umgebung (was auch in der Kleidung, in der äußeren Erscheinung zum Ausdruck kam). Obwohl sich sogar »die meisten Odessaer Juden der Gründung einer [allgemein bildenden] Schule widersetzten«, entstanden dank den Bemühungen der Stadtverwaltungen sowohl in Odessa als auch in Kischinjow in den 1830er-Jahren weltliche jüdische Privatschulen.

Später im 19. Jahrhundert wurde dieser Drang des russischen Judentums nach Bildung immer stärker und hatte sowohl für Russland als auch für die ganze Menschheit im 20. Jahrhundert historische Folgen. Das russische Judentum vermochte sich durch eine starke Willensanstrengung aus jener gefährlichen Starre zu befreien und zu erheben, um ein freies, vielfältiges Leben zu führen. Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die bevorstehende Renaissance und Blüte des russischen Judentums - eine Bewegung, deren gesamthistorische Bedeutung damals noch niemand erkannte - sichtbar.

Kapitel 3 - Unter Nikolaus I.

Nikolaus I. ergriff in Bezug auf die russischen Juden energische Maßnahmen. Die Quellen lassen erkennen, dass in seiner Regierungszeit die Hälfte aller Gesetze erlassen wurde, die seit Alexej Michajlowitsch bis zum Tode Alexanders II. über die Juden verabschiedet wurden, und dass der Zar persönlich in die Gesetzgebung eingriff und sie bestimmte.

In der jüdischen Historiografie wurde immer wieder behauptet, seine Politik sei besonders hart und herzlos gewesen. Aber das persönliche Eingreifen Nikolaus' I. wirkte sich nicht nur zum Nachteil der Juden aus. Eines der Gerichtsverfahren, die ihm sein Vorgänger vererbt hatte, war z. B. der »Fall von Welish«, den Alexander I. - schon auf dem Weg nach Taganrog, kurz vor seinem Tod - hatte neu aufrollen lassen. Es handelte sich darum, dass die dort ansässigen Juden bezichtigt worden waren, einen Ritualmord an einem christlichen Jungen verübt zu haben. Der Prozess zog sich danach zehn Jahre lang hin. »Zweifellos hatten die Juden«, wie die »Jüdische Enzyklopädie« schreibt, »den Freispruch ... in erheblichem Maße dem Zaren zu verdanken, der trotz des Widerstandes von Personen, denen er vertraute, dem Recht Geltung verschaffte. « Auch in einem anderen bekannten Fall, bei dem Juden angeklagt worden waren (»die Gewalttat von Mstislawl«), »sorgte der Zar bereitwillig für Gerechtigkeit; obwohl er in einer Minute des Zorns der örtlichen jüdischen Bevölkerung eine Strafe auferlegt hatte, scheute er sich nicht, seinen Fehler zuzugeben«. Als er den Freispruch im Fall von Welish verfügte, schrieb Nikolaus, er tue das »wegen der Unklarheit der Beweise, eine andere Entscheidung kann nicht getroffen werden«, aber, so fügte er hinzu: »eine innere Überzeugung, dass die Juden den Mord nicht begangen haben, hege ich nicht und kann ich nicht haben. Wiederholte Beispiele für ähnliche Tötungen mit den gleichen Merkmalen«, aber immer mit mangelnden Beweisen, erweckten in ihm den Verdacht, dass unter den Juden irgendeine fanatische Sekte existiere: »Leider gibt es manchmal auch unter uns Christen solche Sekten, die nicht weniger grausam und unbegreiflich sind. «»Nikolaus I. und viele seiner Vertrauten waren weiterhin der Meinung, dass einige Gruppen von Juden Ritualmorde verüben. « »Da der Zar mehrere Jahre lang unter dem Einfluss böser Verleumdung stand ... , festigte sich bei ihm das Vorurteil, die jüdische Glaubenslehre sei eine Gefahr für die christliche Bevölkerung. «

Die Gefahr bestand nach Ansicht von Nikolaus darin, dass die Juden Christen zum jüdischen Glauben bekehren könnten. Noch immer erinnerte man sich daran, dass der Hauptmann der kaiserlichen Armee Wosnizyn im 18. Jahrhundert zum Judentum übergetreten war. In Russland »sind seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Gruppen von »Judaisierenden sehr weit verbreitet«. 1823 berichtete der Innenminister über »die weite Verbreitung des Ketzertums der >Judaisierenden< und schätzte die Zahl ihrer Anhänger auf 20.000 Personen«. Es begannen Verfolgungen, die dazu führten, dass »viele Sektierer formal in den Schoß der orthodoxen Kirche zurückkehrten, insgeheim aber die Gebräuche ihrer Sekten beibehielten«.

»All das hatte zur Folge, dass die Judengesetzgebung in der Zeit Nikolaus' I... . >eine religiöse Färbung annahm«<, was sich auf seine Entscheidungen und Handlungen in Bezug auf die Juden auswirkte und ihn bewog, Juden zu verbieten, christliche Dienstboten, insbesondere christliche Ammen zu beschäftigen, denn »der Dienst bei Juden beleidigt und schwächt den christlichen Glauben der Frauen«. (Aber trotz der wiederholten Verbote wurden diese

Anordnungen niemals »völlig befolgt,... die Beschäftigung von Dienstpersonal wurde fortgesetzt«.)

Die erste energische Maßnahme, die Nikolaus seit Beginn seiner Regierungszeit in Bezug auf die Juden erwogen hatte, war die Gleichstellung der Juden mit der russischen Bevölkerung hinsichtlich der Erfüllung aller staatsbürgerlichen Verpflichtungen: Sie sollten auch der allgemeinen persönlichen »Rekrutenpflicht« unterliegen, die sie seit dem Anschluss an Russland nicht gekannt hatten; statt eines Rekruten, den sie stellen mussten, pflegten jüdische Kleinbürger 500 Rubel zu zahlen. Der Maßnahme lag nicht allein die Absicht des Staates zugrunde, die Lasten der Bevölkerung auf breitere Schultern zu verteilen (die Steuern wurden von den jüdischen Gemeinden trotzdem nur schleppend bezahlt, und noch immer strömten Juden aus Galizien, wo sie der Militärpflicht unterlagen, nach Russland), sowie die Überlegung, sie würde »die Zahl jener Juden verringern, die sich nicht mit produktiver Arbeit beschäftigen« (damals mussten Soldaten 25 Jahre lang dienen), sondern auch der Gedanke, dass die Trennung des Rekruten vom jüdischen Milieu dazu beitragen würde, ihn an das im ganzen Reich übliche Leben, also auch an die Orthodoxie zu gewöhnen. Diese Überlegungen führten dazu, dass Juden in erheblichem Maße von der Neuregelung betroffen waren, dass die Zahl der Einberufenen allmählich zunahm und diese immer jünger waren.

Man kann nicht behaupten, Nikolaus sei es gelungen, die Rekrutierung der Juden widerstandslos einzuführen. Im Gegenteil, in allen Instanzen wurde, wie sich sogleich zeigte, die Ausführung des Befehls hinausgezögert. Im Ministerrat wurde darüber gestritten, ob es moralisch vertretbar sei, »zur Begrenzung der großen Bevölkerungszahl der Juden« eine solche Maßnahme zu ergreifen, »es ist«, wie sich der Finanzminister Georg von Cancrin ausdrückte, »nicht anständig, für jeden Rekrutierten Geld zu verlangen«. Die Kehilot taten alles Mögliche, um die jüdische Bevölkerung vor der bevorstehenden Maßnahme zu schützen oder sie auf irgendeine Weise hinauszuzögern. Als Nikolaus, erbost über die Verzögerung, befahl, ihm so schnell wie möglich einen abschließenden Rapport vorzulegen, »spornte diese Anordnung die Kehilot offensichtlich an, ihre Bemühungen hinter den Kulissen zu verstärken, um die Sache aufzuhalten. Es hat den Anschein, dass es ihnen gelang, einige der Beamten auf ihre Seite zu ziehen«, und - »der Bericht kam nicht an seinen Adressaten«. »Diese geheimnisvolle Episode« an der Staatsspitze hat sich, so schlussfolgert Ju. I. Gessen, »wohl kaum ohne Zutun des Kahal zugetragen«. Der Bericht wurde auch später nicht vorgelegt, und Nikolaus erließ, ohne auf ihn zu warten, 1827 die Weisung über die Rekrutierung von Juden. (Von 1836 an waren jüdische Soldaten, die sich hervorgetan hatten, russischen Soldaten bei Ordensverleihungen gleichgestellt.)

Von der Rekrutierung waren »die Kaufleute aller Gilden, die Bewohner landwirtschaftlicher Kolonien, Werkmeister und Mechaniker in den Fabriken, Rabbiner und alle Juden, die eine mittlere oder höhere Bildung hatten«, völlig befreit. Daher waren viele jüdische Kleinbürger bestrebt, in den Stand der Kaufleute überzuwechseln, aber die Gemeinde der Kleinbürger widersetzte sich dem Ausscheiden ihrer Mitglieder, »denn dies zehrte die Steuerkraft und die Rekrutenstärke der Gemeinde aus«. Die Kaufleute hingegen bemühten sich, ihre materielle Verantwortung für die von den Kleinbürgern zu zahlenden Steuern zu vermindern. Dies verschärfte die Beziehungen zwischen der jüdischen Kaufmannschaft und den jüdischen Kleinbürgern - »doch damals hatte die Kaufmannschaft, die zahlenmäßig angewachsen und reich geworden war, bereits feste Beziehungen zu den hauptstädtischen

Kreisen«. Der Kahal von Grodno regte an, eine Bittschrift über die Einteilung des jüdischen Volkes in vier »Klassen« - Kaufleute, Kleinbürger, Handwerker und Landwirte -, wobei keine Klasse für eine andere verantwortlich sein sollte, an Petersburg zu richten. (Diese Idee, die Anfang der 30er-Jahre von den gleichen Kehilot stammte, gab den Anstoß zu der von Nikolaus im Jahre 1840 erlassenen »Aufteilung«, welche die Juden als so bedrohlich empfanden.)

Die Rekrutenaushebung in der für die Regierung unüberschaubaren und konturlosen Masse der jüdischen Bevölkerung wurde - dem Kahal selbst übertragen. Dieser aber «bürdete die ganze Last der Militärpflicht den Besitzlosen auf«, da »das Ausscheiden der ärmsten Mitglieder aus der Gemeinde als wünschenswert galt, der Verlust von wohlhabenden Personen dagegen zum allgemeinen Ruin zu führen drohte«. Viele Kehilot bemühten sich, von den Gouvernementsverwaltungen das Recht zu bekommen, »sich nicht an die >Regeln der Einhaltung der Reihenfolge zu haltern, damit >Müßiggänger<, die keine Steuern zahlen und wegen der von ihnen ausgehenden Störung der öffentlichen Ordnung unerträglich sind«, rekrutiert werden konnten und »Eigentümer ... , die alle Lasten der Gemeinschaft tragen, keine Rekruten aus ihren Familien stellen mussten« - wodurch die Kehilot ein Druckmittel gegen Mitglieder der Gemeinde in die Hand bekommen hätten. Aber dies wurde ihnen nicht bewilligt.

Bei der Einführung der regulären Rekrutenpflicht für Juden begann die Flucht wehrpflichtiger Männer, und die volle Rekrutenzahl wurde nicht erreicht. Hierbei wurde außerdem festgestellt, dass jüdische Gemeinden die Steuer, die von ihnen verlangt wurde, nach wie vor sehr unvollständig entrichteten, obwohl sie bedeutend gesenkt worden war. 1829 stimmte Nikolaus I. einem Gesuch aus Grodno zu, in einigen Gouvernements jüdische Rekruten über das vorgesehene Maß hinaus auszuheben, um Steuerrückstände auszugleichen. (»1830 wurde der Senatserlass beschlossen, demzufolge einem Kahal bei der Rekrutierung eines zusätzlichen Erwachsenen 1.000 Rubel und bei der Rekrutierung eines zusätzlichen

Bandes 500 Rubel erlassen wurden. «) Allerdings wurde diese Maßnahme wegen des Übereifers, den die Gouverneure hierbei an den Tag legten, bald wieder rückgängig gemacht, obwohl auch »jüdische Gemeinden dazu übergingen, die Regierung tun die Einberufung von Rekruten zu bitten, um einen Schuldenerlass zu erreichen«. In Regierungskreisen wurde »dieser Vorschlag nicht wohlwollend aufgenommen, da leicht vorauszusehen war, dass er den Kehilot neue Möglichkeiten für Missbrauche bieten würde«. Die Idee reifte jedoch anscheinend auf beiden Seiten heran.

Über die verschärfte Rekrutenpflicht der Juden im Vergleich zur übrigen Bevölkerung schreibt Gessen, dass es sich um eine »schreiende Anomalie« in der russischen Gesetzgebung handelte, da es »in der russischen Gesetzgebung für die Juden keinerlei Tendenz gab, ihnen höhere Steuern aufzuerlegen als den übrigen Untertanen«.

Der an gradliniges Denken gewöhnte Nikolaus I. , der übersichtliche Zeichnungen bevorzugte (einer Legende nach zeichnete er z. B. die Eisenbahnstrecke Petersburg-Moskau mit dem Lineal), wollte noch immer die abgesondert lebenden Juden in gewöhnliche - wenn möglich orthodoxe - russische Untertanen umwandeln. Aus der Idee einer Rekrutierung der Juden entwickelte er die Idee eines jüdischen Kantonistensystems. Die »Kantonisten« (die Bezeichnung stammt aus dem Jahre 1805) waren minderjährige Söhne von Soldaten; ihren Vätern sollte auf diese Weise der 25 Jahre dauernde Militärdienst erleichtert werden. Sie setzten die von Peter I. geschaffenen »Abteilungen für Soldatenwaisen« - militärische

Erziehungsanstalten, die vom Staat unterhalten wurden - fort, und ihren Zöglingen wurden Kenntnisse für den späteren technischen Dienst in der Armee vermittelt (was nach Ansicht der Staatsbeamten auch für jüdische Knaben geeignet war, die man gern früh und für lange Zeit von der jüdischen Umgebung isolieren wollte). Der Ukas von 1827 bot »den jüdischen Gemeinden die Möglichkeit, statt eines Erwachsenen einen Minderjährigen, vom 12. Lebensjahr an, zu stellen« (d. h. einen Knaben, der nach jüdischer Sitte noch nicht im heiratsfähigen Alter war). Die neue »Jüdische Enzyklopädie« bezeichnet diese Maßnahme als »schwersten Schlag«. Aber »erlaubt« bedeutete nicht, dass jüdische Knaben vom 12. Lebensjahr an auch wirklich eingezogen wurden - gerade das war mit der »Einführung der Militärpflicht für jüdische Knaben« nicht vorgesehen, obwohl das die Enzyklopädie fälschlicherweise schreibt, in der Literatur über die Juden in Russland gleichfalls behauptet wurde und danach im gesellschaftlichen Bewusstsein haften geblieben ist. Die Kehilot fanden jedoch eine solche Regelung bequem und rekrutierten im großen Umfang »Waisen, Kinder von Witwen (manchmal unter Umgehung des Rechtes auch die einzigen Söhne) und Arme«, oft »zugunsten der Familie eines Reichen«.

Später, vom 18. Lebensjahr an, wurden aus den Kantonisten gewöhnliche Soldaten, deren Dienst sehr lange dauerte - aber man darf dabei nicht vergessen, dass die Soldaten nicht ausschließlich in Kasernen lebten, sondern heirateten, mit ihren Familien zusammenlebten, auch andere Berufe ausübten und nach Beendigung des Militärdienstes das Recht erhielten, sich in innerrussischen Gouvernements des Reiches anzusiedeln. Die jüdischen Soldaten, die ihrer Religion und ihren Gebräuchen treu blieben, litten jedoch unter der Nichteinhaltung des Sabbats und dem Verstoß gegen ihre Speisegesetze.

Minderjährigen Juden, die zu den Kantonisten gekommen und von ihrem vertrauten Milieu getrennt waren, fiel es nicht leicht, dem Druck der Erzieher standzuhalten (die überdies in Erwartung von Auszeichnungen daran interessiert waren, ihre Zöglinge erfolgreich zum christlichen Glauben zu bekehren). Im Unterricht - außer russischer Grammatik und Rechnen auch »Religionsunterricht« - waren sie einem starken Druck ausgesetzt, aber auch bei Auszeichnungen, welche die Konvertierten bekamen, oder bei ihrem Groll gegenüber der Gemeinde, welche die Jugendlichen zu den Rekruten gegeben hatte. Doch zugleich bewiesen sie von klein auf ihre Standhaftigkeit als Juden und Treue zu ihrer Religion. Es ist überflüssig zu sagen, dass solche Methoden der Bekehrung zum Christentum unchristlich waren und außerdem nicht zum Ziel führten. Aber auch die Geschichten über brutale, gewaltsame Bekehrungen zur russischen Orthodoxie, darüber, dass den Kantonisten der Tod angedroht und dass solche, die sich nicht taufen ließen, massenhaft in einem Fluss ertränkt worden seien - Erzählungen, die in der Öffentlichkeit der nachfolgenden Jahrzehnte im Umlauf waren -, sind nichts weiter als Erfindungen. Die alte »Jüdische Enzyklopädie« schreibt, dass diese »Volkslegende« über die Ertränkung Hunderter von jüdischen Kantonisten dadurch entstanden sei, dass eine deutsche Zeitung berichtet hatte, »800 Kantonisten seien einmal ins Wasser gejagt worden, um sie zu taufen, wobei zwei von ihnen ertranken«.

Laut statistischen Angaben des Registrationsarchivs des Generalstabsbetrug der Anteil der jüdischen Kantonisten in der Zeit von 1847 bis 1854, d. h. in den Jahren, in denen sie vor allem eingezogen wurden, im Durchschnitt 2,4% aller Kantonisten Russlands, überstieg also nicht den prozentualen Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des

Landes, selbst nach den durch die Kehilot reduzierten Angaben für die damaligen Volkszählungen.

Offensichtlich haben diejenigen, die sich taufen ließen, später zur eigenen Rechtfertigung vor ihren Stammesbrüdern absichtlich den Druck übertrieben, der auf sie ausgeübt wurde, um sie zum Christentum zu bekehren, zumal ihnen danach einige Vergünstigungen beim Militärdienst gewährt wurden. Übrigens blieben »viele der zum Christentum übergetretenen Kantonisten heimlich ihrer früheren Religion treu, und einige kehrten wieder zum Judentum zurück«.

*

In den letzten Jahren der Regierungszeit Alexanders I. wurde nach einer neuen Hungersnot in Weißrussland (1822) wieder ein Senator dorthin entsandt; er kehrte mit der gleichen Schlussfolgerung zurück wie Dershawin ein Vierteljahrhundert zuvor. Daraufhin schlug das 1823 gegründete, aus vier Ministern bestehende »Jüdische Komitee« vor, sich mit folgender Frage zu befassen; »Auf welcher Grundlage könnte der Aufenthalt [der Juden] im Reich besser und nutzbringender gestaltet« und »überhaupt alles, was zu einer besseren zivilen Ordnung dieses Volkes gehören kann, konzipiert werden?« Danach stellten sie fest, dass sie dieser Aufgabe nicht gewachsen waren, und 1825 wurde das ministerielle »Jüdische Komitee« durch das »Direktorenkomitee« (das fünfte) ersetzt. Es bestand aus Direktoren von Ministerialabteilungen, die sich acht Jahre lang mit diesem Problem beschäftigen sollten.

Voll Ungeduld kam Nikolaus I. mit seinen Entscheidungen der Arbeit des Komitees zuvor. So führte er z. B. die Militärpflicht für Juden ein und legte eine neue Dreijahresfrist für die Zwangsaussiedlung der Juden aus den Dörfern der westlichen Gouvernements fest, um dem Schankgewerbe den Boden zu entziehen — aber diese Maßnahme wurde verzögert und schließlich wie bei seinem Vorgänger eingestellt. Später wurde den Juden verboten, Schänken und Garküchen zu betreiben, in ihnen zu wohnen und persönlich alkoholische Getränke auszuschenken - aber auch diese Maßnahme wurde nicht umgesetzt.

Den Juden wurde auch die Ausübung eines weiteren Gewerbes, nämlich das Unterhalten von Poststationen (verbunden mit Logis und Ausschank), untersagt, doch auch dieser Versuch scheiterte, denn, wie man feststellen musste, fanden sich nicht genügend andere Interessenten.

1827 wurde überall im Reich ein Pachtsystem für das Schankgewerbe eingeführt, und »bei den öffentlichen Ausschreibungen wurde nach Ausschaltung der Juden ein erheblicher Rückgang der Preise oder das vollständige Ausbleiben von Interessenten« festgestellt; sowohl in Städten als auch auf dem Lande und sogar außerhalb des Ansiedlungsrayons mussten Juden als Schankpächter zugelassen werden. So verlagerte die Regierung die Mühe, die Getränkesteuer einzutreiben, von ihren Schultern auf die der Juden und erzielte gleich bleibende Einnahmen. »Lange bevor Kaufleute der Ersten Gilde das Recht erhielten, überall im Reich zu wohnen, hatten alle Pächter praktisch das Recht auf Bewegungsfreiheit und lebten lange Zeit ungehindert in den Hauptstädten und in anderen Städten außerhalb des Ansiedlungsrayons ... Aus dem Milieu der Pächter gingen außerdem einige angesehene Vertreter des jüdischen öffentlichen Lebens hervor, wie z. B. der bereits erwähnte Litman Feigin und Eusel Ginzburg (»er hatte den Branntweinverkauf im belagerten Sewastopol in Pacht«; »1859 gründete er in

Petersburg ein Bankhaus ... , das größte in Russland«; später »war er an der Anlage russischer und ausländischer Staatsanleihen beteiligt«; er begründete die Dynastie der Barone Ginzburg). Ab 1848 wurde »allen jüdischen Kaufleuten der Ersten Gilde« gestattet, »den Verkauf alkoholischer Getränke auch dort zu pachten, wo Juden keinen ständigen Wohnsitz haben durften«.

Auch das Recht der Juden, Schnaps zu brennen, wurde erweitert. Erinnern wir uns daran, dass Juden ab 1819 die Branntweinherstellung in den großrussischen Gouvernements gestattet war, »bis russische Meister ihre Fertigkeiten im Brennen von Branntwein vervollkommnet haben«. 1826 ordnete Nikolaus an, solche Juden wieder in den Ansiedlungsrayon zurückzuschicken. Aber schon 1827 begann er den häufigen Bitten nachzugeben, jüdische Schnapsbrenner weiterhin an einigen Orten zu dulden, wie z. B. in den staatlichen Fabriken in Irkutsk.

Wladimir Solowjow zitiert Michail Katkow: »In den Westgebieten betreiben Juden das Schankgeschäft, aber ist es in anderen Gegenden Russlands etwa besser?... Sind die jüdischen Schankwirte, die das Volk in den Suff treiben und die Bauern ruinieren und verderben, etwa eine allgemeine Erscheinung in Russland? Und was ist denn dann in unseren Gegenden los, in die man die Juden nicht hereinlässt und in denen der Zelowalnik oder der Großbauer die Schänken betreibt?« Sehen wir, was N. Leskow, ein Kenner des russischen Volkslebens, schreibt: »In den großrussischen Gouvernements, in denen keine Juden leben, ist die Zahl derjenigen, die wegen Trunksucht verurteilt werden, ebenso wie die Zahl der Verbrechen, die im Zustand der Trunkenheit begangen werden, immer viel höher als die Zahl solcher Fälle im Ansiedlungsrayon. Das Gleiche gilt für die Zahl der Todesfälle durch übermäßigen Alkoholgenuss ... Das ist nicht heute so gekommen, das ist schon seit alters her so. «

Die Statistik besagt: Wenn in den westlichen und südlichen Gebieten des Russischen Reiches auf eine Schankwirtschaft 297 Einwohner entfielen, so waren es in den östlichen Gebieten immerhin 585. Die damals einflussreiche Zeitung »Golos« [»Die Stimme«] nannte das jüdische Schankwesen vor allem ein »Geschwür« der Westgebiete, »und zwar ein unheilbares Geschwür«. I. G. Orschanskij bemühte sich rein theoretisch zu beweisen: Je häufiger die Schankwirtschaften vorkämen und je dichter sie verteilt seien, umso geringer sei die Trunksucht verbreitet. (Soll man das so verstehen, dass der Bauer nicht zum Trinken verleitet wird, wenn er die Gastwirtschaft vor der Nase hat und sie ihn rund um die Uhr anlockt — erinnern wir uns, dass Dershawin berichtete, die Schankwirte würden auch nachts ausschenken -, er aber lieber zu einer entfernt liegenden geht, zu der er noch über ein schlammiges Feld stapfen muss? Nein, bekanntlich wird der Alkoholismus nicht nur durch den Bedarf an Schnaps gefördert, sondern auch dadurch, dass er angeboren wird.) Orschanskij versucht außerdem Folgendes zu beweisen: Wenn zwischen den Gutsherrn, der Schnaps brennt, und den trunksüchtigen Bauern der Jude tritt, so handelt dieser angeblich objektiv so, dass der Bauer einen Vorteil hat, da er ihm den Schnaps billiger verkauft, obwohl er auch das Einbehalten von Pfändern ausnutzt. Trotzdem wird, so schreibt er, die Meinung vertreten, dass die jüdischen Schankwirte »einen schlechten Einfluss auf das Wohlergehen der Bauern (haben)«, eben dadurch, dass sie sich im Schankgeschäft »wie in allen ihren Tätigkeiten durch eine besondere Begabung, Geschicklichkeit und Energie« auszeichnen. An einer anderen Stelle, in einem anderen Aufsatz im selben Sammelband, gibt er jedoch »Wuchergeschäfte der Juden mit den Bauern« zu; »es stimmt, dass es [im jüdischen Handel] viel Betrug gibt und dass der jüdische Kommissionär,

Schankwirt und Wucherer die arme Bevölkerung, besonders auf dem Lande, ausbeutet«; »dem Gutsherrn gegenüber verhält sich der Bauer überaus starrsinnig [beim Preis], aber bis zur Lächerlichkeit willfährig und vertrauensselig, wenn er es mit einem Juden zu tun hat, besonders wenn der Jude eine Flasche Wodka parat hält«; die Armut der Bauern, »die Notwendigkeit, Steuern zu bezahlen, das Verlangen nach Wodka ... zwingen die Bauern dazu, den Juden zu einem niedrigen Preis Getreide zu verkaufen«. Aber auch für diese nackte, bittere, himmelschreiende Wahrheit sucht Orschanskij Gründe, die alles abschwächen sollen. Wer ist denn schuld, wenn der Wille des Bauern schwach ist? …

*

Trotz aller Beharrlichkeit und Energie, mit der Nikolaus I. seine Ziele verfolgte, waren ihm während seiner ganzen Regierungszeit und in vielen Bereichen zahlreiche Misserfolge bei seinen Bemühungen beschieden, die Lebensweise der Juden nachhaltig zu verändern.

Dies war auch bei der jüdischen Landwirtschaft der Fall. Im »Statut für die Rekrutenpflicht und den Militärdienst der Juden« von 1827 war vorgesehen, dass jüdische Landwirte, »die in besondere Gebiete umgesiedelt... wurden«, samt ihren Kindern 50 Jahre lang (für die Dauer der Abgabenfreiheit, vom tatsächlichen Beginn des »Getreideanbaus« an) vom Dienst als Rekruten befreit waren. Kaum war das Statut verkündet, kehrten mehr Juden von ihrer eigenmächtigen zeitweiligen Abwesenheit in die Kolonien zurück, als registriert worden waren.

Um das Jahr 1829 wurden genauere »Vorschriften für jüdische Landwirte« ausgearbeitet: für das Überwechseln in den Stand der Kleinbürger bei Bezahlung aller Schulden oder für die Genehmigung einer zeitweiligen Abwesenheit (bis zu drei Monate) für den Broterwerb in Zeiten, in denen keine Feldarbeiten anfielen, für die Bestrafung von Personen, die sich eigenmächtig aus den Kolonien entfernten, oder für die Auszeichnung vorbildlicher Landwirte. W. N. Nikitin räumt ein: Beim Vergleich der strengen Pflichten, die jüdischen Landwirten auferlegt wurden, »mit den Rechten und Vorteilen, die ausschließlich Juden gewährt wurden, sowie mit den Rechten, die andere steuerpflichtige Schichten hatten, muss man anerkennen, dass sich die Regierung sehr wohlwollend zu ihnen [den Juden] verhielt«.

Und siehe da, von 1829 bis 1833 »mühten sich die Juden fleißig als Getreidebauern, das Schicksal belohnte sie mit guten Ernten, sie waren mit der Obrigkeit zufrieden und sie war es mit ihnen, und das allgemeine Wohlergehen wurde nur manchmal durch unbedeutende, zufällige Erscheinungen gestört«. (Nach dem Russisch-Türkischen Krieg wurde den jüdischen Siedlern im Jahre 1829 wie allen Kolonisten »die Zahlung der gesamten Steuerschulden erlassen ... wegen der Drangsale, die sie beim Durchzug ... der Truppen erlitten«.) Nachdem aber den Meldungen des Tutelkontors zufolge »die Missernte von 1833 es unmöglich gemacht hatte, sie [die Juden] in den Kolonien zurückzuhalten, lieferte sie vielen von ihnen, die keine Lust und kein Verlangen hatten, bäuerliche Tätigkeiten auszuüben, Vorwände dafür, nichts oder nur sehr wenig zu säen, das Vieh zu schlachten, zu vagabundieren, Beihilfen zu beanspruchen und keine Steuern zu zahlen«. 1834 kam es vor, dass sie »das Getreide, das an sie ausgegeben worden war, verkauften und das Vieh schlachteten, und so handelten sogar diejenigen, die solches nicht dringend nötig hatten«; die lokale Verwaltung, die Schwierigkeiten hatte, die Dinge zu

überwachen, war jedoch nicht in der Lage, etwas gegen »die vielen geschickten Ausreden seitens der Siedler« zu unternehmen. Missernten »kamen bei Juden häufiger vor als bei den übrigen Siedlern, weil sie geringe Mengen aussäten und noch dazu den Boden nicht ordentlich und nicht rechtzeitig bearbeiteten« und weil »bei den Juden ... eine von einer Generation an die andere weitergegebene Neigung zu weniger anstrengenden Erwerbszweigen, zu Sorglosigkeit und Nachlässigkeit bei der Aufsicht über das Vieh« vorhanden war.

Genügten der russischen Regierung die 30-jährigen schlechten Erfahrungen mit dem jüdischen Getreideanbau (dazu noch vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die in der ganzen Welt gemacht worden waren) nicht, um diese fruchtlosen Versuche und Aufwendungen zu unterlassen? Nein! Waren diese trostlosen Meldungen nicht bis zu Nikolaus I. gelangt, wurden sie von Ministern beschönigt oder wurde der Zar von einer nicht

versiegenden Energie und Hoffnung dazu getrieben, neue Versuche zu unternehmen?

Im neuen, von allerhöchster Stelle 1835 bestätigten »Statut für die Juden« (das Resultat der Tätigkeit des »Direktorenkomitees«) wurde der jüdische Ackerbau keineswegs als eine untaugliche Idee verworfen, er wurde sogar erweitert und bei der Neugestaltung des jüdischen Lebens an die erste Stelle gerückt: »Die Juden sind auf solche Regeln festzulegen, die ihnen den freien Zugang zu einem sicheren Auskommen durch eine Tätigkeit im Ackerbau und Handwerk und zur allmählichen Bildung ihrer Jugend gewähren und ihnen gleichzeitig keine Gelegenheit zu Müßiggang und ungesetzlicher Erwerbstätigkeit bieten. « Wenn von der jüdischen Gemeinde früher ein Vorschuss von 400 Rubel je Familie gefordert worden war, so durfte jetzt »jeder Jude« ohne jede Bedingung »jederzeit ... zum Ackerbauer werden«, und ihm und seiner Gemeinde wurde sogleich seine ganze Steuerschuld erlassen; ihm winde gestattet, nicht nur Ländereien der Krone unbefristet zu nutzen, sondern innerhalb des Ansiedlungsrayons Land zu kaufen, zu verkaufen und zu pachten. Diejenigen, die zu Landwirten wurden, waren 25 Jahre lang von der Kopfsteuer und 10 Jahre lang von der Landessteuer sowie 50 Jahre lang von der Rekrutenpflicht befreit. Kein einziger Jude durfte jedoch »zum Überwechseln in den Stand der Landwirte ... gezwungen werden«. Außerdem wurden »Gewerbe und Handwerke in ihrer ländlichen Umgebung« sanktioniert.

(Es sind eineinhalb Jahrhunderte vergangen. Ein aufgeklärter Physiker bringt nach der schon lange in Vergessenheit geratenen Vergangenheit das damalige jüdische Leben auf folgende Formel: »Ansiedlungsrayon verbunden mit dem Verbot [!], eine bäuerliche Tätigkeit auszuüben. « Der Historiker und Publizist M. O. Gerschenson urteilt umfassender: »Dem Juden verbietet der Geist seines Volkes den Ackerbau, denn ein Mensch, der in den Boden eindringt, schlägt am leichtesten an einem Ort Wurzeln. «)

Der einflussreiche Finanzminister von Cancrin empfahl, auch die dünn besiedelten Gebiete Sibiriens für den jüdischen Ackerbau zu nutzen - und Nikolaus I. bestätigte dies gegen Ende des gleichen Jahres 1835. Jüdische Siedler sollten dort »15 Desjatinen geeigneten Landes pro Person männlichen Geschlechts«, Ackergeräte und Arbeitsvieh, fertige, grob gezimmerte Bauernhütten, Geld und Proviant für die Reise auf Kosten der Staatskasse bekommen. Anscheinend gab dies den Anstoß dazu, dass Juden, die arm waren und vielköpfige Familien hatten, nach Sibirien umsiedeln wollten. Doch jetzt ging die Rechnung der Kehilot nicht auf: Diese Armen wurden zum Teil dafür gebraucht, (statt der reichen Familien) Rekruten zu stellen — man verheimlichte ihnen, dass ihnen alle Zahlungsrückstände erlassen werden sollten, und verlangte von ihnen zuerst deren Begleichung. Plötzlich besann sich auch die Regierung anders

(ihr fiel ein, wie schwierig eine Umsiedlung in ferne Gebiete sein würde und dass die Juden in Sibirien nicht nur »keine Vorbilder für Arbeitsamkeit und gutes Wirtschaften finden«, sondern dort auch »den gleichen unergiebigen, nur mit Betrügereien aufrechterhaltenen Handel« fortsetzen würden, »der den Westgebieten so großen Schaden zugefügt hat — und dass sie Schankwirtschaften betreiben und die Einwohner durch die leichte Befriedigung der Neigung zur Trunksucht zugrunde richten werden«. Um das Jahr 1837 wurde die Umsiedlung nach Sibirien eingestellt, ohne dass die Beweggründe bekannt gegeben wurden.

Die Volkszählung in Neurussland erbrachte im selben Jahr folgendes Ergebnis: »In den Ländereien, die den [jüdischen] Kolonien zugeschlagen wurden und für neue Siedlungen vorgesehen sind, gibt es >Schwarzerdeböden bester Güte, die für den Getreideanbau sehr geeignet, sowie Steppen, die für Heuernten und Viehzucht wie geschaffen sind<« (die lokale Verwaltung widersprach dieser Einschätzung).

Im selben Jahr 1837 wurde das Ministerium für staatliche Domänen (Graf P. D. Kisseljow) gegründet, mit dem Auftrag, (als Übergangsmaßnahme bei der Abschaffung der Leibeigenschaft) »die freien Getreidebauern (Staatsbauern), von denen es 7,5 Millionen registrierte >Seelen< gab, also auch jüdische Landwirte, von denen es insgesamt 3.000 bis 5.000 Familien gab, ein Tropfen im Meer im Vergleich zur Zahl der Staatsbauern, zu unterstützen. Ungeachtet dessen erhielt das Ministerium schon in den ersten Tagen seines Bestehens Bittgesuche von Juden« und viele Klagen der verschiedensten Art. »Nach einem halben Jahr stellte man fest, dass man allein den Juden so viel Zeit widmen müsste, dass sich das ungünstig auf die Hauptarbeit des Ministeriums auswirken würde. « 1840 wurde Kisseljow jedoch auch noch zum Vorsitzenden des neu gegründeten »Komitees für die Festlegung von Maßnahmen zur grundlegenden Umformung des Lebens der Juden in Russland« (des sechsten Komitees) ernannt, d. h. die jüdische Frage nahm ihn immer mehr in Anspruch.

1839 ließ Kisseljow durch den Staatsrat ein Gesetz beschließen, das auch jenen Juden (zusammen mit der ganzen Familie) erlaubte, Landwirt zu werden, die bei der Rekrutierung an der Reihe waren und durch das Überwechseln in die Landwirtschaft von der Rekrutenpflicht befreit wurden. Dies war ein neues großes Privileg. 1844 wurde ein noch detaillierteres »Statut für jüdische Landwirte« beschlossen, das auch innerhalb des Ansiedlungsrayons galt und Juden berechtigte, für die Dauer von drei Jahren Christen zu beschäftigen, um von ihnen das Wirtschaften zu erlernen. Als 1840 viele Juden »mit eigenen Mitteln« in Neurussland auftauchten (»jene, die auf eigene Kosten umsiedeln wollten«, hatten an ihrem Abreiseort schriftlich bestätigt, dass sie vermögend seien und keine Beihilfen beantragen würden), besaßen sie in Wirklichkeit nichts, hatten schon unterwegs erklärt, dass ihre Mittel erschöpft seien, »und trachteten danach, auf Staatskosten angesiedelt zu werden«. »Es waren mehr als 1800 solcher Familien angekommen, von denen einige Hundert weder über Ausweispapiere noch irgendwelche zuverlässigen Unterlagen verfügten, aus denen hervorging, woher sie kamen und aus welchen Gründen sie sich in Neurussland befanden« - und noch immer »trafen unaufhörlich weitere ein und baten um Hilfe in ihrer Nodage«. Da gab Kisseljow die Anweisung, sie alle zulasten der Gelder, »die überhaupt für Umsiedler ungeachtet ihrer Herkunft« vorgesehen waren, aufzunehmen. Das heißt, er half noch einmal, über das hinausgehend, was an Kosten veranschlagt war. 1847 wurden »zusätzliche Bestimmungen« erlassen, die es den Juden erleichterten, Landwirte zu werden.

Kisseljow beabsichtigte, durch sein Ministerium jüdische Musterkolonien anlegen zu lassen, um damit »vielleicht eine Grundlage für eine Ansiedlung dieses Volkes in großem Umfang« zu schaffen. Zu diesem Zweck gründete er im Gouvernement Jekaterinoslaw in Gebieten mit guten Böden und reichlich Wasser, an Flüssen und Bächen mit ausgezeichneten Weiden und Heuschlägen eine Kolonie nach der anderen und hoffte sehr, deutsche Kolonisten würden den Neusiedlern ihre hervorragenden Erfahrungen vermitteln (da es schwierig war, solche Kolonisten zu finden, die in diese Gebiete übersiedeln wollten, beschloss man, sie dafür zu bezahlen). Immer neue Geldmittel wurden für diese künftigen Musterkolonien bewilligt, denen zudem alle möglichen Steuerschulden erlassen wurden.

Im zweiten Siedlungsjahr wurde von einer jüdischen Familie verlangt, dass sie ein Gemüsefeld angelegt und eine Desjatine Land besät hatte, wobei mit den Jahren immer mehr Desjatinen besät werden sollten. Da sie auch keine Erfahrungen in Bezug auf die Auswahl des Viehs hatten, wurden die bestallten »Vormunde« beauftragt, sich darum zu kümmern. Es gab noch andere Familien, die keine Ahnung von der Landwirtschaft hatten, und da sie bei großer Kalte nicht hinausgingen, um das Vieh zu füttern, erhielt jede Familie einen warmen Mantel mit Kapuze.

Der Zustrom jüdischer Siedler, die Landwirte werden wollten, versiegte jedoch nicht, zumal es in den Westgebieten weitere Missernten gab. Nicht selten wurden auch Familien ohne die erforderliche Zahl arbeitsfähiger Männer losgeschickt, »die Kehilot drängten Arme und Gebrechliche zur Umsiedlung, bemühten sich dagegen, die Wohlhabenden und Gesunden zurückzuhalten, um die Möglichkeit zu haben, Steuern pünktlich zu erheben und zu bezahlen und ihre Gemeindeeinrichtungen zu unterhalten«. »Um einem Massenansturm von erschöpften Armen vorzubeugen«, forderte das Ministerium von den westlichen Gouverneuren eine strenge Kontrolle der Gruppen, die losfahren sollten, an den jeweiligen Orten beeilte man sich jedoch, die Umsiedler loszuschicken, ohne eine Mitteilung darüber abzuwarten, ob die Fläuser an den neuen Orten fertig waren, und verzögerte die Überweisung der Gelder an die Siedler, sodass manchmal ein ganzes Jahr ungenutzt verstrich. Da man es im Gouvernement Jekaterinoslaw nicht schaffte, Bewerbern rechtzeitig Land zuzuteilen, reisten 250 Familien eigenmächtig nach Odessa und blieben dort.

Auch in dieser Zeit ergaben die Meldungen der verschiedensten Inspektoren, von verschiedenen Orten, ein und dasselbe Bild: »Fügten sie [die Juden] sich ins Unvermeidliche, so konnten sie Landwirte werden, sogar gute, aber bei der ersten sich bietenden günstigen Gelegenheit ließen sie den Pflug stehen und gaben die Bauernwirtschaft auf, um sich dem Zwischenhandel und ihren anderen geliebten Tätigkeiten zu widmen. « »Für einen Juden steht >an erster Stelle ein Gewerbe, das sehr klein und in seinem Ausmaß noch so unbedeutend sein mag, das aber große Vorteile bringt... Ihr Gemütszustand, der von Natur aus darauf orientiert ist, Gewerbe zu treiben, und in dem geregelten Leben eines Landwirts keine Befriedigung finden, bestimmte nicht ihren Wunsch, sich mit Getreidebau zu beschäftigen; >erst lockten sie der Reichtum des Landes, die geringe jüdische Bevölkerung, die Nähe der Grenze, der Handel und ein einträgliches Gewerbe dorthin, dann die Befreiung von der Steuer und vor allem von der Rekrutenpflicht<. Sie hatten gedacht, sie seien nur verpflichtet, sich Häuser zu bauen«, und gehofft, »das Land Gewinn bringend verpachten zu können; sie selbst würden sich wie vorher einer Gewerbe- und Handelstätigkeit widmen«. (Naiverweise erzählten sie all das dem Inspektor.) »Mit dem Getreideanbau befassten sie sich mit großem Widerwillen. « Hinzu

kamen »die religiösen Vorschriften ... , die >für jüdische Landwirte ungeeignet waren« und sie zwangen, lange Zeit nichts zu tun; z. B. wurde zur Zeit der Frühjahrsaussaat ein langes Ostern und im September, wo »sehr dringende Feldarbeiten anfielen, das Bestellen der Felder und das Ausbringen von Saaten«, 14 Tage hintereinander das Laubhüttenfest gefeiert, obwohl »die Heilige Schrift dem Urteil gebildeter Juden zufolge, die jedes Vertrauen verdienen, nur verlangt, die ersten und die letzten beiden Tage zu feiern«. Außerdem bestärkten die Geistlichen in den jüdischen Siedlungen (in denen es gelegentlich zwei Bethäuser gab, eines für die orthodoxen Juden, die Mitnaggedim, und das andere für die Chassidim) »ihre Gläubigen in der Meinung, dass sie als auserwähltes Volk nicht für die schwere Arbeit eines Ackerbauern bestimmt seien, dies sei das bittere Los eines Goi«. »Sie standen spät auf, brauchten eine Stunde für das Morgengebet und gingen hinaus zur Arbeit, wenn die Sonne schon hoch am Himmel stand«, dann folgte der Sabbat von Freitagabend bis Sonntagmorgen.

Vom jüdischen Standpunkt aus gelangte I. G. Orschanskij im Grunde genommen zu der gleichen Schlussfolgerung wie die Inspektoren: »Die Pachtwirtschaft mit Lohnarbeitern ... findet bei Juden mehr Sympathie als der in jeder Hinsicht schwere Übergang vom Zwischenhandel zur Arbeit eines Getreidebauern ... Zusehends verstärkt sich das Streben der Juden nach einer Gewerbetätigkeit auf dem Lande, vorwiegend in Form des Pachtens von Ländereien und ihrer Bearbeitung mithilfe von Lohnarbeitern. « In Neurussland seien die Misserfolge der jüdischen Landwirtschaft darauf Zurückzufuhren, dass »die Juden ... nicht an schwere körperliche Arbeit gewöhnt und die städtischen Gewerbe im Süden Gewinn bringend« seien. Er schildert, wie die Juden in einer Siedlung »*mit eigenen Händen* eine Synagoge bauten« und andernorts »mit eigenen Händen« Gemüse anbauten.

In diesen 1840er-Jahren wurden noch viele Inspektoren- und Gouvernementsberichte geschrieben, und in den neuen »Musterkolonien« blieben »die Lebensweise der Kolonisten, ihre Arbeit und ihre Wirtschaft« wie in den frühen Siedlungen »weit hinter denen der benachbarten Staats und Gutsbauern zurück«. Im Gouvernement Cherson befand sich die Wirtschaft der jüdischen Kolonisten auch im Jahre 1845 »in einem überaus unbefriedigenden Zustand; ein großer Teil dieser Kolonisten ist sehr arm; da ihnen jede landwirtschaftliche Arbeit fremd ist, bearbeiten nicht viele von ihnen den Boden ordentlich und erzielen deshalb auch bei guten Ernten sehr karge Erträge«, »der Boden in den Gemüsegärten ist unberührt«, Frauen und Kinder arbeiteten nicht auf dem Acker, »das 30 Desjatinen große Land sicherte kaum das tägliche Essern«. »An den deutschen Kolonisten nahm sich nur eine ganz unbedeutende Anzahl jüdischer Siedler ein Beispiel; der größere Teil zeigte einen deutlichen Widerwillen gegen die Landwirtschaft und bemühte sich, die Forderungen der Obrigkeit nur deshalb zu erfüllen, um danach einen Pass für ein zeitweiliges Fernbleiben zu bekommen« ... Viel Land ließen sie brachliegen, bestellten das Land nur stückchenweise, wie es irgendwem gerade einfiel ... Allzu nachlässig gingen sie mit dem Vieh um ... Die Pferde wurden fast zuschanden geritten und wenig gefüttert, besonders am Sabbat«, die empfindlichen Kühe einer deutschen Rasse wurden zu unterschiedlichen Zeiten gemolken, weshalb sie aufhörten, Milch zu geben. »Die Juden erhielten kostenlos« Obstbäume, »bauten aber kein Obst an«. Von den Häusern, die frühzeitig für sie errichtet wurden, sind die einen »schön, trocken, warm, solide«, an anderen Orten dagegen sind sie schlecht gebaut worden, und das kam teuer zu stehen, aber auch dort, wo sie »mit der nötigen Stabilität unter Verwendung von gutem Baumaterial errichtet wurden ... , sind sie aufgrund der Nachlässigkeit der Juden und ihrer Unfähigkeit, die Häuser in einem ordentlichen Zustand zu halten ... , verkommen, sodass es unmöglich ist, in ihnen zu wohnen,

wenn sie nicht bald repariert werden«, in ihnen stand die Nässe, die einen weiteren Verfall zur Folge hatte und auch zu Erkrankungen führte, und viele Häuser standen leer, in andere zogen mehrere Familien ein, »die nicht miteinander verwandt waren, und wegen des unruhigen Charakters dieses Volkes und seiner Neigung zu Streitigkeiten« war dieses Zusammenleben eine Quelle endloser Klagen. «

An der mangelnden Bereitschaft zur großen Umsiedlung hatten natürlich beide Seiten Schuld: Da waren zum einen die unkoordinierten und verspäteten Maßnahmen der Verwaltung und die Tatsache, dass wegen schlechter Aufsicht, aber auch aufgrund von Missbrauch und Veruntreuung an manchen Orten Häuser in schlechter Qualität erbaut wurden. (Dies hatte zur Folge, dass manche Vorgesetzte durch andere abgelöst oder auch vor Gericht gestellt wurden.) Da war zum anderen die Unlust der jüdischen Dorfobersten, ein wachsames Auge auf die nachlässigen Gemeindemitglieder zu haben, deren Ausstattung und Wirtschaft unzureichend waren; aus diesem Grund wurden ehemalige Unteroffiziere zu Inspektoren ernannt, doch die Juden verleiteten sie zum Trinken und zahlten ihnen Schmiergelder, um sie für sich einzunehmen. Zugleich war es unmöglich, Steuern von den Siedlern zu erheben, weil sie entweder nicht imstande waren, sie zu zahlen - »in jeder Gemeinde gab es nicht mehr als zehn Leute, die mit Mühe und Not in der Lage waren, ihre eigenen Steuern zu entrichten« -, oder weil sie sich vor der Zahlung ihrer Steuerschulden drückten; diese wurden im Laufe der Jahre immer höher, und immer wieder wurden sie ihnen erlassen. Für die eigenmächtige zeitweilige Entfernung vom Wohnsitz zahlte ein Siedler pro Tag 1 Kopeke, was ihm überhaupt nicht wehtat, denn er konnte die Strafe mit Leichtigkeit von seinen städtischen Einnahmen bezahlen. (Zum Vergleich: Die Melamdim erhielten in den Siedlungen 3.000 bis 10.000 Rubel im Jahr; eine Cheder- schule gab es in Siedlungen mit etwa 30 Häusern; es gab außerdem Versuche, in den Kolonien neben den Melamdim Voraussetzungen für einen allgemeinen Schulunterricht zu schaffen - außer Hebräisch noch Russisch und Arithmetik -, aber »die Schicht der einfachen Juden verhielt sich sehr misstrauisch zu Schulen, die von der Regierung eingerichtet waren«.)

»Es wurde immer offensichtlicher, dass die >Musterkolonien<, die Kisseljow so sehr herbeigesehnt hatte, nur ein Traum waren. « Aber obwohl er die Entsendung weiterer Familien zu verzögern versuchte (1849), verlor er die Hoffnung nicht und schrieb 1852 sogar: »Je schwerer die Sache, umso hartnäckiger muss man bleiben und darf sich nicht durch die ersten erfolglosen Schritte entmutigen lassen. « Bis dahin war der Inspektor einer Kolonie nicht der Vorsteher einer Siedlung, »es kam vor, dass er Spott und Frechheiten seitens der Siedler erdulden musste, die sehr gut wussten, dass er keinerlei Macht über sie besaß« - er konnte den Kolonisten nur Ratschläge erteilen. Aufgebracht über den Misserfolg hatte man schon wiederholt Maßnahmen vorgeschlagen, den Siedlern verbindliche Aufgaben zu erteilen, die innerhalb von zwei bis drei Tagen zu erfüllen waren und deren Ausführung kontrolliert werden sollte; es sollte ihnen das Recht genommen werden, frei über ihr Eigentum zu verfugen; es sollte ihnen untersagt werden, sich zeitweilig vom Wohnsitz zu entfernen, und sogar Strafen sollten eingeführt werden: Das erste Mal sollte ein Unbotmäßiger bis zu 30 Rutenhiebe, das zweite Mal die doppelte Anzahl, das dritte Mal Gefängnis bekommen und je nach Schwere des Vergehens eventuell als Rekrut abgeschoben werden. (Nikitin berichtet, dass die vorgeschlagene Anordnung nach ihrem Bekanntwerden »den jüdischen Siedlern einen solchen Schrecken einjagte, dass sie sich alle Mühe gaben ... , sich sofort Vieh und Ackergeräte beschafften ... [und] eine erstaunliche Emsigkeit bei der Feld- und Hauswirtschaft an den Tag legten«.) Kisseljow bestätigte jedoch einen abgemilderten Vorschlag (1853): »Diese Aufgaben müssen völlig den

Kräften und der Erfahrung derer angemessen sein, denen sie erteilt werden«; ein Dorfoberster durfte von den Richtlinien für jede vom Vormundschaftskontor vorgesehene Art von Arbeit nur im Sinne einer Erleichterung abweichen; das erste Vergehen blieb straffrei, aber für das zweite und dritte gab es 10 und 20 Rutenhiebe, nicht mehr. (Die Maßnahme der Abschiebung Unbotmäßiger zu den Rekruten wurde niemals angewendet; »niemand ... kam wegen der Vernachlässigung einer Bauernwirtschaft: zu den Soldaten«, und 1860 wurde das Gesetz ganz abgeschafft.)

Selbstverständlich gab es damals noch die Leibeigenschaft. Aber nach einem halben Jahrhundert gutwilliger Bemühungen der Regierung, die Juden dazu zu bringen, in einem unerschlossenen Landstrich produktiv zu arbeiten, schienen lediglich Konturen von Araktschejew'schen Siedlungen sichtbar zu werden.

Erstaunlich ist, dass die zaristische Regierung bis dahin, trotz der Erfolglosigkeit aller Maßnahmen, die Hoffnungslosigkeit des ganzen landwirtschaftlichen Unternehmens nicht begriffen hatte.

Und das war noch nicht das Ende des Ganzen.

*

Nach Einführung der Rekrutenpflicht für die jüdische Bevölkerung verstärkten sich die beunruhigenden Gerüchte über eine schreckliche neue

Gesetzgebung, die das »Jüdische Komitee« vorbereitete. Schließlich wurde 1835 ein allgemeines Statut für die Juden erlassen (welches das Statut von 1804 ersetzte). »Es sah«, wie es die »Jüdische Enzyklopädie« zurückhaltend formuliert, »keine neuen Beschränkungen für die Juden vor. « Genauer gesagt hatten nach dem neuen Statut »Juden das Recht, jede Art von Immobilien außer bewohnter Besitztümer zu erwerben und jede Axt von Handel aufgrund der gleichen Rechte zu treiben wie die übrigen russischen Untertanen«, wenn auch nur innerhalb der Grenzen des Ansiedlungsrayons. Das Statut von 1835 bestätigte den Schutz aller Rechte der jüdischen Religion und billigte Rabbinern Gratifikationen und die Rechte der Kaufleute der Ersten Gilde zu. Festgelegt wurde ein vernünftiges Heiratsalter (18 und 16 Jahre). Es sah Maßnahmen vor, damit die Juden durch ihre Kleidung nicht von der übrigen Bevölkerung abstachen. Es lenkte die Juden auf produktive Verdienstmöglichkeiten hin (verbot den Branntweinverkauf auf Borg und gegen Pfand) und erlaubte alle Arten von Fabrikarbeit (auch das Pachten von Brennereien). Christen als ständige Dienstboten zu beschäftigen blieb verboten, ihre Verwendung »für Arbeiten von kurzer Dauer«, ohne dass die Dauer genau festgelegt war, »für Arbeiten in Fabriken und Werken« und »als Hilfen im Getreide- und Obstbau sowie bei Feldarbeiten« war dagegen erlaubt, was der Idee einer »jüdischen Landwirtschaft« Hohn sprach. Das Statut von 1835 forderte die jungen Juden dazu auf, Bildung zu erwerben. Der Zugang von Juden zu höheren Schulen und zu Hochschulen unterlag in keiner Weise irgendwelchen Beschränkungen. Juden, die auf einem beliebigen wissenschaftlichen Gebiet den Doktortitel erworben hatten und denen ausgezeichnete Fähigkeiten (noch mit einigen Formalitäten) attestiert worden waren, erhielten das Recht, im Staatsdienst tätig zu sein. (Jüdische Ärzte besaßen dieses Recht schon früher.) Was die örtliche Selbstverwaltung betrifft, so beseitigte das Statut die Beschränkungen, denen Juden bisher

unterworfen waren: Jetzt konnten sie Posten in der Duma, in Magistraten und in Rathäusern bekleiden, und zwar »auf der gleichen Grundlage, auf der Personen anderer Konfessionen für diese Posten gewählt werden«. (Allerdings erhoben einige lokale Behörden, vor allem in Litauen, Einwände: Ein Stadtoberhaupt muss die Einwohner an manchen Tagen in die Kirche führen. Wie soll das gehen, wenn er ein Jude ist? Wie kann ein Jude Richter sein, da der Schwur auf das Kreuz geleistet wird? Der Widerstand war groß, und 1836 wurde durch einen Ukas für die westlichen Gouvernements festgelegt, dass Juden in Magistraten und Rathäusern nur ein Drittel der Posten bekleiden durften.) Was schließlich die ökonomisch akute Frage des Schleichhandels an der Grenze betraf, der die Staatsinteressen beeinträchtigte, so ließ das Statut die im Grenzgebiet lebenden Juden weiterhin dort wohnen, verbot aber die Neuansiedlung von Juden.

All das erschien in einem Staat, in dem Millionen seiner Bürger Leibeigene waren, nicht gerade als ein System harter Zwänge.

Bei der Diskussion des Statuts im Staatsrat prallten die Meinungen aufeinander. Vorgeschlagen wurde, Juden freien Zugang zu den großrussischen Gouvernements zu gewähren. Es wurde auch die Auffassung vertreten: »Juden kann die Ansiedlung in den innerrussischen Gouvernements nur dann gestattet werden, wenn sie über gewisse moralische Eigenschaften und ein bestimmtes Bildungsniveau verfügen. « Eingewendet wurde: »Juden können mit ihrer Handels- und Gewerbetätigkeit großen Nutzen bringen, und Konkurrenz darf nicht dadurch verhindert werden, dass jemandem verboten wird, an einem bestimmten Ort zu wohnen und Handel zu treiben«; »mit aller Entschiedenheit... muss die Frage gestellt werden: Können die Juden im Reich geduldet werden? Ist man der Ansicht, dass man das nicht kann, so muss man sie alle vertreiben«, statt »>diese Schicht im Reich weiterhin in einer Lage zu lassen, in der sie ewig unzufrieden sind und murren. Muss man jedoch ihre Anwesenheit im Land ertragen, dann muss man sie von den rechtlichen Beschränkungen befreien. «

»Die archaischen polnischen Privilegien, die den Stadtgemeinden gestattet hatten, Aufenthaltsbeschränkungen für Juden festzulegen«, und vom russischen Staat schon seit Katharinas Zeiten aufgehoben waren, wurden in Wilna und danach in Kiew plötzlich restituiert. In Wilna führte das jetzt dazu, dass sich Juden in einem Teil der Wohnviertel nicht niederlassen durften. In Kiew empörte sich die Kaufmannschaft darüber, dass »die Juden innerhalb der Mauern des Höhlenklosters schachern und feilschen ... , im Höhlenkloster alle Verkaufseinrichtungen an sich gerissen haben« und die Christen »aus dem Handel verdrängen«. Diese Proteste bewogen den Generalgouverneur, jenes Verbot (1827) zu erwirken, das »Juden untersagte, in Kiew ansässig zu sein - nur einige Kategorien können für eine bestimmte Zeit kommen«. »Wie immer in solchen Fällen musste die Regierung den für die Zwangsaussiedlung vorgesehenen Termin einige Male verschieben. « Der Streit beschäftigte das »Direktorenkomitee« und spaltete den Staatsrat in zwei Hälften - aber zusammen mit dem Statut von 1835 bestätigte Nikolaus I. die Aussiedlung der Juden aus Kiew. Bald aber wurde »einigen Kategorien von Juden [...] wieder ein befristeter Aufenthalt in der Stadt erlaubt«. (Warum aber waren Juden so erfolgreich im Handel? Sie boten Waren oft billiger an als Christen, gaben sich »mit einem geringeren Gewinn zufrieden als die Christen«, obwohl das ohne geschmuggelte Waren vielleicht nicht möglich gewesen wäre. Der Gouverneur von Kiew, der die Juden in Schutz nahm, äußerte: »Wenn sich die Christen Mühe gäben, so würden sie die Juden ohne jede Zwangsmaßnahmen verdrängen können. «) Also wurde »Juden in Weißrussland nur erlaubt, in Städten zu leben, in Kleinrussland dagegen durften sie überall

wohnen, nur nicht in Kiew und in Dörfern, die der Krone gehörten, in Neurussland in allen besiedelten Orten, außer in Nikolajew und Sewastopol«, den Kriegshäfen, wo die Juden in jenen Jahren aus Gründen der staatlichen Sicherheit ausgewiesen wurden.

»Das Statut von 1835 gestattete [jüdischen] Kaufleuten und Fabrikanten, auf die wichtigsten Jahrmärkte der inneren Gouvernements zu reisen, um dort zeitweilig Handel zu treiben, und räumte ihnen auch einige Rechte in Bezug auf den Verkauf von Waren außerhalb des Ansiedlungsrayons ein. « Handwerker hatten ebenfalls freien Zugang zu den innerrussischen Gouvernements, wenn auch für begrenzte Zeit. Nach den Bestimmungen von 1827 hatte z. B. »eine Gouvernementsverwaltung außerhalb des Ansiedlungsrayons ... das Recht, Juden einen sechsmonatigen Aufenthalt zu genehmigen«. Das Statut von 1835 und »später auch andere Gesetze erleichterten etwas«, wie Gessen schreibt, »die Bedingungen für den zeitweiligen Aufenthalt von Juden außerhalb des Ansiedlungsrayons«, und die lokalen Verwaltungen »drückten bei Verstößen von Juden gegen Verbote nicht selten ein Auge zu«. Das bestätigt auch Leskow in einem Bericht, den er auf Verlangen einer Regierungskommission verfasste: »In den 40er-Jahren tauchten [Juden] in großrussischen Gutsdörfern auf und boten ihre Dienste an ... Das ganze Jahr zogen sie in den nächsten großrussischen Gouvernements >von einem bekannten Gutsherrn zum anderem«, und überall handelten und arbeiteten sie. »Doch die Juden wurden von hier nicht vertrieben, sie wurden sogar zum Bleiben veranlasst. « »Die Einwohner lockten jüdische Handwerker an und versteckten sie ... Die lokalen Behörden verhielten sich ebenfalls wohlwollend zu ihnen, denn sowohl sie als auch die übrigen Einwohner hatten von den Juden erheblichen Nutzen. « »Die Juden verstießen unter Mithilfe interessierter Christen gegen einschränkende Bestimmungen. Sogar die Behörden sahen sich gezwungen, Gesetze zu umgehen ... Die Dinge gingen so weit, dass z. B. Gutsbesitzern der großrussischen Gouvernements Strafen auferlegt wurden, weil bei ihnen Juden wohnten. «

Die russischen staatlichen Behörden, die sich teilweise von vorgeschützten (vor allem religiösen) Gründen für die Nichtvermischung von Christen und Juden leiten ließen, vermochten angesichts des ökonomischen Drucks, der die Juden dazu trieb, den Ansiedlungsrayon zu verlassen, weder eine klare Entscheidung zu treffen noch sie in die Tat umzusetzen. Die Juden mit ihrem rührigen, dynamischen Charakter litten jedoch unter der territorialen Einengung und der scharfen Konkurrenz innerhalb des Ansiedlungsrayons; für sie war eine möglichst weite Ausbreitung selbstverständlich. I. G. Orschanskij schreibt: »Je verstreuter die Juden unter der christlichen Bevölkerung leben ... , umso größer ist ihr Wohlstand. «

Was aber die räumliche Ausdehnung des Ansiedlungsrayons für die Juden betrifft, so lässt sich schwer in Abrede stellen, dass er sehr groß war: Zu den von Juden dicht besiedelten Gebieten in Polen, die Russland zugefallen waren - nämlich den Gouvernements Wilna, Grodno, Kowno, Witebsk, Minsk, Mogiljow, Podolsk und Kiew (zusätzlich zum Königreich Polen und zu Kurland) -, kamen noch die weiten und fruchtbaren Gouvernements Poltawa, Jekaterinoslaw, Tschernigow, Taurien, Cherson und Bessarabien hinzu - und alle zusammen waren größer als jeder europäische Staat oder sogar als eine Gruppe dieser Staaten. (Nach wenigen Jahren wurde der Ansiedlungsrayon in der Zeit von 1804 bis zur Mitte der 30er-Jahre noch durch die reichen Gouvernements Astrachan und Kaukasien erweitert - aber die Juden siedelten sich dort fast nicht an, im Gouvernement Astrachan war 1824 »nicht ein einziger Jude registriert«.) Das heißt, der Ansiedlungsrayon umfasste 15 von insgesamt 31 Gouvernements

des »inneren Russland«. Außerdem waren nur wenige von ihnen dichter bevölkert als die mittelrussischen Gouvernements. Was den jüdischen Bevölkerungsanteil betrifft, so übertraf er nicht den muslimischen

Anteil in den Gouvernements im Ural und an der Wolga. Die Beengtheit der Juden im Ansiedlungsrayon war also nicht auf ihre Zahl zurückzuführen, sondern auf die mangelnde Vielfalt ihrer Berufe. Nur im riesengroßen Russland konnte ein solcher »Rayon« eng wirken.

Es wird eingewendet, die Größe des »Rayons« täusche. Die Gebiete außerhalb der Städte und Schtetl seien ausgenommen gewesen. Aber es handelte sich dabei doch um landwirtschaftliche Gebiete, und für den Ackerbau standen sie den Juden offen, sie fanden ihn jedoch nicht verlockend, und der ganze Streit ging darum, wie man diese Gebiete dem Branntweinhandel erschließen könne. Das ist also ein Scheinargument.

Wenn die große Masse der jüdischen Bevölkerung nicht vom engen Polen ins weite Russland gekommen wäre, so wäre überhaupt nicht der Begriff »Ansiedlungsrayon« entstanden. Im engen Polen hätten die Juden dicht zusammengedrängt und ärmer als in Russland gelebt, hätten sich rasch vermehrt und fast keine produktive Arbeit geleistet. 80% der Bevölkerung war dort mit dem Klein- und Zwischenhandel beschäftigt.

Auf jeden Fall wurden in den russischen Städten keine Ghettos errichtet, wie ganz Europa sie kannte - abgetrennte Wohnviertel, in denen Juden zwangsweise leben mussten. (Allerdings gab es in Moskau für Reisende den Glebowschen Hof.)

Wenn man sich noch einmal ins Gedächtnis ruft, dass dieser »Rayon« über ein halbes Jahrhundert lang parallel zur Leibeigenschaft existierte, der die Mehrheit der russischen Bevölkerung unterworfen war, die jüdische jedoch nicht, dann erscheint im Vergleich dazu jene Beschränkung der Freizügigkeit in einem nicht ganz so düsteren Licht. Im Russischen Reich lebten viele Völker, deren Zahl gleichfalls in die Millionen ging, genauso abgegrenzt in ihrem Gebiet. Innerhalb eines multinationalen Staates leben Völker oft isoliert und eng zusammen, so auch die Karäer und die in Bergregionen siedelnden Juden, denen es freistand, sich woanders niederzulassen, die das aber nicht taten. Dies war auch nicht den territorialen Begrenzungen, den »Reservationen«, vergleichbar, wie sie fremde Kolonisatoren (Angelsachsen, Spanier) für die Ureinwohner der eroberten Länder schufen.

Aber gerade der Umstand, dass die Juden bei ihrer Dynamik, ihrer großen Geschäftstüchtigkeit und Aktivität kein eigenes nationales Territorium hatten, sollte zu einem sehr wichtigen Faktor werden, der das ganze Leben Russlands beeinflusste. Man kann feststellen, dass die jüdische Diaspora, die verlangte, dass die Juden zu allen vorhandenen Orten freien Zugang hatten, und die Angst davor, dass diese Aktivität zu einer Explosion führen könnte, die russische Regierung bewogen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das Gros der Juden in Russland mied die Landwirtschaft. Die jüdischen Handwerker waren meist Schneider, Schuster, Uhrmacher und Juweliere. Ihre produktive Tätigkeit beschränkte sich jedoch selbst unter den einengenden Bedingungen des »Rayons« nicht nur auf das Kleinhandwerk.

Die vor der Revolution erschienene »Jüdische Enzyklopädie« schreibt: Für die Juden hatte bis zur Entwicklung der Großindustrie »der Geldhandel die größte Bedeutung, ganz gleich, ob der Jude als Geldverleiher oder Geldwechsler, Pächter von Einnahmequellen des Staates oder der Gutsherren, Bankier, Schankwirt oder Arrendator {Anm: Gutsverwalter}, der sich mit

Finanzoperationen befasst, in Erscheinung tritt«. Sogar zur Zeit der Naturalwirtschaft in Russland bestand »bereits ein immer größer werdender Bedarf an Geld«. Jüdisches Kapital floss in die Industrie, die Geld für ihr weiteres Wachstum benötigte. Schon unter Alexander I. wurden Maßnahmen zur Förderung der jüdischen Beteiligung an der Industrie, vor allem der Tuchherstellung, ergriffen. Diese »spielte im Weiteren bei der Anhäufung von Kapital in den Händen von Juden eine große Rolle«, aber »in der Folgezeit versäumten es die Juden nicht, dieses Kapital in der maschinellen Großindustrie und danach in der extraktiven Industrie, im Transportwesen und im Bankgewerbe zu verwenden. So begann die Herausbildung der jüdischen Mittelklasse und Großbourgeoisie. « Das Statut von 1835 sah »auch Vorzugsrechte für jüdische Fabrikanten vor«.

Um die 1840er-Jahre erlebte im Südwesten des Landes die Zuckerindustrie einen großen Aufschwung. Jüdische Kapitalbesitzer subsidierten erst die Zuckerfabriken von Gutsherren, übernahmen dann die Leitung dieser Betriebe, danach gingen diese in ihren Besitz über, und schließlich bauten sie ihre eigenen Fabriken. So wurden Juden in der Ukraine und in Neurussland »Zuckerkönige«, z. B. Lasar und Lew Brodskij. »Die meisten jüdischen Zuckerfabrikanten begannen ihre Laufbahn als Pächter [von Brennereien] ... und Betreiber von Schankwirtschaften. « Eine ähnliche Situation entstand in der Mühlenbranche.

Nicht ein einziger Zeitgenosse erkannte damals, was für ein materielles und danach auch geistiges Potenzial hier entstand. Auch Nikolaus I. begriff und sah das nicht. In seinen Vorstellungen waren er selbst, die Macht der Krone und der Erfolg der militärisch-administrativen Methoden überragend.

Er wünschte jedoch auch dezidiert Erfolge in der Ausbildung der Juden herbei—damit die Isoliertheit der Juden überwunden werde, die er als eine Hauptgefahr ansah. Schon 1831 wies er das »Direktorenkomitee« auf das Folgende hin: »Bei den verschiedenen Maßnahmen, welche die Lage der Juden bessern können, muss man die Aufmerksamkeit auf den Schulunterricht ... , die Gründung von Fabriken, das Verbot von Frühehen, eine bessere Organisation der Kehilot ... , eine Änderung der Kleidung richten. « 1840 wurde bei der Gründung des »Komitees für die Festlegung von Maßnahmen zur grundlegenden Umformung des Lebens der Juden in Russland« eines der ersten Ziele darin gesehen, »durch Schaffung jüdischer Schulen in einem Geist, welcher der heutigen talmudischen Lehre entgegengesetzt ist, auf die sittliche Bildung der neuen Generation von Juden Einfluss zu nehmen«.

Alle damaligen fortschrittlichen Juden waren für allgemein bildende Schulen (ihre Meinungen gingen nur bei einer Frage auseinander: Soll der Talmud völlig vom Lehrplan verschwinden oder soll er in den oberen Klassen dieser Schulen »wissenschaftlich beleuchtet und dadurch frei von schädlichen Auswüchsen« unterrichtet werden). Gerade zu dieser Zeit leitete ein junger Absolvent der Münchener Universität, Max Lilienthal, eine jüdische Schule mit allgemein bildendem Programm, die in Riga neu gegründet worden war. Es dürstete ihn danach, »die Aufklärung unter den russischen Juden zu verbreiten«. Er wurde 1840 vom Minister für Volksaufklärung und vom Innenminister in Petersburg freundlich empfangen und erarbeitete im Auftrag des »Komitees für die Festlegung von Maßnahmen zur grundlegenden Umformung des Lebens der Juden« Pläne für ein jüdisches Konsistorium und ein geistliches Seminar, die dazu dienen sollten, »auf allgemeiner, sittlich gereinigter Basis« Rabbiner und Lehrer als Gegengewicht zu den »eingefleischten Talmudisten« auszubilden; »vor einer Festigung in den Glaubensgrundlagen wird jedoch ein Unterricht in weltlichen Fächern nicht erlaubt«.

Der ministerielle Entwurf wurde geändert: Die Zahl der Stunden, die für den Unterricht in den jüdischen Lehrfächern vorgesehen waren, wurde erhöht. Lilienthal bemühte sich, die Regierung zu bewegen, vorbeugende Maßnahmen gegen die Chassidim zu treffen, fand aber keine Unterstützung: Die Regierung »wünschte eine äußerliche Vereinigung der miteinander verfeindeten gesellschaftlichen Elemente« des Judentums. Unterdessen wurde Lilienthal, der »mit erstaunlichem Erfolg« die Schule in Riga aufgebaut hatte, vom Ministerium beauftragt, Gouvernements im Ansiedlungsrayon zu bereisen und auf öffentlichen Versammlungen und bei Begegnungen mit jüdischen Vertretern die Ziele der Volksaufklärung zu fördern. Seine Reise verlief äußerlich betrachtet sehr erfolgreich, er stieß in der Regel nicht auf offene Feindseligkeit und schien einflussreiche Schichten des Judentums zu überzeugen. »Die Gegner ... der Reform sollten ... nach außen hin bekunden«, dass sie sie guthießen. Aber der latente Widerstand war selbstverständlich riesengroß. Als aber die Schulreform doch begann, setzte Lilienthal seine Mission nicht fort. 1844 reiste er plötzlich in die Vereinigten Staaten, und zwar für immer. »Seine Abreise aus Russland ist ... - wenn es sich nicht um eine Flucht gehandelt hat - von einem Geheimnis umweht. «

Unter Nikolaus I. behinderte die Obrigkeit also nicht die Assimilation der Juden, im Gegenteil, sie lud dazu ein - aber die Massen, die weiterhin unter dem Einfluss der Kehilot standen und befürchteten, dass Zwangsmaßnahmen im Bereich der Religion ergriffen werden könnten, machten nicht mit.

Übrigens nahm die Schulreform im gleichen Jahr 1844 trotz des starken Widerstandes führender Kreise der Kehilot ihren Lauf. (Allerdings hatte man »bei der Gründung jüdischer Schulen ... keinesfalls beabsichtigt, die Zahl der Juden in den allgemeinen Schulen zu verringern; im Gegenteil, wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass die allgemeinen Schulen wie bisher für Juden zugänglich sein müssten«.) Es wurden zwei Arten von staatlichen jüdischen Schulen gegründet (»nach dem Vorbild der österreichischen Elementarschulen für Juden«). ' zweijährige, die den russischen Gemeindeschulen, und vierjährige, die den Bezirksschulen entsprachen. In ihnen wurden lediglich die jüdischen Fächer von jüdischen Lehrern (auch auf Hebräisch), die allgemeinen Fächer jedoch von russischen unterrichtet. (»Der gekrönte Unhold«, so urteilte der blindwütige Revolutionär Lew Deutsch, »befahl, ihnen [den Juden] russisch Lesen und Schreiben beizubringen. «) Geleitet wurden diese Schulen viele Jahre lang von Christen und erst viel später auch von Juden.

»Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung, die dem traditionellen Judentum treu blieb und das geheime Ziel Uwarows [des Ministers für

Volksaufklärung] erkannt hatte oder erriet, sah die Aufklärungsinitiativen der Regierung als eine der Verfolgungsmaßnahmen an. « (Uwarow aber suchte nach Wegen, die Juden und die christliche Bevölkerung durch Ausmerzung der »Vorurteile, die durch die Lehren des Talmud entstehen«, anzunähern, wollte den Talmud überhaupt aus dem Unterricht verbannen und sah ihn als einen antichristlichen Kodex an.) Die jüdische Bevölkerung, die der russischen Obrigkeit unverändert misstraute, empfand noch viele Jahre lang eine Abneigung gegen diese Schulen, es bestand eine regelrechte »Schulangst«: »Genauso wie sich die Bevölkerung vor der Rekrutierung drückte, mied sie die Schulen und fürchtete sich, die Kinder in diese Brutstätten des >Freidenkertums< zu schicken. « Wohlhabende jüdische Familien schickten anstelle ihrer eigenen Kinder fremde, aus armen Verhältnissen stammende in die staatlichen Schulen. (Gerade auf eine solche Weise kam P. B. Axelrod in die staatliche Schule, ging dann ins Gymnasium und

wurde später als Mitstreiter von Plechanow und Deutsch in der Gruppe »Befreiung der Arbeit« eine politische Berühmtheit.)Wenn um das Jahr 1855 allein 70.000 jüdische Kinder die »registrierten« Chederschulen besuchten, so standen ihnen insgesamt 3. 200 in den staatlichen Schulen beider Kategorien gegenüber.

Diese Angst vor der staatlichen Erziehung war noch lange unter den Juden verbreitet. L. Deutsch hat zum Beispiel nicht vergessen, dass das in den 60er-Jahren nicht etwa in irgendeinem Krähwinkel so war, sondern in Kiew: »Ich erinnere mich gut an die Zeit, in der meine Glaubensbrüder es für eine Sünde hielten, die russische Sprache zu erlernen«, und nur wenn nötig ließen sie sie »ausschließlich im Umgang mit... den >Gojim< zu«. A. G. Sliosberg erinnert sich, dass der Eintritt ins Gymnasium sogar in den 70er-Jahren als Verrat am jüdischen Wesen und das Tragen der Gymnasiastenuniform als Gottesleugnung angesehen wurden. »Zwischen Juden und Christen lag ein Abgrund, den nur einzelne Juden überbrücken durften, und das nur in großen Städten, in denen die jüdische öffentliche Meinung die persönliche Freiheit nicht in einem solchen Maße einschränkte. « Die jüdischen Jugendlichen waren nicht bestrebt, an russischen Universitäten zu studieren, obwohl nach dem Rekrutierungsgesetz von 1827 ein Hochschulabschluss Juden für immer von der Rekrutenpflicht befreite. »In vermögenderen Kreisen« des Judentums verstärkte sich, so berichtet Gessen, »die Tendenz ... allgemeine Schulen zu besuchen«.

Aber hinzu kam noch eines: An den staatlichen jüdischen Schulen waren »nicht nur die christlichen Inspektoren, sondern in den meisten Fällen auch die jüdischen Lehrer, die jüdische Fächer deutsch unterrichteten, keineswegs auf der Höhe«. Deshalb wurde »gleichzeitig mit der Gründung staatlicher Schulen beschlossen, eine Hochschule für die Ausbildung von Lehrern zu errichten ... , um einen Nachwuchs an gebildeteren Rabbinern zu schaffen, die die Masse des Volkes in fortschrittlichem Sinne beeinflussen würden. Solche >Rabbinerschulen< wurden in Wilna und Shitomir gegründet (1847). « »Trotz all ihrer Mängel brachten die Schulen einen gewissen Nutzen«, schrieb der Liberale Ju. I. Gessen, »die heranwachsende Generation fing an, sich mit der gesprochenen russischen Sprache vertraut zu machen und russisch Lesen und Schreiben zu lernen. « Der Revolutionär M. Krol war der gleichen Meinung, obwohl er die Regierung insgesamt verurteilte: »Ganz gleich, wie reaktionär und judenfeindlich die Gesetze Nikolaus' I. über die jüdischen staatlichen Elementarschulen und die Rabbinerschulen waren, so vermittelten sie einer kleinen Anzahl jüdischer Kinder doch eine weltliche Bildung. « Die »Gereiften« (die Maskilim), die heute den »Aberglauben der Massen« verachten, »finden jetzt kein Betätigungsfeld mehr« — sie blieben unter den ihrigen Außenseiter. »Trotzdem spielte diese Bewegung beim geistigen Erwachen des russischen Judentums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine überaus große Rolle. « Wollte jedoch einer der Maskilim die jüdischen Massen aufklären, so stieß er auf den »erbitterten Widerstand der fanatisch gläubigen Juden, welche die weltliche Aufklärung als teuflische Versuchung ansahen«.

Um das Jahr 1850 wurde noch eine weitere Institution geschaffen, die der »gelehrten Juden«, sie waren Berater bei den Kuratoren der Schulbezirke.

Die Absolventen der neu gegründeten Rabbinerschulen wurden von 1857 an »staatliche Rabbiner«, die von ihren Gemeinden widerwillig ausgewählt wurden und von der Gouvernementsverwaltung bestätigt werden mussten. Ihre Pflichten beschränkten sich jedoch im Wesentlichen auf administrative Aufgaben: Nach Meinung der jüdischen Gemeinden kannten sie sich in den jüdischen Lehren nicht aus, die traditionellen Rabbiner dagegen blieben

als »geistliche Rabbiner«, als die wirklichen, erhalten. (Viele Absolventen der Rabbinerschulen, die »weder eine Rabbiner- noch eine Lehrerstelle fanden«, studierten an Universitäten weiter, sie wurden Arzte und Advokaten.)

Nikolaus I. wurde noch immer von dem Verlangen getrieben, das innere Leben der jüdischen Gemeinden zu reglementieren. Der Kahal, der schon früher eine gewaltige Macht über die Gemeinde gehabt hatte, bekam vom Augenblick der Einführung der Militärpflicht noch mehr Macht, da er das Recht erhielt, »jeden Juden jederzeit wegen der Verletzung seiner Steuerpflicht, wegen Landstreicherei und anderer Vergehen, die in der jüdischen Gemeinde nicht geduldet werden«, zu den Rekruten abzuschieben, und dieses Recht nutzte er einseitig, zum Vorteil der Reichen. »All das führte dazu, dass sich die Massen über die Kahaläitesten empörten, es entstanden Spannungen innerhalb der Gemeinde, und das war eine der Ursachen für den endgültigen Niedergang des Kahal. « 1844 wurden die Kehilot »überall abgeschafft, und ihre Funktionen wurden den Stadtverwaltungen und Rathäusern übertragen«, d. h. die jüdischen städtischen Gemeinden wurden dem Schema des ganzen Reiches angepasst. Aber auch diese Reform wurde nicht vollendet: Mit der Eintreibung der ewig rückständigen Steuern und der Rekrutenaushebung wurde wieder die jüdische Gemeinde betraut, deren »Rekrutierungsältester« und »Steuereinnehmer« jetzt die Stelle der früheren Kahaläitesten einnahmen. Die Führung des Geburten- und Sterberegisters, also die Bevölkerungsstatistik, blieb weiterhin in den Händen der Rabbiner.

Außerdem mischte sich die Regierung Nikolaus' I. in die verwickelte Angelegenheit der inneren Abgaben der jüdischen Gemeinden, vor allem der so genannten Korobkasteuer (eine indirekte Steuer für die Verwendung koscheren Fleisches), ein. Durch einen Erlass wurde 1844 angewiesen, die Korobkasteuer teilweise zur Begleichung der Steuerrückstände einer Gemeinde, für die Gründung jüdischer Schulen und für die Unterstützung von Juden zu verwenden, die Landwirte wurden. Aber es tauchte ein unvorhergesehenes Problem auf: Obwohl den Juden »wie den christlichen Kleinbürgern eine persönliche Steuer auferlegt -wurde«, d. h. eine direkte Steuer, »befand sich die jüdische Bevölkerung dank der Korobkasteuer gewissermaßen in einer besseren Lage in Bezug auf die Art der

Steuerzahlung«. »Die Juden, einschließlich der vermögenden Kreise, beglichen durch die Verteilung, d. h. durch persönliche Abgaben, [jetzt] nur einen unbedeutenden Teil der vom Staat erhobenen Steuern, der übrige Teil der Steuern wurde nicht gezahlt«; die Steuerrückstände wuchsen immer mehr an und beliefen sich Mitte der 50er-Jahre auf über acht Millionen Rubel. Danach wurde ein neuer nervöser allerhöchster Befehl erlassen: Für neue Steuerrückstände ist »je 2.000 Rubel ein Erwachsener als Rekrut zu stellen«.

1844 wurde ein weiterer energischer und wiederum erfolgloser Versuch unternommen, die Juden aus den Dörfern auszuweisen.

Gessen schreibt anschaulich, dass in den russischen »Gesetzen, die das Leben der Juden normieren sollen, gleichsam ein Schrei der Verzweiflung zu vernehmen ist, weil die Regierung trotz ihrer großen Macht das jüdische Element im russischen Leben nicht ausmerzen kann«.

Den Herrschern Russlands war überhaupt noch nicht bewusst, welch schwere Last das riesige jüdische Erbe war, das ihnen durch die Teilungen Polens zugefallen war, ja dass dies sogar ein unlösbares Problem zu sein schien: Was aber sollte man mit diesem unaufhörlich wachsenden und eigenwilligen Organismus im Körper des Russischen Reiches tun? Sie fanden

keine überzeugenden Lösungen und waren nicht in der Lage, die Zukunft vorauszusehen. Eine energische Maßnahme Nikolaus' I. war der anderen gefolgt, aber die Lage schien immer schwieriger zu werden.

Ein ähnlicher Misserfolg war Nikolaus I. im Kampf gegen den jüdischen Schmuggel beschieden. 1843 befahl er kategorisch, überhaupt alle Juden aus einem 50 Werst breiten Streifen entlang der Grenze zu Österreich und Preußen auszusiedeln. Diese Weisung gab er ungeachtet der Tatsache, dass »in einigen Zollämtern an der Grenze die Handel treibende Kaufmannschaft fast ganz aus Juden bestand«. Die vorgesehene Maßnahme wurde sofort durch große Ausnahmen von der Regel korrigiert: Zuerst wurde eine zweijährige Frist für den Verkauf von Immobilien gewährt, die dann verlängert wurde. Den Umsiedlern wurde außerdem materielle Hilfe für den Neuanfang an anderen Orten angeboten, und sie wurden fünf Jahre im Voraus von Steuern befreit. Mehrere Jahre lang wurde mit der Umsiedlung nicht begonnen, und bald »beharrte die Regierung Nikolaus' I. nicht mehr auf der Aussiedlung der Juden aus dem 50 Werst breiten Grenzstreifen, und ein Teil von ihnen konnte an ihren früheren Orten wohnen bleiben«.

Da erhielt Nikolaus noch eine Warnung, deren Bedeutung und Folgen für ganz Russland er wohl kaum begriff: Diese angedrohte und bei weitem nicht durchgeführte Maßnahme der Aussiedlung aus dem Grenzgebiet, welche auf den Schmuggel Zurückzufuhren war, der für den Staat gefährliche Ausmaße angenommen hatte, rief in Europa eine solche Entrüstung hervor, dass sie die europäische öffentliche Meinung und Russland tief entzweite. Das heißt, dass vielleicht von diesem Erlass von 1843 an der Beginn der Ära datiert, in der sich das europäische Judentum einmischte, um seine Glaubensbrüder in Russland zu verteidigen - der Beginn einer aktiven Einflussnahme, die danach nicht mehr aufhörte.

Ein deutliches Zeichen für diese neue Aufmerksamkeit war, dass 1846 Sir Moses Montefiori mit einem für Nikolaus bestimmten Empfehlungsschreiben von Königin Victoria Russland besuchte, um dort »eine Verbesserung des Loses der jüdischen Bevölkerung« zu erreichen. Er bereiste mehrere Städte, die von Juden dicht besiedelt waren; danach schickte er aus England einen langen Brief, der dem Zaren unterbreitet werden sollte und den Vorschlag enthielt, die Juden überhaupt von den einschränkenden Gesetzen zu befreien, »allen übrigen Untertanen« (die leibeigenen Bauern natürlich ausgenommen) »gleiche Rechte zu gewähren, aber vorher möglichst bald die Beschränkung des Rechtes auf freie Wahl des Wohnsitzes und der freien Bewegung innerhalb des Ansiedlungsrayons aufzuheben«, Kaufleuten und Handwerkern Reisen in die inneren Gouvernements zu gestatten, »die Anstellung von Christen zu erlauben ... , den Kahal wiederherzustellen ... «

Jedoch war Nikolaus' Willen, das jüdische Leben nach seinen Vorstellungen zu ordnen, ungebrochen. In seiner Entschlossenheit, Staat und Gesellschaft gewaltsam nach seinem Plan zu formen und die komplizierte Gesellschaft in einfache, klar verständliche Gruppen einzuteilen, ähnelte er Peter I. - einst hatte auch dieser alles, was eine klare Einteilung der steuerpflichtigen Stände behinderte, »bereinigt«.

Jetzt war die »Aufteilung« der jüdischen Kleinbürger eine solche Maßnahme. Der Vorschlag entstand 1840, als Überlegungen darüber angestellt wurden, wie man die religiös-nationale Isoliertheit der Juden überwinden (wobei auch Ideen von Lewinson, Feigin, Geseanowskij geprüft wurden), »die Ursachen für ihre beharrliche Absonderung vom gemeinen Leben der Bürger ergründen« und »das Fehlen nützlicher Arbeit unter den Juden und

schädliche Berufe in ihrem Kleingewerbe, begleitet von allen möglichen Arten von Betrug und Schlichen, untersuchen könnte«. Diesen »>Müßiggang< einer Unmenge von Juden« führten Regierungskreise auf deren »eingefleischte Gewohnheiten« zurück und vertraten die Ansicht, die jüdische »Masse könnte Verdienstmöglichkeiten finden, weigere sich aber aufgrund von Traditionen, gewisse Arten von Arbeit zu leisten«.

Minister Graf Kisseljow schlug dem Zaren folgende Maßnahme vor: Ohne die in völlig geordneten Verhältnissen lebenden jüdischen Kaufleute anzutasten, sollte man sich mit den jüdischen Kleinbürgern befassen und sie in zwei Kategorien einteilen: Zur ersten seien jene zu zählen, die einen festen Wohnsitz und Vermögen haben, zur zweiten jene, die beides nicht haben, diesen sei eine fünfjährige Frist zu stellen, damit sie entweder Handwerker einer Zunft oder Landwirte werden. (Als Handwerker galt, wer sich in der Zunft für immer hatte registrieren lassen, als sesshafter Kleinbürger, wer zeitweilig einer Zunft angehörte.) Diejenigen, die dies während der fünf Jahre nicht tun und im bisherigen Zustand verharren würden, seien als »unnütz« anzusehen, für sie gelte eine besondere Militär- und Arbeitspflicht: Unter ihnen seien drei Mal mehr Rekruten (vom 20. Lebensjahr an) als sonst üblich auszuheben, sie hätten aber nicht wie gewöhnlich 25 Jahre lang als Soldat zu dienen, sondern nur 10 Jahre, und in dieser Zeit »sind sie in der Armee und in der Flotte vorwiegend in verschiedenen Werkstätten zu beschäftigen«, wonach sie je nach Wunsch Handwerker einer Zunft werden oder in den Stand der Landwirte treten können«, d. h. sie müssen eine obligatorische Fachausbildung erhalten. Die Regierung hatte dafür kein Geld und sah keine andere Möglichkeit, als dafür die Korobkasteuer zu verwenden, denn die jüdischen Gemeinden sollten doch wohl an einer geregelten Beschäftigung ihrer Mitglieder interessiert sein.

1840 bestätigte Nikolaus I. diesen Vorschlag. (Der Ausdruck »unnütze Juden« wurde durch »Juden, die keine produktive Arbeit leisten« ersetzt. Alle Maßnahmen zur Umgestaltung des jüdischen Lebens wurden dabei in einer einzelnen Verfügung zusammengefasst, die folgende Reihenfolge vorsah: 1. »Regelung der Korobkasteuer [und] Abschaffung des Kahal«; 2. Gründung allgemein bildender Schulen für Juden; 3. Ernennung von »Gouvernementsrabbinern«; 4. »Ansiedlung von Juden auf Ländereien der Krone« für den Ackerbau; 5. »Aufteilung«; 6. Verbot, langschößige jüdische Kleidung zu tragen. Kisseljow stellte sich vor, dass die »Aufteilung« noch nicht in naher Zukunft stattfinden sollte. Nikolaus aber setzte sie vor den Ackerbau, dem schon ein Dritteljahrhundert kein Erfolg beschieden gewesen war.

Die »Aufteilung« sah jedoch einen Zeitraum von fünf Jahren für die Wahl einer Tätigkeit vor, und die Maßnahme wurde erst 1846 verkündet, sodass die »Aufteilung« erst im Januar 1852 beginnen sollte. (1843 protestierte der Generalgouverneur von Neurussland, Graf M. Woronzow, gegen die »Aufteilung«; er schrieb, dass die Tätigkeit dieser »vielköpfigen Klasse von Kleinhändlern und Zwischenhändlern ... >übel beleumdet ist und dass [80%] der jüdischen Bevölkerung der Zahl der Unnützen zugeschlagen sind« - d. h. 80% der Bevölkerung trieben vorwiegend Handel. Woronzow hoffte jedoch, dass aufgrund der unbegrenzten ökonomischen Bedingungen Neurusslands keine Zwangsmaßnahmen ergriffen werden und keine Juden aus Dörfern ausgesiedelt werden müssten, nur für mehr Bildung unter ihnen sei zu sorgen. Er warnte davor, dass sich Europa auch über die »Aufteilung« empören könnte.

Da die russische Regierung bereits erlebt hatte, wie in Europa der Versuch aufgenommen wurde, die Juden aus dem Grenzstreifen auszusiedeln, verfasste sie jetzt, im Jahre 1846, eine mit

Argumenten versehene Bekanntmachung über die neue Maßnahme. Darin hieß es, dass die Juden in Polen weder die Staatsbürgerschaft noch das Recht auf Immobilienbesitz hatten und gezwungen waren, ihre Tätigkeit auf den Kleinhandel und die Schankwirtschaft zu beschränken; beim Anschluss an Russland seien jedoch die Grenzen der Niederlassung für Juden erweitert worden, sie hätten auch Bürgerrechte bekommen, dürften in den Städten Handel treiben, hätten das Recht auf Immobilienbesitz, das Recht, Landwirt zu werden, und das Recht auf Bildung, darunter auch auf ein Studium an Universitäten und Akademien, erhalten.

Man muss zugeben, dass die Juden all das tatsächlich schon in den ersten Jahrzehnten des Aufenthalts im berüchtigten »Völkergefängnis« bekommen hatten. Aber ein Jahrhundert später wird dies in einem Sammelband jüdischer Autoren folgendermaßen eingeschätzt: »Beim Anschluss polnischer Rayons mit ihrer jüdischen Bevölkerung an Russland wurden Rechte versprochen und Versuche unternommen, diese Versprechungen zu erfüllen [Hervorhebung von mir—A. S. ; die Versprechungen wurden erfüllt; die Versuche waren erfolgreich]. Aber gleichzeitig begannen Massenvertreibungen aus den Dörfern [sie begannen tatsächlich, wurden jedoch niemals zu Ende geführt], die Besteuerung wurde verdoppelt [wonach sie nicht erhoben und bald abgeschafft: wurde], und es wurde der Ansiedlungsrayon geschaffen« - wir haben gesehen, dass die Grenzen aufgrund der Verhältnisse gegen Ende des 18. Jahrhunderts zunächst ein geografisches Erbe waren. Wenn man eine solche Darstellung der Geschichte für objektiv halten soll, so wird man die Wahrheit nicht herausfinden können.

Leider hätten die Juden aber, so hieß es weiter in der Bekanntmachung der Regierung aus dem Jahre 1846, von vielem keinen Gebrauch gemacht: »Sie scheuen ständig die Verschmelzung mit der Bürgergesellschaft, in der sie leben, und sind zum größten Teil bei den früheren Methoden geblieben, auf Kosten anderer zu leben, und deshalb werden von allen Seiten der einheimischen Bevölkerung berechtigte Klagen erhoben. « »Daher ist es notwendig, sie mit dem Ziel [den Wohlstand der Juden zu heben] ... von der Abhängigkeit zu befreien«, von ihrer Abhängigkeit von den Gemeindevorstehern, welche die früheren KahaläItesten abgelöst hatten, man müsse in der jüdischen Bevölkerung die Aufklärung und praktische Kenntnisse verbreiten, besondere jüdische allgemein bildende Schulen gründen, Mittel für den Übergang zum Ackerbau bereitstellen und den »für viele Juden unangenehmen« Unterschied in der Kleidung beseitigen. »Die Regierung hegt die berechtigte Hoffnung, dass die Juden mit jeder Art von anstößiger Lebensweise Schluss machen und sich einer wirklich produktiven und nützlichen Arbeit zuwenden werden. « Nur gegen diejenigen, die sich davor drücken, »wie Tagediebe und lästige und für die Gesellschaft schädliche Mitglieder, werden anspornende Maßregeln ergriffen werden«.

In seiner nächsten Erwiderung verurteilte Montefiori die vorgeschlagene Maßnahme der »Aufteilung« und beharrte darauf, dass das ganze Übel in der Einschränkung der Freizügigkeit und des Handels der Juden bestehe. Nikolaus entgegnete jedoch: Wird die Hinwendung der Juden zur produktiven Arbeit von Erfolg gekrönt, dann wird die Zeit »von selbst zur allmählichen Verringerung der Beschränkungen führen«. Er baute - auf Umerziehung durch Arbeit... Da er so oder so eine schwere Schlappe bei der Umgestaltung der Lebensweise der Juden hatte einstecken müssen, beschloss er, die jüdische Isoliertheit zu beseitigen und das Problem der Verschmelzung der jüdischen mit der übrigen Bevölkerung - durch Arbeit und zusätzlich durch Rekrutenaushebung, und zwar durch eine verstärkte - zu lösen. Die für Juden

gerade (von 25 Jahren auf 10 Jahre) herabgesetzte Dauer des Militärdienstes und die Ziele der produktiven Ausbildung wurden dabei nicht gesehen, real wahrgenommen wurde nur die Rekrutenaushebung, die jetzt im Vergleich zu den Christen durchgeführt wurde - »10 Rekruten von 1.000 Männern jährlich (bei Christen 7 von 1.000 Männern alle zwei Jahre)«.

Als Reaktion auf die verstärkte Rekrutenaushebung erhöhten sich sofort die entsprechenden Rückstände. Die für den Wehrdienst vorgesehenen Männer flohen aus ihren Gemeinden. Daraufhin wurde (Ende 1850) die Anordnung erlassen: Für jeden Rekruten, der nicht fristgemäß gestellt wird, sind drei neue Rekruten zusätzlich zu den fehlenden zu stellen! Jetzt waren die jüdischen Gemeinden und die Rekrutierungsältesten sehr daran interessiert, die Flüchtigen oder statt ihrer irgendwelche anderen schutzlosen Personen einzufangen. (1835 »wurden Vorschriften veröffentlicht, die es den jüdischen Gemeinden und Privatpersonen gestatteten, alle Personen, die ohne Pass erwischt wurden, als ihre eigenen Rekruten zu stellen«.) In den jüdischen Gemeinden tauchten gedungene »Fänger« oder »Chappers« auf, die versuchten, »Gefangene« zu machen, d. h. Personen, die sich wirklich vor der Einberufung drückten oder die einen abgelaufenen Pass hatten, selbst wenn sie aus einem anderen Gouvernement stammten, oder elternlose Jugendliche. Für sie erhielten sie eine Quittung zugunsten der Gemeinde, die sie gedungen hatte.

Aber all das vermochte nicht den Mangel an Rekruten zu beheben. 1852 kamen noch zwei Anordnungen hinzu: Erstens wurden für jeden zusätzlichen Rekruten, der gestellt wurde, einer Gemeinde 300 Rubel Steuerrückstände erlassen; zweitens verlangte die Anordnung »über >die Unterbindung der Flucht von Juden vor dem Militärdienst, diejenigen schwer zu bestrafen, die vor der Einberufung flohen, denjenigen Gemeinden, in denen sich die Geflohenen versteckten, Geldstrafen aufzuerlegen und statt der nicht gestellten Rekruten deren Verwandte oder die für die rechtzeitige Bereitstellung von Rekruten verantwortlichen Gemeindevorsteher zum Militärdienst einzuziehen. Viele Juden, die mit allen Mitteln versuchten, sich der Rekrutierung zu entziehen, flohen über die Grenze und gingen in andere Gouvernements. «

Da begann eine regelrechte Rekrutierungsorgie: Die Fänger gingen noch brutaler vor, gesunde, arbeitsfähige Männer dagegen flüchteten und versteckten sich - und das Defizit der Gemeinden wuchs. Proteste des sesshaften, produktiven Teils der Bevölkerung wurden laut: Wenn die Rekrutierung im gleichen Maße für »nützliche« Personen und für solche festgelegt wird, die keine produktive Arbeit haben, so werden die Nichtsesshaften immer die Möglichkeit haben, sich der Rekrutierung zu entziehen, und die ganze Last muss von den »Nützlichen« getragen werden, die in den Ruin getrieben werden.

Die administrativen Zwangsmaßnahmen führten zu einer absurden Situation, ganz zu schweigen von den wachsenden Spannungen innerhalb der ganzen jüdischen Bevölkerung - und das vor der bevorstehenden »Aufteilung«.

Die »Aufteilung« aber begann noch immer nicht, weil Probleme aufgetaucht waren, z. B. Zweifel daran, welche Tätigkeiten »nützlich« waren und welche nicht. Dies brachte die Petersburger Kanzleien in Bedrängnis. Der Staatsrat bat darum, die »Aufteilung« so lange zu verschieben, wie noch keine Vorschriften für die Zünfte ausgearbeitet seien, aber der Zar stimmte dem Aufschub nicht zu. 1851 wurden »Zeitweilige Bestimmungen über die Aufteilung der Juden« und 1852 »Besondere Bestimmungen für jüdische Handwerkerzünfte« zu deren Schutz veröffentlicht. Die jüdische Bevölkerung lebte in großer Sorge, aber glaubte laut Aussage

des Generalgouverneurs der Südwestlichen Region schon nicht mehr daran, dass die »Aufteilung« stattfinden würde.

Es kam tatsächlich so: »Die Aufteilung ... wurde nicht durchgeführt; die jüdische Bevölkerung wurde faktisch nicht in verschiedene Kategorien aufgespalten. « Im Februar 1855 starb Nikolaus I. plötzlich, und die »Aufteilung« hatte für immer ein Ende.

Nikolaus I. hatte sich in den 50er-Jahren in seinem maßlosen Selbstgefühl überhaupt verrannt, schwere Fehler gemacht, uns sinnlos in den Krimkrieg gegen eine Koalition verschiedener Mächte gestürzt - und starb unerwartet, als der Krieg in vollem Gange war.

Der plötzliche Tod des Zaren befreite die Juden in einer schweren Zeit genauso, wie es ein Jahrhundert später der Tod Stalins tat.

Damit endete der erste 60-jährige massenhafte Aufenthalt der Juden in Russland. Man muss zugeben, dass die damalige Obrigkeit weder genügend vorbereitet war noch das Niveau hatte noch die nötige Weitsicht, um ein so altes, vielschichtiges, verwickeltes Problem zu lösen. Aber wird den russischen Herrschern das Etikett »Judenverfolger« aufgeklebt, so werden ihre Absichten verfälscht und ihre Fähigkeiten übertrieben.

Kapitel 4 - In der Epoche der Reformen

Als Alexander II. den Thron bestieg, war die Bauernfrage in Russland schon ein Jahrhundert lang außerordentlich akut. Aber plötzlich zeigte sich: Auch die jüdische Frage, die in Russland keine so lange Geschichte wie die tief eingewurzelte barbarische Leibeigenschaft und anscheinend bisher noch keine so entscheidende Bedeutung für das Land gehabt hatte, erforderte dringend eine Lösung. (Von nun an sollte sich - das ganze 19. Jahrhundert hindurch und auch während der Duma-Zeit bis schließlich zum Jahre 1917 - immer wieder erweisen, dass die Juden- und die Bauernflagge vieles gemeinsam hatten, miteinander konkurrierten und auch eng miteinander verflochten waren.)

Alexander II. bestieg den Thron in einer Zeit, als das Land im Krimkrieg gegen die vereinten Kräfte Europas in einer schweren, ausweglosen Lage war und vor der schwierigen Frage stand, ob es durchhalten oder kapitulieren sollte.

Beim Regierungsantritt »wurden sofort Stimmen zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung laut«, und nach einigen 'Wochen ordnete der Zar an, »die Juden in Bezug auf die Rekrutenpflicht der übrigen Bevölkerung gleichzustellen, [und] mit der Aushebung minderjähriger Rekruten Schluss zu machen«. (Bald darauf wurde auch der Plan der »Aufteilung« der jüdischen Kleinbürger beendet, das hieß auch: »Alle Klassen der jüdischen Bevölkerung wurden hinsichtlich der Rekrutenpflicht gleichgestellt. «) Diese Lösung wurde im Krönungsmanifest von 1856 bestätigt: »Jüdische Rekruten sind wie Rekruten aus anderen Ständen im gleichen Alter und mit gleicher Tauglichkeit auszuheben, und deshalb ist die Rekrutierung minderjähriger Juden einzustellen. « Die minderjährigen Kantonisten wurden sofort für immer abgeschafft, weshalb jüdische Kantonisten, die jünger als 20 Jahre waren, auch dann zu ihren Eltern zurückkehrten, wenn sie schon Soldat geworden waren. Die unteren Ränge aber, die ihren ganzen Dienst abgeleistet hatten, erhielten mit ihren Nachkommen das Recht, auf dem ganzen Territorium des Russischen Reiches zu wohnen. (Sie siedelten sich dort an, wo sie sich am Ende ihres Militärdienstes befanden, und gründeten oft an den neuen Orten zusammen mit anderen Siedlern jüdische Gemeinden. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte und zugleich eine Art von historischer Strafe für die Dynastie der Romanows, dass von den Nachfahren der Kantonisten Russlands, die sich damals ansiedelten, auch Jakow Swerdlow abstammte.)

1856 wurden der jüdischen Bevölkerung im gleichen Manifest »alle [nicht geringen] Steuerrückstände [der letzten Jahre] erlassen«. »Aber schon in den folgenden fünf Jahren sammelten sich neue Rückstände an, die 22% der auferlegten Steuer betrugen.

Zudem äußerte Alexander II. die Absicht, die jüdische Frage - im weitesten Sinne günstig - zu lösen. Zu diesem Zweck wurde die ganze Herangehensweise von Grund auf geändert. Hatte die Regierung unter Nikolaus I. die Aufgabe gestellt, zuerst die Lebensweise der Juden zu reformieren, ihre Lage durch produktive Arbeit und Bildung zu entschärfen und so zur Aufhebung der administrativen Beschränkungen zu gelangen, so begann man unter Alexander II. die äußeren Beschränkungen rasch zu beseitigen, ohne nach den möglichen inneren Ursachen für die Isoliertheit der Juden zu suchen, und hoffte, dass sie selbst alle übrigen Probleme lösen würden: Man begann »mit der Absicht, dieses Volk mit der übrigen Bevölkerung zu verschmelzen«, wie es in der Allerhöchsten Weisung von 1856 hieß.

Zu diesem Zweck wurde 1856 ein weiterer Ausschuss gegründet: das »Komitee zur Umgestaltung der Lebensweise der Juden« (bereits das siebente, aber bei weitem nicht das letzte für die jüdischen Angelegenheiten). Sein Vorsitzender, immer noch derselbe Graf Kisseljow, berichtete dem Zaren, »verschiedene zeitweilig erlassene Beschränkungen, die zusammen mit den allgemeinen Gesetzen viele Widersprüche in sich bergen und Zweifel erwecken«, würden »die Ziele der Verschmelzung der Juden mit der übrigen Bevölkerung behindern«. Daraufhin befahl der Zar: »Alle geltenden Verordnungen über die Juden sind zu überprüfen, um sie mit den allgemeinen Formen der Verschmelzung dieses Volkes mit den ursprünglichen Bewohnern des Landes in Übereinstimmung zu bringen, soweit die moralische Verfassung der Juden«, d. h. »der Fanatismus und die wirtschaftliche Schädlichkeit, die ihnen zugeschrieben werden«, dies erlaubt.

Nein, weder Herzen mit dem »Kolokol« [»Die Glocke«] noch Belinskij zusammen mit Granowskij waren in Russland ungehört geblieben, auch Gogol nicht (der, obwohl er andere Ziele verfolgte, in der gleichen Richtung wirkte wie sie). Unter der Decke des strengen Regimes Nikolaus' I. wurde das Verlangen nach entscheidenden Reformen immer stärker, immer mehr Kräfte und Personen strebten nach ihnen, und erstaunlich war, dass die neuen Vorschläge hoher staatlicher Würdenträger sogar wirksamer zu sein schienen als die der ranglosen Mitglieder der gebildeten Gesellschaft. Sowohl die Innenminister (erst Lanskoj und dann Walujew) als auch die Generalgouverneure der Westgebiete und der Süd- westlichen Region unterbreiteten dem Zaren immer wieder Überlegungen, für die er sich sehr interessierte. »Teilweise Verbesserungen der rechtlichen Lage der Juden wurden von der Regierung auf ihre Initiative hin, unter direkter Kontrolle des Zaren, durchgeführt« und kamen zu den allgemeinen emanzipatorischen Reformen hinzu, die neben der übrigen Bevölkerung auch die Juden betrafen.

1858 schlug der Generalgouverneur von Neurussland, Stroganow, die unverzügliche, gleichzeitige und vollständige rechtliche Gleichstellung der Juden vor - aber das Komitee, jetzt unter dem Vorsitz von Bludow, war zu einem solchen Schritt nicht bereit und wies (1859) auf das Folgende hin: »Während die westeuropäischen Juden bei der ersten Aufforderung der Regierung anfingen, ihre Kinder in die allgemeinen Schulen zu schicken und sich mehr oder weniger von selbst nützlichen Berufen zuzuwenden, muss die russische Regierung gegen die Vorurteile und den Fanatismus der Juden ankämpfen«, daher kann »die rechtliche Gleichstellung der Juden mit der alteingesessenen Bevölkerung [...] nicht anders erfolgen als allmählich, nur in dem Maße, wie sich die Aufklärung wirklich unter ihnen ausbreitet, sich ihr inneres Leben verändert und sie nützliche Berufe ergreifen«.

Im Komitee wurden auch Einwände gegen die Gleichberechtigung erhoben: Es handle sich nicht so sehr um ein jüdisches, sondern vielmehr um ein russisches Problem; es wäre übereilt, den Juden die volle Gleichberechtigung zu gewähren, bevor nicht das kulturelle und das Bildungsniveau der russischen Bevölkerung gehoben wird, sonst würde deren unaufgeklärte Masse dem ökonomischen Druck der fest zusammenhaltenden Juden nicht widerstehen können; die Juden streben keineswegs danach, mit den Bürgern des Landes zu verschmelzen, sondern trachten danach, alle bürgerlichen Rechte unter Beibehaltung ihrer Isoliertheit und ihres engen Zusammenhalts zu erlangen, den es unter den Russen nicht gibt.

Diese Stimmen fanden jedoch kein Gehör. Die Beschränkungen für Juden wurden nach und nach beseitigt. 1859 würde auch das Verbot von 1835 aufgehoben, demzufolge Juden besiedeltes Gutsland nicht pachten und nicht verwalten durften. (Das betraf auch das Recht,

über Bauern zu verfugen, obgleich früher »in einzelnen Fällen heimlich gegen das Verbot verstoßen wurde«. Übrigens konnten die Ländereien, die bei den Gutsbesitzern verblieben waren, nach 1861 schon nicht mehr als »besiedelt« angesehen werden.) Die jetzige Änderung bezweckte, sowohl »Gutsbesitzern wegen des wirtschaftlichen Niedergangs leichter die Möglichkeit zu geben, sich Hilfe suchend an Juden zu wenden«, als auch für die Juden »ihr begrenztes wirtschaftliches Betätigungsfeld etwas zu erweitern«. Jetzt konnten Juden diese Ländereien pachten und sich dort ansiedeln, durften sie aber nicht erwerben. Gerade in der Südwestlichen Region »konzentrierte sich in den Händen einiger Juden ... Kapital, das zum Kauf von Ländereien ... hätte verwendet werden können, aber die Juden weigerten sich, ihnen [den Gutsbesitzern] ihr Kapital zu leihen und die Güter als Pfand zu nehmen, da sie solche Güter, wenn nötig, nicht würden erwerben können«. Bald erhielten die Juden innerhalb des Ansiedlungsrayons das Recht, von den Gutsbesitzern Land zu kaufen.

Mit der Entwicklung der Eisenbahn und der Dampfschifffahrt ging ein solches jüdisches Gewerbe wie der Unterhalt von Poststationen und Herbergen mit Stallungen zugrunde. Durch die neuen liberalen Zolltarife von

1857 und 1868, durch die sich die Zollgebühren für eingeführte Waren in Russland verringerten, sanken »die Gewinne des Schleichhandels« rapide. 1861 wurde das Verbot für Juden aufgehoben, einzelne Einnahmezweige von Gütern zu pachten. Im gleichen Jahr 1861 wurde das System der Staatspacht und der Branntweinpacht abgeschafft. Das war ein schwerer Schlag für die jüdischen Großunternehmer. »Pächter und Lieferant waren bei Juden Synonyme für Reiche«; jetzt konnte man, wie Orschanskij schreibt, nur noch »an die Zeiten des Krimkrieges zurückdenken, in denen die Lieferanten dank der lockeren Moral und eines eigenartigen Verhältnisses gewisser Kreise zum Staatsschatz Millionen scheffelten«; »Tausende von Juden lebten und bereicherten sich unter den Fittichen der Pacht staatlicher Einnahmequellen« - jetzt ging man dazu über, die staatlichen Interessen zu wahren, und die Lieferungen warfen wenig Gewinn ab. Auch »der Handel mit alkoholischen Getränken war bei weitem nicht mehr so rentabel wie ... beim Pachtsystem«.

Als nun im Schankgewerbe statt des Systems der Branntweinpacht die Akzise eingeführt wurde, waren Juden keinen besonderen Beschränkungen mehr unterworfen: Im Ansiedlungsrayon durften sie sowohl alkoholische Getränke verkaufen als auch Schnapsbrennereien auf allgemeiner Grundlage pachten. In den nachfolgenden zwei Jahrzehnten nutzten Juden in großem Umfang nicht nur das Recht, etwas zu pachten, sondern auch das Recht, etwas zu erwerben: In den 1880er-Jahren gehörten Juden in den Gouvernements des Ansiedlungsrayons 32 bis 76% der Brennereien, und fast alle hatten den »Charakter von industriellen Großbetrieben«. In der Südwestlichen Region hatten Juden schon 89% aller Brennereien gepachtet. Von 1863 an durften Juden Branntwein in West- und Ostsibirien herstellen (denn »die besten Fachleute auf dem Gebiet der Branntweinherstellung sind fast ausschließlich Juden«), und von 1865 an durften jüdische Schnapsbrenner überall wohnen.

Was den Branntweinhandel in den Dörfern betrifft, so lebte zu Beginn der 1880er-Jahre ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung des Ansiedlungsrayons in Dörfern, davon etwa zwei bis drei Familien in jedem Dorf als die Reste der früheren Schankwirtschaften. 1870 hieß es in einer amtlichen Mitteilung der Regierung: »Der Handel mit alkoholischen Getränken in den Westgebieten liegt fast ausschließlich in den Händen von Juden, und die Missbräuche, die

in diesen Schänken Vorkommen, über-steigen die Grenzen des Erträglichen. « Von den Juden wurde verlangt, dass sie nur vom eigenen Haus aus Handel mit alkoholischen Getränken trieben. Den Sinn dieser Forderung erklärt G. B. Sliosberg folgendermaßen: In den kleinrussischen Dörfern, d. h. außerhalb des Geltungsbereichs polnischer Sitten, hatten Gutsherren nicht das Recht, mit Branntwein zu handeln - die Juden konnten sich also bei ihnen nicht mit Branntwein versorgen. Juden konnten aber auch kein bäuerliches Land kaufen; deshalb pachteten sie Bauernhäuser und vertrieben von dort aus alkoholische Getränke. Als man ihnen dies untersagte, wurde das Verbot oft dadurch umgangen, dass »unter einem anderen Namen« Handel getrieben wurde: Einem Christen wurde eine fiktive Lizenz für eine Schankwirtschaft erteilt, und der Jude war bei ihm angeblich nur als »Gehilfe« tätig.

Auch der »Strafparagraf« (wie sich die »Jüdische Enzyklopädie« ausdrückt), d. h. die Strafe, die das Verbot für Juden begleitete, Christen als Dienstboten zu beschäftigen, wurde als »nicht mit allem allgemeinen Geist der Toleranz vereinbar« abgeschafft. »Viele jüdische Familien gingen Ende der 1860er-Jahre dazu über, christliche Dienstboten bei sich einzustellen. «

Leider ist für viele Historiker, die sich mit dem Judentum in Russland beschäftigen, eines charakteristisch: Wenn sich gestern alle Bemühungen und die Aufmerksamkeit auf das Erkämpfen eines Rechtes konzentrierten und heute das Recht errungen war, so wurde dieses schon als Kleinigkeit angesehen. Von der »doppelten Steuer« für Juden wurde so viel geredet, als ob es sie jahrhundertelang gegeben hätte - dabei wurde sie wohl einige Jahre lang gefordert, aber nie wirklich erhoben. Das Statut von 1835 wurde von den Juden damals mit Erleichterung aufgenommen, aber an der Wende zum 20. Jahrhundert von S. Dubnow bereits als »Charta der Rechtlosigkeit« bezeichnet. Dem künftigen Revolutionär Lew Deutsch, der in den 1860er-Jahren noch jung und ein treuer Untertan war, schien es, dass die Administration »einige wesentliche Beschränkungen ... der Rechte« der Juden nicht streng handhabte, »bei Verstößen ... ein Auge zudrückte«, »Juden in den 60er-Jahren in Russland im Allgemeinen nicht schlecht lebten ... , bei keinem meiner jüdischen Altersgenossen bemerkte ich ein Zeichen von Unterdrückung, Verfolgung und Isolierung« durch ihre christlichen Kameraden. Aber plötzlich ändert er als Revolutionär seine Meinung und sagt, bei allem, was den Juden unter Alexander I. gewährt wurde, habe es sich »im Wesentlichen um Kleinigkeiten« gehandelt, und erwähnt in einem Atemzug die »Verbrechen Alexanders II. «, auch wenn es seiner Meinung nach nicht nötig war, diesen Zaren zu ermorden. In der Mitte des 20. Jahrhunderts wird das alles bereits so gesehen: Während des ganzen 19. Jahrhunderts wurden Komitees und Kommissionen gegründet, welche die eingeschränkten Rechte der Juden überprüfen sollten und »zu der Schlussfolgerung gelangten, dass die bestehenden rechtlichen Beschränkungen nicht ihren Zweck erfüllen und ... beseitigt ... werden sollten. Aber nicht ein einziger der von den Komitees ausgearbeiteten Vorschläge ... wurde verwirklicht. «

Vorbei, vergessen, und kein Dank!

Nach den ersten Vergünstigungen, die Alexander II. gewährte, wurde der Ansiedlungsrayon immer stärker als die schwerwiegendste Beschränkung für die Juden empfunden. »Kaum hegte man die Hoffnung, dass gesamtstaatliche Reformen kommen könnten, und kaum war ein erster Hauch der erwarteten Erneuerung des staatlichen Lebens zu spüren, tauchte innerhalb der jüdischen Intelligenzija die kühne Idee auf, die Frage der Abschaffung des Ansiedlungsrayons aufzuwerfen. « Aber den Juden war noch immer die »Aufteilung« in frischer Erinnerung, d. h. die Absicht, denjenigen, die keinen festen Wohnsitz

hatten und keiner produktiven Arbeit nachgingen, Pflichten aufzuerlegen, und unter den Juden, die »wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung und der Art ihrer Tätigkeit mit der zentralen Macht in engeren Kontakt treten konnten«, d. h. »in einer Gruppe jüdischer Kaufleute aus Petersburg und anderen Städten«, wurde der Gedanke geboren, ein Gesuch an den Zaren zu richten »mit der Bitte, nicht der ganzen jüdischen Bevölkerung Vergünstigungen zu gewähren, sondern nur einzelnen Kategorien« - der jungen Generation, »die im Geist und unter Aufsicht der Regierung erzogen wird«, »der höheren Kaufmannschaft«, »den gewissenhaften Handwerkern, die ihr Brot im Schweiße ihres Angesichts verdienen« —, damit sie »von der Regierung mit größeren Rechten ausgezeichnet werden als jene, die noch nicht ihre besondere Regierungstreue, ihren Nutzen und ihren Fleiß bewiesen haben ... Wir bitten den Gnädigen Monarchen, uns zu belohnen und, die Spreu vom Weizen trennend, die Güte zu haben, zur Förderung der Guten und einer lobenswerten Tätigkeit den Würdigsten und Gebildetsten von uns einige Vergünstigungen zu gewähren. « (Trotz aller Hoffnungen, die geweckt worden waren, konnten sich die Betreffenden noch nicht vorstellen, wie rasch sich die Lage der Juden ändern würde, doch bereits 1862 bat ein Teil der Verfasser dieser Bittschrift, »allen Absolventen einer höheren Schule gleiche Rechte zu gewähren«, da Gymnasiasten »als Menschen angesehen werden können, die eine europäische Bildung genossen haben«.)

Ja, auch »der Zar war grundsätzlich nicht dagegen, die Gesetze über den Ansiedlungsrayon zugunsten einzelner Gruppen der jüdischen Bevölkerung zu verändern«. 1859 erhielten die jüdischen Kaufleute der Ersten Gilde das Recht, ihren Wohnsitz in ganz Russland zu wählen (ab 1861 in Kiew auch die Zweite Gilde, in Nikolajew, Sewastopol und Jalta alle drei Gilden), zusammen mit dem Recht, Fabrikanlagen zu errichten, Arbeitskontrakte zu schließen und Immobilien zu erwerben. Schon früher hatten Doktoren und Magister der Wissenschaften das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes (in Verbindung mit der Bekleidung von Posten im Staatsdienst; an dieser Stelle sei der Medizinprofessor G. A. Sacharjin erwähnt, der später das Todesurteil Alexanders II bei dessen Erkrankung fällte). Nach 1861 hatten dieses auch »Kandidaten der Universitäten«, d. h. Hochschulabsolventen, sowie »freie Berufe«. Die Beschränkung auf den Ansiedlungsrayon galt außerdem von nun an nicht mehr »für Personen, die studieren wollten ... , vor allem [nicht mehr] für Personen, die sich an einer medizinischen Akademie, an Universitäten und an einer technischen Hochschule immatrikulieren ließen«. Danach hatten als Ergebnis der Fürsprache einzelner Minister, Gouverneure sowie einflussreicher jüdischer Kaufleute (Eusel Ginzburg) von 1865 an jüdische Handwerker freien Zugang zum ganzen Territorium Russlands, einschließlich Petersburg, allerdings nur so lange, wie sie ihr Handwerk tatsächlich ausübten. (Der Begriff »Handwerker« wurde danach auf alle möglichen Techniker, Setzer und Drucker erweitert.)

Hierbei muss man berücksichtigen, dass die Kaufleute zusammen mit Handlungsgehilfen, Kontoristen, verschiedenen Hilfskräften, jüdischen Hausangestellten und Handwerkern — aber auch mit Gesellen und Lehrlingen - an andere Orte zogen. Sie bildeten bereits einen beachtlichen Strom. Juden, die das Recht erhielten, ihren Wohnsitz außerhalb des Ansiedlungsrayons zu wählen, stand es also frei, nicht nur mit der Familie umzuziehen.

Neuen Genehmigungen folgten neue Bittgesuche. 1861 bat der Generalgouverneur der Südwestlichen Gebiete, gleich nach den »Kandidaten der Universitäten« auch Absolventen der staatlichen jüdischen Schulen, d. h. nicht vollwertiger mittlerer Lehranstalten, zu gestatten, den Ansiedlungsrayon zu verlassen, und schilderte anschaulich ihre Lage: »Die jungen Leute, die

von der Schule kommen, fühlen sich von den jüdischen Gemeinden völlig isoliert… Da sie in ihren Gemeinden keine Arbeit finden, die der von ihnen erworbenen Bildung entspricht, gewöhnen sie sich an den Müßiggang und diskreditieren in den Augen der Gesellschaft die Bildung, deren unnütze Vertreter sie sind. «

Im gleichen Jahr erklärten der Innenminister und der Minister für Volksaufklärung gemeinsam, »dass die wichtigste Ursache für die elende Lage der Juden das anomale quantitative Verhältnis zwischen ihnen, die das vorwiegend aus Händlern und Gewerbetreibenden bestehende Element sind, und der übrigen Ackerbau treibenden Masse ist«, wodurch »die Bauern unvermeidlich ein Opfer der Juden werden, da sie gewissermaßen verpflichtet sind, einen Teil ihrer Mittel für den Unterhalt der Juden abzugeben«. Aber auch die Konkurrenz zwischen den Juden mache es diesen »fast unmöglich, auf legale Weise die Mittel für ihre Existenz zu verdienen«. Daher müsse »den Kaufleuten der Zweiten und Dritten Gilde«, aber auch den Absolventen höherer Schulen das Recht eingeräumt werden, überall zu wohnen.

Der Generalgouverneur von Neurussland bat 1862 ein weiteres Mal darum, »den Ansiedlungsrayon vollständig aufzuheben«: Man solle damit beginnen, »dem ganzen [jüdischen] Volk das Recht zu gewähren, überall zu wohnen«.

Mit der Zeit, aber nicht so rasch, wurde eine Aufenthaltsgenehmigung nach der anderen für ganz Russland erteilt. Ab 1865 durften Juden Militärarzt werden, danach (1866/67) erhielten jüdische Ärzte das Recht, im Bereich des Ministeriums für Volksaufklärung und des Innenministeriums tätig zu sein. Von 1879 an galt das auch für Pharmazeuten, Veterinäre und für »diejenigen, die sich auf eine entsprechende Tätigkeit vorbereiten«, sowie für Hebammen, Feldschere {Anm: Der Feldscher war ein Handwerker, der Verwundungen von Soldaten versorgte. Erst ab dem 18. Jahrhundert waren auch akademisch ausgebildete Ärzte unter den Feldscheren. } und solche, »die die Feldscherkunst erlernen wollen«.

1880 schließlich erließ Innenminister Makow einen Ukas: Außerhalb des Ansiedlungsrayons dürfen alle jene Juden weiter wohnen, die sich dort illegal angesiedelt haben.

Hier sei hinzugefügt: In den 60er-Jahren wurden »jüdische Juristen … , als es noch nicht die Institution der Advokatur gab, ohne Schwierigkeiten in den Staatsdienst aufgenommen«. Die Lockerungen betrafen auch die Grenzregionen. 1856, als die russische Staatsgrenze nach dem Pariser Frieden zurückverlegt wurde und näher an Kischinjow und Akkerman heranrückte, wurden die Juden aus dem neu entstandenen Grenzstreifen nicht ausgesiedelt. 1858 »wurden die Erlasse Nikolaus' I. , die den Juden vorschrieben, den 50 Werst breiten Grenzstreifen zu verlassen, endgültig außer Kraft gesetzt«. Von 1868 an war Juden der Grenzübertritt von den westlichen Gouvernements Russlands ins Königreich Polen und zurück gestattet (obwohl er auch vorher offiziell möglich und nicht streng verboten war).

Außer den offiziellen Lockerungen in Bezug auf die rechtlichen Beschränkungen gab es auch Ausnahmen von der Regel. In der Hauptstadt St. Petersburg z. B. »quartierten sich Juden trotz … der Verbote langfristig ein«; »nach dem Regierungsantritt Alexanders II… . nahm die Zahl der Juden in Petersburg rasch zu. Es tauchten Kapitalisten auf, die der [dortigen jüdischen] Gemeinde große Aufmerksamkeit schenken, wie z. B. Baron Horaz Ginzburg, L. Rosental, A. Warschawskij und andere«. Gegen Ende der Regierungszeit Alexanders II. war Je. A. Peretz (der Sohn des Pächters Abram Peretz) russischer Staatssekretär. In den 1860er-Jahren »begann Petersburg auf nicht wenige Vertreter der jüdischen Geschäftskreise und der jüdischen

Intelligenzija Anziehungskraft auszuüben«. Laut Angaben der Kommission für die Umgestaltung der Lebensweise der Juden lebten in Petersburg 1880/81 offiziell 6290 Juden, nach anderen amtlichen Quellen 8993 und nach den Ergebnissen der »örtlichen Volkszählung« von 1881 waren es 16 826 Juden, 2% der gesamten Einwohnerschaft.

In Moskau wurde 1856 »die Anordnung aufgehoben, der zufolge fremde Kaufleute nur im Glebow'schen Hof wohnen durften ... Juden wurde erlaubt, in jedem beliebigen Stadtbezirk abzusteigen. Unter Alexander II... . begann die jüdische Bevölkerung Moskaus rasch zuzunehmen« und belief sich im Jahr 1880 auf rund 16 000.

In Kiew war es ähnlich. Nach 1861 »nahm die jüdische Bevölkerung Kiews rasch zu« (ihre Zahl stieg von 1500 im Jahre 1862 auf 81.000 um das Jahr 1913). Seit den 80er-Jahren war in Kiew ein starker Zustrom von

Juden zu beobachten. »Trotz häufiger Polizeirazzien, derer sich Kiew rühmte, überstieg die Zahl der jüdischen Bevölkerung bei weitem die amtliche Zahl ... Gegen Ende des 19. Jahrhunderts betrug der Anteil der Juden an der Kiewer Kaufmannschaft 44%. «

Ju. I. Gessen bezeichnete. die Tatsache, dass Handwerker (1865) das Recht erhielten, überall zu wohnen, als »äußerst wichtig«. Doch ihre Übersiedlung stockte. Warum nutzten jene, die so zusammengepfercht und eingeengt lebten, keinen Absatzmarkt und Verdienst hatten, »kaum ihr Recht, den Ansiedlungsrayon zu verlassen«? Um das Jahr 1881 betrug die Zahl der jüdischen Handwerker in den 31 innerrussischen Gouvernements 28.000 (und die der Juden überhaupt 34.000). Gessen erklärt dieses Paradoxon folgendermaßen: Die alteingesessenen Handwerker brauchten keine neuen Orte zu suchen, die in größter Armut Lebenden hatten kein Geld, woanders hinzuziehen, die Gruppe dazwischen, »die sich von einem Tag zum anderen irgendwie durchgeschlagen hatte und keine besondere Not litt«, befürchtete, ihre alte Gemeinde würde ihnen aus steuerlichen Erwägungen den jährlichen Pass verweigern oder sogar »die Rückkehr der Aussiedler verlangen«.

Es ist jedoch zu bezweifeln, dass diese Statistik stimmt. Wir haben gerade gelesen, dass allein in Petersburg mindestens doppelt so viele Juden lebten, wie offiziell angegeben wurde. Berücksichtigte der schwerfällige russische Apparat die quecksilbrig wendige jüdische Bevölkerung - zu einer bestimmten Zeit und an allen Orten?

Die jüdische Bevölkerung Russlands wuchs unaufhaltsam und rasch. 1864 betrug ihre Zahl ohne Polen 1,5 Millionen. Zusammen mit Polen waren es aber: 1850 - 2. 350.000 und 1880 bereits 3. 980.000. Ihre Zahl, die bei den ersten Teilungen Polens ursprünglich etwa 1 Million betrug, hatte sich bis zur Zeit der Volkszählung im Jahre 1897 auf 5 175 000 erhöht, d. h. sie hatte sich im Laufe eines Jahrhunderts mehr als verfünffacht. (Anfang des 19. Jahrhunderts betrug das russische Judentum 30% des Weltjudentums und 1880 schon 51%.)

Das ist ein großes historisches Phänomen, von dem sich weder die russische Gesellschaft noch die russische Verwaltung vorher eine Vorstellung gemacht hatten.

Allein diese rasche zahlenmäßige Zunahme stellte abgesehen von allen übrigen Besonderheiten der jüdischen Frage Russland vor ein großes staatliches Problem. Hier kommt es wie stets bei einer Frage darauf an zu versuchen, beide Standpunkte zu verstehen: Bei einer so außergewöhnlichen Zunahme der russischen jüdischen Bevölkerung prallten die verschiedenen nationalen Interessen aufeinander. Die Juden waren (aufgrund der Eigenheit ihrer 3.000-jährigen Geschichte) bestrebt, sich möglichst weit unter den Fremdstämmigen zu zerstreuen,

damit eine möglichst große Zahl von Juden in der Lage war, Handel zu treiben, als Kommissionäre tätig zu sein oder ein Gewerbe auszuüben (und danach genügend Spielraum in der Kultur der sie umgebenden Bevölkerung zu haben). Die Russen dagegen sollten nach Einschätzung der Regierung die Fäden ihres wirtschaftlichen (und danach auch ihres kulturellen) Lebens fest in der Hand halten und es selbst entwickeln.

Bei allen diesen Erleichterungen, die im Einzelnen für die Juden geschaffen wurden, dürfen wir nicht vergessen, dass in Russland eine emanzipatorische Reform Alexanders II. nach der anderen folgte, die sich ebenfalls auf die Juden auswirkten. So wurde 1863 z. B. die Kopfsteuer der städtischen Bevölkerung - darunter eines Hauptteils der Juden - abgeschafft, und es blieben nur noch Landesabgaben übrig, die die Juden aus ihrer Korobkasteuer bezahlten.

Aber gerade die größte und historisch bedeutsamste Reform Alexanders II. , die ein Wendepunkt in der russischen Geschichte war - die Bauernbefreiung, die Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 -, erwies sich für die Juden als sehr ungünstig, ja ruinierte sogar viele. »Die allgemeine soziale und wirtschaftliche Veränderung, die sich im Zusammenhang mit der Abschaffung der Leibeigenschaft der Bauern vollzog ... , verschlechterte in jener Übergangsperiode die materielle Lage breiter jüdischer Massen. « Die soziale Veränderung bestand darin, dass die viele Millionen zählende Rechtlose, ihrer Freizügigkeit beraubte Schicht der Bauern zu existieren aufhörte, wodurch die relative Bedeutung der Freiheit, die die Juden genossen, immer mehr abnahm. Die wirtschaftliche Veränderung hingegen bestand darin, dass »der von der Abhängigkeit befreite Bauer von nun an weniger die Dienste der Juden brauchte«, d. h. er war nicht mehr streng verpflichtet, den ganzen Absatz seiner Erzeugnisse und den Kauf von Waren nur über einen dazu bestellten Kommissionär (in den westlichen Gouvernements fast immer Juden) abzuwickeln. Sie bestand auch darin, dass die Gutsherren, für die nicht mehr umsonst Fronarbeit geleistet werden musste, jetzt, um sich nicht zu ruinieren, »gezwungen waren, sich persönlich um ihre Wirtschaft zu kümmern, in der Juden früher als Pächter und Kommissionäre in vielen verschiedenen Fragen von Handel und Gewerbe eine wichtige Rolle gespielt hatten«.

Erwähnt sei, dass der Bodenkredit, der in jenen Jahren eingeführt wurde, den Juden »als Organisator der finanziellen Grundlagen für die Existenz der Gutsbesitzer« verdrängte. Die Entwicklung der Verbraucher- und Kreditverbände führte zur »Befreiung des Volkes von der Tyrannei der Wucherei«.

Ein verständiger Zeitgenosse informiert uns in diesem Zusammenhang über die damaligen jüdischen Stimmungen: Obwohl Juden der Weg in den Staatsdienst und in die freien Berufe offen stünde, die »Gewerberechte der Juden ... erweitert sind«, es »mehr Mittel für Bildung« gäbe und »in jedem ... Winkel die gegenseitige Annäherung des jüdischen und des christliches Volkes zu spüren ist«, die noch bestehenden »Beschränkungen ... in der Praxis bei weitem nicht mit einer solchen Beflissenheit befolgt werden« und »die Hüter des Gesetzes den Juden viel mehr Respekt entgegenbringen«, sei die Lage der Juden in Russland »gegenwärtig ... in höchstem Maße beklagenswert«, »trauern die Juden nicht ohne Grund der guten alten Zeit nach« und sei überall im Ansiedlungsrayon zu hören, dass sie »der Vergangenheit nachweinen«. Da sich zur Zeit der Leibeigenschaft »das Kommissionärswesen ungewöhnlich stark entfaltet« hatte, konnte der faule Gutsbesitzer ohne den »jüdischen Händler und Kommissionär« nicht einen Schritt machen und auch der eingeschüchterte Bauer nicht ohne ihn auskommen: »Nur über ihn verkaufte er die Ernte, und nur bei ihm borgte er. « »Die [jüdische] Schicht der

Gewerbetreibenden schlug riesige Gewinne aus der Hilflosigkeit, der Verschwendungssucht und dem mangelnden praktischen Sinn der Gutsbesitzer«, jetzt aber beginne der Gutsbesitzer alles selbst zu machen. Auch der Bauer sei »weniger nachgiebig und ängstlich«, wende sich häufig selbst an Großhändler, trinke weniger, und das »wirkt sich selbstverständlich schlecht auf den Handel mit alkoholischen Getränken aus, von dem eine riesige Menge Juden lebt«. Der Verfasser äußert zum Schluss den Wunsch, die Juden mögen sich, wie das in Europa der Fall war, »den produktiven Schichten anschließen und sich in der Volkswirtschaft nützlich machen«.

Jetzt begannen die Juden Land zu pachten und zu kaufen. Zuerst äußerte der Generalgouverneur von Neurussland (1869) in seinen schriftlichen Berichten die Bitte, den Juden auch dort wie bereits in neun westlichen Gouvernements zu verbieten, Land zu kaufen, danach hieß es in

einem Memorandum des Generalgouverneurs der Südwestlichen Gebiete: »Die Juden pachten Land nicht für eine landwirtschaftliche Tätigkeit, sondern für gewerbliche Zwecke; die gepachteten Ländereien überlassen sie den Bauern nicht für Geld, sondern gegen gewisse Arbeiten, die den Wert der gewöhnlichen Bezahlung für das Land übersteigen, und »schaffen eine besondere Art von Leibeigenschaft. « »Mit ihrem Kapital aktivieren sie«, so schrieb der Generalgouverneur, »ebenso wie mit dem Handel zweifellos die ländliche Bevölkerung«, er »hielt es jedoch nicht für zweckmäßig, Gewerbetätigkeit und Landwirtschaft in starken Händen zu vereinen, da die Bauern nur bei der freien Konkurrenz von Landwirtschaft und Gewerbe »eine lästige Unterordnung ihrer Arbeit und ihres Landes unter das jüdische Kapital, welche ihrem unweigerlichen und raschen materiellen und moralischen Niedergang gleichbedeutend ist<, vermeiden können«. Er wollte dem Pachten von Ländereien durch Juden in seiner Region einen Riegel vorschieben und schlug vor, »den Juden die Möglichkeit zu bieten, sich in den großrussischen Gouvernements anzusiedeln«.

Das Memorandum ging bei der »Kommission für die Regelung des Lebens der Juden« ein, die damals gerade geschaffen worden war (das achte »Jüdische Komitee«) und großes Mitgefühl für die Lage der Juden hatte, und stieß auf Ablehnung, wonach die Regierung diese Entscheidung bestätigte: Ein Verbot der jüdischen Pacht käme gegenüber ... den Gutsbesitzern einer »totalen Rechtsverletzung« gleich. Außerdem wird sich der jüdische Großpächter »wegen seiner Interessen mit den übrigen Gutsbesitzern solidarisieren ... Wahr ist, dass sich die jüdischen Proletarier um die Großpächter gruppieren und auf Kosten der Arbeit und der Mittel der Landbevölkerung leben. Aber das Gleiche geschieht auch auf Gütern, die von den lokalen Gutsbesitzern verwaltet werden, die bis jetzt nicht ohne die Hilfe der Juden auskommen können. «

Im Gebiet der Donkosaken wurde jedoch das zielstrebige wirtschaftliche Vordringen der Juden durch das Verbot (1880) eingedämmt, Grund und Boden zu besitzen oder zu pachten. Die Gebietsverwaltung war der Ansicht, dass [dies] »angesichts der besonderen Lage des Dongebiets, wo ausnahmslos alle Kosaken der Militärpflicht unterliegen, die einzig richtige Methode ist, die Wirtschaft der Kosaken und Handel und Gewerbe, die sich gerade anzusiedeln beginnen, vor dem Ruin zu retten«, denn »eine übereilte Ausbeutung lokaler Reichtümer und eine rasche Entwicklung der Industrie ... gehen gewöhnlich mit einer sehr ungleichmäßigen Verteilung des Kapitals, einer raschen Bereicherung der einen und einer Verarmung der anderen einher. Die Kosaken sollen jedoch im Wohlstand leben, da sie den Militärdienst auf eigenen

Pferden und mit eigener Ausrüstung leisten. « Damit wurde wahrscheinlich ein Kosakenaufstand verhindert.

Aber wie war es um die Erfüllung der Rekrutenpflicht der Juden nach den Erleichterungen bestellt, die Alexander 1856 gewährt hatte? In den 60er-Jahren bot sich folgendes Bild: »Sobald das Allerhöchste Manifest über die Rekrutenaushebung erlassen war und die Juden von ihm erfahren hatten, verließen alle militärtauglichen Familienmitglieder, noch bevor das Manifest offiziell bekannt gegeben worden war, Hals über Kopf ihre Wohnungen und flüchteten nach allen Seiten ... « Wegen der Gebote ihres Glaubens, aber auch weil »der jüdische Soldat keine Kameraden hatte und ewig isoliert war ... , hielten die Juden den Militärdienst für die schrecklichste, schlimmste und schwerste aller Pflichten«. Auch wenn seit 1860 der Dienst von Juden in der Garde gestattet war und sie seit 1861 zu Unteroffizieren befördert oder zu Schreibern ernannt werden durften, konnten sie keine Offiziere werden.

I. G. Orschanskij, ein Zeitzeuge für jene 60er-Jahre, konstatiert: »Es gibt tatsächlich viele Dinge, welche die Meinung bestätigen, dass Juden in den letzten Jahren nicht selbst der Rekrutenpflicht nachkommen. Zu diesem Zweck kaufen sie alte Rekrutierungsquittungen und legen sie der Staatskasse vor« - manche Bauern hatten solche sogar seit 1812 aufbewahrt, ohne ihren Wert zu kennen, und die jüdische Findigkeit hat sie in Umlauf gebracht; außerdem »dingt man sich Freiwillige« und »zahlt in die Staatskasse eine gewisse Summe ein«. »Man bemüht sich auch, die Familie in kleine Gruppen einzuteilen«, um auf diese Weise in jeder Familie das Sonderrecht für »die einzigen Söhne« zu nutzen (die vom Militärdienst befreit waren). Aber »alle Kniffe«, so bemerkt er, »werden auch von der rein russischen Landbevölkerung angewendet, um der Rekrutierung ... zu entgehen«, und nennt Zahlen für das Gouvernement Jekaterinoslaw. Er wundert sich sogar darüber, dass russische Bauern gegen eine hohe Bezahlung nicht im Militärdienst bleiben, sondern »zur geliebten Beschäftigung des russischen Volkes - zum Ackerbau - zurückkehren« möchten.

1874 trat das einheitliche Statut über die allgemeine Militärpflicht, das für die Juden »eine wesentliche Erleichterung« brachte, an die Stelle der

»Rekrutenpflicht«. »Der Text des Statuts enthielt keinerlei Paragrafen, welche die Juden diskriminierten. « Übrigens war es Juden von nun an nicht mehr gestattet, nach dem Militärdienst in den inneren Gouvernements wohnen zu bleiben. Es wurden auch Vorschriften ausgearbeitet, um »die Zahl der männlichen jüdischen Einwohner in Erfahrung zu bringen«, da sie weitgehend ungenau und unberücksichtigt geblieben war. Die Gouverneure erhielten »Mitteilungen über Verstöße von Juden, die sich der Wehrpflicht hatten entziehen wollen«. 1876 wurden erste »Maßnahmen zur Gewährleistung der tatsächlichen Erfüllung der Militärpflicht von Juden« beschlossen. Nach Ansicht der »Jüdischen Enzyklopädie« handelte es sich dabei um »ein ganzes System repressiver Maßnahmen«: »Es wurden Vorschriften erlassen für die Registrierung der Juden in den Einberufungsgebieten, für die Ersetzung dienstuntauglicher Juden durch andere Juden« und für die Überprüfung der Berechtigung, entsprechend der Familienzusammensetzung begünstigt zu werden: Beim Verstoß gegen diese Vorschriften »konnten ... die einzigen Söhne einberufen werden«.

Die damals einflussreiche Petersburger Zeitung »Golos« [»Die Stimme«] zitiert folgende ziemlich überraschende offizielle Zahl, die »im Bericht über die Einberufung neuer Soldaten im Jahre 1880 ... « veröffentlicht wurde. »Es wurden [im Russischen Reich] insgesamt 3309

Rekruten weniger als vorhergesehen ausgehoben; in dieser allgemeinen Bilanz des Ausfalls sind 3054 Juden enthalten, das sind 92%. «

Der Advokat A. Schmakow, der den Juden nicht wohlgesinnt war, nennt unter Berufung auf den »Prawitelstwennyj Westnik« [»Regierungsbote«] folgende Zahlen für den Zeitraum von 1876 bis 1883: »Von 282466 Juden, die einberufen werden sollten, erschienen 89 105 nicht, d. h. 31,6%. « (Die allgemeine Ausfallquote betrug im ganzen Russischen Reich 0,19%.) Den Behörden musste das auffallen, und es wurden mehrere »Maßnahmen zur Behebung dieses Missstandes« ergriffen. Sie zeitigten Wirkung, aber nur für kurze Zeit. 1889 wurden 46 190 Juden einberufen, 4255, d. h. 9,2%, meldeten sich nicht. 1891 aber entzogen sich »von insgesamt 51248 Juden, die in den Rekrutierungslisten eingetragen waren, 7658 der Militärpflicht oder 14,94%, während der Anteil der Christen, die nicht erschienen, kaum 2,67% betrug«. 1892 erschienen 16,38% Juden und 3,18% Christen nicht. 1894 erschienen bei der Einberufung 6289 Juden, d. h. 13,6% nicht (bei einem durchschnittlichen Anteil der nicht erschienenen Einberufenen von 2,6%).

Aus dem gleichen Material für 1894 geht jedoch Folgendes hervor: »Den Militärdienst hatten insgesamt 873143 Christen, 45 801 Juden, 27 424 Mohammedaner und 1311 Heiden abzuleisten. « Ein Vergleich dieser Zahlen überrascht ebenfalls, da der Anteil der Mohammedaner an der Bevölkerung in Russland (nach der Statistik von 1870) 8,7%, ihr Anteil an der Rekrutierung dagegen nur 2,9% betrug! Die Juden befanden sich im Vergleich zu den Mohammedanern und zur Gesamtbevölkerung in einer ungünstigen Lage: Ihr Anteil an der Einberufung betrug 4,8%, aber ihr Anteil an der Bevölkerung (1870) 3,2%. (Der Anteil der Christen an der Einberufung betrug dagegen 92% und an der Bevölkerung 87%.)

Aus dem oben Gesagten darf nicht geschlossen werden, dass die jüdischen Soldaten im damaligen Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 keine Tapferkeit und keine Soldatenschläue an den Tag gelegt hätten. Überzeugende Beispiele für das eine wie für das andere veröffentlichte damals die Zeitschrift »Russkij jewrej« [»Der russische Jude«]. Übrigens entwickelte sich während dieses Krieges in der Armee eine gereizte Stimmung gegen die Juden, was hauptsächlich auf gewissenlose Heereslieferanten zurückzuführen war, »die fast ausschließlich Juden waren, angefangen von den Hauptlieferanten der Firma Horowitz, Greger und Kagan«. Sie lieferten (man kann davon ausgehen, dass das unter den Augen hochrangiger Gönner geschah) schlechte Ausrüstungen zu überhöhten Preisen, wie z. B. die berüchtigten »Pappsohlen«, derentwegen Soldaten am Schipka-Pass die Füße erfroren.

In der Epoche Alexanders II. ging nach einem halben Jahrhundert der Versuch erfolglos zu Ende, die Juden an die Landwirtschaft zu binden.

Nach Außerkraftsetzen der verstärkten Rekrutierung von Juden im Jahre 1856 verlor der Ackerbau für die Juden »sogleich seinen ganzen Reiz«, bzw. »sie interpretierten«, wie sich ein Staatsbeamter ausdrückte, »das Manifest falsch, indem sie sich nicht mehr verpflichtet fühlten, sich dem Ackerbau zu widmen« — und sie konnten sich ungehindert wieder vom Ort entfernen. »Es gab auch fast keine Bittgesuche von Juden um Versetzung in den Stand der Landwirte mehr. «

Der Zustand der Kolonien blieb, wenn er sich nicht verschlechterte, unverändert: »Die Felder ... waren in lächerlicher Weise oder nur zum Schein gepflügt und besät. « »Einige Kolonien ernteten [1859] nicht einmal so viel Getreide, wie sie ausgesät hatten. « Für das Vieh

gab es sogar in den neuesten »Musterkolonien« weder Ställe noch Schutzdächer oder Koppeln. Den größten Teil des Landes verpachteten die jüdischen Kolonisten immer an Bauern oder deutsche Kolonisten. Viele baten darum, Christen als Arbeitskräfte beschäftigen zu dürfen, oder drohten, andernfalls die Anbauflächen noch mehr zu verringern - und ein solches Recht wurde ihnen sogar unabhängig von der tatsächlichen Anbaufläche gewährt.

Selbstverständlich gab es unter den Kolonisten mit der Zeit auch einige wohlhabende Landwirte, die ihre 'Wirtschaft erfolgreich betrieben. Die Ansiedlung deutscher Kolonisten, deren Erfahrungen sie übernahmen, hatte sich sehr bewährt. Die junge, hier geborene Generation war aufnahmebereiter für die Landwirtschaft und die deutschen Erfahrungen, bei ihr entwickelte sich »die Überzeugung, dass ihre Lage als Landwirte günstiger war als ihre frühere in den Städten und Schted« mit ihrer Enge und ihrer aufreibenden Konkurrenz.

Aber eine nicht vergleichbare Mehrheit strebte weg vom Lande. Die immer gleich lautenden Berichte der Inspektoren wurden völlig monoton: »Überall verblüffte die allgemeine Abneigung der Juden gegen die Landarbeit, die Tatsache, dass sie ihrer früheren Tätigkeit als Handwerker, Händler und Gewerbetreibende nachtrauerten«; »bei allen möglichen Arten von Gewerbetätigkeit legten sie einen unermüdlichen Eifer an den Tag«; »wenn die Feldarbeiten in vollem Gänge waren, ... verließen sie das Feld, sobald sie erfuhren, dass man in der Nachbarschaft ein Pferd, einen Ochsen oder sonst etwas günstig kaufen oder verkaufen konnte«; sie hatten einen starken Hang zu »kleinen Geschäften«, die ihrer »Überzeugung nach weniger Arbeit erforderten und mehr Geld zum Leben abwarfen«, sie [die Juden] machten »leichter Profit in den nächstgelegenen deutschen, russischen und griechischen Dörfern, in denen die jüdischen Kolonisten Schänken unterhielten und Kleinhandel trieben«. Aber noch schädlicher für die Lage auf dem Lande war ihre lange zeitweilige Abwesenheit vom "Wohnsitz: Sie ließen ein bis zwei Familienmitglieder zu Hause in den Kolonien, während die übrigen fortgingen, um Geld zu verdienen und Kommissionsgeschäfte zu betreiben. In den 60er-Jahren war es gestattet (das Ergebnis eines halben Jahrhunderts, das seit Gründung der Kolonien vergangen war), mit der ganzen Familie oder zusammen mit vielen Familienmitgliedern zeitweilig die Kolonien zu verlassen; in den Kolonien waren nicht wenige registriert, die dort niemals gelebt hatten. Wurden sie aus der Kolonie entlassen, so wurde oft kein Termin für die Registrierung bei dem Stand am neuen Ort festgelegt, und »viele blieben mehrere Jahre lang mit ihren Familien dort, ohne bei einem Stand registriert zu sein, sie zahlten weder Steuern, noch leisteten sie Abgaben«. Aber in den Kolonien standen die für sie gebauten Häuser leer und verfielen. Von 1861 an hatten Juden auch das Recht, in den Kolonien Schänken zu betreiben.

Schließlich wurde den Petersburger Behörden endgültig klar, wie trostlos die Lage des jüdischen Ackerbaus war. Die Zahlungsrückstände (die bei verschiedenen staatlichen und höfischen Anlässen, wie z. B. bei der Eheschließung des Zaren, erlassen wurden) wuchsen immer weiter an, und jeder Erlass der Steuerschuld förderte die Neigung, auch künftig keine Steuern zu zahlen und keine Darlehen zurückzuerstatten. (1857 endete die zehnjährige Befreiung von Steuern und Abgaben, und die Frist wurde um weitere fünf Jahre verlängert. Aber auch im Jahre 1863 konnten die Schulden nicht eingetrieben werden.) Wozu hatte man die Umsiedlung durchgeführt, wozu Vergünstigungen und Darlehen gewährt? Diese ganze 60-jährige Geschichte gab den jüdischen Landwirten zeitweilig »eine Chance, sich der Erfüllung staatlicher Pflichten zu entziehen«, doch die übergroße Mehrheit fand keinen »Gefallen an der Landarbeit«; »der Erfolg stand in keinem Verhältnis zu den Kosten«. Im Gegenteil, »allein die

Erlaubnis, in den inneren Gouvernements ohne irgendwelche Vergünstigungen zu leben, übte auf eine unverhältnismäßig große Zahl jüdischer Übersiedler eine verlockende Wirkung aus«, sodass sie dorthin ziehen wollten.

Wenn 1858 die Zahl jüdischer Kolonisten offiziell auf 64.000 Seelen, d. h. 8.000 bis 10.000 Familien, geschätzt wurde, so gab das Ministerium 1880 nur 14.000 Seelen an, das waren weniger als 2.000 Familien. Kommissionen, die an Ort und Stelle überprüften, ob der Boden genutzt wurde oder brachlag, stellten 1872 fest, dass in der ganzen Südwestlichen Region weniger als 800 Familien jüdischer Kolonisten lebten.

Die russischen Behörden erkannten jetzt zweifellos, dass es nicht gelungen war, aus Juden sesshafte Landwirte zu machen. Man glaubte nicht mehr daran, dass sich die Hoffnung auf ein Aufblühen der Kolonien erfüllen würde. Minister Kisseljow fiel es besonders schwer, diesen Traum aufzugeben, aber 1856 nahm er seinen Abschied. Ein amtliches Dokument nach dem anderen stellte fest: »Die Umsiedlung der Juden, die durchgeführt wurde, damit sie Ackerbau treiben, erbrachte keine guten Ergebnisse. « Doch »das riesige Gebiet mit fruchtbarer Schwarzerde blieb in den Händen der Juden, ohne Erträge zu bringen«. Der beste Boden war ja für die jüdische Bevölkerung bestimmt und blieb weiterhin für sie reserviert. Jener Teil, der Interessenten zeitweise gegen Zahlung eines Pachtzinses überlassen wurde, brachte hohe Erträge (mit denen die jüdischen Kolonien unterhalten wurden): Die Bevölkerung im Süden wuchs, und alle wollten Land haben. Jetzt stieg sogar der Wert des schlechteren Bodens in der Reserve, die zusätzlich zu der für die jüdische Kolonisierung vorgesehenen vorhanden war. Neurussland hatte schon viele andere rührige Siedler angezogen und »brauchte keine künstliche Kolonisierung mehr«.

Die jüdische Kolonisierung hatte für den Staat bereits keinen Sinn mehr.

1866 entschied Alexander II. , die besonderen Beschlüsse über die Versetzung der Juden in den Stand der Landwirte seien aufzuheben. Jetzt bestand die Aufgabe darin, die jüdischen Landwirte den übrigen Landwirten des Reiches gleichzustellen. Die jüdischen Kolonien hatten sich für das selbstständige ländliche Leben, das sich überall zu entfalten begann, als untauglich erwiesen. Jetzt blieb nichts anderes übrig als den jüdischen Landwirten, sogar einzeln, nicht in der vollen Familienstärke (1868), eine Möglichkeit zu eröffnen, aus dem Stand der Landwirte auszuscheiden und in den Stand der Handwerker und Kaufleute überzuwechseln. Es wurde ihnen gestattet, das Land, das ihnen zugewiesen worden war, zu kaufen — und sie kauften und verkauften es mit großem Gewinn.

Aber im Streit über die verschiedenen Vorschläge im Ministerium für die Reichsdomänen zog sich die Umwandlung der jüdischen Kolonien lange hin und kam um das Jahr 1880 sogar ganz zum Stillstand. Mit dem neuen Militärstatut von 1874 fiel auch die Befreiung der jüdischen Landwirte von der Rekrutenpflicht weg - und sie verloren das letzte Fünkchen Interesse an der Landwirtschaft. Um das Jahr 1881 »überwogen in den Kolonien Anwesen, die nur aus einem Wohnhaus bestanden und um die herum nichts war, was Sesshaftigkeit verriet, weder Zäune noch Ställe noch Wirtschaftsgebäude noch ein Gemüsegarten, nicht einmal ein Baum oder ein Strauch; Ausnahmen waren dagegen sehr selten«.

Ein Beamter mit 40-jähriger Erfahrung auf dem Gebiet der Landwirtschaft (der Staatsrat Iwaschinzew, der 1880 beauftragt worden war, den Zustand der Kolonien zu untersuchen) schrieb: In ganz Russland »gab es nicht eine Bauerngemeinde, auf die so reichlich Beihilfen

herabgeregnet wären«, »diese Beihilfen konnten den Bauern nicht verborgen bleiben und mussten in ihnen ungute Gefühle wecken«. Die Bauern, die in der Nähe der jüdischen Kolonien lebten, »>empörten sich darüber, dass sie ... weil sie nicht genug Land hatten, bei den Juden zu einem hohen Preis Land pachten mussten, das der Staat Letzteren in einer Menge billig zur Verfügung gestellt hatte, welche den tatsächlichen Bedarf überstieg. < Gerade dieser Umstand erklärte ... teilweise auch die Erbitterung der Bauern gegen die jüdischen Landwirte, die zur Verwüstung einiger jüdischer Siedlungen führte< (1881/82). «

In jenen Jahren waren Kommissionen tätig, die überzähliges Land der jüdischen Siedlungen für die Bauern abteilten. Ungenutzte oder vernachlässigte Flächen wurden von der Regierung zurückgenommen. »In den Gouvernements Wolhynien, Podolsk und Kiew blieben von 39 000 (von Juden bewirtschafteten) Desjatinen nur 4082 übrig. « Es blieben jedoch auch sehr große dörfliche jüdische Siedlungen erhalten. Da ist z. B. Jakschiza im Gouvernement Minsk, dessen Böden kärglich sind: Auf 46 Familien entfallen 740 Desjatinen, d. h. im Durchschnitt 16 Desjatinen pro Familie, was bei Bauern in Mittelrussland selten der Fall ist. Da ist Annenhof im Gouvernement Mogiljow, das auch nicht Land im Überfluss hat: 1848 erhielten 20 jüdische Familien je 20 Desjatinen Domänenland, aber 1872 wurde festgestellt, dass dort nur 10 Familien leben und der Boden größtenteils nicht bearbeitet ist, sondern verwildert. In Wischenki im Gouvernement Mogiljow kommen 16 Desjatinen auf eine Familie und in Ordynowschtschina im Gouvernement Grodno 12 Desjatinen. In den südlichen Gouvernements gibt es umso mehr weite Gebiete; in den ursprünglichen Siedlungen ist es bei der zugeteilten Fläche geblieben: in Bolschoj Nagartaw sind es je 17 Desjatinen, in Sejdemenuch je 16 und in Nowo-Berislaw je 17. In der Siedlung Roskoschnaja im Gouvernement Jekaterinoslaw je 15 Desjatinen, aber zusammen mit dem Boden »in der Kolonie« je 42 Desjatinen. In Wessjolaja (um das Jahr 1897) je 28 Desjatinen. In Sagajdak je 9 Desjatinen - und das galt als wenig. Aber in Eljuwka im Gouvernement Kiew gibt es 6 jüdische Familien, die zusammen 400 Desjatinen haben, d. h. je Familie 67 Desjatinen! Und »diese haben die Deutschen als Pachtland«.

Ein sowjetischer Autor aus den 1920er-Jahren erklärt jedoch dezidiert: »Der Zarismus verbat den Juden fast gänzlich, Ackerbau zu betreiben. « W. N. Nikitin, der Erforscher der jüdischen Landwirtschaft, kommt in seiner umfangreichen, pedantisch genauen Arbeit zu folgender Schlussfolgerung:

»Den Juden wurde völlig zu Recht vorgeworfen, sie würden beim Ackerbau geringen Eifer an den Tag legen und sich oft eigenmächtig aus den Kolonien entfernen, um in der Stadt Handel zu treiben und ein Handwerk auszuüben ... Wir leugnen keineswegs die Schuld der Juden daran, dass eine verhältnismäßig geringe Zahl von ihnen im Laufe von 80 Jahren Landwirte wurden. « Er stellt jedoch folgende Überlegungen an, um die jüdischen Landwirte zu rechtfertigen: »Man schenkte ihnen kein Vertrauen; das System ihrer Kolonialisierung wurde viele Male geändert«, manchmal »wurden Leute, die vom Ackerbau nichts verstanden und sich völlig gleichgültig zu ihm verhielten, bevollmächtigt, ihr Leben zu bestimmen ... Juden, die selbstständige Städter waren, kamen ins Dorf, ohne auf das dortige Leben überhaupt vorbereitet zu sein«.

Etwa zur gleichen Zeit, im Jahre 1884, wies N. S. Leskow in einem Memorandum für die noch neue Pahlen-Kommission darauf hin, dass die Juden »im Laufe von mehr als einer Generation der Feldwirtschaft entwöhnt wurden« und diese Entwöhnung »so stark (ist), dass sie

einem Verlust der Fähigkeit zum Ackerbau gleichkommt«, sodass ein Jude nicht wieder Ackerbauer werden würde, höchstens allmählich.

(Lew Tolstoj urteilte gemäß seinen indirekt wiedergegebenen Worten so: Was sind das für Leute, »die ein ganzes Volk in den Zwängen des Stadtlebens halten und ihm nicht die Möglichkeit geben, aufs Land zu ziehen und anzufangen, die einzige dem Menschen eigene Arbeit zu leisten, nämlich den Acker zu bestellen. Das ist so, als ob man diesem Volk die Luft zum Atmen nimmt ... Für wen kann es schlecht sein ... , dass die Juden in die Dörfer ziehen und anfangen, ein reines, arbeitsreiches Leben zu führen, nach dem sich dieses alte, kluge und vortreffliche Volk ... wahrscheinlich schon gesehnt hat ... « Auf welchen Wolken hat er gelebt? Was wusste er von der 80-jährigen Praxis dieser Kolonialisierung?)

So weit, so gut, aber nach den Erfahrungen der Ansiedlung in Palästina hatten die jüdischen Siedler das Gefühl, in ihrer Heimat zu sein, sie kamen hervorragend mit dem Boden zurecht, und das unter Bedingungen, die weitaus ungünstiger waren als in Neurussland. Aber alle Versuche, die Juden zum Getreideanbau in Russland (und danach in der UdSSR) zu bewegen oder zu zwingen, scheiterten (und darauf ist die erniedrigende Legende Zurückzufuhren, Juden seien zum Ackerbau überhaupt nicht fähig).

Diese 80 Jahre währenden Bemühungen der russischen Regierung - diese ganze Kolonialisierung - waren also ein grandioses, aber sinnloses Unterfangen: Viele Anstrengungen, eine Unmenge von Geld, die verzögerte Entwicklung Neurusslands - all das war vergebens gewesen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass man damit überhaupt nicht hätte anfangen sollen.

*

Als I. G. Orschanskij die jüdische Unternehmerschaft in Handel und Gewerbe allgemein charakterisierte, schrieb er schon zu Beginn der 1870er- Jahre zu Recht: Die Frage der jüdischen Gewerbetätigkeit bilde sogar den »Kern der jüdischen Frage«, von ihr »hängt das Schicksal des jüdischen Volkes in jedem Land ab«; es sei »ein lebhafter, Handel treibender Volksstamm«, »wenn der Rubel bei einem Russen zwei Mal wiederkehrt, so tut er's bei einem Juden fünf Mal«. Bei den russischen Kaufleuten gebe es Stagnation, Verschlafenheit, Monopole (zum Beispiel verteuerte sich nach der Vertreibung der Juden aus Kiew das dortige Leben). Die Stärke der jüdischen Teilnahme am Handel sei, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit sogar der unbedeutendsten Menge zirkulierenden Kapitals beschleunige. Orschanskij widerspricht der Meinung, nur der »Gemeinschaftsgeist« der Juden sichere ihnen den Sieg in jedem Konkurrenzkampf, wobei »die Juden [die Händler] sich immer gegenseitig unterstützen, ihre Bankiers, Kommissionäre und Fuhrleute haben«. Hierbei bezieht er den Gemeinschaftsgeist nur auf öffentliche und religiöse Angelegenheiten, nicht auf den Kommerz, wo zwischen den Juden angeblich ein harter Konkurrenzkampf stattfinde (der zum Teil der »Chasaka« - der obligatorischen Verteilung der Wirkungssphären - widerspricht, die »erst allmählich, mit der Veränderung der rechtlichen Situation der Juden verschwand«). Er zitiert ferner die Meinung, dass der jüdische Handel ein Land nicht reicher mache, sondern »ausschließlich in der Ausbeutung der produktiven und arbeitenden Schichten besteht«, dass »der Profit der Juden ein reiner Verlust für das Land ist« — und widerspricht auch ihr: Die Juden seien ständig auf der Suche nach Absatzmärkten, fänden sie und »erschließen damit der armen christlichen

Bevölkerung neue Verdienstquellen«. Die jüdische Unternehmerschaft in Handel und. Gewerbe wurde 1861 von zwei Ereignissen empfindlich getroffen — der Abschaffung der Leibeigenschaft und der Abschaffung der Branntweinpacht erholte sich aber rasch davon. »Die Juden beginnen in den 60er-Jahren eine besonders wichtige finanzielle Rolle zu spielen, nachdem sich durch die vorangegangene Arbeit Kapital in ihren Händen angesammelt hatte. Durch die Bauernbefreiung und die damit verbundene Verarmung der Adelsnesten entstand ein riesiger Geldbedarf der Gutsbesitzerklasse. In diese Zeit fällt die Gründung von Banken für Grundbesitz, bei deren Aufbau jüdische Kapitalisten eine erhebliche Rolle spielten. « Das ganze Wirtschaftsleben des Landes änderte sich rasch und entwickelte sich sogleich in viele Richtungen - und die ewige Suche der Juden, ihre Findigkeit und ihr Kapital trugen dazu bei, dass sie mit den Veränderungen gut zurechtkamen und sie sogar vorwegnehmen konnten. Kapital floss, wie bereits erwähnt, z. B. in die Zuckerindustrie des Südwestens (sodass 1872 ein Viertel aller Zuckerfabriken und ein Drittel Aktiengesellschaften Juden gehörten), in die Getreideverarbeitung sowie in andere Produktionen - sowohl innerhalb als auch außerhalb des Ansiedlungsrayons. Nach dem Krimkrieg wurde »der Bau von Eisenbahnstrecken verstärkt vorangetrieben, es wurden verschiedenartige Industrie- und Handelsunternehmungen gegründet, es entstanden Aktiengesellschaften, Banken«, und »viele Juden ... fanden in den genannten ... Branchen ein weites Feld für die Anwendung ihrer Kräfte und Fähigkeiten ... , und bei einigen wenigen führte [dies] dazu, dass sie unglaublich rasch reich wurden«.

»Juden sind seit langem im Getreidehandel tätig, aber vom Augenblick der Bauernbefreiung und des Eisenbahnbaus an spielen sie eine besonders wichtige Rolle. « »Schon 1878 entfielen auf Juden 60% des Getreideexports, und danach wird die Getreideausfuhr fast ausschließlich von Juden durchgeführt. « »Dank der jüdischen Gewerbetreibenden wurde Holz der zweitgrößte russische Exportartikel (nach Getreide). « Schon seit 1835 durften Juden Verträge über Holzeinschlag schließen und Wälder erwerben. »Die Holzindustrie und der Holzhandel waren zugleich einer der wichtigsten Zweige des jüdischen Handels mit einer hohen Kapitalkonzentration ... Der jüdische Holzhandel nahm in den 60er- und 70er-Jahren verstärkt zu, als Gutsbesitzer im Zusammenhang mit der Aufhebung der Leibeigenschaft eine Menge von Gütern und Wäldern zum Verkauf anboten. « »Die 70er-Jahre waren Jahre des ersten Ansturms der Juden auf die Industrie«, einschließlich der Leinenmanufaktur, der Nahrungsmittel und Lederherstellung, der Tischlerei und der Möbelfertigung, wobei »die Tabakherstellung von jeher in den Händen von Juden konzentriert war«.

Jüdische Autoren schildern das so: »In der Epoche Alexanders II. verhielt sich die reiche jüdische Bourgeoisie ... loyal zur Monarchie. Gerade in dieser Zeit entstanden die riesigen Vermögen der Ginzburgs, Poljakows, Brodskijs, Sajzews, Balachowskijs, Aschkenasis. « Wie bereits erwähnt, »gründete der Pächter Eusel Ginzburg in Petersburg eine eigene Bank«. Samuil Poljakow baute sechs Eisenbahnlinien; die drei Brüder Poljakow wurden in den erblichen Adel aufgenommen. »Dank dem Eisenbahnbau, der vom Staat garantiert und in vielen Fällen subsidiert wurde, entstanden die riesigen Vermögen der Poljakows, I. Bliochs, A. Warschawskijs und anderer. « Im Zusammenhang mit den etwas kleineren Vermögen ist z. B. A. I. Sak, ein ehemaliger Gehilfe E. Ginzburgs, zu erwähnen: Nachdem er nach Petersburg übergesiedelt war, gründete er dort eine Diskontbank, »hatte eine große Verwandtschaft, sowohl eigene Verwandte als auch die seiner Frau, und brachte sie in den Betrieben unter, an deren Spitze er stand«.

Durch die Reformen Alexanders veränderte sich das ganze öffentliche Leben, es eröffneten sich neue Möglichkeiten für strebsame Juden. »In den Beschlüssen der Regierung, die einigen Gruppen von Juden mit Hochschulbildung gestatteten, in den Staatsdienst zu treten, gab es für sie keine Beschränkungen in Bezug auf Aufstiegsmöglichkeiten. Erhielten Juden den Rang eines Wirklichen Staatsrats, so wurden sie gewöhnlich in den Erbadel aufgenommen. «

1864 wurde die Semstwo-Reform erlassen. »Sie betraf alle Stände. Das Gesetz ... sah keinerlei Einschränkungen der Rechte von Juden in Bezug auf die Teilnahme an den Wahlen zum Semstwo, der ständischen Selbstverwaltung auf dem Land, oder die Wahrnehmung von Wahlämtern vor. Während der 26 Jahre, in denen dieses Gesetz galt, trifft man an vielen Stellen Juden als Semstwo-Abgeordnete und als Mitglieder seiner Verwaltungen an. «

Auch die ebenfalls 1864 erlassenen Gerichtsstatuten unterwarfen Juden keinerlei Beschränkungen. Gemäß der Justizreform wurde eine unabhängige Justiz geschaffen, und an die Stelle der früheren privaten Fürsprecher traten unabhängige Advokaten als selbstständiger Stand mit einer besonderen korporativen Ordnung (übrigens sogar mit einem so unanfechtbaren Recht wie dem auf Ablehnung des Ersuchens eines Antragstellers »aufgrund einer sittlichen Einschätzung seiner Persönlichkeit«, die auch als politische Einschätzung verwendet werden konnte). Es gab keinerlei Beschränkungen für den Beitritt von Juden zu diesem Stand. Gessen schreibt: »Ganz abgesehen von den Advokaten, unter denen die Juden einen herausragenden Platz einnahmen, trifft man sie nun bisweilen in Gerichtskanzleien als Untersuchungsrichter und auch in der staatsanwaltlichen Aufsicht an; an manchen Orten hatten sie Stellen an Friedens- und in Bezirksgerichten inne« und nahmen auch als Beisitzer an diesen teil, in den ersten Jahrzehnten ohne Begrenzung des prozentualen Anteils. (Erwähnenswert ist noch: Den Eid vor einem Zivilgericht leisteten Juden ungeachtet der Gebote der jüdischen Religion.)

In jenen Jahren fand auch eine Reform der städtischen Selbstverwaltung statt. Ursprünglich wollte man festlegen, dass die Zahl der Juden unter den Abgeordneten der städtischen Duma und unter den Mitgliedern der Stadtverwaltung nicht die Hälfte der Gesamtzahl übersteigen dürfe, aber aufgrund eines Einspruchs des Innenministers wurde dieser Anteil durch die Stadtordnung von 1870 auf ein Drittel beschränkt, und Juden erhielten nicht das Recht, das Amt eines Stadtoberhaupts zu bekleiden: »Der innere Zusammenhalt und die äußere Isolierung der Juden werden ihnen sonst«, so befürchtete man, »die führende Rolle in den städtischen Institutionen und ein Übergewicht bei der Lösung öffentlicher Angelegenheiten sichern«. Aber den Juden wurde jetzt völlige Gleichheit bei diesen Wahlen gewährt (nicht als eine einzelne Kurie, wie das vorher der Fall war). Dadurch »verstärkte sich der Einfluss der Juden auf städtische Angelegenheiten«. (Übrigens hatte sich im freiheitlichen Odessa bereits seit der Stadtgründung und dann auch in Kischinjow eine nicht kuriengebundene Ordnung eingebürgert. »Im Süden Russlands waren die Juden in keiner Weise der öffentlichen Verachtung ausgesetzt, die ehemals in Polen eifrig kultiviert worden war. «)

So kam es, dass »vielleicht... die beste Zeit in der Geschichte der russischen Juden« anbrach. »Der Zugang zum öffentlichen Dienst wurde ermöglicht ... Die rechtlichen Erleichterungen und die allgemeine Atmosphäre der >Epoche der großen Reformen< wirkten sich günstig auf das seelische Befinden der jüdischen Bevölkerung aus. « Unter dem Einfluss der Epoche der großen Reformen schien »sich die traditionelle Lebensweise der Masse des jüdischen Volkes der Welt ringsum anzupassen«, und die Juden »begannen am Kampf für Recht und Freiheit teilzunehmen ... Es gab keinen Bereich des wirtschaftlichen und geistigen Lebens

Russlands, in dem sich die schöpferischen Anstrengungen der russischen Juden nicht widerspiegelten. «

Schließlich waren die Türen für die allgemeine Bildung der Juden schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts weit geöffnet worden. Dennoch brauchten die Juden eine lange Zeit, um einzutreten, und dann taten es nur wenige und auch diese ungern.

Der später bekannt gewordene Jurist Jakob L. Tejtel erinnert sich an Mosyrer in den 60er-Jahren: »Der Direktor des Gymnasiums ... wandte sich ... oft an die Mosyrer Juden und wies auf den Nutzen der Bildung und den Wunsch der Regierung hin, im Gymnasium mehr Juden zu sehen. Leider kamen die Juden diesem Wunsch nicht entgegen. « In den ersten Jahren nach der Reform taten sie es wahrhaftig nicht - sogar dann nicht, als ein Schulbesuch auf Staatskosten in Aussicht gestellt wurde und das Statut für Gymnasien und Progymnasien (1864) erklärte, dass Schulen eröffnet werden, die Schüler ohne jeden Unterschied der Religion besuchen können. »Das Ministerium für Volksaufklärung ... bemühte sich, den Juden den Zugang zu den allgemeinen Schulen zu erleichtern«, und ein »wohlwollendes Verhalten ... zur jüdischen studierenden Jugend« an den Tag zu legen. (Lew Deutsch hebt hier besonders den damaligen Förderer des Schulbezirks Neurussland hervor, den bekannten Chirurgen N. I. Pirogow, der »in hohem Grade dazu beigetragen hat, dass sich die feindselige Einstellung meiner Stammesbrüder gegen die Gojim und Wissenschaften verringerte«.) Bald nach dem Regierungsantritt Alexanders II. formulierte der Minister für Volksaufklärung das Regierungsprogramm folgendermaßen: »Notwendig ist, dass mit allen Mitteln der Unterricht in den allgemein bildenden Fächern verbreitet wird und dass man sich möglichst wenig in den Religionsunterricht der Kinder einmischt, der mehr unter die Obhut der Eltern zu stellen ist, wobei er durch keinerlei Beschränkungen und Richtlinien seitens der Regierung eingeengt werden darf. « Aber für die Kinder der jüdischen Kaufleute und Ehrenbürger wurde der Besuch der allgemeinen staatlichen Schulen für verbindlich erklärt (1859).

Alle diese Vergünstigungen und Angebote hatten jedoch keinen durchschlagenden Erfolg. Das Äußerste, was die Behörden tun 1863 erreichten, war: In den Gymnasien Russlands stellten die Juden 3,2%, was ihrem proportionalen Anteil an der Bevölkerung entsprach. Außer der Ablehnung der russischen Ausbildung im jüdischen Milieu spielte hier auch eine Rolle, dass sich bei den führenden jüdischen Persönlichkeiten ein Wandel der Ansichten über die Aufgabe der Bildung vollzog: »Als die Epoche der großen Reformen anbrach, verbanden die >Freunde der Aufklärung< die Frage der Bildung der Volksmassen mit der Frage der rechtlichen Stellung«, d. h. mit der Frage der Aufhebung aller noch bestehenden Beschränkungen. Die Möglichkeit, einen solchen Freiraum zu erlangen, wurde nach den Erschütterungen durch den schweren Krimkrieg klar gesehen.

Aber eine fast magische Veränderung in Bezug auf die Bildung vollzog sich seit 1874 - nach dem Erlass der neuen Militärordnung, »die Personen mit Bildung beim Militärdienst Vergünstigungen gewährte«; von da an begann »der Zustrom von Juden zur allgemeinbildenden Schule«. »Nach der Militärreform von 1874 gingen sogar viele orthodoxe Juden dazu über, ihre Söhne wegen der Verkürzung der Dauer des Militärdienstes an höhere Lehranstalten und Hochschulen zu schicken. « Diese Vergünstigungen bestanden nicht nur darin, dass der Militärdienst aufgeschoben und erleichtert wurde, die Juden konnten jetzt auch, wie sich Mark Aldanov erinnert, Offiziersexamen ablegen »und Offiziersränge erhalten«. In den 70er-Jahren »nahm die Zahl der jüdischen Studierenden an allgemeinen Lehranstalten rasch zu, und es

bildete sich [unter den Juden] eine zahlenmäßig starke Schicht diplomierter Intellektueller heraus«. 1881 betrug der Anteil der Juden an allen Universitäten des Landes etwa 9%, um das Jahr 1887 hatte er sich auf 13,5% erhöht, d. h. jeder siebte Student war ein Jude. An einzelnen Universitäten war er jedoch viel größer; an der Medizinischen Fakultät in Charkow waren es 42% Juden, an der in Odessa 31% und an der Juristischen Fakultät 41%. An allen

Gymnasien und Progymnasien des Landes verdoppelte sich der Anteil der Juden in der Zeit von 1870 bis 1880 - er stieg auf 12% (und vervierfachte sich im Vergleich zum Jahr 1865), im Schulbezirk Odessa erreichte er um das Jahr 1886 32%, an einzelnen Schulen jedoch 75% und mehr. (Als D. A. Tolstoj, seit 1866 Minister für Volksaufklärung, 1877 dazu überging, die russische Schule in ein »klassisches« System zu pressen, in dem die Antike überwog, empörte man sich in den Kreisen der russischen Intelligenzija über diese Reform, sie rief jedoch unter Juden, wie in verschiedenen Erinnerungen zu lesen ist, keine Unzufriedenheit hervor.)

Aber diese Bildungsbewegung erfasste vorerst nur »die jüdische Bourgeoisie und Intelligenzija. Die breiten Massen blieben ... den Chederschulen und Jeschiwot treu«, die russische »Elementarschule ... erbrachte keine Privilegien«. »Der Durchschnittsjude blieb aufgrund der spezifischen Bedingungen seines inneren und äußeren Lebens weiterhin isoliert. « »In der Bevölkerung der Städte und Schted des Ansiedlungsrayons, die in einer Atmosphäre der strengsten religiösen Tradition und Disziplin lebte, vollzog sich der Prozess der Anpassung an die zeitgenössische allgemeinmenschliche Kultur nur außerordentlich langsam, und die Keime des Neuen brachen nur mit Mühe durch. « »Die Masse der jüdischen Bevölkerung, die im Ansiedlungsrayon zusammengepfercht war, empfand im normalen Leben kein Bedürfnis, die russische Sprache zu beherrschen ... Sie blieb wie bisher in den vertrauten Mauern der jüdischen Elementarschule des Cheder«, und wer kaum lesen konnte, musste als Erstes die Bibel lesen - auf Hebräisch.

Für die Regierung aber hatten damit, dass den Juden die Türen zur allgemeinen Bildung weit geöffnet worden waren, die staatlichen jüdischen Schulen ihren Sinn verloren. Seit 1862 durfte das Amt des Oberinspektors dieser Schulen auch Juden übertragen werden. Jetzt kamen »allmählich immer mehr aufgeklärte jüdische Pädagogen zum Personal dieser Schulen hinzu; dem Zeitgeist gemäß bemühten sie sich, das Niveau des russischen Sprachunterrichts zu heben und den Unterricht in den jüdischen Fächern einzuschränken«. 1873 wurden diese Schulen zum Teil abgeschafft, zum Teil in jüdische Elementarschulen allgemeinen Typs mit einer drei- und sechsjährigen Ausbildung, und zwei Rabbinerschulen, in Wilna und Shitomir, wurden in Lehrerbildungsinstitute umgewandelt. Von nun an glaubte die Regierung, die Isoliertheit [der Juden] durch gemeinsame Bildung überwinden zu können. Der »Kommission zur Umgestaltung der Lebensweise der Juden« wurden jetzt einerseits schriftliche Berichte von oft hoch gestellten Fürsprechern der Juden unterbreitet, und andererseits wurden auch Meinungen an sie herangetragen, die einen hemmenden Einfluss ausübten: wie z. B. die Juden »können nicht... anderen Nationalitäten des Reiches gleichgestellt werden ... Ihnen kann nicht bedingungslos gestattet werden, überall in Russland zu leben; das kann erst dann zugelassen werden, wenn alle möglichen Mittel versucht worden sind, aus ihnen produktive, nützliche Bürger an ihren jetzigen Wohnorten zu machen, und wenn diese Maßnahmen eindeutig von Erfolg gekrönt sind. «

Bei dem Beben, das von allen Reformen, sogar und ganz besonders von der Aufhebung (1856) der drückenden Rekrutenpflicht (aber auch in Zusammenhang damit der Rechte der

Ältesten der jüdischen Gemeinden), danach von der Aufhebung (1863) der mit ihr verbundenen Sondersteuer, hervorgerufen wurde, zeigte sich jedoch, dass »die administrative Macht der Führer der Dorfgemeinden im Vergleich zur ehemals fast unbegrenzten Macht«, die vom (1844) abgeschafften Kahal, jenem einstmals uneingeschränkten Beherrscher des jüdischen Lebens, auf sie übergangen war, »erheblich erschüttert war«.

Gerade in diesen Jahren, Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre, sprach der getaufte Jude Jakob Brafman vor der Regierung und dann öffentlich, wobei er den energischen Versuch unternahm, eine durchgreifende Reformierung der jüdischen Lebensweise durchzusetzen. Er überreichte dem Zaren dazu eine Denkschrift und wurde vom Synod mehrere Male zu Beratungen eingeladen. Er machte sich daran, das Kahalsystem (teilweise schon verspätet, nämlich nach der Beseitigung der Kehilot) zu entlarven und zu erläutern. Zu diesem Zweck übersetzte er die von ihm beschafften Akten des Minsker Kahal vom Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts ins Russische, veröffentlichte sie zuerst teilweise und danach im »Buch vom Kahal« zusammenhängend und machte damit die ganze umfassende persönliche und materielle Rechtlosigkeit der Mitglieder der Gemeinde deutlich. Dieses Buch »erlangte in den Augen der Administration eine außerordentliche Bedeutung, wurde als offizielles Handbuch angesehen und errang sich einen festen Platz (meist nur vom Hörensagen) inIn der Epoche der Reformen

breiten Schichten der russischen Gesellschaft«, man sprach von »einem Siegeszug Brafmans«, »einem außerordentlichen Erfolg«. (Später wurde das Buch ins Französische, Deutsche und Polnische übersetzt.) »Dem >Buch vom Kahal< gelang es, bei vielen Personen einen fanatischen Hass auf das jüdische Volk als Weltfeind der Christen< zu schüren und eine verzerrte Vorstellung von der inneren Lebensweise der Juden zu verbreiten. «

»Diese Mission« Brafmans - die Sammlung von Dokumenten des Kahal und ihre Übersetzung ins Russische - »versetzte die jüdische 'Gesellschaft in Aufregung«; auf Verlangen von Juden wurde eine Regierungskommission zur Untersuchung dieser Angelegenheit gegründet. Einige »jüdische Schriftsteller zögerten nicht, Beweise dafür zu veröffentlichen, dass die Dokumente des Kahal von Brafman teils entstellt wiedergegeben, teils falsch übersetzt worden waren«, ein Kritiker »zog sogar die Echtheit einiger Dokumente in Zweifel«? (Die neue »Jüdische Enzyklopädie« erklärt nach einem Jahrhundert - im Jahre 1976 -, dass »die von ihm [Brafman] verwendeten Materialien echt und die Übersetzung ziemlich genau« sei, auch wenn sie ihm eine falsche Interpretation vorwirft. Nach Einschätzung der noch später [1994] erschienenen »Russischen Jüdischen Enzyklopädie« sind »die von Brafman veröffentlichten Dokumente eine wertvolle Quelle für die Untersuchung der Geschichte der Juden in Russland Ende des 18. , Anfang des 19. Jahrhunderts«. Übrigens ist der Dichter Wladislaw Chodassewitsch ein Großneffe Brafmans.)

»Die staatlichen Gesetze können nicht«, wie Brafman behauptete, »jene verderbliche Kraft ausschließen, die in der jüdischen Selbstverwaltung enthalten ist... Diese Organisation beschränkt sich nicht auf die örtlichen Kehilot... , sondern umfasst das jüdische Volk in der ganzen Welt... , und demzufolge können die christlichen Völker nicht vor der jüdischen Ausbeutung verschont bleiben, wenn nicht alles beseitigt wird, was die Isoliertheit der Juden begünstigt. « Brafman unterstützt »die Auffassung vom Talmud nicht als einem Kodex von religiös-nationalem Charakter, sondern als einem >politisch-zivilen Kodex«, der >gegen die Tendenz der politischen und moralischen Entwicklung der christlichen Länder« gerichtet ist«

und »eine talmudische Republik« schafft. Er vertrat den Standpunkt, »dass die Juden einen Staat im Staate bilden« und »meinen, die staatlichen Gesetze seien für sie nicht verbindlich«, dass »eines der Hauptziele der jüdischen Gesellschaft die Vernebelung der Hirne der Christen< sei, um sie nur in fiktive Eigentümer des ihnen gehörenden Besitzes zu verwandeln«. Außerdem »warf er der Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden Russlands und der Alliance Israelite Universelle vor, Teil >einer internationalen jüdischen Verschwörung« zu sein«. Nach Gessens Einschätzung »forderte >Das Buch vom Kahal< ... nur, die Selbstverwaltung der Juden mit Stumpf und Stiel auszurotten«.

Der Staatsrat erklärte, »die scharfe Ausdrucksweise des »Buches vom Kahal« abmildernd«: Auch wenn mit administrativen Maßnahmen erreicht werden kann, dass sich die Juden von der übrigen Bevölkerung nicht mehr äußerlich unterscheiden, so wird »damit noch keineswegs die Ausmerzung der Verschlossenheit der jüdischen Gemeinden und ihrer sogar fast feindseligen Haltung gegenüber Christen gewährleistet«, »die für den Staat schädliche Isoliertheit der Juden« kann dadurch beseitigt werden, dass »einerseits der gesellschaftliche Zusammenhalt der Juden und die Macht der jüdischen Ältesten nach Möglichkeit geschwächt und andererseits - was noch wichtiger ist - die Aufklärung unter den Juden verbreitet wird«.

Aber dieser Prozess - der Aufklärung - hatte bereits in der jüdischen Gesellschaft begonnen. Die frühere Bewegung der Haskala in den 1840er- Jahren hatte mehr die deutsche Kultur zum Vorbild, und die russische Sprache blieb ihren Anhängern fremd (sie kannten Goethe und Schiller, aber nicht Puschkin und Lermontow). »Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kannten sogar gebildete Juden, bis auf wenige Ausnahmen, die russische Sprache und Literatur nicht, beherrschten jedoch gleichzeitig hervorragend die deutsche Sprache. « Aber die Bewegung jener Maskilim, die sich eher um die eigene Aufklärung bemühten als um die der Masse des jüdischen Volkes, siechte in den 60er-Jahren dahin. »Die russische Strömung erfasste das jüdische Milieu in den 1860er-Jahren. Bis dahin hatten die Juden nicht in Russland gelebt, sondern dort nur gewohnt«- und ihre Probleme ganz isoliert von der russischen Wirklichkeit gesehen. Bis zum Krimkrieg hatte die jüdische Intelligenzija in Russland nur die deutsche Kultur anerkannt, aber seit den großen Reformen zog es sie zur russischen Kultur hin, die russische Sprache zu beherrschen »hebt ... die Selbstachtung«. Jetzt entfaltete sich die jüdische Aufklärung schon unter dem starken Einfluss der russischen Kultur. »Die besten ... Angehörigen der russisch-jüdischen Intelligenzija vergaßen ihr Volk nicht«, gingen nicht nur »ihren persönlichen Interessen« nach, sondern machten sich Gedanken »über die Erleichterung seines Loses«, denn die russische Literatur lehrte sie, den geringeren Brüdern zu dienen.

Aber der neuen Aufklärung wurde diese Hinwendung zur Masse des eigenen Volkes dadurch erschwert, dass diese fest mit der Religion, einem für die Fortschrittsbewegung »absolut regressiven Faktor«, verbunden war. Die entstandene Bewegung der jüdischen Aufklärung jedoch war natürlich gemäß dem Zeitgeist völlig weltlich orientiert. Der Prozess der Säkularisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins im jüdischen Milieu »gestaltete sich angesichts der besonderen Rolle, welche die Religion im Laufe vieler Jahrhunderte in der Diaspora als Basis des jüdischen Nationalbewusstseins gespielt hatte, besonders schwierig«, sodass »die Formierung des weltlichen jüdischen Nationalbewusstseins« in breitem Umfang »eigentlich erst am Ende des Jahrhunderts begann«. »Und das nicht aufgrund der Rückständigkeit, sondern ganz bewusst: Der Jude wollte sich nicht der Gefahr aussetzen, von Gott getrennt zu sein. «

Die jüdisch-russische Intelligenzija begegnete gleich bei ihrer Entstehung der russischen Kultur, dazu noch in einer stürmischen Phase der Entwicklung der russischen Intelligenzija sowie in einer Zeit, in der auch die westliche Kultur in Russland eindrang (Buckle, Hegel, Heine, Hugo - bis Comte und Spencer). Es wird darauf hingewiesen, dass die Aktivisten der ersten Generation der jüdisch-russischen Intelligenzija, die später einen nicht geringen Einfluss auf das Weltjudentum ausgeübt hat, fast zur gleichen Zeit, zwischen 1860 und 1866, geboren wurden: S. Dubnow, M. Krol, G. Sliosberg, O. Grusenberg, Saul Ginsburg. (Übrigens wurden in diesen Jahren auch ihre Altersgenossen geboren, die bekannten jüdischen Revolutionäre M. Goz, G. Gerschuni, F. Dan, Asef, L. Axelrod [die »Orthodoxe«], P. Axelrod, L. Deutsch und viele andere.)

1863 wurde mit Unterstützung von Eusel Ginzburg und A. M. Brodskij die »Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden Russlands« (OPE) — zunächst in kleinem Kreise — gegründet. In den ersten Jahrzehnten befasste sie sich nicht mit schulischen Fragen, sondern war verlegerisch tätig - was bei den orthodoxen Juden auf »heftigen Widerstand« stieß. (Sie protestierten auch gegen die russische Veröffentlichung der Fünf Bücher Mose als lästerlichen Anschlag auf die Thora.) Seit den 70er-Jahren bot die Gesellschaft jüdischen Schulen finanzielle Unterstützung. Die kulturelle Tätigkeit wurde russifiziert, nur dem Hebräischen gegenüber wurden Zugeständnisse gemacht, jedoch nicht gegenüber dem »Jargon«, wie damals das Jiddische genannt wurde. Nach Meinung des Belletristen Ossip Rabinowitsch »kann der »verdorbene Jargons den die Juden in Russland sprechen, »nicht die Aufklärung fördern, weil es nicht nur unmöglich ist, abstrakte Begriffe in ihm auszudrücken, sondern überhaupt einen vernünftigen Gedanken«. »Anstatt uns die schöne russische Sprache anzueignen, bleiben wir Juden in Russland bei unserem verdorbenen, schlecht klingenden, falschen und armseligen Jargon. « (Deutsche Maskilim verspotteten den Jargon damals noch ärger.)

Im russischen Judentum entstand also »eine neue gesellschaftliche Kraft, die nicht zögerte, den Kampf gegen das Bündnis ... von Kapital und Synagoge aufzunehmen«, wie sich der liberal gesinnte Ju. I. Gessen ausdrückt. Als diese Kraft erwies sich, auch wenn vorerst nur als zartes Gewächs, die in russischer Sprache erscheinende jüdische Presse.

Ihr Ersding war die Odessaer Zeitschrift »Rasswet« [»Morgenröte«], die allerdings nur zwei Jahre lang (1859-1861) erschien und vom oben genannten O. Rabinowitsch herausgegeben wurde. Die Zeitschrift sollte als »Mittel zur Verbreitung »nützlicher Kenntnisse, wahrer Religiosität sowie der Gesetze des Zusammenlebens und der Moral< dienen, die Juden ermuntern, die russische Sprache zu erlernen und »sich mit der einheimischen Bildung vertraut zu machen«. »Rasswet« schenkte auch der Politik Beachtung, wobei sie »der Vaterlandsliebe« Ausdruck verlieh und die Absicht äußerte, »die Auffassungen der Regierung zu unterstützen«. Man wollte »ein gemeinsames Leben mit allen Völkern führen, an ihrer Bildung und ihren Erfolgen teilnehmen und gleichzeitig das eigene, besondere, nationale Erbe bewahren, entwickeln und vervollkommnen«. Einer der beiden leitenden Mitarbeiter von »Rasswet«, der Publizist L. Lewanda, schrieb, dass die Zeitschrift ein doppeltes Ziel verfolge, nämlich »verteidigen und angreifen - die Verteidigung richtet sich gegen Angriffe von außen, wenn es um die Verteidigung unserer Menschenrechte und konfessionellen [religiösen] Interessen geht, und die Angriffe richten sich gegen unseren inneren Feind: Obskurantismus, Routine, gesellschaftliche Missstände, unsere Untugenden und Schwächen«. In der Epoche der Reformen

Diese letzte Tendenz, »die Aufdeckung von Schwächen des inneren jüdischen Lebens«, erweckte in jüdischen Kreisen die Befürchtung, dass dies »zu neuen gesetzlichen Repressionen führen wird«. Jüdische (auf Jiddisch erscheinende) Zeitungen, die damals entstanden, »bezeichneten die Tendenz von >Rasswet< als äußerst radikal«. Aber die gleichen gemäßigten Zeitungen brachten schon allein durch ihr Erscheinen »die patriarchalische Ordnung< des Gemeindelebens ins Wanken, die durch die Stimmlosigkeit des Volkes aufrechterhalten wurde«. Selbstverständlich hörte in der jüdischen Gesellschaft der Kampf zwischen den Rabbinern und den Chassidim nicht auf, und seit den 1860er-Jahren kam der Kampf fortschrittlicher Publizisten gegen konservative Grundlagen der Lebensweise hinzu. »In den 60er-Jahren bereitete das System repressiver Maßnahmen gegen ideologische Gegner sogar hochintelligenten Menschen«, wie Gessen schreibt, »keine Gewissensqualen«, und der Publizist A. Kowner, »der jüdische Pissarew«, zögerte nicht, beim Generalgouverneur von Neurussland eine der jüdischen Zeitungen zu denunzieren. (In den 1870er-Jahren genoss Pissarew selbst »unter jüdischen Intellektuellen ... große Popularität«.)

Nach Einschätzung von M. Aldanov begann die Teilnahme von Juden am russischen kulturellen und politischen Leben Ende der 1870er- Jahre (und an der revolutionären Bewegung ein Jahrzehnt früher).

In den 70er-Jahren begann die Mitarbeit neuer jüdischer Publizisten — des bereits erwähnten L. Lewanda, des Kritikers S. Wengerow, des Dichters N. Minskij - an der gesamtrussischen Presse (Minskij, so berichtet G. Aronson, hatte vor, in den Russisch-Türkischen Krieg zu ziehen, um für die slawischen Brüder zu kämpfen). Der Minister für Volksaufklärung, Graf Ignatjew, äußerte damals, er glaube an die Liebe der Juden zu Russland. Nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 gab es unter Juden Gerüchte über bevorstehende günstige Reformen. Inzwischen hatte sich das Zentrum der jüdischen Intelligenzija von Odessa nach Petersburg verlagert, wo neue Literaten und Advokaten als Führer der öffentlichen Meinung in Erscheinung traten. Angesichts dieser neuen Hoffnungen begann »Rasswet« 1879 in Petersburg neu zu erscheinen. In einem programmatischen Artikel schrieb M. I. Kulischer: »Ein Organ der Nöte und Bedürfnisse der russischen Juden zu sein ... , das die breite Masse der russischen Juden aus dem geistigen Winterschlaf erweckt ... , das erfordert auch das Wohl Russlands ... Der intelligente Teil der russischen Juden sondert sich damit nicht von der Masse der russischen Bürger ab. «

Neben der Entwicklung der jüdischen Presse begann sich auch die jüdische Literatur zu entwickeln - zuerst auf Hebräisch, dann auf Jiddisch, dann auf Russisch, wobei sie sich von Vorbildern der russischen Literatur anregen ließ. Unter Alexander II. »gab es nicht wenige jüdische Schriftsteller, die sich bemühten, ihre Glaubensbrüder davon zu überzeugen, dass sie die russische Sprache erlernen und Russland als ihre Heimat ansehen sollten«.

Unter den Bedingungen der 60er- und 70er-Jahre blieb den damals noch nicht zahlreichen jüdischen Aufklärern, die von der russischen Kultur umgeben waren, nichts anderes übrig als nach Assimilation zu streben, d. h. »einen Weg einzuschlagen, der die jüdischen Intellektuellen in Westeuropa bei analogen Bedingungen zur einseitigen Assimilation mit dem vorherrschenden Volk hinführte« — aber mit dem Unterschied, dass das allgemeine kulturelle Niveau der alteingesessenen Völker in den europäischen Ländern immer höher gewesen war, während den Juden unter den Bedingungen Russlands bevorstand, sich nicht dem russischen Volk anzugleichen, das erst schwach mit der Kultur in Berührung gekommen war, und -

aufgrund der Opposition, der inneren Abneigung - auch nicht der regierenden russischen Schicht, sondern nur der zahlenmäßig schwachen russischen Intelligenzija, die jedoch schon völlig säkularisiert war und ihren Gott verstoßen hatte. Genauso brachen jetzt die jüdischen Aufklärer mit der jüdischen Religiosität, und »da sie keine andere Verbindung zu ihrem Volk fanden, entfernten sie sich völlig von ihm, wobei sie sich geistig nur als Bürger Russlands fühlten«.

Es fand auch eine »praktische gegenseitige Annäherung der zur Intelligenzija zählenden Gruppen der russischen und der jüdischen Gesellschaft statt«. Befördert wurde dies sowohl durch die allgemeine Belebung, Beweglichkeit und das Leben einer gewissen Kategorie von Juden außerhalb des Ansiedlungsrayons als auch durch die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs (auch Auslandsreisen) — »all das trug zu einem engeren Kontakt zwischen dem jüdischen Ghetto und der Welt ringsum bei«. In Odessa sprach um die 60er-Jahre »etwa ein Drittel... der Juden Russisch«. Die Bevölkerung nahm hier rasch zu, »da russische, aber auch ausländische Juden, die vorwiegend aus Deutschland und Galizien kamen, massenhaft nach Odessa zogen«. Das Aufblühen Odessas um die Jahrhundertmitte war ein Vorbote der Blüte des ganzen russischen Judentums Ende des 19. , Anfang des 20. Jahrhunderts. Das freie Odessa entwickelte sich schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts nach seinen eigenen Gesetzen, die sich von denen ganz Russlands unterschieden - den Freihafen von Odessa konnten z. B. während des Russisch-Türkischen Krieges auch türkische Schiffe anlaufen. »Die Hauptbeschäftigung der [Odessaer] Juden war damals der Getreidehandel. Viele Juden waren Kleinhändler, Kommissionäre (hauptsächlich zwischen Gutsbesitzern und Exporteuren), Agenten großer ausländischer und inländischer, vorwiegend griechischer Gesellschaften, die mit Getreide handelten ... , Taxatoren an der Getreidebörse, Kassierer, Waagemeister, Schauerleute«; »die Juden spielten eine dominierende Rolle im Getreidehandel: Um das Jahr 1870 lag der größere Teil des Getreideexports in ihren Händen. 1910 waren es 89,2% des Exports. «»Im Vergleich zu anderen Städten des Ansiedlungsrayons wohnten in Odessa mehr Juden, die Angehörige freier Berufe waren ... Sie unterhielten gute Beziehungen zu den Vertretern der russischen gebildeten Gesellschaft und genossen den Schutz der obersten Administration der Stadt... Die Juden protegierte vor allem N. Pirogow, von 1856 bis 1858 Kurator des Odessaer Schulbezirks. « Ein Zeitgenosse schilderte anschaulich diesen Odessaer Wirrwarr, wo zwischen jüdischen und griechischen Händlern ein scharfer Konkurrenzkampf tobte und wo »in ertragreichen Jahren die Hälfte der Stadt vom Verkauf von Getreideerzeugnissen lebte, angefangen vom Getreidegroßhändler bis zum letzten Trödler«, im dortigen Gemisch war es mit der verbindenden russischen Sprache »unmöglich, eine Trennlinie zu ziehen, die zeigte, wo in Odessa der Weizenhändler oder Bankier aufhört und der Vertreter eines geistigen Berufs anfängt«.

Nim verstärkte sich »unter den aufgeklärten Juden ... der Prozess der Anpassung an alles Russische«. »Die europäische Bildung und die Kenntnis der russischen Sprache wurden lebenswichtige Erfordernisse«, »alle stürzten sich auf das Studium der russischen Sprache und der russischen Literatur; jeder dachte nur daran, wie er sich möglichst rasch der Umwelt anpassen und mit ihr völlig verschmelzen könnte«, es galt, sich »völlig in Russen zu verwandeln und vom russischen Geist< durchdrungen zu werden, damit >der Jude sich durch nichts, außer durch die Religion, von den übrigen Bürgern unterschiede. Ein Zeitgenosse, M. G. Morgulis, gab dies so wieder: »Alle begannen sich als Bürger ihres Heimatlandes zu fühlen, alle erhielten ein neues Vaterland. « »Die Vertreter der jüdischen Intelligenzija waren der Ansicht, sie seien

>im Namen der staatlichen Ziele verpflichtet, auf ihre nationalen Besonderheiten zu verzichten und ... mit jener Nation zu verschmelzen, die im betreffenden Staat dominierte Einer der damaligen jüdischen Progressisten schrieb: >Die Juden als Nation gibt es nicht<, >sie betrachten sich als Russen mosaischen Glaubens« ... >Die Juden sind sich bewusst, dass ihre Rettung in der Verschmelzung mit dem russischen Volk besteht««.

Hier muss man vielleicht den Arzt und Publizisten 'Wenjamin Portugalow erwähnen. In seiner Jugend erfüllte ihn revolutionäre Begeisterung, er saß sogar in der Peter-und-Pauls-Festung und ließ sich 1871 in Samara nieder. Er »spielte eine herausragende Rolle bei der Entwicklung der Medizin und des Gesundheitswesens im Landkreis ... , war einer der Pioniere der Behandlung des Alkoholismus und seiner Bekämpfung in Russland« und hielt Vorträge für das Volk. »Schon in seiner Jugend war er ein Anhänger der Auffassung der Narodniki von der unheilvollen Rolle der Juden im wirtschaftlichen Leben der russischen Bauern. Diese Ansichten lagen den Dogmen der jüdisch-christlichen Bewegung in den 1880er-Jahren zugrunde« (der »Geistig-Biblischen Bruderschaft«). Portugalow hielt es für nötig, das Leben der Juden vom Ritualismus zu befreien, und war der Ansicht, dass »das Judentum nur dann existieren und eine Kultur und Zivilisation entwickeln kann, wenn es in den europäischen Völkern (darunter im russischen) aufgegangen ist«.

Gleichzeitig lässt sich in der Regierungszeit Alexanders II. ein deutlicher Rückgang der Zahl der Taufen feststellen, die nach der »Zeit der Kantonisten« und der Erweiterung der jüdischen Rechte überflüssig geworden waren. Von da an ging auch die Sekte der »Judaisierenden« dazu über, sich offen zu ihrer Religion zu bekennen.

Jene Bindung, die wohlhabende Juden besonders außerhalb des Ansiedlungsrayons, aber auch Juden mit russischer Bildung an Russland hatten, ist bemerkenswert und muss erwähnt werden. »Angesichts der großen Reformen waren ausnahmslos alle aufgeklärten russischen Juden, so kann man sagen, russische Patrioten und Monarchisten und vergötterten Alexander II. geradezu. [Der damalige Generalgouverneur der Nordwestlichen Region N. M.] Murawjow, der wegen seiner Grausamkeit gegen-

über den aufständischen Polen [1863] berüchtigt war, protegierte die Juden und verfolgte eine vernünftige Politik der Gewinnung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung in den Westgebieten, der jüdisch war, für die russischen staatlichen Ziele. « Obwohl die polnischen Juden größtenteils aufseiten der Polen am Aufstand von 1863 teilnahmen, sagte »der gesunde Volksinstinkt« den Juden der Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno, »dass sie sich auf die Seite Russlands stellen mussten, von dem sie mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit erwarten konnten als von den Polen, die zwar die Juden von alters her duldeten, aber sich zu ihnen immer wie zu einer niederen Rasse verhielten«. (Jakob Tejtel beschreibt das so: »Die polnischen Juden blieben immer abseits der russischen Juden« und betrachteten diese »wie echte Polen«. Die Polen selbst aber äußerten sich zu ihm insgeheim über die russischen Juden in Polen: »Die besten Juden sind unsere Feinde. Die russischen Juden, die Warschau, Lodz und andere bedeutende Zentren Polens überschwemmt haben, sind die Wegbereiter der uns unsympathischen russischen Kultur. «)

Damals war die Russifizierung der russischen Juden auch bei der russischen Regierung »sehr erwünscht«. Die russischen Behörden »betrachteten den Umgang mit der russischen Jugend als zuverlässigstes Mittel zur Umerziehung der jüdischen Jugendlichen, um >die Feindschaft gegen die Christen unter ihnen auszutilgen«.

Übrigens war diesem neuen jüdisch-russischen Patriotismus eine klare Grenze gesetzt. Der Jurist und Publizist I. G. Orschanskij bemerkte dazu: Um diesen Prozess zu beschleunigen, muss man die Juden »in eine solche Lage bringen, dass sie sich als freie Bürger in einem freien, zivilisierten Land fühlen können«. Der bereits erwähnte Lew Lewanda, »ein gebildeter Jude« im Dienst des Gouverneurs von Wilna, schrieb damals: »Ich werde erst dann [ein russischer Patriot] werden, wenn die jüdische Frage endgültig und befriedigend gelöst sein wird. « Ein heutiger jüdischer Autor, der all die vielen bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gemacht hat und nach Israel ausgewandert ist, wendet sich nach einem Jahrhundert an ihn und antwortet ihm: »Lewanda bemerkt nicht, dass man dem Vaterland keine Bedingungen stellt. Man liebt es vorbehaltlos, ohne Konditionen und Vorbedingungen, man liebt es, weil es die Heimat ist. Dieses Programm - Liebe mit Vorbehalt! - wird von der russisch-jüdischen Intelligenzija seit 100 Jahren aufrechterhalten, während sie in Bezug auf alle anderen Bedingungen des >Russisch-Seins< keine Einschränkungen macht. «

Aber in der geschilderten Zeit »bildeten nur einzelne kleine Gruppen der jüdischen Gesellschaft, zudem in den größten Industrie- und Handelszentren, russisches Staatsbewusstsein aus ... Auf diese Weise entstand eine übertriebene Vorstellung vom siegreichen Eindringen der russischen Sprache ins jüdische Leben. « »Die breite Masse wurde von den neuen Tendenzen nicht erfasst... Sie blieb nicht nur von der russischen Gesellschaft isoliert, sondern auch von der jüdischen Intelligenzija. « Die Masse der jüdischen Bevölkerung wurde in den 60er- und 70er-Jahren noch nicht von der Assimilation erfasst, und ihr drohte die Trennung von der jüdischen Intelligenzija. (In Deutschland gab es bei der jüdischen Assimilation so etwas nicht, denn dort gab es keine »jüdische Volksmasse« - alle standen höher auf der sozialen Leiter und lebten nicht in einer so dichten, historisch bedingten Konzentration.)

Auch Angehörige der jüdischen Intelligenzija äußerten sich Ende der 60er-Jahre besorgt über eine solche Bekehrung jüdischer Intellektueller zu russischen Patrioten. Als Erster sprach darüber Perez Smolenskin im Jahre 1868: Die Anpassung an das russische Äußere trägt, so sagte er, für die Juden den »Charakter einer nationalen Gefahr«; obwohl man die Aufklärung nicht furchten müsse, dürfe man nicht mit seiner historischen Vergangenheit brechen; wenn man sich der allgemeinen Kultur anpasst, müsse man seinen nationalen geistigen Charakter bewahren, und »dass die Juden keine religiöse Sekte, sondern eine Nation« seien. Wenn die jüdische Intelligenzija sich von ihrem Volk entfernt, wird es nicht von der administrativen Unterdrückung und geistigen Knechtung befreit werden. (Der Dichter I. Gordon sagte: »Sei draußen ein Mensch und zu Hause ein Jude. «)

Die Petersburger Zeitschriften »Rasswet« (1879-1882) und »Russkij jewrej« [»Der russische Jude«] bewegten sich in der gleichen Richtung. Sie trugen zur verstärkten Gewinnung der jüdischen Jugend für das Studium der jüdischen Vergangenheit und Gegenwart bei. Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre entstand eine Wasserscheide zwischen der kosmopolitischen und der nationalen Richtung im russischen Judentum. »Eigentlich glaubten die Führer von >Rasswet< schon nicht mehr an die Assimilation ... >Rasswet< beschritt, ohne sich dessen bewusst zu sein, den Weg ... der Erweckung des nationalen Selbstbewusstseins ... , eine stark

ausgeprägte nationale Tendenz ... Die Illusionen der Russifizierung ... verflogen. «

Dies wurde auch von den europäischen historischen Ereignissen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begünstigt: dem polnischen Aufstand, der in Kämpfen vollzogenen Einigung

Italiens, danach Deutschlands und schließlich der auf dem Balkan lebenden Slawen. Überall erhitzte die nationale Idee die Gemüter und siegte. Diese Richtung sollte offensichtlich auch ohne die Ereignisse von 1881/82 weiterhin in der jüdischen Intelligenzija erstarken.

Inzwischen änderte sich während der 70er-Jahre das Verhältnis der russischen Gesellschaft zu den Juden, das zur Zeit des großen Aufschwungs durch die Reformen Alexanders sehr positiv war. Die Veröffentlichungen Brafmans stimmten die russische Gesellschaft bedenklich und wurden überaus ernst genommen.

Noch etwas fiel in diese Zeit: 1860 wurde in Paris die Alliance Israelite Universelle (AIU) gegründet... »mit dem Ziel, die Interessen der Juden« in der ganzen Welt zu schützen, und einem Zentralkomitee (dessen Leitung 1863 Adolphe Cremieux übernahm). »Ungenügend mit der Lage der Juden in Russland vertraut... «, »begann sich die AIU für das russische Judentum zu interessieren« und »wurde bald mit großer Beharrlichkeit zum Nutzen der Juden in Russland tätig«. Die AIU hatte keine Filialen in Russland und »funktionierte innerhalb seiner Grenzen nicht«. Neben der Wohltätigkeits- und Aufklärungsarbeit wandte sich die Allianz wiederholt direkt an die russische Regierung und setzte sich für russische Juden ein, auch wenn es oft unangebracht war. (So z. B. im Jahre 1866: Es sollte verhindert werden, dass Izka Borodaj, der wegen einer politisch motivierten Brandstiftung angeklagt war, hingerichtet würde, er wurde jedoch nicht zum Tode verurteilt, und weitere in diese Sache verwickelte Juden wurden auch ohne Bittgesuche freigesprochen; Cremieux protestierte gegen eine Zwangsumsiedlung von Juden in den Kaukasus und an den Amur - aber die russische Regierung hatte keine solche Absicht; 1869 intervenierte man, weil in Petersburg angeblich Juden verfolgt wurden - aber das stimmte nicht. Auch beim Präsidenten der USA wurde Klage geführt, weil vermutet wurde, Juden würden wegen ihres Glaubens von der russischen Regierung verfolgt.) Doch die neu gegründete Allianz (mit einem Emblem, auf dem die Gesetzestafeln von Moses über der Erdkugel zu sehen waren) übte laut Berichten des russischen Botschafters in Paris bereits »einen außerordentlichen Einfluss auf die jüdische Gesellschaft in allen Staaten aus«. All das beunruhigte nicht nur die russische Regierung, sondern auch die russische Gesellschaft. Verstärkt agitierte Jakob Brafman gegen die AIU. Er behauptete, die Allianz habe »wie alle jüdischen Verbände einen heuchlerischen Charakter (ihre offiziellen Dokumente sagen der Regierung das eine, die geheimen das andere)«, sie habe die Aufgabe, »das Judentum vor dem für sie schädlichen Einfluss der christlichen Zivilisation zu schützen«. (Des weiteren wurden Beschuldigungen gegen die 1863 gegründete »Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden Russlands« erhoben: Sie habe die Aufgabe, »eine internationale jüdische Solidarität und kastenmäßige Abgeschlossenheit anzustreben und zu festigen«.

Auch der erste emotionale Aufruf der Organisatoren der AIU »An die Juden aller Länder« und Fälschungen nährten den Argwohn gegen die Allianz. Anlässlich der jüdischen Einigung hieß es dort: »Juden!... Wenn ihr glaubt, dass dieser Verband für euch gut ist, dass ihr, wenn ihr ein Teil der verschiedenen Völker seid, trotzdem gemeinsame Gefühle, Wünsche und Hoffnungen haben könnt... , wenn ihr denkt, dass eure isolierten Bemühungen und die guten Absichten und Bestrebungen einzelner Personen eine große Kraft werden können, dass ihr euch zu einem Ganzen vereinen und in eine Richtung und zu einem einzigen Ziel hin gehen könnt ... , dann unterstützt uns mit eurer Sympathie und eurem Beistand. «

Später tauchte ein in Frankreich gedrucktes zweitrangiges Dokument auf, angeblich ein Aufruf des bereits erwähnten Adolphe Cremieux, »An die Juden des Universums!«. Das war

höchstwahrscheinlich eine Fälschung. Nicht ausgeschlossen ist, dass es einer der von den Organisatoren der Allianz nicht bestätigten Entwürfe für den Appell war (allerdings ähnelte er im Ton den von Brafman erhobenen Beschuldigungen, denen zufolge die AIU angeblich geheime Ziele hatte): »Wir wohnen in fremden Ländern und können solange nicht die wechselnden Interessen dieser Länder teilen, solange unsere eigenen moralischen und materiellen Interessen gefährdet sind ... Die jüdische Lehre muss die ganze Welt erfüllen ... «In der russischen Presse entbrannte ein heftiger Streit, nach dem I. S. Aksakow in seiner Zeitung »Russen« [»Russland«] bemerkte: »Die Frage, ob der Aufruf unecht ist ... , hat im vorliegenden Fall angesichts der Echtheit der in ihm zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Hoffnungen keine besondere Bedeutung. «

Die vor der Revolution erschienene »Jüdische Enzyklopädie« schreibt, dass in der russischen Presse seit den 1870er-Jahren »seltener Stimmen zum Schutz der Juden ertönten ... In der russischen Gesellschaft hat allmählich die Meinung festen Fuß gefasst, dass die Juden aller Länder durch eine starke politische Organisation vereinigt sind, deren Leitung in der Alliance Israelite Universelle konzentriert ist. « Ihre Gründung hatte also in Russland, und vielleicht nicht nur dort, eine Wirkung gehabt, die den Zielen der Allianz entgegengesetzt war.

Hätten die Gründer der AIU voraussehen können, wie viele verdammende Urteile ihretwegen über die internationale jüdische Geschlossenheit gefällt und wie oft sie sogar der Verschwörung beschuldigt werden würde, so hätten sie vielleicht auf die Allianz verzichtet, zumal sie den Lauf der europäischen Geschichte nicht änderte.

Nach 1874, als die neue Militärordnung die allgemeine und gleiche Militärpflicht in Russland einführte, »flackerte in der Bevölkerung wegen der zahlreichen Veröffentlichungen über die Umgehung der Wehrpflicht durch die Juden Feindseligkeit gegen die Juden auf«. Auch der AIU wurde vorgeworfen, sie beabsichtige, »junge Juden, die angesichts der Bekanntmachung des neuen Gesetzes über die Militärpflicht Russland verlassen, in ihre Obhut zu nehmen«; »Juden werden, da sie internationale Unterstützung genießen, mehr Möglichkeiten haben als andere Untertanen, das Land zu verlassen«. (Die Frage, die genau ein Jahrhundert später, in den 1970er-Jahren, akut werden sollte ...) Darauf antwortete Cremieux, Aufgabe der Allianz sei es, »religiöse Verfolgungen zu bekämpfen«, die AIU habe beschlossen, »einem Juden, der versuchen würde, sich [in Russland] dieser Pflicht zu entziehen, nicht von vornherein zu helfen« und »einen Aufruf an unsere Glaubensbrüder in Russland zu richten, um sie zur Befolgung aller Vorschriften des neuen Gesetzes zu bewegen«.

Außer der Flucht ins Ausland bestand eine der Möglichkeiten, sich der Militärpflicht zu entziehen, auch darin, sich selbst zu verstümmeln. Von Hunderten solcher trauriger Fälle berichtet der (vor und auch während der Revolution) ziemlich liberale General Denikin, der mehrere Jahre lang im Gouvernement Wolhynien an der Musterung jüdischer Rekruten teilnahm. Obwohl er diese Dinge schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts er-

lebte, wirkt seine Schilderung der zahlreichen verzweifelten Selbstverstümmelungen umso niederschmetternder.

Wie bereits erwähnt, verstärkte sich seit der Militärordnung von 1874 und der Vergünstigungen, die dabei in Bezug auf Bildung gewährt wurden, erheblich der Zustrom von Juden zu allgemeinen und höheren Schulen sowie zu Hochschulen. Diese sprunghafte Zunahme war sehr auffallend. Aus den nordwestlichen Gebieten war schon früher die

Aufforderung ergangen, »die Aufnahme von Juden in allgemeine Lehranstalten zu beschränken«. 1875 wies auch das Ministerium für Volksaufklärung die Regierung darauf hin, dass es unmöglich sei, »alle Juden, die allgemeine Schulen besuchen wollten, unterzubringen, wenn die christliche Bevölkerung nicht verdrängt werden sollte«.

Erwähnt sei hier noch der vorwurfsvolle Hinweis G. Aronsons, der bezeugte, dass auch Mendelejew an der Petersburger Universität »eine antisemitische Haltung erkennen ließ«. Die »Jüdische Enzyklopädie« charakterisiert all das »als Stimmungsumschwung, der Ende der 70er-Jahre bei einem Teil der russischen Intelligenzija eintrat ... , die sich von den Idealen der vorangegangenen Jahrzehnte, besonders in der jüdischen Frage ... , losgesagt hatte«.

Aber ein bemerkenswertes Kennzeichen der Epoche war, dass die Presse (mehr die rechte, wie sich versteht), jedoch nicht die Regierungskreise, eine sehr aufmerksame (aber keinesfalls feindselige) Haltung zur vorgeschlagenen völligen jüdischen Gleichberechtigung einnahm. In der Presse konnte man lesen: Wie kann man »diesem ... fanatisch-beharrlichen Volk alle bürgerlichen Rechte zubilligen und ihm Zugang zu den höchsten Verwaltungsposten gewähren? ... Nur Bildung ... und gesellschaftlicher Fortschritt können Juden und Christen einander aufrichtig annähern ... Bringt man sie in die gemeinsame Familie der Zivilisation, so werden wir als Erste Worte der Liebe und Versöhnung zu ihnen sprechen. « »Die Zivilisation wird von dieser Annäherung, die ihr die Mitwirkung dieses klugen und energischen Volkes verspricht, eigentlich immer profitieren ... Die Juden ... werden zu der Überzeugung gelangen, dass es an der Zeit ist, das Joch der Unduldsamkeit abzuwerfen, die auf die viel zu strengen Auslegungen der Talmudisten Zurückzufuhren ist. « Oder: »Solange die Bildung den Juden nicht den Gedanken eingeben wird, dass man nicht nur auf Kosten der Gesellschaft leben darf, sondern dieser Gesellschaft auch Nutzen bringen muss, solange kann keine Rede von einer Gleichberechtigung sein, die größer ist als die, die schon existiert. « Oder: »Auch wenn man den Juden die bürgerlichen Rechte gewähren kann, dürfen sie keinesfalls Zugang zu solchen Ämtern erhalten, >wo ihrer Macht die Lebensweise der Christen untergeordnet wird und wo sie Einfluss auf die Verwaltung und Gesetzgebung eines christlichen Landes haben können<. «

Welchen Ton die damalige Presse anschlug, kann man auch anhand der bereits erwähnten führenden Petersburger Zeitung »Golos« [»Die Stimme«] verfolgen: »Die russischen Juden können eigentlich nicht darüber klagen, dass sich die russische Presse nicht wohlwollend zu ihren Interessen verhalten hat. In den meisten russischen Presseorganen kommt eine Stimmung zugunsten der Gleichstellung der Juden in den allgemeinen bürgerlichen Rechten zum Ausdruck«; verständlich, »dass [die Juden] die Erweiterung ihrer Rechte, die Gleichstellung mit den anderen russischen Bürgern anstreben«; aber »welche dunkle Macht treibt die jüdische Jugend auf das wahnsinnige Gebiet der politischen Agitation? Wieso gibt es in fast jedem politischen Prozess Juden, und zwar in führenden Rollen? ... Eine solche Erscheinung wie die, dass sich die Juden allgemein der Militärpflicht entziehen und dass Juden und Jüdinnen unbedingt an jedem politischen Prozess beteiligt sind, kann nicht der Sache der Erweiterung der jüdischen Rechte dienen«; »wenn du Rechte haben willst, dann musst du vorher beweisen, dass du auch Pflichten erfüllen kannst, die untrennbar mit diesen Rechten verbunden sind«, »damit die jüdische Bevölkerung gegenüber den allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Interessen nicht in einem für sie ungünstigen und sehr düsteren Licht erscheint«.

Aber, so bemerkt die Enzyklopädie, »trotz dieser Propaganda herrschte in den bürokratischen Sphären weiterhin die Überzeugung, dass die Lösung der jüdischen Frage nur

durch Emanzipation möglich ist: Schon im März 1880 neigten die meisten Mitglieder der >Kommission zur Umgestaltung der Lebensweise der Juden< zu der Auffassung, dass die rechtliche Gleichstellung der Juden mit der übrigen Bevölkerung notwendig war. «Die Bürokraten dieser Regierung, die zwei Jahrzehnte lang im Geiste der Reformen Alexanders erzogen waren, waren in vieler Hinsicht von ihrer siegreichen Bewegung erfasst. Wir sind in einigen Denkschriften von Generalgouverneuren des Ansiedlungsrayons bereits auf ziemlich radikale Vorschläge gestoßen, die das Wohl der Juden im Auge hatten.

Vergessen wir aber nicht auch die neuen Schritte von Sir Moses Montefiori, der 1872 wieder nach Russland kam, oder den Druck, den Benjamin Disraeli und auch Bismarck auf dem Berliner Kongress im Jahre 1878 auf Gortschakow ausübten. Gortschakow versuchte sich dort zu recht- fertigen und bemerkte, Russland sei in keiner Weise gegen die religiöse Freiheit und gewähre sie uneingeschränkt, aber »man darf die religiöse Freiheit nicht mit der Gewährung politischer und bürgerlicher Rechte für die Juden verwechseln«.

Aber die Entwicklung in Russland ging gerade in diese Richtung. 1880 begann die »Diktatur des Herzens« von Loris-Melikow - und die russischen Juden hegten große Hoffnungen, dass sie ohne Zweifel und schon bald die Gleichberechtigung erhalten würden.

Gerade in dieser Zeit wurde Alexander II. von den Narodowolzen ermordet, wodurch sie in Russland viele liberale Prozesse, darunter die Bewegung für die völlige Gleichstellung der Juden, mit einem Schlag zum Stillstand brachten.

Sliosberg bemerkt dazu: Der Zar wurde unmittelbar vor dem Purimfest ermordet. Nach einer Serie von Attentaten wunderten sich die Juden nicht darüber - machten sich jedoch Sorgen tun die Zukunft.

Kapitel 5 - Nach der Ermordung Alexanders II.

Die Ermordung des »Zar-Befreiers« erschütterte das Volk zutiefst, worauf die Narodowolzen spekuliert hatten, was nach einigen Jahrzehnten jedoch von den Historikern— von den einen bewusst, von den anderen unbewusst - außer Acht gelassen wurde. Dass Thronfolger oder Zaren im vorangegangenen Jahrhundert — Alexej Petrowitsch, Iwan Antonowitsch, Peter III. , Paul I. - eines gewaltsamen Todes gestorben waren, war auch dem Volk nicht unbekannt geblieben, ©er Mord am 1. März 1881 verwirrte die Geister. Im Bewusstsein der einfachen Volksmassen, vor allem der Bauern, schienen die Lebensgrundlagen ins Wanken zu geraten. Das wiederum musste sich in irgendeinem Ausbruch äußern - wie es die Narodowolzen beabsichtigt hatten.

Das tat es auch. Aber es äußerte sich auf unerwartete Weise: durch Judenpogrome in Neurussland und in der Ukraine.

Sechs Wochen nach der Ermordung des Zaren hatten die Pogrome gegen jüdische Läden, Einrichtungen und Häuser »plötzlich mit der riesigen Kraft einer Epidemie ein weites Gebiet erfasst«. »Tatsächlich war ... ihr spontaner Charakter deutlich erkennbar ... Ortsansässige, die aus den verschiedensten Gründen Juden einen Denkzettel verpassen wollten, klebten Aufrufe und organisierten den harten Kern der >Pogromisten<, denen sich bald freiwillig, ohne jede besondere Aufforderung, Hunderte von Menschen anschlossen, die sich von der allgemeinen Atmosphäre der Zügellosigkeit und leichter Beute mitreißen ließen. Das Ganze hatte etwas Elementares an sich. Aber ... die Scharen, die noch dazu durch alkoholische Getränke aufgeputscht waren und raubend und gewalttätig umherzogen, richteten ihre Schläge nur gegen eine Seite, die Juden. Die Zügellosigkeit hörte an der Schwelle der Häuser von Christen sofort auf. «

Der erste Pogrom brach am 15. April in Jelisawetgrad aus. »Die Unruhen verstärkten sich, als aus den umliegenden Siedlungen Bauern kamen, um sich der Habe von Juden zu bemächtigen. « Anfangs blieben die Truppen aus Unsicherheit untätig, schließlich »gelang es mit bedeutenden Kräften der Kavallerie, dem Pogrom Einhalt zu gebieten«. »Die Ankunft neuer Truppen bereitete dem Pogrom ein Ende. « »Bei diesem Pogrom gab es keine Vergewaltigungen und Morde. « Anderen Angaben zufolge wurde »ein Jude getötet. Der Pogrom wurde am 17. April durch Truppen, die in die Menge der Plünderer schossen, niedergeschlagen. « Aber »aus Jelisawetgrad griff der Aufruhr auf benachbarte Siedlungen über; in den meisten Fällen beschränkten sich die Ausschreitungen auf die Verwüstung von Schänken«. Eine Woche später brach ein Pogrom im Bezirk Ananjew im Gouvernement Odessa und danach direkt in Ananjew aus, »wo die Unruhen durch einen Kleinbürger hervorgerufen worden waren, der das Gerücht verbreitet hatte, der Zar sei angeblich von Juden ermordet worden, es gebe Befehl, die Juden zu verprügeln, aber die Behörden hielten das geheim«. Am 23. April brach in Kiew plötzlich ein verheerender Aufruhr los, der aber bald durch bewaffnete Kräfte unterdrückt wurde. Am 26. April brach ein neuer Pogrom aus und breitete sich schon am nächsten Tag auf die Kiewer Vororte aus, und das war der allergrößte einer ganzen Reihe von Pogromen, die aber »keine Menschenleben forderten«. (In einem anderen Band derselben Enzyklopädie steht dagegen: »Einige Juden wurden ermordet. «)

Nach Kiew gab es noch in etwa 50 Siedlungen des Kiewer Gouvernements Pogrome, bei denen »Juden ausgeplündert und in einzelnen Fällen verprügelt wurden«. Ende April brach

jedoch in Konotop ein Pogrom aus, »den in der Hauptsache Eisenbahnarbeiter verübten und der ein Menschenleben forderte; in Konotop gab es einzelne Fälle von Selbstverteidigung der Juden«. Einen Nachhall des Kiewer Pogroms gab es noch in Shmerinka, in »einigen Siedlungen des Gouvernements Tschernigow« und Anfang Mai im Schtetl Smela, wo »der Pogrom am nächsten Tag von Truppen niedergeschlagen wurde« (»ein Kleidergeschäft wurde geplündert«). Im Laufe des Mai flammten Pogrome in den Gouvernements Jekaterinoslaw und Poltawa sowie an einzelnen Orten auf (in Alexandrowsk, Romny, Neshin, Perejaslawl und Borissow). »Zu unbedeutenden Ausschreitungen kam es mancherorts auch im Bezirk Melitopol. In einzelnen Fällen ersetzten Bauern den Juden sofort ihre Verluste. «

»Der Aufruhr, der am 20. April in Kischinjow losbrach, wurde im Keim erstickt. « In ganz Weißrussland gab es weder in jenem noch in den darauf folgenden Jahren irgendwelche Pogrome, obwohl Juden in Minsk nach Gerüchten über Pogrome in der Südwestlichen Region Panik erfasst wurden, denn so etwas wäre für sie völlig unerwartet gewesen.

Danach brach auch in Odessa ein Pogrom aus. Gerade Odessa hatte als einzige Stadt bereits im 19. Jahrhundert Judenpogrome erlebt - 1821, 1859 und 1871. »Es handelte sich um zufällige Erscheinungen, die hauptsächlich auf die feindselige Einstellung der hiesigen griechischen Bevölkerung zu den Juden zurückzuführen war«, d. h. auf die geschäftliche Konkurrenz zwischen Juden und Griechen. 1871 richtete sich der dreitägige Pogrom gegen Hunderte von jüdischen Schänken, kleinen Läden und Häusern, forderte aber keine Menschenleben.

Über diesen Pogrom schreibt I. G. Orschanskij ausführlicher und bestätigt, dass jüdischer Besitz in erster Linie vernichtet wurde: Die Uhren eines Juweliers wurden nicht gestohlen, sondern haufenweise auf die Straße gebracht und zerschlagen. Er räumt ein, dass die eigentliche Ursache des Pogroms der Judenhass der griechischen Kaufleute war, vor allem als Folge dessen, dass Odessaer Juden nach dem Krimkrieg die Griechen aus dem Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie mit Kolonialwaren verdrängt hatten. Es gab jedoch auch eine »allgemeine Abneigung seitens der christlichen Bevölkerung Odessas gegen Juden ... Diese Feindschaft war insbesondere bei der gebildeten und wohlhabenden Schicht viel stärker ausgeprägt als beim einfachen arbeitenden Volk. « In Odessa kamen jedoch verschiedene Völker gut miteinander aus. Warum bestand einzig und allein gegen die Juden eine allgemeine Abneigung, die gegebenenfalls in großen Hass umschlug? Ein Gymnasiallehrer erklärte seiner Klasse: »Die Juden >standen in einem falschen wirtschaftlichen Verhältnis zur übrigen Bevölkerung«« Orschanskij erwidert darauf: Eine solche Erklärung befreit jedermann »von der Last schwerer moralischer Verantwortung«. Er selbst sieht auch die psychologische Wirkung der russischen Gesetzgebung als Ursache an, da sie die Juden isoliert, indem sie nur sie und gerade sie Beschränkungen unterwirft. Den Versuch der Juden, sich von diesen zu befreien, betrachteten die Leute als »Frechheit, Unersättlichkeit und gewaltsame Besitzergreifung«.

Jetzt aber, im Jahre 1881, unterdrückte die Verwaltung von Odessa, die bereits Erfahrungen besaß, über die andere städtische Behörden nicht verfügten, sofort die mehrmals aufflackernden Unruhen, und »die Massen der gewalttätigen Plünderer wurden auf Schiffe gebracht, die vom Ufer ablegten« - eine sehr einfallsreiche Methode. (Im Gegensatz zu der vor der Revolution erschienenen Enzyklopädie schreibt die heutige, der Pogrom in Odessa habe auch diesmal drei Tage lang gedauert.)

»Die Regierung hielt es«, wie die vor der Revolution erschienene Enzyklopädie anerkennt, »für notwendig, die Versuche, Gewalttaten gegen Juden zu verüben, entschlossen zu unterdrücken. « Das geschah auch.

Der neue Innenminister, Graf N. P. Ignatjew, der Loris-Melikow seit Mai 1881 abgelöst hatte, bemühte sich energisch, mit den »Pogromisten« fertig zu werden, obwohl dies angesichts der völlig unerwarteten Ereignisse, der damals zahlenmäßig äußerst schwachen Polizei (die nicht einmal den Polizeikräften in den westeuropäischen Staaten, geschweige denn den sowjetischen, vergleichbar war) sowie den dünn verteilten Garnisonen in diesem Gebiet gar nicht leicht war. »Zum Schutz der Juden gegen die Pogromisten wurden Feuerwaffen eingesetzt. « Es wurde in Menschenansammlungen hineingeschossen, und es gab auch Tote. In Borissow z. B. »schossen Soldaten auf Bauern und töteten mehrere«. Auch »in Neshin schlugen Truppen einen Pogrom nieder, nachdem sie das Feuer auf eine Ansammlung bäuerlicher Pogromisten eröffnet hatten; einige Menschen wurden getötet und verwundet«. In Kiew wurden 1400 Menschen verhaftet. Alles zusammen vermittelte den Eindruck von einem energischen Vorgehen. Aber die Regierung gab auch zu, dass sie nicht operativ genug handelte. In einer offiziellen Erklärung hieß es, dass beim Kiewer Pogrom »nicht rechtzeitig und energisch genug Maßnahmen zur Zügelung der Menge ergriffen wurden«. Im Juni 1881 bezeichnete der Polizeichef W. K. Plehwe in einem Bericht, den er dem Zaren über die Lage im Gouvernement Kiew erstattete, die Tatsache, dass das Militärgericht »sich zu den Angeklagten äußerst nachsichtig und zur Sache sehr oberflächlich verhielt«, als »eine der Ursachen dafür, dass die Unruhen entstanden und nicht rasch unterdrückt wurden«. Alexander III. versah den Bericht mit dem Vermerk: »Das ist unverzeihlich. «

Aber sowohl jetzt als auch später wurde der Vorwurf erhoben, die Pogrome seien von der Regierung angezettelt worden. Diese Behauptung war völlig unbegründet und nicht zuletzt deshalb absurd, weil im April 1881 immer noch der liberale Reformer Loris-Melikow der Regierung Vorstand und seine Leute die höchsten Posten in der Administration innehatten. Nach 1917 suchte eine Forschergruppe - S. Dubnow, G. Krassnyj-Admoni und S. Losinskij - in allen geöffneten Staatsarchiven intensiv nach Beweisen — und fand nur Gegenbeweise, angefangen von der Tatsache, dass Alexander III. persönlich mit Nachdruck eine Untersuchung verlangt hatte. (Aber irgendein Namenloser setzte eine üble Verleumdung in die Welt: Alexander III. habe - zu irgendjemand Unbekanntem irgendwann und unter irgendwelchen unbekannten Umständen — gesagt: »Ich muss zugeben, dass ich mich freue, wenn man die Juden verprügelt!« Das wurde geglaubt, in Emigrantenbroschüren veröffentlicht, fand Eingang in das Erzählgut der Liberalen und wird sogar nach 100 Jahren, bis zum heutigen Tage, in Publikationen als historisch verbürgt hingestellt. Sogar in der »Jüdischen Enzyklopädie« heißt es: »Die Behörden handelten in engem Kontakt mit jenen, die herbeigeeilt waren«, d. h. nicht mit Ortsansässigen. Und auch für Tolstoj in Jassnaja Poljanawar es »offenkundig«, dass bei der ganzen Sache die Behörden die Fäden in der Hand hielten. »Wenn sie wollen, beschwören sie einen Pogrom herauf, wenn sie es nicht wollen, so wird es keinen Pogrom geben. «)

Tatsächlich aber gab es keine Aufwiegelung durch die Regierung. Auch Gessen bemerkt: »Die Tatsache, dass nach kurzer Zeit viele marodierende Gruppen auf einem riesigen Territorium auftauchten, sowie der Charakter ihrer Reden widerlegen den Gedanken an das Vorhandensein eines einheitlichen Organisationszentrums. «

Es gibt noch einen deutlichen Beweis aus der damaligen Zeit, dazu noch von unerwarteter Seite, und zwar aus dem »Arbeiterblatt« der Gruppe »Tschornyj peredel« [»Schwarze Umteilung«], d. h. den Aufruf vom Juni 1881 an das Volk. Das revolutionäre Blatt schildert die Lage folgendermaßen: »Nicht nur alle Gouverneure, sondern auch alle möglichen anderen Beamte, Polizisten, das Heer, Priester, Selbstverwaltungsorgane, kleine Zeitungen - alle sind sie für die jüdischen Kulaken eingetreten ... Die Regierung schützt die Juden und ihren Besitz«, die Gouverneure hätten damit gedroht, »dass man gegen die Schuldigen für die Unruhen mit der ganzen Strenge des Gesetzes Vorgehen wird ... Die Polizeibeamten haben die Leute erspäht, die sich in der Menge [der Pogromisten] befanden, haben sie verhaftet und aufs Revier gebracht... Soldaten und Kosaken haben ihnen mit Gewehrkolben und Nagaikas Denkzettel verpasst, ... haben damit auf das Volk eingeschlagen ... Die einen haben sie vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesteckt oder in die Verbannung geschickt, die anderen aber ... haben sie in der Polizei mit Ruten ausgepeitscht. «

Nach einem Jahr, im Frühjahr 1882 zur gleichen Zeit, »brachen erneut Pogrome aus, aber nicht mehr so zahlreich und nicht in dem Ausmaß wie im vorangegangenen Jahr«. »Einen besonders schweren Pogrom erlebten die Juden in der Stadt Balta«, zu Unruhen kam es auch im Bezirk Balta und in einigen anderen Gebieten. »Aber die Unruhen von 1882 bleiben, was ihre Zahl und ihren Charakter betrifft, hinter dem Aufruhr von 1881 zurück - die Vernichtung des Besitzes von Juden war keine so häufige Erscheinung. « Die vor der Revolution erschienene Enzyklopädie berichtet, dass während des Pogroms in Balta ein Jude getötet wurde.

Ein bekannter jüdischer Zeitgenosse schrieb: Bei den Pogromen der 80er-Jahre »beraubte man unglückliche Juden, schlug sie, aber tötete sie nicht«. (Anderen Quellen zufolge wurden 6-7 Todesfälle festgestellt.) Damals, in den 80er- und 90er-Jahren, erwähnte niemand irgendwelche Massenmorde oder massenhaften Vergewaltigungen. Nachdem jedoch über ein halbes Jahrhundert vergangen ist, haben viele Publizisten, die es nicht für nötig erachten, sich allzu gründlich mit den alten russischen Fakten zu befassen, dafür aber ein großes, vertrauensvolles Publikum haben, begonnen, über massenhafte und vorsätzliche Gräueltaten zu schreiben. So lesen wir z. B. in dem in vielen Auflagen erschienenen Buch von M. Raisin, die Pogrome im Jahre 1881 hätten dazu geführt, dass »Frauen vergewaltigt und Tausende von Männern, Frauen und Kindern getötet oder zu Krüppeln gemacht wurden. Später stellte sich heraus, dass diese Unruhen die Regierung selbst geschürt und geplant hatte, sie hatte die Pogromisten aufgewiegelt und die Juden daran gehindert, sich selbst zu verteidigen. «

G. B. Sliosberg, der bestens mit der Tätigkeit des russischen Staatsapparats vertraut war, erklärte 1933 plötzlich im Ausland, die Pogrome des Jahres 1881 seien nicht von unten, sondern von oben, von Minister Ignatjew angezettelt worden (der damals noch gar nicht Minister gewesen war, was der alte Mann aber vergessen hatte), und »es besteht kein Zweifel, dass schon damals hätte entdeckt werden können, dass die Fäden der Pogrome in der obersten Polizeibehörde gezogen wurden«. Ein so gefährliches, dummes und unbewiesenes Urteil erlaubte sich also auch ein erfahrener Jurist.

Da schreibt ein heutiger Autor in einer ernsthaften Zeitschrift allen Fakten zum Trotz und ohne Berücksichtigung neuer Dokumente, dass in Odessa im Jahre 1881 ein »dreitägiger Pogrom« stattfand und beim Pogrom in Balta »direkt Soldaten und Polizisten teilnahmen«, dass »40 Juden getötet oder schwer verwundet und 170 leicht verwundet wurden«. (In der alten »Jüdischen Enzyklopädie« hatten wir gerade gelesen, dass in Balta ein Jude getötet worden sei

und dass mehrere verwundet wurden. In der neuen Enzyklopädie dagegen lesen wir 100 Jahre nach dem Vorfall: In Balta »hatten sich Soldaten den Pogromisten angeschlossen ... Mehrere

Juden wurden getötet, Hunderte wurden verletzt, viele Frauen wurden vergewaltigt. « Und über den Pogrom in Kiew: »Rund 20 Frauen wurden vergewaltigt. « Pogrome sind eine zu brutale und schreckliche Form der Abrechnung, als dass man die Opferzahlen manipulieren sollte.)

Muss man neue Untersuchungen anstellen, nachdem die alten Spuren verwischt sind? Die Ursachen für jene ersten Pogrome wurden von Zeitgenossen ausgiebig untersucht und diskutiert. Schon 1872, nach dem Pogrom in Odessa, hatte der Generalgouverneur der Südwestlichen Region in einem Bericht darauf aufmerksam gemacht, dass sich auch dort etwas Ähnliches wiederholen könnte; denn »hier haben Hass und Feindschaft gegen Juden eine historische Basis, und nur die materielle Abhängigkeit der Bauern von ihnen verhindert zusammen mit Maßnahmen der Verwaltung gegenwärtig einen gegen das jüdische Volk gerichteten Ausbruch der Unzufriedenheit der Bauern«. Der Generalgouverneur sah die Ursache dafür in der Wirtschaft: »Er überschlug und schätzte den Besitz von Handel und Gewerbe, der den Juden in der Südwestlichen Region gehörte, und wies zugleich darauf hin, dass die Juden, die verstärkt Ländereien der Gutsbesitzer gepachtet hatten, dieses Land zu äußerst schweren Bedingungen wieder an die Bauern abgetreten hatten. « Ein solcher Kausalzusammenhang »wurde im Pogromjahr 1881 allgemein anerkannt«.

Im Frühjahr 1881 erstattete auch Loris-Melikow dem Zaren Bericht: »Den derzeitigen Unruhen liegt ein tiefer Hass der hiesigen Bevölkerung gegen die Juden zugrunde, die sie unterdrückt haben, aber das haben böswillige Leute zweifellos ausgenutzt. «

Auch die Zeitungen erklärten damals diese Vorfälle so. »Nur wenige periodisch erscheinende Presseorgane verwiesen nach Untersuchung der Gründe für die Pogrome auf den nationalen und religiösen Hass; die übrigen vertraten die Ansicht, dass die Unruhen aus wirtschaftlichen Gründen ausgebrochen seien; dabei sahen die einen die Gewalttätigkeiten als einen Protest an, der vor allem gegen die Juden gerichtet war, weil sie die russische Bevölkerung wirtschaftlich beherrschten, die anderen waren der Meinung, der Masse des Volkes gehe es wirtschaftlich schlecht und »sie suchte jemanden, gegen den sie ihre Wut richten konnte« - und das geeignete Objekt dafür waren die Juden wegen ihrer Rechtlosigkeit. Auch ein Zeitgenosse dieser Pogrome, der bereits erwähnte Aufklärer W. Portugalow, erblickte »in den Judenpogromen der 1880er-Jahre ... ebenfalls einen Ausdruck des Protests von Bauern und der armen Stadtbevölkerung gegen soziale Ungerechtigkeit«.

»Die jüdische Bevölkerung der südlichen Gouvernements«, so bestätigt viele Jahrzehnte später Ju. I. Gessen, »fand bei den jüdischen Kapitalisten trotzdem noch Möglichkeiten, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, während die Bauernschaft sehr schlechte Zeiten durchmachte«; sie hatte nicht genügend Land, »was zum Teil auf reiche Juden Zurückzufuhren war, die Gutsland gepachtet und damit den Pachtzins in die Höhe getrieben hatten, der nun für Bauern unerschwinglich war«.

Wir dürfen noch einen Zeugen nicht außer Acht lassen, der wegen seiner Unvoreingenommenheit und Einfühlsamkeit bekannt ist und den niemand »einer reaktionären Gesinnung« oder des »Antisemitismus« bezichtigte - Gleb Uspenskij. Anfang der 80er-Jahre schrieb er; »Die Juden wurden gerade deshalb verprügelt, weil sie sich an fremder Not und

fremder Arbeit bereicherten und ihr Brot nicht mit den eigenen Händen verdienten«; »alles hatte das Volk unter Knüppeln und Knuten ... ertragen, sowohl die Tatarenherrschaft als auch die deutschen Sitten, aber nun begann der Jude ihm mit dem Rubel die Hölle heiß zu machen - und das ertrug es nicht!«

Das Folgende sei jedoch erwähnt. Als kurz nach den Pogromen Anfang Mai 1881 eine Delegation angesehener Juden aus der Hauptstadt mit Baron H. von Ginzburg an der Spitze Alexander III. aufsuchte, äußerte der Zar seine Überzeugung, dass »die Juden bei den verbrecherischen Unruhen im Süden Russlands nur ein Vorwand sind und dass das Ganze ein Werk der Anarchisten ist«. Zur gleichen Zeit erklärte der Bruder des Zaren, Großfürst Wladimir Alexandrowitsch, demselben Ginzburg, »die Ursache für die Unruhen, so habe die Regierung jetzt festgestellt, sei nicht eine Erregung, die sich ausschließlich gegen die Juden richtet, sondern das Bestreben, überhaupt Wirren hervorzurufen«. Der Generalgouverneur der Südwestlichen Region berichtete ebenfalls: »Der erregte Zustand der Bevölkerung ist auf Propagandisten zurückzuführen. « Darüber waren also auch die Behörden informiert. Dass sie so rasch hintereinander Erklärungen abgaben, zeigt, dass sie keine Zeit hatten verstreichen, sondern eine Untersuchung anstellen lassen. Aber aufgrund eines typischen Versäumnisses der damaligen russischen Regierung, welche die Bedeutung von Öffentlichkeit nicht begriff, machte sie die Ergebnisse der Untersuchung nicht publik. Sliosberg wirft dies den zentralen Behörden vor:

»Warum unternahmen sie nicht den Versuch, die Anschuldigung zu entkräften, sie hätten die Pogrome zugelassen?« (Sei es, wie es sei, der Vorwurf ist berechtigt. Aber die Regierung wurde, wie wir gesehen haben, beschuldigt, die Pogrome sowohl absichtlich angestiftet als auch geleitet zu haben. Wie hätte sie denn den Gegenbeweis antreten können?)

Aber nicht alle wollten an die Anstiftung der Pogrome durch die Revolutionäre glauben. Ein jüdischer Memoirenschreiber aus Minsk erinnert sich: Für die Juden war Alexander II. kein »Befreier« - er hatte den Ansiedlungsrayon nicht beseitigt, trotzdem trauerten die Juden aufrichtig bei seinem Tod, äußerten jedoch kein einziges böses Wort gegen die Revolutionäre, aus Hochachtung vor ihnen, vor ihrem Heroismus und ihren hehren Absichten. Bei den Pogromen im Frühjahr und Sommer 1881 wollten sie nicht glauben, dass die Sozialisten gegen sie gehetzt haben sollten: All das kam vom neuen Zaren und seiner Regierung. »Die Regierung wünscht Pogrome, sie musste dafür verantwortlich sein. « Als später verlässliche Zeugen aus dem Süden bestätigten, dass die Sozialisten die Pogrome angestiftet hatten, glaubten sie weiterhin, dass das die Schuld der Regierung sei.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts räumten gewissenhafte Autoren bereits ein: »In der Presse gibt es Informationen über die Beteiligung einzelner Narodowolzen an Pogromen, aber das Ausmaß dieser Beteiligung ist noch nicht geklärt worden ... Nach dem Parteiorgan zu urteilen, betrachteten die Parteimitglieder die Pogrome als geeignete Formen revolutionärer Erhebung; es wurde angenommen, dass die Pogrome das Volk an revolutionäre Aktionen gewöhnen werden«; »dass sich der Aufruhr, der sich am leichtesten gegen Juden anzetteln ließ, im weiteren Verlauf gegen Adlige und Beamte richten wird. Dementsprechend wurden Proklamationen vorbereitet, die zum Angriff auf die Juden aufriefen. « Heute wird über das Ganze - »die aktive Propaganda der Narodniki (sowohl der Mitglieder der >Narodnaja wolja< als auch des >Tschornyj peredeh), die bereit waren, die Volkserhebung aus beliebigen Gründen, einschließlich antisemitischer, zu inszenieren« - nur noch flüchtig wie über eine allgemein bekannte Sache gesprochen.

In der Emigration begrüßte auch der hitzköpfige Tkatschow, der Vorläufer Lenins auf dem Gebiet der Verschwörungstaktik, die beginnenden Pogrome. Die Narodowolzen (und die Anhänger der geschwächten Gruppe »Tschornyj peredel«) konnten nicht lange warten, nachdem die Ermordung des Zaren nicht zu dem von ihnen beabsichtigten und erwarteten augenblicklichen Ausbruch einer allgemeinen Revolution geführt hatte. Bei der geistigen Verwirrung, die nach der Ermordung des »Zar-Befreiers« unter dem Volk herrschte, bedurfte es keines allzu starken Anstoßes, um schwankende Geister in irgendeine Richtung zu lenken.

Bei der damaligen allgemeinen Unaufgeklärtheit hätte die Situation wahrscheinlich nach der einen oder anderen Seite umkippen können. (So ging z. B. in jenen Wochen im Volk auch das Gerücht um, der Zar sei vom Adel aus Rache für die Bauernbefreiung ermordet worden.) In der Ukraine gab es aber auch judenfeindliche Motive. Die ersten Unruhen im Frühjahr 1881 kamen möglicherweise der Absicht der Narodowolzen zuvor, aber sogleich überlegten sie, in welche Richtung sie das Ganze lenken sollten. Es ging gegen die Juden, man durfte also nicht hinter dem Volk Zurückbleiben! Ein Aufruhr der Massen - warum wollte man ihn nicht ausnutzen? Schlagt die Juden, und dann packen wir auch die Gutsbesitzer bei den Hammelbeinen! Die misslungenen Pogrome in Odessa und Jekaterinoslaw waren höchstwahrscheinlich schon von den Narodniki angeheizt worden. Die Pogrome gerade entlang der Eisenbahnlinien und die Teilnahme von Eisenbahnern an ihnen lassen vermuten, dass sie von mobilen Agitatoren angestiftet wurden, vor allem mit dem Gerücht, »der Befehl des Zaren würde geheim gehalten«: wegen der Ermordung seines Vaters müssten gerade die Juden verprügelt werden. (Ein Staatsanwalt am Gericht in Odessa äußerte: »Bei den Judenpogromen war das Volk zutiefst von der Rechtmäßigkeit seiner Handlungen überzeugt, es glaubte fest an die Existenz des Zarenbefehls, der ihnen gestattete, ja sogar vorschrieb, jüdisches Eigentum zu zerstören. « Auch nach Gessens Auffassung wirkte hier »der tief im Volk wurzelnde Gedanke, dass der Jude außerhalb des Gesetzes steht, dass sich die Obrigkeit beim Schutz der Juden nicht gegen das Volk stellen kann«. Diese - gespenstische - Vorstellung wollten die Narodowolzen ausnutzen.)

Einige revolutionäre Flugblätter sind für die Nachwelt erhalten geblieben. Etwa das vom 30. August 1881, das vom Exekutivkomitee der »Narodnaja wolja« unterschrieben (aus deren Druckerei es stammte) und gleich auf Ukrainisch abgefasst war: »Wer har das Land, die Wälder und die Schänken in seinen Besitz genommen? Die Juden. Wen muss der Bauer immer wieder unter Tränen bitten, auf seinen Acker gehen zu dürfen? Die Juden. Wohin du auch schaust, wohin du auch kommst - die Juden sind überall. Der Jude beleidigt den Menschen, betrügt ihn, trinkt sein Blut ... «Es endet mit dem Aufruf: »Erhebt euch, ihr ehrlichen Arbeiter!« Später hieß es in dem Flugblatt »Narodnaja wolja« Nr. 6: »Die ganze Aufmerksamkeit des sich verteidigenden Volkes ist jetzt auf die Kaufleute, Schankwirte, Wucherer, mit einem Wort, auf die Juden konzentriert, die ländliche >Bourgeoisie<, die eilig und gierig wie nirgendwo sonst das arbeitende Volk ausplündert. « Danach hieß es in einer Beilage zu einem Flugblatt der »Narodnaja wolja« (schon im Jahre 1883), das »eine leichte Korrektur« vornahm: »Die Pogrome sind der Beginn einer Volksbewegung, >aber nicht gegen die Juden als solche, sondern gegen die jüdischen Ausbeuter des Volkes« Und im Blatt »Serno« [»Das Korn«] des »Tschornyj peredel«: »Die jüdische Ausplünderung ist für das arbeitende Volk unerträglich geworden. Wohin es auch geht, fast überall stößt es auf jüdische Kulaken. Der Jude betreibt die Wirtshäuser und Kneipen, der Jude pachtet Land von den Gutsbesitzern und verpachtet es dann den Bauern drei Mal so teuer, er kauft auch das noch auf dem Feld wachsende Getreide auf und treibt Wuchergeschäfte

und nimmt dabei noch solche Zinsen, dass das Volk sie als >Judenzinsen< bezeichnet hat ... >Das ist unser Blut!<, sagten die Bauern zu den Gendarmen, die kamen, um ihnen das jüdische Eigentum wieder abzunehmen. « Aber die gleiche »Korrektur« findet sich auch im »Serno«: »... nicht alle Juden sind reich, ... nicht alle sind Kulaken ... Überwindet die Feindschaft gegen Menschen anderer Rasse und anderen Glaubens« - vereinigt euch mit ihnen »gegen den gemeinsamen Feind«: den Zaren, die Polizei, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten.

Nur kam diese »Korrektur« schon zu spät. Solche Flugblätter wurden in Jelisawetgrad und anderen Städten des Südens sowie vom Südrussischen Arbeiterbund in Kiew vervielfältigt — und auch als die Pogrome schon vorbei waren, versuchten die Narodniki auch im Jahre 1883, sie neu anzufachen in der Hoffnung, dadurch eine Revolution in ganz Russland in Gang zu setzen.

Die Welle der Pogrome im Süden fand natürlich in der damaligen Presse der Hauptstädte großen Widerhall, so auch in den »reaktionären«»Moskowskie Wedomosti« [»Moskauer Nachrichten«] M. N. Katkows, der die Juden stets verteidigte, die Pogrome brandmarkte und schrieb, sie würden von »arglistigen Intriganten« angezettelt, »die das Volk absichtlich verwirren und versuchen, die jüdische Frage nicht durch allseitiges Studium zu lösen, sondern mithilfe erhobener Fäuste<«.

Bemerkenswert waren die Artikel von Schriftstellern. I. S. Aksakow, ein ständiger Gegner der vollständigen Judenemanzipation, versuchte schon Ende der 1850er-Jahre die Regierung »von allzu kühnen Schritten« in dieser Richtung abzuhalten. Als das Gesetz erschien, das Juden mit akademischen Graden zum Staatsdienst zuließ, erhob er Einwände (1862): Die Juden seien »eine Hand voll Leute, welche die christliche Lehre, das christliche Ideal und den christlichen Moralkodex (folglich auch alle Grundlagen des öffentlichen Lebens im Lande) leugnen und sich zu einer anderen, feindlichen Lehre bekennen«. Er wollte nicht zulassen, dass den Juden die gleichen politischen Rechte gewährt werden, obwohl er ihrer Gleichstellung in Bezug auf die freien zivilen Rechte zustimmte, damit dem jüdischen Volk »die volle Freiheit des Lebens, der Selbstverwaltung, der Entwicklung, der Aufklärung, des Handels ... und sogar der Wahl des Wohnsitzes in ganz Russland garantiert wird«. 1867 schrieb er, dass man in ökonomischer Hinsicht »nicht von der Emanzipation der Juden reden soll, sondern von der Emanzipation der Russen von den Juden«. Er erwähnte wiederholt die große Gleichgültigkeit der liberalen Presse gegenüber der Lage und den Nöten der Bauern. Und 1881 be- zeichnete Aksakow die Welle der Pogrome als Ausdruck des Volkszorns gegen »die Unterdrückung des russischen Volkes auf dem Lande durch die Juden«, daher komme es bei Pogromen »nicht zum Raub«, sondern nur zur Zerstörung von Eigentum, es gebe »irgendeinen treuherzigen Glauben an die Richtigkeit ihres Handelns«, und er wiederholte, man solle nicht die »Gleichstellung der Juden mit den Christen zur Diskussion stellen, sondern die Gleichstellung der Christen mit den Juden, die Beseitigung der Rechtlosigkeit der russischen Bevölkerung gegenüber den Juden«.

Ein Artikel von M. Je. Saltykow-Schtschedrin dagegen stellte voller Entrüstung fest: »Die Geschichte hat in ihren Annalen niemals eine schwerere, tragischere, quälendere Frage verzeichnet als die jüdische ... Es gibt nichts, was unmenschlicher und sinnloser wäre als die Überlieferung, die aus den dunklen Schluchten einer fernen Vergangenheit stammt ... und das Mal der Schande, der Entfremdung und des Hasses trägt... Was auch der Jude unternehmen mag, er wird immer stigmatisiert bleiben. «Schtschedrin leugnete nicht, »dass die Juden ein

beträchtliches Kontingent von Wucherern und Ausbeutern der verschiedensten Art stellen«, fragte jedoch, wie man wegen eines Typs das ganze jüdische Volk verantwortlich machen könne.

Die ganze damalige Diskussion betrachtend, schreibt ein jüdischer Autor heute: »Die liberale und sozusagen progressive Presse suchte die Aufrührer zu entschuldigen. « Zum gleichen Schluss gelangt die »Jüdische Enzyklopädie«: »Aber auch in progressiven'Kreisen wurde in nicht genügendem Maße Mitgefühl für das Leid des jüdischen Volkes geäußert ... Man betrachtete diese Katastrophe vom Standpunkt der Gewalttäter, in deren Person man sich einen unglücklichen Bauern vorstellte, wobei man die seelischen Leiden und die materielle Lage des von Pogromen heimgesuchten jüdischen Volkes völlig ignorierte. « Sogar die radikalen »Otetschestwennyje sapiski« [»Vaterländische Annalen«] urteilten folgendermaßen: Das Volk hätte sich gegen die Juden deshalb erhoben, weil sie »die Rolle eines Pioniers des Kapitalismus übernahmen, nach dieser neuen Wahrheit lebten und mit vollen Händen aus dieser neuen Quelle des Wohlstandes auf Kosten des Unglücks ihrer Umgebung schöpften«. Darum ist es »notwendig, >das Volk vor dem Juden und den Juden vor dem Volk zu schützen«, und dazu muss man die Lage der Bauern verbessern«.

Der Schriftsteller D. Mordowzew, der mit den Juden mitfühlte, rief in der jüdischen Zeitschrift »Rasswet« [»Die Morgenröte«] im »Brief eines Christen zur jüdischen Frage« pessimistisch gestimmt die Juden auf, »nach Palästina und Amerika zu emigrieren, da er nur darin die Lösung der jüdischen Frage in Russland sah«.

In der jüdischen Publizistik und in den Erinnerungen dieser Zeit kam zum Ausdruck, welche Kränkung man empfand; denn unmittelbar nach den Pogromen folgten sowohl von rechter als auch linksrevolutionärer Seite Presseveröffentlichungen gegen Juden. Bald sollte die Regierung (wegen der Pogrome umso energischer) die einschränkenden Maßnahmen gegen die Juden verstärken. Dieses Gefühl der Kränkung muss man erwähnen und verstehen.

Über die Haltung der Regierung muss man sich ebenfalls umfassend Klarheit verschaffen. In Regierungskreisen wurde nicht nur diskutiert, es wurde auch nach allgemeinen Lösungen für das Problem gesucht. Der neue Innenminister N. P. Ignatjew legte in einem Bericht an den Zaren dar, welche Bedeutung es während der ganzen vergangenen Regierungszeit hatte: »Die Regierung, die sich der schädlichen Auswirkungen bewusst ist, welche die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden, ihre isolierte Lebensweise und ihr religiöser Fanatismus auf die christliche Bevölkerung des Landes haben, hat sich in den letzten 20 Jahren bemüht, mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen das Verschmelzen der Juden mit der übrigen Bevölkerung zu fördern, und hat die Juden den alteingesessenen Einwohnern rechtlich beinahe gleichgestellt. « Der jetzige antijüdische Aufruhr »beweist aber >unwiderlegbar, dass trotz aller Anstrengungen der Regierung die anomalen Beziehungen zwischen der jüdischen und der alteingesessenen Bevölkerung dieses Landes weiter bestehen, aufgrund von Umständen wirtschaftlicher Natur: Die Juden haben seit der Lockerung der rechtlichen Beschränkungen nicht nur Handel und Gewerbe in die Hand genommen, sondern in beträchtlichen Umfang auch Boden erworben, wobei sie dank ihrem Zusammenhalt und ihrer Solidarität alle ihre Bemühungen bis auf wenige Ausnahmen nicht auf die Vergrößerung der produktiven Kräfte des Staates gerichtet haben, sondern auf die Ausbeutung vorwiegend der ärmsten Schichten der Bevölkerung««. Und jetzt, nachdem die Unruhen unterdrückt und die Juden vor der Gewalt geschützt seien, »scheint es >gerecht und unaufschiebbar, nicht weniger energische Maßnahmen zur Beseitigung der

jetzigen anomalen Verhältnisse ... zwischen alteingesessenen Einwohnern und den Juden und zum Schutz der Bevölkerung vor dieser schädlichen Tätigkeit der Juden« zu treffen««.

Demzufolge wurden im November 1881 in 15 Gouvernements des Ansiedlungsrayons und auch im Gouvernement Charkow Kommissionen gebildet, denen »Vertreter aller Stände und Gemeinden (jüdische nicht ausgeschlossen) angehörten und die sich sowohl mit der jüdischen Frage befassen als auch ihre Gedanken über deren Lösung äußern sollten«. Den Kommissionen wurde aber empfohlen, neben vielen rein praktischen Fragen auch solche zu beantworten: »Welche Seiten der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden wirken sich besonders schädlich auf das Leben der alteingesessenen Bevölkerung der betreffenden Gebiete aus?« Welche Hindernisse erschweren die Anwendung der Gesetze und Verordnungen über die Juden hinsichtlich der Pachtung von Ländereien, des Handels mit alkoholischen Getränken und des Wuchers? Welche Veränderungen werden für nötig erachtet, um die Umgehung der Gesetze durch die Juden zu verhindern? »Welche gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen müssten überhaupt getroffen werden, um den schädlichen Einfluss der Juden zu paralysieren«, den sie durch verschiedene Arten ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ausüben? Die zwei Jahre später geschaffene liberale »Pahlen-Kommission«, die interministerielle »Höchste Kommission« zur Revision der Judengesetze, wies daraufhin, dass man bei diesen Aufgaben, die den Kommissionen der Gouvernements gestellt worden waren, anscheinend schon von vornherein von der »Schädlichkeit der Juden, ihren schlechten Eigenschaften und Eigenheiten« ausgegangen war.

Aber viele Administratoren, die im Geiste der alexandrinischen Reformen erzogen worden waren, waren durchaus liberal, außerdem gehörten diesen Kommissionen Vertreter der Öffentlichkeit an. Auch Ignatjews Ministerium erhielt eine beachtliche Anzahl divergierender Antworten. Einige Kommissionen befürworteten die Beseitigung des Ansiedlungsrayons. »Manche Mitglieder [der Kommissionen] aber - und davon gab es nicht wenige —« sahen die Aufhebung aller Beschränkungen als einzig richtige Lösung der jüdischen Frage an. Die Kommission von Wilna dagegen formulierte: Die Juden »haben »dank der falsch verstandenen allgemeinmenschlichen Idee der Gleichheit, die zum Schaden der einheimischen Bevölkerung in schädlicher Weise auf das Judentum angewendet wird<, die ökonomische Vorherrschaft erlangt«; der jüdische Glaube ließe es zu, »jede Schwäche und jedes Vertrauen eines Andersgläubigen auszunutzen«. »Nur wenn sich die Juden von ihrer Abgeschlossenheit und Isoliertheit lossagen, die Geheimnisse ihrer gesellschaftlichen Organisation offen legen und Licht in die Winkel dringen lassen, die für Außenstehende in Dunkel gehüllt sind, kann man an die Öffnung neuer Tätigkeitsfelder für die Juden denken, ohne dass man befürchten muss, dass die Juden die Vorteile der Nationalität ausnutzen wollen, ohne Angehörige der Nation zu sein und einen Teil der nationalen Last zu tragen. «

»In Bezug auf den Aufenthalt in Dörfern hielt es die Kommission für nötig, die Rechte der Juden einzuschränken« - ihnen das Wohnen dort entweder überhaupt zu verbieten oder es von der Zustimmung der Dorfgemeinden abhängig zu machen. Die einen schlugen vor, den Juden das Recht abzusprechen, überhaupt Immobilien zu besitzen, die anderen empfahlen, Begrenzungen festzulegen. Die größte Einigkeit bestand darüber, den Juden den Handel mit alkoholischen Getränken auf dem Dorf zu verbieten. Das Ministerium holte auch die Meinung von Gouverneuren ein, und »bis auf wenige Ausnahmen fielen die Antworten der Landesbehörden ungünstig aus«: Man müsse herausfinden, wie man die christliche Bevölkerung

»vor einem so überheblichen Volksstamm wie dem jüdischen schützt«; »vom jüdischen Volk kann man nicht erwarten, dass es seine Talente … für die Heimat nutzt«; »die Moral des Talmud setzt Juden keine Grenzen, wenn es darum geht, sich auf Kosten eines Andersgläubigen zu bereichern«. Der Gouverneur von Charkow hielt es jedoch nicht für möglich, einschränkende Maßnahmen gegen die gesamte jüdische Bevölkerung zu ergreifen, »ohne einen Unterschied zwischen einem Unschuldigen und Schuldigen zu machen«; er schlug vor, »das Recht auf Freizügigkeit der Juden zu erweitern und die Aufklärung unter ihnen zu verbreiten«.

Im Herbst des gleichen Jahres wurde auf Vorschlag Ignatjews ein spezielles »Jüdisches Komitee« (schon das neunte, bestehend aus drei ständigen Mitgliedern, davon zwei Professoren) gegründet, das die Aufgabe hatte, die Materialien der Gouvernementskommissionen zu bearbeiten und daraus eine einheitliche Gesetzesvorlage zu erstellen. (Die seit 1872 bestehende »Kommission zur Umgestaltung der Lebensweise der Juden«, d. h. das achte Komitee, wurde bald danach aufgelöst, »weil ihre Aufgabe nicht dem jetzigen Zustand der Judenfrage entsprach«.) Das neue Komitee ging von der Überzeugung aus, dass sich das Ziel der Verschmelzung der Juden mit der übrigen Bevölkerung, das die Regierung in den letzten 25 Jahren verfolgt hatte, als unerreichbar erwiesen hatte. »Die Schwierigkeit, die komplizierte jüdische Frage zu lösen, zwingt dazu, sich Rat suchend den alten Zeiten zuzuwenden, als verschiedene Neuerungen noch nicht in die ausländische und unsere Gesetzgebung Eingang gefunden und noch nicht jene traurigen Folgen hatten, die gewöhnlich eintreten, wenn auf das betreffende Land Grundsätze angewendet werden, die dem Volksgeist fremd sind. « Die Juden seien seit jeher als Andersgläubige angesehen worden und müssten als solche gelten.

Gessen bemerkt dazu, selbst die reaktionäre Denkweise hätte nicht weiter gehen können. Aber wenn man sich schon Gedanken über nationale Grundsätze machte, so hätte man sich in den vergangenen 20 Jahren um eine echte Bauernbefreiung kümmern können. Das ist allerdings wahr: Die Bauernbefreiung Alexanders II. vollzog sich in einer unklaren, unentschiedenen Situation, welche die Bauern demoralisierte.

Doch »in Regierungskreisen fanden sich Leute, die es nicht für möglich hielten, die Politik der vorangegangenen Regierung zu verraten« — und sie hatten hohe Posten inne und waren mächtig. Ein Teil der Minister widersetzte sich den Vorschlägen Ignatjews. Als er den Widerstand bemerkte, untergliederte er die vorgeschlagenen Maßnahmen in grundlegende (die einen normalen Verlauf sowie den Amtsweg durch Regierung und Staatsrat erforderten) und in zeitweilige, die laut Gesetz in einem beschleunigten, vereinfachten Verfahren beschlossen werden konnten. »Um die ländliche Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Regierung sie vor der Ausbeutung durch die Juden schützt«, seiden Juden zu verbieten, sich ständig außerhalb der Städte und Schtetl aufzuhalten (wo »die Regierung außerstande ist, sie vor Pogromen in verstreut liegenden Dörfern zu schützen«), außerdem sei ihnen zu verbieten, dort Immobilien zu kaufen und zu pachten und mit alkoholischen Getränken zu handeln. Was die Juden betrifft, die bereits dort leben, so sei den Landgemeinden das Recht zu geben, »Juden aufgrund von Beschlüssen von Dorfversammlungen aus Dörfern auszusiedeln«. Aber andere Minister, vor allem der Finanzminister N. Ch. Bunge und der Justizminister D. N. Nabokow, gestatteten Ignatjew nicht, seine Maßnahmen durchzuführen: Sie lehnten den Gesetzentwurf ab und begründeten das damit, dass so weit gehende Verbote nicht beschlossen werden könnten, »wenn sie nicht nach dem üblichen Gesetzgebungsverfahren erörtert wurden«.

Da wage einer noch, von der grenzenlosen grausamen Willkür der russischen Selbstherrschaft zu reden!

Die grundlegenden Maßnahmen Ignatjews wurden nicht beschlossen, die zeitweiligen dagegen in sehr verkürzter Form angenommen. Abgelehnt wurde: die Möglichkeit, die in Dörfern lebenden Juden zwangsweise umzusiedeln; ihnen zu verbieten, dort mit alkoholischen Getränken zu handeln; das Verbot, Ländereien zu pachten und zu kaufen. Nur weil befürchtet wurde, dass sich um die Osterzeit des Jahres 1882 die Pogrome wiederholen könnten, wurde beschlossen, Juden bis zur vollständigen Ausarbeitung aller sie betreffenden Gesetze vorübergehend zu verbieten, sich erneut und von nun an außerhalb von Städten und Schted, d. h. in den Dörfern, anzusiedeln oder Immobilien zu nutzen und auch »an Sonntagen und christlichen Feiertagen Handel zu treiben«. Was die Immobilien auf dem Lande betraf, so waren »zeitweilig die Ausstellung von Kaufund Pfandbriefen auf den Namen von Juden,... die Beglaubigung... von Pachtverträgen über Immobilien, ... von Vollmachten fair die Verwaltung dieser Immobilien und für die Verfügung über sie zu unterlassen«. Dieser Rest der von Ignatjew erdachten Maßnahmen wurde am 3. Mai 1882 als »Zeitweilige Verordnungen« (bekannt als »Maigesetze«) bestätigt. Ignatjew trat schon nach einem Monat zurück, und der neue Innenminister, Graf D. A. Tolstoj, veröffentlichte sofort ein in strengem Ton gehaltenes Rundschreiben über mögliche neue Pogrome und übertrug den Gouvernementsverwaltungen die volle Verantwortung für die rechtzeitige Warnung vor Unruhen.

Entsprechend den »Zeitweiligen Verordnungen« von 1882 wurden also Juden, die bis zum 3. Mai auf dem Lande gelebt hatten, nicht ausgesiedelt; ihre dortige wirtschaftliche Tätigkeit wurde nicht wesentlich eingeschränkt. Außerdem galten die Verordnungen »nur in Gouvernements der ständigen Ansiedlung der Juden«, nicht in Gouvernements im Innern Russlands. Die Beschränkungen galten nicht für Ärzte, Advokaten, Ingenieure, d. h. Personen, die »aufgrund ihres Bildungsstandes das Recht hatten, überall ihren Wohnsitz zu nehmen«, auch nicht für »die heute bestehenden jüdischen Kolonien, die Ackerbau treiben«, außerdem gab es eine lange (und später immer länger werdende) Liste von Siedlungen, in denen es Juden erlaubt war, sich niederzulassen.

Bald nach dem Erlass der »Maigesetze« gab es Anfragen aus einzelnen Orten und Erläuterungen des Senats. Diese besagten z. B. : dass es Personen, die keine ständige Aufenthaltsberechtigung hatten, durch das Gesetz vom 3. Mai 1882 nicht verboten war, »Fahrten zu Orten auf dem Lande zu unternehmen, vorübergehend dort Halt zu machen und sich dort sogar eine Weile aufzuhalten«; »dass die Pachtung nur von Land und Appertinentien verboten, dagegen die Pachtung aller übrigen Immobilien wie Brennereien, Pachtstücke, Gebäude für Handel und Gewerbe sowie Wohnungen nicht verboten ist«; dass auch »der Senat die Beglaubigung von Abholzungsverträgen von Juden gestattet, obwohl für den Holzeinschlag in einem Wald eine lange Frist festgelegt und den Waldpächtern die Nutzung des am Walde gelegenen Landes genehmigt wurde«; schließlich, dass Verstöße gegen die Maigesetze nicht der Strafverfolgung unterliegen.

Die Erläuterungen des Senats müssen als mildernd und wohlwollend anerkannt werden, »in den 1880er-Jahren kämpfte der Senat ... gegen eine willkürliche Auslegung der Gesetze«. Doch selbst diese Verordnungen, wie z. B. das Verbot, »sich außerhalb von Städten und Schted neu anzusiedeln« und wieder »Immobilien zu besitzen, engten die Juden in Bezug auf die

Branntweinbrennerei stark ein«, und »der Anteil der Juden an der Branntweinherstellung war vor dem Erlass der zeitweiligen Verordnungen sehr groß«.

Nehmen wir z. B. die schon 1804 zum ersten Mal beschlossene Maßnahme, welche die Einschränkung des Branntweinverkaufs durch Juden auf dem Lande vorsah. Sie war sogar im Jahre 1882 erst teilweise durch- geführt, fachte aber allerorts die Empörung über »die außerordentliche Härte« der Maigesetze an. Die Regierung stand jedoch vor einer schweren Wahl: entweder das Anwachsen des Schankgewerbes angesichts der bekannten Schwäche der Bauern und damit eine Vergrößerung ihrer Not zuzulassen, oder aber die freie Entwicklung dieses Gewerbes zu begrenzen, indem nur die in Dörfern lebenden Juden weiterhin dort wohnen blieben und keine neuen zuzogen. Ihre Wahl — die Begrenzung — wurde als Härte angesehen.

Aber wie viele Juden lebten um das Jahr 1882 in ländlichen Gebieten? Wir haben bereits die Schätzungen aus der Zeit nach der Revolution gesehen, für die Materialien aus den Staatsarchiven herangezogen wurden: Auf den Dörfern lebte ein Drittel der ganzen jüdischen Bevölkerung des »Rayons«, in Schted auch ein Drittel, in mit deren Städten 29%, und 5% in Großstädten. Hinderten die Maigesetze jetzt das »dörfliche« Drittel etwa daran, weiter anzuwachsen?

Diese Maigesetze werden als folgenschwere und unabänderliche repressive Entscheidung in der russischen Geschichte hingestellt. Ein jüdischer Autor schreibt: Sie gaben den ersten Anstoß zur Auswanderung — zunächst zur »inneren Emigration« und dann zur massenhaften transatlantischen Auswanderung. Der erste Grund für die jüdische Emigration seien »die Ignatjewschen Zeitweiligen Verordnungen< gewesen, durch die etwa eine Million mit Gewalt aus den Dörfern vertrieben und gezwungen wurden, in die Städte und Schted des Ansiedlungsrayons zu ziehen«.

Wir reiben uns die Augen: Sie wurden vertrieben, und es war eine ganze Million? Man ließ doch nur die Ansiedlung neuer Juden nicht zu. Nein - schon war das Gerücht in die Welt gesetzt und breitete sich aus: Angeblich wurde es Juden ab 1882 verboten, nicht nur überall in Dörfern zu wohnen, sondern auch in allen Städten, außer in 13 Gouvernements; sie wurden angeblich wieder in die Schtetl des Ansiedlungsrayons zurückgesiedelt- deshalb begannen die Juden in großer Zahl auszuwandern.

Sobald die Emotion abflaute, hätte man sich erinnern können: dass die Idee einer jüdischen Emigration aus Russland nach Amerika schon 1860 auf dem Kongress der Alliance Israelite Universelle zum ersten Mal geäußert wurde, und zwar im Zusammenhang mit dem Gedanken, dass die Ersten, die sich dort mithilfe der Allianz und der ansässigen Juden niederließen, »der Anziehungspunkt für russische Glaubensbrüder werden könnten«; dass »der Beginn der Emigration [von Juden] aus Russland in die Mitte des 19. Jahrhunderts fällt... und nach den Pogromen von 1881 bedeutend zunimmt. Aber erst seit Mitte der 90er-Jahre wird die Emigration ein wichtiger Faktor des jüdischen wirtschaftlichen Lebens und nimmt große Ausmaße an« — wohlgemerkt, des wirtschaftlichen, nicht des politischen Lebens.

Von der internationalen Warte aus betrachtet war die Einwanderung von Juden in die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert ein gewaltiger historischer Prozess von sehr langer Dauer. Es gab drei aufeinander folgende Wellen jener jüdischen Emigration: erst die spanisch-portugiesische, dann die deutsche (aus Deutschland und Österreich-Ungarn), und erst dann aus

Osteuropa und Russland. Aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können, gab es eine große historische Migration des Weltjudentums nach den Vereinigten Staaten, bei weitem nicht einzig und allein aus Russland. Vom Gesichtspunkt der sehr langen jüdischen Geschichte aus betrachtet, kann die Bedeutung dieser Emigration kaum überschätzt werden.

Aber aus dem Russischen Reich wurde »der Strom der jüdischen Emigration aus allen Gouvernements, die zum Ansiedlungsrayon gehörten, gespeist, doch die meisten Emigranten kamen aus Polen, Litauen und Weißrussland«, d. h. nicht aus der Ukraine, die von Pogromen heimgesucht worden war - und die Ursache war immer die gleiche: Zu viele Menschen lebten, bedingt durch die innerjüdische wirtschaftliche Konkurrenz, zu dicht beisammen. Überdies lenkt W. Telnikow, gestützt auf die russische Statistik, unsere Aufmerksamkeit darauf, dass in den zwei letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts, gerade nach dem Pogrom von 1881/82, die Zahl der Juden, die aus den Westgebieten wegzogen, wo es keine Pogrome gab, um in die Südwestliche Region zu ziehen, wo es sie gab, hinter der Zahl der jüdischen Emigranten aus Russland nicht zurückblieb, sondern diese vielleicht sogar überstieg. Und wenn im Jahre 1880 in den innerrussischen Gouvernements nach den amtlichen Angaben 34000 Juden lebten, so waren es gemäß der Volkszählung von 1897 bereits 315 000, d. h. neun Mal mehr.

Die Pogrome von 1881/82 riefen natürlich einen Schock hervor, aber war das in der ganzen Ukraine der Fall? Sliosberg z. B. schreibt: »Die Pogrome von 1881 rüttelten die Juden in Poltawa nicht auf, und bald gerieten sie bei ihnen wieder in Vergessenheit. « In den 80er-Jahren wussten in Poltawa »die jüdischen Jugendlichen nicht, dass es die jüdische Frage gab, und fühlten sich überhaupt nicht isoliert von "en russischen Jugendlichen«. Die Pogrome von 1881/82 konnten dadurch, dass sie ganz plötzlich ausgebrochen waren, unwiederholbar scheinen, aber es siegte der unveränderliche wirtschaftliche Drang der Juden, dorthin zu ziehen, wo sie weniger dicht zusammengedrängt leben konnten.

Unbezweifelbar und unbestritten ist jedoch: 1881 trat eine Wende bei den fortschrittlichen gebildeten Juden ein. Sie hofften nicht mehr auf eine vollständige Verschmelzung mit dem Land namens »Russland« und seiner Bevölkerung. Voreilig hatte G. Aronson sogar geschlussfolgert: »Diese Illusion der Assimilation hat der Odessaer Pogrom von 1871 zerschlagen. «Nein, er noch keineswegs. Aber lesen wir z. B. aufmerksam die Biografien der namhaftesten russischen gebildeten Juden, so werden wir bei vielen bemerken, dass sich ihr Verhältnis zu Russland und zu den Möglichkeiten einer vollständigen Assimilation von 1881 / 82 an spürbar veränderte. Obwohl schon damals der spontane Charakter der Pogromwelle festgestellt und nicht bestritten wurde, und eine Beteiligung der Obrigkeit daran — im Gegensatz zu der der revolutionären Narodniki - keinesfalls bewiesen, verzieh man die Pogrome gerade der russischen Regierung nicht, und auch später nicht. Obgleich die Pogrome hauptsächlich von der ukrainischen Bevölkerung ausgegangen waren, hat man sie den Russen nicht verziehen - und für immer als russische Pogrome bezeichnet.

»Die Pogrome der 80er-Jahre ... ernüchterten viele [Anhänger] der Assimilation« (aber nicht alle, die Idee der Assimilation existierte noch weiter). Andere jüdische Publizisten fielen ins andere Extrem. Sie meinten, Juden könnten überhaupt nicht unter anderen Völkern leben, sie würden immer als Fremde angesehen werden. Und die »>Palästinabewegung< ... begann >rasch zu wachsen«!.

Gerade unter dem Eindruck der Pogrome von 1881 veröffentlichte der Odessaer Arzt Leon Pinsker (1882 anonym in Berbn) seine Broschüre »Autoemancipation! Mahnruf an seine

Stammesgenossen von einem russischen Juden«, »die einen großen Eindruck auf die russischen und westeuropäischen Juden machte«. Es war ein Aufschrei über die unausrottbare Fremdheit der Juden inmitten der sie umgebenden Völker. Davon wird im siebten Kapitel die Rede sein.

P. Axelrod versucht uns weiszumachen, die radikale jüdische Jugend habe gerade zu dieser Zeit erkannt, dass die russische Gesellschaft sie überhaupt nicht als zu ihr gehörig betrachtete, und in jenen Jahren angefangen, sich von der revolutionären Bewegung zu entfernen. Das ist eine sehr voreilige Behauptung. Sieht man vom erwähnten Versuch der Narodowolzen ab, so wurden die Juden in revolutionären Kreisen immer als aufs Engste zu ihnen gehörig angesehen.

Aber während das Verhältnis der jüdischen Intelligenzija zur Assimilation erkaltete, wirkte die Epoche Alexanders II. in den Regierungskreisen noch eine Weile fort, und mehrere Jahre lang wurde die verständnisvolle Haltung zum jüdischen Problem nicht vollständig durch eine harte, einschränkende ersetzt. Nach der einjährigen Amtszeit des Grafen Ignatjew, der in der Judenfrage auf den beharrlichen Widerstand der liberalen Kräfte in höchsten Regierungskreisen gestoßen war, wurde Anfang 1883 von allerhöchster Stelle die »Höchste Kommission für die Revision der im Reich gültigen Gesetze über die Juden« bestätigt, die nach ihrem Vorsitzenden, Graf von Pahlen, die Pahlen-Kommission genannt wurde (es handelte sich um das zehnte »Jüdische Komitee«). Sie bestand aus ein bis zwei Dutzend Personen aus der Regierungsspitze, Mitgliedern von Ministerräten, Leitern von Regierungsabteilungen (manche mit sehr bekannten Namen wie Bestushew-Rjumin, Golizyn, Speranskij), es gehörten ihr aber auch sieben »jüdische Experten« an — einflussreiche Financiers wie der Baron Horaz Ginzburg und Samuil Poljakow sowie andere angesehene Vertreter des öffentlichen Lebens, wie Ja. Galpern, der Physiologe und Publizist N. Bakst (»die wohlwollende Haltung der meisten Kommissionsmitglieder zur Lösung der jüdischen Frage war höchstwahrscheinlich auf den Einfluss von Bakst zurückzuführen«) und der Rabbiner A. Drabkin. Diese jüdischen Experten bereiteten in vieler Hinsicht auch Material für die Kommission vor.

Die Mehrheit der Mitglieder der Pahlen-Kommission äußerte die Überzeugung, dass »das letztendliche Ziel der Judengesetzgebung nur ihre Beseitigung sein kann«, »es gibt nur einen Ausweg und einen Weg, das ist der Weg der Befreiung der Juden und ihrer Vereinigung mit der ganzen Bevölkerung unter dem Dach der gleichen Gesetze«. (Selten waren in der russischen Gesetzgebung im Laufe der Jahrzehnte so viele komplizierte und widersprüchliche Gesetze übereinander geschichtet worden wie die Gesetze über die Juden: 626 gesetzliche Bestimmungen bis zum Jahr 1885! Weitere kamen später noch hinzu; auch im Senat wurden ihre Formulierungen immer wieder studiert und diskutiert ...) So war man z. B. der Ansicht, dass selbst wenn die Juden ihre staatsbürgerlichen Pflichten nicht im gleichen Maße wie die anderen erfüllten, man »den Juden nicht jene Grundlagen entziehen dürfte, auf denen ihre Existenz, ihre Gleichberechtigung als Untertanen beruhen«. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war sich darüber einig, »dass einige Seiten des inneren jüdischen Lebens einer Reform bedürfen oder dass einzelne Tätigkeiten der Juden auf der Ausbeutung der Bevölkerung ringsum beruhen«, sie verurteilte jedoch das System »repressiver und außerordentlicher Maßnahmen«. Die Kommission erklärte »die rechtliche Gleichstellung der Juden mit allen anderen Untertanen« zum Ziel der Gesetzgebung, auch wenn sie dabei »größte Vorsicht und schrittweises Vorgehen« empfahl.

Praktisch gelang es der Kommission jedoch nur, einige einschränkende Gesetze abzumildern. Ihre größten Anstrengungen waren darauf gerichtet, die Maigesetze von 1882, vor

allem in Bezug auf Juden, die Land pachten wollten, etwas abzuschwächen. Die Kommission argumentierte, als ob nicht die Interessen der Juden, sondern die der Gutsherren gewahrt werden sollten: Wird den Juden verboten, Gutsland zu pachten, so wird nicht nur die Entwicklung der Landwirtschaft gehemmt, es führt auch dazu, dass in den Westgebieten einzelne Wirtschaftszweige zum Nachteil der Gutsbesitzer Zurückbleiben und stagnieren; es ist niemand da, der die Ländereien nehmen will, es finden sich keine Pächter. Innenminister D. A. Tolstoj schloss sich jedoch der Mehrheit der Kommission an: Das Verbot für den Abschluss neuer Pachtverträge für Ländereien sollte nicht aufgehoben werden.

Die Pahlen-Kommission bestand fünf Jahre lang, bis 1888, und während ihrer Tätigkeit stieß die liberale Mehrheit ständig mit der konservativen Minderheit zusammen. Von Anfang an »hatte Graf Tolstoj nicht die Absicht, die Revision der Gesetze unbedingt in Richtung repressive Maßnahmen zu steuern«, und das fünfjährige Bestehen der Pahlen-Kommission bestätigt das. Zu dieser Zeit wollte auch »der Zar seine Regierung nicht persönlich in der Frage der Verschärfung der Repressionen gegen Juden beeinflussen«. Nachdem Alexander III. in einem so dramatischen Augenblick die Regierung übernommen hatte, legte er weder bei der Ablösung früherer liberaler Beamter noch bei der Wahl eines härteren staatlichen Kurses besondere Eile an den Tag: Er sah lange zu. »Im Laufe der ganzen Regierungszeit Alexanders III. blieb die allgemeine Überprüfung der Gesetze über die Juden eine offene Frage. « Aber um die Jahre 1886/87 war der Zar bereits geneigt, die für Juden geltenden Beschränkungen zu verschärfen - und daher blieb die Tätigkeit der Kommission ohne nennenswerte Ergebnisse.

Als einer der ersten Anlässe für eine strengere Kontrolle oder stärkere Einschränkung der Juden im Vergleich zur Regierungszeit seines Vaters konnte der ständige Rückstand bei der Rekrutierung jüdischer Wehrpflichtiger gesehen werden, der im Verhältnis zur Zahl der rekrutierten christlichen Wehrpflichtigen sehr beachtlich war. Gemäß der Militärordnung aus dem Jahre 1874, welche die Rekrutenpflicht abgelöst hatte, unterlagen jetzt alle Bürger ohne Rücksicht auf ihren Stand der Militärpflicht, jedoch unter der Bedingung, dass die Dienstuntauglichen ersetzt wurden: Christen durch Christen, Juden durch Juden. Bei den Juden wurde diese Forderung nur mit Mühe erfüllt. Es gab sowohl eine direkte Emigration von Rekruten als auch die Umgehung der Militärpflicht. Flier- bei wurden das große Durcheinander und die mangelnde Sorgfalt bei der statistischen Erfassung der jüdischen Bevölkerung, bei der Einführung von Geburtenregistern und bei den Angaben über den Familienstand der Einberufenen und den Wohnort eines jeden ausgenutzt. (Die Tradition aller dieser ungenauen Angaben geht auf die Zeiten der Kehilot zurück Und wurde bewusst fortgesetzt, um weniger Steuern zahlen zu müssen.) »1883 und 1884 kam es nicht selten vor, dass jüdische Rekruten gesetzwidrig einzig und allein auf den Verdacht hin verhaftet wurden, sie könnten flüchten. « (Diese Methode war übrigens bei christlichen Rekruten schon früher angewendet worden.) An manchen Orten ging man dazu über, von einem jüdischen Rekruten ein Foto zu verlangen, was damals ansonsten nicht gebräuchlich war. 1886 wurde »ein sehr rigoroses« Gesetz »über einige Maßnahmen zur Gewährleistung der richtigen Erfüllung der Militärpflicht durch Juden« erlassen, das unter anderem »eine Strafe von 300 Rubeln festlegte, die Verwandte für jeden Juden zu zahlen hatten, der der Einberufung nicht Folge leistete«. »Von 1887 an hörte man auf, jüdische Freiwillige [d. h. Personen, die während des Militärdienstes das Sonderrecht auf Bildung wahrnahmen] zum Examen für die Erlangung eines Offiziersranges zuzulassen. « (Unter Alexander II. war dies möglich.) Offiziersposten für Militärärzte blieben aber für Juden immer zugänglich.

Bedenkt man jedoch, dass in dieser Zeit bis zu 20 Millionen andere »Fremdstämmige« des Reiches überhaupt vom Militärdienst befreit waren, so stellt sich die Frage, ob man damals nicht auch die Juden hätte befreien sollen, um sie damit für die anderen Beschränkungen zu entschädigen? Oder folgte man der alten Absicht Nikolaus' I. , die Juden durch Militärdienst in die russische Gemeinschaft einzubeziehen? Oder wollte man »Beschäftigungslose« beschäftigen?

Zugleich strömten Juden in Massen in allgemeine Schulen. Von 1876 bis 1883 verdoppelte sich fast die Zahl von Juden in Gymnasien und Progymnasien, die Zahl der Hochschulstudenten versechsfachte sich dagegen von 1878 bis 1886 - ebenfalls im Laufe von acht Jahren — und erreichte 14,5%. Schon gegen Ende der Regierungszeit Alexanders II. kamen von lokalen Behörden beunruhigende Klagen. So berichtete z. B. der Gouverneur von Minsk im Jahre 1878, »dass die Juden, die über Geldmittel verfugen, besser für die Erziehung ihrer Kinder sorgen als Russen und dass die materielle Lage jüdischer Schüler besser ist als die, in der sich Christen befinden; damit das jüdische Element kein Übergewicht über die übrige Bevölkerung erhält, muss eine prozentuale Quote für die Aufnahme von Juden in höhere Schulen festgelegt werden«. Nach den Unruhen an einigen südlichen Gymnasien und Progymnasien im Jahre 1880 äußerte der Kurator des Odessaer Schulbezirks ähnliche Vorstellungen. 1883 und 1885 stellten auch zwei aufeinander folgende Generalgouverneure in Neurussland (Odessa) fest: dass dort die »Schulen durch Juden überfüllt sind« und dass man entweder »die Zahl der Juden an Gymnasien und Progymnasien auf 15% der allgemeinen Schülerzahl beschränken« oder »eine gerechtere Norm entsprechend dem Anteil der jüdischen Bevölkerung an der allgemeinen« festlegen muss. (1881 betrug der Anteil von Juden an einigen Gymnasien des Bezirks Odessa 75% der gesamten Schülerzahl.) 1886 ging der Bericht des Gouverneurs von Charkow ein, »der sich über den Andrang der Juden an den allgemeinen Schulen beklagte«.

In allen diesen Fällen hielt es der Ministerrat nicht für möglich, allgemeine einschränkende Lösungen zu beschließen, und schickte lediglich diese Berichte an die Pahlen-Kommission, wo sie keine Unterstützung fanden.

In den 1870er-Jahren hatte sich gezeigt, dass an der revolutionären Gärung vorwiegend die Studentenschaft beteiligt war. Nach der Ermordung Alexanders II. konnten allgemeine Bestrebungen, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, die studentischen »Revolutionsnester« (die auch schon Zustrom von den höheren Klassen der Gymnasien hatten) nicht ignorieren. Hier entstand jene für die Regierung beunruhigende Verbindung: Zusammen mit der Zunahme des Anteils der Juden an der Studentenschaft wuchs auch deutlich ihr Anteil an der revolutionären Bewegung. Unter den Hochschulen zeichnete sich die Medizinisch-Chirurgische Akademie (die spätere Militärmedizinische Akademie), an der Juden besonders gern studierten, durch die revolutionäre Tätigkeit der Studenten aus. Schon bei den Gerichtsprozessen in den 70er-Jahren tauchten jüdische Hörer dieser Akademie auf.

Die erste einschränkende Maßnahme war die Anordnung von 1882, der zufolge unter den an der Militärmedizinischen Akademie Immatrikulierten nicht mehr als 5% Juden sein durften.

1883 wurde eine ebensolche Anordnung für die Hochschule für Bergbau und 1884 für die Hochschule für Kommunikation und Verkehrswesen erlassen. 1885 wurde die Aufnahme von Juden an der Charkower Technischen Hochschule auf 10% beschränkt, und 1886 durften an der Charkower Veterinärhochschule überhaupt keine Juden immatrikuliert werden: weil »die

Stadt Charkow immer ein Zentrum der politischen Agitation war und der Aufenthalt von Juden in größerer oder geringerer Menge überhaupt unerwünscht oder sogar gefährlich ist«.

So glaubte man den Ansturm der revolutionären Wellen abschwächen zu können.

Kapitel 6 - In der russischen revolutionären Bewegung

Im Russland der 1860er- und 1870er-Jahre bestanden beim ausgreifenden Voranschreiten der Reformen kaum die wirtschaftlichen oder sozialen Voraussetzungen für eine intensive revolutionäre Bewegung. Doch gerade unter Alexander II. , just mit den ersten Schritten seiner Befreiungsreformen, nahm sie als frühreife Frucht der Ideologie ihren Anfang: 1861 mit den Studentenunruhen in Petersburg, 1862 ebendort mit wilden Brandstiftungen und der blutrünstigen Proklamation des »Jungen Russland« (»Molodaja Rossija«), und 1866 mit dem Schuss Karakossows, der den Beginn der ein halbes Jahrhundert andauernden Ära des Terrors markierte. Gerade unter Alexander II. , als die Beschränkungen des jüdischen Lebens in Russland so sehr abgeschwächt wurden, tauchen jüdische Namen unter den Revolutionären auf. Im Stankewitsch-Zirkel, im Herzen-Ogarjow-Zirkel und unter den Petraschewzen hatte es nicht einen einzigen Juden gegeben (wobei wir hier Polen außer Acht lassen). In den Petersburger Studentenunruhen von 1861 treffen wir indes auf Michoels,Utin und Gen. Utin werden wir später auch im Netschajew-Zirkel wieder finden.

Wir müssen der Beteiligung von Juden in der russischen revolutionären Bewegung unsere Aufmerksamkeit zuwenden, da die jüdische Jugend in zunehmendem Maße den radikal revolutionären Weg beschritt. Die jüdischen Revolutionäre wurden zu einem qualitativ bedeutenden Bestandteil der gesamtrussischen Revolutionsbewegung, und auch der quantitative Anteil jüdischer Revolutionäre in manchen Jahren ist beeindruckend. Wenn allerdings auf den folgenden Seiten vor allem von Juden die Rede ist, so ist dies lediglich wegen unseres Untersuchungsgegenstandes so und bedeutet selbstverständlich nicht, dass es nicht auch unter den Russen viele und bedeutende Revolutionäre gegeben hätte.

Allgemein gesprochen lässt sich sagen, dass sich bis zu Beginn der 1870er-Jahre eine überaus geringe Zahl von Juden der revolutionären Bewegung anschloss, und wenn, dann in untergeordneter Rolle. (Vor allem auch deshalb, weil die Juden in der Studentenschaft sehr wenig vertreten waren.) Es ist charakteristisch, dass beispielsweise Lew Deutsch als Zehnjähriger 1866 über den Schuss Karakossows empört war und sich als »Patriot« fühlte. In den russischen Nihilismus der 60er-Jahre brachten die Juden ebenfalls keinen Führungsbeitrag ein, obwohl sie ihn bei ihrem Rationalismus leicht und gern übernahmen. »Im Kreise der jüdischen studierenden Jugend spielte der Nihilismus eine noch positivere Rolle als in der christlichen. «

Schon zu Beginn der 70er-Jahre begann in der russischen revolutionären Bewegung aber ein Zirkel junger Juden in Wilna, aus dem Umfeld der dortigen Rabbinerschule, eine wichtige Rolle zu spielen. (Unter ihnen der im Weiteren zitierte W. Iochelson und der nachmalige bekannte Terrorist A. Sundelewitsch, die beide erfolgreich studierten und schon als Rabbinisten galten; der spätere Herausgeber der Wiener »Prawda«, A. Liberman, und ebenso Anna Epstein, Maxim Romm und Finkeistein. Der Kreis war auch deshalb bedeutsam, weil er enge und gedeihliche Beziehungen zu ebenfalls jüdischen Schmugglern unterhielt. Auf diese Weise wanderten illegale Literatur und selbst Personen über die Grenze.

1868 trat Mark Nathanson nach dem Abschluss des Gymnasiums in die Medizinisch-Chirurgische (die spätere Militärmedizinische) Akademie ein und wurde ab dieser Zeit zu einem der größten Organisatoren der revolutionären Bewegung und gehörte zur ersten Garde der Revolution. Bald legte er gemeinsam mit seiner späteren Ehefrau, der Studentin Olga

Schleisner (Tichomirow bezeichnete sie als »die zweite Sophia Perowskaja«- dabei war sie zeitlich gesehen sogar die erste), den Grundstein für das System der »bildenden«, also der propagandistischen Zirkel (für »kulturell-revolutionäre Vorarbeit bei der intellektuellen Jugend«) in einigen großen Städten. (Diese Zirkel erhielten unpassenderweise die Bezeichnung »Tschajkowzen«, da N. W. Tschajkowskij bei ihnen eine - allerdings zweitrangige - Rolle gespielt hat.) Vom Netschajew-Zirkel sagte sich Nathanson schnell und entschlossen los (und zögerte nicht, seine Position hierzu auch dem Untersuchungsrichter darzulegen) . 1872 begab er sich zu Pjotr Lawrow (dem Spiritus Rector der »Strömung der friedlichen Propaganda« im Gegensatz zur Rebellion) nach Zürich, um dort ein ständiges revolutionäres Organ zu schaffen. In demselben Jahre wurde er in das nicht so weit entfernte Schenkursk verbannt, dann jedoch dank der Fürsprache seines Schwiegervaters, des Vaters Olga Schleisners, in die Gegend von Woronesh verlegt, dann nach Finnland, und kam schließlich als freier Mann wieder nach Petersburg. Dort fand er Niedergeschlagenheit, Verfall, Untätigkeit vor. Er reiste umher, stellte neue Verbindungen zwischen den Splittergruppen her und begründete so die erste »Land und Freiheit«- Gruppe (die wenig bekannt ist und im Schatten der zweiten gleichnamigen Organisation steht). Er bereiste auch Westeuropa, beschaffte und verbrauchte Hunderttausende von Rubeln für die Stärkung der Organisation.

Mark Nathanson war unter den Führern der russischen Volkstümlerbewegung der bedeutendste Revolutionär der ersten Hälfte der 70er-Jahre. In der Umgebung Nathansons trat auch der später sehr bekannte Lew Deutsch in Erscheinung, und der eiserne Narodowolze Alexander Michaj- low sah sich als Schüler des »Weisen Mark« an. Nathanson kannte viele Revolutionäre persönlich. Er war kein Redner, er war kein Schriftsteller, er war ein Organisator, der über eine bemerkenswerte Eigenschaft verfugte: Scheinbar interessierten ihn keine Ansichten, keine Ideologie, er führte mit niemandem irgendeinen ideologischen Streit, stand mit allen Richtungen im Einklang (außer den radikalen Tkatschow-Anhängern, den Vorgängern Lenins), fand für jeden in der Organisation eine Stellung, die seinen Fähigkeiten entsprach und in die er sich einfinden konnte. In den Jahren der unerbittlichen Widersprüche zwischen Bakunin- und Lawrow-Anhängern empfahl Nathanson den »Streit über die Musik der Zukunft« zu beenden und sich den wirklichen Erfordernissen des Kampfes zuzuwenden. Im Sommer 1876 setzte er die sensationelle Flucht Pjotr Kropotkins aus einem Militärhospital mit dem Rennpferd »Barbar« ins Werk. Im Dezember desselben Jahres ersann und veranstaltete er die erste öffentliche Versammlung bei der Muttergottes-von-Kasan-Kathedrale (nach dem Gottesdienst am Tag des hl. Nikolaus [19. Dezember]), bei der sich auch die Revolutionäre alle einfanden. Bei dieser Versammlung ertönte die erste bedeutende Rede Georgij Plechanows und wurde erstmals (durch Felizia Scheftel) eine rote Fahne mit der Aufschrift »Land und Freiheit« entrollt. Doch 1877 wurde Nathanson verhaftet und nach drei Jahren im Gefängnis auf lange Zeit in die Verbannung nach Jakutien geschickt, und war so bis 1890 von den revolutionären Aktivitäten fern gehalten.

Im »Tschajkowskij-Zirkel« gab es eine gewisse Anzahl von Juden, und zwar sowohl in der Petersburger als auch in der Moskauer, der Kiewer und der Odessaer Gruppierung. (In Kiew waren darunter der schon erwähnteP. B. Axelrod, der künftige Verleger und dänische Diplomat Grigorij Gurewitsch, die künftigen Professoren Semjon Lurje und Leiser Löwental, dessen Bruder Nachman Löwental und die beiden Schwestern Kammer.) Der erste nihilistische Zirkel L. Deutschs in Kiew »bestand ausschließlich aus jüdischer studierender Jugend«. Nach der Demonstration auf dem Platz vor der Kasaner Kathedrale standen drei Juden (nicht aber

Nathanson selbst) vor Gericht. Beim Moskauer »Prozess der 50« im Sommer 1877 waren auch einige Jüdinnen angeklagt, die unter Fabrikarbeitern agitiert hatten. Beim »Prozess der 193« waren 13 Angeklagte Juden. Unter den ersten Narodowolzen sind noch Iosif (Ossip) Aptekman und Alexander Chotinskij als wichtige Mitglieder zu nennen.

Es war Nathansons Idee, dass Revolutionäre sich ins (bäuerliche) Volk mischen und die Rolle ihrer weltlichen Führer übernehmen sollten. Dieses seither sprichwörtliche »Ins-Volk-Gehen« setzte 1873 ausgehend vom »Dolguschin-Zirkel« (mit Dolguschin, Dmocho'wskij, Gamow u. a.) ein, Juden waren zunächst nicht dabei. Später gingen auch Juden »ins Volk«. (Auch der umgekehrte Fall kam vor: In Odessa bemühte sich P. Axelrod, Sheljabow zum Beitritt in eine geheime revolutionäre Organisation zu bewegen, doch der lehnte ab, da er damals noch »Kulturträger« war.) Mitte der 70er-Jahre gab es 15 bis 20 »Narodniki«, und fast alle waren keine Bakunin-, sondern Lawrow-Anhänger. (Nur die Radikalen entbrannten für Bakunins Aufruf zur Rebellion. Zu diesen gehörte Deutsch, der gemeinsam mit Stefanowitsch die »Tschigiriner Rebellion« anzettelte, indem er den Bauern vorlog, der von Feinden umgebene Zar hätte befohlen, das Volk möge alle Obrigkeitsorgane niederwerfen, das Land in Besitz nehmen und eine freiheitliche Ordnung errichten.)

Es ist interessant anzumerken, dass sich fast keiner der jüdischen Revolutionäre jener Jahrzehnte aus Armut und Not der Revolution angeschlossen hat - die Mehrheit entstammte wohlhabenden Familien. (In den drei biografischen Bänden der »Russischen Jüdischen Enzyklopädie« mangelt es nicht an solchen Beispielen.) Nur Pawel Axelrod kam aus einer ganz armen Familie und war, wie schon erwähnt, vom Kahal in die Militärschule geschickt worden, um der unausweichlichen Dienstpflicht nachzukommen. (Später ging er schon ganz selbstverständlich in das Mogiljo- wer Gymnasium und danach in das Neshiner Lyzeum.) Wohlhabenden Kaufmannsfamilien entstammten Nathanson, Lew Deutsch, Iosif Aptek- man (in dessen Familie es viele Talmudisten gab, so alle seine Onkel); A. Chotinskij, G. Gurewitsch, Semjon Lurje (dessen Familie »unter den Juden ... als >Aristokratie«< galt, »der kleine Schimon sollte ebenfalls Rabbiner werden«, doch unter dem Einfluss der Aufklärungswelle gab sein Vater, Gerz Lurje, seinen Sohn ins Gymnasium: soll er Professor werden); die erste italienische Marxistin Anna Rosenstein (die von Kindheit an von Gouvernanten und Fremdsprachen umgeben war), die tragischen Figuren Moissej Rabinowitsch und Beti Kamenskaja, Felizia Scheftel, das Mitglied des »Tschornyj peredel« [»Schwarze Umteilung«] Iosif Gezow und viele andere. Auch die »aus einer jüdisch-orthodoxen vermögenden Kaufmannsfamilie« stammende Christina (Chasja) Grinberg, die 1880 »der >Narodnaja wolja< [>Volkswille<] beitrat... , Inhaberin einer konspirativen Wohnung war, bei der Vorbereitung des Attentats gegen den Zaren Alexander II. im Jahr 1882 mitwirkte und eine geheime Sprengstoffwerk- statt betrieb«, kam übrigens auch mit Verbannung davon. Aus einer gar nicht armen Familie kam auch Fanni Moreinis, ebenfalls eine »Teilnehmerin an der Vorbereitung des Attentats gegen Alexander II. «. Sie verbüßte zwei Jahre Zwangsarbeit im Kara-Gefängnis in Sibirien. Einige kamen aus Rabbinerfamilien, so die künftige Doktorin der Philosophie Ljubow Axelrod (»Die Orthodoxe«) und Ida Axelrod. Andere aus Kleinbürgerfamilien, die aber wohlhabend genug waren, um ihre Söhne ins Gymnasium zu geben, wie etwa Ajsik Arontschik (nach dem Realgymnasium trat er in die Petersburger Hochschule für Kommunikation und Verkehrswesen ein, das er dann zugunsten der revolutionären Tätigkeit aufgab), Alexander Bibergal, Wladimir Bogoras, Lasar Goldenberg und die Brüder Löwental. Immer wieder taucht in den Biografien auch die privilegierte Militärmedizinische Akademie auf, so bei Nathanson, Bibergal, dem

nachmaligen Gegner der Revolution Isaak Pawlowskij, M. Rabinowitsch, A. Chotinskij, Solomon Tschudnowskij, dem zufällig in diese Kreise geratenen Solomon Aronson und anderen. Offenbar war es also nicht die materielle Not, die sie antrieb, sondern die Kraft der Überzeugung.

Nicht uninteressant ist auch, dass in den jüdischen Familien aufgrund des Fortgangs der Jungen in die Revolution kaum oder gar keine Brüche zwischen »Vätern und Söhnen« zu beobachten sind. »Die >Väter< griffen die >Söhne< nur wenig an, wie das hingegen seinerzeit Spaltung in christliche Familien brachte. « (Obgleich Gesja Gelfman ihre alttestamentarisch traditionelle Familie heimlich verließ.) »Die jüdischen >Väter< verhielten sich in vielen Fällen überhaupt nicht als Antagonisten ... ihrer >Söhne<. « Ein solcher war beispielsweise Gerz Lurje, und mehr noch der Kiewer Doktor Isaak Kammer: Seine ganze Familie nahm an der revolutionären Bewegung der 1870er-Jahre teil, er selbst »als Sympathisierenden ... Nicht wenige Dienste erwies« er den Revolutionären - die Bräutigame dreier seiner Töchter waren Revolutionäre. (In den 90er-Jahren wandte sich der Doktor dem Zionismus zu und wurde zu einem Freund Achad Haams.)

Keinesfalls kann man den ersten jüdischen Revolutionären der 1870er- Jahre vorwerfen, sie hätten aus genuin antirussischen Motiven gehandelt, wie das heute von manchen in Russland dargestellt wird. Überhaupt nicht.

Alles begann mit diesem »Nihilismus« der 60er-Jahre. »Nach ihrem Anschluss an die Aufklärung der >Gojim< in Russland« und ihrem Eintauchen in die russische Literatur »schloss sich die jüdische Jugend bald auch dem [damals] fortschrittlichsten« Nihilismus an, umso leichter, je ferner sie den Geboten des jüdischen Altertums stand. Sogar »fanatische, in ihr Talmudstudium vertiefte >Jeschiwaner<« verabschiedeten sich nach »zwei, drei Gesprächen mit den Nihilisten« von ihren »patriarchalischen Anschauungen« und sogar von ihrem Äußeren. »Selbst nach unbedeutender Berührung mit der Bildungswelt der >Gojim<«, kaum »ist auch nur eine kleine Bresche in die orthodoxe Weltanschauung (selbst des gläubigen Juden) geschlagen, da ist er schon bereit, weiterzugehen bis zum äußersten Extrem«. Diese jungen Juden waren alsbald erfasst von universellen Idealen: Alle Menschen werden Brüder, und zwar in für alle gleichem Wohlstände. Welch eine grandiose Aufgabe: die ganze Menschheit von Elend und Knechtschaft zu befreien!

Und dann war da noch die russische Literatur. Pawel Axelrod war im Gymnasium mit Turgenjew, Belinskij und Dobroljubow groß geworden (und noch später führte ihn Lassalle direkt zur Revolution). Aptekman begeisterte sich für Tschernyschewskij, Dobroljubow, Pissarew (und Buckle). Lasar Goldenberg las dieselben Dobroljubow, Tschernyschewskij, Pissarew und Nekrasow. Rudin faszinierte ihn deshalb, weil er sein Leben auf den Barrikaden gelassen hatte. Solomon Tschudnowskij, ein großer Anhänger Pissarews, weinte nach dessen Tod. In der russischen Literatur wurzelte auch der Nihilismus Semjon Lurjes. Und so ging es auch bei vielen anderen, die nie gezählt wurden und von denen nie berichtet wurde.

Heute, mit einem Jahrhundert Abstand, erinnert sich kaum mehr jemand an die Färbung dieser ersten Bewegung der jüdischen Jugend in Russland. Bei »den Juden von der Straße« gab es damals noch keinerlei ernsthafte politische Aktivität, und bei den Russen setzte die Narodniki-Bewegung ein. Darum galt es, »sich mit der russischen Befreiungsbewegung zu vereinigen«! Wie sehr war diese Vereinigung durch die russische Literatur und die radikale Publizistik erleichtert und befördert worden.

Diese Zuwendung zum Russischen ging indes mit einer Abwendung vom Jüdischen einher. Bei vielen dieser jüdischen Revolutionäre »bildete sich eine inbrünstige Feindseligkeit und Verachtung gegen das alte Judentum heraus, als wäre es eine Art parasitärer Anomalie«. In den 70er-Jahren »bildeten sich Zellen innerhalb der jüdischen radikalen Jugend, die sich im Namen der Ideale der Narodniki mehr und mehr von ihrem eigenen Volk entfernten ... Sie assimilierten sich verstärkt und nahmen den russischen nationalen Geist in sich auf<. « Bis zur Mitte der 70er-Jahre hielten es die jüdischen Sozialisten nicht für notwendig, unter den Juden überhaupt Agitation zu betreiben, da sie von ihnen dachten, dass die Juden angesichts ihrer ganzen nicht agrarischen Geschichte für die Aufnahme sozialistischer Ideen ungeeignet seien. Eigene Bauern hatten die Juden nicht. »Keinem der jüdischen Revolutionäre der 70er-Jahre kam es in den Sinn, dass es richtig sein könnte, nur für die eigene Nationalität zu arbeiten. « Es war klar, dass es in der herrschenden Sprache und nur auf die russischen Bauern zielend geschehen musste. »Für uns ... existierten keine jüdischen Werktätigen. Wir sahen sie mit den Augen von Russifizierern: Die Juden hatten sich völlig mit der eingesessenen Bevölkerung zu assimilieren«, sogar Handwerker wurden als potenzielle Ausbeuter angesehen, hatten sie doch Gesellen und Lehrjungen. Man sah die russischen Arbeiter und Handwerker auch nicht als eine eigene Klasse an, man hatte nur Sozialisten aus ihnen zu machen, dann würde über sie die Arbeit unter den Bauern erleichtert werden.

Diejenigen, die sich assimilierten, neigten aufgrund ihrer Lage umso mehr zum Radikalismus: Auf dem neu gewonnenen Terrain schlugen sie nicht mehr die vorherigen langlebigen konservativen Wurzeln.

»Wir rüsteten uns für den Gang ins Volk, und zwar natürlich ins russische Volk. Wir negierten die jüdische und übrigens überhaupt jede Religion, betrachteten das Jiddische als eine künstliche Sprache und die hebräische Sprache als tot. Wir waren ganz aufrichtige Assimilatoren und sahen in der russischen Aufklärung die Erlösung für die Juden ... Warum wir im russischen Volk arbeiten wollten und nicht im jüdischen? Das erklärt sich mit unserer Entfremdung von der damaligen geistigen Kultur des russischen Judentums und unserer ablehnenden Haltung zu seinen orthodoxen und bourgeoisen Führern, aus deren Kreis wir ... selbst hervorgegangen waren ... Wir waren der Meinung, dass die Befreiung des russischen Volkes aus der Macht des Despotismus und der Knechtschaft der herrschenden Klassen auch zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung aller anderen Völker Russlands, also auch des jüdischen Volkes, führen würde. Wir müssen auch eingestehen, dass die russische Literatur ... uns ebenfalls in gewissem Maße eine Vorstellung vom Judentum weniger als einem Volk denn als einer parasitären Klasse vermittelte. «

Es gab auch ein Gefühl der *Verpflichtung* dem großrussischen Volk gegenüber. »Die rebellischen Narodniki glaubten damals an die Möglichkeit eines Volksaufstandes in der nahen Zukunft. « In den 70er-Jahren »ging die jüdische intellektuelle Jugend >ins Volks um dort auch mit ihren schwachen Armen die bäuerliche Revolution in Russland voranzubringen«. Aptekman schreibt über Nathanson: »Ähnlich wie dem Lermontowschen >Mzyri< >gab [ihm] nur *ein* Gedanke Kraft, nur *eine* heiße Leidenschaft: Dieser Gedanke war das Glück des Volkes, und diese Leidenschaft war der Kampf um seine Befreiung. « Aptekman selbst war nach der Schilderung Deutschs »körperlich völlig ausgezehrt, kleinwüchsig, von bleicher Gesichtsfarbe« und »mit den scharf ausgebildeten Gesichtszügen seiner Nationalität«. Er wurde Feldscher in einem Dorf und predigte dort den Bauern den Sozialismus durch das Evangelium.

Diese Hinwendung zum Christentum als Stütze oder zu seiner Benutzung als Mittel zum Zweck erfolgte bei den ersten jüdischen Narodniki nicht ohne Einfluss des früheren Dolguschin-Zirkels, der direkt auf das Querholz des Kruzifixes geschrieben hatte: »Im Namen Christi - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, und fast alle führten sie das Evangelium im Munde. Aptekman schreibt über sich selbst: »Ich nahm später auch das Christentum an - aus einer tiefen Herzensregung heraus, aus meiner Liebe zu Christus. « (Wir wollen das nicht mit den Motiven von W. Bogoras gleichsetzen, der in den 80er-Jahren das Christentum annahm, »um die Beschränkungen loszuwerden, die ihm seine jüdische Herkunft auferlegte«. Oder mit der offenen Verstellung, wie bei Deutsch, der mit seiner Agitation als »wahrhaftiger orthodoxer Christ« zu den Molokanen kam.) Aber, so fügt Aptekman hinzu, »die Aufopferung für das Volk erfordert keineswegs Bußfertigkeit«; in Bezug auf das russische Volk »empfand ich mich keineswegs als Büßer. Woher hätte dieses Gefühl in mir auch kommen sollen? Eher hätte es doch mir als einem Vertreter einer geknechteten Volksgruppe angestanden, die Rechnung zu präsentieren, als selbst irgendwelche fantastischen Schulden zu bezahlen! Dieses Büßerempfinden traf ich auch bei meinen adligen Gefährten nicht an, die mit mir denselben Weg beschritten. «

Es sei beiläufig bemerkt, dass der Gedanke einer Annäherung des ersehnten Sozialismus an das historische Christentum seinerzeit bei vielen russischen Revolutionären umging - sowohl als höheres Bewusstsein der Rechtfertigung als auch als bequeme praktische Vorgehensweise. W. W. Flerowskij schrieb: »Ich hatte ständig den Vergleich zwischen der sich zur Tat rüstenden Jugend und den ersten Christen im Kopf. « Und gleich der darauf folgende Schritt: »Indem ich darüber unentwegt nachdachte, kam ich zu der Überzeugung, dass es nur einen Weg zum Erfolg gibt: *die Schaffung einer neuen Religion* ... Das Volk muss lernen, seine Kräfte nur für sich selbst zu verwenden ... Ich versuchte eine *Religion der Brüderlichkeit* zu schaffen. « Die jugendlichen Anhänger Flerowskijs wollten »in dieser Richtung einen Versuch im Volk unternehmen: Wie würde solch eine Religion ohne Gott und Heilige vom Volk angenommen werden?« Einer seiner Anhänger aus dem Dolguschin-Kreis, Gamow, schrieb noch direkter: »Es muss eine solche Religion ersonnen werden, die gegen den Zaren und die Regierung gerichtet ist … und in diesem Geiste müssen Katechismus und Gebete geschaffen werden. «

Es gibt noch eine alternative Erklärung für die jüdischen revolutionären Bewegungen in Russland. A. Serebrennikow analysiert sie und lehnt sie ab: »Es gibt eine Sichtweise, gemäß derer alles in unserer Geschichte anders verlaufen wäre, wenn im Zuge der Reformen von 1861 bis 1863 der Ansiedlungsrayon aufgehoben worden wäre ... Alexander II. hätte nur den Ansiedlungsrayon abschaffen müssen, und schon hätte es keinen >Bund< und keinen Trotzkismus gegeben!« Er verweist hier auf die von Westen einströmenden internationalistisch-sozialistischen Ideen. »Wenn die Abschaffung des Ansiedlungsrayons für sie tatsächlich so bedeutsam gewesen wäre, dann wäre ihr Kampf auch nur darauf gerichtet gewesen. Doch damit befassten sie sich nicht - sie träumten davon, den Zarismus zu stürzen!«

In dieser Leidenschaft verließen sie, einer nach dem anderen, sogar noch aus dem vierten Studienjahr, ohne ihre Studien abgeschlossen zu haben, die Militärmedizinische Akademie oder andere Lehranstalten und gingen »ins Volk«. Das Diplom selbst galt schon als anrüchig, als ein Mittel der Ausbeutung des Volkes. Sie verzichteten auf die künftige Karriere, mancher brach mit den seinen. Es galt: »Jeder ausgelassene Tag ist ein unermesslicher und unverzeihlicher

Verlust für die rasche Verwirklichung von Wohlergehen und Glück der um das Ihre beraubten Massen. «

Für den Gang »ins Volk« musste man sich »verbauern«, zum einen mit einem moralischen Ziel, für einen selbst, zum anderen mit einem praktischen: »Um das Vertrauen der Volksmassen zu erlangen, war es notwendig, ihnen als Arbeiter oder Bauer beizutreten. « Aber, so erinnert sich Deutsch, wie ins Volk gehen, sodass sie einem dort zuhören und glauben? Gaben sich doch die Juden »durch ihre Sprechweise, ihr Äußeres und ihre

Manieren gleich zu erkennen«. Außerdem war es nötig, mit volkstümlichen Redensarten um sich zu werfen, um einen Zugang zu bekommen! Noch dazu musste man sich geschickt in der Landarbeit zeigen, die Rir die jüdischen Städter ungewohnt und schwer war. Chotinskij verlebte hierzu eine Zeit auf dem Gehöft seines Bruders und erlernte das Handwerk des Ackerbauers, die Gebrüder Löwental ließen sich im Schuster- und Tischlerhandwerk unterweisen, Bed Kamenskaja ging als Arbeiterin in eine Lumpenfabrik und leistete dort Schwerarbeit. Viele gingen als Feldscher. (Deutsch schreibt allerdings, dass den jüdischen Revolutionären die Arbeit in den Zirkeln, Konspiration, Kontaktpflege, Druckereiwesen und Transporte über die Grenzen mehr lagen.)

Das »Gehen ins Volk« begann mit kurzen Besuchen, mehrmonatigen Aufenthalten, einem wechselnden Strom. Zunächst zählte man gerade und ausschließlich auf Agitation. Es galt die Annahme, man brauche den Bauern nur die Augen für die gegenwärtige Ordnung und Ausbeutung zu öffnen und ihnen zu zeigen, dass Land und Arbeitsgerät in Gemeinbesitz genommen werden müssen, dann würden sie sogleich davon überzeugt sein.

Doch blieb all das »Gehen« der Narodniki vergeblich. Und das nicht nur, weil ein für sie unerwarteter Schuss auf den Zaren (Solowjow 1879) sie alle zwang, aus den Dörfern zu flüchten, da es hieß, Leute würden »einkassiert« werden, und sich weit weg in den Städten zu verbergen. Sondern auch und vor allem deshalb, weil die Bauern auf die Propaganda der Narodniki völlig gleichgültig reagierten und sogar bereit waren, sie bei ihrer Obrigkeit anzuschwärzen. Die Bauern zu einem Aufstand zu führen, daran war gar nicht zu denken! ... Da verloren die Narodniki, und zwar die russischen (die kaum erfolgreicher gewesen waren) ebenso wie die jüdischen, »den Glauben an ... das natürlich Revolutionäre und die sozialistischen Instinkte« der Bauernschaft und wurden sogar »zu [ausgesprochenen] Pessimisten«.

Die Arbeit im Untergrund verlief da erfolgreicher. Drei Minsker, Iosif Gezow, Saul Lewkow und Saul Grinfest, richteten in ihrer Stadt erfolgreich eine Untergrunddruckerei ein, die ganz Russland versorgen konnte und bis 1881 bestand. Dort wurden Flugblätter mit goldenen Buchstaben über die »Hinrichtung« Alexanders II. gedruckt und die Zeitung »Tschornyj peredel« [»Schwarze Umteilung«] und später auch die Flugblätter der »Narodnaja wolja« [»Volkswille«]. Deutsch zählt sie zu den »friedlichen Propagandisten«. Offensichtlich verstand man unter »friedlich« alles außer unmittelbarem Bombenwerfen, also auch aktive Kontakte mit Schmugglern und ständigen illegalen Transport und Übergang über die Grenze, wie ihn der Zirkel an der Wilnaer Rabbinerschule betrieb. Oder auch den Aufruf Lasar Goldenbergs an die Bauern, keine Abgaben mehr zu leisten.

Manche der jüdischen Revolutionäre kamen in schwere Gefangenschaft - selbst nach unseren heutigen Maßstäben. Anderen wurden persönliche Vergünstigungen zuteil (wie zum Beispiel Semjon Lurje, dessen umsichtiger Vater ihm mit Bestechungen einige Erleichterungen

der Haftbedingungen verschaffte). Weitere Erleichterungen erwuchsen aus der gesellschaftlichen Stimmung jener Zeit. So berichtet uns beispielsweise Aptekman schon über das Jahr 1881 (nach der Ermordung Alexanders II.): »Im Krasnojarsker Gefängnis lebte es sich vergleichsweise frei«, »das wilde Biest« von Gefängnisdirektor »wurde Handzahm und gewährte uns jedwede Vergünstigungen bei Begegnungen und Kontakten mit Verbannten und Bekannten«. Später »empfing man uns auf den Etappen nicht wie Inhaftierte, sondern wie hoch angesehene [Kriegs-] Gefangene«. Einmal waren sie vom Tagesmarsch durchnässt, da kam in ihre Zelle »der Etappenchef in Begleitung von Soldaten mit Tabletts und auf diesen Tabletts Tee, Gebäck, Marmelade, für alle in Portionen aufgeteilt, und noch dazu für jeden ein Glas Wodka. War das nicht eine Idylle? Wir waren gerührt. «

Bei der Durchsicht der Biografien dieser ersten Narodniki ist nicht zu übersehen, dass viele von ihnen überaus exaltiert waren. Lew Deutsch bezeugt, dass Lew Slatopolskij, der Terrorist, »ein psychisch nicht ganz ausgeglichener Mensch« war. Nach der Verhaftung 1879 gerieten bei Aptekman in der Einzelzelle »die Nerven ... in so starke Zerrüttung, dass er dem Irrsinn nicht fern war«. Beti Kamenskaja »verlor schon im zweiten Monat der Einzelhaft... den Verstand« und musste ins Krankenhaus verlegt werden. Später konnte ihr Vater, ein Kaufmann, sie gegen Kaution zu sich nehmen. Als sie der Anklageschrift entnahm, dass sie nicht vor Gericht gestellt werden würde, wollte sie gegenüber dem Staatsanwalt erklären, dass sie gesund sei und vor das Gericht treten wolle, doch bald darauf nahm sie Gift und starb. Moissej Rabinowitsch gingen in der Einzelhaft »die Nerven ... durch, ... er bekam Halluzinationen«. Er beschloss zum Schein den Reuigen zu spielen, die Namen zu *benennen*, welche die Ermittler wahrscheinlich ohnedies schon kannten, um nur aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Er schrieb eine Erklärung, wonach er nicht nur alles ihm Bekannte preisgeben, sondern auch in der Freiheit weitere Informationen sammeln und mitteilen wolle. So brachten sie aus ihm heraus, was er wusste, aber sie ließen ihn nicht frei, sondern schickten ihn ins Gouvernement Irkutsk, wo er den Verstand verlor und »im Alter von etwas über 20 Jahren« verstarb. Man könnte noch weitere Beispiele bringen. Leiser Zukerman gelangte bis nach New York und erschoss sich bald darauf dort. Nach man Löwental erlebte selbst nach seiner Emigration nach Berlin »extreme Nervenzustände«, zu denen auch noch eine unglückliche Liebe kam. Er »trank Schwefelsäure und stürzte sich in einen Fluss« - und das im Alter von 19 Jahren. Diese jungen Leute wollten das Große und gingen dabei weit über ihre Kräfte und Nerven.

Selbst Grigorij Goldenberg, der ohne zu zögern den Charkower Gouverneur getötet hatte und seine Gefährten um die hohe Ehre bat, persönlich den Zaren zu töten (aus Furcht vor dem Volkszorn stellten ihn diese als Juden aber zurück; offenbar bestimmten die Narodowolzen aufgrund dieser Überlegung für die wichtigsten Attentate meistenteils Russen), wurde 1879 mit einer Dynamitladung verhaftet, schmachtete in einer Einzelzelle in der Trubezkoj-Bastion, zerbrach, machte für die Narodowolzen vernichtende Aussagen, ersuchte schriftlich und mündlich darum, mit Aron Sundelewitsch in eine Zelle zusammengelegt zu werden. (Sundelewitsch hatte Goldenbergs Sünde mit mehr Nachsicht aufgenommen als die anderen Narodowolzen.) Nach der endgültigen Ablehnung machte er seinem Leben ein Ende.

Es wurden auch manche Außenstehende mit hineingezogen, wie Moissej Edelstein, der kein Ideologe war, sondern Schmuggler, und »Literatur« nur des Geldes wegen transportierte. Er litt später sehr in der Einzelzelle, betete zu Jehova für sich und seine Familie. Vor Gericht bereute er: »Ich konnte mir niemals vorstellen, dass es derartig scheußliche Bücher geben kann.

« Oder S. Aronson, der nach dem »Prozess der 193« sogleich aus der revolutionären Bewegung verschwand.

Bemerkenswert ist auch noch etwas anderes: Wie leicht es vielen dieser Narodniki fiel, sich von Russland zu verabschieden, das sie noch kurze Zeit vorher zu erlösen ausgezogen waren. Obwohl die Emigration in den 70er-Jahren unter den Revolutionären als Desertion galt, sogar dann, wenn man von der Polizei gesucht wurde - gehe in die Illegalität, aber gehe nicht fort. Bogoras ging für 20 Jahre nach New York. Lasar Goldenberg-Getrojtman »übersiedelte [schon] 1885 nach New York, wo er Vorlesungen über die Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland hielt«. Nach der Amnestie von »1906 kam er nach Russland, reiste aber bald darauf wieder nach Großbritannien aus«, wo er bis zu seinem Tod blieb. In London wurde einer der Gebrüder Wainer zum Inhaber einer großen Möbelwerkstatt und blieb dort. M. Aronson und M. Romm wurden praktische Ärzte in New York. I. Gezow siedelte nach einigen Jahren in der Schweiz für immer nach Amerika über. Leiser Löwental, der in der Schweiz gelandet war, absolvierte in Genf die Medizinische Fakultät, war später Assistent bei einem bedeutenden Physiologen und übernahm dann den Lehrstuhl für Histologie in Lausanne. Von der sozialistischen Bewegung löste er sich ganz. Ebenso schloss auch Semjon Lurje die Medizinische Fakultät in Italien ab (starb aber bald darauf). Ljubow Axelrod (»Die Orthodoxe«), die lange in der Emigration festgesessen hatte, erhielt den Titel eines Doktors der Philosophie an der Berner Universität (und später unterrichtete sie an sowjetischen Hochschulen den dialektischen Materialismus). A. Chotinskij studierte an der Medizinischen Fakultät Bern (doch nach einem Jahr starb er an galoppierender Schwindsucht). Grigorij Gurewitsch brachte es weit in Dänemark und kam als dänischer Konsul in Kiew nach Russland zurück, wo er sich auch bis 1918 aufhielt.

Das zeigt uns gleichzeitig, wie viele talentierte Menschen es unter diesen Revolutionären gab. Menschen mit einem aktiven Geist, die für lange Zeit in die sibirische Verbannung gerieten, versauerten dort nicht und verloren nicht den Verstand vor lauter revolutionärer Untätigkeit, sondern sie öffneten ihre Augen für die Völker, in deren Umgebung sie lebten, lernten ihre Sprache und ihre Lebensweise kennen und schrieben über sie: Ethnografische Arbeiten verfassten Lew Sternberg über die Giljaken, Wladimir Bogoras über die Tschuktschen, Wladimir Iochelson über die Jukagiren, Naum Gekker schrieb über den physischen Typus der Jakuten, und etwas trug auch Moissej Krol mit seinen Forschungen über die Burjaten bei. Einige jüdische Revolutionäre schlossen sich eifrig der sozialistischen Bewegung im Westen an. Zum Beispiel stürzten sich W. Iochelson und A. Sundelewitsch bei den deutschen Reichstagswahlen für die Sozialdemokraten in den Wahlkampf, Sundelewitsch wurde sogar wegen unzulässiger Aktionen verhaftet. Anna Rosenstein wurde in Frankreich zu einer Haftstrafe wegen einer Straßendemonstration, die regelwidrig verlief, verurteilt; Turgenjew verwendete sich für sie, und sie wurde nur nach Italien ausgewiesen, doch auch dort wurde sie zwei Mal zu Haftstrafen wegen anarchistischer Agitation verurteilt. (Später heiratete sie F. Turati, brachte ihn zum Sozialismus und wurde selbst die erste Marxistin in Italien.) Abraham Walt-Lesin aus Minsk publizierte 17 Jahre lang in der amerikanischen sozialistischen Zeitung »Forwerts« [»Vorwärts«] und hatte merklichen Einfluss auf die Formierung der amerikanischen Arbeiterbewegung. (Dieser Weg stand noch vielen unserer Sozialisten bevor.)

Unter den emigrierten Revolutionären kam es bisweilen auch zur Enttäuschung über die Revolution. So bei Moissej Weller, der sich von der Bewegung entfernte und nach Russland

zurückkehrte, nachdem sich Turgenjew bei Loris-Melikow für ihn verwendet hatte. (Doch er nahm sich bald darauf das Leben.) Noch merkwürdiger war der Weg Isaak Pawlowskijs: In Paris ging er als »bekannter Revolutionär« bei Turgenjew ein und aus, lernte durch ihn Emile Zola und Alphonse Daudet kennen, schrieb eine Erzählung über die russischen Nihilisten (die Turgenjew im »Westnikjewropy« [»Bote Europas«] unterbrachte), später wurde er Paris-Korrespondent der »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«] (unter dem Pseudonym I. Jakowlew) und trat sogar als scharfer »Antisemit« auf, wie Deutsch berichtet. Später richtete er ein Gesuch an allerhöchste Stelle, wurde begnadigt und kehrte nach Russland zurück.

Die meisten jüdischen Revolutionäre standen jedoch gemeinsam mit den russischen in den Reihen der Massen oder gerieten irgendwo in Vergessenheit. »Abgesehen von zwei oder drei großen Führungspersönlichkeiten ... traten unsere anderen Juden nur zweit- oder drittrangig in Erscheinung«, schreibt Deutsch. Der frühsowjetische »Historisch-Revolutionäre Sammelband« führt eine große Zahl von Namen unbekannter Soldaten der Revolution auf. Dort finden wir auf mehreren Seiten Dutzende, sogar Hunderte von jüdischen Namen. Wer erinnert sich heute noch an sie? Sie alle waren jedoch in Aktion, jeder von ihnen trug sein Teil zum allgemeinen Auseinanderbersten des Staates bei, in größerem oder kleinerem Maße.

Nicht die ganze Reihe früher jüdischer Revolutionäre schloss sich gleich der gesamtrussischen Revolution an, nicht jeder von ihnen sagte sich von seinem Judentum los. A. Liberman war ein Kenner des Talmuds und älter als seine Narodniki-Freunde. Schon 1875 schlug er vor, für die jüdischen Massen eine besondere Propaganda für den Sozialismus zu betreiben. Gemeinsam mit G. Gurewitsch gab er 1877 in Wien eine sozialistische Zeitschrift in jiddischer Sprache heraus, die den Namen »Emes« [»Prawda« = »Wahrheit«] trug. Davor, auch in den 70ern, brächte A. Sundelewitsch »eine Ausgabe in hebräischer Sprache« heraus, ebenfalls unter dem Namen »Wahrheit«. (L. Schapiro nimmt an, dass dies eine Art »ferner Vorfahr der >Prawda< Trotzkijs gewesen sein könnte«. Diese Benennung hatte eine lange Tradition.) Manche drängten wie Walt-Lesin auf die Verbindung von Internationalismus und jüdischem Nationalismus. »In seinen improvisierten Vorlesungen und Predigten waren der Prophet Jesaja und Karl Marx gleichberechtigte Autoritäten. « In Genf wurde eine Jüdische Freiheitliche Druckerei begründet, die Flugblätter für die jüdische arbeitende Bevölkerung druckte.

In manchen Städten wurden auch besondere jüdische Zirkel gegründet. »Das Anfang 1876 geschaffene >Statut über die Organisation einer sozialrevolutionären Vereinigung der Juden in Russland< machte die Notwendigkeit deutlich, Propaganda in hebräischer Sprache zu betreiben und unter den Juden der westlichen Gebiete sogar eine >Reihe sozialrevolutionärer, sowohl untereinander als auch mit vergleichbaren Gruppen im Ausland verbundener Sektionen zu bilden. « »Die Sozialisten der ganzen Welt stellen eine Brüderschaft dar« und »die Organisation soll >Jüdische Sektion der Russischen Sozialrevolutionären Partei heißen. «

Gessen legt dar, dass die Arbeit dieser Vereinigung »unmittelbar bei der jüdischen Masse nicht auf ausreichend Zustimmung stieß«, weshalb die jüdischen Sozialisten in ihrer Mehrheit ihre Kraft der allgemeinen Sache zuwandten, also der gesamtrussischen. Tatsächlich entstanden diese Zirkel nicht nur in Wilna, Grodno, Minsk, Dwinsk und Odessa, sondern auch in Jelez, Saratow und Rostow am Don.

In dem umfangreichen Dokument über die Grundlegung jener »Sozialrevolutionären Vereinigung der Juden in Russland« kann man einige erstaunliche Gedanken nachlesen, wie

etwa diesen: »Nichts Gewöhnliches hat das Recht zu existieren, wenn es keine rationale Berechtigung hat. « (!)

Gegen Ende der 70er-Jahre rollte die russische revolutionäre Bewegung bereits auf den Terror zu: Die Rebellion Bakunins gewann endgültig die Oberhand über die aufklärerische Variante Lawrows. Ab 1879 überwog die Sichtweise der »Narodnaja wolja«, wonach die Aufenthalte der Narodniki unter den Bauern nutzlos waren, über die Ablehnung des Terrors durch die »Schwarze Umteilung«. Es hieß nun: Nichts als Terror!! Und zwar sogar systematischer Terror! (Dabei ließen sie sich auch nicht durch die ausbleibende Reaktion des Volkes und den Mangel an Intellektuellen beunruhigen.) Ein Terrorakt folgte auf den anderen, und darunter auch direkt gegen den Zaren gerichtete!

Nach Einschätzung L. Deutschs waren an diesem einsetzenden Terror nicht mehr als zehn oder zwölf Juden beteiligt, angefangen mit Aron Gobst (hingerichtet), Solomon Wittenberg (bereitete das Attentat von 1878 gegen Alexander II. vor, 1879 hingerichtet), Ajsik Arontschik (wirkte an der Sprengung des Zarenzuges mit, bekam lebenslängliche Zwangsarbeit) und dem schon genannten Grigorij Goldenberg. Ebenso wie Goldenberg wurde der bedeutende Organisator des Terrors A. Sundelewitsch schon frühzeitig verhaftet, sodass er nicht mehr an der Ermordung des Zaren mitwirken konnte. Ein weiterer aktiver Terrorist war Mlodezkij. Rosa Grossman, Christina Grinberg und die Brüder Lew und Sawelij Slatopolskij spielten die Rolle von Handlangern. (Übrigens war Sawelij am 1. März 1881 Mitglied des Exekutivkomitees.) Gesja Gelfman gehörte der Hauptgruppe, den »Attentätern des 1. März« an.

Die darauf folgenden 80er-Jahre waren eine Zeit des Niedergangs und Zerfalls der Narodniki-Bewegung. Die Regierung gewann wieder die Oberhand, und für die Mitgliedschaft in einer revolutionären Organisation wurden erhebliche, acht- bis zehnjährige Freiheitsstrafen verhängt. Doch auch die revolutionäre Bewegung besaß Ausdauer, und ihre Mitglieder lebten weiter. Hier ist Sophia Ginsburg zu nennen: Sie begann ihre revolutionären Aktivitäten erst 1887. Sie bemühte sich, die von Verhaftungen gebeutelte »Narodnaja wolja« wieder zu beleben; noch nach dem Scheitern der Uljanow-Gruppe traf sie Vorbereitungen für ein Attentat gegen Alexander III. Die einen Narodniki gerieten in Verbannung, andere kamen von dort zurück, wieder andere wurden eben dorthin geschickt. Doch sie setzten den Kampf fort.

Eine bekannte Explosion, die in den Memoiren beschrieben wird, war die Meuterei im Gefängnis von Jakutsk 1889. Eine große Gruppe politischer Gefangener sollte nach Werchojansk und ins ferne Mittel-Kolymsk verlegt werden, was sie verhindern wollten. Die Mehrheit der Gruppe bildeten Juden. Zudem war der ganzen Gruppe das Gepäck eingeschränkt worden: Anstelle der üblichen fünf Pud {Anm: Russisches Gewichtsmaß 1 Pud = 16,36kg} Bücher, Kleidung und Wäsche, fünf Pud Brot, zwei Pud Fleisch sowie Butter, Zucker und Tee pro Person (alles selbstverständlich auf Rentieren oder Pferden) wurde es ihnen auf insgesamt fünf Pud begrenzt. Die Verbannten beschlossen, sich zu widersetzen. Ein halbes Jahr zuvor waren sie bereits frei in Jakutsk umhergegangen und hatten sich bei der örtlichen Bevölkerung mit Waffen eindecken können. »Wenn wir ohnehin dem Untergang geweiht sind, dann wollen wir lieber so untergehen, dass die ganze Welt von den Untaten der russischen Regierung erfährt und durch unseren Untergang bei den Lebenden der Kampfgeist geweckt wird. « Als man kam, um sie zur Polizeiverwaltung zu holen, eröffneten sie als Erste das Feuer auf die Ordnungskräfte, und die Wachen erwiderten es. Gemeinsam mit N. Sotow, der den ersten Schuss auf einen Vize-Gouverneur abgegeben hatte, wurden verurteilt: zum Tode L. Kogan-Bernstein und A.

Hausman. Zu lebenslänglicher Zwangsarbeit der bekannte Memoirenschreiber O. Minor selbst, der sehr bekannte M. Goz, ferner »A. Gurewitsch, M. Orlow, M. Bramson, M. Braginskij, M. Ftmdaminskij, M. Ufland, S. Raun, O. Estrowitsch, Sophia Gurewitsch, Wera Goz, Polina Perli, A. Bolotina, N. Kogan-Bernstein«. Die »Jüdische Enzyklopädie« berichtet, dass wegen dieses Aufstandes 26 Juden und sechs Russen vor Gericht gestellt wurden.

In demselben Jahr 1889 kam Mark Nathanson aus der Verbannung zurück und machte sich sogleich daran, anstelle der zerschlagenen Narodniki-Organisation eine neue, das »Narodnoje prawo« [»Volksrecht«], zu schmieden. Nathanson war bereits Zeuge der Geburt des aus Europa herübergekommenen Marxismus und dessen Kampf mit den Narodniki gewesen. Er verwandte seine Anstrengungen nun darauf, das Auseinanderbrechen der revolutionären Bewegung zu verhindern, auch das Bündnis mit den Liberalen nicht zu verlieren (»die Besseren unter den Liberalen sind auch halbe Sozialisten«). "Wie schon zuvor sah er über die verschiedenen Schattierungen der Überzeugungen hinweg, wichtig war es, alle zu vereinen, um die Autokratie zu stürzen. In einem demokratischen Russland werden wir uns schon einig werden. Doch diesmal erwies sich seine Organisation als träge, wenig aktiv und kurzlebig. Selbst die Anforderungen der Konspiration wurden fallen gelassen. Isaak Gurwitsch fand dafür klare Worte: »Bedingt durch den Mangel an Konspiration fallen die Leute massenhaft der Polizei in die Hände, aber jetzt gibt es dermaßen viele Revolutionäre, dass Verluste offenbar keine Rolle mehr spielen. Wo gehobelt wird, da fallen Späne!«

Der allgemeine Umschwung im jüdischen Selbstverständnis nach 1881/82 konnte nicht ohne mehr oder weniger starke Auswirkungen auch auf das Selbstverständnis der jüdischen Revolutionäre in Russland bleiben. Diese jungen Leute hatten sich ja gerade erst vom Judentum gelöst, und viele kamen später wieder zurück, »der Abschied von den Juden von der Straße< und dann die Rückkehr zum Volk«. »Mit dem jüdischen Ghetto ist unser historisches Schicksal verknüpft, und von ihm rührt unsere nationale Identität. « Bis zu den Pogromen von 1881/82 »kam eindeutig niemandem von uns Revolutionären ... die Annahme in den Sinn, es könnte notwendig sein«, öffentliche Verlautbarungen über die Rolle der Juden in der revolutionären Bewegung zu machen. Diese Pogrome riefen »bei... einem überwiegenden Teil der Juden einen Sturm der Empörung hervor«. »Nicht nur gebildete Juden im Allgemeinen, sondern auch einige jüdische Revolutionäre, die vormals nicht die geringste Verbundenheit zu ihrer Nationalität empfunden hatten, ... fühlten sich plötzlich verpflichtet, ihre Kräfte und Fähigkeiten für ihr zu Unrecht verfolgtes Volk zu verwenden. « »Die Pogrome erweckten bis dahin verborgene Empfindungen und machten die Jugend sensibler für die Leiden ihres Volkes, und das Volk empfänglicher für revolutionäre Ideen. Möge dies auch die Grundlage für Eigeninitiativen der jüdischen Massen bilden«, »wir werden beharrlich an der Aufgabe der Zerstörung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung arbeiten«.

Hinzu kam dann auch noch die unerwartete Unterstützung der Judenpogrome durch die Flugblätter der »Narodnaja wolja«! Lew Deutsch bringt seine Fassungslosigkeit darüber in einem Brief an den ebenfalls bestürzten Axelrod zum Ausdruck: »Tatsächlich ist die jüdische Frage für den Revolutionär nun praktisch nicht mehr lösbar. Was sollen sie denn nun zum Beispiel in Balta tun, wo die Juden geschlagen werden? Für sie eintreten hieße ja >Hass gegen die Revolutionäre hervorrufen, die nicht nur den Zar getötet haben, sondern auch noch die Juden unterstützen ... Im Volk eine Agitation für den Frieden zu führen, ist für die Partei jetzt sehr, sehr schwer. «

Selbst der vergötterte Anführer P. L. Lawrow äußerte Zweifel: »Ich halte die jüdische Frage für äußerst kompliziert, und in der Praxis ist die Lage für die Partei, die anstrebt, sich dem Volk zu nähern und es gegen die Regierung zu erheben, in höchstem Maße schwierig ... angesichts der bestehenden Leidenschaften des Volkes und der Notwendigkeit, wo möglich das Volk auf seiner Seite zu haben. « So dachten nicht wenige russische Revolutionäre.

In den 80er-Jahren kam es wieder zu einer Strömung unter den Sozialisten, ihre Aufmerksamkeit und Agitation wieder gerade auf jüdische Kreise zu richten, bevorzugt auf Arbeiter. Doch regelrechtes Proletariat gab es unter den Juden wenig: einige Tischler, Buchbinder und Schuster. Am besten ließ es sich freilich mit den Druckern arbeiten, denn sie waren gebildeter. Isaak Gurwitsch berichtet, wie er sich gemeinsam mit Moissej Churgin, Lew Rogaller und Iosif Resnik »in Minsk die Aufgabe gestellt hatte, Kerngruppen gebildeter Arbeiter aufzubauen«. Jedoch beispielsweise in Bialystok und in Grodno »bildeten sich überhaupt keine Arbeiterzirkel«, sie konnten dort keine Mitglieder gewinnen.

Die Bildung solcher Zirkel erforderte eine gewisse Konspiration: Bisweilen hielt man Treffen außerhalb der Stadt ab; traf man sich regelmäßig in Wohnungen, so betrieb man vorderhand Studien der russischen Sprache und der Naturwissenschaften, um im Laufe dieser Beschäftigung Kandidaten für die Propaganda des Sozialismus auszuwählen. Wie Ju. Martow erklärt, waren es gerade diese vorausgehenden Studien, die viele in die revolutionären Zirkel führte: »Geschickt und gelehrig« und fähig, sich selbstständig zu machen, »waren später namentlich jene, die an unseren Zirkeln teilgenommen, dort ihre kulturelle Ausformung erhalten, und insbesondere die russische Sprache beherrschen gelernt hatten, dieses überaus essenzielle Werkzeug im Konkurrenzkampf der kleinen Händler und Gewerbetreibenden«. Später gingen »unsere ›Glückspilze‹, die sich aus der Rolle des Geknechteten befreit hatten« und feierlich gelobt hatten, nicht mehr in Lohnarbeit zu gehen, kraft der Erfordernisse des Marktes doch wieder in Anstellungen. Oder aber die in solchen Zirkeln ausgebildeten »Arbeiter hängten ihren Beruf an den Nagel und wurden zu ›Externen‹«.

Die Teilnahme der Jugend an diesen Zirkeln stieß auf Ablehnung, sogar Widerstand der örtlichen jüdischen Bourgeoisie, die schneller und besser als die Polizei begriff, wohin das führen würde.

Mancherorts glückte es jedoch, man verwendete sozialistische Broschüren und Flugblätter aus einer Londoner Druckerei und sie selbst erarbeiteten so gut sie konnten »zu allen programmatischen Fragen sozialdemokratische Formeln«. So nahm die allmähliche propagandistische Vorbereitung der Gründung des »Bund« ein ganzes Jahrzehnt ein.

Doch »noch viel mehr als durch die polizeiliche Verfolgung wurde unsere Arbeit durch die einsetzende Amerika-Emigration behindert. Tatsächlich bereiteten wir die sozialistischen Arbeiter für Amerika vor. « So sind die knapp gefassten Erinnerungen Isaak Gurwitschs über »die ersten jüdischen Arbeiterzirkel« durchsetzt von Randbemerkungen, wie: Der als Agitator tätige Student Schwarz »emigrierte später nach Amerika, lebt jetzt in New York«. Bei einer der Zusammenkünfte eines Zirkels in der Wohnung Iosif Resniks »waren zwei Arbeiter zugegen, ein Zimmermann und ein Tischler, die jetzt beide in Amerika sind«. Zwei Seiten weiter erfahren wir, dass auch Resnik selbst nach seiner Verbannung »nach Amerika übersiedelte«. Der im Gegensatz dazu zur Agitation aus Amerika angereiste »junge Hirschfeld ... ist gegenwärtig Arzt in Minneapolis« und bewarb sich als sozialistischer Kandidat um das Amt des Gouverneurs. »Eines der aktivsten Mitglieder des ersten Zirkels von Abramowitsch, Jakob Swirin, ... saß ein

Jahr in Kresty ab, ... übersiedelte nach Amerika und lebt gegenwärtig in New York. « »Schmulewitsch (>Kiwel<) ... musste 1889 ... aus Russland fliehen, lebte bis 1896 in der Schweiz, wo er aktives Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation war«, später »übersiedelte er nach Amerika ... und lebt in Chicago«. Schließlich auch der

Autor des Berichts: »1890 verließ ich selbst Russland«, obwohl er nur wenige Jahre zuvor geschrieben hatte: »Wir ... sahen die Dinge anders. Sozialistische Propaganda unter den Arbeitern zu führen war die Verpflichtung eines jeden ehrlichen Intellektuellen. Damit bezahlten wir unsere historische Schuld< gegenüber dem Volk. Wenn ich aber die Verpflichtung habe, Propaganda zu betreiben, so geht daraus offensichtlich hervor, dass ich das Recht habe zu verlangen, dass mir die Möglichkeit gegeben werde, diese Verpflichtung zu erfüllen. « Nach seiner Übersiedlung nach New York 1890 fand Gurwitsch dort eine »russische Arbeiterselbsthilfevereinigung«, die zur Gänze aus Minsker Handwerkern bestand und zum »russischen Neujahrstag« in New York einen »Ball der Minsker Sozialisten« veranstaltete. In New York »war die örtliche sozialistische Bewegung ... zu ihrem größten Teil rein jüdisch«.

Wie wir sehen, war schon damals der Ozean kein ernst zu nehmendes Hindernis für die Einheit und Kontinuität der jüdischen revolutionären Aktivitäten. Diese lebendige Verbindung würde sich in Russland noch sehr deutlich bemerkbar machen.

Doch ein bedeutender Teil der jüdischen Jugend blieb der gesamtrussischen revolutionären Tradition in den 80er- und 90er-Jahren treu und wandte sich nicht ab. D. Schub zeigt, dass die Pogrome und später die Beschränkungsgesetze Alexanders III. sie ganz im Gegenteil zum Kampf anstachelten.

Es wurde notwendig, dem russischen einfachen Volk überzeugend darzulegen, warum so eine große Zahl von Juden an der revolutionären Bewegung teilnahm. Mit Blick auf das geringe Bildungsniveau wurden für populäre Broschüren allmählich Argumente und eine Phraseologie ausgearbeitet, die dann bis 1917 Verwendung fanden, auch noch im Jahr 1917 selbst, und auf der Grundlage einer solchen Broschüre rekonstruiert werden können.

Schwer ist das Geschick des russischen Untertanen, die Regierung hält ihn in ihrer Faust, doch »noch bitterer ist das Los ... des armen russischen Juden«: »Die Obrigkeit erlaubt sich bei ihm alles, saugt ihm alle seine Säfte aus. Sein Leben ist nichts als ein andauernder Hungertod«, und »seine Brüder in Mühsal und im Elend, die russischen Arbeiter und Bauern, ... die noch in Finsternis leben, halten sich von ihm fern«. Darauf folgen nacheinander Fragen mit Antworten: »Sind für das russische werktätige Volk die jüdischen Kapitalisten Feinde?« Alle Kapitalisten sind Feinde, und für den Werktätigen ist es egal, was für ein Kapitalist ihn beraubt; der Zorn soll nicht im Besonderen gegen die jüdischen gerichtet werden. »Die Juden ... besitzen kein Land, sie können nirgendwohin gehen. « Die Juden sind deshalb keine Bauern, »weil die russische Regierung ihnen nicht erlaubt hat, auf den Dörfern zu leben«. In ihren Kolonien sind sie aber »fleißige Ackerbauern. Ihre Felder sind auf das Beste bestellt ... mit den Händen der Juden, sie brauchen niemanden anzustellen. Die Kolonisten betreiben auch keine anderen Geschäfte ... Die Juden lieben die harte Feldarbeit sehr. « »Schadet die jüdische Armut den wirtschaftlichen Interessen des russischen werktätigen Volkes?« Mit Handel beschäftigen sich die Juden »nicht aus Liebe ... , sondern aus Not: Alle Wege sind ihnen versperrt, von etwas müssen sie leben. « »Mit Freuden würden sie ihren Handel hinwerfen, wenn man sie nur aus ihrem engen Käfig« frei ließe. Dafür, dass es unter den Händlern Strolche gibt, ist der zaristischen Regierung die Schuld zu geben. »Die jüdischen Arbeiter begannen den Kampf um

die Verbesserung ihrer Lage noch zu einer Zeit, als in fast ganz Russland das werktätige Volk devot war. « Die jüdischen Arbeiter »verloren früher als alle anderen die Geduld«, »und Zehntausende von Juden sind Mitglieder der russischen sozialistischen Parteien. Sie haben im ganzen Land den Hass auf die kapitalistische Ordnung und gegen die zaristische Regierung verbreitet«, sie haben »dem russischen werktätigen Volk einen guten Dienst« erwiesen, und dafür werden sie von den russischen Kapitalisten gehasst. Die Regierung »hat durch die Polizei an der Vorbereitung der Pogrome mitgewirkt, sie hat der Meute die Polizei und die Armee zur Hilfe geschickt. « »Zum Glück ... haben Arbeiter und Bauern sehr selten an den Pogromen teilgenommen. « »Ja, die jüdische werktätige Masse hasst die verantwortungslose zaristische Regierung. « »Nach dem Willen der Regierung wurden jüdischen Kleinkindern die Köpfe an den Wänden zerschlagen ... Jüdische Frauen, von Greisinnen bis hin zu kleinen Mädchen, wurden auf den Straßen vergewaltigt. « Doch »es lügt frech, wer die Juden als Feinde des russischen Volkes bezeichnet ... Wie sollten sie Russland denn hassen? Haben sie etwa eine andere Heimat?«

Die revolutionäre Tradition trägt bisweilen erstaunliche Früchte. 1876 wurde A. Bibergal wegen Teilnahme an einer Demonstration auf dem Platz vor der Kasaner Kathedrale verurteilt. Seine ältere Tochter besuchte die Hochschule in Petersburg, und 1901, genau 25 Jahre nach jener Demonstration, wurde auch sie an demselben Ort verhaftet. (1908 gehörte sie einer Sozialrevolutionären Gruppe an und wurde zu Zwangsarbeit verurteilt für ein Attentat auf den Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch.)

Die russischen Revolutionäre bedurften mit den Jahren mehr und mehr der jüdischen Mitwirkung, mehr und mehr begriffen sie den Nutzen, den es ihnen einbrachte, die Juden als Zunder für die Revolution zu benutzen, sich ihren doppelten Impems zunutze zu machen: den gegen die nationalen und den gegen die wirtschaftlichen Beschränkungen gerichteten.

1883 entstand in Genf sozusagen das Führungsorgan der entstehenden russischen Sozialdemokratie: Die »Gruppa Oswoboshdenija Truda« [»Gruppe der Befreiung der Arbeit«]. Gegründet wurde sie neben Plechanow und Sassulitsch von L. Deutsch und P. Axelrod. (1885 trat Ingerman an die Stelle des verstorbenen Ignatow.)

Zu ihrer Unterstützung bildete sich in Russland unter der Masse der verstreuten und verirrten Mitglieder des »Tschornyj peredel« (deren Zahl die der Narodowolzen bei weitem überstieg) eine Strömung, die dem »Oswoboshdenie truda« [»Befreiung der Arbeit«] folgte. Unter ihnen finden wir viel jüdische Jugend; wobei an Bekannteren zu nennen sind: Israel Helphand (der zukünftige mächtige Parvus) und Rafael Solowejtschik. Als Solowejtschik, der mehrere Städte Russlands bereist hatte, um die Revolutionsarbeit in Gang zu bringen, 1889 verhaftet wurde, wurde auch anderen der Prozess gemacht, die vermutlich ebenfalls der Gruppe »Oswoboshdenie truda« angehörten, unter ihnen waren auch jüdische Namen. Zu dieser sozialdemokratischen Richtung gehörte auch David Goldendach, der später unter dem Namen »Rjasanow« als Bolschewik bekanntwurde. (1889 flüchtete er aus Odessa vor der Militärpflicht ins Ausland.)

Die Gruppe der Narodowolzen war auch nach ihrem Zusammenbruch noch »ziemlich groß. Ihr gehörten beispielsweise an: Dembo, Rudewitsch, Mandelstam, Boris Reinstein, Ludwig Nagel, Bek, Sophia Schenzis, Filippeo, Lewentis, Scheftel, Warnechowskij und andere. «

Es waren also noch Kräfte für den revolutionären Wettkampf und für theoretische Auseinandersetzungen zwischen den Narodowolzen, dem »Tschornyj peredel« und dem »Oswoboshdenie truda« vorhanden. Der hier verwendete dreibändige »Historisch-Revolutionäre Sammelband« der sowjetischen 1920er-Jahre bringt diese Auseinandersetzungen in all ihrer zermürbenden und langatmigen Wortfülle, wie sie damals geführt wurden in der Vorstellung, dass sie wichtiger und höher seien als die Fragen allen Denkens auf der Welt und die Weltgeschichte - ein in seinen Einzelheiten niederschmetterndes Zeugnis des geistigen Gehalts der russischen Revolutionäre der 80er- und 90er-Jahre, das vielleicht noch seiner Erforschung harrt.

Doch ab den 1930er-Jahren wichen die stolzgeschwellten und namentlichen Aufzählungen alles und aller zur Revolution Gehörigen in den sowjetischen historisch-politischen Publikationen einer Art nun entstehenden unnatürlichen Tabus: Die Erwähnung der Rolle und der Zahl der Juden in der russischen revolutionären Bewegung wurde von da an vermieden, man reagierte empfindlich darauf. Jedes absichtsvolle Verschweigen in der Geschichte ist jedoch unmoralisch und gefährlich, denn es bereitet nur den Boden für spätere gegenteilige Übertreibung. Die »Jüdische Enzyklopädie« schreibt: »Zu einer Einschätzung der tatsächlichen Bedeutung des jüdischen Elements in der gesamtrussischen Befreiungsbewegung zu gelangen und es in Statistiken zu fassen, erscheint unmöglich« - durch die Zusammenschau verschiedener Quellen ergibt sich aber schon ein gewisses Bild.

Gessen berichtet, dass »unter den 376 Personen, die im ersten Halbjahr 1879 wegen Staatsverbrechen angeklagt wurden, die Juden nur 4% ausmachten«, und unter denen, die sich im Laufe des Jahres 1880 vor dem Senat verantworten mussten, »von 1054 Personen ... die Juden 6,5% ausmachten«. Ähnliche Einschätzungen finden wir auch bei anderen Autoren.

Doch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fanden sich in der revolutionären Bewegung mehr und mehr Juden, und ihre Rolle wurde bedeutender und einflussreicher. In den ersten Jahren der Sowjetmacht, als man darauf noch stolz war, berichtete der bekannte Kommunist Lurje-Larin: »In den zaristischen Gefängnissen und der Verbannung bildeten die Juden gewöhnlich etwa ein Viertel aller Gefangenen und Verbannten. « Der marxistische Historiker M. N. Pokrowskij schätzt aufgrund der Daten von verschiedenen Parteiversammlungen, dass »die Juden ein Viertel bis ein Drittel der Organisationskader aller revolutionären Parteien bilde[te]n«. (Die aktuelle »Jüdische Enzyklopädie« äußert Zweifel an dieser Schätzung.)

1903 wies Witte in seinem Treffen mit Herzl daraufhin, dass aus den Juden, die kaum 5% der Bevölkerung Russlands bildeten, nämlich 6 Millionen von 136 Millionen, sich 50% der Revolutionäre rekrutierten

Der Kommandeur des sibirischen Militärbezirks, General N. N. Suchotin, erstellte am 1. Januar 1905 eine Statistik der politischen Verbannten in ganz Sibirien nach deren Nationalitäten. Sie ergab: 1898 Russen (42%), 1678 Juden (37%), 624 Polen (14%), 147 Kaukasier, 85 Balten, 94 Sonstige. (Gewiss betreffen diese Daten nur die Verbannten, ohne die Gefängnisse und Straflager, und auch nur das Jahr 1904, aber trotzdem erlauben sie eine Vorstellung.) Interessant ist dort auch eine weitere Zeile: »darunter sich verborgen Haltende«. Hier sieht das Prozentverhältnis ganz anders aus: Russen 17%, Juden 64%, Sonstige 19%.

So bezeugt auch W. Schulgin: 1899 erfuhr man in Kiew von den Petersburger Studentenunruhen. »Die langen Korridore der Universität waren angefüllt von der summenden

Menge der Studenten. Mich erstaunte das Vorherrschen der Juden in dieser Menge. Ich weiß nicht, ob es mehr oder weniger waren als die Russen, aber zweifellos >überwogen< sie, d. h. sie führten diese form- und ziellose, in Studentenjoppen gekleidete Menge an. « In der Folge wurden Professoren und nicht am Streik teilnehmende Studenten aus den Hörsälen gejagt. Dann fertigte diese »>reine, heilige Jugend< gefälschte Fotografien an, auf denen zu sehen war, wie Kosaken Studenten verprügelten. Diese wurden als Schnappschüsse von tatsächlichen Ereignissen ausgegeben«, dabei waren es nur abfotografierte Zeichnungen. »Nicht alle Juden standen links, ... manche jüdische Studenten waren auf unserer Seite«, wofür sie später viel zu erdulden hatten, in der Gesellschaft wurden sie verhöhnt. Und: »Die Rolle der Juden bei der Revolutionierung der Universitäten war wirklich bemerkenswert und entsprach überhaupt nicht ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung im Land. «

Miljukow nannte das: »Legenden über die revolutionären Juden ... Die [Leute an der Regierung] brauchen Legenden, so wie der primitive Mensch rhythmische Prosa braucht. « G. P. Fedotow schrieb im Gegenteil: »Die Juden ... sind seit den 80er-Jahren geistig befreit, ... ähnlich wie die russische Intelligenzija in der Epoche Peters des Großen. Sie sind in größtem Maße entwurzelt, international in ihrem Selbstverständnis und ungewöhnlich aktiv ... In der russischen Revolution übernahmen sie sogleich eine Führungsrolle ... Auf dem moralischen Antlitz des russischen Revolutionärs haben sie ein deutliches und dunkles Mal hinterlassen. «Ab den 80er-Jahren verschmolzen die russische und die jüdische Intelligenzija nicht nur in ihrer gemeinsamen revolutionären Sache, sondern auch in allen anderen geistigen Leidenschaften, vor allem in ihrer brennenden Entwurzelung.

Einer Zeitgenossin (Sinaida Altanskaja, der Orlower Korrespondentin des Schriftstellers Fjodor Krjukow) zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschien diese jüdische Jugend einfach so: »... ihr Talent und ihre Liebe zum Kampf. Und was für Pläne sie hatten, hochfliegend, durch nichts zu entmutigen! Sie haben etwas Eigenes, Erlittenes, Teures. Wie schmerzlich, wie beneidenswert!« Die russische Jugend war folglich nicht so.

M. Agurskij äußert sich folgendermaßen: »Die Teilnahme an der revolutionären Bewegung war gewissermaßen eine >schickliche[re]< Art der Assimilation«, als es die gewöhnliche Assimilation war, welche die Taufe zur Voraussetzung hatte. Außerdem erschien sie deshalb als besonders nobel, weil sie ja auch eine Art Aufstand gegen die eigene jüdische Bourgeoisie bedeutete - und gegen die eigene Religion, die von den Revolutionären jetzt völlig missachtet wurde.

Doch diese »schickliche« Assimilation war keineswegs vollständig oder auch nur echt: Viele der unsteten jungen Leute lösten sich von ihrem Boden, ohne aber darauf im russischen Boden neu zu verwachsen, sie waren ohne Nation und Kultur, bildeten also genau das Material, das der Internationalismus benötigt.

Da die jüdische Gleichberechtigung eine der bedeutendsten Losungen der gesamtrussischen revolutionären Bewegungen blieb, bewahrte jeder junge Jude, der in die russische Revolution zog, im Kopf und im Herzen, dass er weiterhin den Interessen der Juden diente: Die Beteiligung an der Revolution war zugleich ein Kampf für die jüdische Gleichberechtigung. Parvus postulierte, vertrat und predigte den Jungen die These (und machte sie zu seiner Lebensaufgabe): Die Befreiung der Juden in Russland kann nur auf dem Wege des Sturzes der Zarenmacht erfolgen.

Diese Auffassung wurde unterstützt durch den Einfluss des reiferen, wohlhabenden, bodenständigen und durchaus nicht draufgängerischen Teils der russischen Juden: Ihre Stimmung war zum Ende des 19. Jahrhunderts eine andauernde Verärgerung über das russische Regierungssystem, und in diesem ideologischen Umfeld wuchs die Jugend schon vor ihrer Loslösung vom Judentum auf. Auch der bekannte Bundist M. Rafes wies darauf hin, dass an der Schwelle zum 20. Jahrhundert die »jüdische Bourgeoisie ihr Hoffen und Sehnen zutage brachte, welches sie dann in die Herausbildung der revolutionären Bewegung einfließen ließ ... Die bis dahin ablehnende Haltung zu ihr musste der Sympathie weichen. «

G. Gerschuni erklärte vor Gericht: »Bitte sehr, eure Verfolgungen haben uns in die Revolution getrieben. « Tatsächlich reichen die Wurzeln dieser Erklärung tief in die jüdische und in die russische Geschichte und in die Begegnung beider hinein.

Doch hören wir G. A. Landau, den bekannten jüdischen Publizisten. Nach 1917 schrieb er: »Gab es denn viele jüdische bourgeoise oder kleinbürgerliche Familien, wo die kleinbürgerlichen oder bourgeoisen Eltern nicht voller Verständnis, bisweilen mit Stolz und im äußersten Falle gleichgültig mit angesehen hätten, wie ihre Kinder durch eine der gerade gängigen revolutionär-sozialistischen Ideologien geprägt . wurden. « Sie selbst »neigten vage Ideologien zu, die sich gegen die Bedrücker ganz im Allgemeinen richteten, ohne dabei zu unterscheiden, worin der Protest und worin die Bedrückung bestand«. So »kam es innerhalb der jüdischen Gesellschaft allmählich zu einer Piegemonie des Sozialismus, ... der Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft und des zeitgenössischen Staates, der Geringschätzung gegenüber der bourgeoisen Kultur und dem Erbe der Jahrhunderte. Die Lossagung von diesem Letztgenannten fiel den Juden umso leichter, als sich ein bedeutender Teil von ihnen im Zuge ihrer Europäisierung schon zuvor losgesagt hatte. « Die revolutionären Ideen waren »im jüdischen Umfeld ... in zweierlei Weise zerstörerisch«, nämlich sowohl in Bezug auf Russland als auch in Bezug auf sie selbst. Und »die jüdische Gesellschaft wurde von ihnen vergleichsweise umfassender durchdrungen als die russische«.

Der Kiewer Juwelier Marschak (der auch Kiewer Kirchen mit seinen Arbeiten verziert hatte) bezeugte, dass er »sogar im Großbürgertum [von der Revolution] angesteckt« wurde. Dasselbe erkennen wir auch an dem dynamischen geistigen Potenzial, das der in einer sehr reichen Familie heranwachsende Bogrow ausbildete. Sein Vater, ein schwerreicher Liberaler, gewährte seinem terroristischen Sohn völlige Freiheit. Auch die Brüder Goz, ebenfalls Terroristen, gingen aus dem Moskauer Geldadel hervor, nämlich der Familie Goz und der Familie des Teefabrikanten und zigfachen Millionärs Wysozkij - und die Großväter unterstützten nicht nur ihre Enkel, sondern spendeten der Sozialrevolutionären Partei Hunderttausende von Rubeln.

»Die Reihen der Sozialisten waren überfüllt von Juden«, fährt Landau fort. A. I. Gutschkow führte in einer seiner Duma-Reden (1909) das Zeugnis einer jungen Sozialrevolutionärin an, die neben anderen Gründen für ihre Enttäuschung »angab, dass sich die Juden der ganzen revolutionären Bewegung bemächtigt hätten und im Triumph der Revolution ihren eigenen Triumph sehen würden«.

Die Juden wurden durch alle Schichten hindurch von der revolutionären Begeisterung erfasst, wie I. O. Lewin darstellt: »Der Macht der revolutionären Elementarkräfte waren nicht nur die niedrigen sozialen Schichten der jüdischen Bevölkerung Russlands hörig«, diese Bewegung »musste auch bedeutende Kader des halbgebildeten und des gebildeten Teils des

jüdischen Volks in ihren Bann ziehen« (wobei er über diese Halbintelligenzija schreibt, dass sie in den 1920er-Jahren »zweifellos zu den aktivsten Agenten des sowjetischen Regimes gehört« habe). »Noch mehr von ihnen gab es unter jenen >Externen< aller Rangstufen«, »von den Zahnärzten bis hin zu den Universitätsangehörigen, die für sich das ... Wohnrecht außerhalb des Ansiedlungsrayons erlangt hatten. Diese Elemente des jüdischen Volkes, die den kulturellen Gehalt des alten Judentums nicht mehr in sich trugen, blieben zugleich nicht nur der russischen Kultur fremd, sondern überhaupt jedweder Kultur. Diese geistige Leere, die sich mit nur oberflächlich angenommener europäischer Kultur bemäntelte, machte die schon kraft ihrer vorwiegenden Handels- und Gewerbetätigkeit zum Materialismus neigenden Juden äußerst empfänglich für materialistische politische Lehren ... Das den Juden so wesensgemäße rationalistische Denken ... disponiert sie zur Annahme von Doktrinen wie der des revolutionären Marxismus. «

Ein Mitverfasser desselben Bandes, W. S. Mandel, bemerkt: »Der russische Marxismus in seiner vom deutschen übernommenen Reinform war zu keiner Zeit eine russisch-nationale Bewegung, und für den revolutionär gestimmten Teil des russischen Judentums, dem es keinerlei Mühe bereitete, die sozialistische Lehre aus deutschen Büchern zu entnehmen, war es nur natürlich, dass er sich in bedeutendem Maße an der Verpflanzung dieser ausländischen Frucht auf russischen Boden beteiligte. « F. A. Stepun drückte sich so aus: Die jüdische Jugend zitierte Marx und debattierte munter darüber, in welcher Form der russische Bauer das Land besitzen soll. Die marxistische Bewegung in Russland nahm dementsprechend bei der jüdischen Jugend im Ansiedlungsrayon ihren Anfang.

Indem er seinen Gedanken weiterfuhrt, erwähnt W. S. Mandel »die Protokolle der Weisen Zions< ... , diese wahnwitzige und bösartige Fälschung«. So »sehen die Juden im Gefasel dieser Protokolle die böse Absicht der Antisemiten, das Judentum auszurotten«, dabei waren sie »selbst in mehr oder weniger hohem Maße nicht abgeneigt, die Welt auf neue Füße zu stellen, und glaubten, dass die Revolution ein Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der Herrschaft Gottes auf Erden ist. Nicht um das jüdische Volk zu verurteilen, sondern um es zu loben, schreiben sie ihm die Rolle eines Führers der Volksbewegungen für Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu, eines Führers, der zur Erreichung dieses hohen Ziels natürlich nicht vor der Zerstörung der bestehenden staatlichen und sozialen Ordnung stehen bleibt. « Er bringt das Beispiel eines extremen Ausdrucks dieser Haltung aus dem Buch Fritz Kahns »Die Juden als Rasse und Kulturvolk«: »Moses, 1250 Jahre vor Christus, ist der erste Proklamator der Menschenrechte in der Geschichte der Menschheit... . Christus [hat] die Predigt dieser kommunistischen Manifeste in einem kapitalistischen Staat... mit dem Tode bezahlt... 1818 geht der Stern von Betlehem zum zweiten male auf. Wieder steigt "er empor über den Dächern Judäas: Marx. «

»Aus dieser allgemeinen Brutstätte der Gewogenheit zur Revolution ... lassen sich verschiedene Strömungen in der jüdischen Gesellschaft herauslösen, darunter hoffnungslos fantastische, kindlich prätentiöse und gerade deshalb unaufhaltsam zur Rebellion drängende, und zwar nicht nur zu einer russischen Rebellion, sondern überhaupt zur Rebelhon des Jahrhunderts. «

Mit was für einer hehren Festigkeit und Verheißung drang doch der Marxismus in das Bewusstsein des gebildeten Russlands ein! Endlich erhielt die Revolution auch noch ein

wissenschaftliches Fundament bei völliger Unausweichlichkeit der Folgerungen und Voraussagen.

Unter den jungen Marxisten befand sich auch Julij Zederbaum, der nachmalige wohl bekannte Menschewikenführer Martow. Er gründete gemeinsam mit seinem engen Freund Lenin zuerst die (gesamtrussische) »Vereinigung für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse«, nur dass er nicht dieselbe Protektion wie Lenin genoss, dem als Verbannungsort die gesegnete Minusinsker Region zufiel, und drei Jahre im Turuchansker Gebiet absaß. Später ersann er im Verein mit demselben Lenin die Zeitung »Iskra« [»Der Funke«] und schuf für sie ein Verteilernetz.

Doch noch bevor er in Zusammenarbeit mit Lenin an die Gründung der gesamtrussischen sozialdemokratischen Partei ging, schuf derselbe, damals in Wilna ansässige Martow um das Jahr 1895 die ideologischen und organisatorischen Grundlagen für den »Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland«, den »Bund«. Die Idee Martows war es, fortan nicht Propaganda in Zirkeln zu betreiben, sondern die jüdischen Massen zu agitieren. Um die sozialistische Agitation an diese Massen anzupassen, »muss man sie jüdischer machen«, und das schließt ein, sie ins Jiddische zu übersetzen. In seiner Programmschrift: begründete Martow die neue Vereinigung so: »Wir haben alles von der Bewegung der russischen Arbeiterklasse erwartet und uns selbst nur als einen Zusatz zur gesamtrussischen Arbeiterbewegung gesehen ... Wir versäumten es, Kontakt mit den jüdischen Massen zu halten, die nicht Russisch können. « Doch unterdessen »haben wir für uns selbst unmerklich die jüdische Bewegung auf einen so hohen Stand gebracht, den die russische Bewegung noch nicht erreicht hat«. Jetzt war die Zeit gekommen, das Selbstverständnis der jüdischen Arbeiterbewegung »aus der geistigen Knechtschaft der [jüdischen] Bourgeoisie« zu befreien, welche »die allerjämmerlichste und niedrigste Bourgeoisie der Welt« sei. Es galt »eine speziell jüdische Arbeiterorganisation zu gründen, die das jüdische Proletariat führen und heranbilden würde«. Im »nationalen Charakter unserer Bewegung« sah Martow den Triumph über die Bourgeoisie, und dabei »sind wir völlig abgesichert gegen ... Nationalismus«. Schon im folgenden Jahr 1896 bezeichnete Plechanow auf dem Kongress der Sozialistischen Internationalen die jüdische sozialdemokratische Bewegung als »Avantgarde der Arbeiterarmee in Russland«. Aus ihr ging der »Bund« hervor (Wilna, 1897) - ein halbes Jahr vor der Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Und weiter: Deren erster Parteitag fand schon nach dem Stafettenprinzip 1898 in Minsk statt (wo auch das Zentralkomitee des »Bund« seinen Sitz hatte). Die »Jüdische Enzyklopädie« teilt hierzu mit, dass »von acht Delegierten ... fünf Juden waren: die Vertreter der Kiewer >Arbeiterzeitung<, B. Eidelman, N. Wigdortschik, ... [und die] des >Bund<, A. Kremer, A. Mutnik, S. Kaz. [Ferner waren da Radtschenko, Petrusewitsch und Wannowskij.] Dem beim Parteitag gegründeten dreiköpfigen Zentralkomitee gehörten A. Kremer und B. Eidelman an. « Somit entstand die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in nächster Verwandtschaft zum »Bund«. (Und: Noch bevor es die »Iskra« gab, bot man die Redaktion der Zeitung des »Bund« - Lenin an.)

Nicht zufällig wurde der »Bund« gerade in Wilna gegründet. Wilna war das »litauische Jerusalem«, Wilna verfugte von jeher über eine bedeutende jüdische Intelligenzija, und durch Wilna gingen alle Transporte illegaler Literatur aus dem Westen nach Petersburg und Moskau.

Indes wurde der »Bund« trotz seiner internationalen Ideologie »zu einem nationalisierenden Faktor im jüdischen Leben«, obwohl »seine Führer den Nationalismus

mieden wie die Pest«. (Die russischen Sozialdemokraten mieden ihn bis zum Schluss erfolgreich.) Obwohl der »Bund« beträchtliche finanzielle Hilfen von wohlhabenden jüdischen Kreisen aus dem Ausland erhielt, setzte er das Prinzip durch, dass es kein geeinigtes jüdisches Volk mehr gebe, und lehnte die Idee einer »weltweiten jüdischen Nation« ab. Vielmehr gebe es im Judentum zwei verfeindete Klassen. (Der »Bund« fürchtete, dass die nationalen jüdischen Stimmungen »das Klassenbewusstsein des Proletariats überdecken« könnten.)

Regelrechtes jüdisches Proletariat war allerdings nur wenig vorhanden: Juden waren nur äußerst selten Fabrikarbeiter. Dies erklärt F. Kohn so: »Den Juden galt es als unehrenhaft, nicht der eigene Herr zu sein«, sei es auch noch so ärmlich, als Handwerker oder Geselle, da bestand die Hoffnung auf eine eigene Werkstatt. »Der Gang in die Fabrik brachte ihn [den Juden] um jede Illusion, er könnte eines Tages sein eigener Herr sein. Deshalb galt der Gang in die Fabrik als Erniedrigung, galt als Schande. «(Freilich kam noch als weiteres Hemmnis hinzu, dass es für die Fabrikanten unvorteilhaft war, Arbeiter anzustellen, die ihren freien Tag am Samstag statt am Sonntag hatten.) Darauf erklärte der »Bund« auch die Handwerker, kleinen Händler, Handlungsgehilfen (schließlich war nach Marx jeder ein »Proletarier«, der abhängig beschäftigt war) und sogar Kommissionäre zum »jüdischen Proletariat«. Sie alle konnte und musste man nun revolutionieren und gegen die Autokratie aufbringen. Der »Bund« verkündete sogar, die Juden seien »die besten Proletarier der Welt«. (Übrigens verabschiedete sich der »Bund« dabei nicht von der Aufgabe, auch »unter den christlichen Arbeitern die Arbeit [zu] verstärken«.)

Fernab von sozialistischen Sympathien schreibt G. B. Sliosberg hierzu, die gewaltige Propaganda seitens des »Bund« und seine diversen Auftritte »brachten Schaden und insbesondere einen dauerhaften Schaden für den jüdischen Handel und die entstehende Industrie«. Der »Bund« verhetzte

14-, 15-jährige Handwerksgesellen gegen ihre Lehrmeister, und Bundisten schlugen die Scheiben »mehr oder weniger wohlhabender jüdischer Häuser« ein. »Am Jom-Kippur-Tag drang die >Bund<-Jugend in einer großen Gruppe in die Hauptsynagoge [in Wilna] ein, störte dort den Fortgang des Gebets und veranstaltete einen unerhörten Radau, wobei Bier getrunken wurde ... «

Ungeachtet seines feurigen Klassenbewusstseins geriet der »Bund« zunehmend in das weltweite Fahrwasser, das auch für den bürgerlichen Liberalismus charakteristisch war: »Der sich in der kultivierten Welt immer weiter verbreitende Gedanke, dass die nationale Idee bei der Erweckung des menschlichen Selbstbewusstseins eine hervorgehobene Rolle spielt, zwang auch die Theoretiker proletarischer Kreise dazu, die nationale Frage neu und umfassender zu stellen«, und so wichen im »Bund« »die assimilatorischen Tendenzen allmählich den nationalen«. Das bestätigt auch Jabotinsky: »Der >Bund< ... tauscht im Zuge seines Anwachsens die kosmopolitische Ideologie gegen die nationale. « Der früh verstorbene Abraham Amsterdam, »einer der ersten bedeutenden Aktivisten des >Bund<«, »bemühte sich, die marxistische Lehre mit den Ideen des Nationalismus in Einklang zu bringen«. 1901 sprach auf dem Jahreskongress des »Bund« einer der späteren Führer des Jahres 1917, Mark Liber (M. I. Goldman), damals noch ein 20-jähriger Jüngling: »Bis jetzt waren wir in hohem Maße kosmopolitisch. Wir müssen national werden. Wir dürfen vor diesem Wort keine Angst haben. National heißt nicht nationalistisch. « (Wenn wir das wenigstens 90 Jahre später begreifen würden!) Die Resolution dieses Kongresses sprach sich zwar gegen »ein Aufblähen des Nationalgefühls, das zum

Chauvinismus führt« aus, gleichzeitig aber auch für die nationale Autonomie der Juden, »unabhängig von dem [von ihnen] besiedelten Territorium«.

Diese Losung von der nationalen Autonomie gebrauchte der »Bund« auch noch einige Jahre später bei seiner gesellschaftlichen Agitation, wie auch bei der Bankettkampagne 1904, obgleich er sich wohl kaum eine genaue Vorstellung davon machte, was Autonomie ohne Territorium wohl bedeuten sollte. Beispielsweise wurde das Recht eines jeden Juden postuliert, im Verkehr mit der lokalen Selbstverwaltung und mit staatlichen Behörden nur das Hebräische zu gebrauchen. Aber wie sollte das verwirklicht werden? (Und dann galt dies wohl für die Angehörigen aller anderen Nationalitäten ebenfalls?)Interessanterweise sprach sich der »Bund« ungeachtet seines sozialistischen Anstrichs in seinem »sozialdemokratischen Programm« »gegen die Wiederherstellung Polens aus ... und gegen konstituierende Versammlungen für die Randgebiete Russlands«. Nationalismus gab es wohl nur für sie selbst?

Entsprechend nahm der »Bund« nur Juden auf. Und einmal auf diesem Weg nahm er, obgleich er scharf antiklerikal war, konsequenterweise auch keine Juden auf, welche die Religion gewechselt hatten. Vergleichbare russische sozialdemokratische Organisationen nannte der »Bund« dann »christlich« - wie denn auch anders? Damit kränkten sie Lenin verständlicherweise zutiefst: Ihn als »Christen« zu bezeichnen!

So vertrat der »Bund« mit massiven Mitteln die jüdischen Interessen losgelöst von den gesamtrussischen. Auch Sliosberg anerkennt: »Die Tätigkeit des >Bund< hatte eine Anhebung des Selbstwertgefühls und des Bewusstseins für die eigenen Rechte in der jüdischen arbeitenden Bevölkerung zur Folge. «

Die Beziehungen zwischen dem »Bund« und der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gestalteten sich im Weiteren schwierig. Übrigens auch mit der Polnischen Sozialistischen Partei, die sich schon vom Zeitpunkt seiner Entstehung dem »Bund« gegenüber »äußerst ablehnend« verhielt und verlauten ließ, dass »die Isoliertheit des >Bund< ihn in Bezug auf uns in die Rolle eines Gegners bringt«. Bei seinem wachsenden nationalistischen Selbstverständnis musste der »Bund« mit anderen Zweigen der russischen Sozialdemokratie in Konflikt geraten.

Lenin beschreibt seinen und Martows Streit mit Plechanow im September 1900 in Genf: »G. W. [Plechanow] legt eine phänomenale Unduldsamkeit an den Tag, und bezeichnet ihn [den >Bund<] geradeheraus als nicht sozialdemokratische, sondern ausbeuterische Organisation, welche die Russen ausbeutet. Unser Ziel sei es, diesen >Bund< aus dem Kreis der Parteien hinauszudrängen, die Juden seien durchweg Chauvinisten und Nationalisten, die russische Partei müsse russisch sein und dürfe nicht >in die Fänge< dieses >Stamms der Gaditen geraten ... G. W. beharrte fest auf seiner Position und sagte, es mangle uns schlicht an Kenntnissen über das Judentum und an Lebenserfahrung im Umgang mit Juden. « (Wie mögen diese Worte Martow geschmeckt haben, ihm, dem Gründervater des »Bund«?!)

1898 entschied sich der »Bund«, obwohl er die ältere Organisation war, der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten, jedoch nicht als einzelne Mitglieder oder Gruppen, sondern als Ganzes und sich dabei das Recht auf volle Autonomie in jüdischen Angelegenheiten auszubedingen, sodass sie die gesamtrussische Partei mit formieren und in ihr mitwirken würden, umgekehrt diese gesamtrussische Partei sich aber nicht in die jüdischen Angelegenheiten einmischte. So kam es auch. Doch Anfang 1902 befand der »Bund«, dass die

beim ersten Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei so leicht erworbene Autonomie ihm nicht ausreichte und er in der Partei ein föderatives Prinzip einführen möchte, um auch in programmatischen Fragen selbstständig zu sein, und veröffentlichte darüber eine Broschüre gegen die »Iskra«. Eins der Hauptargumente war nach den Worten Lenins, dass das jüdische Proletariat ein Teil des »jüdischen Volkes [sei], welches eine besondere Stellung unter den Völkern innehat«.

Hierüber geriet Lenin außer sich vor Zorn und trat in offenen Streit mit dem »Bund«. Er rief nun nicht nur dazu auf, »die Kraft des Druckes [auf die Autokratie] nicht durch die Aufsplitterung auf viele selbstständige Parteien zu schwächen«, sondern er machte sich auch leidenschaftlich daran zu beweisen (gewiss in der Nachfolge Kautskys), dass die Juden durchaus keine Nation seien: Sie haben weder eine gemeinsame Sprache noch ein gemeinsames Territorium. (Ein flaches und materialistisches Urteil. Die Juden sind eine der realsten und fest gefügtesten, im Geiste verbundenen Nationen der Erde. In seinem oberflächlichen und abgeschmackten Internationalismus begriff Lenin die Tiefe und die historische Verwurzelung der jüdischen Frage nicht.) »Die Idee eines gesonderten jüdischen Volkes ist hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung reaktionär«, weil sie die jüdische Isolation verankert. (Noch viel »reaktionärer« waren für ihn die Zionisten.) Einen Ausweg sah Lenin für die Juden nur in ihrer völligen Assimilation, also darin, dass sie völlig aufhörten, Juden zu sein.

Im Sommer 1903 waren auf dem zweiten Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 43 Delegierten nur fünf vom »Bund« (obgleich insgesamt »viele Juden teilnahmen«). Martow, »der von zwölf Juden unterstützt wurde (darunter Trotzkij, Deutsch, Martynow, Ljadow u. a.), trat seitens der Partei gegen das föderative Prinzip« für den »Bund« ein, woraufhin die Bundisten den Parteitag verließen (was die Durchsetzung von Lenins »1. Paragraf des Statuts« möglich machte) und aus der Partei austraten. (Nach der Spaltung der Partei in Bolschewiken und Menschewiken »waren Führer der Menschewiken P. Axelrod, A. Deutsch, L. Martow, M. Liber, L. Trotzkij« sowie F. Dan, R. Abramowitsch, während sich Plechanow abseits hielt.)

Nach seiner Entstehung wurde der »Bund« schnell zu einer mächtigen und tatkräftigen Organisation »der Juden von der Straße«, wie man damals zu sagen pflegte. »Bis zum Vorabend der Ereignisse von 1905 war der >Bund< die stärkste sozialdemokratische Organisation in Bezug auf die Funktionsfähigkeit seines Apparats, die Disziplin, den Zusammenhalt, die Flexibilität und die geschickte Konspiration. « »Nirgendwo gab es so eine Disziplin wie beim >Bund<. « Die »Hochburg« des »Bund« war der Nordwesten. ‘

Allerdings entstand für den »Bund« eine wetteifernde und vernichtende Gefahr durch die 1901 entstandene »Unabhängige Jüdische Arbeiterpartei«: Sie bildete sich unter dem Einfluss und der Anleitung Subatows, der die jüdischen Arbeiter davon überzeugt hatte, dass sie genau wie alle anderen keiner sozialdemokratischen Ideologie bedurften, sondern gegen die Bourgeoisie für ihre wirtschaftlichen Interessen kämpfen mussten, dass die Regierung an ihrem Erfolg interessiert sei, dass sie legal agieren könnten und dass die Obrigkeit sich als wohlwollender Schiedsrichter verhalten werde. An der Spitze dieser Bewegung stand die energische Maria Wilbuschewitsch, die Tochter eines Müllers. »Die Anhänger Subatows ... hatten in Minsk unter den [jüdischen] Arbeitern großen Erfolg«, sie kämpften mit großer Leidenschaft gegen die Bundisten und erreichten viel mit wirtschaftlichen Streiks. Erfolgreich agierten die »Unabhängigen« auch in Odessa (Chuna Schajewitsch). Doch so wie die

verschreckte Regierung (auch Plehwe) die Absichten Subatows auch in allen anderen Bereichen des Staates durchkreuzte, so tat sie es auch mit den »Unabhängigen«: Schajewitsch wurde 1903 für kurze Zeit verhaftet, dann kamen die Nachrichten vom Kischinjower Pogrom, und die »Unabhängigen« resignierten.

Zur selben Zeit »erhielt der >Bund< Hilfen von ausländischen Gruppen«, zuerst aus der Schweiz, dann auch aus Paris, London, und aus Amerika, wo »die Unterstützergruppen ... ziemlich beträchtlichen Ausmaße erreichten«. Es entstanden »Klubs, Landsmannschaften und Vereine für die Unterstützung der Aktivitäten des >Bund< in Russland. Diese Hilfe war in erster Linie finanzieller Art. «

Ab 1901 verabschiedete sich der »Bund« vom »wirtschaftlichen Terror« (den Überfällen und Angriffen auf Fabrikdirektoren), da er »das sozialdemokratische Bewusstsein der Arbeiter verdunkelt«, und trat vorderhand auch gegen die Teilnahme an politischem Terror ein. Allerdings schoss 1902 ein Bundist, der Schuster Hirsch Leckert, auf den Wilnaer Gouverneur und wurde dafür gehenkt. Der Schuss des minderjährigen Bundisten Mendel Deutsch »markierte bereits den Höhepunkt der Bewegung der jüdischen Massen«. Der »Bund« zögerte, ob man nicht doch wieder den Weg des Terrors wählen sollte. Im Sommer 1902 verabschiedete seine Berditschewer Konferenz eine Resolution über »organisierte Rache«. Die Diskussion im »Bund« ging weiter und im folgenden Jahr hob ein Kongress des »Bund« formell diesen Beschluss der Konferenz auf. Nach den Worten Lenins erlebte der »Bund« 1903 eine »vorübergehende terroristische Begeisterung«.

Bei dem ganz allgemein in der Luft liegenden Zug zum Terror, der auch zuvor schon in Russland in Erscheinung getreten war, der wachsenden Übung junger Leute, Waffen »auf Lager« zu haben, und bei der guten Verfügbarkeit von Waffen, vor allem durch Schmuggel, war es unausweichlich, dass bei der revolutionären Jugend im Ansiedlungsrayon ein Gedanke aufkam: eigene Kampfeinheiten zu bilden.

Unterdessen erwuchs dem »Bund« aktive und gefährliche Konkurrenz. Sei es aufgrund eines historischen Zusammentreffens oder deshalb, weil just die Zeit reif war für eine Wiedergeburt auch des jüdischen nationalen Selbstverständnisses - 1897, im Jahr der Gründung des »Bund«, ja sogar noch einen Monat vorher, fand auch der erste Zionistische Weltkongress statt. Zu Beginn des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts bahnten sich die jungen Juden »den Weg des Dienstes für die Gesellschaft ... an der Wegscheide zwischen >Iskra< und >Bnei Mosche< [>Söhne des Mose<], ... die einen wandten sich nach rechts, die anderen wichen nach links aus«.

»In den Programmen aller unserer [jüdischen] Parteien und Gruppen, die in der Zeit von 1904 bis 1906 entstanden waren, nahm das nationale Moment eine angemessene Stellung ein. « Wir haben schon gesehen, dass auch der sozialistische »Bund« nicht dagegen gefeit war, für den es nun umso schärfer zu verurteilen galt, dass der Zionismus das Nationalgefühl anheize und damit die Herausbildung eines Klassenbewusstseins behindere.

Gewiss, »zahlenmäßig waren die jungen zionistischen Zirkel verschwindend im Vergleich zur Zahl junger Menschen, die sich sozialistischen revolutionären Parteien anschlossen«. (Obgleich es auch gegenteilige Beispiele gab: Der Herausgeber der Wiener sozialistischen jüdischen »Prawda«, G. Gurewitsch, wurde zu einem Aktivisten für die Übersiedelung der Juden nach Palästina.) Der Abgrund zwischen Zionismus und Bundismus begann sich mit

immer neuen Parteien anzufüllen: Poale Zion, Ze'ire Zion, die Zionisten-Sozialisten, die Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei, und jede von ihnen verband in sich aufs Neue Zionismus und Sozialismus.

Unter diesen auf so engem Raum angeordneten Parteien kam es verständlicherweise zu einem zähen Kampf, was die Aufgabe des »Bund« nicht leichter machte. Auch nicht die sich in diesem Jahr verstärkende Emigration von Juden aus Russland. Wozu denn emigrieren? Wo ist da der Sinn? Wo doch das jüdische Proletariat Schulter an Schulter mit den Arbeiterklassen aller Länder für den Sozialismus streiten muss und dadurch die jüdische Frage automatisch überall gelöst sein wird!

Den Juden wurde nicht selten zum Vorwurf gemacht, dass im Verlauf der Geschichte überproportional viele von ihnen Geldwucherer, Bankiers und Händler waren. Es trifft zu, dass die Juden bei der Bildung der Welt des Kapitals (und vor allem des Finanzwesens) in der ersten Reihe standen. Darüber hat klar und überzeugend der bedeutende Volkswirtschaftler Werner Sombart geschrieben. In den ersten Jahren der Revolution wurde dies den Juden öffentlich als Verdienst zugute gehalten - denn der Kapitalismus war ja ein notwendiger Schritt auf dem Weg zum Sozialismus. Auch Krylenko fand in einem seiner Gerichtsplädoyers im Jahr 1919 Raum zu der Feststellung, dass »das jüdische Volk noch im Mittelalter einen Personenkreis mit tragender Rolle beim neuen Einfluss des Kapitals hervorbrachte ... und damit beitrug zu einer beschleunigten ... natürlichen Zerstörung« der mittelalterlichen wirtschaftlichen Strukturen. Es steht außer Zweifel: Das kapitalistische System in Wirtschaft und Handel und das demokratische System im politischen Gefüge sind in vielem dem schöpferischen Beitrag der Juden verpflichtet, und diese Systeme sind für eine Blüte des jüdischen Lebens am vorteilhaftesten.

Es ist ein unergründliches historisches Rätsel, dass die Juden indes durchaus nicht nur diesen Systemen dienten. W. S. Mandel erinnert uns daran, dass sich bei einem Studium der Bibel »erweist, dass die Monarchie selbst ... von niemand anderem erfunden wurde als von den Juden, von denen diese Idee auch die christliche Welt geerbt hat. Der Monarch wird nicht vom Volk gewählt, sondern von Gott selbst bestimmt ... Darauf geht der auch bei den christlichen Völkern überkommene Ritus der Krönung und Ölung des Zaren zurück. « (Man kann dem entgegenhalten, dass es die Pharaonen noch früher gab, die ebenfalls Ausdruck des göttlichen Willens waren.) Der ehemalige aktive russische Revolutionär A. Walt-Lesin erinnert sich: »Die Juden maßen der revolutionären Bewegung keine besondere Bedeutung bei. Sie knüpften all ihre größten Hoffnungen an Einflussnahme in Petersburg, selbst durch Bestechungen in Ministerien, und nicht an einen Sieg der Revolution. «Übrigens erhielten solche Einflussnehmer auf die Sphären der Macht bei der ungeduldigen jüdischen Jugend nach mittelalterlicher Tradition den unter den Revolutionären als verächtlich angesehenen Spitznamen »Schtadlan«. G. B. Sliosberg, der viele Jahrzehnte im System des Senats und des Innenministeriums gearbeitet hatte und geduldig Hunderte von privaten jüdischen Angelegenheiten in Ordnung gebracht hatte, hielt einen solchen Weg für langfristig richtig für die Juden und reagierte mit Missbilligung auf diese jugendliche Ungeduld.

Es scheint, dass es für die Juden durchaus keine gute Wahl war, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen, die dem normalen Leben in Russland ein Ende bereitete, und damit eben auch dem Leben der russischen Juden. Aber: sowohl bei der Zerstörung der Monarchie als auch bei der Zerstörung der bürgerlichen Ordnung, wie auch zuvor bei deren Errichtung,

standen die Juden in vorderster Front. Das ist die genuine Mobilität des jüdischen Charakters und seine vorausschauende, gesteigerte Empfänglichkeit für gesellschaftliche Strömungen und für das, was die Zukunft bringt. In der Menschheitsgeschichte ist es allerdings mehr als einmal vorgekommen, dass aus völlig natürlichen menschlichen Impulsen später plötzlich ganz unnatürliche Missgebilde erwuchsen.

KAPITEL 7 - DIE GEBURT DES ZIONISMUS

Das Selbstverständnis der russischen Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschrieb W. E. Jabotinsky in den 1920er-Jahren in seiner etwas überspannten emotionalen Art folgendermaßen: Zunächst hatten die jüdischen Massen der Aufklärung einen »fanatischen Irrwahn übertriebener Eigenständigkeit« entgegengesetzt. Doch die Zeit verging und »so sehr sich die Juden vormals vor der humanistischen Aufklärung gefürchtet hatten, so sehr dürsteten sie nun danach ... und wir, die russischen Juden, sind vielleicht das Volk auf der Welt... mit dem aller stärksten Wissensdurst«. Doch »kaum am Ziel, jagten wir mit vollem Schwung weiter. Das Ziel war es gewesen, einen Juden zu schaffen, der als Jude ein ganz normales Leben führen könnte«, doch »wir haben nunmehr ... völlig vergessen, dass wir dabei doch Juden bleiben müssen«, »wir haben die Wertschätzung für unser jüdisches Innerstes verloren und begonnen, es als Last zu empfinden«. Und er ruft dazu auf, »den Geist der Selbstverachtung zu vertreiben und den Geist des Selbstbewusstseins wieder zu erwecken ... Wir beklagen uns, dass man uns verachtet, und verachten uns dabei beinahe selbst. «

Diese Beschreibung erfasst zwar die Hauptströmung der Assimilationsbewegung, zeigt aber nicht alle Seiten des Bildes. Wie wir schon in Kapitel 4 gesehen haben, brachte der Publizist und Belletrist Perez Smolenskin schon am Ende der 1860er-Jahre seine scharfe Ablehnung für die Assimilationsbewegung in der jüdischen Intelligenzija zum Ausdruck, die zunächst in Odessa zu beobachten war und später in Deutschland zutage trat. Er erklärte damals ohne Umschweife sowohl den »bigotten Heuchlern, die sich bemühen, jedwede Wissenschaft aus dem Hause Jakobs zu tilgen«, wie auch den »aufgeklärten Heuchlern, die mit süßen Reden versuchen, die Söhne Israels vom Erbe der Väter zu entfernen«, den Krieg. Nein, man habe sich seiner Herkunft nicht zu schämen, man müsse seine Sprache und seine nationale Würde hochhalten, und die nationale Kultur könne nur mithilfe der hebräischen Sprache bewahrt werden. Dies sei umso wichtiger, als das »seines Territoriums beraubte jüdische Volk« eine besondere Art »geistiger Nation« sei. Das Judentum sei nämlich eine Nation und keine religiöse Glaubensgemeinschaft. Smolenskin gab die Doktrin des »jüdischen progressiven Nationalismus« aus.

Smolenskins Stimme verhallte jedoch die ganzen 70er-Jahre hindurch weitgehend ungehört. Wohl blieb am Ende der 70er-Jahre die Befreiung der Slawen auf dem Balkan nicht ohne Einfluss auf das nationale Erwachen auch der russischen Juden. Nach den Pogromen der Jahre 1881/82 brachen die Ideale der Haskala weg, und »der Glaube, dass die Zivilisation den mittelalterlichen Judenjagden ein Ende machen würde und dass es den Juden glücken würde, sich vermittels der Aufklärung den europäischen Völkern anzunähern, war erheblich ins Schwanken geraten. «(Übertrug sich die Erfahrung der Pogrome in der Südukraine allmählich auf die ganze europäische Erfahrung der Juden?) Unter den russischen Juden »bildete sich ein bestimmter Typ des >reumütigen< Intellektuellen heraus, der sich wieder dem traditionellen Judentum zuwandte. «

Schon 60-jährig trat der einflussreiche Publizist und Arzt Leon Pinsker mit seinem energischen Aufruf an die russischen und deutschen Juden zur »Autoemanzipation« an die Öffentlichkeit. Pinsker schrieb, dass der Glaube an die Emanzipation zerbrochen sei und nun auch noch der letzte Funke eines Glaubens an die Brüderschaft der Völker ausgelöscht werden müsse. Heutzutage »sind die Juden keine lebende Nation; sie sind überall Fremde, daher sind

sie verachtet«. Das jüdische Volk stehe »unter den lebenden Nationen der Erde ... als eine schon seit langem abgestorbene Nation da«. »Man müsste mit Blindheit geschlagen sein, um zu behaupten, dass die Juden nicht das auserwählte Volk des allgemeinen Hasses sind. « Die Juden könnten »von keiner Nation assimiliert werden, demgemäß auch von keiner Nation gut vertragen werden«. »Indem sie mit anderen Völkern zu amalgamieren suchten, haben sie sich gewissermaßen mutwillig ihrer eigenen Nationalität begeben. Nirgends aber haben sie es durchgesetzt, dass sie von ihren Mitbürgern als ebenbürtige Eingeborene anerkannt worden wären. « Die Geschicke der Juden dürften nicht von der Gnade anderer Völker abhängen. Der praktische Ausweg sei die Schaffung eines »Volkes auf eigenem Grund und Boden«. Mithin sei es erforderlich, irgendein geeignetes Territorium zu erwerben und mit Juden zu besiedeln, egal in welchem Teil der Welt.

Die Gründung der Alliance Israelite Universelle 1860 in Paris war ebenso ein erstes Anzeichen für die Abwendung der Juden von der ausschließlichen Zielrichtung der Assimilation.

Auch die Palästinophilie-Bewegung, das Bestreben also, nach Palästina zurückzukehren, trat unter den russischen Juden bereits auf, wenn auch noch in geringem Maße. (Was ja auch die Erfüllung der gebetshaften Grußformel »Nächstes Jahr in Jerusalem!« wäre.) Und diese Bewegung wurde nach 1881/82 sichtlich stärker. »Nach der Kolonisierung Palästinas streben ... , damit die Juden im Verlaufe eines Jahrhunderts fast endgültig das wenig gastfreundliche Europa hinter sich lassen können. « Frühere Losungen der Aufklärer, die zum Kampf »gegen Orthodoxie, Chassidismus und religiösen Fanatismus [aufriefen], wichen dem Aufruf zur Aussöhnung und Einigung der Juden aller Gesellschaftsschichten zur Verwirklichung der Ideale« Palästinas und »für die Rückkehr zum alten Judentum«. »In vielen Städten Russlands entstanden Zirkel der >Freunde Zions<« - die »Chowewe Zion«. Und so mengte sich ein Gedanke zum anderen und modifizierte ihn. Umsiedeln ja, aber nicht irgendwohin, sondern nach Palästina.

Und wie standen die Dinge in Palästina selbst? »Der erste Kreuzzug hatte zur fast völligen Vernichtung der Reste jüdischer Bevölkerung in Palästina geführt. « Gleichwohl »vermochte die winzige jüdische Glaubensgemeinschaft den Zusammenbruch des Kreuzfahrerstaats, die Eroberung Palästinas durch die Mamelucken wie auch den Einfall der Mongolenheere zu überstehen«. »In den folgenden Jahrhunderten« wuchs die jüdische Bevölkerung durch den langsamen Zustrom von »Gläubigen aus verschiedenen Ländern«. Am Ende des 17. Jahrhunderts emigrierten einige Chassidim aus Russland dorthin. »In der Mitte des 19. Jahrhunderts zählte man in Palästina 12.000 Juden« — gegen Ende des 11. Jahrhunderts waren es noch 25.000. »Zusammengenommen nannte sich diese jüdische Bevölkerung im Lande Israels >Jischuw<. « Und alle diese Leute (die Männer) widmeten sich ausschließlich dem Studium des Judaismus und nichts anderem, wobei sie von der »Chalukka« lebten, also von Gaben aus den jüdischen Gemeinden Europas. Diese Gaben wurden von den Rabbinern verteilt, die darin absolute Macht hatten. Die Anführer des Jischuws »wiesen jedweden Versuch zurück, im Lande wenigstens Anfänge produktiver jüdischer Arbeit entstehen zu lassen«. Studiert wurde dabei ausschließlich der Talmud, nichts anderes, und selbst dies auf niedrigem Niveau. »Der bekannte jüdische Historiker Heinrich Graetz, der Palästina 1872 bereist hatte«, fand, dass »wenige tatsächlich Studien treiben, während es die Mehrzahl vorzieht, auf der Straße herumzubummeln, auf der faulen Haut zu liegen, zu schwatzen und zu klatschen«. Er befand,

dass »dieses System zu Obskurantismus, Armut und Degeneration der jüdischen Bevölkerung in Palästina führt«, - und wurde dafür selbst »unverzüglich mit dem >Cherem< belegt«.

Im Jahr 1882 entstand in Charkow der palästinophile Studentenzirkel »Bilu«. Die Bilu-Mitglieder setzten es sich zum »Ziel, in Palästina eine landwirtschaftliche Musterkolonie zu gründen«, um »ein Signal zur allgemeinen jüdischen Kolonisierung Palästinas« zu geben. Sie begannen solche Zirkel in verschiedenen Städten Russlands ins Leben zu rufen. (Später gründeten sie auch eine Art erste Kolonie in Palästina, doch stießen sie auf Ablehnung und Widerstand des alten Jischuws. Die Rabbiner verlangten, dass die Landbewirtschaftung nach altem Brauch alle sieben Jahre unterbrochen werde.)

Leon Pinsker unterstützte die Palästinophilen, berief 1884 in Kattowitz den ersten palästinophilen Kongress und 1887 in Druskeniki den zweiten. Durch den jüdischen Ansiedlungsrayon begannen Agitatoren zu reisen, die in den Synagogen und bei öffentlichen Versammlungen Reden hielten. (Deutsch berichtet, dass sich nach 1881 selbst P. Axelrod für die Palästinophilie begeisterte! ...)

Ein leidenschaftlicher Apostel der palästinophilen Bewegung wurde selbstredend auch Smolenskin. Er unterhielt rege Kontakte zu bekannten anglo-jüdischen Persönlichkeiten, und als er auf Widerstand der Alliance Israelite Universelle stieß, die nicht die Kolonisierung Palästinas, sondern eine jüdische Emigrationswelle nach Amerika wünschte, erklärte er diese Taktik der Allianz zum »Verrat an der Sache des Volkes«. Der frühe Tod Smolenskins setzte seinen Bemühungen ein jähes Ende.

Trotz alledem fand die palästinophile Bewegung in diesen Jahren unter den russischen Juden nur schwache Resonanz, stieß gar auf Widerstand. »Die Idee einer politischen Wiedergeburt des Volkes konnte in dieser Zeit nur eine unbedeutende Gruppe der Intelligenzija begeistern und fand bald überzeugte Widersacher. « Die konservativen Kreise, sowohl das Rabbinat als auch die Zaddikim, sahen in der Palästinaströmung ein Vergehen am göttlichen Willen, einen »Anschlag gegen den Glauben an den Messias, der allein die Juden nach Palästina Zurückzufuhren hat. Die Fortschrittlichen unter den Assimilationsbefürwortern sahen in der Palästinophilie einen reaktionären Versuch, die Juden von der ganzen kultivierten Menschheit abzusondern«.

Die europäischen Juden unterstützten die Bewegung ebenfalls nicht.

Zu dieser Zeit erschienen die praktischen Erfolge der Palästinophilie vor Ort als »allzu bedeutungslos«; »viele der Kolonisten erkannten ihre mangelnde Eignung zur landwirtschaftlichen Arbeit«; »das Ideal der Wiedererstehung der alten Heimat war zu einer kleinen Wohltätigkeitsaktion zusammengeschrumpft:«; »die Kolonien überlebten nur dank der großzügigen Subsidien des Barons Edmond Rothschild« (der in Paris lebte). Doch gerade dadurch wurden die Kolonisten »zu bevormundeten, einer strengen Disziplin unterworfenen Tagelöhnern«. Zu Anfang der 90er-Jahre »erlebte die Kolonisierung ... eine schwere Krise, die durch ungeordneten und unsystematischen Landkauf« hervorgerufen worden war, sowie durch einen Erlass der damals in Palästina herrschenden Türken, der russischen Juden die Ausschiffung aus palästinischen Häfen untersagte.

Unter den Palästinophilen tat sich damals der Publizist, Denker und Organisator Ascher Ginzberg hervor, der ab 1889 unter dem klangvollen hebräischen Pseudonym Achad Haam (»einer aus dem Volke«) auftrat und seither bekannt wurde. Die Palästinophilie, so wie sie sich

in der Praxis ausprägte, kritisierte er scharf. Seine Auffassung war: »Bevor Anstrengungen zur Wiedergeburt im Land< unternommen werden, muss für eine Wiedergeburt der Herzen Sorge getragen werden, für eine geistige und moralische Vervollkommnung des Volkes«; »im Innersten des Judentums ein lebendiges geistiges Streben nach Einung der Nation verwurzeln, nach ihrer Erweckung und freien Entwicklung in einem nationalen Geist, doch auf den allgemein menschlichen Grundlagen«. Diese Denkweise wurde später als »geistiger Zionismus« (wohlgemerkt nicht als »religiöser«!) bezeichnet.

Ebenfalls 1889 gründete Achad Haam die Liga bzw. den so genannten Orden »Bnei Mosche« (»Söhne des Mose«) als Vereinigung der Anhänger einer Wiedergeburt jüdischer nationaler Gefühle. Die Statuten »ähnelten in vielem den Statuten der Freimaurerlogen: Beim Eintritt legte man unter Eid das Versprechen ab, alle Gebote der Statuten auf das Strengste zu erfüllen, neue Mitglieder wurden durch einen Meister, einen >älteren Brüdern, eingeweiht... Eintretende >Brüder< verpflichteten sich, der Idee der nationalen Wiedergeburt selbstlos zu dienen, selbst gegen die eigene Überzeugung, dass keinerlei Hoffnung auf die baldige Verwirklichung des Ideals bestand. « Im Manifest des Ordens wurde »das Primat des nationalen Bewusstseins vor dem religiösen und die Unterordnung persönlicher Interessen unter die nationalen« proklamiert und die Vertiefung der selbstlosen Liebe zum Judentum als höchstes aller Ziele der Bewegung verlangt. Der Orden bereitete den »Boden für die Verbreitung des politischen Zionismus« Herzls, den Achad Haam überhaupt nicht gewollt hatte.

1891, 1893 und 1900 unternahm Achad Haam Reisen nach Palästina und entlarvte die Systemlosigkeit und die Fundamentlosigkeit der damaligen Kolonisation Palästinas. »Er unterzog das diktatorische Verhalten der Angestellten des Barons [E. Rothschild] einer herben Kritik. «

So kam es, dass der Zionismus in Europa ein Jahrzehnt später als in Russland aufkeimte. Der erste Vorkämpfer des Zionismus, Theodor Herzl, war bis zu seinem 36. Lebensjahr (er wurde nur 44 Jahre alt) Schriftsteller, Dramaturg und Feuilletonist gewesen und hatte sich für die jüdische Geschichte nicht interessiert, er kannte sie kaum, geschweige denn die Sprache. Bezeichnenderweise hielt er als guter österreichischer Liberaler das Streben einiger »zweitrangiger Völker« Österreich-Ungarns nach Selbstbestimmung und einem nationalen Leben für reaktionär und, fand es recht, sie niederzuhalten. Wie Stefan Zweig schreibt, trug sich Herzl gar mit dem Plan, die Wiener Juden zu einer Massentaufe »zur Stefanskirche zu führen« und damit »dem jüdischen Problem ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, und zwar durch Vereinigung des Judentums mit dem Christentum«. Doch dann verstärkte sich in Österreich-Ungarn die antijüdische Stimmung und der Pangermanismus erhitzte die Gemüter, und in Paris, wo Herzl zu dieser Zeit lebte, flammte die Dreyfus-Affäre auf. Zufällig hatte Herzl »der öffentlichen Degradierung Alfred Dreyfus' beigewohnt«. Er glaubte an dessen Unschuld, war erschüttert und änderte seinen Kurs: »Wenn Absonderung unvermeidlich ist, sagte er sich, dann eine vollkommene! ... Wenn wir leiden an unserer Heimatlosigkeit, dann eine Heimat uns selbst aufbauen!« Herzl war wie auf einen Schlag von der Idee erfüllt, einen jüdischen Staat zu bilden. »Blitzartig erleuchtete Herzl ein neuer Gedanke: Der Antisemitismus war keine zufällige Erscheinung, die etwa nur in einer bestimmten Situation und zu bestimmten Bedingungen anzutreffen wäre, nein, er war das beständige Böse, der ewige Begleiter des Ewigen Juden«, und »die einzig mögliche Lösung der jüdischen Frage« war ein eigener jüdischer Staat. (Um nach Tausenden von Jahren der jüdischen Diaspora auf solch einen Plan zu kommen, dazu bedurfte

es eines großen Höhenfluges der Phantasie und außergewöhnlicher Entschlossenheit!) Jedoch rief Herzls Schrift »Der Judenstaat« nach Zweigs Worten die »Verblüffung und Verärgerung der Wiener bürgerlich-jüdischen Kreise« hervor. »Was ist, sagten sie unwirsch, in diesen sonst so gescheiten, witzigen und kultivierten Schriftsteller gefahren? Was treibt und schreibt er für Narrheiten? Warum sollen wir nach Palästina? Unsere Sprache ist Deutsch und nicht Hebräisch, unsere Heimat ist das schöne Österreich«; Herzl »gibt unseren bösesten Feinden Argumente in die Hand und versucht uns zu sondern«. Kurz, »Wien ... verließ und verlachte ihn sogar. Aber dann dröhnte Antwort mit solcher Wucht und Ekstase so plötzlich zurück, dass er beinahe erschrak, eine wie mächtige, ihn weit überwachsende Bewegung er mit seinen paar Dutzend Seiten in die Welt gerufen. Sie kam freilich ... von den riesigen Massen des Ostens ... Herzl hatte mit seiner Broschüre den unter der Asche der Fremde glühenden Kern des Judentums zum Aufflammen gebracht. «

In den verbleibenden Jahren seines Lebens verschreibt sich Herzl zur Gänze seiner neuen Idee, »bricht mit den ihm Nächststehenden und kommuniziert fortan nur mehr mit dem jüdischen Volk ... Er, der noch vor so kurzer Zeit so leichtfertig die Politik verachtete, gründet nun eine politische Bewegung ... , trägt Parteigeist und Disziplin in sie hinein, bildet die Kader einer künftigen riesigen Armee und wandelt die [Zionisten-] Kongresse in ein regelrechtes Parlament des jüdischen Volkes um. « Auf dem ersten Kongress im August 1897 in Basel macht er größten Eindruck auf »die Juden, die sich erstmals in der Rolle von Parlamentariern wiederfanden«, und »noch während seiner ersten Rede wurde er einstimmig und mit Begeisterung zum ... Oberhaupt der zionistischen Bewegung ausgerufen«. Er zeigt sich auch »erstaunlich gewandt darin, versöhnliche Formulierungen zu finden«, doch zugleich: »wer seine Ziele kritisiert... oder einzelne seiner Schritte missbilligt, ist nicht nur ein Feind des Zionismus, sondern überhaupt des jüdischen Volkes«.

Und ganz effektvoll bestätigte ihn der »dekorative« Schriftsteller Max Nordau (Südfeld) in seiner Auffassung, dass die Emanzipation ein Irrweg sei, da sie das jüdische Volk spalte. Die emanzipierten Juden würden gar glauben, sie hätten sich tatsächlich eine Heimat erworben. Wo doch »alles, was an Leben im Judentum ist, alles, was ein jüdisches Ideal ist, Tapferkeit und die Fähigkeit zum Fortschritt, eben der Zionismus ist«.

Auf diesem ersten Kongress stellten die Vertreter des russischen Zionismus »ein Drittel der Teilnehmer ... 66 von 197 Delegierten«, und das, obwohl dies von manchen als Opposition zur russischen Regierung angesehen werden konnte. Dem Zionismus schlossen sich sämtliche russischen »Chowewe Zion« an, womit sie »einen Beitrag zur Grundlegung der internationalen zionistischen Bewegung leistete[n]«. Somit schöpfte »der Zionismus seine Kräfte ... aus den Kreisen des unterjochten Ostjudentums, derweil er nur begrenzte Unterstützung unter den Juden Westeuropas fand«. Doch ebenfalls von hier aus setzten die russischen Zionisten Herzl die gewichtigste Opposition entgegen. Achad Haam führte einen zähen Kampf gegen den politischen Zionismus Herzls (auf dessen Seite allerdings die Mehrheit der alten Palästinophilen stand) und kritisierte scharf den Pragmatismus Herzls und Nordaus und deren, wie er fand, »Entfremdung von den geistigen Werten der jüdischen Kultur und Tradition«. Er »hielt es für eine schimärische Hoffnung des politischen Zionismus, in naher Zukunft einen autonomen jüdischen Staat zu gründen. Er schätzte diese ganze Bewegung als äußerst schädlich für die Sache der geistigen Wiedergeburt der Nation ein ... Sie kümmern sich nicht um die Rettung des zugrunde gehenden Judaismus, d. h. sie kümmern sich nicht um geistig-nationale und

kulturell-historische Errungenschaften, streben nicht nach der Wiedergeburt des alten Volkes, sondern nach der Erschaffung eines neuen aus den verstreuten Bruchstücken der alten Materie. « (Er verwendet das Wort »Judaismus« und hebt es sogar hervor, doch ist beinahe offensichtlich, dass er es nicht im Sinne der Religion, sondern des ererbten geistigen Systems verwendet. Über Achad Haam sagt die Enzyklopädie, dass ersieh noch in den 70er-Jahren, »zunehmend vom Rationalismus durchdrungen, von der Religion abwandte«.) Nach Achad Haams Überzeugung war die Bestimmung Palästinas lediglich, »ein geistiges Zentrum zu werden, welches das verstreute Volk mit nationalen geistigen Banden verbinden sollte«; ein Zentrum, »das sein >Licht< über das Judentum auf der ganzen Welt ergießen wird«, eine »neue geistige Gemeinschaft unter den verstreuten Teilen des Volkes« herstellen und weniger ein »Judenstaat« als eine »elitäre geistige Vereinigung« sein wird.

Die Streitigkeiten erschütterten die Zionisten. Achad Haam übte scharfe Kritik an Herzl. Zu dessen Unterstützung wiederum beschuldigte Nordau Achad Haam des »Geheimbundzionismus«. Die jährlichen internationalen Zionistenkongresse wurden fortgesetzt, 1902 fand in Minsk eine Tagung der russischen Zionisten statt, und auch hierher übertrugen sich die Streitigkeiten. Hier hielt Achad Haam seinen Vortrag »Geistige Wiedergeburt«.

Das Klima für den Zionismus wurde auch durch die Feindseligkeit von außen beeinträchtigt. Nach Herzls Erwartung würde die Verwirklichung des Programms der Zionisten und der Beginn der Übersiedlung nach Palästina sogleich allerorten zum Verschwinden des Antisemitismus führen. Doch noch bevor es zu einem derartigen Erfolg kam, »erhoben sich lauter als alles andere die Stimmen derer, die ... fürchteten, dass das öffentliche Auftreten dieses assimilierten Juden als Vertreter der jüdischen Nation den Antisemiten nur einen Grund zu der Behauptung liefern würde, unter der Maske jedes assimilierten Juden verberge sich ein wirklicher Jude ... , der nicht fähig sei, in der eingesessenen Bevölkerung aufzugehen«. Sie fürchteten, dass vom Augenblicke der Gründung eines eigenen jüdischen Staates an die Juden überall der Illoyalität verdächtigt und der Absonderung aus Prinzip beschuldigt würden, die den Juden von ihren Feinden zu allen Zeiten vorgeworfen wurde und wird.

Als Antwort verkündete Nordau auf dem zweiten Zionistenkongress (1898): »Über die Bezeichnung Partei können wir nur verächtlich lachen, und wir lehnen sie ab. Die Zionisten sind keine Partei, sondern das Judentum selbst... All diejenigen hingegen, die sich in der Knechtschaft, in der Verachtung wohl fühlen ... , sie alle stehen nun entweder beiseite oder sie bekämpfen uns erbittert. «

Ein englischer Historiker bemerkte, dass sehr wohl »der Zionismus den Juden einen Dienst erwiesen hat, indem er ihnen die Selbstachtung zurückgegeben hat«, doch »lässt er die Frage völlig ungeklärt«, wie sie sich »zu den Ländern, in denen sie leben«, stellen.

In Österreich polemisierte Otto Weininger gegen seinen Landsmann Herzl: »Der Zionismus und das Judentum sind unvereinbar, weil der Zionismus versucht, die Juden dazu zu bringen, dass sie die Verantwortung für einen eigenen Staat übernehmen, welches dem Wesen des Juden widerspricht. « Er sagte das Scheitern des Zionismus voraus.

In Russland wandte sich 1899 I. M. Bikerman deutlich gegen den Zionismus als einer »fantastischen, aus dem Antisemitismus geborenen, im Geiste reaktionären und durch und durch schädlichen« Idee; man müsse »die Illusionen der Zionisten verwerfen und — durchaus

ohne sich der [jüdischen] geistigen Individualität zu entäußern - Hand in Hand mit den kultivierten und fortschrittlichen Elementen Russlands für die Erneuerung der gemeinsamen Heimat kämpfen«.

Zu Beginn des Jahrhunderts äußerte der Dichter Nikolaj Minskij, der Zionismus sei eine Abkehr vom allgemein menschlichen Maß, er reduziere die allgemein menschlichen und kosmopolitischen Maßstäbe des Judentums auf das Niveau eines mittelmäßigen Nationalismus. »Wenn die Zionisten von Nationalismus reden, wenden sie sich in Wirklichkeit vom wahren nationalen Antlitz des Judentums ab und strengen sich nur an, so wie alle, nicht schlechter als die anderen zu sein. «

Es ist interessant, die ebenfalls vor der Revolution gemachten Bemerkungen des orthodoxen Denkers Sergij Bulgakow dem gegenüberzustellen: »Die Hauptschwierigkeit für den Zionismus besteht nun darin, dass er nicht in der Lage ist, den verlorenen Glauben der Väter zurückzubringen, und gezwungen ist, sich auf ein nationales oder kulturethnografisches Prinzip zu gründen, auf dem kein wirklich großes Volk bestehen kann. «

Doch die ersten russischen Zionisten - und »gerade aus Russland kam ein Großteil der Gründer des Staates Israel und der Pioniere und Erbauer dieses Staates«, und »die besten Beispiele zionistischer Publizistik«waren in russischer Sprache verfasst worden - waren von dem schwärmerischen, unbändigen Enthusiasmus erfüllt, ihrem Volk die verlorene historische und biblische Heimat zurückzugeben und dort einen Staat mit ungewöhnlichen Eigenschaften zu bilden und Menschen mit ungewöhnlichen Eigenschaften aufzuziehen.

Und der Impetus, absolut alle zu körperlicher Feldarbeit zu führen, entstand keineswegs ohne Einfluss des Tolstoj sehen Aufrufs und dessen Gebot der Einfachheit. Alles strömte in diese Richtung.

*

Aber wie hatte denn nun die Haltung des Zionisten zu dem Land, in dem er derzeit lebt, zu sein? Von den russischen Zionisten erforderte die Hinwendung aller ihrer Kräfte auf den Traum von Palästina, dass sie sich aus den gesellschaftlichen Prozessen in Russland selbst fern hielten. In ihren Statuten stand: »Keine Beschäftigung mit allgemeiner Politik, weder mit innerer, noch mit äußerer. « Sie konnten damit am Kampf um Gleichberechtigung in Russland nur noch halbherzig und mit Skepsis teilnehmen. Und eine Teilnahme in der russischen Befreiungsbewegung? Das hieße ja überhaupt die Kastanien für andere aus dem Feuer holen.

Diese Taktik rief leidenschaftliche Vorwürfe Jabo tinskys hervor: »Selbst Einkehrende in einer Herberge haben doch ein Interesse daran, dass die Herberge sauber und in Ordnung gehalten werde. «

Doch in welcher Sprache sollten die Zionisten ihre Propaganda führen? Hebräisch konnten sie nicht, und es hätte sie ja auch niemand verstanden. Also auf Russisch oder jiddisch. Und das brachte sie erneut in die Nähe der politisch Radikalen in Russland, der jüdischen revolutionären Tendenzen. Es versteht sich von selbst, dass die jüdische revolutionäre Jugend heftig mit den Zionisten stritt: Nein! Die Lösung der jüdischen Frage bestand nicht in einem Auszug aus Russland, sondern im politischen Kampf um Gleichberechtigung hier! Wozu sich

irgendwo weit in der Ferne am Meer niederlassen, wo man doch hier Fuß fassen kann. Solche Argumente mussten, klar und einleuchtend, wie sie waren, viele ins Schwanken bringen.

Von bolschewistischer Seite wurde der Zionismus als »zutiefst reaktionär« gebrandmarkt, und die Zionisten wurden als »Partei des verzweifelten, hoffnungslosen Pessimismus« bezeichnet.

Es kam unweigerlich auch zu Nebenströmungen, wie beispielsweise der linkszionistischen Partei »Poale Zion« (»Arbeiter Zions«). In Russland wurde sie 1899 gegründet und verband »politischen Zionismus mit sozialistischer Ideologie«. Dies war ein Versuch, zwischen denen, die nur mit der Klassenproblematik, und denen, die nur mit der nationalen Problematik befasst waren, eine Verbindungslinie zu ziehen. »Innerhalb von >Poale Zion< bestanden scharfe Gegensätze über die Frage der Teilnahme an den revolutionären Aktivitäten in Russland. « (Selbst innerhalb der Revolutionäre gab es Unstimmigkeiten: Die einen standen den Sozialdemokraten näher, die anderen den Sozialrevolutionären.)

»Ab 1903 begannen sich Gruppen des >Ze’ire Zion< [Junge Zionisten<] zu bilden, die ideologisch dem nichtmarxistischen sozialistischen Zionismus nahe standen. « 1904 spaltete sich von »Poale Zion« die Partei der »Zionisten-Sozialisten« ab, die den Gedanken an Palästina fast aufgegeben hatten: Die »weit möglichste Entwicklung des Jiddischen als Umgangssprache der jüdischen Massen« genüge, weg mit der Idee der nationalen Autonomie. Der Zionismus beginne bourgeois-reaktionäre Züge anzunehmen, er müsse in eine sozialistische Bewegung umgeformt und bei den jüdischen Massen müssten revolutionäre politische Instinkte geweckt werden. Die Partei »schätzte den >sozial-ökonomischen Gehalt< des Zionismus hoch, doch verneinte sie die Notwendigkeit der Wiedergeburt des jüdischen Landes, der jüdischen Kultur, der jüdischen Traditionem«. Wohl müsse die chaotische jüdische Emigration auf ein geeintes Territorium umgeleitet werden, doch »gibt es keine organische Verbindung zwischen dem Zionismus und Palästina«. Die Hauptsache war, dass der jüdische Staat sozialistische Fundamente habe, nicht kapitalistische. Eine solche Emigration sei aber ein langwieriger historischer Prozess, und ein Großteil der jüdischen Massen werde noch lang an seinen derzeitigen Wohnorten bleiben. »Die Partei begrüßte die Teilnahme von Juden an der revolutionären Bewegung in Russland«, also den Kampf um die eigenen Rechte hier, das religiöse Judentum hingegen verachteten sie.

Zu diesem Sammelsurium gesellte sich schließlich auch noch »Wosroshdenie« [»Wiedergeburt«]. Diese »jüdische sozialistische Gruppe ... vertrat die Ansicht, dass der nationale Faktor von Natur aus fortschrittlich sei«, und 1906 gründeten »die Wiedergeburtier«, die sich von den Zionisten-Sozialisten abgespalten hatten, die Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei. (Nach der russischen Abkürzung SERP, was zugleich Sichel bedeutet, wurden die Mitglieder »Serpowzi« genannt. Wegen ihrer Forderung, einen jüdischen nationalen Sejm [Parlament] als »oberstes Organ der jüdischen nationalen Selbstverwaltung« wählen zu lassen, nannte man sie auch »Sejmowzi«.) Die »Serpowzi« betrachteten die hebräische und die russische Sprache als gleichberechtigt verwendbar. Wegen ihres Festhaltens an der Ideologie des »Autonomismus« innerhalb des russischen Staates kam es nicht zu einer Verschmelzung mit dem ebenfalls sozialistischen »Bund«.

Trotz der inneren Uneinigkeit der Zionisten kam es insgesamt in Russland zu einem Ruck des Zionismus hin zum Sozialismus, der von der russischen Regierung durchaus wahrgenommen wurde. Bis dahin hatte diese die zionistische Propaganda in keiner Weise

behindert. Doch im Juni 1903 ließ Innenminister Plehwe ein Rundschreiben an alle Gouverneure und Stadthauptmänner ergehen, in dem es hieß, die Juden hätten die Emigration nach Palästina zurückgestellt und konzentrierten sich auf die Organisation der Juden an den Orten, wo sie jetzt lebten. Eine solche Haltung könne nicht geduldet werden, weshalb die öffentliche Propaganda des Zionismus, seine Versammlungen, Vorträge etc. verboten würden.

Hiervon erfuhr Herzl, der sich ungeachtet des Kischinjower Pogroms desselben Frühjahrs, dessen gerade Plehwe lautstark beschuldigt wurde, und ohne auf Verurteilungen und Verwünschungen seitens vieler russischer Zionisten zu achten umgehend nach Petersburg aufmachte und um Audienz bei Plehwe ansuchte. (Er hatte schon 1899 um eine Audienz bei Nikolaus II. gebeten, wenn auch ohne Erfolg.)

Plehwe erläuterte Herzl (nach dessen Aufzeichnungen) Folgendes: »Die Judenfrage ist für uns keine vitale, aber doch immerhin eine ziemlich wichtige Frage. Und wir bemühen uns, mit ihr auf möglichst gute Art fertig zu werden... . Der russische Staat muss eine Homogenität seiner Bevölkerung wünschen«, und er fordere von allen eine patriotische Auffassung. »Wir wollen sie [die Juden] uns assimilieren ... Aber diese Assimilierung, die wir wünschen, vollzieht sich nur sehr langsam ... Denn Sie müssen wissen, dass ich als ein Freund der Juden die Regierung übernahm. Ich kenne die Juden sehr gut. Ich habe meine Jugend unter ihnen verbracht. Das war in Warschau ... Ich spielte da ausschließlich mit Judenkindern... . Sie sehen also, dass Sie bei mir eine gewisse Prädisposition finden, etwas für die Juden zu tun... . Nun will ich allerdings nicht leugnen, dass die Lage der Juden im Russischen Reiche keine glückliche ist. Ja, wenn ich ein Jude wäre, so wäre ich wahrscheinlich auch ein Feind der Regierung. « »... uns wäre darum die Errichtung eines unabhängigen Judenstaates, der einige Millionen Juden aufnehmen könnte, am liebsten. Wir wollen aber unsere Juden darum nicht sämtlich verlieren. Die klugen Köpfe ... würden wir behalten wollen... . Aber die schwachen Intelligenzen u. die geringen Vermögen möchten wir gerne loswerden. Wer sich assimilieren kann, den möchten wir behalten. « »Ihre zionistische Bewegung war uns früher sympathisch, solange sie auf die Emigration hinarbeitete«, doch »bemerken wir eine Änderung bei den Großkopfeten«. Die russische Regierung sei der Palästina-Auswanderung der Zionisten wohl gesonnen und - sofern der Zionismus zu seinem früheren Programm zurückkehre - geneigt, sie gegenüber dem Osmanischen Reich zu unterstützen, aber sie könne die Propaganda einer jüdischen nationalen Entfremdung innerhalb Russlands, welcher der Zionismus derzeit zuneigt, nicht dulden; denn diese würde zur Bildung eines Bevölkerungsteils mit fremdem Patriotismus führen, der doch die Grundfeste des Staates bilde. (Will man Plehwes damaligem Kanzleidirektor, N. D. Ljubimow, glauben, hat Plehwe zu ihm gesagt, dass Herzl im Gespräch eingeräumt habe, die westliche jüdische Finanzwelt unterstütze die revolutionären Parteien in Russland. Sliosberg hält dies für unwahrscheinlich.)

Plehwe machte Mitteilung an den Zaren, wo sein Bericht Zustimmung fand, und übergab Herzl einen Bestätigungsbrief in diesem Sinne. Herzl fand, dass sein Besuch bei Plehwe erfolgreich war. Beide ahnten nicht, dass sie nur noch elf Monate zu leben hatten ...

Die Türken ließen keine Neigung erkennen, den Zionisten entgegenzukommen, und die englische Regierung bot ihnen in demselben Jahr 1903 an, anstelle von Palästina Uganda zu kolonisieren.

Auf dem sechsten Zionistenkongress im August 1903 in Basel stellte Herzl diese Alternative vor, »die natürlich nicht der Zion« war, die aber als vorläufige Lösung angenommen werden könne, um die Bildung eines jüdischen Staates zu beschleunigen.

Dieses Projekt rief stürmische Diskussionen hervor. Es gibt Berichte, wonach sich sogar im palästinischen Jischuw Unterstützung für das ugandische Projekt regte, und zwar vonseiten jener neuen Siedler, die von den unwirtlichen natürlichen Gegebenheiten in Palästina enttäuscht waren. Die russischen Zionisten hingegen, die doch dringender als alle Juden der Welt einer Zuflucht bedurften, traten schärfer als alle anderen gegen die Uganda-Lösung ein. Unter der Führung M. M. Usyschkins, dem Begründer der »Bilu« und der späteren rechten Hand Achad Haams in der »Bnei Mosche«-Liga, traten sie in unversöhnliche Opposition: Der Zionismus sei fest an den Zion gebunden und nichts könne diesen für die Juden ersetzen!

Der Kongress richtete immerhin eine Kommission ein, welche nach Uganda entsandt wurde, um dieses Land zu erkunden. Der siebte Kongress 1905 hörte ihren Bericht an - und verwarf Uganda. Der ob all diesen Widrigkeiten niedergeschlagene Herzl erlebte die Entscheidung nicht mehr: Er starb 1904 an einem Herzschlag.

Doch einmal entbrannt, führte der Konflikt zu einer neuen Spaltung der Zionisten: Unter der Führung Israel Zangwills spalteten sich die Territorialisten ab, denen sich Delegierte aus England anschlossen. Sie bildeten einen internationalen Führungsrat, hielten Versammlungen ab und erhielten Subsidien von Jacob Schiff und Rothschild aus Paris. Sie schworen der Fixierung auf Palästina ab: Ja, eine konzentrierte jüdische Kolonisierung auf einem bestimmten Territorium sollte es geben, doch egal wo, an einem beliebigen Ort. In jahrelanger Suche prüften sie ein Dutzend Länder, so Angola, aber auch »Portugal ist ein zu schwaches Land, es wird die Juden nicht verteidigen können«, dort »können die Juden leicht zu Opfern benachbarter Völker werden«.

Sie wären sogar mit einem Gebiet innerhalb Russlands einverstanden gewesen, wenn nur eine autonome und selbstverwaltete Einheit geschaffen würde.

Dieses Argument, dass nämlich ein starkes Land zur Verteidigung der Juden auf ihrem neuen Territorium vonnöten sei, lag besonders den Befürwortern einer kurzfristigen Bildung eines eigenen Staates mit massenhafter Umsiedlung am Herzen. Sie wurde damals und später von Max Nordau vorangetrieben, und zwar »ungeachtet der Tatsache, dass das Land [Palästina] auf ihre Aufnahme wirtschaftlich nicht vorbereitet ist«. Doch hierzu musste erst die Türkei ihr Einverständnis geben und das arabische Problem in irgendeiner Form gelöst werden. Die Befürworter dieses Programms wussten, dass sich die zionistische Bewegung nicht ohne die Hilfe starker Verbündeter selbst würde verteidigen können. Aber solche militärische Hilfe bot bislang noch kein Land an.

Auf dem Weg zur Bildung des israelischen Staats sollten noch zwei Weltkriege liegen.

Kapitel 8 - An der Schwelle zum 20. Jahrhundert

Ab 1887, nach sechs Jahren des Nachdenkens und der Unentschlossenheit, ging Alexander III. immer entschiedener dazu über, die russischen Juden mit rechtlichen und politischen Mitteln zu unterdrücken. Und diese Politik führte er bis zu seinem Tode fort.

Die Beweggründe dafür waren wahrscheinlich die offensichtliche Beteiligung von Juden an der revolutionären Bewegung und die nicht weniger auffällige Tatsache, dass sich viele junge Juden dem Militärdienst entzogen: »Es dienten nur drei Viertel der Juden, die verpflichtet gewesen wären. « Man registrierte eine »ständig steigende Zahl von Juden, die der Einberufung nicht Folge leisteten«, sowie eine Anhäufung offen stehender Strafgelder für unterlassene Gestellung: Von 30 Millionen Rubeln konnten nur drei Millionen tatsächlich eingenommen werden. (Dabei hatte die Regierung weiterhin keine genauen Zahlen über die gesamte jüdische Bevölkerung und über die Geburten- und Sterbehäufigkeit bei den unter 21- Jährigen. Wir erinnern uns aus Kapitel 4, dass wegen Entziehens von der Militärpflicht im Jahre 1876 die »Dienstbefreiung der ersten Kategorie aus familiären Gründen« aufgehoben wurde, d. h. es wurden auch geschwisterlose Söhne jüdischer Familien in die allgemeinen Einberufungsverlosungen einbezogen, mit der Folge, dass den Juden eine unverhältnismäßige Anzahl von Rekruten abgefordert wurde. Das wurde erst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, schon unter Nikolaus II. , korrigiert.)

Was die Tätigkeit des Ministeriums für Volksaufklärung betraf, war es die schon 1885 erklärte Meinung Alexanders III. , dass die Anzahl der Juden in den Schulen an Orten außerhalb des Ansiedlungsrayons gemäß dem zahlenmäßigen Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung beschränkt werden solle. Die Obrigkeit hatte dabei jedoch nicht nur eine Beschränkung des überproportionalen Zugangs der Juden zur Bildung im Sinne. Für sie war diese Maßnahme ein Kampf gegen die Revolution, entsprechend der damaligen Redensart: die Schule »von einer Brutstätte der

Revolution zu einer Brutstätte der Wissenschaft« machen. Innerhalb des Ministeriums wurden auch noch weiter gehende Maßnahmen ausgearbeitet, die den Zugang von potenziellen Revolutionären zur Bildung verhindern sollten, eine dem Lomonossowschen Gedanken und dem Staatsinteresse in hohem Maße zuwiderlaufende Vorgehensweise: Kinder aus den niederen russischen Gesellschaftsschichten (»Köchinnenkinder«) sollten überhaupt nicht zum Gymnasium zugelassen werden. Scheinbar vernünftig und wohlklingend formulierte man das so: »den Leitern von Bildungseinrichtungen anheim stellen, nur solche Kinder aufzunehmen, die sich unter der Obhut von Personen befinden, die eine ausreichende Gewähr für die rechte häusliche Beaufsichtigung bieten und alles ihnen für den Unterricht Erforderliche zur Verfügung stellen können«. Außerdem wurden in Hochschulen die Gebühren für den Vorlesungsbesuch angehoben.

Diese Maßnahme löste auch in liberalen russischen Kreisen Unmut aus, doch bei weitem nicht so großen und anhaltenden wie die 1887 folgende Beschränkung der Aufnahme von Juden in Gymnasien und Universitäten. Ursprünglich war geplant gewesen, beide Maßnahmen in einem einzigen Gesetz zusammenzufassen. Der Ministerrat stimmte dem jedoch nicht zu, da man annahm, dass »die Erlassung allgemeiner die Juden beschränkender Vorschriften missverstanden werden könnte«. Und so wurde im Juni 1887 nur der nichtjüdische Teil der Verordnung erlassen: »Über die Maßnahmen zur Regulierung der Zusammensetzung der an

Ober- und Hochschulen Studierenden« - Maßnahmen gegen das einfache Volk also. Die Beschränkung der Aufnahme von Juden hingegen, so wurde dem Bildungsminister Deljanow angeraten, sollte durch ein unveröffentlichtes Rundschreiben an die Kuratoren der Schulbezirke erfolgen, was Deljanow im Juli 1887 auch durchführte. Als Quote für die Aufnahme von Juden in die Ober- und Hochschulen des Ministeriums wurden darin festgesetzt: 10% im Ansiedlungsrayon, 5% außerhalb des Ansiedlungsrayons und 3% in den beiden Hauptstädten.

»Dem Bildungsministerium folgend«, führten auch einige andere Behörden »Zulassungsquoten für ihre Bildungseinrichtungen ein, und manche ... schlossen ihre Türen für Juden gänzlich«. (Hierzu gehörten die Hochschule für Elektrotechnik und die für Kommunikation und Verkehrswesen in Petersburg und — am schwersten ins Gewicht fallend - der zeitweilige, »jahrelange«, Aufnahmestopp für Juden an der Militärmedizinischen Akademie.)

Dieses Gesetz über den Numerus clausus, das es während der ganzen 93 Jahre massenhafter Präsenz von Juden in Russland nicht gegeben hatte, und das fortan 29 Jahre lang Bestand haben sollte (faktisch bis 1916), wurde von den russischen Juden umso schmerzlicher empfunden, als gerade in den 1870er- und 1880er-Jahren »der Andrang von Juden auf Gymnasien und Realschulen« eingesetzt hatte, den beispielsweise Sliosberg »nicht mit der Herausbildung eines eigenen Bewusstseins der Massen für die Wichtigkeit der Bildung« erklärt, sondern »mit den eingeschränkten Möglichkeiten der Juden, ohne Kapital einen Wirkungskreis im Wirtschaftsleben zu finden, und den je nach Bildungsstand gewährten Vergünstigungen beim allgemeinen Militärdienst«. Während sich also früher nur der begüterte Teil der jüdischen Jugend um Studienplätze bewarb, bildete sich neuerdings ein »jüdisches Studentenproletariat« heraus; während bei den Russen auch weiterhin im Wesentlichen die begüterten Schichten in den Genuss von Hochschulbildung kamen, so waren es bei den Juden neben den begüterten auch die niedrigeren sozialen Schichten, die sich nun um Bildung bemühten.

Man könnte hinzufügen: In jenen Jahren begann bereits die weltweite, alle Kulturen umfassende Wende zu einem allgemeinen, nicht elitären Bildungswesen, und dank ihres besonderen Gespürs zählten die Juden mit zu den Ersten auf der Welt, die sie wahrnahmen.

War es überhaupt möglich, einen behutsamen Weg zur Stillung dieses so plötzlich und so stark angewachsenen jüdischen Bildungshungers zu finden, wo doch die breite Mehrheit der einheimischen Bevölkerung davon noch gar nicht erfasst und in dieser Hinsicht unterentwickelt war? Auf welche Weise konnte dies bewerkstelligt werden, ohne Beeinträchtigung sowohl der russischen als auch der jüdischen Entwicklung?

Die Regierung verfolgte zweifellos insofern ein antirevolutionäres Ziel, als unter der damaligen studierenden Jugend die Juden durch ihre Aktivität und ihre Unversöhnlichkeit gegenüber dem Regime auffielen. Zieht man aber den großen Einfluss K. P. Pobedonoszews auf Alexander III. in

Betracht, muss man einräumen, dass sie auch eine nationale Verteidigung gegen das sich abzeichnende Ungleichgewicht in der Bildung im Sinn hatte. Nach den Worten des damals nach Russland gereisten bedeutenden jüdischen Bankiers Baron Moritz von Hirsch hatte ihm Pobedonoszew seinen Standpunkt folgendermaßen auseinander gesetzt: Die Politik der Regierung gehe nicht von der »Schädlichkeit« der Juden aus, sondern davon, dass diese dank ihrer vieltausendjährigen Kultur ein geistig und intellektuell stärkeres Element seien als das

immer noch unkultivierte, in Finsternis verharrende russische Volk. Deshalb seien rechtliche Maßnahmen erforderlich, um die »schwache Fähigkeit der umgebenden Bevölkerung, sich zu behaupten« auszugleichen. (Pobedonoszew schlug dem bekannten Philanthropen Hirsch dann noch vor, die Aufklärung des russischen Volkes zu unterstützen - und dadurch die rechtliche Gleichstellung der Juden in Russland zu beschleunigen. Baron Hirsch, so berichtet Sliosberg, soll auch tatsächlich eine Million Rubel für russische Schulen gespendet haben.)

Wie jede andere, so kann auch diese staatliche Maßnahme von verschiedenen Seiten betrachtet werden, zumindest jedoch von zwei:

Für den jungen jüdischen Schüler wurde die elementarste Gerechtigkeit verletzt: Er besaß vielleicht viele Fähigkeiten, war fleißig und in jeder Hinsicht begabt - doch nein, er wurde nicht genommen. Und natürlich war diese plötzlich entstandene Barriere für die dynamische, für ein Studium zweifellos talentierte jüdische Jugend mehr als nur hinderlich. Sie rief Verärgerung über die Härte der behördlichen Maßnahmen hervor. Den vormals auf die Schicht der kleinen Kaufleute und Handwerker beschränkten Juden wurde nun der lang ersehnte Schlüssel zu einem besseren Leben vorenthalten.

Aus der Sicht der »angestammten Bevölkerung« war die Quotenregelung kein Verstoß gegen das Gleichberechtigungsprinzip. Im Gegenteil: Die Bildungseinrichtungen wurden aus Mitteln des Staatsbudgets unterhalten, also aus Mitteln der gesamten Bevölkerung. Somit wurde der überproportionale Judenanteil als Subventionierung auf Kosten aller angesehen, in deren Folge die Gebildeten dann eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft erhalten würden. Bedurften denn auch die übrigen nationalen Gruppen einer anteiligen Präsenz in der gebildeten Schicht? Anders als alle anderen Nationalitäten im Reich strebten die Juden nunmehr fast ausschließlich nach Bildung, was vielerorts einen Judenanteil über 50% an den

Hochschulen bedeuten konnte. So war der Numerus clausus zweifellos durch die Wahrung der Interessen der Russen und der nationalen Minderheiten motiviert, nicht durch die Absicht, die Juden zu unterjochen. Übrigens: In den 1920er-Jahren suchte man sogar in den Vereinigten Staaten nach analogen Wegen, um den Anteil der Juden an den Universitäten zu beschränken, wie auch eine Einwanderungsquote - doch hierzu später. Im Prinzip grassiert die Frage nach Quoten auch heute in Amerika, wenn auch jetzt mit Untergrenzen: »nicht weniger als«.

Tatsächlich wurden bei der Anwendung des Numerus clausus in Russland viele Ausnahmen gemacht. Zum einen wurde er nicht auf Mädchengymnasien angewandt; es gab keine Richtlinie für junge Jüdinnen. »In den meisten Mädchengymnasien wurde die Quote nicht eingeführt, ebenso wenig in einer Reihe spezialisierter und öffentlicher Hochschulen, so nicht im Petersburger und im Moskauer Konservatorium, in der Moskauer Akademie für Malerei, Architektur und Bildhauerei, der Petersburger Hochschule für Psychologie und Neurologie, der Kiewer Handelshochschule u. a. « Erst recht wurde die Quotenregelung nicht auf private Bildungseinrichtungen angewendet, von denen es viele gab und die von hoher Qualität waren. (Zum Beispiel im Kirpitschnikow-Gymnasium in Moskau, einem der besten privaten Gymnasien in Russland mit Koedukation, waren etwa ein Viertel der Schüler Juden. Viele Juden studierten auch im berühmten Moskauer Poliwanow-Gymnasium. Im Rostower Andrejewa-Lyzeum, wo meine Mutter zur Schule ging, bestand mehr als die Hälfte der Klasse aus jüdischen Mädchen.) Handelsschulen - sie fielen in das Ressort des Finanzministeriums -, die von Juden besonders gern besucht wurden, waren zunächst ganz ohne Beschränkungen für

sie geöffnet. Nach 1895 wurden einige Einschränkungen eingeführt, aber keine strengen. So hing in mit privaten Mitteln getragenen Handelsschulen im Ansiedlungsrayon die Anzahl der zur Aufnahme zugelassenen Juden vom Umfang der Beteiligung jüdischer Kaufleute an den Ausgaben zum Betrieb dieser Schulen ab. In vielen Handelsschulen betrug der Judenanteil 50% und mehr.

Dort, wo die von der Regierung vorgeschriebene Quote bei der Aufnahme in Oberschulen streng eingehalten wurde, wurde sie durch den Judenanteil in den höheren Klassen gleichwohl häufig überschritten. Sliosberg erklärt dies teilweise damit, dass Juden, die ins Gymnasium eingetreten waren, die Schule stets auch mit einem Abschluss beendeten, derweil Nichtjuden sie des Öfteren bereits vorher verließen. Aus diesemGrund fanden sich in den höheren Klassen mitunter mehr als 10% Juden. Er bestätigt, dass beispielsweise in Poltawa viele Juden das Gymnasium besuchten. In Wjasma, so erinnert sich ein anderer, waren in seiner Gymnasiumsklasse von 30 Jungen 8 Juden. In den Jungengymnasien in Mariupol waren es schon zu Duma-Zeiten etwa ein Siebtel, also 14 bis 15%, und in den Mädchengymnasien noch mehr. In Odessa, wo die Juden ein Drittel der Bevölkerung bildeten, waren es 1894 im angesehenen Richelieu-Gymnasium 14% Juden, im Gymnasium Nr. 2 über 20%, im Gymnasium Nr. 3 waren es 37%, in allen Mädchenlyzeen 40%, in der Handelsschule 72% und in der Universität 19%.

Bestanden entsprechende finanzielle Möglichkeiten, war der Bildungshunger durch überhaupt keine Hindernisse aufzuhalten. »In vielen Oberschulen der zentralen Gouvernements gab es zu jener Zeit nur wenige Juden, und die Eltern gingen dazu über, ihre Kinder dorthin zu schicken ... Wohlhabendere Juden ließen ihre Kinder zu Hause unterrichten und bereiteten sie Jahr für Jahr auf die Versetzungsprüfungen für die nächste Klasse und schließlich auf die Abschlussprüfung vor. « In den Jahren von 1887 bis 1909 konnten Juden ohne Einschränkungen an den jährlichen Versetzungs- und gymnasialen Abschlussprüfungen teilnehmen und »erhielten Zeugnisse, die ihnen dieselben Rechte gaben wie den anderen Schulabgängern«. Der größte Teil der Externen in den russischen Gymnasien waren dementsprechend Juden. Und wie viele Familien mag es gegeben haben, wie die von Jakob Marschak (nicht des reichen Juweliers, sondern des Vaters des Dichters), dessen fünf Kinder vor der Revolution alle eine Hochschulbildung erhielten.

Später »wurden allerorten private Lehranstalten eingerichtet, teils gemeinsame für Christen und Juden, teils nur für Juden allein ... Manche dieser Schulen erhielten alle behördlichen Rechte, anderen war es gestattet ... Zeugnisse auszustellen, die das Recht zum Hochschulzugang gaben. « »Es wurde ein Netz privater jüdischer Lehranstalten geschaffen, die den Boden für eine nationale Volksbildung bereiteten. « »Die Juden sind dazu übergegangen, auch ausländische Hochschulen aufzusuchen; ein großer Teil von ihnen kehrt später nach Russland zurück und legt hier die Abschlussprüfung vor den staatlichen Kommissionen ab. « Sliosberg stellte in den 1880er-Jahren an der Heidelberger Universität selbst fest, dass »ein Großteil ... der russischen Hörer Juden waren«, unter ihnen auch solche, die kein Reifezeugnis besaßen.

Man kann sich sehr wohl die Frage stellen, ob die aus Sorge über die revolutionären Umtriebe unter den Studenten auferlegten Beschränkungen nicht eben diese revolutionären Kräfte nährten. "Wurden sie nicht durch die Verärgerung über den Numerus clausus sowie die Auslandsaufenthalte und die dortigen Kontakte zu emigrierten Revolutionären begünstigt?

Was geschah eigentlich an den russischen Universitäten nach Einführung der Quotenregelung? Nicht sofort, doch fast Jahr für Jahr sank der Judenanteil von 13,8% im Jahre 1893 auf 7,0% 1902. Sowohl an der Petersburger als auch an der Moskauer Universität lag der Judenanteil aber fast während der ganzen Zeit ihres Bestehens über der festgesetzten Quote von 3%.

Minister Deljanow genehmigte auf persönliche Bitten hin verschiedentlich, Bittsteller jenseits der Quote in Universitäten aufzunehmen, dafür gibt es mehrere Zeugen. Auf diese Weise wurden »Hunderte von Studenten« aufgenommen. (Deljanows Konzilianz musste später der erbitterten Strenge bei der Anwendung der Quote unter Minister Bogolepow weichen. Und es kann durchaus nicht ausgeschlossen werden, dass dies die Tatsache mitbeeinflusste, dass er zur Zielscheibe eines Terroristen wurde.) Nach Sliosbergs Übersicht sah die Situation folgendermaßen aus: In den höheren Medizinsemestern war in Petersburg bei den Frauen der tatsächliche Prozentsatz höher als an der Militärmedizinischen Akademie und an der Universität, und »hierher strömten die Jüdinnen aus dem ganzen Reich«. In der Petersburger Hochschule für Psychologie und Neurologie, wo die Aufnahme mitunter auch ohne Gymnasialzeugnis erfolgte, studierten viele Hundert, mit den Jahren sogar mehrere Tausend Juden. Die Hochschule hieß zwar »psychoneurologisch«, doch wurde an ihr auch eine Juristische Fakultät eingerichtet. Das kaiserliche Konservatorium in Petersburg »war voll von jüdischen Studenten beiderlei Geschlechts«. 1911 wurde in Jekaterinoslaw auch eine private Hochschule für Bergbau eröffnet.

Bei der Aufnahme in berufsbildende Oberschulen, beispielsweise die Krankenpflegeschule, bestanden wenig Beschränkungen. Jakob Tejtel berichtet, dass in derjenigen von Saratow (die über ein hohes Niveau und eine Ausstattung wie eine Hochschule verfügte) aus dem Ansiedlungsrayon angereiste Juden ohne Zulassungsbeschränkung aufgenommen wurden (auch ohne vorherige polizeiliche Reiseerlaubnis, durch die Aufnahme in die Schule erhielten sie zugleich auch alle Rechte. Diese Regelung setzte der damalige Saratower Gouverneur Stolypin in Kraft.) Auf diese Weise studierten in dieser Schule bis zu 70% Juden. Auch in den anderen technischen Oberschulen Saratows wurden Juden aus dem Ansiedlungsrayon ohne Einhaltung der Quote aufgenommen, und viele von ihnen setzten anschließend ihre Ausbildung an Hochschulen fort. Hinzu kam noch eine »Unmenge« von Externen, die keine Studienplätze an der Universität bekamen und von der jüdischen Gemeinde der Stadt allesamt mir Arbeitsplätzen versorgt wurden.

Zudem ist festzuhalten, dass es keine Beschränkungen für Lehranstalten mit hebräischer Unterrichtssprache gab. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gab es im Ansiedlungsrayon 25.000 Chederschulen, mit 363.000 Schülern (64% aller jüdischen Kinder). Die ehemaligen »staatlichen jüdischen Schulen« wurden (1883) allerdings als nicht für die neue Zeit geeignet geschlossen - sie waren nicht mehr besucht worden. (Hatten in den vergangenen Jahrzehnten einige jüdische Publizisten die Einführung dieser Schulen als eine Tat und Verschwörung der »Reaktion« dargestellt, so behandelten sie nun deren Schließung ebenfalls als »Akt der Reaktion«.)

Kurz: Die Quotenregelung konnte den Bildungshunger der Juden nicht beschränken. Sie erhöhte auch nicht das Bildungsniveau unter den nichtjüdischen Völkern des Reiches — doch unter der jüdischen Jugend rief sie Verbitterung und Zorn hervor. Und ungeachtet dieser Unterdrückungsmaßnahme wuchs die jüdische Jugend zur führenden Intelligenzija heran.

Gerade die Auswanderer aus Russland waren es, die das deutliche und klare Übergewicht in der sich herausbildenden Intelligenzija des künftigen Staates Israel stellten. Wie häufig best man in der »Russisch-Jüdischen Enzyklopädie«: »Sohn eines einfachen Handwerkers«, »Sohn eines kleinen Händlers«, »Kaufmannssohn«, und dann: »Hochschulabschluss«.)

Erst durch das Hochschuldiplom bekam man in Russland das Recht, überall im Reich seinen Wohnsitz zu nehmen und in den Dienst einer beliebigen Behörde zu treten. (Erst später wurden Beschränkungen für die Lehrtätigkeit von Juden an Akademien, Universitäten und staatlichen Gymnasien eingeführt.) Juden mit medizinischer Hochschulbildung (Ärzte und Apotheker) hatten das Recht »der Wohnsitznahme an beliebigem Ort, unabhängig davon, ob sie in ihrem Beruf tätig waren oder nicht«, und sie konnten — wie auch alle anderen Hochschulabsolventen — »Handel und Gewerbe treiben« und »dem Kaufmannsstande beitreten, ohne zuvor fünf Jahre lang im Ansiedlungsrayon zur Ersten Gilde gehört zu haben«, wie dies von normalen Kaufleuten verlangt wurde. »Juden mit dem Grad eines Doktor der Medizin« konnten bei jeder beliebigen Behörde im ganzen Reich Dienst tun und einen Handlungsgehilfen und zwei Dienstboten ihres Glaubens aus dem Ansiedlungsrayon zu sich holen. Das Recht auf freie Wohnsitznahme und Handel hatte auch das jüdische medizinische Fachpersonal ohne Hochschulbildung, z. B. Zahnärzte, Feldschere, Hebammen. Nur wurde ab 1903 zur Bedingung gemacht, dass sie in ihrem Beruf arbeiteten.

*

Die Beschränkungen betrafen auch die unabhängige beeidigte Advokatur, die 1864 begründet worden war. Dieser Beruf eröffnete die Möglichkeit guten Fortkommens, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch hinsichtlich des persönlichen Ansehens, wie auch geistig-ideologisch: Die Reden der Advokaten vor Gericht unterlagen keinerlei Zensur, nicht einmal bei ihrem Abdruck in der Presse, sodass die Advokaten in jenen Jahren über eine größere Freiheit des Wortes verfügten als die Zeitungen selbst - und sie machten viel und erfolgreich davon, Gebrauch, zum Zwecke der Sozialkritik und zur »Erziehung« der Gesellschaft. Der Stand der beeidigten Anwälte wurde innerhalb eines Vierteljahrhunderts zu einer starken gesellschaftlichen Kraft-man denke an den bejubelten Freispruch der Terroristin Wera Sassulitsch 1878. (Die moralische Maßlosigkeit der Argumente der Advokaten beschäftigte damals Dostojewskij sehr stark, er schrieb darüber.) Auch in diesem einflussreichen Berufsstand fanden Juden rasch ihren Platz, in besonders hoher Zahl gerade auch unter den fähigsten. Als die Petersburger Korporation beeidigter Anwälte 1889 »in ihrem Bericht erstmals Angaben über die Anzahl der Juden in ihrem Stande veröffentlichte«, legte der bedeutende Petersburger Advokat A. Ja. Passower »seine Mitgliedschaft in der Korporation nieder und stellte sich nicht mehr zur Wahl«.

In demselben Jahr, 1889, legte Justizminister Manasse'in Alexander III. einen Bericht vor, nach dem »der Advokatenstand von Juden überschwemmt wird, welche die Russen verdrängen; dass die Juden mit ihren spezifischen Vorgehensweisen die moralische Lauterkeit beschädigen, die vom Stand der beeidigten Anwälte erwartet wird«. (Die Quelle führt keine weiteren Erläuterungen an.) Und im November eben dieses Jahres 1889 erging auf Anordnung des Zaren ein Erlass mit vorgeblich vorübergehender Gültigkeit, wodurch das

Gesetzgebungsverfahren umgangen wurde: »Die Zulassung als beeidigter und privater Advokat von Personen nicht christlichen Bekenntnisses ... bedarf bis zur Verabschiedung eines besonderen Gesetzes der Genehmigung durch den Justizminister. « Doch da ganz offensichtlich weder Moslems noch Buddhisten in nennenswerter Zahl um die Zulassung als Advokaten ansuchten, war dieser Erlass im Resultat antijüdisch.

Während der folgenden 15 Jahre erhielt praktisch nicht ein einziger ungetaufter Jude eine solche Genehmigung vom Justizminister, selbst später so bedeutende Advokaten wie M. M. Winawer und O. O. Grusenberg mussten deshalb anderthalb Jahrzehnte als »Gehilfen beeidigter Anwälte« verbringen. (Winawer trat verschiedentlich im Senat auf und hatte dort einigen Einfluss.) »Gehilfen« konnten ebenso frei und erfolgreich auftreten wie die voll beeidigten Anwälte, und hierin gab es für Juden keine Einschränkungen.

1894 versuchte der neue Justizminister N. W. Murawjow dem vorübergehenden Verbot den Charakter eines regelrechten Gesetzes zu verleihen: »Die tatsächliche Gefahr geht nicht von der Anwesenheit einzel-ner Angehöriger der jüdischen Glaubensgemeinschaft im Stande der beeidigten Anwälte aus, die sich in bedeutendem Maße von den der christlichen Morallehre zuwiderlaufenden Anschauungen ihres Volkes losgesagt haben, sondern vom Auftreten von Juden unter den beeidigten Anwälten in solcher Anzahl, die es ihnen erlauben könnte, eine überwiegende Bedeutung zu erlangen und einen zersetzenden Einfluss auf den allgemeinen moralischen Zustand und die Tätigkeit des Standes zu nehmen. « In dem vorgelegten Gesetzentwurf hieß es, dass innerhalb jedes Gerichtsbezirks die Zahl nicht christlicher beeidigter Anwälte 10% nicht übersteigen dürfe. Die zaristische Regierung lehnte diesen Entwurf Murawjows ab. Aber, so der Vorwurf M. Krols: »Diese Idee ... fand nicht die Ablehnung vonseiten der russischen Gesellschaft, die sie verdient hätte«, und im Petersburger Juristenverband »protestierten nur sehr wenige entschieden ... , während ein bedeutender Anteil derer, die das Projekt diskutierten, dieser Maßnahme offen zustimmten«. Dies gibt uns einen ganz unerwarteten Hinweis auf die Haltung der hauptstädtischen Intelligenzija in der Mitte der 1890er-Jahre. (Im Petersburger Gerichtsbezirk stellten die Juden damals 13,5% der beeidigten Anwälte, im Moskauer weniger als 5%.)

Das faktische Verbot des Aufstiegs vom Gehilfen zum beeidigten Anwalt war umso schmerzlicher, als es auf die bereits auferlegten Beschränkungen für Wissenschaftler- und Beamtenlaufbahnen folgte. Die Möglichkeit des Aufstieges sollte erst 1904 wieder eröffnet werden.

In den 1880er-Jahren wurde in den Gouvernements des Ansiedlungsrayons auch noch eine Beschränkung der Anzahl der Juden unter den beeidigten Gerichtsschöffen eingeführt, um zu verhindern, dass sie unter ihnen die Mehrheit stellten.

Ab den 1880er-Jahren nahmen auch die Gerichtsbehörden keine Juden mehr in den Dienst. Jakob Tejtel, der vor dieser Zeit, gleich nach seinem Studium an der Moskauer Universität, dort angefangen hatte, diente 35 Jahre lang in der Gerichtsbehörde und schied als Adliger und im Range eines zivilen Generals aus dem Dienst. (Später nötigte ihn allerdings Schtscheglowitow dazu, »freiwillig« seinen Abschied zu nehmen.) Im

Rahmen seiner dienstlichen Verpflichtungen kam es des Öfteren vor, dass er, als Jude, orthodoxen Zeugen den Eid abnehmen musste. Vonseiten der orthodoxen Geistlichkeit gab es dagegen keine Einwände. Ja. M. Galpern, der ebenfalls bei der Gerichtsbehörde Dienst tat, war

bis zu der hohen Stellung eines stellvertretenden Abteilungsdirektors im Justizministerium aufgerückt und stand im Rang eines Geheimrats. Halpern wirkte auch als Experte in der Pahlen-Kommission mit. (Früher war G. I. Trachtenberg Oberprokuror des Senats gewesen, dessen Gehilfe G. B. Sliosberg es übernahm, für jüdische Interessen einzutreten.) Oberprokuror des Senats war auch S. Ja. Utin, doch er war getauft und fiel deshalb wohl nicht ins Gewicht.

Die Religionszugehörigkeit war für die zaristische Regierung nie ein Vorwand, sondern das wirkliche Motiv. Aus diesem selbigen Motiv wurden zweieinhalb Jahrhunderte lang die Altgläubigen, ethnische Russen, auf das Härteste verfolgt, ebenso wie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert die ethnisch russischen Duchoborzen und Molokanen.

Die getauften Juden im russischen Staatsdienst bilden eine lange Liste, die in diesem Buch nicht aufgeführt werden soll. Wir würden hier den Leibarzt Pauls I. , Block, finden, einen Vorfahren des Dichters, und Graf Cancrin, den Sohn eines Rabbiners, der unter Nikolaus I. Minister war. Auch der langjährige Außenminister Graf K. Nesselrode wäre zu nennen, oder auch Ludwig Stieglitz, der in Russland, den Rang eines Barons erhielt, der Militärarzt Maximilian Heine, ein Bruder des Dichters, der es zum Staatsrat brachte, ferner der Generalgouverneur Besak, der General a la suite Adelbert, der Gardekavallerieoberst Mewes, die Diplomaten Giers, von denen einer auch Minister bei Alexander III. war. Schließlich der Staatssekretär Peretz (der Sohn des Zollpächters Abram Peretz), die Generäle Kaufmann-Turkestanskij und Chruljow, der Direktor des Alexander-Lyzeums und Stallmeister Salomon, die Senatoren Gredinger und Posen, im Polizeidepartement Gurowitsch und Wissarionow und viele mehr.

Mit dem Wechsel zum Christentum, vor allem zum lutherischen, eröffneten sich sogleich neue Lebenswege. Sliosberg bemerkt zeitweise »beinahe eine Massenrenegation« unter der jüdischen Jugend. Doch nicht zufällig wurde diese von jüdischer Seite als schwerer Verrat angesehen, als »Lohn der Abtrünnigkeit... Wenn man bedenkt, wie viele Juden der Versuchung, sich taufen zu lassen, widerstehen, dann muss man dieses unglückliche Volk unwillkürlich hoch achten. «

In früheren Jahrhunderten war es die Einfalt, die die Menschen nach dem Merkmal des Glaubens in »die unsrigen« und »nicht die unsrigen« einteilte. Und so war sie auch in das Gefüge des russischen Staates überkommen. Doch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert hätte die russische Staatsmacht anfangen können nachzudenken — über die moralische Annehmbarkeit und über den praktischen Sinn. Sollte man für die Juden die Konversion zur Bedingung für den Erwerb irdischer Güter machen?

Was für einen Gewinn hatte das Christentum dabei? Viele der Konversionen konnten nur unaufrichtig sein. (Manch einer wurde gar zu der wenig aufrichtigen Rechtfertigung veranlasst: Dann »werde ich in der Lage sein, meinem Volk noch viel größeren Nutzen zu bringen«.)

Für diejenigen Juden, die staatliche Dienstbefugnisse erhielten, »bestanden keine Beschränkungen irgendwelcher Art bezüglich ihrer Erhebung in den erblichen Adelsstand« und für die Verleihung von Orden aller Ringe. »Juden wurden gewöhnlich ohne weiteres in die Geschlechterbücher eingetragen. « Aus dem Zensus von 1897 können wir sogar ersehen, dass von den erblich Adligen 196 ihre Muttersprache als Hebräisch angaben (beim persönlichen und

dem Dienstadel waren es 3371). Aus der Fabrikantenfamilie Brodskij stammten sogar die Adelsmarschälle des Gouvernements Jekaterinoslaw.

Doch ab den 1870er-Jahren begannen Juden bei Berufungen in Staatsämter auf Hindernisse (ab 1896 noch mehr) zu stoßen, wobei gesagt werden muss, dass auch sie selbst nicht gerade nach diesem monotonen und wenig einträglichen Dienst strebten. Ab den 90er-Jahren gab es freilich auch bei den öffentlichen Wahlämtern Schwierigkeiten für die Juden.

1890 wurde eine neue Landordnung ausgegeben, die Juden von der Mitwirkung am Semstwo, der ländlichen Selbstverwaltung, ausschloss. Das hieß für die nichtstädtischen Gebiete in den Gouvernements und Kreisen: Juden »sind bei Semstwo-Wahlen und -Versammlungen nicht zugelassen« (wobei in den westlichen Gouvernements damals das Semstwo noch gar nicht eingeführt war). Begründet wurde das damit, dass die Bedingung einer tatsächlichen, lebendigen und gesellschaftlichen Einbindung in das örtliche Leben »von den Juden nicht erfüllt wird, die innerhalb der Gesellschaft gewöhnlich ausschließlich ihren eigenen Vorteil verfolgen«. Gleichzeitig stand den Juden aber die Möglichkeit offen, in den Semstwos als Angestellte gegen Bezahlung zu arbeiten, als das so genannte »dritte Element« (welches in den folgenden Jahren den Sprengstoff des Radikalismus in diese Einrichtung tragen sollte). Davon machten Juden in großer Zahl Gebrauch.

Diese Beschränkungen hinsichtlich der Semstwo-Beteiligung betrafen die Juden in den zentralen Gouvernements nicht in spürbarem Maße, da sie größtenteils in den Städten lebten und entsprechend mehr an Fragen der städtischen Verwaltung interessiert waren. Doch wurde 1892 auch eine neue Stadtordnung erlassen. Sie beraubte die Juden nun gänzlich des aktiven und passiven Wahlrechts als Abgeordnete zu den Stadtparlamenten und -Verwaltungen sowie des Rechts, in ihnen verantwortliche Ämter auszuüben, über städtisches Budget zu verfügen oder städtischen Unterbehörden vorzustehen. Das waren sehr, sehr schmerzliche Beschränkungen. Lediglich in den Städten im Ansiedlungsrayon war Juden der Zugang zu Abgeordnetenmandaten erlaubt, doch auch hier durften sie nicht mehr als ein Zehntel der städtischen Duma bilden, und auch dies nur »nach Ernennung« durch die örtliche Verwaltung, der es Vorbehalten war, unter den jüdischen Kandidaten auszuwählen - eine erniedrigende Regelung. (Und, wie Sliosberg treffend bemerkt, besonders für bourgeoise Familienväter: Wie sollten sie, nachdem sie vor den Augen der eigenen Jugend erniedrigt wurden, dieser Regierung gegenüber loyal bleiben?) »Eine schwerere Zeit kann man in der Geschichte der Juden in Russland nicht finden. Die Juden wurden aus allen mühevoll erkämpften Positionen verdrängt. « (Übrigens spricht derselbe Autor an anderer Stelle ziemlich offen über die Bestechung von Beamten des Innenministeriums für verschiedene Handlungen zugunsten von Juden. Auf diese Weise wurde die Härte dieser Epoche wiederum stark abgemildert.)

Sicher, die russischen Juden (3% der Bevölkerung) wurden zweifellos durch bürgerliche Ungleichberechtigung unterdrückt. Doch erinnert uns der bekannte konstitutionelle Demokrat W. A. Maklakow, aus der Perspektive der nachrevolutionären Emigration: »Die >Ungleichberechtigung< der Juden verlor natürlich ihre Schärfe in einem Staat, wo der zahlenmäßig größte Teil des Volkes (82%), die Grundlage für das Wohlergehen Russlands, das schweigende, dumpfe und demütige Bauerntum, ebenfalls außerhalb eines allgemeinen, für alle gleichen Rechts stand. « Das hatte sich auch durch die Aufhebung der Leibeigenschaft nicht geändert: Sie konnten der Einberufung zum Militärdienst nicht leichter entgehen als zuvor, Gymnasial- und Hochschulbildung war ihnen nicht leichter zugänglich geworden, und die

Selbstverwaltung, die sie eigentlich brauchten, ein Semstwo auf Bezirksebene, die bekamen sie bis zur Revolution nicht. Der nach der Revolution emigrierte Jude D. O. Linskij befindet bitter, dass, im Vergleich zu der mit der Sowjetmacht eingeführten »Gleichmachung der ganzen Bevölkerung Russlands in der Rechtlosigkeit«, »die Ungleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung in der vorrevolutionären Zeit ein unerreichbares Ideal darstellt«.

Es hat sich eingebürgert, von einer Judenverfolgung in Russland zu sprechen. Aber das Wort trifft es nicht. Es war keine Verfolgung, es war eine Reihe von Unterdrückungen und Einschränkungen, die gewiss lästig, schmerzlich und auch himmelschreiend ungerecht waren.

*

Der Ansiedlungsrayon wurde aber mit jedem Jahrzehnt durchlässiger. Nach dem Zensus von 1897 lebten außerhalb des Ansiedlungsrayons bereits 315.000 Juden, was einen Anstieg auf das Neunfache in 16 Jahren bedeutete. (Das waren 9% der jüdischen Bevölkerung Russlands, das Königreich Polen nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: 1900 lebten in ganz Frankreich 115.000, in Großbritannien 200.000 Juden.) Zu beachten ist auch, dass bei der Volkszählung zu geringe Angaben gemacht wurden, denn in vielen Städten Russlands lebten bei den »legalen« Juden in großer Zahl inoffiziell Handwerker und Dienstboten, die von der Zählung nicht erfasst wurden.

Die jüdische Finanz- und Bildungselite war von den Beschränkungen auf den »Ansiedlungsrayon« nicht betroffen. Sie siedelten sich frei in den zentralen Gouvernements und in den Hauptstädten an. Es heißt, 14% der jüdischen Bevölkerung habe »freie Berufe« ausgeübt - damit sind vermutlich nicht nur die intellektuellen Berufe gemeint. Jedenfalls waren die

Juden im vorrevolutionären Russland »in den intellektuellen Berufen ... angemessen vertreten. Der viel zitierte Ansiedlungsrayon allein verhinderte nicht, dass ein bedeutender Anteil der jüdischen Bevölkerung mehr und mehr nach Zentralrussland übersiedelte. «

Die meisten der jüdischen Handwerker waren Schneider, Zahnärzte, Feldschere, Apotheker und andere überall benötigte Kräfte und wurden allerorten gern aufgenommen. »1905 lebten über 1. 300.000 Juden in Russland von handwerklicher Arbeit« - d. h. sie konnten auch außerhalb des Ansiedlungsrayons leben. Im Übrigen war »nirgends in den Gesetzen ein Hinweis darauf enthalten, dass etwa ein Handwerker, der seinem Handwerk nachgeht, nicht das Recht hätte, zugleich auch Handel zu treiben«, und »der Begriff des Handels selbst war im Gesetz nicht definiert« - zum Beispiel auch die Frage, ob Kommissionsgeschäfte als Handel gelten. Folglich musste man sich eben »Handwerker« (oder Zahnarzt) nennen, wenn man Handel (auch Großhandel) treiben, Immobilien erwerben oder Fabriken errichten wollte. Der »Handwerker« Neumark beispielsweise besaß eine Fabrik mit 60 Arbeitern; jüdische »Setzer« zogen typografische Betriebe auf.

Und dann gab es noch eine Möglichkeit: Mehrere Juden legten zusammen, damit einer von ihnen das Bürgergeld für die Erste Gilde bezahlen konnte, der die anderen dann als »Handlungsgehilfen« aufnahm. Oder: Man ließ sich zum Schein von gedienten, in einem der zentralen Gouvernements lebenden jüdischen Soldaten adoptieren, wofür man dem »Adoptivvater« dann eine Pension zahlte. In Riga »lebten vom Holzexport ... Tausende jüdischer

Familien«, bis man sie fast alle wegen gefälschter Handwerkerzertifikate auswies. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in allen bedeutenden Städten Russlands jüdische Kolonien.

Jakob Tejtel berichtet, wie »der Zustrom von Juden nach Samara durch die Eröffnung der Eisenbahnlinie Samara-Orenburg begünstigt wurde. Sie wurde von den Juden Warschawskij und Gorwitz gebaut, die sie auch über viele Jahre hinweg bewirtschafteten. Die wichtigen Positionen bei der Eisenbahn wurden von Juden ausgefüllt... Viele der untergeordneten Angestellten waren ebenfalls Juden. Aus dem jüdischen Ansiedlungsrayon zogen Verwandte und Bekannte nach, und auf diese Weise bildete sich eine ziemlich ansehnliche jüdische Kolonie ... Den Weizenexport aus dem reichen Samarer Gouvernement übernahmen ebenfalls Juden. Interessanterweise wurde auch der Export von Eiern aus Russland nach Westeuropa erstmals von Samarer Juden betrieben, und sie alle waren »Scheinhandwerken. « Tejtel erwähnt drei Samarer Gouverneure, deren Amtszeiten aufeinander folgten, und einen Polizeichef (der zuvor, 1863, »wegen Teilnahme an Studentenunruhen von der Petersburger Universität« verwiesen worden war). »Sie alle übten Nachsicht mit den Scheinhandwerkern. « Und so lebten 1889 »in Samara über 300 jüdische Familien ohne Aufenthaltsrecht« - d. h. in Samara lebten etwa 2.000 Juden mehr als von Statistiken und Registern ausgewiesen.

Vom anderen Ende Russlands wird uns berichtet, dass in Wjasma »alle drei Apotheker, alle sechs Zahnärzte« und einige Doktoren, Notare, viele Besitzer kleiner Läden, »fast alle Friseure, Schneider und Schuster Juden waren«. Viele von ihnen waren gar keine Dentisten und auch keine Schneider, sondern trieben Handel, und niemand hinderte sie daran. Und von den 35.000 Einwohnern Wjasmas waren ebenfalls etwa 2.000 Juden.

Im Donkosakengebiet, wo seit 1880 strenge Beschränkungen gegen Juden bestanden und wo sie nicht das Recht hatten, in den Kosakensiedlungen und den Vorstädten zu leben, zählten sie gleichwohl 25.000. Sie waren die Wirte billiger Schänken, hatten Gasthäuser, Friseurläden und Werkstätten, waren Uhrmacher und Schneider. Und jede größere Warenlieferung hing von ihnen ab.

Das System der Beschränkungen für die Juden und in der Folge der verschiedenen Korrekturen und Zusatzklauseln entwickelte sich über die Jahre hinweg. Die entsprechenden Regelungen waren über sämtliche Gesetzbücher verstreut, zu verschiedenen Zeiten erlassen und sowohl miteinander als auch mit den allgemeinen Gesetzen des Reiches schlecht koordiniert worden. Darüber klagten auch Gouverneure. Wenn man sich in das Gewirr der zahllosen Ausnahmen und Ausnahmen von den Ausnahmen vertieft, von denen die Gesetzgebung über die Juden strotzte, wird klar, dass diese eine Quälerei für viele einfache Juden und zugleich eine maßlose Überforderung der staatlichen Organe darstellte. Diese Kompliziertheit musste auch zu unmenschlichen Formalismen führen. Ein Beispiel: Wenn das Oberhaupt einer jüdischen Familie (durch Tod oder Berufswechsel) das Wohnrecht in einem der zentralen Gouvernements verlor, so verlor es auch seine ganze Familie: Die Familien Verstorbener wurden ausgewiesen. (Eine Ausnahme bildeten über 70-jährige Greise und Greisinnen ohne Familie.)

Allerdings wirkte sich diese Kompliziertheit nicht immer zu Ungunsten der Juden aus, häufig nützte sie ihnen auch. Jüdische Autoren schreiben, dass »die unzähligen Zweifelsfälle bei der Anwendung der Beschränkungsgesetze dem Ermessen der Kreispolizeichefs und Polizeihauptleute unterlagen«, was vielfach zu Bestechungen und Gesetzesumgehungen führte. Gemeint sind Umgehungen im für die Juden günstigen Sinne. Es gab aber auch Erfolg versprechende legale Möglichkeiten. »Die Widersprüchlichkeit der zahllosen Gesetze und

Verordnungen über die Juden verschafft dem Senat Spielraum bei der Auswahl der einen oder anderen Interpretation des Gesetzes ... In den 90er-Jahren wurden die meisten der von Juden angefochtenen Verfügungen durch den Senat aufgehoben. «Oftmals verhielten sich auch hohe Amtsträger überaus nachsichtig gegenüber Umgehungen von antijüdischen Beschränkungen, wie beispielsweise G. Sliosberg berichtet: »Der faktische Amtswalter der jüdischen Angelegenheiten war der damalige Direktor des Polizeidepartements Pjotr Nikolajewitsch Durnowo ... Er war Vernunftsgründen stets zugänglich, und ich muss ehrlich sagen, dass wenn die Anwendung der einen oder anderen Beschränkungsregelung ... dem Gebot der Menschlichkeit widersprach, dann konnte man von ihm [Durnowo] immer Aufmerksamkeit und eine wohlwollende Haltung zu der Angelegenheit erwarten. «

»Am schmerzlichsten waren für weite Teile der jüdischen Bevölkerung nicht so sehr die neuen Gesetze als Verwaltungsanordnungen, die zu strengerer Anwendung alter Beschränkungsgesetze neigten. « Der leise, doch unentwegte Prozess des Vordringens der Juden in die innerrussischen Gouvernements wurde bisweilen durch die Verwaltung gestört. Und solche Episoden erhielten bisweilen sogar historisches Gewicht.

So geschehen in Moskau nach dem Rücktritt des langjährigen und allmächtigen Moskauer Generalgouverneurs W. A. Dolgorukow, der dem Zuzug und den wirtschaftlichen Aktivitäten von Juden in Moskau stets überaus gewogen war. (Der Schlüssel dazu liegt offenbar bei dem führenden Moskauer Bankier, Lasar Solomonowitsch Poljakow, der »mit Fürst Dolgorukow befreundet war und der, wie böse Zungen behaupteten, für ihn in seiner Agrarbank ein unbegrenzt überziehbares Konto führte. Dass der Fürst Geld brauchte, daran konnte kein Zweifel bestehen«, denn er hatte sein ganzes Vermögen seinem Schwiegersohn übergeben und im Übrigen »liebte er es auch, auf großem Fuße zu leben und sich großzügig zu geben«. L. Poljakow »wurde alljährlich mit allen möglichen Ehren und

Auszeichnungen überhäuft«. Deshalb fühlten sich die Juden auf Moskauer Boden sicher: »Jeder Jude konnte in der Hauptstadt das Wohnrecht erlangen«, selbst wenn er nicht wirklich »bei jüdischen Kaufleuten der Ersten Gilde in den Dienst trat«.)

G. Sliosberg berichtet von »Vorwürfen gegen Fürst Dolgorukow, zu sehr unter dem Einflüsse Poljakows zu stehen«. Und er erläutert: Poljakow besaß die Moskauer Agrarbank. Im Moskauer und in den benachbarten Gouvernements durfte keine andere Hypothekenbank tätig werden. »Es gab keinen adligen Grundbesitzer, der seinen Grund nicht beliehen hätte. « (Das war der Niedergang des Adels gegen Ende des 19. Jahrhunderts; wozu war er für Russland noch gut?...) Diese Adligen befanden sich also »in einer gewissen Abhängigkeit von der Bank«, denn um größere Anleihen aufnehmen zu können, waren alle Adligen in den zentralen Gouvernements auf eine wohlgesonnene Haltung Lasar Poljakows angewiesen.

Unter Dolgorukow fanden sich um die 1890er-Jahre »in der Moskauer Kaufmannschaft der Ersten Gilde viele Juden. Diese Erscheinung erklärte sich damit, dass die christlichen Moskauer Kaufleute das hohe Bürgergeld für die Erste Gilde nicht bezahlen wollten. « Bevor die Juden kamen, arbeitete das produzierende Gewerbe Moskaus nur für den Osten Russlands, für Sibirien, da die Produkte in den westlichen Gebieten Russlands keinen Absatz fanden. Die jüdischen Produzenten und Händler stellten nun die Verbindung auch zu den westlichen Märkten her. (Tejtel bestätigt, dass die Moskauer Juden als die wohlhabendsten und einflussreichsten in Russland galten.) Die konkurrierenden deutschen Kaufleute waren empört und beschuldigten Dolgorukow, die Juden zu begünstigen.

Doch 1891 änderte sich die Lage schlagartig. Der neue, seiner Stellung nach allmächtige und auch finanziell unabhängige Moskauer Generalgouverneur Großfürst Sergej Alexandrowitsch verfugte, dass alle jüdischen Handwerker aus Moskau ausgewiesen werden sollten, ohne auch nur untersuchen zu lassen, wer von ihnen wirkliche Handwerker waren oder wer nur zum Scheine. Die Stadtteile Sarjadje und Marina Roschtscha begannen zu veröden; man schätzt, dass bis zu 20.000 Juden vertrieben wurden. Für die Auflösung der Vermögen und die Abreise wurden Fristen von höchstens sechs Monaten gewährt, und diejenigen Juden, welche die Mittel zur Übersiedlung nicht aufbringen konnten, wurden mit Gefangenentransporten fortgebracht. (Zur Zeit des Höhepunkts der Vertreibung kam eine amerikanische Regierungskommission bestehend aus Oberst John Weber und Dr. Campster nach Russland, um sich zu informieren. Bemerkenswerterweise konnte Sliosberg sie nach Moskau führen, wo sie sich ein Bild von den Vorgängen und den Maßnahmen zum Schutze Moskaus »vor dem Eindringen der Juden« machten. Sie besuchten sogar heimlich das Butyrskaja-Gefängnis, von wo sie zu Dokumentationszwecken Handschellen und Fotos der Deportierten mitnahmen - und all dies ohne von der russischen Polizei bemerkt zu werden. Zustände wie in Krylows Fabeln waren das! Danach bereisten sie noch wochenlang diverse andere russische Städte. Der für Russland höchst beschämende Bericht dieser Kommission wurde 1892 in den Berichten des amerikanischen Kongresses abgedruckt und führte zu Erleichterungen für die jüdische Immigration in die Vereinigten Staaten. Wegen dieser Unterdrückungen lehnten es 1892 »jüdische Finanzkreise unter der Führung Rothschilds« ab, russische Auslandsanleihen zu unterstützen. 1891 gab es auch in Europa Versuche, die Vertreibung der Juden aus Moskau zu unterbinden, so reiste beispielsweise der amerikanisch-jüdische Bankier Seligman in den Vatikan, um den Papst zu bitten, mäßigend auf Alexander III. einzuwirken.)

1891 »siedelte sich ein Teil der vertriebenen Juden gesetzwidrig in Moskauer Vorstädten an«. Doch im Herbst 1892 erging in Fortsetzung der Maßnahmen der Befehl »zur Aussiedlung gedienter Soldaten aus den Rekrutenaushebungen und ihrer Familienangehörigen, sofern diese nicht Unternehmensgesellschaften angehören«. (Es sei aber erwähnt, dass 1893 große russische Handels- und Produktionsfirmen für die Linderung der Vertreibungsmaßnahmen gegen die Juden eintraten.) Ab 1899 wurde auch die Möglichkeit der Aufnahme in die Moskauer Erste Kaufmannsgilde für Juden beschränkt.

1893 trat noch eine weitere Beschwernis in das Leben der Juden: Der Senat nahm erstmals Notiz von einem seit 1880 gültigen Rundschreiben des Innenministeriums, nach dem Juden, die sich ohne gesetzliche Grundlage außerhalb des Ansiedlungsrayons fest niedergelassen hatten, dort bleiben durften (die so genannte »jüdische Freiheits-Charta«). Dieses Rundschreiben wurde nun außer Kraft gesetzt (nur in Kurland und Livland blieb es gültig). Betroffen waren etwa 70.000 Familien, die sich in den letzten zwölf Jahren gesetzwidrig angesiedelt hatten. Mit Unterstützung Durnowos wurden einige »rettende Paragrafen« erlassen, »die letztendlich das drohende riesige Elend abwendeten«.

1893 wurden auch »einige Kategorien Juden« aus Jalta ausgesiedelt, in dessen Nachbarschaft die Zarenfamilie den Sommer über lebte. Auch Neuansiedlungen von Juden 'wurden untersagt: »Der sich in letzter Zeit verstärkende Zustrom von Juden und das ständige Ansteigen ihrer Zahl in Jalta, gepaart mit einem auffälligen Streben nach dem Erwerb von Immobilieneigentum, drohen dieses Kurbad in eine rein jüdische Stadt zu verwandeln. « (Hier

spielten vielleicht nach all den Terroranschlägen in Russland auch Sicherheitsbedenken für die Zarenfamilie in Liwadija mit. Alexander III. konnte nun, nur ein Jahr vor seinem Tod, mit großer Berechtigung davon ausgehen, dass er von den Juden aus vollem Herzen gehasst wurde. Auch die Angst vor Rache für die Judenunterdrückung ist nicht auszuschließen. Zielscheiben des Terrors wurden gerade Sipjagin, Plehwe und Großfürst Sergej Alexandrowitsch.) Übrigens blieben offenbar viele Juden im Gebiet um Jalta, wie aus einer Klage der Bewohner Aluschtas aus dem Jahr 1909 hervorgeht, wonach dort Juden Weinberge und Obstgärten gekauft hätten und zu deren Bewirtschaftung »die Arbeit der ansässigen Bevölkerung ausbeuten«, indem sie sich deren schwierige finanzielle Lage zunutze machten. Sie hätten gegen »hohe und gesetzwidrige Zinsen« Geld verliehen und ruinierten so die tatarische Bevölkerung.

Und dann gab es noch - als Maßnahme im Kampf gegen die unaufhörliche Schmuggelei - Beschränkungen für die jüdische Einwohnerschaft im westlichen Grenzgebiet. Immerhin gab es keine neuen Vertreibungen von dort, abgesehen von Personen, die beim Schmuggel ertappt worden waren. (Viele Darstellungen zeigen, dass die häufig jüdische und teilweise mit illegalen revolutionären Tätigkeiten verbundene Schmuggelei erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg nachließ.) 1903/04 befand der Senat, dass die »Maigesetze« von 1882 sich nicht auf die Grenzgebiete erstreckten, sodass folglich die Juden im Grenzgebiet »sich frei in ländlichen Ortschaften ansiedeln können. Daraufhin trat die bessarabische Gouvernementsverwaltung mit einem Bericht vor den Senat, wonach die gesamte jüdische Bevölkerung« im Grenzgebiet, einschließlich der gesetzwidrig dort ansässigen, in Dörfer dränge, »wo es schon ohnedies >mehr als genug< Juden gibt«, weshalb das Grenzgebiet »von Stund an der Juden >gelobtes Gebiet< sein werde«. Der Protest ging auch durch den Staatsrat, der nach einer Analyse dieser besonderen Gegebenheiten in den ländlichen Ortschaften die Sonderregelungen für das Grenzgebiet im Unterschied zum Ansiedlungsrayon ganz aufhob.

Doch diese Erleichterung fand kaum nennenswerten Widerhall in Presse und Gesellschaft. Ebenso wenig das 1887 aufgehobene Verbot für Juden, christliche Hausangestellte zu beschäftigen, und das Gesetz von 1891, das einen neuen Paragrafen über »die Ahndung offener Angriffe eines Bevölkerungsteils gegen einen anderen« in das Strafgesetzbuch aufnahm - ein Straftatbestand, der niemals zuvor im russischen Leben erforderlich gewesen war; erst bei den Pogromen von 1881 erkannte man, dass er fehlte, und er wurde nun in weiser Voraussicht eingeführt.

*

Halten wir fest, dass die rechtlichen Beschränkungen für die Juden in Russland niemals rassistischer Natur waren. Sie wurden nicht auf die Karäer angewendet, auch nicht auf die Bergjuden, und auch nicht auf die mittelasiatischen Juden, die frei unter der sie umgebenden Bevölkerung siedelten und frei ihre Berufe wählten.

Verschiedene Autoren legen dar, dass die tieferen Gründe für die den Juden in Russland auferlegten Beschränkungen wirtschaftlicher Art gewesen seien. Der Engländer James Parkes, der diese Beschränkungen entschieden verurteilt, schränkt ein: »In der Vorkriegszeit [vor dem Ersten Weltkrieg] konzentrierten einige Juden in ihren Händen bedeutsamen Reichtum ... [und das] rief die Besorgnis hervor, dass die Juden nach einer Aufhebung der Beschränkungen schnell

zu den Herren im Lande werden würden. « Oder der liberale Professor W. Leontowitsch: »Es ist bis jetzt nicht genug berücksichtigt worden, dass die restriktiven Maßnahmen gegen die Juden auch im Wesentlichen derselben antikapitalistischen Tendenz entsprangen. Dass diese Maßnahmen nicht von der rassischen Diskriminierung ausgingen, liegt auf der Hand. Damals interessierte der Begriff der Rasse kaum jemanden außer den Fachethnologen ... Entscheidend war die Furcht vor dem Hochkommen kapitalistischer Elemente, deren Ausbeutung die Bauern, überhaupt das werktätige Volk, zum Opfer fallen konnten. Hierfür kann man in den Quellen zahlreiche Belege finden. «

Erwähnt werden soll auch der für die russischen Bauern abrupte Übergang von der Leibeigenschaft zu Geld und Markt. Die Bauern waren darauf überhaupt nicht vorbereitet und gerieten schnell in einen nie da gewesenen Rubelsturm, der manchmal gnadenloser war als das Joch der Leibeigenschaft.

W. Schulgin schrieb darüber: »Den Beschränkungen in den Rechten der Juden in Russland lag ein höchst ›humaner Gedanke‹ zugrunde ... Man anerkannte, dass das russische Volk in seiner großen Gesamtheit (oder einzelne soziale Schichten dieses Volkes) sozusagen weibisch unmündig, leicht auszubeuten war ... und man es daher mit staatlichen Mitteln irgendwie unterstützen und schützen musste, es verteidigen gegen andere, stärkere Elemente ... Nordrussland sah die Juden mit den Augen Südrusslands. Die historische Sicht Kleinrusslands von den Juden, die es aus der Zeit des Zusammenlebens in Polen gut kannte, war so: Die Ukrainer stellten sich den Juden im Bilde der Schankpächter vor, die aus dem russischen Volk das ›Blut Saugern. « Die Beschränkungen hätte die Regierung gegen dieses verschworene Volk von Händlern ersonnen, das eine Gefahr für die nationalen Grundfesten des Staates darstellte. Ein Körnchen Wahrheit erkennt in dieser Sichtweise auch Parkes, der auf »den üblen Einfluss der Möglichkeit, den Nächsten auszubeuten« und »die in Osteuropa verbreitete Rolle des Dorfschankwirts und des Wucherers« abhebt, wenn er auch die Ursachen dafür »eher in der Natur des Bauerntums denn bei den Juden selbst« ausmacht. Ferner war es nach seiner Meinung der Handel mit Wodka, »das bedeutendste Geschäft der Juden« in Osteuropa, der den größten Hass auf die Juden seitens der Bauern hervor rief. Er war der Nährboden für manchen Pogrom und hinterließ eine tiefe und lange Narbe im Bewusstsein der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung und im Gedächtnis der jüdischen Bevölkerung.

Bei vielen Autoren begegnet man andererseits der Behauptung, dass die jüdischen Schankwirte ein elendes Dasein gefristet und von ein paar ärmlichen Hellern gelebt hätten, beinahe betteln mussten. Es gibt indes keinen Grund zu der Annahme, dass dieses Dasein so kümmerlich gewesen wäre. Von der Schwäche des trinkenden Volkes profitierten die Grundbesitzer in den westlichen Gebieten, die Schnapsbrennereien, die Schankwirte - und auch die Regierung. Der gesamte Umfang dieser Erträge lässt sich ab dem Zeitpunkt ermessen, da sie staatlich wurden. Nachdem 1896 in Russland das staatliche Branntweinmonopol eingeführt wurde, das mit den privaten Schänken und dem Spirituosenverkauf gegen Pfand Schluss machte, beliefen sich im folgenden Jahr die Gesamteinnahmen der Staatskasse aus dem Spirituosenverkauf auf 285 Millionen Rubel, während die direkten Steuern der Bevölkerung gerade 98 Millionen einbrachten. Daran erkennen wir nicht nur, dass die Schnapsbrennerei »die bedeutendste Einnahmequelle für indirekte Steuern« war, sondern auch, dass die Einnahmen der Spirituosenindustrie, die bis 1896 nur »vier Kopeken je Volumenprozent des destillierten

Alkohols« Steuer zahlten, bei weitem die direkten staatlichen Einnahmen des Reiches überstiegen.

Worin bestand denn damals der Anteil der Juden an diesem Gewerbe? 1886 wurden im Rahmen der Arbeit der Pahlen-Kommission statistische Untersuchungen hierüber veröffentlicht. Dort ersehen wir, dass die Juden 27% (Nachkommastellen sind hier und in der Folge gerundet) aller Schnapsbrennereien im europäischen Teil Russlands besaßen und 53% im Ansiedlungsrayon (darunter: 83% im Gouvernement Podolie, 76% im Gouvernement Grodno und 72% im Gouvernement Cherson). Von den Bierbrauereien im europäischen Teil Russlands besaßen sie 41% und im Ansiedlungsrayon 71% (94% im Gouvernement Minsk, 91% im Gouvernement Wilna und 85% im Gouvernement Grodno). Der Anteil der von Juden unterhaltenen »Getränkeausschanks- und Verkaufsstellen« am Spirituosenhandel betrug im europäischen Teil Russlands 29% und im Ansiedlungsrayon 61% (95% im Gouvernement Grodno, 93% im Gouvernement Mogiljow und 91% im Gouvernement Minsk).

Es erstaunt somit nicht, dass die Reform, mit der das staatliche Branntweinmonopol eingeführt wurde, »von den Juden im Ansiedlungsrayon ... mit Entsetzen aufgenommen wurde«.

Zweifellos war diese Einführung des staatlichen Branntweinmonopols für die Wirtschaftskraft der russischen Juden ein äußerst schwerer Schlag. Und bis zum Ersten Weltkrieg, als es ganz abgeschafft wurde, blieb das staatliche Branntweinmonopol eine Lieblingszielscheibe des öffentlichen Unmuts. Dabei ermöglichte es erstmals eine strenge Kontrolle über

Menge und Reinheitsgrad der im Lande erzeugten Spirituosen. Und obgleich das staatliche Branntweinmonopol ja auch den christlichen Schankwirten ihre Einnahmequelle nahm (vgl. obige Statistik), wird es doch als eine vor allem antijüdische Maßnahme angesehen: »Die Einführung des staatlichen Spirituosenhandels Ende der 1890er-Jahre im Ansiedlungsrayon brachte über 100.000 Juden um ihren Erwerb«, »die Obrigkeit spekulierte darauf... damit die Juden aus den ländlichen Ortschaften zu verdrängen«, und seither »hat der Spirituosenhandel für die Juden nicht mehr die vormalige Bedeutung erlangt«.

Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts verstärkte sich denn auch die Emigration von Juden aus Russland spürbar. Es lässt sich keine statistische Verbindung mit der Einführung des staatlichen Branntweinmonopols aufzeigen, doch weisen die erwähnten 100.000 Erwerbslosen auf eine solche hin. Wie dem auch sei, die jüdische Emigration (nach Amerika) stieg bis 1886/87 kaum und nahm dann 1891/92 kurzzeitig sprunghaft zu. Erst 1897 setzte ihr anhaltender und massenhafter Anstieg ein.

Die »Maigesetze« von 1882 verhinderten jedoch ein neuerliches Eindringen des jüdischen Spirituosenhandels in die Dörfer nicht: So wie auf das Verbot des Handels aus nichteigenem Haus hin in den 70er-Jahren eine Art von »Strohmanngeschäften« begann, so entstand zur Umgehung des Gesetzes vom 3. Mai 1882 (das auch den Spirituosenhandel über Kommissionsverträge mit Juden untersagte) die »Strohmannspacht«: Das Land unter der Schänke wurde per mündliche Absprache ohne schriftlichen Vertrag verpachtet, und auf diese Weise bekam der Eigentümer seine Pacht und der Jude den Erlös aus dem Spirituosenverkauf. In dieser und manch anderer verdeckter Form ging die Ansiedlung von Juden in den Dörfern auch nach dem kategorischen Verbot von 1882 weiter. Nach Sliosberg begann »die

Aussiedlungskampagne« der Juden aus den Dörfern des Ansiedlungsrayons 1889. Die damals »gnadenlose Konkurrenz rief ein furchtbares Übel ins Leben: das Denunziantentum«, das heißt, die Juden denunzierten sich gegenseitig wegen ungesetzlichen Wohnsitzes. Nach den Angaben P. N. Miljukows lebten 1881 auf den Dörfern 580000 Juden, 1897 waren es dann 711000, was zeigt, dass Zuzug und Geburtenhäufigkeit deutlich Aussiedlung und Sterblichkeit überstiegen. 1899 wurde zur Revision der »Maigesetze« die mittlerweile elfte Kommission für Judenfragen, diesmal unter Baron Ixkul von Hildebrandt, eingerichtet. Diese Kommission, so schreibt Miljukow, lehnte es ab, die ungesetzlich in den Dörfern lebenden Juden auszusiedeln. Im Gegenteil, sie milderte das Gesetz von 1882 ab.

Diese Kommission aber »anerkannte, dass das wenig entwickelte, des Unternehmergeistes bare und an Mitteln arme Bauerntum den geschäftlichen Kontakt mit sie umgebenden Juden benötigt«, und betonte, dass »die Grundbesitzer in dieser Hinsicht durchaus nicht der Bevormundung durch die Regierung bedürfen und dass die Beschränkungen im Recht der Grundbesitzer, über ihr Eigentum zu verfugen, dasselbe entwertet und sie dazu zwingt, im Vereine mit den Juden zu allen möglichen Schlichen zur Umgehung des Gesetzes zu greifen«. Durch eine Aufhebung der Verbote für Kontakte mit Juden hingegen würden die Grundbesitzer bald größere Gewinne aus ihrem Eigentum erzielen können. Doch eine so hohe Bedeutung wurde den Grundbesitzern nicht mehr zugemessen, als dass diese geistreiche Argumentation die Verwaltung überzeugt hätte.

Der entscheidende Anstoß zur Revision der Maigesetze von 1882 erfolgte 1903/04. In Meldungen aus den Provinzen (darunter eine von Generalgouverneur Swjatopolk-Mirskij, dem nachmaligen liberalen Innenminister) hieß es, dass die »Maigesetze« sich nicht bewährt hätten und dass es unumgänglich sei, den Juden die weitere Aussiedlung aus der Enge der Städte und Schted zu erlauben, nachdem doch nun durch die Einführung des staatlichen Branntweinmonopols die Gefahr einer Ausbeutung der Landbevölkerung seitens der Juden durch Spirituosenhandel hinfällig geworden war. Diesem Vorschlag stimmte Minister D. S. Sipjagin (der bald darauf von Terroristen getötet wurde) zu und 1903 bestätigte ihn Minister W. K. Plehwe (der ebenfalls bald ermordet werden sollte): In Abschwächung der »Maigesetze« wurde eine Liste von 101 größeren Ortschaften beschlossen und veröffentlich (später kamen noch weitere 57 hinzu), wo Juden die Neuansiedlung, der Erwerb von Immobilieneigentum und die Pacht genehmigt war. (In der vorrevolutionären »Jüdischen Enzyklopädie« finden wir die Namen dieser Ortschaften, darunter einige durchaus große und bald stark weiter anwachsende, wie Jusowka, Losowaja, Jenakiewo, Kriwoj Rog, Sinelnikowo, Slawgorod, Kachowka, Shmerinka, Schepetowka, Sdolbunowo, Nowye Senshary und viele andere.) Doch außerhalb dieser Liste und außerhalb der jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien, Schted und Städte bekamen die Juden nicht das Recht, Land zu erwerben. Nicht lange darauf wurden die »Maigesetze« in Bezug auf einige bestimmte Gruppen von Juden (Hochschulabsolventen, Apothekergehilfen, Handwerker und gediente Soldaten) aufgehoben, und diese erhielten auf den Dörfern ein Wohnrecht und das Recht, Handel und Gewerbe zu treiben.

Außer dem Spirituosenhandel waren verschiedene Arten von Pacht die bedeutendsten unter den jüdischen Einnahmequellen, darunter auch die Landpacht und auch der Landbesitz selbst. Bei den Juden »drückte sich das Bedürfnis nach Land im Erwerb großer Flächen zu Zwecken der Nutzung in verschiedenen Wirtschaftszweigen und ausreichender Flächen zur eigenen Bearbeitung des Landes aus«. Wenn Land, die Existenzquelle der Bauern, zu einem

Preis über dem agrarwirtschaftlichen angeboten wurde oder angeboten werden konnte, wurde es oft von jüdischen Unternehmern gekauft.

Wie wir gesehen haben, war die direkte Pacht und der Kauf von Land den Juden bis 1881 nicht verboten, und diejenigen, die Land erworben hatten, verloren ihre Rechte auch durch die späteren Verbote nicht. So besaß beispielsweise im Chersoner Gouvernement, bei Jelisawetgrad, David Bronstein, der Vater Trotzkijs, eine »Wirtschaft« (wie man das im Süden nannte) bedeutenden Ausmaßes und später auch noch die Mine »Nadeshda« bei Kriwoj Rog - und behielt all dies bis zur Revolution. (Trotzkij erzählt von seinen Eindrücken aus der väterlichen Wirtschaft, die in dieser Hinsicht nicht anders als »alle anderen Wirtschaften« gewesen sei, dass die Saisonarbeiter, die im Sommer zu Fuß aus den zentralen Gouvernements kamen, um sich hier zu verdingen, niemals Fleisch oder auch nur Schmalz zu essen bekamen und selbst Pflanzenöl nur kärglich, stattdessen gab es nur Gemüse und Grütze - und das zur sommerlichen Erntezeit, wo von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang hart gearbeitet wurde. »In einem Sommer erkrankten die Wanderarbeiter epidemisch an Nachtblindheit. « Hier darf ich anmerken, dass in der vergleichbaren »Wirtschaft« meines selbst aus einer Landarbeiterfamilie stammenden Großvaters Schtscherbak in der Kuban-Region die Sommerarbeiter drei Mal täglich Fleisch zu essen bekamen.)

Doch 1903 wurde folgendes Verbot erlassen: »Eine Verordnung des Ministerrates enthob alle Juden im gesamten Reich des Rechts auf Immobilienerwerb außerhalb der Gemarkungen von Städten und Schtetl«, also

in ländlichen Ortschaften. Dies beschränkte in gewissem Maße das jüdische Gewerbe, keineswegs aber, so schreibt die »Jüdische Enzyklopädie«, die Landwirtschaft. »Hätten sie ein Recht auf den Erwerb von Landeigentum gehabt, hätten die Juden wahrscheinlich weniger Landwirte hervorgebracht als Grundbesitzer und Pächter. Es erscheint höchst zweifelhaft, dass eine derartige typisch städtische Bevölkerung, wie sie die Juden sind, eine nennenswerte Zahl an Landwirten hätte hervorbringen können. «

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts stellte sich die Lage folgendermaßen dar: Von den »etwa zwei Millionen Desjatinen Land, die sich gegenwärtig [1908] im Russischen Reich und im Königreich Polen in jüdischem Eigentum oder Pachtbesitz befinden ... , werden nur 113.000 Desjatinen von jüdischen Landwirtschaftskolonien bearbeitet«.

Obgleich die »Maigesetze« von 1882 den Juden Kauf- und Pachtverträge außerhalb der Städte und Schtetl untersagten, gab es auch Möglichkeiten über Strohmänner, selbst für die großflächigen Besitzungen der Zuckerfabriken.

Jüdische Grundbesitzer - häufig solche von beachtlichen Flächen - traten als Gegner der Stolypinschen Landreform, die das Land in Privateigentum der Bauern überfuhren sollte, in Erscheinung. (Doch nicht nur sie - man staunt über den Zorn, mit dem die Presse jener Jahre auf diese Reform reagierte, und nicht nur die ultrarechte Presse, sondern auch die ganz liberale und erst recht die revolutionäre.) In der »Jüdischen Enzyklopädie« liest sich dies so: »Landreformen, die darauf beruhen, das Land ausschließlich in die Hände derer zu geben, die es selbst bearbeiten, hätten den Interessen eines gewissen Teils der jüdischen Bevölkerung in der Umgebung der großen Besitzungen jüdischer Grundbesitzer widersprochen. « Doch dann kam die Revolution, und ein sowjetisch-jüdischer Autor schrieb rückblickend, schon mit echt proletarischer Entrüstung: »Die jüdischen Grundbesitzer besaßen unter dem zaristischen

Regime mehr als zwei Millionen Hektar Land (vor allem bei den Zuckerfabriken in der Ukraine sowie große Besitzungen auf der Krim und in Weißrussland)«, sie hatten sogar »mehr als zwei Millionen Hektar des besten Schwarzerdelands«. Zum Beispiel besaß Baron Ginzburg im Dshankoj- Gebiet 87.000 Hektar, und dem Fabrikanten Brodskij gehörten mehrere 10.000 Hektar in der Umgebung seiner Zuckerfabriken. Ebensolche Besitztümer hatten die anderen Zuckerfabrikanten, und insgesamt gehörten den jüdischen Grundbesitzern 872.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche. "

Mit dem Grundbesitz kam auch der Getreide- und Mehlhandel. (Es sei daran erinnert, dass der Getreideexport »fast ausschließlich von Juden betrieben wurde«.) »Von der gesamten jüdischen Bevölkerung des Gebiets der späteren Sowjetunion entfielen vor der Revolution 18% [über eine Million Menschen! -A. 5.] auf die, die selbstständigen Getreidehandel betrieben, und ihre Familienangehörigen. Diese Tatsache bewirkte aufseiten der Bauern eine gewisse Abneigung gegenüber der jüdischen Bevölkerung« (denn die Aufkäufer bemühten sich mit allen Mitteln die Getreidepreise zu drücken, um es desto einträglicher verkaufen zu können). Die Juden wurden dann auch zu Aufkäufern anderer bäuerlicher Produkte in den westlichen Gouvernements und in der Ukraine. (Es soll übrigens nicht unerwähnt bleiben, dass geschäftstüchtige und fleißige Altgläubige in Klinzy, Slynka, Starodub, Jelenowka und Nowosybkowo den Handel nicht in fremde Hände gaben.) Bikerman meint, dass die Unmöglichkeit, sich auf dem ganzen russischen Territorium auszubreiten, für die jüdischen Getreidehändler auch zu Unbeweglichkeit, Stagnation und zum Kulakentum führte. Hingegen, »wenn der russische Getreidehandel... zu einem wichtigen Bestandteil des Welthandels geworden ist, ... so hat dies das Land hauptsächlich den Juden zu verdanken«. Wie wir bereits erfahren haben, »entfielen schon 1878 60% des Getreideexports aus Odessa auf die Juden. Die Juden waren die Ersten, die in Nikolajew Getreidehandel betrieben«, und ebenso in Cherson, Rostow am Don sowie in den Gouvernements Orjol, Kursk und Tschernigow, und »sie waren auch im Petersburger Getreidehandel stark vertreten«. Im Nordwesten kamen »auf 1.000 Getreidehändler 930 Juden«.

Die meisten Quellen lassen allerdings das Geschäftsgebaren dieser jüdischen Aufkäufer außer Betracht. Es war mitunter rau und nach heutigen Maßstäben ungesetzlich. Beispielsweise trafen die jüdischen Aufkäufer bisweilen Absprachen oder lehnten es überhaupt ab, die Ernte zu kaufen - um so die Preise zu drücken. Nicht zufällig entstanden in den 1890er-Jahren in den südlichen Gouvernements Russlands erstmals - Europa vorgreifend - landwirtschaftliche Kooperativen (unter der Führung des Grafen Heiden und von Bechtejew), um sich dem im Grunde totalen Monopol beim Aufkauf des bäuerlichen Getreides zu widersetzen.

Bei den jüdischen Handelsaktivitäten lag der »Holzexport nach dem Getreide an zweiter Stelle«. Von 1813 bis 1913 stieg er um das 140- fache. Und, so erregt sich der Kommunist Larin, »den jüdischen Grundbesitzern gehörten ... gewaltige Waldflächen (und teilweise pachteten sie auch noch Wälder in den Gouvernements, wo es gewöhnlichen Juden untersagt war zu leben)«. Die »Jüdische Enzyklopädie« bestätigt dies: »Land wurde von Juden insbesondere in den zentralen Gouvernements und hauptsächlich zum Zwecke der Holzverarbeitung erworben. « Jedoch an vielen Orten wurde es Juden nicht gestattet, Sägewerke zu errichten, weshalb das Holz zum Nachteil Russlands unbearbeitet ins Ausland verkauft wurde. (Ferner waren die Ausschiffung von Holz aus den Häfen Riga, Reval und Petersburg sowie die Anlage von Lagerflächen an den Eisenbahnlinien verboten.)

Ein facettenreiches Bild: einerseits die unermüdliche jüdische Geschäftsdynamik, die ganze Staaten in Bewegung zu setzen vermochte, andererseits die engstirnigen, ängstlichen und bürokratisch hemmenden Verbote. Daraus resultierte der wachsende jüdische Verdruss, Gereiztheit. Dazu kamen der Ausverkauf des unbearbeiteten russischen Holzes durch Export als Rohstoff und die diesen erbarmungslosen Kräften ausgelieferten Getreidebauern und Holzverarbeiter, die selbst weder die Beziehungen noch die Fähigkeiten besaßen, um den Handel anders aufzuziehen. Und schließlich war da das Finanzministerium, das die Industrie und den Bau von Eisenbahnlinien kräftig subventionierte, aber der Landwirtschaft keine Hilfe zukommen ließ, während doch gerade die Bauern die hauptsächliche Steuerlast trugen und nicht die Kaufleute. Aber wer machte sich bei all dieser neuen, den Juden zu verdankenden und der Staatskasse so einträglichen wirtschaftlichen Dynamik Gedanken über den Schaden, den »Schock«, den Bruch im Leben und im Charakter des Volkes?

Ein halbes Jahrhundert lang wurde Russland von außen wie von innen beschuldigt, die Juden wirtschaftlich zu unterdrücken und ins Elend zu treiben. Dieses unsägliche Russland musste erst ganz vom Erdboden verschwinden, der Weg durch die Revolution erst beschritten werden, damit - schon über deren blutige Mauer zurückblickend - ein jüdischer Autor in den 30er-Jahren einst einräumen würde: »Die zaristische Regierung betrieb keine Politik der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Von gewissen Einschränkungen abgesehen, ... etwa auf den Dörfern, ... duldete die zaristische Regierung im Großen und Ganzen die jüdischen wirtschaftlichen Aktivitäten. « Einen erbitterten nationalen Kampf »erlebten ... die Juden im Wirtschaftsleben nicht. Die herrschende Nation hatte kein Interesse daran, sich auf die Seite einer nationalen Gruppe zu stellen; im Gegenteil bemühte sie sich, die Rolle eines Vermittlers oder Richters zu spielen. «

Manchmal unternahm es die Regierung aber doch, sich mit nationalen Erwägungen in die Wirtschaft einzumischen. Meistens waren das Maßnahmen, die keinen Erfolg haben konnten. So »wurde 1890 ein regierungsamtliches Rundschreiben ausgegeben, wonach die Juden das Recht verloren, Verwaltungsräten von Aktiengesellschaften anzugehören, welche dem Charakter ihrer Tätigkeit nach geeignet waren, Land zu erwerben oder zu pachten«. Doch ein solches Gesetz konnte leicht durch Strohmänner umgangen werden, durch solche Verbote ließ sich der jüdische Unternehmergeist nicht einschränken.

»Die Rolle der Juden war besonders stark im Außenhandel, wo ihre Hegemonie auch durch ihre Ansiedlungsrayons entlang der Grenzen, ihre besonders enge Bindung an die Welt jenseits der Grenzen und ihre Erfahrung in der Handelsvermittlung sichergestellt war. «

In der Zuckerbranche stellten die jüdischen Fabriken gegen Ende des Jahrhunderts schon mehr als ein Drittel. In den vorherigen Kapiteln haben wir gesehen, wie diese Branche von Israel Brodskij und seinen Söhnen Lasar und Lew aufgebaut wurde (»am Anfang des 20. Jahrhunderts hielten sie direkt oder indirekt 17 Zuckerfabriken«). Moissej Galperin »besaß zu Beginn des 20. Jahrhunderts acht Zuckerrübenfabriken und drei Raffinerien ... , ihm gehörten auch über 50.000 Desjatinen Land mit Zuckerrübenpflanzungen«. »Die Zuckerbranche ernährte Hunderttausende jüdischer Familien, die Vermittlungsgeschäfte im Zuckerverkauf usw. betrieben. « Als Konkurrenz entstand, begannen die Preise zu fallen. Doch da wurde in Kiew ein Syndikat der Zuckerproduzenten gegründet, mit dem Ziel, Produktion und Verkauf des Zuckers so zu regulieren, dass die Preise nicht fallen würden. Die Gebrüder Brodskij riefen 1903 das Raffineriensyndikat ins Leben.

Außer dem Getreide- und Holzhandel und der Zuckerfabrikation, wo sie führende Positionen innehatten, gewannen die Juden in vieler Hinsicht auch in der Mühlenbranche, der Leder- und Textilindustrie, der Leinweberei, der Näherei und im Tabakverarbeitungs- und Brauereiwesen an Einfluss. Schon seit 1835 nahmen Juden an den großen Märkten in Nishnij Nowgorod teil. In den 90er-Jahren betrieben Juden erfolgreichen Viehhandel im Transbajkal-Gebiet und spielten eine wichtige Rolle in der sibirischen Kohle- (die Andshero-Sudshensker Kohle) und Goldgewinnung. Die Ginzburgs »betrieben nach 1892 fast ausschließlich Goldgewinnung und -Verarbeitung«. Das erfolgreichste Unternehmen, die »Lenaer Goldgrubengesellschaft«, »kontrollierte faktisch« (von 1896 bis zu seinem Tod 1909) der Baron Horaz Ginzburg, der Sohn Eusel Ginzburgs, des Begründers einer Bank und Leiter der Petersburger Niederlassung dieser Bank. (Der Sohn des Horaz, David, der ebenfalls den Titel eines Barons trug, stand ab 1909 bis zu seinem Tod 1910 der jüdischen Gemeinde Petersburgs vor. Die Söhne Alexander und Alfred traten in die Leitung der Lenaer Goldgrubengesellschaft ein. Der Sohn Wladimir war mit der Tochter des Kiewer Zuckerfabrikanten L. I. Brodskij verheiratet.) Horaz Ginzburg war auch »der Begründer ... der Transbajkalischen, der Miasser, der Beresowsker, der Akajer und anderer Goldgrubengesellschaften. 1912 entbrannte ein riesiger, russlandweiter Skandal um die schrecklichen Bedingungen, die Ausbeutung und den Betrug der Arbeiter in den Lenaer Minen. All dessen beschuldigte und schalt man die zaristische Regierung - und nur diese. In der ganzen aufgebrachten liberalen Presse wies niemand auf die Hauptaktionäre, darunter die Söhne Ginzburgs hin.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten die Juden 35% der Kaufmannsklasse Russlands. Über die Südwestliche Region bemerkte Schulgin: »Wo sind eigentlich die russischen Kaufleute, wo ist der russische dritte Stand? ... In der Vergangenheit hatten wir doch eine starke russische Mittelschicht... Wo ist die geblieben?« »Die Juden haben sie verdrängt... in eine tiefere soziale Klasse, haben sie verbauert. « Das heißt, die Russen im Südwesten sind auch selbst für ihr Los verantwortlich. Und zur Jahrhundertwende stellte der bedeutende Staatsmann W. I. Gurko fest: »Der Platz des russischen Kaufmanns wird mehr und mehr von Juden eingenommen. «

Großes Gewicht und Einfluss errangen die Juden auch im schnell wachsenden russischen Genossenschaftswesen. Mehr als die Hälfte der Sparvereine und Anleihe- und Kreditgesellschaften befanden sich im Ansiedlungsrayon. Unter ihren Mitgliedern stellten die Juden 1911 86%.

Wir haben hier schon über den Bau und die Bewirtschaftung der russischen Eisenbahnen durch die Gebrüder Poljakow sowie Blioch und Warschawskij geschrieben. Außer den ersten Strecken, der nach Zarskoje Sjelo und der Nikolaj-Bahn, wurden später die meisten von Konzessionären gebaut, und unter ihnen nahmen die Juden bedeutende Positionen ein. »Doch ab den 90er-Jahren baute vor allem der Staat. « 1883 wurde unter der Leitung David Margolins eine große Schifffahrtsgesellschaft »>auf dem Dnjepr und seinen Zuflüssen gegründet, deren Hauptaktionäre Juden waren. 1911 bestand die Flotte dieser Gesellschaft aus 78 Dampfern, die 71% des Transports auf dem Dnjepr durchführte. « Andere Gesellschaften gab es an der westlichen Dwina, am Neman, später im Mariinsker System und an der Wolga.

Es gab auch an die zehn große jüdische Ölfirmen in Baku. »Die größte unter ihnen war die Firma >Masut<, die den Brüdern S. und M. Poljak und den Rothschilds gehörte« und »hinter der Rothschilds Kaspisch-Schwarzmeerische Gesellschaft stand«. Diese Firmen hatten keine Förderungsrechte, sie waren in der Weiterverarbeitung von Erdöl und im Export tätig.

Am deutlichsten zeigten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der Juden im Finanzsystem des Landes. »Das Kreditwesen war seit längerem schon gleichsam zu einem natürlichen Element der Juden geworden. Die Juden schufen neue Arten von Krediten und verfeinerten die alten ... Eine große Rolle spielten einzelne große jüdische Kapitalisten, auch in der Struktur von genossenschaftlichen Kommerzbanken gab es viele Juden. Sie stellten nicht nur die Bankenaristokrarie, sondern auch die Masse der Bankangestellten. « Die schon 1859 in Petersburg gegründete Bank Eusel Ginzburgs wurde dank ihrer Beziehungen zu den Mendelsohns in Berlin, den Warburgs in Hamburg und den Rothschilds in Paris und Wien groß und einflussreich. Doch in der Finanzkrise 1892, »infolge der Weigerung der Regierung, sein Bankhaus [durch Anleihen] zu stützen«, wie das zuvor zwei Mal erfolgt war, verließ E. Ginzburg das Bankwesen. Zu Beginn der 1870er-Jahre gründeten die Gebrüder Jakob, Samuil und Lasar Poljakow ein ganzes Netz von Bankhäusern: Die Asow-Don-Kommerzbank (später stand ihr B. Kamenka vor), die Moskauer Agrarbank, die Donsker Agrarbank, die Poljakow-Bank, die Internationale Bank und noch »einige

Kommerzbanken, die später die Vereinigte Bank bildeten«. Der Sibirischen Handelsbank stand A. Solowejtschik vor, der Warschauer Kommerzbank I. Blioch. Und auch in anderen der größten Banken nahmen Juden wichtige Positionen ein (Sak, Utin, Chesin, A. Dobryj, Wawelberg, Landau, Ebstein, Krongold). Und »nur in zwei großen Banken (der Moskauer Kaufmannsbank und der Wolga-Kama-Bank) gab es weder in der Direktion noch unter den Angestellten Juden«. Alle drei Brüder Poljakow hatten den Rang eines Geheimrats und wurden, wie erwähnt, in den erblichen Adelsstand erhoben.

*

Die Siedlungsbeschränkungen hatten sich also schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts überlebt. Sie hinderten die Juden nicht daran, dauerhaft ihre Positionen in den wesentlichen Bereichen des Lebens einzunehmen, von Wirtschaft und Finanzen bis hin zur Intelligenzija. Der Ansiedlungsrayon hatte schon so gut wie keine praktische Bedeutung mehr, die mit ihm verknüpften wirtschaftlichen und politischen Ziele waren gescheitert. Dafür aber schürte er bei den Juden bittere regierungsfeindliche Gefühle, die mit mancher Flamme das bald ausbrechende gesellschaftliche Großfeuer nährten, und er brandmarkte die russische Regierung in den Augen des Westens.

In welcher Hinsicht kam dieses Russische Reich während des gesamten 19. Jahrhunderts und in den vorrevolutionären Jahrzehnten bei all dieser Behäbigkeit und Starrheit in seinem bürokratischen Apparat und im Denken seiner Führer denn nicht zu spät? Mit einem ganzen Dutzend absolut existenzieller Probleme des Landes kam man nicht zurande: die lokale bürgerliche Selbstverwaltung, das Semstwo auf Bezirksebene, die Landreform, die totale Erniedrigung der Kirche, die Vermittlung der staatlichen Politik an die Öffentlichkeit, die Förderung der allgemeinen Volksbildung und der ukrainischen Kultur. All diese Probleme erkannte das Russische Reich verhängnisvollerweise zu spät, und gerade die Erforschung der wirklichen Verhältnisse im Ansiedlungsrayon und ihrer Auswirkung auf das Staatswesen erfolgte zu spät. Die russischen Machthaber konnten mehr als ein Jahrhundert lang die Probleme der jüdischen Bevölkerung nicht lösen, und zwar weder im Sinne einer integrierenden Assimilation,

noch indem sie die Juden in ihrer freiwilligen Entfremdung und Selbstisolation, in der man sie ein Jahrhundert zuvor an getroffen hatte, belassen hätten.

Unterdessen erlebten die russischen Juden gerade in diesen Jahrzehnten, also seit den 70er-Jahren des 19. bis in den Beginn des 20. Jahrhunderts, eine rasche Entwicklung, eine unverkennbare Blüte in ihrer geistigen Spitze, der es nicht nur im Ansiedlungsrayon, sondern überhaupt im Russischen Reich zu eng wurde.

Untersucht man im Einzelnen, in welcher Hinsicht die Juden in Russland nicht gleichberechtigt waren, die Siedlungsbeschränkungen und den Numerus clausus, so darf man dieses Gesamtbild keinesfalls aus den Augen verlieren. Trotz der wachsenden Bedeutung des amerikanischen Judentums bildeten die russischen Juden zur Jahrhundertwende noch etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung der ganzen Erde - und das ist ein für die Geschichte des Judentums überaus wichtiger Sachverhalt. Einmal mehr über die Zäsur der Revolution zurückblickend, schrieb I. M. Bikerman 1924: »Im zaristischen Russland lebte mehr als die Hälfte des jüdischen Volkes ... Es ist daher nur natürlich, dass die jüdische Geschichte der jüngsten Generationen vornehmlich die Geschichte des russischen Judentums ist. « Und obwohl im 19. Jahrhundert »die Juden im Westen reicher waren, mehr Einfluss hatten und uns auch kulturell voraus waren, so lag doch die eigentliche Lebenskraft der Juden in Russland. Und diese Kraft wuchs und gedieh gemeinsam mit der Blüte des Russischen Reiches ... Erst mit der Einverleibung jüdisch besiedelter Gebiete ins russische Territorium ... begann die nationale Wiedergeburt. Die jüdische Bevölkerung vermehrte sich rasch, sodass sie sogar eine vielköpfige Kolonie über den Ozean entsenden konnte, in den Händen von Juden häufte sich Kapital, es bildete sich eine bedeutsame Mittelschicht, auch der materielle Wohlstand der breiten Unterschicht nahm allmählich zu. Mittels einer Reihe von Anstrengungen ... überwanden die russischen Juden mehr und mehr auch den aus Polen mitgebrachten physischen und geistigen Schmutz; zunehmend verbreitete sich unter den Juden europäische Bildung ... Auf diesem Weg gingen wir so weit, so viel geistige Kraft nahmen wir auf, dass wir uns schließlich den Luxus einer Literatur in drei Sprachen erlauben konnten ... « All diese Bildung und all dieser Reichtum flössen zu den Ostjuden - nach Russland. Und das russische Judentum war »seiner zahlenmäßigen Größe und der Frische der in ihm ruhenden Kräfte wegen das Herz des ganzen jüdischen Volkes«.

Mit dieser allgemeinen Darstellung eines Autors, der selbst ein Zeuge jener Zeit war, stimmt auch einer unserer Zeitgenossen 1989 überein: »Das öffentliche Leben des russischen Judentums um die Jahrhundertwende hatte einen Grad an Reife und Tatkraft erreicht, tim den es viele kleine Völker Europas hätten beneiden können. «

Was man dem »Völkergefängnis« jedenfalls nicht vorwerfen kann, das ist die Entnationalisierung weder der Juden noch anderer Völker.

Manche jüdische Autoren beklagen freilich, dass in den 1880er-Jahren »die hauptstädtischen jüdischen Intellektuellen so gut wie nicht für die jüdischen Interessen eintraten« und dass es Baron Ginzburg und andere begüterte und einflussreiche Juden waren, die den Kampf für die jüdische Sache führten. »In Petersburg lebten die Juden (um 1900 ca. 30.000- 40.000) voneinander isoliert, und die jüdische Intelligenzija war damals mehrheitlich sehr weit von den allgemein jüdischen Bedürfnissen und Interessen entfernt. « Doch auch damals »schwebte der heilige Geist der Erneuerung ... über dem jüdischen Ansiedlungsrayon und erweckte in den jungen Generationen Kräfte, die über die Jahrhunderte im jüdischen Volk

geschlummert hatten ... Das war die wahre geistige Revolution«, bei den jüdischen Mädchen »trug der Drang nach Bildung ... buchstäblich religiösen Charakter«. Und auch in Petersburg »studierten sehr viele jüdische Studenten und Studentinnen an ... den Hochschulen«. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts »verspürte ein bedeutender Teil der jüdischen Intelligenzija ... die Verpflichtung, in den Schoß ihres Volkes zurückzukehren«.

Diese geistige Blüte des russischen Judentums zum Ende des 19. Jahrhunderts ging mit der Entstehung sehr unterschiedlicher Strömungen einher, die miteinander ganz unvereinbar, ja einander sogar völlig entgegengesetzt waren. Einigen dieser Strömungen sollte es bestimmt sein, einen Teil der Weltgeschicke im 20. Jahrhundert mitzubestimmen.

Die Juden Russlands sahen in diesen Jahren mindestens sechs - einander allerdings weitgehend ausschließende - Wege vor sich:

- Verharren im religiösen Judentum und in der Entfremdung, wie es jahrhundertelang gewesen war (doch dies wurde ganz unpopulär);
- Assimilation;
- Kampf um kulturelle und nationale Autonomie, aktive Präsenz der Juden in Russland als eigenes Element;
- Emigration;
- Hinwendung zum Zionismus;
- Hinwendung zur Revolution.

Die Repräsentanten der verschiedenen Strömungen waren sich jedoch einig über die Notwendigkeit der Bildung der jüdischen Massen in drei Sprachen (Hebräisch, Jiddisch und Russisch) und gegenseitiger praktischer Hilfe (im Geiste der »Theorie der kleinen Taten«, die in den 1880er- Jahren in Russland populär war).

Diese gegenseitige Hilfe nahm bald die Form diverser jüdischer Organisationen an, von denen manche ihre Aktivitäten auch nach der Revolution im Ausland fortsetzten.

So bestand die schon 1863 gegründete »Gesellschaft zur Verbreitung der Bildung unter den Juden Russlands« fort. Ab der Mitte der 90er-Jahre errichtete sie eigene Schulen, in denen außer auf Russisch auch auf Hebräisch unterrichtet wurde, und hielt allrussische Konferenzen über die jüdische Volksbildung ab.

1891 nahm die Jüdische Historisch-Ethnografische Kommission (ab 1908: Jüdische Historisch-Ethnografische Gesellschaft) ihre Arbeit auf. Sie koordinierte das Studium der jüdischen Geschichte in Russland und die Sammlung von Archiven.

1880 gründete der »Eisenbahnkönig« Samuil Poljakow die »Gesellschaft für Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden«. Diese Gesellschaft brachte hohe Mittel auf und »richtete ihre Hauptaufmerksamkeit ... zu Beginn ihrer Tätigkeit auf die Umsiedlung jüdischer Handwerker aus dem Ansiedlungsrayon in die zentralen Gouvernements«. Wir haben schon gesehen, dass nach der zunächst erteilten Erlaubnis hierfür (1865) Handwerker nur in sehr geringer Zahl in die zentralen Gouvernements abgewandert waren. Doch nach den Pogromen von 1881/82 hieß es dann: Jetzt werden wir übersiedeln, und zwar mit Unterstützung dieser Gesellschaft und mit staatlichen Umzugshilfen, wozu sich in diesem verdammten Ansiedlungsrayon zusammendrängen und am Elend zugrunde gehen?

Doch gelang es dieser Gesellschaft in zehn Jahren ihrer Tätigkeit nur 170 Handwerker umzusiedeln. Schließlich begann sie den Handwerkern im Ansiedlungsrayon selbst zu helfen: mit dem Kauf von Werkzeugen, der Verbesserung von Werkstätten, später mit der Einrichtung von Handwerksschulen.

Der jüdischen Emigration widmete sich die Jüdische Kolonisierungs-Gesellschaft, deren Entstehung auf umgekehrtem Wege vonstatten gegangen war: zuerst im Ausland, dann in Russland. Sie wurde 1891 in London von Baron Moritz von Hirsch gegründet, der zwei Millionen Pfund Sterling einbrachte. Seine Idee war es, die ungeordnete jüdische Emigration aus Osteuropa einer geordneten Kolonisierung weichen zu lassen, und zwar in Länder, wo Landwirte gebraucht wurden, um wenigstens einen Teil der Juden zum Landbau zurückzuführen, sie zu befreien aus dieser »Verirrung ... , welche die Feindschaft der europäischen Völker hervorruft«. »Für die jüdischen Emigranten aus Russland >eine neue Heimat suchen und sie zugleich von ihrem gewohnten Gewerbe, dem Handel, abbringen, sie zu Landwirten machen, hierdurch einen allmählichen Beitrag zur Wiedergeburt des jüdischen Volksstammes leisten«. « Mit dieser neuen Heimat für die Juden war Argentinien gemeint. (Dahinter steckte auch die Absicht, einen Teil der jüdischen Immigrantenwelle von den Vereinigten Staaten abzulenken, wo wegen des großen Zustroms an Juden, die durch Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Löhne der amerikanischen Arbeiter drückten, die Gefahr von Antisemitismus drohte.) Um also Argentinien mit Juden aus Russland zu besiedeln, gründete man 1892 eine Filiale der Jüdischen Kolonisierungs-Gesellschaft mit eigenem Führungsgremium in Petersburg. Die Gesellschaft »richtete 450 Informationsbüros und 20 Gebietskomitees ein. Diese halfen den Juden dabei, rasch ihre Ausreisepapiere zu bekommen, führten Verhandlungen mit Agenten der Schifffahrtsgesellschaften, ermöglichten den Emigranten Passagen zu verhältnismäßig niedrigen Preisen, gaben populäre Broschüren heraus« über mögliche Siedlungsländer. (Sliosberg klagt nebenbei darüber, dass dort in Führungspositionen »aus irgendwelchen Gründen niemand gelangen konnte, der nicht Bankier oder Millionär war«.)

Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts wuchs die Emigration aus Russland demzufolge aus verschiedenen Gründen an, die wir hier zum Teil schon genannt haben. Eine weitere wichtige Ursache war die allgemeine Militärpflicht: Wenn so viele junge Männer bereit waren, sich zu verstümmeln (wie wir bei Denikin lesen), war es dann nicht besser zu emigrieren? Besonders da es in den USA zu dieser Zeit überhaupt noch keine Wehrpflicht gab. (Über dieses Motiv schreiben jüdische Autoren überhaupt nicht, nicht einmal die »Jüdische Enzyklopädie« im Abschnitt über die »Emigration der Juden aus Russland«. Doch erklärt auch dieses Motiv nicht den Anstieg der Emigration in den 1890er-Jahren.) Der nächste schwer wiegende Grund waren die »Maigesetze des Jahres 1882«; einen weiteren spürbaren Anstoß gab die Aussiedlung der Handwerker aus Moskau 1891, und noch einen kräftigen Schub bewirkte 1896 die Einführung des staatlichen Branntweinmonopols in Russland, das sämtliche Schankwirte um ihr Auskommen brachte und die Einnahmen der Schnapsbrenner dezimierte. (Sliosberg: Gerade jene, die aus den Dörfern oder den zentralen Gouvernements ausgesiedelt worden waren, waren zur Emigration bereit.) G. Aronson berichtet, dass in den 80er-Jahren durchschnittlich 15.000 Juden pro Jahr emigrierten, und in den 90ern bis zu 30.000 jährlich.

Die Haltung der russischen Obrigkeit zu dieser anwachsenden Emigrationsbewegung, die ihr wie gerufen kam, war positiv. Die russische Regierung stimmte gern auch der Bildung des

Führungsgremiums der Jüdischen Kolonisierungs-Gesellschaft in Petersburg und allen ihren Emigrationsaktivitäten zu, mischte sich nicht in ihre Tätigkeit ein, gestattete auch die Emigration junger Männer im Einberufungsalter, sofern sie im Familienverband erfolgte, erteilte kostenlos Ausreisevisa und gewährte einen ermäßigten Tarif für die Eisenbahnen - doch alles unter der Bedingung, dass die einmal Ausgereisten nicht mehr nach Russland zurückkehrten.

Gemäß den damaligen Transportmöglichkeiten führte die Amerika- Emigration über England, wo sich in den Hafenstädten zeitweise große Ansammlungen jüdischer Emigranten bildeten. Manche von ihnen ließen sich auch gleich in England nieder, andere wurden aus den USA zurückgeschickt, und so wandte sich ab 1890 die öffentliche Meinung in England gegen die Politik der russischen Regierung. »Die jüdische Frage wich nicht mehr aus den Kommentarspalten. der englischen Zeitungen ... , und auch in Amerika hielt sich die Frage nach der Lage der Juden in Russland auf der Tagesordnung. « In Anbetracht des möglichen Ausmaßes dieser Emigration schloss Großbritannien bald fest seine Pforten.

Schon ab 1894 flaute auch die jüdische Emigration nach Argentinien ab. Die »Jüdische Enzyklopädie« spricht hier von einer »heranwachsenden Krise ... in der argentinischen Frage« und Sliosberg von der »Enttäuschung der nach Argentinien Abgewanderten«. (Die Unzufriedenen rebellierten und sandten gemeinsame Beschwerdebriefe an Hirschs Organisation.) In den Debatten der Staatsduma wurde ein Bild gezeichnet, das den früheren Kolonisierungserfahrungen aus Südrussland ähnelte: »Am

Beispiel der Übersiedlung der Juden nach Argentinien konnten wir eine ganze Reihe solcher Fälle darstellen, in denen Menschen dort Land zu äußerst vorteilhaften Bedingungen bekamen, es dann aber abgestoßen haben, um einen Ausweg in ihnen gemäßere Gewerbe zu suchen. «

Die Jüdische Kolonisierungs-Gesellschaft sah in der Folge »ihre Berufung zwar weiterhin in Kolonisierungsunternehmungen, welche die Juden zu Landwirten machen sollten, doch tatsächlich nahmen sie schrittweise davon Abstand«. Sie übernahm die Unterstützung der »äußerst ungeordneten jüdischen Emigration aus Russland«, »verschaffte den Emigranten Informationen, vertrat ihre Interessen und pflegte die Beziehungen zu den Immigrationsländern«. Zu diesem Zweck wurde auch das Statut der Gesellschaft geändert, das noch von dem inzwischen verstorbenen Baron Hirsch stammte. Erhebliche Mittel wurden aufgewendet »für die Steigerung des Wohlstandes der Juden an ihren Wohnorten«. Ab 1898 »begannen sich die Aktivitäten auf die Bevölkerung innerhalb Russlands zu richten, und zwar - als eine der Zielrichtungen - durch »die Einführung verbesserter Arbeitsgeräte und -methoden« in den bestehenden jüdischen Landwirtschaftskolonien und durch die »Bereitstellung günstiger Meliorationskredite«. Doch auch hier »ist in der Entwicklung der Landwirtschaft trotz der ziemlich hohen Aufwendungen zu ihrer Stimulation eine relative Stagnation zu beobachten«.

Der Strom der jüdischen Emigration aus Russland verstärkte sich hingegen immer mehr »in engem Zusammenwirken mit dem starken Niedergang des Handwerks und der schrittweisen Verdrängung des Kleingewerbes« und »erreichte 1906 ... seinen Höhepunkt«. Jedoch auch sie »vermochte nicht das ganze jährliche Anwachsen der [jüdischen] Bevölkerung aufzufangen«. Hierbei »zog es die Hauptmasse der Emigrierenden in die Vereinigten Staaten«, so z. B. 73% aller Emigranten im Jahr 1910. »1881 bis 1914 kamen hierher 78,6% aller Juden, die Russland verlassen hatten. « Die kommende Richtung des Jahrhunderts zeichnete sich zu

dieser Zeit bereits deutlich ab. (Bei der Einreise in die Vereinigten Staaten wurde damals nicht nach Handwerkszeugnissen gefragt, und es stellte sich heraus, dass in den ersten sechs Jahren des 20. Jahrhunderts 63% der russisch-jüdischen Emigranten »im produzierenden Gewerbe beschäftigt« waren.

Soll das nun heißen, dass nur Handwerker aus Russland in die Staaten auswanderten? Das würde in Teilen erklären, warum die Handwerker

nicht in die ihnen offen stehenden zentralen Gouvernements zogen. Doch ist dabei auch in Rechnung zu stellen, dass es für viele Immigranten, besonders für die armen und arbeitslosen, keine andere passende Kategorie »im Registrierungsfragebogen der amerikanischen Einwanderungsbehörde« gab.)

Auffallend ist auch das Fehlen von Personen aus der gebildeten Schicht der Juden, die doch in Russland am härtesten unterdrückt wurden. Doch gerade sie emigrierten nicht — von 1899 bis 1907 stellten sie kaum mehr als 1%. Die jüdische Intelligenzija neigte nicht im Geringsten zur Emigration, die sie als Abweichung von ihren Zielen und ihrem Los in Russland ansahen, wo sich doch soeben Möglichkeiten der Aktivität eröffneten. Noch 1882 rief eine Versammlung jüdischer Öffentlichkeitsvertreter in ihrer Resolution »dazu auf, >den Gedanken an Emigration als der Würde des russischen Staates widersprechend gänzlich zu verwerfen«. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts »möchte sich eine neue Generation aktiv in die Geschichte einmischen ... und geht auf ganzer Linie, von außen wie von innen, von der Verteidigung zum Angriff über ... Die neuen Juden wollen fortan ihre Geschichte selbst machen, ihrem Schicksal den Stempel ihres Willens aufdrücken und in angemessenem Maße auch dem Schicksal des Landes, in dem sie leben. «

Der religiöse Flügel der Juden verurteilte die Emigration ebenfalls, und zwar als Abwendung von den vitalen Wurzeln des Ostjudentums.

Die weltlichen Anstrengungen der neuen jüdischen Generation betrafen an erster Stelle ein eigenes umfangreiches jüdisches Bildungsprogramm, Kultur und Literatur in jiddischer Sprache, die allein eine Verständigung mit den jüdischen Massen ermöglichte. (Nach der Volkszählung von 1897 nannten 3% der [russischen] Juden die russische Sprache als ihre Muttersprache. Und das Hebräische war schon fast ganz vergessen, man glaubte nicht daran, dass es möglich sein würde, es wieder zu beleben.) Es entstanden ein Netz an Bibliotheken speziell für die Juden und einige jiddische Zeitungen, so ab 1903 die überparteiliche, um politische Bildung bemühte Tageszeitung »Der Frajnd«, die in den Schtetl sehr beliebt war. Just in den 1890er-Jahren zeichnete sich »ein grandioses Bild der Umformung der amorphen jüdischen Masse in eine Nation«, eine »jüdische Renaissance« ab. Nacheinander traten populäre jiddische Schriftsteller in Erscheinung: Mendele Mojcher Sforim, Scholem Alejehern, Itzchok Lejb Perez. Der Dichter Bjalik folgte dieser Bewegung und übersetzte seine Gedichte aus dem Hebräischen ins Jiddische. 1908 erlebte sie ihren Höhepunkt bei ihrer Konferenz in Tschernowitz: Das Jiddische sollte als die »Nationalsprache des jüdischen Volkes« anerkannt und alle Druckerzeugnisse ins Jiddische übersetzt werden.

Parallel dazu gab es auch bemerkenswerte jüdische kulturelle Aktivitäten in russischer Sprache: Die zehnbändige literaturhistorische »Jüdische Bibliothek«, in Petersbur gab 1881 die Zeitschriften »Rasswet« [»Morgenröte«] und später auch »Russkij Jewrej« [»Der russische Jude«], die aber bald darauf wieder verschwanden: »Diese Organe wurden von den Juden selbst nicht

unterstützt. « In der Zeitschrift »Woßchod« [»Sonnenaufgang«] wurden alle jüdischen Schriftsteller und Übersetzungen aller Neuerscheinungen veröffentlich, und besondere Aufmerksamkeit wurde dem Studium und der Problematik der jüdischen Geschichte zuteil. (Würden wir Russen doch unserer Geschichte einmal solche Aufmerksamkeit widmen!) Nun spielte »das jüdische Petersburg« eine »dominierende Rolle im öffentlichen Leben der russischen Juden«. »Um die Mitte der 90er- Jahre ... bildete sich [hier] eine ziemlich bedeutende Elite jüdischer Persönlichkeiten ... eine Aristokratie der jüdischen Bildung«, alle Talente versammelten sich hier. Nach einer Schätzung aus dem Jahr 1897 sprachen nur 67 000 Juden fließend Russisch, doch das war die kulturelle Elite. Schließlich erhielt in den 90er-Jahren »die ganze junge Generation« der Ukraine ihre Bildung in russischer Sprache, und die, die in die Gymnasien gingen, bekamen bald überhaupt keine jüdische Erziehung mehr.

Nun gab es keine Losung »Assimilation!« mehr, keinen ausdrücklichen Aufruf zum Aufgehen in der russischen Umgebung oder zur nationalen Selbstverleugnung. Diese Assimilation war eine Alltagserscheinung, doch sie verband die russischen Juden mit der Zukunft Russlands. Übrigens lehnt Sliosberg selbst den Terminus »Assimilierter« ab. »Es gab nichts, was der Wahrheit ferner gewesen wäre«, als die Behauptung, die »Assimilierten« »hätten sich selbst als Russen mosaischen Glaubens gesehen«. Im Gegenteil, »der Drang zur russischen Kultur schloss das Bekenntnis zu den Traditionen der jüdischen Kultur nicht aus«. Doch nach den Enttäuschungen der 1880er-Jahre »machten gewisse Kreise der jüdischen Intelligenzija, die von den Assimilationsbestrebungen völlig durchdrungen waren, einen Umschwung in ihrer gesellschaftlichen Haltung durch«. »Schon bald fand sich fast keine [jüdische] Organisation oder Partei mehr, die für die Assimilation eingetreten wäre. Doch ... zugleich mit dem Scheitern der Assimilation als Theorie spielte diese nichtsdestoweniger weiterhin die Rolle eines tatsächlichen Faktors im Leben der russischen Juden, zumindest bei den Juden, die in den großen Städten leben. «Doch es stand fest, dass »das Band zwischen der Emanzipation ... und ... der Assimilation« zerrissen war; also die erste sollte erreicht werden, die zweite nicht. Gleichheit, doch ohne den Preis des Verlustes der jüdischen Identität. In den 1890er-Jahren wurde es zur Hauptaufgabe der Zeitschrift »Woßchod«, um die Gleichberechtigung der Juden in Russland zu kämpfen.

Nach der Jahrhundertwende gründeten bekannte Advokaten und Publizisten in Petersburg ein »Schutzbüro« für die Juden in Russland. (Zuvor hatte diese Aufgabe Baron Ginzburg allein erfüllt, bei dem alle jüdischen Klagen zusammenströmten.) Über die Initiatoren dieses Büros berichtet Sliosberg ausführlich.

In diesen Jahren »erwachte der jüdische Kampfgeist«, trat bei den Juden »ein unbändiges Wachstum ihres gesellschaftlichen und nationalen Selbstbewusstseins ein« - doch ein nationales Selbstbewusstsein nicht mehr in seiner religiösen Form: mit der »Verkümmerung der Schted, der Abwanderung der besser situierten Elemente,... der Jugend in die Städte,... den Urbanisierungstendenzen« »in weiten Teilen des Judentums« seit den 90er-Jahren wurde die Religion untergraben, fiel die Autorität des Rabbinats, und selbst die Jeschiwa-Schüler neigten zur Säkularisierung. (Doch dessen ungeachtet finden wir in zahlreichen Biografien in der »Russisch-Jüdischen Enzyklopädie« zur Generation der Jahrhundertwende Sätze wie »erhielt eine traditionelle jüdische religiöse Ausbildung«.)

Wie wir gesehen haben, begann sich hingegen mit für viele unerwarteter Kraft und in unerwarteter Form die Palästinophilie zu entwickeln.

*

Die damaligen Vorgänge in Russland, wie sie die russischen Juden und auch die russische Öffentlichkeit sahen, mussten auch vor dem europäischen Hintergrund jener Jahre eine Färbung annehmen, denn die europäischen Stimmungen und Ereignisse drangen über die Grenze, es gab viele offene Kontakte zwischen den gebildeten Schichten auf beiden Seiten.

Europäische Historiker sprechen vom »Antisemitismus des 19. Jahrhunderts, ... einer bedeutenden Zunahme der Feindseligkeit gegenüber den Juden in Westeuropa, wo sie doch zunächst mit großen Schritten ihrem Verschwinden entgegengegangen war«. Sogar in der Schweiz konnten die Juden noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht das Recht auf freies Siedeln in den Kantonen, auf freien Handel und Gewerbe erlangen. In Frankreich lärmte der Dreyfus-Prozess. In Ungarn »machte die alte Landaristokratie ... für ihren Untergang ... die Juden verantwortlich«. Durch Österreich und Böhmen ging Ende des 19. Jahrhunderts eine »antisemitische Bewegung«, und »die kleine Bourgeoisie ... kämpfte mit antisemitischen Losungen gegen das sozialdemokratische Proletariat an«. 1898 fanden in Galizien blutige Judenpogrome statt. Das Erstarken der Bourgeoisie allerorten »erhöhte den Einfluss der Juden, die vorwiegend in den Hauptstädten und den Industriezentren konzentriert waren ... In Städten wie Wien und Budapest... fand sich bei Presse, Theater, Advokatur und Medizin eine Zahl von Juden, die durchaus nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach. Zu dieser Zeit begannen die jüdischen Geschäftsleute und Bankiers riesige Vermögen anzuhäufen. «

Doch am schärfsten traten die antijüdischen Tendenzen in Deutschland zutage - zuerst (1869) bei Richard Wagner; in den 70er-Jahren in konservativen und klerikalen Kreisen, die forderten, die Rechte der deutschen Juden einzuschränken und ihre weitere Einwanderung zu unterbinden; und ab Ende der 70er-Jahre erfasste diese Bewegung »auch intellektuelle Gesellschaftskreise«. Der bekannte preußische Historiker Heinrich von Treitschke brachte dies in höchst verallgemeinernden Formulierungen zum Ausdruck: »Unterdessen arbeitet in den Tiefen unseres Volkslebens eine wunderbare, mächtige Erregung... . ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!«, die Juden könnten niemals in den westeuropäischen Völkern aufgehen und bekundeten Hass gegen das Deutsche. Nach ihm war es Eugen Dühring (wohl bekannt für seinen Streit mit Marx und Engels), der die jüdische Frage als eine Frage der Rasse betrachtete. Die Juden seien nicht nur eine fremde, sondern auch eine »genuin und unumkehrbar verdorbene Rasse«. Später auch der Philosoph Eduard von Hartmann. Auf politischer Ebene führte diese Bewegung 1882 zum ersten internationalen antijüdischen Kongress (in Dresden), auf dem das »Manifest an die Regierungen und die Völker der vom Judentum bedrohten christlichen Staaten« verabschiedet und die Vertreibung der Juden aus Deutschland gefordert wurde. Doch in den 90er-Jahren verloren die antijüdischen Parteien an Einfluss und erfuhren eine Reihe politischer Niederlagen.

In Frankreich gab es einen derartigen rassentheoretischen Sturm nicht, doch gab es die breite politische antijüdische Propaganda Edouard Drumonts (in »La Libre Parole«) ab 1892. Und in der Folge »entstand eine wahre Rivalität... zwischen dem Sozialismus und dem Antisemitismus«. »Die Sozialisten schreckten nicht davor zurück, ihre Volksreden mit Attacken an die Adresse der Juden zu würzen und sich auf das Niveau antisemitischer Demagogie

herabzulassen ... Der antisemitisch-sozialistische Dunst vernebelte ganz Frankreich. « (Ganz wie die Agitation der Narodniki im Russland der Jahre 1881/82.) Und da begann 1894 die donnernde Dreyfus-Affäre. »Um 1898 erreicht er (der Antisemitismus) das Niveau eines wahren Paroxysmus in ganz Westeuropa« - in Deutschland, Frankreich, »Großbritannien und den USA«.

Antijüdische Äußerungen kamen auch in der russischen Presse der 70er- bis 90er-Jahre auf. Doch sie wiesen weder das kühle theoretische Kolorit wie in Deutschland auf, noch die wilde soziale Leidenschaftlichkeit wie in Österreich-Ungarn und Frankreich. Es gab lediglich die Erzählungen Wsewolod Krestowskijs (»Ägyptische Finsternis« u. a.) und manche Grobheiten in Zeitungsartikeln.

Eine besondere Erscheinung war die Zeitung »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«]. Sie erlangte Bedeutung und Erfolg durch ihre aktive Rolle in der damaligen »slawischen Bewegung«, die mit dem russisch-türkischen Krieg auf dem Balkan im Zusammenhang stand. Doch »als aus dem Theater der Kriegshandlungen Berichte über die Räubereien der Versorgungsoffiziere und Lieferanten einzugehen begannen« und »die Lieferanten jüdischer Herkunft zur Verkörperung des ganzen russischen Judentums wurden«, da begann »Nowoje Wremja« eine »klar antisemitische Linie« zu verfolgen, und von den 80er-Jahren an »wechselte die Zeitung nicht nur ins Lager der Reaktion«, sondern auch »in der jüdischen Frage kannten Hass und Unlauterkeit der >Nowoje Wremja< keine Grenze«. »Der Warnruf >Der Jude kommt! < erklang aus den Überschriften der >Nowoje Wremja< zuerst. Die Zeitung verlangte, dass entschlossene Maßnahmen gegen die >Aneignung< der russischen Wissenschaft, Literatur und Kunst durch die Juden ergriffen würden ... Eines der Lieblingsthemen der >Nowoje Wremja< war auch >Drückebergerei vor der Militärpflicht«

Die antijüdischen Äußerungen im Ausland und in Russland verurteilte schon 1884 der durch sie beunruhigte Wladimir Solowjow leidenschaftlich: »Die Juden haben sich uns gegenüber stets jüdisch verhalten. Wir Christen haben im Gegensatz dazu bislang nicht gelernt, uns den Juden gegenüber christlich zu verhalten«; »im Verhältnis zum Judaismus legte die christliche Welt in ihrer Gesamtheit bislang nur verstandeslose Eifersucht und kränkliche, kraftlose Indifferenz an den Tag«. Nein, »nicht das christliche Europa leidet unter den Juden, sondern das ungläubige Europa«.

Die wachsende Bedeutung der jüdischen Frage für Russland erkannte die russische Gesellschaft erst ein halbes Jahrhundert später als die Regierung. Erst nach dem Krimkrieg »begann die entstehende öffentliche Meinung die Existenz eines jüdischen Problems in Russland wahrzunehmen«. Doch es sollten noch einige weitere Jahrzehnte vergehen, bis die Erstrangigkeit dieser Frage erkannt wurde. »Die Vorsehung hat in unserem Vaterland den größten und kräftigsten Teil des Judentums eingepflanzt«, schrieb Wladimir Solowjow 1891.

Ein Jahr zuvor, 1890, verfasste Solowjow, der im Kreise Gleichgesinnter Ansporn und Unterstützung erfahren hatte, den Text »Protest«. Danach sei »die einzige Ursache für die so genannte jüdische Frage ... der Verlust der Gerechtigkeit und der Menschenliebe«, diese »verstandeslose Hingabe an den blinden nationalen Egoismus«. »Die Erregung von Stammesfeindschaften und religiösem Hass, die dem christlichen Geiste so gegensätzlich ist,... verdirbt die Gesellschaft an ihrer Wurzel und kann zu einer moralischen Verrohung führen ... « - »Die antisemitische Bewegung muss entschlossen verurteilt werden« - »schon allein aus dem Bedürfnis der nationalen Selbsterhaltung heraus«.

S. M. Dubnow berichtet, Solowjow habe über 100 Unterschriften gesammelt, unter anderem die von Lew Tolstoj und von Korolenko. Doch die Redaktionen aller Zeitungen erhielten Warnungen, diesen Protest nicht zu drucken. Solowjow »wandte sich mit einem flammenden Brief an Alexander III. «. Doch durch die Polizei wurde er gewarnt, dass ihm, falls er weiterhin darauf beharren würde, behördliche Verfolgung drohte. Und so ließ er von seinem Vorhaben ab.

Genau wie in Europa musste das vielfältige Anwachsen der jüdischen Ambitionen auch in der russischen Öffentlichkeit bald Besorgnis, bald heftige Gegnerschaft, bei manchen auch Sympathie hervorrufen. Und bei manch anderen — politisches Kalkül. So wie die Narodowolzen 1881 ihren Vorteil darin suchten, die Karte der jüdischen Frage auszuspielen (damals in der Art einer Hetzjagd), so rechneten zu späterer Zeit russische radikal- liberale Kreise, der linke Flügel der Gesellschaft, mit Vorteilen aus dem beharrlichen Einsatz der jüdischen Frage als einer gewichtigen politischen Karte im Kampf gegen die Autokratie: Es galt um jeden Preis darauf zu pochen, dass die Gleichberechtigung der Juden in Russland auf keine andere Weise erreicht werden könne als durch den Sturz der Autokratie. Von den Liberalen über die Sozialrevolutionäre bis hin zu den Bolschewiken bedienten sich alle der Juden - manche vielleicht aus ehrlicher Anteilnahme - als sicherem Trumpf der antiautokratischen Front; und diesen Trumpf spielten die Revolutionäre bis 1917 bedenkenlos und ohne ihn je aus der Hand zu geben.

Doch all diese Tendenzen und die öffentlichen Diskussionen in den Zeitungen berührten in diesen Jahren noch nicht die Haltung des Volkes zu den Juden in Großrussland. Hierüber gibt es zahlreiche Zeugnisse.

So berichtet Jakob Tejtel, der lange Zeit im Herzen Russlands mit dem einfachen Volk in Fühlung gelebt hatte, »dass dem einfachen Volk rassische und nationale Feindschaft fremd ist«. In den Memoiren der Fürsten Wjasemskij heißt es, dass im Krankenhaus von Korobowka, Kreis Usmanskij, die Bauern den etwas grobschlächtigen Doktor Smirnow nicht mochten, und als er durch den beflissenen Dr. Schafran abgelöst wurde, dieser sich im weiten Umkreis der allgemeinen Zuneigung und Dankbarkeit der Bauern erfreute. Aus seinen Straflagererfahrungen in den 80er- und 90er-Jahren bestätigt auch P. F. Jakubowitsch-Melschin: »Es wäre eine undankbare Aufgabe, selbst im Abschaum unseres einfachen Volkes irgendwelche antisemitischen Tendenzen aufspüren zu wollen. « Und in der Gewissheit, dass es keine solchen gab, sandten zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Juden aus einem weißrussischen Schtetl ein Telegramm an die Kaufmannsfrau und Wohltäterin M. F. Morosowa in Moskau: »Spende uns etwas, denn unsere Synagoge ist abgebrannt, und wir haben doch denselben Gort. « Und sie überwies die erbetene Summe.

Im Grunde beschuldigten die liberale russische und die jüdische Presse das russische Volk auch gar nicht eines naturgegebenen Antisemitismus, sondern man erklärte beständig, dass der Antisemitismus im Volk künstlich und in böser Absicht von der Regierung entfacht würde. Schon die Formel »Autokratie, Orthodoxie, Volkstum« wurde von jüdischen gebildeten Kreisen als gegen die Juden gerichtet aufgefasst.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts lesen wir bei einem jüdischen Autor: »Im alten Russland hatte der Antisemitismus keine tiefen Wurzeln in der Volksmasse ... Bei der breiten Masse des Volkes gab es fast keinen Antisemitismus, das Problem der Haltung zum Judentum stellte sich hier gar nicht... Nur in Teilen des so genannten Ansiedlungsrayons, vor allem in der

Ukraine, wo noch aus der Zeit der polnischen Herrschaft besondere Umstände herrschten, auf die hier nicht einzugehen ist, waren antisemitische Stimmungen im Bauerntum sehr weit verbreitet. « Das ist völlig richtig. Und hinzufügen kann man hier noch Bessarabien. (Wie alt solche Stimmungen und Gegebenheiten sind, erkennen wir auch bei Karamsin: Die offenbar aus Saporoshije stammenden Kosaken um den Falschen Dmitrij beschimpften die Russen als Juden, in den westlichen Gebieten war das also ein Schimpfwort.)

Und in der russischen Folklore? Das Wörterbuch von Dahl umfasste nicht nur Großrussland, sondern auch die westlichen Gouvernements und die Ukraine. Entsprechende Einträge wurden mit »süd-westl. « gekennzeichnet, wenn auch bei weitem nicht immer. In den vorrevolutionären Ausgaben enthielt das Wörterbuch nicht wenige Wörter und umgangssprachliche Wendungen, die von »shid« (dem Schimpfwort für »Jude«) abgeleitet waren. (Es ist kennzeichnend, dass die entsprechende Seite in der sowjetischen Ausgabe von 1955 trotz der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten neu gesetzt und die gesamte Wortfamilie zwischen »shigalo« und »shidkij« komplett entfernt wurde.) Im Bestand dieser Ausdrücke, die Dahl da anfuhrt, stammen Teile aus der kirchenslawischen Sprache, wo das Wort »shid« keineswegs pejorativ verwendet wurde, sondern nur die Volkszugehörigkeit bezeichnete. Es finden sich dort auch Relikte sozialer Gegebenheiten der polnischen und nachpolnischen Zeit im Ansiedlungsrayon, es gibt Überliefertes aus der Zeit der Wirren im 17. Jahrhundert - einer Zeit, da es in Großrussland fast noch keinen Kontakt mit Juden gab. Dieses Erbe spiegelt sich auch in bei Dahl angeführten Sprichwörtern wieder, die ihren südwestlichen Ursprung oft noch erkennen lassen. (Und ganz gewiss sind sie nicht im russischen Innenministerium entstanden.) Doch wie viele negative Sprichwörter kennt das Volk über die orthodoxe Geistlichkeit, es gibt kaum ein positives.

Ein Zeuge aus Mariupol (und nicht nur er allein, das ist authentisch) erzählt, dass bei ihnen in der vorrevolutionären Zeit ein kardinaler Unterschied zwischen »jewrej« und »shid« gemacht wurde. Der »jewrej« war ein gesetzestreuer Bürger, dessen Lebensweise und Verhalten gegenüber den anderen Menschen sich nicht von seiner Umgebung abhob. Der »shid« hingegen war ein Leuteschinder. Man konnte hören: »Ich bin kein >shid<, ich bin ein ehrlicher Jude [>jewrej<], ich lege euch nicht herein«. (Derartige Erklärungen aus jüdischem Munde finden sich auch in der Literatur; und wir haben sie auch in einer Flugschrift der Narodniki gelesen.)

Diesen Bedeutungsunterschied muss man bei der Bewertung der Sprichwörter berücksichtigen. All das sind Spuren längst vergangener nationaler Missstimmigkeiten im Westen und Südwesten.

Weder im Zentrum, noch im Norden, noch im Osten Russlands gab es hingegen jemals, nicht einmal zur Zeit der das ganze Volk erfassenden Erschütterungen im Oktober 1905, Judenpogrome. (Es gab wohl solche, die gegen die revolutionäre Intelligenzija als Ganze gerichtet waren, gegen ihren Jubel und Hohn nach dem Manifest vom 17. Oktober.) Und doch: Vor der ganzen Welt wurde das vorrevolutionäre Russland - nicht das Reich, sondern Russland - als Land der Pogrome und Schwarzhundertschaften gebrandmarkt. Und wie viele Jahrhunderte lang soll ihm dieses Schandmal noch anhaften?

Die Judenpogrome sind stets und nur im Südwesten Russlands ausgebrochen (wie das auch 1881 zutage trat). So auch der Kischinjower Pogrom von 1903.

*

Wir wollen erwähnen, dass zur damaligen Zeit, als in ganz Bessarabien Analphabetismus und Unwissenheit herrschte, in Kischinjow 50.000 Juden, 50.000 Moldawier, 8.000 »Russen« (größtenteils Ukrainer, doch dieser Unterschied wurde damals nicht gemacht) und einige andere lebten. Die Hauptkräfte des Pogroms waren im Wesentlichen Moldawier«.

Der Kischinjower Pogrom nahm seinen Anfang am 6. April 1903, dem letzten Tag des jüdischen Pessach-Festes und dem ersten orthodoxen Osterfeiertag. (Nicht zum ersten Mal sehen wir eine solche tragische Verbindung zwischen Judenpogromen und dem christlichen Osterfest, so war es schon 1881 und 1882 und 1899 in Nikolajew. Und das ist besonders bitter und alarmierend.)

Nehmen wir uns das einzige Dokument vor, das auf sorgfältiger Forschung beruht und den Gang der Ereignisse nachvollzieht - die Anklageschrift, erstellt durch den Staatsanwalt des städtischen Gerichts W. N. Goremykin, »der nicht einen einzigen Juden als Angeklagten einbrachte, was scharfe Ausfälle gegen ihn in der reaktionären Presse hervorrief«. (Wie wir sehen werden, tagte das Gericht zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit, um »keine Leidenschaften zu entfachen«, und die Anklageschrift wurde erstmals im Ausland, in der Stuttgarter Emigrantenzeitung »Oswoboshdenie« [»Befreiung«] veröffentlicht.)

Die Anklageschrift beginnt mit der Erwähnung der »üblichen Zusammenstöße zwischen Juden und Christen, wie sie in den letzten Jahren an Ostern stets stattfanden« und mit der »Abneigung der hiesigen christlichen Bevölkerung gegen die Juden«. Und so »gingen schon um die zwei Wochen vor Ostern ... in Kischinjow Gerüchte um, an den bevorstehenden Feiertagen solle es eine Schlacht gegen die Juden geben«. Die Zeitung »Bessarabez« [»Der Bessarabier«], mit dem Redakteur Kruschewan) hetzte »in der letzten Zeit Tag für Tag mit scharfen, antijüdisch ausgerichteten Artikeln, die nicht spurlos ... an Handlungsgehilfen, kleinen Schreibern und anderen wenig gebildeten Leuten Bessarabiens vorbeigingen. Die letzten provozierenden Artikel in dieser Zeitung enthielten Mitteilungen über den Mord an einem christlichen Knaben in Dubossary, der angeblich zu rituellen Zwecken von Juden verübt worden war. « (Neben den Gerüchten über die Tötung des christlichen Kindes in Dubossary ging auch das Gerücht vom Mord eines Juden an seiner christlichen Dienstbodn um, die in Wirklichkeit Suizid begangen hatte.)

Und die Kischinjower Polizei? »Sie maß den erwähnten [Gerüchten] keine besondere Bedeutung bei« und obwohl »es in den letzten Jahren regelmäßig Raufereien zwischen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung gegeben hatte, ergriff die Kischinjower Polizei keinerlei besondere Vorsichtsmaßnahmen«, sie verstärkte lediglich »für die Zeit der Feiertage ihr Aufgebot an den Orten, wo die größten Aufläufe erwartet wurden«, wobei auch Militärpatrouillen aus der örtlichen Garnison eingesetzt wurden. Der Polizeichef erteilte keine besonderen Instruktionen.

Und das ist wohl auch das Unverzeihlichste dabei: Jahr für Jahr hatte es an Ostern Raufereien gegeben, und diesmal auch noch solche Gerüchte - und die Polizei schläft. Ein weiterer klarer Hinweis auf den stillstehenden, dahinsiechenden Regierungsapparat. Entweder man hatte überall im Reich für Ordnung zu sorgen, oder man konnte gleich ganz auf das Imperium verzichten. (Wie viele Kriege waren nicht geführt worden, wie viel Kraft war nicht

aufgewandt worden, um - wozu eigentlich? - dem Russischen Reich dieses Moldawien einzuverleiben!)

Am 6. April sammelte sich auf der Straße »allerlei müßiges Volk«, »viele Halbwüchsige« waren dabei, und um vier Uhr nachmittags gab es in der Menge schon Betrunkene. Da begannen einige Burschen Steine in die Fenster nahe stehender jüdischer Häuser zu werfen, es wurden immer mehr, und als die Polizei versuchte, einen von ihnen zu stellen, da »hagelte es Steine« auch auf diese. Bald kamen auch Erwachsene dazu. »Die unterlassene Ergreifung energischer Maßnahmen durch die Polizei zur sofortigen Niederschlagung der Unruhen« führte dazu, dass zwei jüdische Läden und mehrere Lagerräume demoliert wurden. Zum Abend nahmen die Unruhen ab, »an diesem Tag war keinerlei Gewalt an Juden persönlich verübt worden«, und die Polizei nahm im Lauf dieses Tages 60 Personen fest.

Jedoch »am Morgen des 7. April begann die stark aufgebrachte christliche Bevölkerung ... sich an verschiedenen Plätzen in der Stadt und am Stadtrand zu kleinen Gruppen zu sammeln, die alsbald mit Juden in Auseinandersetzungen traten, deren Charakter mehr und mehr an Schärfe zunahm«. Ebenfalls vom frühen Morgen an versammelten sich auf dem Neuen Markt »über 100 Juden, die sich zu ihrer Selbstverteidigung mit Stangen, Knüppeln und manche sogar mit Flinten bewaffnet hatten, aus denen sie von Zeit zu Zeit Schüsse abgaben«. Die Christen führten keine Schusswaffen mit sich. Die Juden sagten: »Gestern habt ihr die Russen nicht auseinander getrieben, heute werden wir uns selbst verteidigen. « Und manche Juden »hatten bei sich ... auch Flaschen mit Schwefelsäure, die sie auf vorbeigehende Christen verspritzten«. (Die Apotheken gehörten traditionell Juden.) »Gerüchte über von Juden an Christen verübte Gewalt verbreiteten sich rasch über die Stadt, und da sie von Mund zu Mund stets mit Übertreibungen weitergingen, erregten sie die christliche Bevölkerung stark«: »geschlagen« wurde als »erschlagen« wiedergegeben, und angeblich hatten die Juden die alte Kathedrale geplündert und den Priester getötet. Und so »bildeten sich in verschiedenen Teilen der Stadt zahlreiche, je aus 15 bis 20 Christen - fast ausschließlich ungelernte Arbeiter - bestehende Gruppen, die, angeführt von jungen Burschen, die Steine in die Fenster warfen und laut schrieen, nach und nach alle jüdischen Läden, Häuser und Wohnungen und die darin befindlichen Güter zertrümmerten und zerstörten. Mehr und mehr Festtagsvolk schloss sich diesen Gruppen an«, die immer weiter anschwollen, und gegen zwei, drei Uhr nachmittags »umfasste das Gebiet der Unruhen ... schon einen großen Teil der Stadt«. »Die Häuser, in deren Fenstern Ikonen und Kreuze aufgestellt waren, wurden von den Randalierern nicht angerührt. « Die in den demolierten »Räumlichkeiten befindlichen Güter wurden sogleich vernichtet«, und die aus den Läden geworfenen Waren wurden teils auf der Stelle zerstört, teils von Personen geplündert, die den Randalierern folgten«. Das ging so weit, dass »es in jüdischen Gebetshäusern zur völligen Zerstörung kam, und ihre heiligen Schriftrollen (die Thora) zerfetzt und auf die Straße geworfen wurden«. Es versteht sich, dass auch die Spirituosengeschäfte demoliert wurden, wobei »ein Teil des Branntweines auf die Straße gegossen und der Rest gleich auf der Stelle von den Randalierern getrunken wurde«.

»Da die praktisch nicht verfügbare Polizei nicht eingriff, blieben alle diese Ausschreitungen ungeahndet, was natürlich die Randalierer noch mehr ermutigte und anspornte ... Den Polizeibeamten fehlte die ordnungsgemäße Führung, und sie waren sich in ihrer Handlungsweise nicht einig. Sich selbst überlassen, handelte jeder ganz nach eigenem Gutdünken ... Die niedrigen Polizeiränge verhielten sich in den meisten Fällen nur als stumme

Zuschauer des Pogroms. « Wohl winden per Telefon aus der örtlichen Garnison Militäreinheiten angefordert, doch »jeweils an bestimmte Plätze, an denen sie bei ihrem Eintreffen« die Randalierer häufig nicht mehr vorfanden und wo sie »in Ermangelung weiterer Anweisungen tatenlos verharrten«. »Oder sie wurden in einzelnen Abteilungen und ohne bestimmtes Ziel und ohne Zusammenhang über die Stadt verteilt«, »zerstreuten nur hie und da die randalierende Menge«. (Die Garnison war schon an sich keine der besten, und zudem befanden sich nun, zur Osterzeit, viele der Offiziere und Soldaten im Urlaub.) »Die Unfähigkeit der Polizei ... nährte neue Gerüchte, nach denen es die Regierung erlaubt hätte, die Juden zu schlagen, da diese Feinde des Vaterlandes seien«, und der wilde, trunkene Pogrom nahm an Brutalität zu. »Die um ihr Leben und Eigentum fürchtenden Juden verloren völlig die Fassung und waren außer sich vor Angst... Ein Teil der Juden bewaffnete sich mit Revolvern und begann zur Selbstverteidigung in die tobende Menge zu schießen, ... hinter Ecken und Zäunen hervor, von Balkonen herab, ... ungezielt und ungeschickt, sodass diese Schüsse den Juden nicht den geringsten Vorteil einbrachten«, sondern bei den Randalierern nur »einen wilden Sturm der Leidenschaft« hervorriefen. »Die Menge der Randalierer verlor ihr menschliches Antlitz, und überall, von wo Schüsse fielen, drang sie ein, schlug alles kurz und klein und tat den Juden, die ihnen dort in die Pfände fielen, Gewalt an. « Und »besonders verhängnisvoll war für die Juden ... der Schuss, der den russischen Knaben Ostapow tötete«. Ab ein bis zwei Uhr nachmittags »nahm die Gewalt gegen die Juden immer schwerere Formen an«, und ab fünf Uhr ging sie mit »einer ganzen Reihe von Tötungen« einher.

Um halb vier Uhr nachmittags gab der völlig hilflose Gouverneur von Raaben das Kommando an den Garnisonschef General Bekman ab, und zwar »mit der Erlaubnis zum Waffengebrauch«. Bekman teilte die Stadt sogleich in Sektoren ein und setzte die Truppen in Bewegung, die bis dahin »systemlos über die Stadt verstreut« waren. »Von diesem Augenblick an begannen die Truppen Massenverhaftungen von Randalierern vorzunehmen und energische Maßnahmen zu ergreifen. Am späten Abend ebbte der Pogrom in der Stadt ab.

In der Anklageschrift ist die Opferbilanz enthalten. »An Leichen ... wurden 42 registriert, von denen 38 Juden waren«; »bei allen Getöteten wurden durch schwere stumpfe Waffen, wie Knüppel, Steine und Schaufeln, bei manchen auch durch scharfe Beile hervorgerufene Verletzungen festgestellt«; diese Verletzungen waren »fast bei allen ohne Ausnahme« Kopfverletzungen, es gab auch »schwer geschundene Körper. Schusswunden gab es keine. Spuren irgendwelcher Misshandlungen oder Schändungen wurden an den Leichen nicht festgestellt, was aus den Protokollen der Leichenschau und der Autopsien der Getöteten hervorgeht, wie auch aus den Aussagen der Ärzte, die die genannten Leichenschauen und Autopsien vorgenommen hatten« und »aus dem Protokoll der medizinischen Abteilung der Bessarabischen Gouvernementsverwaltung«. »Verletzt waren insgesamt 456, davon 62 Christen, ... acht von ihnen mit Schussverletzungen ... Von den [394 verletzten] Juden erlitten nur fünf schwere Verletzungen, alle anderen leichte. Spuren von Misshandlung wurden bei keinem vorgefunden, nur einem Juden, der auf einem Auge blind war, war das zweite Auge herausgeschlagen worden ... Fast drei Viertel der Geschädigten waren Männer und, mit einer Ausnahme, Erwachsene. Drei Anzeigen wurden wegen Vergewaltigung erstattet, von denen zwei zur Anklageerhebung führten. « Sieben Militärangehörige wurden verletzt, ein Soldat erlitt im Gesicht Verätzungen durch Schwefelsäure«; 68 Polizisten wurden leicht verletzt. »Es waren ungefähr 1. 350 Häuser demoliert worden, also kaum weniger als ein Drittel« aller Häuser Kischinjows, das waren entsetzliche Verheerungen, wie nach einer Bombe ... »Insgesamt waren

etwa 500 jüdische Läden verwüstet worden. « Die Zahl der Verhafteten »belief sich am Morgen des 9. Aprils auf 816 Personen«; und außer den Verfahren wegen der Tötungen wurden 664 Personen wegen krimineller Taten zur Verantwortung gezogen.

Bei anderen Autoren weicht die Einschätzung der jüdischen Verluste von der offiziellen ab, aber nicht stark. Das »Buch über das russische Judentum« beziffert die Verluste auf 45 getötete Juden, 86 schwer verletzte, 1. 500 Häuser und Geschäfte wurden geplündert oder zerstört. 1. Bikerman spricht von 53 Getöteten, doch diese Zahl enthält vielleicht nicht nur die Juden. Die neueste »Jüdische Enzyklopädie« (1988): »49 Pers. getötet, 586 verletzt, über 1.500 jüdische Häuser und Läden demoliert. «

So weit die offizielle Darstellung. Man kann aber wohl spüren, was sich dahinter verbirgt. Bitte sehr: »Nur einem Juden, der auf einem Auge blind war« — war das zweite Auge herausgeschlagen worden. Wir lesen von ihm bei Korolenko (in dem Essay »Das Haus Nr. 13«). Der Unglückliche hieß Mejer Weismann. »Auf meine Frage«, schreibt Korolenko, »ob er weiß, wer das getan hat, antwortete er völlig leidenschaftslos, das wisse er nicht genau, doch >ein Junge<, der Sohn des Nachbarn, habe damit geprahlt, er habe das mit einem Eisengewicht an einem Faden gemacht. « Aus den Schilderungen Korolenkos wie auch aus der offiziellen Anklageschrift ist ersichtlich, dass die Mörder und die Opfer einander sehr häufig gut kannten. Man kannte die Leute, die man tötete.

Korolenko räumt ein: »Gewiss beruht dies auf den Angaben von Juden, doch gibt es keine Veranlassung, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln ... Ist den Juden nicht einerlei, wie genau man sie getötet hat? Wozu hätten sie Einzelheiten erfinden sollen? ... «In der Tat, welchen Nutzen sollten die Verwandten des durch Schläge auf den Kopf getöteten Benzion Galantere davon haben, noch hinzuzufügen, die Mörder hätten Nägel in seinen Leichnam eingeschlagen? Das waren auch keine Lügengeschichten. War es für die Verwandten des Buchhalters Nisenson denn nicht bitter genug, sodass sie noch hätten hinzudichten müssen, wie man ihn vor der Mordtat in einer Schmutzlache »badete«? Genug damit. Sie haben diese Einzelheiten auch nicht erfunden.

Weit entfernt von diesen Ereignissen waren diese Schrecken für die Hüter der öffentlichen Meinung nicht genug. Bei aller menschlichen Tragödie und allem Elend und Tod trachteten sie in erster Linie nur danach, wie sie die zaristische Obrigkeit am besten treffen könnten. Und so griffen sie zum Mittel flammender Übertreibungen. Aber reden wir denn nicht selbst die Tragödie klein und beschwören eine zornige Antwort herauf, wenn wir uns anschicken, über die damalige Gefühlslage hinwegzugehen und die Machwerke der folgenden Monate und sogar Jahre zu. durchforsten? Doch die Analysen müssen sein. Wurde der Kischinjower Pogrom doch dazu verwendet, Russland ein für alle Mal zu brandmarken. Auch heute muss jede ehrliche historische Arbeit über dieses Thema die schreckliche Wahrheit über Kischinjow von den maliziösen Unwahrheiten darüber unterscheiden.

Die Anklageschrift schließt: Die Unruhen »wuchsen sich zu den genannten Ausmaßen nur wegen der Führungslosigkeit der Polizei aus ... Die vorläufigen Untersuchungen erbrachten keine Hinweise darauf, dass die genannten Unruhen im Vorhinein vorbereitet worden wären. «

Und auch die weiteren Untersuchungen erbrachten keine. Doch kaum hatte man in Petersburg von dem Pogrom erfahren, schloss das schon erwähnte »Schutzbüro« der Juden (dem einflussreiche Leute wie M. Winawer, G. Sliosberg, L. Bramson, M. Kulischer, A. Braudo, S.

Posner und M. Krol angehörten), von vorneherein jede andere mögliche Ursache als die einer Verschwörung auf höchster Ebene aus: »Wer hat den Befehl zur Organisierung des Pogroms erteilt, wer hat die finsteren Kräfte befehligt, die ihn ausführten?« »Als wir erfuhren, unter was für Umständen das Kischinjower Massaker vonstatten gegangen war, wurde uns sogleich klar, dass dieses teuflische Unterfangen niemals hätte begonnen werden können,... wäre es nicht im Polizeidepartement ersonnen und auf Anordnung von dort ins Werk gesetzt worden. « Gewiss hatten zwar »Schufte in strenger Geheimhaltung den Kischinjower Pogrom organisiert«, wie in den 1940er-Jahren derselbe M. Krol schrieb, »doch wir waren zutiefst davon überzeugt, dass das Kischinjower Massaker von oben organisiert worden war, mit Wissen oder vielleicht sogar auf Initiative Plehwes, und wir hätten diesen hoch gestellten Mördern die Masken herunterreißen und ihr wahres Gesicht der ganzen Welt vorfuhren können, wenn wir nur unstrittige Indizien gegen sie gehabt hätten. Deshalb entschlossen wir uns, den bekannten Advokaten Sarudnyj nach Kischinjow zu entsenden. « »Er war der geeignetste Mensch für die Mission, die wir ihm auferlegten«, und er »machte sich auf, die versteckten Triebkräfte des Kischinjower Massakers an den Tag zu bringen«, nach welchem die Polizei »zum Zweck der Vertuschung ein paar Dutzend Langfinger und Strauchdiebe verhaftet hatte«. (Wir erinnern uns: Am Tag nach dem Pogrom wurden 816 Personen verhaftet.) Sarudnyj sammelte »außerordentlich wichtiges Material« und brachte es aus Kischinjow mit. Es zeigte, »dass der Hauptschuldige und eigentliche Organisator des Pogroms der Chef der Kischinjower Geheimpolizei Lewendal war«, ein Gendarmerieoffizier, der nicht lang vor dem Pogrom nach Kischinjow versetzt worden war. »Nach Anordnung eben dieses Lewendals unterstützten Polizei und Truppen die Mörder und Plünderer ganz offensichtlich. « Er »lähmte die Tätigkeit des Gouverneurs völlig«. (Dabei war in Russland selbst die Polizei keineswegs dem Staatsschutz unterstellt, geschweige denn das Militär.)

Dieses »außerordentlich wichtige Material«, das die Schuldigen »mit völliger Evidenz« überführte, wurde allerdings nie veröffentlich - weder damals, noch irgendwann später. Warum wohl? Wie hätten Lewendal und seinesgleichen damals der Strafe und der Schande entgehen können? Nach dem, was über dieses Material erzählt wird, hätten sich irgendein Kaufmann (Pronin) und irgendein Notar (Pisarshewskij) »in einer bestimmten Gaststätte getroffen« und dort nach den Anweisungen Lewendals den Pogrom geplant. Und in der Folge dieser Treffen hätten sich dann die ganze Polizei und die gesamte Garnison zu dem Pogrom entschlossen. DerStaatsanwalt Goremykin ging den Beschuldigungen gegen Lewendal nach und befand sie für haltlos. (Kruschewan, dessen Hetzartikel tatsächlich mit zu dem Pogrom beigetragen hatten, wurde zwei Monate später in Petersburg durch Pinchas Daschewskij beim Versuch, ihn zu töten, mit einem Messer verletzt.)

Die Behörden führten damals genaue Untersuchungen durch. Nach Kischinjow wurde umgehend der Direktor des Polizeidepartements A. A. Lopuchin entsandt (mit seinen liberalen Sympathien stand dieser außer jedem öffentlichen Verdacht). Der Gouverneur von Raaben und einige weitere Amtsträger des Gouvernements Bessarabien wurden abgesetzt, und zum neuen Gouverneur wurde der liberale Fürst S. Urusow bestimmt (ein späterer bedeutender Vertreter der Konstitutionellen Demokraten und Mitunterzeichner des umstürzlerischen »Wyborger Aufrufs«). Im »Prawitelstwennyj Westnik« [»Regierungsbote«] vom 29. April wurde ein Rundschreiben des Innenministers Plehwe veröffentlicht, in dem er seine Empörung über die Untätigkeit der Kischinjower Behörden ausdrückt. Er wies alle Gouverneure, Stadthauptmänner und Polizeichefs dazu an, entschlossen und mit allen Mitteln gegen Gewalt vorzugehen.

Auch die Orthodoxe Kirche schwieg nicht. Der Heilige Synod gab ein Sendschreiben heraus, in dem die Geistlichkeit dazu aufgefordert wird, Maßnahmen zur Ausmerzung des Hasses gegen die Juden zu ergreifen. Mehrere Würdenträger wandten sich mit Verurteilungen, Ermahnungen und Besänftigungen an die christliche Bevölkerung, darunter der hoch angesehene Vater Johann von Kronstadt: »Anstelle des christlichen Feiertags veranstalteten sie einen wüsten und blutigen Feiertag des Satans. « Und der Bischof Antonij (Chrapowizkij): »Furchtbare göttliche Strafe wird diese Übeltäter treffen, die da das Blut vergießen, welches dem des Menschensohnes, seiner aller reinsten Mutter und dem der Apostel und Propheten verwandt ist«; »auf dass ihr erkennet, wie teuer das verstoßene jüdische Volk dem Geiste Gottes auch heute noch ist und wie sehr jeder den Herrn erzürnt, der danach trachtet, ihm Leid anzutun«. Tausende von Flugblättern dieses Inhalts wurden an die Bevölkerung verteilt. (Allerdings befleißigten sich die langatmig belehrenden kirchlichen Episteln einer über die Jahrhunderte überlieferten Altertümlichkeit, die mit der bedrohlichen Dynamik der aktuellen Prozesse nicht mithalten konnte.)

Anfang Mai, einen Monat nach den Ereignissen, begann die Zeitungs- und Agitationskampagne über den Pogrom ins Rollen zu kommen, und zwar in der russischen wie auch in der ganzen europäischen und amerikanischen Presse. In Petersburg war in blutrünstigen Zeitungsartikeln die Rede von Morden an Frauen und Säuglingen, von vielen Fällen von Vergewaltigungen minderjähriger Mädchen und erst recht Frauen, gar in Gegenwart ihrer Ehemänner oder Eltern; es gab Berichte über ausgerissene Zungen. »Einem Juden schnitten sie den Bauch auf und rissen ihm die Eingeweide heraus, ... einer Jüdin wurden Nägel durch den ganzen Kopf geschlagen«, und zwar durch die Nasenlöcher. Es verging keine Woche, bis diese grausigen Einzelheiten von westlichen Zeitungen gedruckt wurden. Die westliche Öffentlichkeit glaubte ihnen vorbehaltlos. So stützten sich beispielsweise führende Judenvertreter in England zur Gänze auf diese drastischen Berichte und übernahmen sie wortwörtlich in ihre öffentlichen Protestverlautbarungen. Wiederholen wir: »Spuren irgendwelcher Misshandlungen oder Schändungen wurden an den Leichen nicht festgestellt. « Wegen der neuen Welle von Artikeln wurden zusätzliche Aussagen der Ärzte aufgenommen. Der städtische Sanitätsarzt Frenkel (der die Leichen auf dem jüdischen Friedhof beschaut hatte), der städtische Sanitätsarzt Tschorba (der von fünf Uhr nachmittags des zweiten Ostertages bis zwölf Uhr mittags des dritten die Verletzten und Getöteten im Landkrankenhaus des Kischinjower Gouvernements und später im Jüdischen Krankenhaus aufnahm) und der Stadtarzt Wassiljewitsch (der 35 Autopsien vorgenommen hatte), sie alle erklärten, dass sie weder bei den Leichenschauen, noch bei den Autopsien Anzeichen und Spuren bestialischer Leichenschändungen, wie sie in der Presse beschrieben wurden, festgestellt hatten. Später vor Gericht erwies es sich, dass der als Zeuge geladene Arzt Doroschewskij (der, so nahm man an, diese schockierenden Auskünfte weitergegeben hatte) selbst keine Bestialitäten gesehen hatte und zudem bestritt, etwas mit dem Erscheinen der skandalösen Artikel zu tun zu haben. Der Staatsanwalt des Odessaer Gerichtshofs stellte auf die Nachfragen Lopuchins zu den Vergewaltigungen hin »persönlich verdeckte Ermittlungen« an: Nach Berichten von Verwandten wurde nicht ein einziger Fall von Vergewaltigung bestätigt. Die konkreten Fälle wurden durch Befragung eindeutig ausgeschlossen. Doch was sollen die Untersuchungsergebnisse der Ärzte? Wen interessieren die konkreten Ermüdungen des Staatsanwaltes? Sollen die doch in den Dienstakten vergilben.

All das, was von den Zeugen nicht bestätigt wurde und worüber Korolenko nicht schrieb, zu dementieren, fiel auch den Behörden nicht ein. Und so verbreiteten sich diese Details über

die Welt und wurden in der öffentlichen Meinung zu einer Tatsache und haften dem Namen Russlands schon durch das ganze 20. und vielleicht auch noch das 21. Jahrhundert hindurch an.

Russland erlebte nun schon seit beträchtlicher Zeit und mit jedem Jahr mehr eine verzweifelte und bis auf den Tod feindselige Entfremdung von »Gesellschaft« und Regierung. In diesem Kampf war für die liberal-radikale Seite und umso mehr für die revolutionären Kreise jede Tatsache (oder Lügengeschichte), die das Ansehen der Regierung befleckte, ein gefundenes Fressen. Übertreibungen, Verzerrungen und Unterstellungen galten dabei nicht als verwerflich, wenn nur der Regierung desto mehr Schaden zugeführt wurde. Für die russischen Radikalen war solch ein Pogrom ein wahrer Glücksfall in ihrem Kampf.

Schließlich erließ die Regierung ein Verbot von Zeitungsberichten über den Pogrom, da sie Hass und Zorn anfachten - einmal mehr ein unbeholfener Schritt, denn umso aufmerksamer wurden daraufhin diese Gerüchte in Europa und Amerika aufgenommen und desto schamloser wurden all die Erfindungen übertrieben, als ob überhaupt keine Polizeiprotokolle existierten.

Und so erhob sich ein weltweiter Angriff gegen die zaristische Regierung. Das jüdische Schutzbüro versandte Telegramme in alle Hauptstädte: Überall sollten Protestversammlungen abgehalten werden. Ein Mitglied des Schutzbüros schreibt: »Wir sandten auch ausführliche Berichte über die schrecklichen Bestialitäten ... nach Deutschland, Frankreich, England und in die Vereinigten Staaten. « »Unsere Berichte hatten überall eine enorme Wirkung, in Paris, in Berlin, in London und in New York fanden Protestversammlungen statt, auf denen die Redner schreckliche Bilder der von der zaristischen Regierung begangenen Verbrechen zeichneten. « - So ist eben der russische Bär von alters her schon immer gewesen! - »Die ganze Welt war über diese Bestialitäten erschüttert. « Und nun schon ganz schamlos: Polizei und Soldaten »halfen den Mördern und

Plünderern mit allen Mitteln bei ihrem entmenschte, Tun«. »Die verfluchte Autokratie« hatte sich mit einem unauslöschlichen Makel befleckt! Auf den Versammlungen brandmarkte man die neuen Schandtaten des Zarismus, die »von ihm mit Berechnung vorbereitet« worden seien. In Londoner Synagogen beschuldigte man gar den Heiligen Synode religiöser Massaker. Ihre Abscheu drückten auch einzelne katholische Würdenträger aus. Doch am flammendsten stimmte die europäische und amerikanische Presse ein. (Besonders hetzte in seinen Zeitungen der Boulevardzeitungsmagnat William Hearst.) »Wir klagen die russische Regierung an, für das Kischinjower Massaker verantwortlich zu sein. Wir erklären, dass sie bis zu den Ohren mit Schuld beschmutzt ist durch diesen Massenmord [holocaust]! An ihren - und niemandes sonst - Händen kleben all diese Morde und Gewalttaten«; »Möge der Gott der Gerechtigkeit auf diese Welt herabkommen und über Russland richten, so wie er einst über Sodom und Gomorrha gerichtet hat und diese Brutstätte der Pest vom Angesicht der Erde hinwegfegen«, »das Massaker von Kischinjow ... übersteigt an offener Grausamkeit alles, was in den Annalen der zivilisierten Völker aufgeschrieben ist«. (Und damit sind wohl auch die vieltausendfachen Judenvernichtungen im mittelalterlichen Europa gemeint.)

Leider stimmten in dieser Einschätzung des Geschehenen Juden mit ganz unterschiedlicher Vernunftbegabung oder Voreiligkeit überein. Selbst 30 Jahre später wiederholte der wahrlich nicht unbedeutende Jurist G. Sliosberg, der selbst weder damals noch später in Kischinjow gewesen war, in seinen in der Emigration verfassten Memoiren sowohl die in die Köpfe der Opfer eingeschlagenen Nägel (und schreibt dies dem Essay Korolenkos zu!),

die Vergewaltigungen als auch die »mehreren Tausend Soldaten« (so viele gab es in der ganzen kümmerlichen Kischinjower Garnison nicht), die den Gewalttätern des Pogroms »gewissermaßen Schutz boten«. Und Russland war in der Öffentlichkeitsarbeit der Jahrhundertwende unerfahren und nicht fähig, sich deutlich zu rechtfertigen; man kannte derartige Kunstgriffe noch nicht.

Indessen hinkte die »kaltblütige Vorbereitung« des Pogroms und bedurfte soliderer Beweise, um die begonnene Kampagne in Schwung zu halten. Und obgleich der Advokat Sarudnyj »seine Ermittlungen bereits abgeschlossen und ... eindeutig festgestellt hatte, dass der Hauptorganisator and Anführer des Kischinjower Pogroms der Chef der örtlichen Geheimpolizei ... Baron Lewendal war«, hätte selbst im Falle des Erfolgs dieser Version die Figur Lewendals der russischen Regierung nicht genügend Schande bereitet. Es musste unbedingt die zentrale Macht getroffen werden.

Und dann - na also! - wurde sechs Wochen nach dem Pogrom, man weiß nicht wo und durch wen, doch genau im passenden Moment, um die weltweite Empörung endgültig zu entfachen und der stärksten Persönlichkeit in der zaristischen Regierung zu schaden - der Text eines »streng geheimen Briefes« des Innenministers Plehwe an den Kischinjower Gouverneur von Raaben »entdeckt« (kein Rundschreiben an alle Gouverneure des Ansiedlungsrayons, sondern an ihn allein, und das zehn Tage vor dem Pogrom), in dem der Minister mit geschickt gewundenen Formulierungen empfiehlt: Im Falle größerer Ausschreitungen gegen Juden im Gouvernement Bessarabien bitte er, Plehwe, diese keinesfalls mit Waffengewalt niederzuwerfen, sondern nur zur Ordnung zu mahnen. Und irgendein Unbekannter übergab den Text dieses Briefes dann genau zum richtigen Zeitpunkt dem englischen Korrespondenten in Petersburg D. D. Braham, und der druckte ihn in der Londoner »Times« vom 18. Mai 1903 ab.

Nun mag man sich fragen: Hat eine Zeitungspublikation, die weder damals noch später durch irgendetwas bestätigt wurde, viel Gewicht? Oh ja, und wie viel! Sogar umwerfend viel. In diesem Fall wurde die Publikation in derselben Ausgabe der »Times« durch den schon erwähnten Protest der bekanntesten britischen Juden unter der Führung C. Montefiores (aus der berühmten Familie) flankiert.

In einer weltpolitischen Lage, wie sie sich damals abzeichnete, hatte dieser Brief eine kolossale Wirkung: Die bislang unbewiesenen blutrünstigen Ränke des allen verhassten Zarismus gegen die Juden waren nunmehr »dokumentarisch bewiesen«. Noch hitziger gingen nun Zeitungsartikel und Versammlungen um die ganze Welt. Die »New York Times« stellte am dritten Tag nach der Veröffentlichung fest, dass »auch drei Tage nach der Enthüllung (des Schreibens) noch keinerlei Gegendarstellung erfolgt ist«, und die britische Presse betrachtete sie längst als authentisch. »Was soll man über die Zivilisation eines solchen Landes sagen, in dem ein Minister seine Unterschrift unter einen Brief mit solchen Instruktionen setzen kann?« Die unbeholfene zaristische Regierung, die das Ausmaß ihrer

Niederlage noch gar nicht begriffen hatte, tat die Sache mit nichts weiter als einer nachlässigen, lakonischen, vom Leiter des Polizeidepartements A. A. Lopuchin Unterzeichneten Gegendarstellung ab, und auch das erst am neunten Tag nach der sensationellen Publikation in der »Times«, während Braham, statt dass man wegen Fälschung gegen ihn ermittelt hätte, des Landes verwiesen wurde.

Mit aller Bestimmtheit lässt sich sagen, dass das eine Fälschung war. Und das aus mehreren Erwägungen. Nicht nur, dass Braham zu keiner Zeit irgendwelche Beweise für die Echtheit des Textes vorgelegt hat. Nicht nur deshalb, weil die Fälschung gerade von A. A. Lopuchin, einem der schärfsten Feinde Plehwes, dementiert wurde. Nicht nur deshalb, weil der den Juden wohlgesonnene Fürst Urusow, der Raaben abgelöst und das Gouvernementsarchiv alsbald kontrolliert hatte, dort keinen solchen »Brief von Plehwe« gefunden hat. Nicht nur deshalb, weil der abgelöste Raaben, der das Fiasko seines Lebens erlitten hätte, bei seinen weinerlichen Versuchen, es wieder in Ordnung zu bringen, nie geklagt hat, er hätte diese Anweisungen von oben erhalten, womit er doch seine Karriere auf einen Schlag gerettet hätte und auch gleich noch zu einem Idol der liberalen Gesellschaft geworden wäre. Sondern vor allem deshalb, weil die russischen Staatsarchive nicht die gefälschten sowjetischen Archive waren, wo je nach Bedarf jedes beliebige Dokument angefertigt, oder umgekehrt, heimlich vernichtet wurde - dort wurde alles unangetastet und für ewig aufbewahrt. Die gleich nach der Februarrevolution eingesetzte Außerordentliche Untersuchungskommission der Interimsregierung und selbst die noch genauer spezialisierte »Kommission zur Erforschung der Geschichte der Pogrome«, in der anerkannte Forscher wie S. Dubnow und G. Krassnyj-Admoni mitarbeiteten, fanden weder in Petersburg noch in Kischinjow ein einziges Dokument und nicht einmal einen Eingangsoder Ausgangsvermerk, sie entdeckten lediglich im Innenministerium eine russische Übersetzung des englischen Texts von Braham. (Des Weiteren Papiere mit »Anweisungen für strenge Bestrafungen und Amtsenthebungen ... für jedwedes ungesetzliche Handeln der dientslich mit der jüdischen Frage Befassten«.) Und nach dem Jahr 1917, was hätten da noch für Rücksichten genommen werden sollen? Doch es fand sich nicht ein einziger Zeuge oder Memoirenschreiber, der darüber berichtet hätte, wie wohl dieses unsterbliche Telegramm in die Hände Brahams gekommen war, oder der sich seines Mitwirkens dabei gebrüstet hätte. Und auch von Braham selbst war weder damals noch später nie auch nur ein Wort dazu in Erfahrung zu bringen.

Nichtsdestoweniger schrieb die Zeitung der Konstitutionellen Demokraten »Retsch« [»Die Rede«] noch am 19. März 1917 unbeirrt: »Das Kischinjower Blutbad und die konterrevolutionären Pogrome von 1905 wurden, wie in allen Einzelheiten feststeht, vom Polizeidepartement organisiert. « Und im August 1917 erklärte der Vorsitzende der Außerordentlichen Untersuchungskommission vor der Moskauer Staatskonferenz öffentlich, dass »er in Bälde Dokumente des Polizeidepartements über die Organisierung der Judenpogrome vorlegen wird« - doch legten weder in Bälde noch in fernerer Zeit weder seine Kommission noch jemals die Bolschewiken auch nur ein einziges solches Dokument vor. Und doch hat sich diese Lüge bis auf den heutigen Tag festgesetzt. (In meinem »November sechzehn« erwähnt eine der Figuren den Kischinjower Pogrom, und 1986 erläutert der deutsche Verlag von sich aus den deutschen Lesern in einer Anmerkung: «... sorgfältig vorbereiteter, zwei Tage währender Judenpogrom. Innenminister Plehwe hatte den Gouverneur von Bessarabien angewiesen, im Falle eines Pogroms die öffentliche Ordnung nicht mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten«. In der aktuellen (1996) »Jüdischen Enzyklopädie« lesen wir als unumstößlich: »Im April 1903 organisierte der neue Innenminister W. Plehwe mithilfe seiner Agenten einen Pogrom in Kischinjow. « (Paradoxerweise teilt dieselbe Enzyklopädie einen Band vorher mit: »Den Text des in der Londoner Zeitung >Times< veröffentlichten Telegramms von Plehwe ... halten die meisten Forscher für untergeschoben. «)

Und so schallte die Lügengeschichte des Kischinjower Pogroms lauter als die traurige wahre Geschichte. Und wird sie wenigstens 100 Jahre später verarbeitet und bewältigt?

Die Kraftlosigkeit der zaristischen Regierung, die Hinfälligkeit ihrer Institutionen zeigte sich nicht nur in Kischinjow. So ereignete sich 1905 in Transkaukasien ein aserbaidschanisch-armenisches Massaker. Doch nur im Falle Kischinjows wurde die Regierung beschuldigt, das Massaker angezettelt zu haben.

»Die Juden«, so schrieb D. Pasmanik, »schrieben die Pogrome nie dem Volk zu, sie beschuldigten immer ausschließlich die Obrigkeit, die Verwaltung ... Diese völlig oberflächliche Ansicht konnte durch keinerlei Fakten ins Schwanken gebracht werden. « Auch Bikerman wies darauf hin, dass nach allgemeiner Auffassung die Judenpogrome eine Art des Kampfes der Obrigkeit gegen die Revolution seien. Die Bedachteren stellten folgende Überlegung an: Lassen sich auch die technischen Beiträge der Obrigkeit an den geschehenen Pogromen nicht nachweisen, so war doch die »in Petersburg etablierte Moral derartig, dass auch der grimmigste Judenfeind mit der größten Sympathie rechnen konnte, und zwar vom Minister bis zum Streifenpolizisten«. Das Kischinjower Gerichtsverfahren vom Herbst 1903 ergab jedoch ein entgegengesetztes Bild.

Dabei sollte der Prozess für die russische radikal-liberale Opposition zu einer Schlacht mit der Autokratie selbst werden. Zum Verfahren reisten als »bürgerliche Nebenkläger« hoch angesehene Advokaten an, christliche wie jüdische: M. Karabtschewskij, O. Grusenberg, S. Kalmanowitsch, A. Sarudnyj und N. Sokolow. Und der »überaus talentierte linke Advokat« P. Perewersew und einige andere übernahmen die Verteidigung der Beschuldigten, »auf dass diese sich nicht furchten sollten; dem Gericht zu sagen, ... wer sie zu dem Gemetzel angestiftet hatte« - soll heißen: dass sie von der Obrigkeit gesteuert waren. Die »bürgerlichen Nebenkläger« forderten, dass Nachuntersuchungen durchgeführt und dann »die wahren Schuldigen« auf die Anklagebank gesetzt würden. Die Behörden veröffentlichten keine Berichte aus dem Gerichtssaal, um in Kischinjow keine neuen Leidenschaften zu entfachen und die bereits entfachten auf der ganzen Welt nicht weiter zu nähren. Umso bequemer: Die Aktivisten um die »bürgerlichen Nebenkläger« erstellten eigene Prozessberichte und versandten diese über Rumänien zur weltweiten Publikation. Doch auf den Gang des Prozesses hatte das keinen Einfluss: In aller Akribie wurde die Zusammensetzung des Mobs rekonstruiert. Die Schuld der Obrigkeit stand dabei außer Frage, doch nur insofern, als sie nicht beizeiten eingegriffen hatte. Daraufhin ließen die bürgerlichen Nebenkläger kollektiv verlauten, dass, »wenn das Gericht sich weigert, die Hauptschuldigen am Pogrom zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen« - also nicht irgendeinen Gouverneur Raaben, für den sie sich aus unerfindlichen Gründen nicht interessierten, sondern den Minister Plehwe und die Zentralverwaltung Russlands -, »ihnen, den Verteidigern ... bei diesem Prozess nichts weiter zu tun« bliebe. Sie »stießen auf derartige Behinderungen seitens des Gerichts, dass ihnen jede Möglichkeit genommen war, ... frei und nach ihrem Gewissen die Sache ihrer Mandanten und die Sache der Wahrheit zu vertreten«. Die neue Taktik der Advokaten, direkt auf das Politische abzulenken, erwies sich als überaus erfolgreich und viel versprechend und machte größten Eindruck in der ganzen Welt. »Die Handlungsweise der Advokaten wurde von allen anständigen Menschen in Russland gutgeheißen. «

Das Verfahren vor dem Sondergericht des Odessaer Gerichtshofs verlief daraufhin regelgerecht. Die Prognosen der westlichen Zeitungen, wo es geheißen hatte, »der Kischinjower

Prozess wird eine Verhöhnung der Justiz sein«, erfüllten sich in keiner Weise. Wegen der großen Zahl der Beschuldigten wurden diese nach der Schwere der Anklage in Gruppen eingeteilt. Wie schon oben gesagt, waren unter den Beschuldigten keine Juden. Der Leiter der Gendarmerieverwaltung des Gouvernements teilte noch im April mit, dass von den 816 Verhafteten 250 durch Ermittlungsbehörde und Gericht wegen Mangels an Beweisen für die gegen sie erhobenen Beschuldigungen freigelassen wurden, 466 Schnellurteile wegen geringerer Vergehen erhielten (darüber berichtet auch die »Times«), »wobei die vom Gericht für schuldig Befundenen zu hoch bemessenen Strafen verurteilt wurden«, und etwa 100 wegen schwerer Beschuldigungen angeklagt waren, von denen sich 36 (37 im November) für Tötungsdelikte und Gewaltverbrechen verantworten mussten. Im Dezember teilt derselbe Leiter der Gendarmerieverwaltung des Gouvernements das Ergebnis des Prozesses mit: Entzug aller Bürgerrechte und (sieben oder fünf Jahre) Zwangsarbeit, Rechtsentzug und Strafkompanie (für anderthalb Jahre oder ein Jahr). Insgesamt wurden 25 Angeklagte verurteilt und 12 freigesprochen. Verurteilt wurden die Schuldigen für tatsächliche, hier geschilderte Verbrechen. Und die Urteile waren hart. »Das Kischinjower Drama endet mit der üblichen russischen Widersprüchlichkeit: In Kischinjow werden die Aufrührer offenbar strenger gerichtlicher Verfolgung unterzogen«, schrieb mit einigem Erstaunen das amerikanische jüdische »Jahrbuch«.

Das Berufungsverfahren fand 1904 in Petersburg bereits öffentlich statt. Und 1905 wurde der Kischinjower Pogrom erneut im Senat erörtert. Dort trat Winawer auf, ohne etwas Neues zu beweisen.

Die russische zaristische Regierung erhielt im Kischinjower Pogrom ihre Lektion: Ein Staat, in dem solch ein Massaker geschehen kann, ist schändlich handlungsunfähig. Doch diese Lektion wäre auch ohne die giftigen Fälschungen und ohne all die Verzerrungen eine deutliche gewesen. Warum hielt man die Wahrheit über den Kischinjower Pogrom nicht für ausreichend? Anscheinend deshalb, weil im Lichte der Wahrheit die Regierung als der indirekte, wenn auch zögerliche und inkonsequente Unterdrücker der Juden erschienen wäre, der sie auch war. Darum wurde sie kraft der Lüge als ihr geschickter und noch dazu zielsicherer und grenzenlos böser Verfolger dargestellt. Ein solcher Feind verdiente nichts anderes als die Vernichtung.

Die schon lange vor allem auf internationalem Parkett wenig erfolgreiche russische Regierung begriff weder damals noch später, was für eine gewaltige weltweite Niederlage sie hier davongetragen hatte. Dieser Pogrom haftete als Schandfleck der ganzen russischen Geschichte an, den Vorstellungen, die man sich in der Welt von Russland als Ganzem machte, und sein schwarzer Schimmer wies voraus auf alle kommenden Erschütterungen unseres Landes und beschleunigte sie.

Kapitel 9 - In der Revolution von 1905

Der Kischinjower Pogrom hinterließ bei den russischen Juden einen unauslöschlichen, niederschmetternden Eindruck. Jabotinsky: Kischinjow ist »die Wegscheide, die zwei Epochen, zwei Psychologien trennt«. Die russischen Juden empfanden nicht nur Trauer, sondern tief im Innern »etwas, was sie die Trauer selbst beinahe vergessen machte - und das war die Schmach«. »Das Kischinjower Massaker spielte in unserer gesellschaftlichen Befindlichkeit eine starke Rolle, weil wir damals auf den jüdischen Kleinmut aufmerksam wurden. «

Angesichts der bereits beschriebenen Schwäche der Polizei und der mangelnden Flexibilität der russischen Obrigkeit ist es ganz natürlich, dass den Juden ein Gedanke kam: Warum sich auf den Schutz durch die Obrigkeit verlassen? Warum nicht eigene bewaffnete Einheiten aufstellen und selbst Waffengewalt anwenden? Hierzu wurden sie auch von einer Gruppe bedeutender Persönlichkeiten und Schriftsteller ermutigt, so von Dubnow, Achad Haam, Rownizkij, Ben Ami, Bjalik: »Brüder ... hört auf zu weinen und um Gnade zu bitten. Wartet nicht auf Hilfe von euren Feinden. Möge euch eure eigene Hand helfen. «

Solche Aufrufe »wirkten auf die jüdische Jugend wie ein Stromstoß«. In der angeheizten Situation nach dem Kischinjower Pogrom formierten sich an verschiedenen Orten im Ansiedlungsrayon bald jüdische »Selbstschutzgruppen«. Die Mittel für diese Einheiten »stellte gewöhnlich die jüdische Gesellschaft zur Verfügung«, und die illegale Einfuhr von Waffen aus dem Ausland war für die Juden ohne weiteres durchführbar. Häufig bekamen auch unreife Burschen Waffen in die Hand.

In der christlichen Bevölkerung stellte die Regierung, die sich bislang so gut sie konnte der Bomben der Terroristen erwehrte, keine bewaffneten Gruppierungen fest. Als dann bewaffnete Gruppen in Erscheinung traten, war es nur natürlich, dass die Regierung darin den Beginn völliger Anarchie, die Anfänge eines Bürgerkrieges zu erkennen glaubte und die Gruppen verbot; so viel Kraft und Überblick waren ihr noch verblieben. (Auch heute sind überall auf der Welt »ungesetzliche paramilitärische Organisationen« geächtet und verboten.)

Eine besonders streitbare derartige Gruppe bildete sich unter der Leitung des örtlichen Komitees des »Bund« in Gomel. Schon am 1. März 1903 veranstaltete das Gomeler Komitee des »Bund« eine »Feier« anlässlich der »Hinrichtung Alexanders II. «. Bei der annähernd gleichen Größe der christlichen und der jüdischen Bevölkerung in Gomel und der äußersten Entschlossenheit der dortigen jüdischen Sozialisten ging die Formierung der bewaffneten jüdischen Einheiten besonders energisch voran. Die hier geschaffenen jüdischen Selbstschutzkräfte traten beim Gomeler Pogrom vom 29. August und vom 1. September 1903 in Erscheinung.

Der Gomeler Pogrom war den Gerichtsermittlungen zufolge beidseitig: Christen und Juden griffen einander gegenseitig an. Man muss sich zeitgenössische offizielle Dokumente vornehmen, in diesem Fall die Anklageschrift zum Gomeler Verfahren, welche die damals unmittelbar nach den Ereignissen erstellten Polizeiberichte zur Grundlage hatte. (Die Polizeiberichte des 20. Jahrhunderts waren nachweislich peinlich genau und unverfälscht - bis zu den chaotischen Februartagen 1917, bis zu dem Moment, als die Petrograder Polizeiwachen von den Aufständischen eingenommen und in Brand gesteckt wurden und diese präzisen Informationen verloren gingen - für uns alle.)

Die Anklageschrift aus dem Gomeler Prozess besagt Folgendes: »Die jüdische Bevölkerung ... begann sich mit Waffen auszustatten und Selbstschutzgruppen für den Fall antijüdischer Unruhen zu organisieren ... Manche der Gomeler Einwohner hatten die Möglichkeit, regelrechten Wehrübungen der jüdischen Jugend beizuwohnen, bei denen vor der Stadt bis zu 100 Teilnehmer zusammenkamen, um sich im Revolverschießen zu üben. «

»Die allgemeine Bewaffnung auf der einen Seite, das Wissen um die zahlenmäßige Überlegenheit und den wohl organisierten Zusammenhalt auf der anderen steigerte das Selbstbewusstsein der jüdischen Bevölkerung derart, dass unter der Jugend bald gar nicht mehr von Selbstverteidigung die Rede war, sondern von der Notwendigkeit, für den Kischinjower Pogrom Rache zu üben. « So wendet sich das Böse, das an einem Ort geschehen ist, später an einem anderen, fernen Ort gegen andere, völlig Unschuldige.

»Die Juden der Stadt Gomel ... verhalten sich in letzter Zeit 'nicht nur überheblich, sondern geradezu herausfordernd; immer häufiger wiederholen sich Fälle von Beleidigungen in Worten und Taten gegen Bauern und Arbeiter, und selbst im Umgang mit dem gebildeten Teil der russischen Gesellschaft sind die Juden bemüht, ständig ihre verächtliche Haltung zu betonen, indem sie beispielsweise selbst Militärangehörige zwingen, ihnen auf dem Bürgersteig auszuweichen. « Am 29. August 1903 eskalierten die Ereignisse in der Folge eines kleinen Vorkommnisses auf dem Markt: Bei einem Zank zwischen der Heringsverkäuferin Malizkaja und dem Kunden Schalykow spuckte jene diesem ins Gesicht, woraufhin der Streit in ein Handgemenge mündete. »Sofort stürzten sich mehrere Juden auf Schalykow, warfen ihn zu Boden und schlugen ihn mit allem, was ihnen in die Hände kam. Etwa zehn Bauern ... wollten daraufhin für Schalykow eintreten, doch alsbald ertönten bestimmte verabredete Pfiffe der Juden, woraufhin sich ganz ungewöhnlich rasch eine große Menge weiterer Juden einfand ... Diese Alarmpfiffe brachten offenbar ... augenblicklich die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt auf die Beine«, »von allen Seiten eilten sie nun zum Markt, sogar auf Droschken kamen mit allem Möglichen bewaffnete Juden angefahren. Sehr schnell bildete sich auf der Marktstraße eine riesige Ansammlung von Juden, die bald den ganzen ... Markthof füllte. Auch alle an den Markt grenzenden Straßen waren von Juden verstopft, die Steine, Knüppel, Eisenbolzen, Hämmer, eigens gefertigte Totschläger und sogar einfach eiserne Beschläge als Waffen trugen. Überall hörte man den Ruf: >Juden! Auf den Markt! Ein Russenpogrom! Der ganze Mob verteilte sich in Gruppen, die sich prügelnd auf die vor ihnen flüchtenden Bauern stürzten«, von denen es am Markttage viele gab. »Die Bauern ließen ihre Einkäufe fallen, und wer es schaffte, bestieg sein Fuhrwerk und fuhr aus der Stadt... Augenzeugen berichten, dass die Juden diejenigen Russen, derer sie habhaft wurden, erbarmungslos schlugen, darunter auch Greise, Frauen und sogar Kinder. Ein Mädchen zerrten sie beispielsweise von einem Karren und schleiften es an den Haaren über das Pflaster. « Der Bauer Silkow stand abseits, sah zu und aß ein Brötchen. Da versetzte ihm ein von hinten kommender Jude am Hals einen tödlichen Stoß mit dem Messer, worauf er in der Menge der Juden verschwand. Es werden noch weitere solche Episoden erzählt. So wurde ein Offizier nur durch das Einschreiten des Rabbiners Majanz und des Besitzers des Nachbarhauses Rudsiewskij verschont. Die zum Ort der Unruhen geeilte Polizei wurde »von den Juden mir einem Hagel von Steinen und Revolverschüssen ... nicht nur aus der Menge, sondern sogar aus den Fenstern und von den Balkonen der umstehenden Häuser« empfangen; »die Gewalttätigkeiten gegen die christliche Bevölkerung setzten sich beinah bis in den Abend fort und erst ein angereistes Militärkommando konnte die Ansammlungen von Juden zerstreuen«; »sie hatten Russen und vor allem Bauern geschlagen, die

... wegen ihrer Unterzahl im Vergleich zur jüdischen Masse und mangels Mitteln zur Selbstverteidigung keinerlei Gegenwehr leisten konnten ... Die Leid Tragenden waren an diesem Tag ausnahmslos Russen, ... viele wurden verletzt und zusammengeschlagen. «

Über die Ereignisse des 29. August befindet die Anklageschrift, dass sie »eindeutig den Charakter eines >Russenpogroms< hatten«.

Es erhob sich »tiefe Entrüstung im christlichen Teil der Bevölkerung«, welche die »>freudige Erregung< der Juden, ihren >Verzückungszustand<« noch verstärkte: »>Hier ist für euch nicht Kischinjow. «< Am 1. September nach der Mittagssirene verließen die Eisenbahnarbeiter die Werkstätten unter ungewöhnlichem Lärmen und gegenseitigen Zurufen, woraufhin der Polizeichef befahl, die in die Stadt hineinführende Brücke abzusperren. Da zogen die Arbeiter durch die Nebenstraßen, wo bald »Steine in die Fenster der nahe gelegenen jüdischen Häuser flogen«, während sich »in der Stadt bereits große Gruppen von Juden organisierten«, die »aus der Entfernung Stecken und Steine auf die Menge der Arbeiter zu werfen begannen«. »Von zwei aus der jüdischen Menge geworfenen Ziegelsteinen wurde ein Polizeihauptmann getroffen, der niederfiel und das Bewusstsein verlor. Die russische Menge heulte auf: >Die Juden haben den Polizeihauptmann getötet!< - und verwüsteten desto heftiger jüdische Häuser und Läden. « Die hinzugeeilte Soldatenkompanie trennte die beiden Gruppen und richtete ihre Fronten sowohl gegen die eine wie gegen die andere, wodurch sie ein Blutvergießen verhinderte. Die jüdische Seite warf indes Steine gegen die Soldaten und schoss mit Revolvern auf sie, »wobei sie die Militärangehörigen mit Beschimpfungen überhäufte«. Der Kompanieführer ersuchte den Rabbiner Majanz und den Doktor Salkind, die Juden zu beruhigen, doch »auch ihr Zureden hatte keinen Erfolg, und die Juden tobten weiter«; sie konnten nur mit Gewehren im Anschlag zurückgedrängt werden. Der hauptsächliche Erfolg der Kompanie war es, das Vordringen der »Vandalen in das Stadtzentrum, wo die reichen jüdischen Geschäfte und Häuser stehen«, verhindert zu haben. So blieb die Menge am Stadtrand und wütete dort. Der Polizeichef mahnte neuerlich zur Ruhe, doch man rief ihm zu: »Du Judenfreund hast uns verraten!« Durch Gewehrsalven der Kompanie gegen die Russen wie gegen die Juden wurde der Pogrom niedergeschlagen, doch brandete er nur zwei Stunden später in einer Vorstadt wieder auf. Wieder wurden Salven auf die »Pogromisten« abgegeben, es gab einige Tote und Verletzte, und der Pogrom war zu Ende. Die Anklageschrift beschreibt »jüdische Ansammlungen« im Stadtzentrum, »die sich äußerst herausfordernd benahmen und dem Militär und der Polizei Widerstand leisteten ... Wie schon am 29. August waren alle bewaffnet,... viele mit Revolvern und Dolchen«, und »sogar auf die Truppen, die zum Schutz ihres Eigentums gerufen worden waren, gaben sie Revolverschüsse ab und warfen Steine«; »einzelne russische Passanten und sogar Soldaten ... griffen sie mit Waffen an« und töteten einen Bauern und einen Bettler. Im Laufe des Tages erlitten drei jüdische Kleinbürger »tödliche Verletzungen«. Am Abend hörten die Unruhen auf. Tödliche Verletzungen erlitten fünf Juden und vier Christen. »Bei dem Pogrom nahmen etwa 250 jüdische Geschäfts- und Wohnhäuser Schaden. « Bei den Juden »bestand die überwiegende Mehrheit der aktiven Masse nur aus ... Jugendlichen«, und viele Personen »reiferen Alters« und auch Kinder reichten ihnen Steine, Bretter und Balken.

Schilderungen dieser Ereignisse finden wir bei jüdischen Autoren nirgendwo.

»Der Gomeler Pogrom kam für die Organisation nicht überraschend. Man war schon lange auf ihn vorbereitet, gleich nach den Kischinjower Ereignissen war man an die

Organisierung des Selbstschutzes gegangen. « Nur wenige Monate nach Kischinjow mussten die Juden sich selbst ihrer eigenen Verzagtheit wegen schon nicht mehr verachten, die ihnen der Dichter Bjalik und andere vorhielten. Wie stets bei solchen sich selbst bewaffnenden Gruppen verwischte sich bald die Grenze zwischen Verteidigung und Angriff: Das Eine ging auf den Kischinjower Pogrom zurück, das Zweite auf die revolutionäre Haltung der Organisatoren. (Aktivitäten der jüdischen Jugend waren auch früher schon zutage getreten. Beispielsweise erregte 1899 in Russland der Fall der »Schklower Schlägerei« einiges Aufsehen: In der Stadt Schklow, wo das Verhältnis von Juden zu Russen neun zu eins betrug, verprügelten Juden unbewaffnete, russische Soldaten, die sich auf Diensturlaub befanden. Der Senat, der die

Episode erörterte, erkannte auf ethnische und religiöse Feindseligkeit der Juden gegen Christen gemäß demselben Paragrafen, nach dem auch die Kischinjower »Pogromisten« verurteilt wurden.)

Man kann diese Aktivitäten nicht allein dem »Bund« zuschreiben. »Das Haupt dieses Prozesses [der beschleunigten Formierung des Selbstschutzes] bilden die Zionisten und die ihnen nahe stehenden Parteien, die Zionisten-Sozialisten und >Poale Ziorn. « So waren auch 1903 in Gomel »die meisten Gruppen von Poale Zion organisiert worden«. (Hier besteht ein Widerspruch zu Buchbinder, dem Apologeten des »Bund« - ich weiß nicht, wem ich mehr glauben soll.)

Als die Nachricht vom Pogrom in Gomel nach Petersburg drang, entsandte das jüdische Schutzbüro zwei Advokaten dorthin, nämlich wieder einmal Sarudnyj und N. D. Sokolow, damit sie umgehend eigene Ermittlungen anstellten. Sarudnyj sammelte wieder »absolute Beweise«, die belegen sollten, dass der Pogrom von der Geheimpolizei organisiert worden war, und wieder wurden sie nicht veröffentlicht und nicht für die Allgemeinheit verwendet. (In seiner Nachfolge, wenn auch 30 Jahre später, meinte auch Sliosberg, der am Gomeler Prozess teilgenommen hatte, in seinen dreibändigen Erinnerungen mit einem für Juristen unerreichbaren Grad an Unbewiesenheit und auch noch den zeitlichen Ablauf der Ereignisse durcheinander werfend — und dieser wohl seinem hohen Alter geschuldete Schnitzer wurde niemals von irgendjemandem korrigiert -, der Gomeler Pogrom sei von der Polizei organisiert worden. Er schließt ferner jedwede Angriffsaktivitäten seitens der Selbstschutzgruppen des »Bund« und Poale Zions aus. Er schreibt von ihnen äußerst vergröbernd und unklar, in der Art: »Die Jugend aus den Selbstverteidigungsgruppen machte rasch Schluss mit den Ausschreitungen und vertrieb die Bauern«, »rasch fanden sich jüdische junge Leute zusammen, und in vielen Fällen vermochten sie die Pogromisten zu vertreiben« - und das dann wohl auch noch ohne Waffen einzusetzen? ...)

Die offiziellen Ermittlungen gingen bedächtig und schrittweise vonstatten - zwischenzeitlich war Russland in den Krieg gegen Japan eingetreten — und der Gomeler Prozess fand erst im Oktober 1904, bereits in sehr angeheizter politischer Atmosphäre statt.

Vor dem Richter standen 44 Christen und 36 Juden, etwa 1.000 Zeugen waren geladen. Das Schutzbüro hatte folgende Advokaten entsandt: Sliosberg, Kupernik, Mandelstam, Kalmanowitsch, Ratner, Krol. Aus jüdischer Sicht war es ungerecht, dass unter den Angeklagten überhaupt Juden waren. Dies sollte den russischen Juden »wohl zur Warnung dienen, fortan nicht mehr zum Selbstschutz zu greifen«. Aus russischer und regierungsamtlicher Sicht handelte es sich im vorliegenden Falle keineswegs um »Selbstschutz«. Die Advokaten der angeklagten Juden hielten sich erst gar nicht mit Details auf, verwiesen nicht auf die tatsächlich zerstörten

jüdischen Vermögenswerte, sondern befassten sich nur damit, »die politischen Motive« des Pogroms aufzudecken und etwa darauf abzuheben, dass die jüdischen Jugendlichen während der Rauferei gerufen hätten: »Nieder mit der Autokratie!« Bald darauf entschlossen sich die Advokaten, ihre Schützlinge im Stich zu lassen und gemeinsam zwecks noch deutlicherer Demonstration aus dem Gerichtssaal auszuziehen und so den Kischinjower Präzedenzfall zu wiederholen.

Dieser einfallsreiche und revolutionäre Schachzug der liberalen Advokatur entsprach ganz dem Geiste jenes Dezembers 1904 - die Rechtsprechung sollte auf diese Weise gesprengt werden!

Nach diesem ihrem Auszug »ging der Prozess rasch auf sein Ende zu«, ganz den eigentlichen Ereignissen folgend. Ein Teil der Juden wurde freigesprochen, andere erhielten Strafen nicht über fünf Monaten, und »den verurteilten Christen wurden ebensolche Strafen zugemessen wie auch den Juden«. Im Ergebnis wurden die einen wie die anderen etwa zu gleichen Teilen verurteilt.

*

Bei Ausbruch des Krieges gegen Japan und im engstirnigen Beharren auf die Rechte an Korea erkannten Zar Nikolaus II. und die ihn umgebenden hohen Amtsträger schlicht nicht, wie heikel die internationale Stellung Russlands in den Augen des Westens und vor allem des »traditionell freundschaftlich gesonnenen« Amerika war. Sie übersahen die schnell wachsende Macht der westlichen Financiers, die längst erheblichen Einfluss auf die Politik der zunehmend von Krediten abhängigen großen Staaten nahmen. Im 19. Jahrhundert hatte es das nicht gegeben - und die behäbige russische Regierung konnte mit diesen Veränderungen nicht Schritt halten.

Im Westen machte sich nach dem Kischinjower Pogrom eine dauerhafte Abscheu gegen Russland breit, das man sich als einen erstarrten Popanz vorstellte, als ein despotisches asiatisches Land, wo Finsternis und Ausbeutung des Volkes herrschen und wo die Revolutionäre erbarmungslos in unmenschlichem Leid und Entbehrungen niedergehalten werden — und nun auch noch die »tausendfachen« Massenmorde an den Juden, die noch dazu von der Regierung gesteuert waren! (Wie wir gesehen haben, schaffte es die Regierung nicht, diese verzerrte Sichtweise beizeiten energisch und mit Beweisen aus der Welt zu schaffen.) Es wurde im Westen völlig annehmbar, sogar ehrenhaft, auf eine baldige Revolution in Russland zu hoffen: Sie wäre eine Wohltat für die ganze Welt und im Besonderen für die russischen Juden.

Zu alledem kam nun auch noch die Unfähigkeit und Hilflosigkeit, mit der man unvorbereitet in diesen fernen Krieg gegen ein, wie es damals schien, schwaches, kleines Land zog, und das gegen die offene aufgebrachte Opposition der russischen Öffentlichkeit, die dem eigenen Land voll Leidenschaft die Niederlage wünschte.

Das Wohlwollen der Vereinigten Staaten gegenüber Japan wurde damals in den amerikanischen Zeitungen deutlich. Die amerikanische Presse »begrüßte jeden japanischen Sieg und verhehlte nicht die Hoffnung, dass Russland bald klar besiegt werden würde«. Dass die Sympathien Präsident Theodor Roosevelts auf der Seite Japans waren und er es unterstützte,

erwähnt Witte zwei Mal. Auch Roosevelt selbst sagte: »Kaum war dieser Krieg ausgebrochen, gab ich Deutschland und Frankreich auf höflichste und diskreteste Weise zu verstehen, dass ich im Falle einer antijapanischen Kombination« gemeinsam mit Russland »sofort an die Seite Japans treten und im Weiteren nichts unterlassen würde, was Japans Interessen zuträglich wäre«. Man kann davon ausgehen, dass diese Haltung Roosevelts Japan nicht verborgen blieb.

Da trat der bekannte, damals sehr mächtige Bankier Jacob Schiff in Erscheinung - einer »der größten Juden, dessen Ideen dank seiner ausnehmenden Stellung in der Welt der Wirtschaft Wirklichkeit werden konnten«. - »Schiff begann schon früh mit seinen Geschäftsaktivitäten«, er siedelte von Deutschland nach New York über und stand dort bald dem Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. vor. Um 1912 »gilt er in Amerika als Eisenbahnkönig, er besitzt 22.000 Meilen Schienenstrecken« und »ist auch bekannt als großzügiger und energischer Wohltäter, der besonders auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Juden bedacht war«. Schiff nahm sich das Schicksal der russischen Juden wärmstens zu Herzen und war Russland gegenüber deshalb bis 1917 feindlich eingestellt. Nach der aktuellen »Jüdischen Enzyklopädie« (der englischsprachigen Jerusalemer) »gehörte Schiff zu den bedeutendsten Kreditgebern seiner wie auch ausländischer Regierungen, wobei sich der beträchtlichste Kredit auf 200 Millionen Dollar belief, die er Japan während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05 gewährte. Ungemein zornig über die antisemitische Politik des zaristischen Regimes in Russland, unterstützte er die kriegerischen Aktivitäten Japans mit Freuden. Dementsprechend lehnte er es ab, sich an Krediten für Russland zu beteiligen, und nutzte seinen Einfluss, um auch andere Firmen von der Kreditgewährung an Russland abzuhalten, während er zugleich den Selbstverteidigungsgruppen der russischen Juden finanzielle Unterstützung zukommen ließ. « Doch wenn der revolutionäre »Bund« und Poale Zion Geld für ihre Bewaffnung erhielten, so war es nicht weniger wahrscheinlich, dass solche Hilfe auch anderen russischen Revolutionären (einschließlich der Sozialrevolutionäre, die in jenen Jahren mit brutalem Terror agierten) zuteil werden konnte. Es ist bezeugt, dass Schiff im Gespräch mit seinem entfernten Verwandten G. A. Wilenkin, einem Beamten im russischen Finanzministerium, »eingestand, dass durch ihn Mittel an die russische revolutionäre Bewegung flössen«, und »die Sache zu weit fortgeschritten sei«, als dass die Hilfe noch eingestellt werden könnte.

In Russland trat Baron Horaz O. Ginzburg weiterhin für die jüdische Gleichberechtigung ein. 1903 besuchte er als Kopf einer jüdischen Delegation Witte, um dem Wunsch des russischen Judentums nach Gleichstellung in den Bürgerrechten Ausdruck zu verleihen. Witte (der sich in seiner Funktion als Kabinettschef schon früher mit der jüdischen Frage befasst hatte) gab damals zur Antwort, die Gleichberechtigung könne den Juden nur schrittweise gewährt werden, aber »damit er diese Frage aufs Tapet bringen könne, müssten sich die Juden zuerst >ein ganz anderes Betragen< zu Eigen machen« und sich von ihrer Mitwirkung in politischen Aktivitäten lossagen. »Das ist nicht eure Angelegenheit, überlasst das denen, die dem Blute und der Staatsangehörigkeit nach Russen sind. Es steht euch nicht zu, uns zu lehren, kümmert euch um euch selbst. « Ginzburg, Sliosberg und Kulischer stimmten seiner Meinung damals zu, die anderen Anwesenden hingegen nicht, und besonders Winawer wandte ein: »Die Zeit ist gekommen ... für die völlige Gleichberechtigung aller Untertanen [Russlands] ... Die Juden müssen mit allen ihren Kräften diejenigen Russen unterstützen, die dafür eintreten und darum gegen die Obrigkeit kämpfen. «

Anlässlich des Krieges gegen Japan bemühte sich die russische Regierung schon ab Anfang 1904 um westliche Finanzhilfen und war ihnen zuliebe auch bereit, mehr Rechte für die Juden zu versprechen. AufVorschlag Plehwes setzten sich einige bekannte Persönlichkeiten hierüber mit Baron Ginzburg ins Benehmen, und Sliosberg wurde zu Sondierungen mit bedeutenden jüdischen Financiers ins Ausland entsandt. J. Schiff »lehnte jedwede Verhandlungen über Art und Umfang der Rechte der Juden« prinzipiell ab. Er könne »in finanzielle Beziehungen nur mit Regierungen treten, die hinter dem Grundsatz der Gleichstellung aller Bürger in allen politischen und bürgerrechtlichen Fragen stehen ... finanzielle ... Beziehungen kann man nur mit zivilisierten Ländern unterhaltene« Auch der Pariser Baron A. Rothschild lehnte ab: Er sei »nicht bereit zu Finanzgeschäften, selbst im Falle derartiger Erleichterungen, wie sie die russische Regierung den Juden geben könnte«.

Witte gelang es ohne das Mitwirken jüdischer Finanzkreise einen größeren Kredit aufzunehmen. Zur selben Zeit, also in den Jahren 1903 und 1904, unternahm die russische Regierung (teilweise schon erwähnte) Schritte zur Abschwächung der Beschränkungen der jüdischen Rechte. Der erste und bedeutendste von diesen Schritten war noch zu Lebzeiten Plehwes die Ausnahmeregelung von den Maigesetzen des Jahres 1882, nach der die Siedlungsbeschränkungen für Juden in 101 größeren Ortschaften aufgehoben wurden, die zwar noch keine Städte waren, die aber ein reges Gewerbe- und Geschäftsleben sowie Getreidehandel aufwiesen. Sodann die Erhebung einer ganzen Gruppe Juden von Anwaltsgehilfen zu beeidigten Anwälten, was 1889 ausgeschlossen worden war. Nach der Ermordung Plehwes und ab der »Zeit des Vertrauens« unter dem kurzzeitigen Innenminister Swjatopolk-Mirskij wurden die Erleichterungen fortgesetzt. So wurden die Beschränkungen von 1882 für Juden mit Hochschulbildung aufgehoben, einschließlich der Siedlungsbeschränkungen im Donkosakengebiet, in der Kuban-Region, in der Terek-Region und im 50 Werst breiten Grenzstreifen. Auch das (von Alexander II. nach 1874 abgeschaffte) Recht auf freie Wohnsitznahme im Reich für »Juden in höheren Militärrängen ... , die im aktiven Heer unbescholten Dienst getan haben«, wurde wiederhergestellt. Anlässlich der Geburt des Thronfolgers 1904 wurden den

Juden die Geldbußen für die Entziehung von der Militärdienstpflicht erlassen.

Allein - diese Zugeständnisse kamen zu spät. Wie wir sehen, wurden sie im Gewirr des Russisch-Japanischen Krieges, in dem Russland zu versacken drohte, schon nicht mehr angenommen, weder von den jüdischen Financiers im Westen, noch von den meisten jüdischen Persönlichkeiten in Russland, und erst recht nicht von der jüdischen Jugend. Als Antwort auf die viel versprechenden Erklärungen Swjatopolk-Mirskijs bei seinem Amtsantritt, wonach auch die Siedlungsbeschränkungen erleichtert und die freie Berufswahl für Juden eingeführt werden sollten, wurde eine Erklärung »von über 6000 Personen« (die Unterschriften sammelte die Jüdische Demokratische Gruppe) verbreitet: »Wir halten jedwede Versuche für fruchtlos, die jüdische Bevölkerung mit irgendwelchen teilweisen Verbesserungen zufrieden stellen oder beruhigen zu wollen. Wir halten jedwede Politik der schrittweisen Aufhebung der auf uns lastenden Beschränkungen für gegenstandslos ... Wir erwarten unsere rechtliche Gleichstellung ... als einen Akt der Ehre und der Gerechtigkeit. «

Es war leicht geworden, an die im Krieg versinkende Regierung Forderungen zu stellen.

Bei der Verachtung der Obrigkeit, die in jenen Jahren in der russischen Bildungsschicht herrschte, wäre es auch ohnedies seltsam gewesen, eine massenhafte patriotische Begeisterung

der jüdischen Jugend zu erwarten. Nach den Daten des langjährigen Kriegsministers und späteren Oberkommandierenden im Fernen Osten, Generals Kuropatkin, »stieg im Jahr 1904 die Zahl der Juden, die der Einberufung nicht Folge leisteten, im Vergleich zum Jahr 1903 auf das Doppelte. Einberufen wurden 66.000 Juden, von denen 20.000 ohne gewichtige Gründe nicht Folge leisteten. Von 1.000 Einberufenen verweigerten 300 die Gestellung, während es bei den ethnischen Russen nur 2 von 1.000 waren. Die Juden, die als Reservisten einberufen wurden, desertierten massenhaft auf dem Weg zum Kriegsschauplatz. «

Eine amerikanische Statistik zeigt mittelbar, dass mit dem Beginn des Russisch-Japanischen Krieges eine massenhafte Emigration von Juden im Einberufungsalter einsetzte. In den zwei Kriegsjahren stieg die jüdische Immigration in Amerika besonders stark bei den Arbeitsfähigen (14- bis 44-Jährigen) und den Männern. In den Jahren 1904 und 1905 übersiedelten 29.000 mehr Arbeitsfähige, als man normalerweise erwartet hätte (d. h. im Verhältnis zu den übrigen Immigranten), und an Männern kamen 28.000 mehr, als (im Verhältnis zu den Frauen) zu erwarten gewesen wäre. Nach diesen beiden Jahren normalisierte sich das Verhältnis wieder. (Die Zeitung »Kiewljanin« [»Der Kiewer«] ließ seinerzeit verlauten, dass sich »20.000-30.000 jüdische Soldaten und Reservesoldaten ... während des japanischen Krieges fast bis auf den letzten Mann versteckt und ins Ausland abgesetzt haben«.)

In ihrem Abschnitt über die »Kriegsdienstpflicht in Russland« bringt die »Jüdische Enzyklopädie« eine vergleichende Aufstellung über die Nichtgestellungen einberufener Christen und Juden; und auch nach den offiziellen Zahlen betrug die durchschnittliche Dienstpflichtentziehung bei den Juden und den Christen 30 gegenüber 1 von 1000 im Jahr 1902 und 34 gegenüber 1 im Jahr 1903. Nach der Erläuterung der Enzyklopädie konnte es Vorkommen, dass Juden den Einberufungen wegen Emigration, nicht registrierten Todes oder Rechenfehlern nicht folgten. Doch das unkommentierte Fehlen der Jahre 1904 und 1905 in der Aufstellung macht es unmöglich, über die Nichtgestellungen zur Zeit des Krieges zu urteilen.

Über die Kriegsteilnehmer erklärt die »Enzyklopädie«, dass 20.000-30.000 Juden gekämpft hätten, die 3.000 jüdischen Ärzte nicht mitgerechnet, und weist daraufhin, dass sogar die judenfeindliche Zeitung »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«] den tapferen Einsatz der Juden in diesem Krieg anerkannt habe. Dies stimmt voll und ganz mit dem Bericht General Denikins überein: »In der russischen Armee verschafften sich die jüdischen Soldaten durch Umsicht und Zuverlässigkeit stets eine gute Position, auch in Friedenszeiten. In Kriegszeiten fielen alle Schranken von selbst und die Tapferkeit und der Scharfsinn jedes Einzelnen wurden gleichermaßen anerkannt. « Die Heldenhaftigkeit Josef Trumpeldors, der, obgleich er eine Hand verlor, an der Front bleiben wollte, ist historisch belegt. Und nicht nur er zeichnete sich aus.

Am Ende des für Russland glücklosen Krieges fand sich Präsident Theodor Roosevelt zu einer Vermittlerrolle in den Verhandlungen zwischen Japan und Russland bereit (in Portsmouth, USA). Der Verhandlungsführer Witte erinnert sich an »Deputationen der jüdischen Elite, die zwei Mal in Amerika zu mir kamen, um mit mir über die jüdische Frage zu sprechen«. Das waren Jacob Schiff, der bedeutende Jurist Louis Marshall, Oscar Strauss und andere. Die Lage Russlands war nun höchst misslich und sie zwang den russischen Minister zu einem konzilianteren Ton als 1903. Wittes Argumente »erregte[n] den heftigen Widerspruch Schiffs«. Fünfzehn Jahre später gibt das Delegationsmitglied Kraus, der 1905 bis 1925 Präsident der B'nai-B'rith-Loge war, Schiffs Einwände folgendermaßen wieder: »Wenn der Zar seinem

Volk nicht die Freiheiten gewährt, auf die es ein Recht hat, so wird eine Revolution zur Errichtung einer Republik führen, in welcher diese Freiheiten erzielt werden können. «

In diesen Wochen machte sich noch eine weitere tickende Bombe in den russisch-amerikanischen Beziehungen bemerkbar. Beim Abschied gab Roosevelt Witte eine Warnung an den russischen Zaren mit, wonach das vor langem (1832) zum gegenseitigen Nutzen abgeschlossene Handelsabkommen Schaden nehmen würde, falls in Russland religiöse Beschränkungen auf amerikanische Geschäftsreisende angewendet würden. Dieser Hinweis, der einerseits natürlich prinzipieller Natur war, betraf in der Praxis vor allem die längst gewichtige Zahl russischer Juden, die nach ihrer Emigration die amerikanische Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Sie kamen wieder nach Russland - häufig zu revolutionären Aktivitäten -, doch nun als Kaufleute, für die es keine Einschränkungen hinsichtlich ihrer Tätigkeit oder Bewegungsfreiheit mehr geben durfte. Diese Bombe sollte erst einige Jahre später explodieren.

1904 und schon einige Jahre zuvor erschien in Stuttgart die Zeitschrift »Oswoboshdenie« [»Befreiung«], und die große Masse der russischen gebildeten Gesellschaft gehörte fast unverhohlen im Geiste dem illegalen »Sojus oswoboshdenija« [»Befreiungsbund«] an. Im Herbst 1904 rollte die »Bankettkampagne« durch alle großen Städte Russlands, wo glühende und prophetische Trinksprüche auf den Sturz des »Regimes« ausgegeben wurden. Auch aus dem Ausland reiste man zu den Banketten an, um dort Reden zu halten (zum Beispiel Wladimir Bogoras).

»Das politische Erwachen erfasste alle Kreise der jüdischen Gesellschaft. « Sie ließ sich bereitwillig von diesem politischen Fieber anstecken, ohne Unterschied der Klasse oder Partei. »Viele bedeutende jüdische Persönlichkeiten, sogar national gesinnte, traten ... in den illegalen >Befreiungsbund< ein. « Gemeinsam mit der ganzen russischen liberalen Gesellschaft: waren sie im japanischen Krieg »Defätisten«. Gemeinsam mit der ganzen Gesellschaft ergötzten sie sich an den geglückten »Hinrichtungen« der Minister Bogolepow, Sipjagin und Plehwe. Dabei spornte die ganze russische »progressive« Öffentlichkeit die Juden in dieser Hinsicht auch noch an und hielt es nicht für möglich, dass ein Jude weiter rechts als ein linker Demokrat stehen könnte, sondern er hatte natürlich ein Sozialist zu sein. Ein konservativer Jude, das war abstoßend! Selbst in der akademischen Jüdischen Historisch-Ethnografischen Kommission war »in jenen unruhigen Jahren keine Zeit mehr für ruhige wissenschaftliche Arbeit... Die Devise hieß selbst >Geschichte machen<. « »Die radikalen und revolutionären Strömungen im russischen Judentum hatten ihren Anfang stets darin, dass das Problem der Gleichberechtigung der Juden ... , eine grundlegende historische Aufgabe des russischen Judentums, erst dann gelöst sein wird, wenn das ganze Medusenhaupt mit allen sich darauf windenden Schlangen abgetrennt ist. «

In diesen Jahren wurde das Petersburger Schutzbüro der Juden besonders aktiv und machte es sich zur Aufgabe, »gegen antisemitische Literatur zu kämpfen und angemessene Information über die rechtliche Lage der Juden zu verbreiten, mit dem Ziel vor allem, auf die öffentliche Meinung russischer liberaler Kreise Einfluss zu nehmen«. (Bei diesen Bestrebungen, so schreibt Sliosberg, kam breite Hilfe aus Mitteln der internationalen Jüdischen Kolonisierungs-Gesellschaft JCA.) Doch Einfluss galt es nicht so sehr auf die russische Gesellschaft zu nehmen. In Russland selbst entstanden keine Filialen des Büros, selbst in Moskau, Kiew und Odessa nicht. Auf der einen Seite verschlang die Propaganda des Zionismus »die ganze Energie der intelligenteren Juden«, auf der anderen Seite zog die Propaganda des

»Bund« den größten Teil der intelligenten jüdischen Jugend in ihren Bann. (Sliosberg verurteilte den »Bund« beharrlich, während Winawer widersprach, da er meinte, es sei nicht gut, sich mit dem »Bund« zu Überwerfen, denn dieser »verfugt über Energie und propagandistische Kraft«.) Doch das Schutzbüro knüpfte bald solide, auf gegenseitiger Information und Unterstützung beruhende Bande zum Amerikanisch-Jüdischen Komitee (dessen Präsident Jacob Schiff, später Louis Marshall war), zum Anglo-Jüdischen Komitee (Claude Montefiore, Luden Woolf), zur Alliance Israelite Universelle in Paris und zum Hilfsverein der deutschen Juden (James Simon, Paul Nathan).

M. Krol beschreibt die Tätigkeit so: »Der Lebensnerv unseres Zirkels war das >Pressebüro< [zur Verbreitung] authentischer Informationen über die Lage der Juden in Russland in der zeitgenössischen russischen und ausländischen Presse. « Diese Aufgabe übernahm A. I. Braudo. »Er erfüllte sie hervorragend, hinter den damaligen russischen Bedingungen musste eine solche Arbeit unter größten Vorsichtsmaßnahmen verrichtet werden«, es musste auf »strengste Konspiration« geachtet werden. »Selbst Mitglieder des >Schutzbüros< wussten nicht, auf welche Weise und auf welchen Wegen er es vermochte, die eine oder andere Pressekampagne ins Werk zu setzen ... , ganze Serien von Artikeln, die in damaligen russischen oder ausländischen Organen erschienen und die oftmals großen Eindruck machten, waren den entsprechenden Zeitungen und Zeitschriften entweder von Braudo persönlich oder dank seiner Aktivitäten zugeleitet worden. «

Diese »Zuleitung authentischer Informationen« zu dem Zweck, »die eine oder andere Pressekampagne« anzustoßen, hinterlässt einen etwas unbehaglichen Eindruck, besonders nach all den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. In der heutigen Sprache nennt man das: geschickte Pressemanipulation.

Im März 1905 berief das Schutzbüro in Wilna eine Planungskonferenz der »Union für die Erlangung der Vollberechtigung des jüdischen Volkes in Russland«, doch bei dieser Konferenz löste es sich bald selbst auf und ging in der Führung der »Union für Vollberechtigung« auf. (Der Terminus »Vollberechtigung« war von Winawer vorgeschlagen worden, weil er stärker sei als »Gleichberechtigung«. Heute wird die Organisation aber abgeschwächt als »Union für die Erlangung voller Gleichberechtigung« bezeichnet.)

Man hoffte in dieser neuen Union alle jüdischen Parteien und Gruppierungen zu vereinen. Doch der »Bund« feindete die Konferenz und die Union an, betrachtete sie als bourgeois. Viele Zionisten hingegen verharrten nicht in ihrer zionistischen Abgewandtheit. Der Strudel der beginnenden russischen Revolution brachte Abweichlertum und Spaltung in ihre Reihen, doch waren sich die verschiedenen Strömungen in einem einig: Wie sollte man an dem Bedeutsamen, was sich soeben genau hier abspielte, nicht teilnehmen? Durch ihre Teilnahme nahmen sie auf die eigentlich als rein bürgerrechtlich gedachte Ausrichtung der Konferenz Einfluss. Das Bewusstsein erstarkte, dass es nicht anging, nur um Bürgerrechte zu kämpfen, sondern mit der gleichen Energie musste es auch um nationale Rechte gehen.

Sliosberg wandte sich gegen diesen Einfluss der Zionisten, die »die Juden aus dem Kreise der Bürger Russlands auszugliedern trachten«, solche Forderungen »werden oftmals nur ... zu demagogischem Ziele vorgebracht«. Denn das russische Judentum »war nicht im Mindesten eingeengt, was die Verwirklichung seines nationalen Lebens betrifft... War es überhaupt angebracht, Fragen nach der nationalen Autonomie der Juden aufzuwerfen, wo doch in Wirklichkeit keine einzige Nationalität Russlands Autonomie genoss, zu einer Zeit, da selbst der

orthodoxe Teil des russischen Volkes bei weitem noch nicht frei war in der Verwirklichung seines religiös-nationalen Lebens?« Doch »es war ein Zug jener Zeit, dass die Demagogie bei den Juden von der Straße eine besondere Bedeutung besaß«.

So wurde anstelle der bislang allen einleuchtenden »Gleichberechtigung«, die ja längst nicht erreicht war, doch offenbar momentan auch nicht drängte, die Losung der jüdischen Vollberechtigung ausgegeben. Unter Vollberechtigung verstand man: zusätzlich zur Gleichberechtigung auch noch »nationale Autonomie«. »Übrigens machten sich die, die diese Forderungen erhoben, wohl kaum je deren Sinn und Inhalt richtig klar. Die Einrichtung jüdischer Schulen war durch kein Gesetz behindert, verlangt wurde nur russische Unterrichtssprache ... soweit es sich nicht um Chederschulen handelte. Doch auch ... andere, zivilisiertere Staaten ... hielten an einer Amtssprache für den Verkehr mit der Obrigkeit wie auch in der Schule fest. « Keinerlei »nationale Autonomie« hatten die Juden auch in den Vereinigten Staaten. Doch die »Erlangungsbewegung« [»Union für die Erlangung ... «] wollte innerhalb der Grenzen Russlands eine »national-kulturelle Selbstbestimmung« mit weit gehenden Autonomierechten der jüdischen Gemeinden (und zugleich: ihre Säkularisierung, die Loslösung von ihrem jüdischen religiösen Einfluss - eine sowohl den Zionisten als auch den Sozialisten genehme Idee). Später wurde das als »national-persönliche Autonomie« formuliert. (Dahinter stand, dass die jüdischen kulturellen Einrichtungen vom Staat finanziert würden, dieser aber nicht das Recht hätte, sich in ihre Aktivitäten einzumischen.) Doch wie kann sich eine territorial verstreute Nation »selbst verwalten«? Die zweite Konferenz der Union verabschiedete im November 1905 den Entschluss, eine Allrussische Jüdische Nationalversammlung einzuberufen.

All diese Ideen, einschließlich der »national-persönlichen Autonomie« der Juden in Russland äußerten sich und hielten sich in verschiedenen Ausprägungen bis in das Jahr 1917. Die Union für Vollberechtigung erwies sich hingegen nicht als dauerhaft. Ende 1906 spaltete sich von ihr die antizionistische Gruppe des Jüdischen Volkes (Winawer, Sliosberg, Kuhscher, Sternberg) ab, die das Ziel einer Jüdischen Nationalversammlung ablehnte; bald darauf auch die Jüdische Volkspartei (S. Dubnow, geistiger und kultureller Nationalismus, insbesondere die Gewährung des Rechts auf den Gebrauch der hebräischen Sprache überall im öffentlichen Leben — doch mit welchen Mitteln und auf welche Weise?); und schließlich die Jüdische Demokratische Gruppe (Bramson, Landau), die der Gruppe der Werktätigen, den Trudowiken, nahe stand. Die Union für Vollberechtigung wurde beschuldigt, der Partei der Konstitutionellen Demokraten nahe zu stehen und daher »nicht die jüdische Bevölkerung Russlands vertreten« zu können, die Zionisten sahen in der »Erlangungsbewegung« »kaum etwas anderes als in der Assimilationsbewegung«, und die Sozialisten hielten ihr vor, bourgeois zu sein. Anfang 1907 hörte die Union auf zu existieren.

Die Zionisten entbrannten mehr und mehr für die scheinbar in rasendem Tempo herannahende russische Revolution, und im November 1906 erkannte ihr allrussischer Kongress in Helsingfors »die Notwendigkeit, den Blick nicht nur auf die alltäglichen Nöte und Bedürfnisse der russischen Juden zu richten, sondern ihnen auch in ihrem politischen und gesellschaftlichen Kampf beizustehen«. Jabotinsky bestand darauf, dass in das zionistische Programm die Forderung nach Errichtung einer Volksherrschaft in Russland aufgenommen werde; D. Pasmanik verhinderte dies durch den Einwand, dass »eine solche Forderung nur die erheben können, die bereit sind, auf die Barrikaden zu gehen«. Schließlich: Der Kongress

»billigt die Mitwirkung von Zionisten an der Befreiungsbewegung«. Doch diese lag nach dem Scheitern des Wyborger Aufrufs gerade am Boden.

Der Autor dieses Programms, Jabotinsky, begründete das so: Das letztliche Ziel des Zionismus kann nur über einige Jahrzehnte hinweg erreicht werden, und durch den Kampf um die Vollberechtigung werden die Juden das Anhegen des Zionismus besser begreifen. Freilich räumte Jabotinsky ein: »Wir überlassen dabei die vorderste Führungsreihe den Vertretern der Mehrheitsbevölkerung. Wir erheben nicht den unerfüllbaren Anspruch auf Führung, sondern wir schließen uns an. « Das heißt, einstweilen lassen wir Palästina ruhen und werden zunächst in Russland kämpfen. Drei Jahre zuvor hatte Plehwe Herzl erläutert, dass er genau diese Wendung im Zionismus befürchtete.

Sliosberg sieht die Rolle der Zionisten durchaus nicht bescheiden: »Die Zionisten beschlossen nach dem Helsingforser Kongress, alle Bereiche jüdischer gesellschaftlicher Aktivitäten in ihre Hände zu nehmen«, sie bemühten sich darum »vor Ort an Einfluss zu gewinnen«. (In der ersten Staatsduma waren von zwölf jüdischen Abgeordneten fünf Zionisten.) Doch er merkt auch an: Die ganze Zersplitterung der Juden auf so viele Parteien sei eine »Angelegenheit kleiner gebildeter Zirkel«, nicht der jüdischen Massen, und die Propaganda dieser Gruppierungen »schafft nichts als Verwirrung in den Köpfen«.

Bei all dieser Zersplitterung blieb in der Tat unklar: Für welche Rechte - gleiche oder volle, bürgerliche oder nationale - kämpften die russischen Juden?

Vergessen wir nicht: »Alle diese Intelligenzlergruppen ... enthielten keine Elemente des orthodoxen Judentums, welches letztendlich die Notwendigkeit der Organisiertheit zum Zweck des Kampfes gegen die sich ausbreitenden antireligiösen Stimmungen in der jüdischen Jugend erkannte. « So »begann das, was später zu Agudat Israeli werden sollte«. Diese Bewegung war von der Sorge darüber getragen, dass »revolutionäre jüdische Elemente unter der unreligiösen jüdischen Jugend geworben wurden«, während »die meisten Juden und besonders die orthodoxen in ihren Bemühungen um Rechte und die Beseitigung der Beschränkungen dabei treue Untertanen des Zaren blieben und Gedanken an einen Umsturz der bestehenden Ordnung fern standen«.

Beim Studium der Geschichte des russischen Judentums zu Anfang des 20. Jahrhunderts liest man selten etwas über die orthodoxen Juden. Sliosberg meinte dazu einmal zum Ärger des »Bund«: »Wenn ich die Melamdim hinter mir habe, so stütze ich mich auf eine größere Zahl Juden als die Führer des >Bund<, denn es gibt im jüdischen Volk mehr Melamdim als Arbeiter. Mit der Säkularisierung der jüdischen Gesellschaft waren die jüdischen Gemeinden des Ansiedlungsrayons keineswegs verschwunden.

Auch waren die alten Fragen, die ihre Lebensweise, ihre religiöse Bildung und die Rolle der Rabbiner betrafen, nicht verschwunden. Schon während der vorübergehenden Ruhe des Jahres 1909 wurde auf einem Kongress in Kowno eine Reform der jüdischen Gemeinden grundlegend diskutiert. »Die Arbeit des Kongresses war außerordentlich fruchtbar, und kaum ein jüdischer Kongress kann sich [mit diesem] bezüglich der Ernsthaftigkeit und Durchdachtheit der getroffenen Entscheidungen messen. «

»Der orthodoxe Teil befand sich in einem nicht immer offenen, eher verborgenen Kampf gegen die jüdische Intelligenzija. Es war klar, dass er durch die Verurteilung der Freiheitsbewegung unter den Juden versuchte, das Wohlwollen der Regierung zu erregen. «

Doch es war schon zu spät. 1905 war der Autokratie die Ordnung im Lande völlig entglitten. Das traditionelle Judentum indes verlor in diesem Jahr nicht zum ersten Mal eine ganze Generation an den Zionismus, an den weltlichen Liberalismus, seltener an den aufgeklärten Konservativismus und - am folgenschwersten - an die revolutionäre Bewegung.

*

Die neue revolutionäre Bewegung trat mit der Jahrhundertwende in Erscheinung. Ihre Führer Grigorij Gerschuni und Michail Goz waren entschlossen, den Terror der Narodowolzen wieder aufzunehmen. »Gerschuni nahm die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe auf sich, in Russland eine neue revolutionäre Partei zu gründen, die eine würdige Fortsetzung der >Narodnaja wolja< [>Volkswille<] sein sollte. « »Es gelang dem Organisationstalent Gerschuni und einigen aufopferungsfreudigen Revolutionären schon Ende 1901 [sie] zu gründen. « »Zugleich ... wurde eine Kampforganisation gebildet. Gründer und Spiritus Rector dieser ungewöhnlichen Organisation war derselbe Gerschuni. « Die Juden spielten in der Partei der Sozialrevolutionäre »in den ersten Jahren ihres Bestehens eine markante Rolle. « Da waren »An-skij-Rappoport, Ch. Shidowskij, Ossip Minor, I. Rubanowitsch« und auch wieder Mark Nathanson. In der Kampforganisation waren »Abraham Goz, Dora Brilliant, L. Silberberg«, von dem berühmten Asef nicht zu reden. Unter den kämpfenden Sozialrevolutionären begann M. Trilisser, der künftige hohe Tschekist seinen Weg. »Unter den regulären Mitgliedern der Partei der Sozialrevolutionäre waren auch viele Juden«, obgleich, so meint D. Schub, »sie in ihr stets eine unbedeutende Minderheit bildeten«. Nach seiner Darstellung war diese die »russischste« revolutionäre Partei. Die Parteizentrale wurde aus Sicherheitsgründen ins Ausland verlegt (was beispielsweise der »Bund« nicht tat), und zwar nach Genf zu M. Goz und O. Minor. Der unbezähmbare »Tiger« Gerschuni, der mit geschickten Ränken die Aufmerksamkeit Subatows von sich abgelenkt hatte, zog erfolgreich durch viele Gouvernements Russlands - ähnlich wie B. Sawinkow -, bereitete terroristische Akte vor und überzeugte sich von ihrer Ausführung. So war er auf dem Isaaksplatz bei der Ermordung Sipjagins zugegen, war auch in Ufa bei der Ermordung des Gouverneurs Bogdanowitsch in der Nähe und in Charkow bei der Ermordung des Gouverneurs Obolenskij, wie auch auf dem Newskij Prospekt beim erfolglosen Attentat auf Pobedonoszew. Die Ausfuhrenden der Terrorakte waren in allen Fällen »Christen«, wie P. Karpowitsch, S. Balmaschew, E. Sosonow und andere. (Die Bomben für die Ermordung Plehwes, des Großfürsten Sergej Alexandrowitsch und für die geplanten Ermordungen des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch und der Innenminister Bulygin und Durnowo waren von Maximilian Schweizer hergestellt worden, der sich 1905 beim Bau einer Bombe selbst in die Luft sprengte.) Der zufällig verhaftete Gerschuni wurde zum Tode verurteilt, ohne sein Ersuchen von höchster Stelle begnadigt und floh 1907 erfindungsreich in einem Krautfass aus Akatuj und dann über Wladiwostok und Amerika nach Europa; die zaristische Regierung verlangte seine Auslieferung aus Italien, doch die liberale Gesellschaft Europas forderte einmütig, man möge ihn nicht ausliefern. Einfluss nahm auch Clemenceau, ebenfalls ein »Tiger«, wie man weiß. Gerschuni starb bald darauf an einem Lungensarkom. Unter den Sozialrevolutionären Terroristen tat sich auch Abraham Goz hervor, auf dessen Rechnung die aktive Teilnahme an den Attentaten auf Durnowo, Akimow, Schuwalow, Trepow und Beteiligung an den Ermordungen Mins und Rimans gehen. (Zu seinem Unglück lebte er

allerdings viel länger als sein früh verstorbener älterer Bruder und hatte später reichlich unter den Bolschewiken zu erdulden.)

Kühner als die vorhergehende revolutionäre Generation machte man sich jetzt daran, mit der Geschichte zu spielen. Weniger bekannt, doch einiger Aufmerksamkeit wert ist Pinchus (Pjotr) Rutenberg. 1905 bildete er in Petersburg Kampfgruppen und versorgte sie mit Waffen. Er war ein Inspirator und Mitkämpfer Gapons am 9. Januar 1905 (dem »Blutsonntag«), und 1906 »wurde er nach der Gründung der Partei der Sozialrevolutionäre zum Organisatoren und Anführer von dessen Ermordung« (und noch später veröffentlichte er seine Aufzeichnungen unter dem Titel »Die Tötung Gapons«). 1919 emigrierte er nach Palästina, wo er sich durch die Elektrifizierung des Landes Ruhm verschaffte. Dort bewies er, dass er fähig war, etwas aufzubauen, doch in seinen frühen Jahren in Russland war er kein Ingenieur, sondern ein Destrukteur. - Wenden wir uns ab vom weiteren Schicksal dieses »Studenten Zions«, dieses verantwortungslosen Anstifters des sinnlosen Sweaborger Aufstandes, der dem massenhaften Gemetzel selbst geschickt entkam.

Außer den Sozialrevolutionären wuchsen Jahr für Jahr neue sozialdemokratische Kämpfer, Schwadroneure und Theoretiker heran. Manche von ihnen schienen für kurze Zeit und in engen Kreisen überaus bedeutsam, wie Alexandra Sokolowskaja, die schließlich nur als erste Ehefrau und Mutter zweier Töchter Trotzkijs in die Geschichte einging. Unverdient wenig spricht man von Sinowij Litwin-Sedoj, dem Stabschef der Einhei-ten aus dem Bezirk Krasnaja Presnja im Moskauer bewaffneten Aufstand, und von Sinowij Dosser aus der »Führungstroika« dieses Aufstandes. Weitere Führer des Moskauer Aufstandes waren W. L. (»Marat«) Schanzer, Lew Kafenhausen, Lubozkij-Sagorskij (der für beinahe 100 Jahre der Stadt Sergiew Posad sein Pseudonym verlieh) und Martin Mandelstam-Ljadow, ein Mitglied der von der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eingerichteten Exekutivkommission für einen bewaffneten Aufstand. Weitere, wie F. Dan oder O. Nachamkis, hatten ihre großen Auftritte noch vor sich- im Jahr 1917.

Ungeachtet der Feindseligkeit Bakunins gegenüber den Juden wurden viele von ihnen zu Führern und Theoretikern der Anarchisten. »Andere russische Anarchisten, zum Beispiel Kropotkin, verhielten sich gegenüber den Juden nicht ablehnend und bemühten sich, [sie] anzuwerben. «

Unter den Anführern sind besonders zu nennen: Jakob Nowomirskij, Alexander Ge, Lew Tschornyj, W. Gordin. Ein anderer Anführer der Anarchisten, Ju. Grossman-Roschtschin, erinnert sich voller Hochachtung an Aron Jelin aus Bialystok: »ein viel gerühmter Terrorist«, doch nicht nur »ein Meister des Feuers und des Blutes«, »er verfiel niemals ... in »mechanisches Kämpfertum«. »Der weniger geduldige Teil der jüdischen Massen ... sucht nach einem schnelleren Weg zur Erreichung einer sozialistischen Ordnung. Ein Hilfsmittel, »einen Rettungswagen zu diesem Ziel sah man im Anarchismus«. Besonders stark fühlten sich die Juden in Kiew und in Südrussland vom Anarchismus angezogen. So finden wir in den Materialien über Bogrow viele weniger bedeutende Anarchisten, die nicht in die Geschichte eingegangen sind.

Wir erwähnten es bereits, doch lohnt es der Wiederholung: Die Juden liefen nicht nur wegen der Bedrückungen massenhaft der Revolution zu. »Die Beteiligung der Juden in der gesamtrussischen Revolutionsbewegung lässt sich nur in sehr geringem Grade mit ihrer Ungleichberechtigung erklären ... Die Juden teilten lediglich die allgemeine Stimmung« des

Kampfes gegen die Autokratie. Verwundert dies? Die Jugend aus den gebildeten Familien, sowohl den russischen wie den jüdischen, die über Jahre zu Hause Dinge wie »die Verbrechen der Obrigkeit« und »Mörderregierung« zu hören bekommen hatte, stürzte sich nun mit aller Energie und Wut in die revolutionären Geschehnisse. So auch Bogrow.

1905 beschuldigte der jüdische Historiker S. Dubnow alle jüdischen Revolutionäre des »nationalen Verrats«. In seinem Aufsatz »Knechtschaft in der Revolution« schrieb er: »Die vielköpfige Armee der jüdischen Jugend, die ihren bedeutenden Platz in den Reihen der Russischen Sozialdemokratischen Partei einnimmt und dort sogar ihre eigenen »Kommandeure« hervorbringt, hat jedwede Verbindung mit dem Judentum abgebrochen ... Ihr seid keine Schöpfer, sondern Tagelöhner der Revolution und ihre Makler. «

Doch im Laufe der Zeit gingen die Erwachsenen mehr und mehr dazu über, ihre revolutionäre Jugend zu unterstützen. Diese Erscheinung verstärkte sich in der neuen »Väter«-Generation und war im Allgemeinen bei den Juden stärker als bei den Russen. Das Mitglied der Staatsduma Mejer Bomasch meinte zehn Jahre später (1916): »Wir bereuen nicht, dass Juden am Befreiungskampf teilgenommen haben ... Sie kämpften für eure Freiheit. « Ein halbes Jahr später, im März 1917, schon im Lichte der neuen Revolution, erklärte der berühmte Advokat O. O. Grusenberg vor den Führern der Interimsregierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat leidenschaftlich und mit gutem Grund: »Wir haben der Revolution großzügig einen riesigen »Zehnt« unseres Volkes gegeben, fast seine ganze Blüte, fast seine ganze Jugend ... Und als sich 1905 das revolutionäre Volk erhob, da füllten unzählige jüdische Kämpfer mit unbändiger Kraft seine Reihen. « Dazu auch andere: »Die historische Situation für die jüdischen Massen in Russland sah so aus, dass sie als Teilnehmer an der Revolution gar nicht aktiver sein konnten. « »Die Juden verbanden die jüdische Frage in Russland mit dem Triumph der in ihr enthaltenen fortschrittlichen Ideen. «

Die allgemeine Glut der russischen revolutionären Bewegung wurde zweifellos durch die der jüdischen Revolutionäre angefacht.

Doch eine aus nichtadligen Intellektuellen und Handwerkern bestehende Jugend konnte allein noch keine Revolution machen. Eine der ersten Aufgaben war es, die russischen und vor allem die Petersburger Industriearbeiter zu erreichen, mitzureißen und in den Kampf zu führen. Doch wie der damalige Direktor des Polizeidepartements bemerkt: »In ihrer Frühphase waren der Arbeiterbewegung ... politische Ambitionen fremd. « Selbst am Vorabend des 9. Januar, bei der »Dringlichkeitsversammlung der Arbeiter vom 27. Dezember wurde ein Jude, der versuchte, politische Agitationsreden zu halten und Proklamationsschriften zu verteilen, von den Arbeitern aus dem Saal gejagt, und drei Jüdinnen, die politische Agitation betrieben, wurden verhaftet«.

Um die Petersburger Arbeiter wirklich mitreißen zu können, bedurfte es der pseudo-orthodoxen Agitation Gapons.

Am 9. Januar, noch lange vor den ersten Schüssen der Armee, führte der junge Semjon Rechtsammer (der Sohn des Verwalters einer Aktiengesellschaft für Warenlager und Getreideprodukte) die einzige an diesem Tag errichtete Barrikade (an der 4. Linie auf der Wassilij-Insel) mit Unterbrechung der Telegrafen- und Telefonleitungen und einem anschließenden Überfall auf eine Polizeiwache an. Übrigens führten die Arbeiter auf der Wassilij-Insel zwei Tage später eine »besonders bedeutsame« »Verprügelung der Intellektuellen« durch. Bekanntlich nahm die russische revolutionäre Emigration in Europa die Berichte über

die Erschießungen in Petersburg mit einer Mischung aus Entsetzen und Entzücken auf: Endlich!! Jetzt bricht es los!! An die Verbreitung dieses Entzückens und des Aufstandes im Ansiedlungsrayon machte sich der nimmermüde »Bund«, in dessen Parteihymne (die Anskij als »die Marseillaise der jüdischen Arbeiter« bezeichnet hatte) es hieß:

»Nicht länger lieben wir die Feinde,

Wir woll'n sie hassen immerzu!!

... Die Scheite schlichtet! Am Brennholz wird's nicht mangeln,

Rund um die Welt das heil'ge Feuer brenn!!«

(Übrigens wurde die »Internationale« schon 1902 von Arkadij Koz ins Russische übersetzt, wobei jene Worte entstanden, die später gebetsmühlenartig mehreren Generationen eingebläut wurden: »Wacht auf, Verdammte dieser Erde« und »Reinen Tisch macht mit dem Bedränger«.)

Der »Bund« verbreitete unverzüglich seinen Aufruf (»in circa 200.000 Exemplaren«): »Die Revolution hat begonnen. Sie hat in der Hauptstadt aufgelodert und geht um wie ein Flächenbrand über das ganze Land ... Bewaffnet euch! Überfallt Waffengeschäfte und nehmt alle Waffen ... Macht alle Straßen zu einem einzigen Schlachtfeld!«

Im Bericht der frühsowjetischen »Roten Chronik« heißt es: »Die Petersburger Ereignisse vom 9. Januar erregten großen Widerhall in der jüdischen Arbeiterbewegung: Sie zogen fast im ganzen Ansiedlungsrayom massenhafte Aufmärsche des jüdischen Proletariats nach sich. An der Spitze dieser Aufmärsche stand der ›Bund‹. « Um diese Massenhaftigkeit zu gewährleisten, zogen Einheiten des »Bund« durch die Handwerksbetriebe,

Manufakturen und Fabriken und sogar zu den Arbeiterfamilien und riefen sie dazu auf, die Arbeit niederzulegen, mutwillig den Dampf aus den Kesseln zu lassen, die Antriebsriemen abzuziehen. Den Besitzern der Produktionsstätten drohte man, mancherorts wurde auf sie geschossen, und in Witebsk wurde ein Besitzer mit Schwefelsäure bespritzt. Das war »kein plötzlicher Ausbruch der Massen, sondern er war sorgfältig vorbereitet und organisiert«. Doch N. Buchbinder klagt: »Bei den Streiks nahmen fast überall nur die jüdischen Arbeiter teil... In einer ganzen Reihe von Städten leisteten russische Arbeiter den Versuchen, Manufakturen und Fabriken zu blockieren, starken Widerstand. « Jeweils einwöchige Streiks fanden in Wilna, Minsk, Gomel und Riga statt, und in Libau dauerte er zwei Wochen. Natürlich mischte sich die Polizei ein, und in einer Reihe von Städten bildete der »Bund« »Kampfeinheiten für den Kampf gegen den Polizeiterror«. In Krynki (Gouvernement Grodno) vertrieben die Ausständigen die Polizei mit Schüssen aus dem Schted und unterbrachen die Telegrafenverbindungen. Zwei Tage lang gab es keine Obrigkeit, es herrschte das Streikkomitee. »Die Tatsache, dass die Arbeiter, unter denen die Juden überwogen, schon Anfang 1905 die Macht übernehmen konnten, war sehr bedeutsam für die Revolution und weckte viele Hoffnungen. « Gewiss konnte es wegen der hohen Aktivität des »Bund« »den Anschein haben, dass es sich vor allem um unzufriedene Juden handelt, die da protestieren, und dass die übrigen Völker [im Russischen Reich] gar nicht so revolutionär sind«.

Zu dieser Zeit lag die Stärke der Revolutionäre in den offen bewaffneten »Selbstschutz«-Einheiten, die schon beim Gomeler Pogrom zum Einsatz gekommen waren und nun stark

anwuchsen. »Der Selbstschutz ... war gewöhnlich eng mit den Kampfeinheiten der Parteiorganisationen verknüpft... Man kann sagen, dass der ganze jüdische Ansiedlungsrayon von einem Netz bewaffneter Selbstschutzgruppen überzogen war, das mit seinen Kampfaktivitäten eine große Rolle spielte ... Gegen diese Gruppen konnte nur eine organisierte Armee antreten. « Auf der Höhe der Revolution schlossen sich auch zionistische Parteien unterschiedlicher Färbungen an: In den Reihen des Selbstschutzes wirkte »Poale Zion besonders aktiv« mit, ebenso die »bewaffneten Einheiten der Sozialistischen Zionisten«, und auch die Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei »stellte Kampfeinheiten auf«. Auf diese Weise »waren die Sozialisten unter den Zionisten aller Ausrichtungen in den Augenblicken des revolutionären Kampfes mit uns zusammen«, berichtet S. Dimanstein, ein späterer bedeutender Bolschewik.

Seine kriegerischen Aktivitäten setzte der »Bund« auch in allen folgenden Monaten des schwankend-wechselvollen Jahres 1905 fort. Hier sind besonders die Aprilereignisse in Shitomir zu nennen. Nach der »Jüdischen Enzyklopädie« war das ein Judenpogrom, und zwar ein »von der Polizei organisierter«. Dimanstein wiederum, der sich selbst als »aktiven Teilnehmer der Revolution von 1905 im Gebiet des so genannten Ansiedlungsrayons« bezeichnet, schreibt: »Das war kein Pogrom, sondern eine Schlacht mit der Armee der Konterrevolution. « Die alte »Jüdische Enzyklopädie« teilt hierzu mit, dass an die 20 Juden getötet worden seien, die neue: »um die 50 (nach anderen Zeugnissen um die 35)«. Und ebenfalls hier: »Die Unruhen begannen nach provokatorischen Meldungen, wonach Juden vor der Stadt angeblich auf ein Zarenporträt geschossen hätten. « Der »Prawitelstwennyj Westnik« [»Regierungsbote »] teilt mit, zwei Wochen vor dem Pogrom hätten »Menschenansammlungen ... von bis zu 300 Personen vor der Stadt ... Schießübungen mit Revolvern ... auf das Porträt des Herrschers« durchgeführt. Danach gab es in der Stadt selbst einige Raufereien zwischen Juden und Christen, wobei nach dem »Prawitelstwennyj Westnik« meist die Juden die angreifende Seite waren. Am Tag der eigentlichen Ereignisse »leisteten die Einheiten des jüdischen Selbstschutzes den Pogromisten heldenhaft Widerstand«. Dem Shitomirer Selbstschutz zur Hilfe kommend machte sich aus einem nahe gelegenen Schtetl eine bewaffnete Gruppe junger jüdischer Männer auf den Weg, die dann auf dem Weg im Schtetl Trojanow »von ukrainischen Bauern« aufgehalten wurde. »Die Selbstschutzler versuchten in den Häusern der dort lebenden Juden Unterschlupf zu finden, doch diese ließen sie nicht zu sich und gaben den Bauern Hinweise darauf, wo sich zwei versteckt hatten« - ein charakteristischer Fall. »Zehn Personen aus der Einheit wurden getötet. «

In diesen Jahren verfiel man auf noch einen bemerkenswert erfolgreichen Kunstgriff: »Die Begräbnisse der Revolutionsopfer waren damals eine der besten Arten der Agitation, die auf die Massen eine höchst aufrührerische Wirkung hatten«, sodass »die Kämpfer in dem Bewusstsein handelten, dass ihr Tod der Revolution guten Nutzen bringen würde, da in den vielen Tausenden, die bei den Begräbnissen anwesend waren, Rachegefühle geweckt würden«. Zudem waren »Begräbnisdemonstrationen vergleichsweise einfach zu veranstalten. Die Vertreter der liberalen Gesellschaft hielten es für ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich die Polizei in die Begräbnisse nicht einmischte. « So »wurden die Beerdigungen zu einem der Grundpfeiler der revolutionären Propagandamethoden im Jahr 1905«.

Im Sommer 1905 »gab es starken Druck seitens der Polizei, doch gab es auch zahlreiche Fälle der Rache vonseiten der Arbeiter, so wurden Bomben auf Militär- und Kosakenpatrouillen geworfen, Polizisten verschiedener Dienstgrade getötet oder verletzt, und all das wurde in

großem Umfange betrieben«, denn es ging »um die Frage von Abbruch oder Ausbruch der Revolution im jüdischen Rayon«. In Gomel töteten Kosaken einen Bundisten. Auf seinem Begräbnis versammelte sich eine 8000-köpfige Menschenmenge, es gab revolutionäre Reden auf dem Friedhof- und die Revolution schreitet unaufhaltsam voran! Als es dann galt, gegen die Einberufung der (beratenden) Bulygin-Duma zu protestieren, da »verlagerte sich [die Kampagne] von der >Börse< im jüdischen Ansiedlungsrayon in die Synagogen ... Dort erschienen zu den Gebetszeiten Parteiredner ... im Schutze ihrer Kampfeinheiten, die sich dort gemeinsam mit dem Redner einfanden und alle Ausgänge besetzten ... Auf diesen Versammlungen wurden die vorgeschlagenen, schon vorher vorbereiteten Resolutionen gewöhnlich ohne jedweden Widerspruch angenommen. « Was blieb den armen betenden Juden denn übrig? Versuche doch mal einer diesen Kerlen zu widersprechen! Das ging nicht: »Es ist unmöglich, die Revolution in dieser Phase aufzuhalten . . ,«

Das Projekt für die Einberufung dieser beratenden Duma, zu der es nach den Ereignissen von 1905 nicht mehr kam, sah zunächst kein Wahlrecht für die Juden vor, und zwar aufgrund der Überlegung, dass sie ein solches ja auch in den städtischen Selbstverwaltungen nicht hatten. Doch die Wucht der Ereignisse des Jahres 1905 verstärkte sich, die von den Gouvernementsverwaltungen ernannten Judenvertreter in den städtischen Dumen legten allerorten demonstrativ ihre Vollmachten nieder, und im Dumawahlgesetz vom August erhielten die Juden bereits ein Stimmrecht. Doch die Revolution rollte voran und die Öffentlichkeit lehnte die beratende Duma als Ganze ab, sodass es nie zu ihrer Einberufung kam.

Mit schwankender Intensität hielt sich die Spannung im Lande das ganze Unglücksjahr 1905 hindurch, und die zaristische Regierung konnte mit dem Fortgang der Ereignisse nicht Schritt halten. Im Herbst rüstete man sich zum Streik der Eisenbahner und anderer Berufsgruppen. Die Spannung im Ansiedlungsrayon ließ nun überhaupt nicht mehr nach. Im Nordwesten vermerkte man Anfang Oktober »ein starkes Anwachsen ... der revolutionären Energie der Massen«, »es fanden neuerlich Versammlungen in den Synagogen statt« (wie gehabt mit Kampfeinheiten an den Türen, die die gläubigen Juden in Schach hielten), »man bereitete sich fieberhaft auf einen Generalstreik vor«. Bei einer vom Gouverneur genehmigten Versammlung in Wilna »wurde auf ein dort stehendes monumentales Zarenporträt geschossen, und manche hieben mit Stühlen Löcher hinein«, und eine Stunde später schoss man auf der Straße auch schon auf den leibhaftigen Gouverneur selbst, so ging es zu im Jahre 1905! In Gomel beispielsweise gelang es der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht, sich mit dem »Bund« zu einigen, »und sie agierten unkoordiniert«, die Sozialrevolutionäre »zogen gemeinsam« mit den Zionisten- Sozialisten; und es »wurden Bomben gegen die Kosaken geworfen, welche [zur Antwort] auf alles und jeden zu schießen begannen und auf alle einprügelten, die ihnen in den Weg kamen, ohne Ansehen der Nationalität«. Jawohl, so geht das im gloriosen Feuer der Revolution!

Es erstaunt nicht, dass »an vielen Orten ... aktiver Widerstand wohlhabender und religiöser Elemente unter den Juden gegen die Revolution zu beobachten war. Sie halfen der Polizei dabei, jüdische Revolutionäre zu fangen, Demonstrationen und Streiks niederzuschlagen usw. « Und das nicht etwa, weil es ihnen heb gewesen wäre, auf der Seite der Regierung zu stehen. Doch da sie sich nicht von Gott abgewandt hatten, mochten sie die Zerstörung von Leben nicht mit ansehen. Umso mehr wollten sie kein revolutionäres Gesetz, denn sie hielten

ihr Gesetz in Ehren. Für die jungen Revolutionäre war die religiöse »Union der Juden« in Bialystok und an anderen Orten »schwarzhundertschaftierisch«.

Der Bolschewik Dimanstein fasst zusammen, dass nach dem Generalstreik vom Oktober »der ›Bund‹, die Zionisten-Sozialisten und andere jüdische Arbeiterparteien ... zum Aufstand aufriefen«, jedoch »machten sich Ermüdungserscheinungen bemerkbar«. Der mit den Bolschewiken in Übereinstimmung stehende »Bund« boykottierte dann auch die Wahlen zur ersten Staatsduma Anfang 1906 und hegte noch immer Hoffnungen auf einen weiteren Ausbruch der Revolution. Nach deren offensichtlichem Scheitern gab er sich dann allerdings mit dem Menschewismus zufrieden. Auf der fünften Versammlung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1907 waren von 305 Deputierten 55 Bundisten. Schließlich wurde der »Bund« sogar »zu einem der Verfechter eines extremen Jiddischismus«.

In dieser angeheizten und für die Obrigkeit überaus bedrohlichen Lage überredete Witte Nikolaus II. dazu, das Manifest vom 17. Oktober 1905 zu erlassen. (Genauer gesagt: Witte wollte es als trockene Mitteilung der Regierung veröffentlichen, und Nikolaus selbst bestand auf der pathetischen Geste eines Zarenmanifests. Er glaubte daran, damit die Herzen der Untertanen zu rühren.) A. D. Obolenskij, der in Wittes Auftrag den ersten Entwurf des Manifests verfasst hatte, berichtet, dass unter den drei Absätzen, die er vorgesehen hatte, anfangs ein gesonderter Absatz über die Rechte und Freiheiten der Juden war, den Witte dann aber (vermutlich auf Verlangen des Zaren) umformulierte in einen allgemeinen Absatz über die Unverletzbarkeit der Person und die Gewissens-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Über die jüdische Gleichberechtigung verblieb nichts Ausdrückliches. »Nur in der gemeinsam mit dem Manifest veröffentlichten Rede ... Wittes wurde die Notwendigkeit der ›Gleichheit aller russischen Untertanen vor dem Gesetz ohne Ansehen des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität erwähnt. «

Doch Zugeständnisse sollte man beizeiten machen und aus einer Position der Stärke heraus, nicht unter Bedingungen bereits fortgeschrittener Schwächung. Die liberale und revolutionäre Gesellschaft legte das Manifest schadenfroh als Kapitulation aus und lehnte es ab. Damit wurden sowohl der Herrscher als auch Witte getroffen. Jemand aus der jüdischen Intelligenzija meinte: »Das Ziel war erreicht, auf das die anständigen Menschen Russlands jahrzehntelang hingearbeitet hatten ... Ein im Prinzip freiwilliger Verzicht des Herrschers auf die autokratische Macht und die Selbstverpflichtung, die Gesetzgebungsgewalt den Volksvertretern zu übergeben ... Eigentlich hätte die Nachricht über diese Wende alle mit Freude erfüllen müssen«, und doch begegnete man ihr unversöhnlich und revolutionär wie je: Der Kampf geht weiter! Auf den Straßen wurden nationale Flaggen, Zarenporträts und Staatswappen zerrissen.

Die Aufzeichnungen zu einem Gespräch Wittes mit Vertretern der Petersburger Presse am 18. Oktober, am Morgen nach dem Manifest, sind aufschlussreich. Witte erwartete offenbar Dankbarkeit und rechnete mit der einmütigen Unterstützung der Presse bei der Besänftigung der Gemüter, er bat förmlich darum. Doch als Antwort - angefangen mit der strikten Ablehnung des Herausgebers der »Birshewye Wedomosti« [»Börsennachrichten«] S. M. Propper, dann von Notowitsch, Chodskij, Arabashin, Annenskij — bekam er nur zu hören: Sofort eine politische Amnestie verkünden! »Die Forderung nach einer Amnestie ist kategorisch!« Und: »General Trepow muss aus der Funktion des Generalgouverneurs St. Petersburgs entfernt werden. Das ist der Beschluss des Zeitungsverbands. « Der Beschluss des Zeitungsverbands! Die Kosaken- und Armeeverbände seien aus der Hauptstadt abzuziehen: »Wir werden keine

Zeitungen herausgeben, solange die Armee nicht abzieht!« Die Armee sei die Ursache der Unruhen ... Den Schutz der Stadt der »Volksmiliz« übergeben! (Das heißt den revolutionären Einheiten. Und das wiederum heißt in Petersburg die Voraussetzungen für eine Schlacht schaffen, wie wir sie bald in Odessa sehen werden. Oder, wenn wir etwas weiter blicken, schon im Oktober 1905 in Petersburg die Voraussetzungen für die künftige Februarrevolution schaffen.) Witte verlegte sich in seiner Not aufs Bitten: »Lassen Sie mir doch eine Verschnaufpause«, »helfen Sie mir, geben Sie mir ein paar Wochen«; drückte ihnen sogar allen die Hände. (Er selbst erinnert sich: »Diese Forderungen [aus dem Munde Proppers] waren für mich ein deutliches Zeichen, dass die Presse den Verstand verloren hatte. «) Trotz allem hatte die Regierung genügend Verstand und Mut, der Bitte um die Schaffung einer Anarchie nicht zu entsprechen - in der Hauptstadt geschah dann auch nichts Schlimmes.

(Zu Propper erinnert sich Witte, dass er »als armer Jude aus dem Ausland nach Russland gekommen war, der nur schlecht Russisch sprach ... Er machte seinen Weg in der Presse und wurde schließlich zum Herrn über die >Börsennachrichten<, indem er sich in den Vorzimmern einflussreicher Leute herumdrückte ... Als ich noch Finanzminister war, bettelte [Propper] bei mir darum, die Amtsmitteilungen publizieren zu dürfen und um diverse Vergünstigungen, und schließlich erbettelte er sich bei mir auch noch den [Titel] Kommerzienrat. « Aber bei diesem Treffen »forderte er, nein erklärte er ziemlich frech«: »Wir glauben der Regierung überhaupt nichts. «)

Der sich in der radikalen Presselandschaft etwas abhebende »Kiewljanin« brachte in diesem selbigen Oktober den Bericht eines Offiziers, der nach anderthalbjähriger japanischer Gefangenschaft just in jenen Oktobertagen nach Moskau zurückgekehrt war und zunächst durch die Großzügigkeit des dem Land einen guten Weg eröffnenden Zarenmanifests zu Tränen gerührt war. Doch die Moskauer Menschenmenge empfing ihn allein wegen seines Äußeren in der Kampfuniform des Frontoffiziers mit: »Büttel, Günsding, Zarenknecht ... « Bei einer großen Versammlung auf dem Theaterplatz »rief der Redner zum Kampf, zur Zerstörung auf«. Ein weiterer Redner begann mit »Nieder mit der Autokratie!«. »Sein Akzent verriet seine jüdische Herkunft ... und die Russen hörten nur zu, nicht einer sagte auch nur ein Wort als Erwiderung. « Man nickte zu all den kränkenden Schmähungen gegen den Zaren und seine Familie und zu dem Aufruf, sämtliche Kosaken, Polizisten und Militärangehörigen zu schlagen! Und alle Moskauer Zeitungen riefen auf zum bewaffneten Kampf.

In Petersburg wurde bekanntlich noch am 13. Oktober der »Arbeiterdeputiertensowjet« gegründet, mit den unvergleichlichen Anführern Parvus und Trotzkij und dem Strohmann Chrustaljow-Nosar. Die Zielvorstellung des Sowjets war die völlige Niederwerfung der Regierungsmacht.

Noch heftiger und mit tragischem Ausgang verliefen die Oktoberereignisse in Kiew und Odessa. Sie führten zu zwei großen Judenpogromen, welche wir hier zu untersuchen haben. Zu beiden Pogromen gibt es detaillierte Berichte der Senatsuntersuchungen, der höchsten Klasse wahrheitsgetreuer Ermittlung, die es im zaristischen Russland gegeben hat: Der Senat war ein unabhängiges juristisches Organ mit höchster Autorität.

*

Zum Kiewer Pogrom ist das die Untersuchung des Senators Turau. Er schreibt, dass die Ursachen des Pogroms »ihre Erklärung im allgemeinen Zustand der Wirren findet, welcher in den letzten Jahren ganz Russland erfasst hat«, und er weist dies überzeugend nach, indem er die ganze Vorgeschichte und den Gang der Ereignisse in Kiew beschreibt.

Erinnern wir uns: Nach dem Petersburger Blutsonntag vom 9. Januar, den monatelangen Entladungen des öffentlichen Unmuts und dem schändlich verlorenen japanischen Krieg fand die zaristische Regierung keine bessere Methode zur »Besänftigung« als die Erklärung vom 27. August, wonach allen Hochschulen und ihren Territorien volle administrative Autonomie gewährt wurde. Damit wurden die ungezügelten revolutionären Feuer nur noch weiter angefacht.

So eröffnete sich nach den Worten des Senators Turau »die unkontrollierte Freiheit des Zutritts zu den Hochschulen für Personen, die mit der wissenschaftlichen Tätigkeit dieser Einrichtungen nichts im Sinne hatten«, des Zutritts »mit dem Ziele politischer Agitation«. In der Kiewer Universität und der Polytechnischen Hochschule »fand eine Reihe öffentlicher Studentenversammlungen in Anwesenheit Außenstehender statt«, die als »Volksversammlungen« bezeichnet wurden und denen von Tag zu Tag mehr Menschen beiwohnten, Ende September gar »einige Tausend Personen«. Auf diesen rot beflaggten Versammlungen erklangen leidenschaftliche Reden über die Untauglichkeit der bestehenden staatlichen Ordnung, über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Regierung«, »es wurden Spendensammlungen für die Anschaffung von Waffen durchgeführt«, »Proklamationen wurden verlesen und Broschüren revolutionären Inhalts verkauft«. »Gegen Mitte Oktober wurden die Universität und die Polytechnische Hochschule allmählich zu Arenen der offenen und völlig ungehinderten regierungsfeindlichen Propaganda. Die revolutionären Agitatoren, die noch kurz vorher wegen der Bildung geheimer Zirkel und der Abhaltung von Versammlungen in Privaträumen behördlicher Verfolgung ausgesetzt waren, fühlten sich nun unverwundbar«, »erstellten und diskutierten Aktionspläne für den Kampf gegen die bestehende staatliche Ordnung«. Doch auch dies erschien ihnen wenig, und sie dehnten die Revolution aus: Man bezog in diese Versammlungen auch »die Schüler und Schülerinnen der Oberschulen«, also die Gymnasiasten, mit ein, und sie verlagerten die revolutionären Aktivitäten, z. B. in den Saal der Kaufmannsversammlung und auf den Kongress der Psychiater (dort wurde von der Galerie herab die Rede eines Studenten über die Judenpogrome in Kischinjow und Gomel verlesen, und Proklamationen wurden unter Rufen »Nieder mit der Polizei, nieder mit der Autokratie« über den Saal verstreut). Ferner auf einer Sitzung der Literarisch-Künstlerischen Gesellschaft (hier zerschlug man Fensterscheiben und warf »Bruchstücke von Stühlen und Treppengeländern nach den Ordnungskräften«). Und kein Organ hatte das Recht, einzugreifen: Die autonomen Universitäten hatten jetzt ihr eigenes Gesetz.

Die auf den Angaben von mehr als 500 Zeugen beruhende Schilderung dieser Ereignisse im Bericht ist überall gespickt mit Bemerkungen über

Juden, die sich in dieser revolutionären Masse hervortaten. »In den Jahren der russischen Revolution von 1905 bis 1907 nahm die politische Aktivität der Juden in bedeutendem Maße zu. « Offenbar fiel das deshalb so auf, weil es eine Neuigkeit war. »Die jüdische Jugend«, so heißt es im Bericht, »überwog auch auf der Versammlung am 9. September in der Polytechnischen Hochschule«; und »bei der Besetzung der Räume der Literarisch-Künsderischen Gesellschaft«; und am 23. September im Festsaal der Universität, wo »bis zu

5.000 Studenten und Außenstehende zusammenkamen, darunter über 500 Frauen«. Am 3. Oktober versammelten sich in der Polytechnischen Hochschule »bis zu 5.000 Personen ... , wobei die jüdische weibliche Jugend überwog«. So auch weitere Erwähnungen über die vorwiegende Beteiligung von Juden, etwa auf den Versammlungen vom 5. bis 9. Oktober, auf der Versammlung vom 12. Oktober in der Universität, wo »Bedienstete der Eisenbahnverwaltung, Studenten und Personen nicht bestimmbarer Berufsstände teilnahmen« und am 13. Oktober »Massen von Juden beiderlei Geschlechts« bei einer Versammlung in der Universität, wo sich schon »ein gemischtes Publikum von bis zu 10 000 Personen eingefunden hatte« und Reden von Sozialrevolutionären und Bundisten gehalten wurden. (Die »Jüdische Enzyklopädie« bestätigt zusätzlich im Vergleich mit Kiew, dass bei diesen Bewegungen, die hier die gewonnenen Freiheiten feierten, »im Gebiet des Ansiedlungsrayons die Mehrheit der Demonstranten Juden waren«, doch charakterisiert sie jene Berichte als »lügenhaft«, wonach Juden in Jekaterinoslaw »durch die Straßen zogen und Geld für den Sarg des Zaren sammelten« und in Kiew »die Zarenporträts im Gebäude der städtischen Duma zerrissen«. Allerdings wird gerade der letztgenannte Sachverhalt durch die Ermitdungen Turaus bestätigt.)

Im Oktober schaukelte sich das revolutionäre Treiben in Kiew mehr und mehr auf. Alexander Schlichter (später ein bekannter Bolschewik, ein Meister der gewaltsamen Getreidebeschaffung und »Landwirtschaftskommissar« der Ukraine vor der großen Hungersnot dort) rief zum Streik bei den südwestlichen Eisenbahnlinien nach Poltawa, Kursk, Woronesh und Moskau auf. Indem man den Arbeitern Gewalt androhte, wurde am 12. Oktober auch ein Streik in den Kiewer Maschinenbauwerken bewirkt. In der Universität betrieb man »verstärkte Sammlungen >für Waffen, wobei Anwesende auch Goldmünzen, hohe Kreditbillets und Silber einwarfen - eine Dame nahm sogar ihre Ohrringe ab. « Es wurden »fliegende Einheiten« aufgestellt, die gewaltsam den Unterricht in allen Gymnasien und die Arbeit in allen Fabriken unterbinden, Straßenbahnen an- halten und den Handel in den Geschäften stören sollten und ferner den »Zweck des bewaffneten Widerstands gegen Militär und Polizei« hatten. Es wurde beschlossen, die ganze Bewegung »auf die Straße zu verlagern«. Am 14. Oktober stellten alle Zeitungen außer dem rechten »Kiewljanin« nach Absprache ihrer Verleger das Erscheinen aller ihrer Ausgaben ein, bis auf »Telegramme, welche einen Bezug zur Freiheitsbewegung hatten«. Die »fliegenden Einheiten« bauten die Bedienungshebel der Straßenbahnführer von den Motoren ab, schlugen mit Steinen die Scheiben der Straßenbahnen ein (wobei in manchen Fällen auch Fahrgäste verletzt wurden). Alles und jedes wurde geschlossen bzw. stellte schon beim ersten Erscheinen der Agitatoren seine Tätigkeit ein, das Post- und Telegrafenkontor wurde durch eine Bombendrohung lahm gelegt, und Gruppen von Studenten, Gymnasiasten »und jüdischer Jugend-verschiedener Berufe« strömten in die Universität zu einer Versammlung unter dem Vorsitz Schlichters.

Da ergriff die Obrigkeit erste Maßnahmen. Es wurde ein Versammlungsverbot für Straßen und Plätze erlassen und ein Armeesperrgürtel um Universität und Polytechnikum aufgestellt, der nur Studenten Durchlass gewährte. »Verhaftet wurden ... einige Personen wegen Beleidigung der Polizei oder des Militärs« sowie einige Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten und der beeidigte Anwalt Ratner, der »in führender Rolle an den Volksversammlungen teilgenommen hatte« (Schlichter hielt sich versteckt). Die Straßenbahnen fuhren wieder, die Geschäfte wurden wieder geöffnet und der 16. und 17. Oktober verliefen in Kiew ruhig.

Genau in diese (an vielen Orten Russlands vergleichbare) Situation hinein wurde am 17. Oktober in der Hoffnung auf die Dankbarkeit der Bevölkerung das allerhöchste Manifest über Freiheiten und die Einführung des parlamentarischen Regierungsmodells (mit der Staatsduma) geworfen. Die telegrafischen Gerüchte erreichten Kiew in der Nacht zum 18. , und am nächsten Morgen wurden Blätter mit dem Manifest auf den Straßen verkauft und verteilt (die Exemplare des »Kiewljanin« »kaufte ... die studierende jüdische Jugend auf und zerriss sie auf der Stelle demonstrativ in Stücke«). Die Behörden entließen umgehend die an den vorausgegangenen Tagen Verhafteten aus dem Arrest, darunter auch solche, gegen die früher »wegen Staatsverbrechen ermittelt« worden war, mit Ausnahme derer, die Sprengstoff verwendet hatten. Auf den Straßen war keine Polizei und kein Militär, es kam zu »zahlreichen Menschenansammlungen«, zunächst friedlich. »In der Umgebung der Universität bildete sich eine vieltausendköpfige Menge« aus Studenten, Gymnasiasten »und aus einer bedeutenden Anzahl jüdischer Jugend beiderlei Geschlechts«. Auf ihre Forderung hin befahl der Rektor der Universität »das Paradeportal des Hauptgebäudes zu öffnen«. Sofort »stürzte ein Teil der Menschenmenge von der Straße [hinein], zerstörte augenblicklich Porträts des Zaren, riss das rote Tuch« in Stücke für Flaggen und Bänder und einige »forderten das Publikum lautstark dazu auf, vor [dem erschienenen] Schlichter, diesem Opfer der Willkür, auf die Knie zu fallen«. Und »die in seiner Nähe standen, ließen sich tatsächlich auf die Knie nieder«, doch ein anderer Teil des Publikums »sah in all dem, was vor sich ging, eine Beleidigung seiner nationalen Gefühle«.

Darauf bewegte sich die Menge auf die Kreschtschatik-Straße und zur städtischen Duma, wobei ihr Schlichter zu Pferde mit einer roten Schärpe voranritt und bei jedem Anhalten Reden darüber hielt, »dass die Schlacht mit der Regierung noch nicht zu Ende ist«. Zu dieser Zeit versuchten im Nikolaj-Park »Juden, die eine Schlinge über das Denkmal [Nikolaus' I.] geworfen hatten, die Statue des Zaren von ihrem Sockel zu ziehen«; »in einer anderen Straße beleidigten mit roten Schärpen geschmückte Juden vier vorbeigehende Soldaten, indem sie sie bespuckten«; auf dem Sophienplatz warf die Menge Steine auf eine Militärpatrouille und verletzte sechs Soldaten; zwei Demonstranten wurden durch die zur Antwort abgegebenen Schüsse verletzt. Inzwischen trat eine Gruppe friedlicher Personen vor das kommissarische Stadtoberhaupt und »bat darum, den Rathaussaal zu öffnen«, damit dankbare Demonstranten »ihre Gefühle anlässlich des allerhöchsten Manifests zum Ausdruck bringen [könnten]. Der allgemeine Wunsch wurde erfüllt«, und es kam tatsächlich zu einer friedlichen »Versammlung unter dem Vorsitz des Deputierten Scheftel«. Doch schon wälzte sich eine neue vieltausendköpfige Menge mit roten Abzeichen und Armbinden heran, bestehend »aus Studenten und Personen verschiedenen Standes, Alters, Geschlechts und Vermögens, wobei sich Juden besonders hervortaten«. Ein Teil stürzte in den Saal, die Übrigen besetzten den Platz vor der Duma. »Augenblicklich wurden alle Nationalflaggen, mit denen der Saal anlässlich des Manifests geschmückt war, heruntergerissen und an ihre Statt kamen rote und schwarze Fahnen. « Da trug eine weitere Menschenmenge auf den Schultern den soeben freigelassenen Anwalt Ratner herbei, und der rief dazu auf, auch die anderen aus dem Gefängnis zu befreien. Auf dem Balkon der Duma tauschte er öffentlich Küsse mit Schlichter aus, und dieser »rief die Bevölkerung zum politischen Generalstreik auf ... und äußerte Unverschämtheiten gegen die Person Seiner Kaiserlichen Majestät. Unterdessen wurden von der Menge die im Saal befindlichen Porträts der Zarenfamilie in Fetzen gerissen und ein Spiegel sowie das Monogramm des Zaren beschädigt, die am Balkon angebracht waren«; »es steht außer Zweifel, dass an der Zerstörung der Porträts und des Monogramms sowohl Russen als auch Juden

beteiligt waren«, die Krone »brach irgendein russischer Arbeiter ab«, später wurde sie auf Verlangen einiger in der Menge wieder an ihren vorigen Platz zurückgelegt, »doch fünf Minuten später wurde sie wieder herabgeworfen, diesmal durch einen Juden, der später auch die Hälfte des Buchstaben >N< wegbrach«, »noch ein weiterer junger Mann, dem Aussehen nach ein Jude«, brach den Geprängekranz um das Monogramm ab. Das gesamte Mobiliar in der Duma wurde zertrümmert, aus den aufgebrochenen Schränken warf man amtliche Papiere und zerriss sie. Den Befehl führte in der Duma Schlichter, auf den Korridoren gingen »Sammler umher, die Geld für unbekannte Zwecke sammelten«. Die Menge vor der Duma geriet in immer größere Erregung, von den Dächern der blockierten Straßenbahnen hielten Redner flammende Ansprachen, und vom Balkon der Duma schwangen am erfolgreichsten Ratner und Schlichter ihre Reden. »Ein jüdischer Handwerksgeselle rief vom Balkon: >Nieder mit der Autokratie<; ein anderer, ordentlich gekleideter Jude rief: >Macht Hackfleisch daraus<«; noch »ein weiterer Jude, der aus einem Porträt des Herrschers den Kopf herausgeschnitten hatte, streckte nun seinen eigenen Kopf durch die so entstandene Öffnung und rief von [dem Balkon] der Duma aus der Menge zu: >Jetzt bin ich der Herrscher«; »das Dumagebäude ging völlig in die Gewalt der Mitglieder extremer sozialrevolutionärer Parteien und der ihr anhängenden jüdischen Jugend über, die gänzlich die Selbstbeherrschung verloren hatte«.

Ich wage zu sagen, dass im Ungestüm dieses Jubels unkluge und ungute Züge zutage traten, nämlich die Unfähigkeit Maß zu halten. Was brachte die Juden in dieser blind jubelnden Kiewer Menge dazu, so vermessen zu verspotten, was dem einfachen Volk noch heilig war? Hätten sie angesichts der ungewissen Lage ihrer Angehörigen und ihres Volkes in diesem Staat nicht davon absehen können, sich am 18. und 19. Oktober in Dutzenden von Städten mit solchem Eifer in die Demonstrationen zu stürzen, dass sie deren Seele und zeitweise die Mehrheit bildeten?

Doch weiter in Turaus Bericht. »Man vergaß jeden Respekt für das Nationalgefühl des Volkes und für die Gegenstände seiner Verehrung. Ein Teil der Bevölkerung ... verlieh in ganz ungenierter Weise seiner Verachtung Ausdruck ... «; »die Erregung, die beim Volk durch die Entheiligung der hoheitlichen Porträts hervorgerufen wurde, war außerordentlich. Manche der vor der Duma Stehenden riefen: Wer hat den Zaren vom Thron gestoßen?<, andere wieder weinten«. »Man musste kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass diese Kränkungen seitens der Juden nicht folgenlos bleiben würden«, »im Nu erhoben sich um die Duma Stimmen der Verwunderung über die Untätigkeit der Staatsgewalt; hier und dort in der Menge ... hörte man Rufe: »Schlagt die Juden!<«. Und bei der Duma standen untätig Polizei und eine Infanterieeinheit. Kurz tauchte auch eine Dragonerschwadron auf, die von den Fenstern und dem Balkon der Duma aus beschossen wurde, während auf die Infanterieeinheit von oben Steine und Flaschen flogen und man von verschiedenen Seiten mit Revolvern auf sie schoss: aus der Duma, aus dem Börsensaal und aus der Menge der Demonstranten heraus. Nachdem einige Soldaten verletzt worden waren, ließ der Kommandeur der Einheit das Feuer eröffnen. Dabei wurden sieben Personen getötet und 130 verletzt, und die Menge auf dem Platz löste sich auf. Bis zum Abend desselben 18. Oktobers »hatte sich die Nachricht über die geschändeten Zarenporträts, über die zerbrochene Krone und das Monogramm und über die heruntergerissenen Nationalflaggen rasch über die ganze Stadt bis in die Außenbezirke verbreitet. In vielen Straßen waren kleine Menschenansammlungen, meist Fabrik- und Manufakturarbeiter sowie Händler, zu beobachten, die lebhaft über das Geschehene debattierten und dabei für alles den Juden die Schuld gaben, die sich unter den Demonstranten

stets besonders wüst hervorgetan hätten. « »Die Menge der Arbeiter im Bezirk Podol beschloss ... alle >Demokraten< zu fangen ... , welche die Unruhen angestiftet hatten, und sie »bis zu weiteren Verfügungen des Herrschers< unter Arrest zu stellen. « Abends »erschien auf dem Alexanderplatz eine erste Gruppe die Nationalhymne intonierender Demonstranten mit einem Porträt Seiner Majestät des Zaren. Diese Gruppe wuchs rasch heran, und da von der Kreschtschatik-Straße her viele mit roten Bändern am Revers kamen, so stürzten sie sich auf diese, wie auch auf die mutmaßlich Schuldigen für die Duma- Demonstrationen, und einige Personen wurden verprügelt. « Das war der Beginn des Judenpogroms.

Um nun begreifen zu können, warum die Staatsgewalt beim Sturm auf die Duma und bei den Schmähungen der nationalen Symbole - und erst recht und desto schlimmer bei dem Pogrom selbst - so unverzeihlich untätig war, muss man sehen, was im Innern der Behörden vor sich ging. Auf den ersten Blick mag es als eine unglückliche Fügung der Umstände erscheinen. Doch fugten sich diese Umstände in Kiew allzu dicht (und allzu gehäuft auch an anderen Orten), als dass man in ihnen nicht bereits die verhängnisvolle Ohnmacht der Administration des Reiches in den letzten Jahrzehnten erkennen müsste.

Der Kiewer Gouverneur war überhaupt abwesend. Der Vize-Gouverneur Rafalskij hatte eben erst sein Amt angetreten, fand sich darin noch nicht zurecht und füllte umso unbeholfener die Funktion des Gouverneurs aus, den er nun kommissarisch zu vertreten hatte. Sein Vorgesetzter, Generalgouverneur Kleigels, hatte schon Anfang Oktober um Entbindung von seinen Dienstpflichten aus Gesundheitsgründen angesucht. (Die wirklichen Motive sind nicht bekannt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die revolutionären Aufwallungen vom September, mit denen er nicht fertig zu werden wusste, Einfluss auf sein Ansuchen gehabt hatten.) Wie dem auch sei, er nahm sich selbst fortan nur mehr als kommissarisch im Amt befindlich wahr. Doch im Oktober stürmten immer weitere Direktiven vom Innenministerium auf ihn ein. 10. Oktober: energischste Maßnahmen ergreifen »zur Unterbindung von Straßenunruhen und im Falle ihres Auftretens zu ihrer Niederschlagung mit allen verfügbaren Kräften«; 12. Oktober: »Straßendemonstrationen unterdrücken, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt«; 13. Oktober: »keinerlei Versammlungen und Zusammenrottungen auf den Straßen zulassen und gegebenenfalls durch angemessenen Waffeneinsatz auflösen«. Wie wir gesehen haben, überschritten bereits die Kiewer Unruhen am 14. Oktober das kritische Maß. Kleigels berief eine Versammlung der ranghöchsten Beamten, wobei wir besonders den Kiewer Polizeichef Oberst Zichozkij erwähnen wollen sowie den Gehilfen des (auch hier abwesenden) Chefs der Geheimpolizei Kuljabko - denselben eifrigen Tölpel, der später aus lauter Dummheit den tödlichen Schlag auf Stolypin lenken wird. Aus dem panischen Bericht Kulj abkos ging nicht nur die Möglichkeit bewaffneter Demonstrationen in Kiew hervor, sondern sogar die eines bewaffneten Aufstandes. Kleigels, der nicht mehr auf die Polizeikräfte baute, wandte die Regelungen »über die Aufbietung der Armee zur Unterstützung ziviler Kräfte« an und übergab zum 14. Oktober »seine Befugnisse und Vollmachten an die Militärführung«, und zwar an den kommissarischen Kommandeur des Kiewer Militärbezirks (einen regelrechten Kommandeur gab es nicht, man sah die Lage gänzlich unbekümmert), Generalleutnant Karass. So übernahm Korpsgeneral Drake die Aufgaben des Chefs der städtischen Ordnungskräfte. (Ironie des Russischen Reiches: An welchem der genannten Familiennamen lässt sich ersehen, dass sich das Geschehen in Russland abspielt?) General Karass »befand sich in einer äußerst schwierigen Lage«, da er »die allgemeine Lage der Dinge und auch das Verwaltungs- und Polizeipersonal nicht kannte«; »General Kleigels sah nach der Übergabe keine Veranlassung, seinem Nachfolger

die Aufgabe zu erleichtern: Er beschränkte sich auf die Formalitäten und zog sich dann sogleich von allen Angelegenheiten zurück«.

Nun ist es an der Zeit, einiges über den Polizeichef Zichozkij zu sagen. Schon bei einer Revision 1902 hatte sich herausgestellt, dass mit Wissen Zichozkijs von Juden Geld für die Gewährung von Wohnrecht genommen wurde. Ebenfalls damals wurde bekannt, dass er »über seine Vermögensverhältnisse« lebte und für sich und seinen Schwiegersohn Besitzungen im Wert von je über 100.000 Rubel erworben hatte. Schon erwog man, Zichozkij vor Gericht zu stellen, als Kleigels zum Generalgouverneur ernannt wurde und sich bald darauf (zweifellos nach Erhalt eines hohen Bestechungsgeldes) für die Belassung Zichozkijs im Amt und sogar für seine Beförderung zum Ober-Polizeidirektor und die Ernennung zum Generalmajor einsetzte. Zur Beförderung kam es nicht, doch auch Entlassung und Anklageerhebung unterblieben, obwohl Generalmajor Trepow aus Petersburg darauf drängte. (Erst nach all den Ereignissen stellte sich heraus, dass Zichozkij auch seinen Aufstieg in der Polizeihierarchie durch Bestechungen betrieben hatte.) Wahrscheinlich war Zichozkij schon seit Anfang Oktober bekannt, dass Kleigels seinen Abschied eingereicht hatte, und wahrscheinlich glaubte er, es sei nun um ihn geschehen. In der Nacht zum 18. Oktober ging gleichzeitig mit dem Zarenmanifest auch der Demissionsbescheid für Kleigels ein. Zichozkij hatte jetzt nichts mehr zu verlieren. (Noch ein Detail: In diesem kritischen Augenblick nahm Kleigels seinen Hut noch vordem Eintreffen seines Nachfolgers General Suchomlinow, einer wahren Perle der zaristischen Administration, des späteren Kriegsministers, der die Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland vermasseln sollte; die Aufgaben des Generalgouverneurs entfielen damit kommissarisch auf General Karass.) So kam es, dass »die Konfusion im Polizeiapparat, die nach der Übergabe der Ordnungsgewalt an das Militär zutage getreten war, viel zu spät behoben wurde und sich sogar noch weiter verstärkte, und das besonders heftig zur Zeit der Judenunruhen«.

Kleigels' Verzicht »auf >seine Vollmachten<... und ihre Übergabe an die Militärführung der Stadt Kiew bildeten auf unbestimmte Zeit die Hauptursache für die unklaren Beziehungen, die in der Folge zwischen der zivilen und der militärischen Obrigkeit entstanden«, »die Grenzen und der Umfang der Macht [des Militärs] waren niemandem bekannt«, und diese Undurchsichtigkeit der Lage »musste allgemeine Störungen in der Verteilung der Amtsgeschäfte nach sich ziehen«. Dies zeigte sich alsbald beim Ausbruch des Judenpogroms. »Viele Polizeioffiziere waren fest davon überzeugt, dass die Ordnungsgewalt zur Gänze an die Militärführung übergegangen und daher nur die Armee befugt sei, einzugreifen und die Unruhen niederzuschlagen«, weshalb sie »sich zu den sich in ihrer Gegenwart abspielenden Unruhen teilnahmslos verhielten. Die Armee hingegen berief sich auf die Regelungen über die Aufbietung der Armee zur Unterstützung ziviler Kräfte und wartete dementsprechend auf Anweisungen seitens der Polizei, da man annahm, dass ihnen keineswegs die Erfüllung polizeilicher Aufgaben übertragen worden sei, ... worin sie völlig Recht hatten«, denn »nach dem genauen Sinn« dieser Regelungen mussten die zivilen Kräfte, »die persönlich bei den Unruhen zugegen waren, die gemeinsamen Aktivitäten der Polizei und der angeforderten Armeeeinheiten zur angemessenen und zweckmäßigen Niederwerfung der Unruhen leiten«. Auch die Entscheidung über den Einsatz von Waffengewalt war von der zivilen Führung zu treffen. Hinzu kam, dass »Kleigels sich nicht bemüßigt gefühlt hatte, die Militärführung über die Sachlage in der Stadt und die ihm vorliegenden Erkenntnisse über die revolutionäre Bewegung in Kiew zu unterrichten«. »In der Stadt bewegten sich ziellos diverse Armeeeinheiten«, Streifen und Patrouillen.

Am Abend des 18. Oktober begann der Judenpogrom. »In seiner Anfangsphase hatte der Pogrom zweifellos den Charakter einer Vergeltung für die Kränkungen des Nationalgefühls. Indem sie auf den Straßen Juden verprügelten, Ladengeschäfte zertrümmerten und die von dort herausgeworfenen Waren in den Schmutz stampften, schimpfte die aufgebrachte Menge: >Da hast du deine Freiheit, da hast du deine Konstitution und deine Revolution, da hast du Zarenporträts und die Krone. <« Noch am nächsten Morgen, dem 19. Oktober, versammelte sich eine tausendköpfige Menge auf dem Sophienplatz mit den leeren Rahmen der zerstörten Zarenporträts, dem Monogramm und dem zerschlagenen Spiegel. Sie zog zur Universität, besserte beschädigte Porträts aus, hielt eine Gebetsandacht, und »Metropolit Flavian mahnte das Volk, keinen Unfug zu treiben und nach Hause zu gehen«. »Doch während diejenigen Personen, welche das Zentrum der patriotischen Demonstration bildeten ... , darin eine vorbildliche Ordnung aufrechterhielten, erlaubten sich Personen, die auf dem Weg dazu stießen, alle möglichen Gewalttätigkeiten gegen Juden und Träger von Studentenuniformen, die ihnen auf der Straße begegneten. « In der Folge schlossen sich diesen Demonstrationen auch »Hilfsarbeiter, obdachlose Bewohner des Trödelmarkts und Hafenvagabunden« an, »einzelne Gruppen brachen in jüdische Wohnungen und Läden ein und warfen von dort die Vermögenswerte und Waren auf die Straße, die teils auf der Stelle vernichtet, teils geplündert wurden«; »Dienstboten, Knechte und kleine Budenbesitzer ... sahen offenbar nichts Verurteilenswürdiges darin«, dass sie sich fremdes Gut zu Eigen machten. »Übrigens gab es in der Menge auch solche, die bis zum letzten Tag der Unruhen allen eigennützigen Versuchungen widerstanden«, »sie entrissen ihren Kumpanen die erbeuteten Dinge und vernichteten sie sogleich, ohne auf ihren Wert zu achten«. Die Pogromisten zogen an den Läden der Karäer vorbei, ohne sie anzurühren, und ebenfalls an »den jüdischen Häusern, wo ihnen Zarenporträts entgegengehalten wurden«. »Doch insgesamt nahm der Judenpogrom schon wenige Stunden nach dem Ausbruch der Unruhen den Charakter eines äußerst erbarmungslosen Plünderungszuges an. « Am 18. ging der Pogrom bis spät in die Nacht und hörte dann von selbst auf. Am Morgen des 19. brandete er wieder auf und endete dann erst am Abend des 20. (Brandschatzungen gab es keine, außer einer im Bezirk Podol.) Am 19. »wurden die reichsten jüdischen Geschäfte geplündert, sogar im Zentrum in der Kreschtschatik-Straße. Die massiven eisernen Barrieren und Riegel winden nach beharrlicher und über eine halbe Stunde andauernder Arbeit der Menge aufgebrochen«; »teures Tuch und Samt wurde aus den Geschäften geworfen und wie nutzlose Lumpen im Regen auf den schmutzigen Straßen entrollt. Der Bürgersteig vor Marschaks Juwelier- und Silberwarengeschäft auf dem Kreschtschatik war übersät mit von dort herausgeworfenen Wertgegenständen«, ebenso aus den Kurzwaren- und Modehandlungen; Geschäftsbücher und Handelskorrespondenzen flogen herum. Im aristokratischen Stadtteil Lipki »wurden die Villen der Juden Galpern, Baron Ginzburg, Alexander und Lew Brodskij, Landau und einiger anderer verwüstet. Die gesamte luxuriöse Ausstattung dieser Häuser wurde zugrunde gerichtet, die Möbel zertrümmert und auf die Straße geworfen«, außerdem »wurde die jüdische Brodskij-Musterschule verheert«, »die Marmortreppen und Eisengeländer wurden völlig zerstört«. Insgesamt wurden »etwa 1. 500 jüdische Wohnungen und Geschäftsräume geplündert«. Davon ausgehend, dass »fast zwei Drittel des gesamten Handels in der Stadt in jüdischer Hand waren«, beziffert Turau den Schaden einschließlich der reichen Häuser »mit mehreren Millionen Rubel«. Nicht nur jüdische Häuser waren demoliert worden, sondern auch Wohnungen von als Liberale bekannten Personen des öffentlichen Lebens. Am 19. ging Bischof Platon »mit einer Bittprozession durch

die Straßen des Bezirks Podol, wo der Pogrom besonders stark gewütet hatte, und ermahnte das Volk, die Ausschreitungen einzustellen. Er beschwor die Menge, Leben und Eigentum der Juden zu schonen, wobei sich der Kirchenfürst mehrmals vor ihr auf die Knie niederließ ... Aus der Menge sprang einer der Plünderer hervor und rief drohend aus: >Auch du bist mit den Juden. <«

Was für ein Durcheinander bei der Obrigkeit herrschte, haben wir bereits gesehen. »Vonseiten General Drakes wurde die gebotene Verfügbarkeit für eine angemessene und richtige Organisation der Schutzaufgaben nicht gewährleistet. « Das Militär war »widrigerweise verstreut auf kleine Einheiten« und »zahlreiche nutzlose Patrouillen«, und »vielfach verharrten die Männer untätig«. »An den Tagen des Pogroms bestürzte die jedermann offenkundige, der Beihilfe gleichkommende Tatenlosigkeit sowohl des Militärs als auch der Polizeikräfte ... Die Polizei war so gut wie nicht präsent, und die Armeeeinheiten bewegten sich langsam in der Straßenmitte und beschossen eifrig Häuser, aus denen Schüsse ertönten, während zu beiden Seiten der Straßen ungehindert jüdische Läden und Wohnungen verwüstet und geplündert wurden. « Ein Staatsanwalt forderte eine vorbeiziehende Kosakeneinheit dazu auf, Läden zu verteidigen, die unweit demoliert wurden, »worauf die Kosaken antworteten, sie würden dort nicht einschreiten, weil das nicht ihr Einsatzgebiet sei«.

Doch mehr noch: Eine ganze Reihe von Zeugen gewann »den Eindruck, als wären die Polizeikräfte und das Militär nicht zur Auflösung, sondern zum Schutze der Meute entsandt worden«. An einer Stelle gaben Soldaten an: »Es war befohlen Acht zu haben, dass es nicht zu Schlägereien komme und dass keine Russen geprügelt würden. « An anderer: »Wir haben unseren Eid vor Gott und dem Herrscher abgelegt«, und das nicht, tun die zu schützen, »welche Zarenporträts zerrissen und geschändet haben«. Die Offiziere wiederum »sahen sich außerstande, die Unruhen zu beenden, da sie der Auffassung waren, nur dann Waffen einsetzen zu dürfen, wenn sich die gewaltsamen Handlungen der Menge gegen das Militär richten«. So konnte es geschehen, dass aus einem Haus »ein geschlagener und blutüberströmter Jude heraus rannte, verfolgt von einer ganzen Horde. Eine ebendort stehende Kompanie schenkte dem aber keinerlei Beachtung und bewegte sich ruhig die Straße hinauf. « Anderswo »erschlugen Plünderer zwei Juden buchstäblich mit Tischbeinen, während nur zehn Schritte entfernt eine Kavalleriestreife stand und in aller Ruhe diesem barbarischen Gewaltakt zusah«. Es ist nicht verwunderlich, dass Stimmen aus dem einfachen Volke das so deuteten: »Wir haben eine besondere Gnade des Zaren erfahren: Es ist für sechs Tage erlaubt worden, die Juden zu schlagen«; und bei den Soldaten hieß es: »Ihr seht ja selbst, ist dieses denn ohne Genehmigung von oben denkbar?« Die Polizeioberen ihrerseits »wandten gegen die an sie gestellte Forderung nach Niederschlagung der Unruhen ein, sie könnten nichts tim, da ja die ganze Ordnungsmacht an die Militärführung übergegangen sei«. Es gab aber auch andere Fälle: Die Menge der Randalierer floh aus einem ganzen Stadtviertel »vor einem Polizeihauptmann ... , der einen Revolver in der Hand hielt und nur von einem Stadtpolizisten begleitet war«, und »der Reviervorsteher Ostromenskij« »bewahrte zusammen mit drei Stadtpolizisten und ein paar Soldaten ... sein gesamtes Stadtviertel vor Zerstörungen, ... und das sogar, ohne überhaupt Waffen zu gebrauchen«.

Die »Pogromisten« hatten keine Schusswaffen, die jüdischen jungen Männer hingegen schon. Im Gegensatz zu Gomel war der jüdische Selbstschütz hier aber nicht so gut organisiert, obgleich »aus vielen Häusern Schüsse abgegeben wurden«, und zwar von den Mitgliedern des

von »Juden und sie unterstützenden Russen« organisierten Selbstschutzes; »zweifellos gab es Fälle, in denen solche Schüsse auf das Militär abgegeben wurden und gewissermaßen der Vergeltung dienen sollten für deren Schüsse während der Demonstrationen« der vorausgegangenen Tage; »es kam auch vor, dass Juden auf patriotische Prozessionen schossen, mit denen die vorausgegangenen revolutionären Märsche beantwortet wurden«. Doch diese Schüsse »führten zu traurigen Resultaten. Ohne den Mob auch nur im Geringsten zu schrecken, gaben sie doch den Armeeeinheiten das formale Recht, ihren Instruktionen gemäß zu handeln«, und »jedes Mal, wenn nur aus irgendeinem Hause Schüsse abgegeben wurden, schossen die Militäreinheiten, die sich in dieser Straße aufhielten, Salven in die Fenster des Hauses, häufig ohne zuvor zu klären, ob die Kugeln überhaupt gegen sie gerichtet waren oder auf die tRandalierer, woraufhin die Meute« sich auf das Haus stürzte und dort alles demolierte. »In einigen Fällen wurden Häuser nur deshalb beschossen, weil Randalierer behaupteten, ... aus diesen Häusern sei geschossen worden«; »auch geschah es, dass Randalierer, die sich auf die Haustreppen vorgearbeitet hatten, ... von dort selbst auf die Straße schossen, um die Antwortsalve der Armeeeinheiten zu provozieren« und sodann das Haus zu verwüsten.

Es kam noch schlimmer. »Manche der Stadtpolizisten und einige der aufgebotenen Soldaten konnten den Waren, die von den Randalierern aus den Geschäften geworfen worden waren, nicht widerstehen und klaubten sie auf und verbargen sie in ihren Taschen oder unter ihren Mänteln. « Wenn diese Fälle vielleicht auch »nur seltene, vereinzelte Erscheinungen« waren, so ist doch der Fall eines Stadtpolizisten belegt, der selbst die Tür zu einem jüdischen Geschäft aufbrach, sowie der eines Brigadiers. (Unwahre Gerüchte über Plünderungen seitens der Armee gingen deshalb um, weil General Ewert in seinem Teil der Stadt befohlen hatte, den Randalierern die Gegenstände und Waren abzunehmen und sie von den Schauplätzen des Pogroms in die Militärdepots abzutransportieren, wo sie der jüdischen Gemeinde gegen Beleg wieder ausgehändigt wurden. Auf diese Weise wurden Vermögenswerte für einige Zehntausend Rubel bewahrt.)

Doch worüber soll man sich wundern, wenn der Schuft Zichozkij, der eben den Zusammenbruch seiner Karriere erlebt hatte, nicht nur keinerlei polizeiliche Maßnahmen anordnete (nachdem er am Abend des 18. Oktober vom Beginn des Pogroms erfahren hatte, unterrichtete er erst am späten Abend des 19. seine Hauptleute durch Telegramme) und auch den Generälen der militärischen Ordnungsmacht keinerlei Anweisungen gab, sondern selbst durch die Stadt fuhr und »ruhig und teilnahmslos auf das Geschehen blickte«. Er sprach nur zu den Plünderern: »Gehen Sie auseinander, meine Herren« (doch die ermunterten einander: »Keine Angst, das sagt er nur im Scherz«). Als vom Balkon der Duma gerufen wurde »Schlagt die Juden, plündert, zerstört!«, hob die Menge den Polizeichef auf ihre Schultern, und später »beantwortete Zichozkij die Hurrarufe mit Verneigungen«. Erst als er am 20. Oktober von General Karass eine scharfe Warnung erhielt (und der Kanzleichef des Generalgouverneurs erklärte, dass Zichozkij wohl kaum Straflager und Zwangsarbeit erspart bleiben würden), da befahl er der Polizei entschiedene Maßnahmen gegen die Pogrome. Senator Turau stellte ihn später vor Gericht.

Noch ein weiterer herabgesetzter General der städtischen Ordnungskräfte, Bessonow, »stand in der Menge der Randalierer und plauderte friedlich mit ihnen: >Schleifen ist recht, doch plündern gehört sich nicht. < Worauf die Menge >Hurra< rief. « In einem anderen Falle verhielt er sich als »kaltblütiger Zuschauer einer Plünderung. Und als einer aus der Menge

>Schlagt die Juden< schrie, da lachte [Bessonow] zur Antwort beifällig. « Einem Arzt erläuterte er, dass, »wenn er das wollte, der Pogrom in einer halben Stunde beendet sei, jedoch die Juden allzu großen Anteil an der revolutionären Bewegung hätten und dafür nun büßen müssten«. Nach dem Pogrom leugnete er bei einer von der Militärführung angeordneten Befragung die ihm zugeschriebenen beifälligen Äußerungen über den Pogrom und erklärte, er habe im Gegenteil die Bewohner dazu aufgerufen, von dem Pogrom abzulassen: »Schont uns, zwingt die Armee nicht zur Waffengewalt... , zwingt sie nicht dazu, ihr eigenes, russisches Blut zu vergießen. «

Zu General Karass kamen in einem fort Deputationen. Die einen forderten den Abzug des Militärs aus der Stadt, andere das Verbot des Waffengebrauchs, dritte, vierte und fünfte den Schutz ihres Eigentums. Unterdessen unternahm die Polizei während des ganzen 19. Oktober nichts, und die Militärführer erfüllten ihre Instruktionen schlecht oder schlampig. Am 20. Oktober erließ Karass die Anordnung, »sämtliche Randalierer einzukesseln und zu verhaften«. Es gab Massenverhaftungen, und an einem Ort schoss das Militär auf die Menge, tötete fünf und verletzte einige Personen. Am Ende des 20. war der Pogrom ganz beendet, und spät abends »versetzte des Gerücht, dass die Juden nun Russen metzelten, die Bewohner in Angst und Schrecken«, man rechnete mit Rache.

Insgesamt wurden während der Tage des Pogroms nach der ungefähren Berechnung der Polizei (ein Teil der Verletzten war von der Menge weggetragen worden) 47 Personen getötet, davon zwölf Juden, und 205 Personen verletzt, von denen die Juden ein Drittel ausmachten.

Turau beschließt seinen Bericht mit der Feststellung, dass »die Hauptursache für den Judenpogrom in Kiew der seit langem bestehende, in unterschiedlichen Weltanschauungen begründete Zwist zwischen der kleinrussischen und der jüdischen Bevölkerung war. Die unmittelbare Ursache wiederum war die Kränkung des Nationalgefühls durch revolutionäre Demonstranten, unter denen die jüdische Jugend eine herausragende Rolle eingenommen hatte. « Die Schuldigen »an der Verhöhnung und Schmähung all dessen, was ihm heilig und teuer ist«, sah das einfache Volk »nur in den Juden. Es konnte nach all den vom Herrscher erwiesenen Gnaden die ganze revolutionäre Bewegung nicht begreifen und erklärte sie sich mit dem Bemühen der Juden, >ihre jüdische Freiheit zu erlangen. « »Die kriegerischen Misserfolge, über welche die jüdische Jugend offen ihre lebhafte Freude ausdrückte, ihre Entziehung vom Militärdienst, ihre Teilnahme an der revolutionären Bewegung, die mit Gewalttaten und Tötungen von Amtsträgern einherging, die Kränkungen der Armee ... , all das rief im einfachen Volk zweifellos einigen Unwillen gegen die Juden hervor«, und »das ist der Grund dafür, dass viele Russen, die offen unglückliche, vor der Gewalt Schutz suchende Juden bei sich aufnahmen, dies den jungen Juden harsch versagten«.

Darüber schrieb auch die Zeitung »Kiewljanin«. »Die unglücklichen Juden! Welche Schuld trifft diese einige Tausend Familien ... Zu ihrem Kummer und Unglück hielten die Juden ihre Tollköpfe nicht zurück ... Doch Tollköpfe gibt es auch unter uns, den Russen, und auch wir konnten sie nicht zurückhalten. «

Die revolutionäre Jugend raste, und bezahlen mussten dafür die reifen und friedlichen Juden. So haben wir von beiden Seiten an dieser abgrundtiefen Grube gegraben.

*

Über den Odessaer Pogrom liegt uns ein analoger und überaus detaillierter Ermitdungsbericht des Senators Kusminskij vor.

Im seit jeher revolutionär gestimmten Odessa waren die Erschütterungen schon seit Januar spürbar und wuchsen sich aus. Zum Ausbruch kam es am 13. Juni (unabhängig vom Panzerkreuzer »Potemkin«, der am Abend des 14. in Odessa anlegte). Den ganzen 14. Juni über brodelte es in Odessa. Mehrheidich junge Leute, doch diesmal auch Arbeiter, »beträchdiche Menschenansammlungen unterbrachen gewaltsam die Arbeit in den Manufakturen und Fabriken«. Eine Gruppe von »etwa 300 Personen versuchte in den [Tee-]Wiegeraum zu gelangen ... , gab mehrere Schüsse auf den Reviervorsteher ab, der die Menge am Eindringen hindern wollte, doch wurde sie schließlich zerstreut« durch die Salven des Polizeiaufgebots. »Bald darauf formierte sie sich allerdings wieder«, zog gegen eine Polizeiwache, lieferte sich mit ihr einen Schusswechsel, wobei auch aus dem Haus des Juden Dox »aus Fenstern und [vom] Balkon ... auf die Polizeikräfte mehrere Schüsse abgegeben wurden«. Eine andere Gruppe »errichtete aus auf der Straße herumliegendem Baumaterial eine Barrikade, aus deren Schutz sie auf die Polizei schoss«; in einer weiteren Straße wurden von der Menge »einige Wagons der Pferdekleinbahn umgestürzt«. »Eine ziemlich große Gruppe von Juden drang in den Hof der Blechfabrik ein und warf dort [einem Stadtpolizisten] Tabak in die Augen ... Beim Erscheinen der Polizei liefen sie auseinander, wobei sie aus Revolvern das Feuer eröffneten. Vier der Juden, die geschossen hatten [Aufzählung der Namen], wurden auf der Stelle festgenommen. « An einer Kreuzung schossen zwei »aus einer versammelten ... Gruppe von Juden mit Revolvern und verletzten einen Kavalleriegardisten«. »Überhaupt ereigneten sich während des ganzen 14. Juni auf fast allen Straßen der Stadt ständig Zusammenstöße von Juden und Polizeikräften, in deren Verlauf Juden Feuerwaffen und Steine zum Einsatz brachten« und einige Stadtpolizisten verletzten. »Aufseiten der Juden wurden ebenfalls an die zehn Personen verletzt«, die von der Menge weggebracht und versteckt wurden. Ferner warf der Kleinbürger Zipkin, während er vor einem Stadtpolizisten davonlief, eine Bombe, welche sowohl ihn selbst als auch den Polizisten Pawlowskij tötete.

Gerade zu diesem Zeitpunkt legte in Odessa der »Potemkin« an! Unter den annähernd 5.000 Menschen, die sich versammelt hatten, »hielten viele Männer und Frauen ... Ansprachen, die das Volk zum Aufstand gegen die Regierung aufriefen«. Unter den Studenten, die auf den Panzerkreuzer vordrangen, tat sich Konstantin Feldman hervor. (Bei einer Kommissionssitzung setzte er sich dafür ein, die Bewegung in der Stadt durch Bombardierungen zu unterstützen, doch »die Mehrheit der Mannschaft stimmte nicht zu«).

Und die Obrigkeit? Der Odessaer Stadthauptmann Neidhardt, also auch der Polizeichef, hatte am Tag der Ankunft des »Potemkin« bereits völlig die Fassung verloren und erklärte (ähnlich wie in Kiew), »die zivilen Kräfte sind außerstande, die Ordnung wiederherzustellen, und deshalb wird die weitere Befehlsgewalt zur Niederschlagung der Unruhen der Militärführung übergeben«, also dem Chef der Odessaer Garnison, General Kachanow. (Und wie stand es um die Gouverneursmacht über Odessa? Ja, es gab einen Generalgouverneur, Karangossow, der, wie der Leser schon geahnt haben mag, kommissarisch im Amt war und mit großer Unsicherheit agierte.) General Kachanow fiel nichts Besseres ein, als die mehreren Tausend »illoyalen Elemente der städtischen Bevölkerung« mit Truppen im Hafen einzuschließen, um sie so von der noch nicht infizierten Stadt zu trennen.

Am 15. Juni gingen dann die beiden Revolten, die Odessaer und die auf dem »Potemkin«, ineinander über: Die Odessaer, »unter ihnen viele Studenten, Studentinnen und Arbeiter«, besuchten den Panzerkreuzer und bewogen »die Mannschaft zu gemeinsamem Handeln«. Die auf dem Hafengelände eingeschlossene Menge machte sich daran, »die im Hafen lagernden Waren zu plündern«, wobei sie mit den Weinkisten begannen und dann ungehindert zur Plünderung und schließlich Brandschatzung der Lagerhäuser übergingen, sodass bald ein Teil des Hafens ganz in Flammen stand (es gingen Werte über acht Millionen Rubel verloren) und der Brand den Quarantänehafen zu bedrohen begann, wo ausländische Schiffe lagen und sich die Lager mit ausländischen Waren befanden. Die Unruhen im Hafen durch Beschießung zu beenden konnte sich Kachanow nicht entschließen, um damit nicht eine Beschießung der Stadt durch den »Potemkin« zu provozieren. So verging auch der 15. Juni. Am 16. schoss der »Potemkin« mit drei unscharfen Geschossen und zwei sechszolligen Gefechtsgeschossen auf die Stadt und berief den Armeekommandeur zu sich, um von ihm den Abzug aller »Truppen aus der Stadt und [die] Entlassung aller politischen Gefangenen aus dem Gefängnis« zu fordern. An selbigem Tag, dem 16. Juni, als die Matrosen einen der ihren zu Grabe trugen, »da harre die Prozession kaum die Stadr erreicht, als sich ihr von allen Seiten verschiedene Personen anschlossen, die eine bald tausendköpfige, vor allem aus jungen Juden bestehende Menge bildeten«, und am Grab wurde eine Rede gehalten, die »mit dem Ruf ›Nieder mit der Autokratie‹ die Genossen dazu aufrief, noch mutiger zu handeln und sich nicht vor der Polizei zu furchten«.

An diesem Tag wurde - für lange - der Kriegszustand über die Stadt verhängt. Am 18. war der »Potemkin« gezwungen, sich vor einem Geschwader zurückzuziehen, das ihn aufbringen sollte. Obwohl sein viertägiger Aufenthalt im Odessaer Dock und »sein ungehinderter Kontakt mit dem Volk an Land die Stimmung bei den Odessaer Revolutionären ganz spürbar gehoben hatte« und »Hoffnungen auf eine mögliche künftige Unterstützung durch das Militär Nahrung gab«, ging der Sommer doch ruhig zu Ende, und vielleicht wäre es in Odessa zu keinen weiteren stürmischen Ereignissen mehr gekommen - doch dann folgte am 27. August jenes unvergleichliche Gesetz über die Hochschulautonomie. Sogleich »bildete die Studentenschaft aus ihrer Mitte einen ›Koalitionsrat‹«, und dieser »unterwarf mutig und entschlossen nicht nur die Studenten, sondern auch die Professorenschaft seiner Führung« (die Professoren fürchteten sich vor »unerfreulichen Zusammenstößen mit den Studenten durch Boykott oder Herauswurf von Professoren aus den Hörsälen und Ähnlichem«). Es kam zu vielköpfigen Versammlungen in der Universität, »Geldsammlungen für die Bewaffnung der Arbeiter und des Proletariats, für einen bewaffneten Aufstand, für den Kauf von Waffen für eine zukünftige Miliz und für den Selbstschutz«, und »man erörterte ... Handlungsschemata für die Organisation des bevorstehenden Aufstandes«. Bei diesen Versammlungen nahm auch »das Professorenkollegium« Anteil, »manchmal mit dem Universitätsrektor Santschewskij an der Spitze«, der versprach, »den Studenten alle ihm zu Gebote stehenden Mittel für [deren] aktive Teilnahme an der Befreiungsbewegung zur Verfügung zu stellen«.

Dann am 17. September fand in der Universität erstmals eine Versammlung »unter Beteiligung Außenstehender [statt], die in solch gewaltiger Zahl herbeigeströmt waren, dass es notwendig wurde, zwei getrennte Versammlungen abzuhalten«. Der Sozialrevolutionär Teper »und zwei jüdische Studenten hielten Reden, in denen sie die Zuhörer zum Kampf um die Befreiung des Landes aus der politischen Knechtschaft und der verrottenden Autokratie aufriefen«. Am 30. September wurde der Kriegszustand in Odessa aufgehoben, und nun

drängten sich auf den Universitätsversammlungen auch die »Zöglinge sämtlicher Bildungseinrichtungen, sogar 14-Jährige«. Auf diesen Versammlungen waren Juden »die Hauptredner und sie riefen die Zuhörer zum offenen Aufstand und zum bewaffneten Kampf auf«.

Am 12. und 13. Oktober beendeten früher als die anderen Oberschulen »die für revolutionäre Propaganda höchst empfänglichen Schüler der Zar-Nikolaus-I. -Handelsschule und der Feig-Handelsschule den Unterricht«. Am 14. Oktober beschlossen auch die anderen Oberschulen nach dem Vorbild der Handelsschulen den Unterricht auszusetzen, und die »Kommerzianten« zogen gemeinsam mit Studenten durch die Gymnasien, um dort den Unterricht gewaltsam zu beenden. Beim Berezin-Gymnasium wurden laut einer Beschwerde von Universitätsprofessoren angeblich drei Studenten und drei Gymnasiastinnen durch die blankgezogenen Säbel der Stadtpolizisten verletzt. Doch »die Ermittlungen ergaben eindeutig, dass von den Kindern niemand verletzt worden war und die Schüler gar nicht erst aus dem Gymnasium auf die Straße gelangt waren«. Aber gerade solche Zwischenfälle wurden eben gebraucht, um die Revolution noch besser in Fahrt zu bringen! Am selben Tag wurden die erst vor Tagen begonnenen Lehrveranstaltungen in der Universität abgebrochen, und die streikenden Studenten drangen unter Rufen »Tod für Neidhardt!« und mit der Forderung, die Finanzierung der Polizei einzustellen, in die städtische Duma ein.

Nach den Potemkinschen Tagen nahm Neidhardt seine Position wieder ein, doch bis Mitte Oktober ergriff er keine Maßnahmen gegen die provozierenden revolutionären Versammlungen — was hätte er bei der Autonomie der Universitäten auch machen können? Am 15. Oktober erhielt er vom Innenministerium die Anweisung, keine Außenstehenden mehr auf die Universitätsversammlungen gelangen zu lassen, und am 16. riegelte er die Universität zu diesem Zweck mit Soldaten ab. Zugleich befahl er die Beschlagnahme von Revolvermunition aus den Warengeschäften, die bis dahin frei verkäuflich war. »Die Behinderung des Zugangs Außenstehender zur Universität rief unter den Studenten und der jüdischen Jugend heftige Unruhe hervor. « Bald bildete sich eine riesige Menschenmenge, die auf ihrem Weg Geschäfte zum Schließen brachte (und ein amerikanisches Waffengeschäft plünderte), Straßenbahnen und Pferdekleinbahnen umstürzte, an den Straßen stehende Bäume für den Barrikadenbau fällte, zu demselben Zweck Telegrafen- und Telefonleitungen herabriss und Gartenzäune zerlegte. Neidhardt bat Kachanow, die Stadt mit Truppen zu besetzen. Da »wurde aus dem Schutz der Barrikaden, hinter denen sich Demonstrantengruppen, vor allem Juden und unter ihnen auch Frauen und Jugendliche, verschanzt hatten, auf die Einheiten geschossen; auch von Dächern, Balkonen und [aus] Fenstern wurde auf die Einheiten geschossen«. Das Militär erwiderte das Feuer, die Demonstranten wurden auseinander gejagt und die Barrikaden beseitigt. »Die Zahl der an diesem Tag Getöteten und Verletzten lässt sich nicht genau feststellen, da eine plötzlich in Erscheinung getretene ... Sanitätseinheit... vor allem aus Studenten und Juden mit weißen Rotkreuzuniformen eilig die Toten und Verletzten von der Straße fortschaffte und in die Universitätsklinik einlieferte«, die ebenfalls autonom und unantastbar war, oder in das »jüdische Krankenhaus oder zu Sanitätsstationen ... hinter den Barrikaden und in fast allen Apotheken«. (Die Ausgabe von Medikamenten war in allen Apotheken schon zuvor eingestellt worden.) Nach Angaben des Stadthauptmannes wurden neun Personen getötet und etwa 80 verletzt sowie einige aufseiten der Polizei. »Von den Teilnehmern an den Unruhen verhaftete die Polizei an diesem Tag 214 Personen, darunter 197 Juden, viele Frauen und 13 Kinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren. «

All das ereignete sich noch einen Tag vor der alles entfesselnden Wirkung des Manifests.

Die vielfache Hervorhebung der Rolle der Juden bei den revolutionären Handlungen mag als Eingenommenheit des Senators und seines Berichts erscheinen. Doch dem ist entgegenzuhalten, dass in Odessa die Juden ein Drittel der Gesamtbevölkerung bildeten und, wie wir gesehen haben, einen höchst bedeutenden Anteil der Studentenschaft, und zum Zweiten die allgemeine jüdische Aktivität in der russischen revolutionären Bewegung und ganz besonders im Ansiedlungsrayon. Der Bericht des Senators Kusminskij bezeugt seine Unparteilichkeit in vielen Punkten.

So über den 16. Oktober: »Die Verhafteten wurden nach ihrer Einlieferung auf der Wache von den Stadtpolizisten und Soldaten verprügelt«, doch dem »schenkten weder der Stadthauptmann noch die Polizeibehörde beizeiten Aufmerksamkeit ... und es wurden keinerlei Ermitdungen durchgeführt«. Erst später erklärten mehr als 20 von denen, die sich in dieser Polizeiwache aufgehalten hatten, dass »die Verhafteten systematisch verprügelt worden seien; zunächst seien sie über eine Treppe in einen niedrigen Keller gestoßen worden wobei viele von ihnen stürzten, dann hätten die in einer Reihe stehenden Stadtpolizisten und Soldaten ihnen Schläge mit ihren Säbeln, mit Gummiknüppeln und ihren Füßen und Fäusten verabreicht«, auch den Frauen. (Allerdings wurden am selben Abend die Verhafteten von Dumavertretern und Friedensrichtern besucht, die auch den Kellerraum inspizierten und die Klagen über die Schläge anhörten. Der Senator ermittelte bei seinen Untersuchungen im November einige der Schuldigen an diesen Vorgängen und stellte sie vor Gericht.)

»Am 17. Oktober war die ganze Stadt von Truppen besetzt. Militärpatrouillen gingen durch die Straßen, und Ruhe und Ordnung wurden während des ganzen Tages nicht gestört!« Die Stadtduma tagte und erörterte Notmaßnahmen und insbesondere die Frage, ob und wie die staatliche Polizei durch eine städtische Miliz ersetzt werden könnte. An diesem Tag kündigte das örtliche Komitee des »Bund« die feierliche Beerdigung der am Vorabend auf den Barrikaden Getöteten an, doch Neidhardt, der begriff, dass ein solches Begräbnis wie stets zu neuen revolutionären Ausbrüchen führen würde, verfugte, dass diese fünf Leichen »heimlich aus dem jüdischen Krankenhaus entfernt« und »vor der angegebenen Zeit beerdigt würden«, was in der Nacht zum 18. auch geschah. (Am Tage forderten dann die Organisatoren der Beerdigung, dass die Särge wieder ausgegraben und in das Krankenhaus zurückverbracht würden. Die Ereignisse eskalierten, die Leichen wurden einbalsamiert und blieben noch lange liegen.) Da wurde das allerhöchste und allergnädigste Manifest des Zaren bekannt und stürzte Odessa in neue stürmische Ereignisse.

Nehmen wir uns zunächst die Berichte der Teilnehmer der jüdischen Selbstschutzeinheiten vor: »Zur Zeit des Pogroms funktionierte recht gut eine Art Vereinigungszentrum ... Die Universitäten spielten eine enorme Rolle bei der Vorbereitung der Oktoberereignisse ... Dem Koalitionsrat der [Odessaer] Universität gehörten vor dem Pogrom an«: ein Bolschewik, ein Menschewik, ein Sozialrevolutionär, ein Bundist, ein Zionist-Sozialist, ein armenischer Droschak-Anhänger und je ein Vertreter der georgischen und der polnischen Landsmannschaft. »Schon vor dem Pogrom wurden studentische Kampfeinheiten aufgestellt«, bei den »riesigen Versammlungen in der Universität« wurde Geld für Waffen gesammelt, »natürlich nicht nur zu Verteidigungszwecken, sondern auch für den Fall eines bewaffneten Aufstandes«. »Der Koalitionsrat selbst sammelte Geld für die Bewaffnung der Studenten. « »Bei Ausbruch des Pogroms gab es in der Universität 200 Revolver«, und »ein Professor ... besorgte

noch weitere 150«. An die Spitze jeder Einheit wurde ein »Diktator« gesetzt, dessen »Parteizugehörigkeit keine Rolle spielte«, sodass es vorkam, dass eine Einheit, die mehrheitlich aus Bundisten bestand, von einem Zionisten-Sozialisten kommandiert wurde oder umgekehrt«; »am Mittwoch [dem 19. Oktober] wurden in einer zionistischen Synagoge viele Waffen verteilt«; »in den Einheiten waren russische und jüdische Studenten, jüdische Arbeiter, jüdische Jugend aller Schattierungen und sehr wenige russische Arbeiter«.

Einige Jahre später schrieb Jabotinsky, dass in den Pogromen des Jahres 1905 »die neue jüdische Seele bereits ihre Reife erreichte«. Und mit dem verklärten Blick der Februarrevolution beschreibt eine gesamtrussische Zeitung dieses Bild so: »Als in Odessa zur Zeit des Neidhardt sehen Pogroms 1905 jugendliche Selbstschutzler mit ihren Flinten paradierten, da waren diese jungen Männer von so rührender Schönheit, dass einem das Herz erbeben musste vor Mitgefühl und Mitleid für sie . . ,«

Einer unserer Zeitgenossen schreibt: »Die Tapferkeit der Gomeler Kämpfer ließ Zehntausende entbrennen. In Kiew traten den Selbstschutzeinheiten 1500 Personen bei. In Odessa waren es einige Tausend. « Sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich der Einstellung der Odessaer Selbstschutzler - und auf der anderen Seite hinsichtlich der Härte des polizeilichen Vorgehens - unterschied sich der Gang der Ereignisse hier stark von dem in Kiew.

Doch wenden wir uns wieder dem Bericht Kusminskijs zu. Nach der Verkündigung des Manifests am Morgen des 18. Oktober befahl der Kommandeur des Odessaer Militärbezirks General Kaulbars allen Armeeeinheiten, sich nicht auf den Straßen zu zeigen, um so »der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ungehindert die durch das Manifest gewährten Freiheiten in jeder Beziehung zu nutzen«, »auf dass in der Bevölkerung die freudige Stimmung nicht getrübt werde«. Doch »war diese Stimmung nicht von langer Dauer«. Von allen Seiten bewegten sich verschiedene Gruppen auf das Stadtzentrum zu, vor allem Juden und studierende Jugend, mit roten Flaggen und mit Rufen »Nieder mit der Autokratie«,

»Weg mit der Polizei«, und Redner riefen zur Revolution auf. Aus dem metallenen Schriftzug an der Duma »Gott schütze den Zaren« wurden die Worte »Gott« und »Zar« herausgebrochen. Die Menge drang in den Dumasaal ein, dort »wurde ein großes Porträt Seiner Majestät des Zaren zerrissen und die Nationalflagge an der Duma wurde durch die rote Fahne ersetzt. Dem mit einer Kutsche zu einem Totenamt fahrenden Erzpriester, einem Diakon und einem Psalmenleser schlugen sie die Kopfbedeckungen herunter, und später bei der Beerdigung hielten sie die Prozession an und unterbrachen den Gesang >Heiliger Gott< durch Hurrarufe. « »Sie führten eine Vogelscheuche ohne Kopf und mit der Aufschrift >Das ist die Autokratie< und eine tote Katze mit sich und sammelten Geld >für die Verprügelung des Zaren oder >für Nikolaus' Tode« »Die Jugend, und insbesondere die jüdische, begann mit dem sichtlichen Bewusstsein ihrer Überlegenheit die Russen darüber zu belehren, dass die Freiheit nicht freiwillig gewährt, sondern der Regierung durch die Juden abgetrotzt worden sei... , offen sagten sie zu den Russen: »Jetzt werden wir euch regieren<«, und auch: »Wir haben euch euren Gott gegeben, nun werden wir euch auch euren Zaren geben. « »Eine große Menge von Juden mit roten Fahnen jagte« lange zwei Stadtpolizisten, von denen der eine über einen Hof und ein Hausdach entkam, während den anderen, Gubij, diese Menge, »die mit Revolvern, Beilen, Zaunpfählen und Eisenstangen bewaffnet in einen Hof eingedrungen war, in seinem Dachbodenversteck ausfindig machte und ihm derart zusetzte, dass er auf dem Weg ins Krankenhaus starb; zwei seiner abgetrennten Finger fand ein Hauswart«. Später wurden noch

drei weitere Polizisten verprügelt und verletzt, und fünf Stadtpolizisten wurden die Revolver abgenommen. Später begann man die Verhafteten aus einer, einer zweiten und einer dritten Polizeiwache zu befreien (dort, wo es am 16. , zwei Tage zuvor, die Schläge gegeben hatte, waren die Verhafteten bereits auf Anordnung Neidhardts entlassen worden; auf einer anderen Wache entließ man sie im Austausch gegen die Leiche Gubijs), in anderen Wachen fanden sich keine Verhafteten. Bei all dem wirkte der Universitätsrektor mit, er übergab dem Staatsanwalt Forderungen »im Namen einer 5.000-köpfigen Menge« - und dabei »drohten Studenten den Polizisten mit Gewalt« bis hin zu »Erhängung«. Bürgermeister Kryshanowskij und der Universitätsprofessor Schtschepkin, die Neidhardt zu einer Beratung vorgeladen hatte, forderten stattdessen, Neidhardt möge »umgehend die Polizei entwaffnen und abziehen«, sonst, so fügte

Schtschepkin hinzu, »wird es nicht ohne Racheopfer abgehen und ... die Polizisten werden gewaltsam entwaffnet werden«. (Bei den Ermittlungen des Senators leugnete er später diese scharfen Äußerungen, doch sie werden wohl kaum viel sanfter gewesen sein, wenn man bedenkt, dass er am selben Tag den Studenten 150 Revolver übergab und sich bei den Ermittlungen weigerte, die Quelle dieser Erwerbung anzugeben.) Neidhardt ordnete nach diesem Gespräch an, alle Stadtpolizisten von ihren Wachposten zurückzuziehen (darüber informierte er nicht einmal den Polizeichef), »sodass von diesem Augenblick an die ganze Stadt von Neidhardt ohne sichtbaren Polizeischutz belassen war« - was man vielleicht als Lebensrettung für die Wachpolizisten auffassen mag, doch blieb die Stadt ohne jede militärische Präsenz in den Straßen, eine offenkundig irrsinnige Anordnung. (Auch in Petersburg forderten die Zeitungsleute ja genau dies von Witte, der dem nur knapp widerstehen konnte.)

»Nachdem die Stadtpolizisten ihren Wachdienst aufgegeben hatten, tauchten in der Stadt zwei Selbstschutzgruppen auf: eine studentische Miliz und eine jüdische Schutzeinheit. Die Erstere war von dem >Koalitionsrat< organisiert worden, der ... auch die Waffen besorgte. « Die Wachposten der Stadtpolizisten »übernahm nun eine städtische Miliz aus in der Universität bewaffneten Studenten und anderen Personen«. General Baron Kaulbars und der Stadthauptmann Neidhardt gaben hierzu ihr Einverständnis. Polizeichef Golowin reichte aus Protest dagegen seinen Abschied ein, woraufhin er von seinem vormaligen Adjutanten, von Gobsberg, abgelöst wurde. Bei der Stadtduma wurde ein provisorisches Komitee eingerichtet, das als eine seiner ersten Amtshandlungen den Universitätsstudenten seinen Dank ausdrückte »für ihr energisches, vernünftiges und aufopferungsvolles Eintreten für Ruhe und Ordnung in der Stadt«. Das Komitee selbst definierte seine Funktion ziemlich unklar. (»Über ein Mitglied dieses Komitees und der Stadtduma, O. Ja. Pergament, schrieb die Presse im November, und auch in der Zweiten Staatsduma war davon die Rede, dass er sich in jenen Tagen selbst zum Vorsitzenden einer »Donau-Schwarzmeer-Republik« oder zum »Präsident der Südrussischen Republik« erklärt hätte - im allgemeinen Rausch jener Tage ein gar nicht so unwahrscheinliches Ereignis.)

Was konnte durch diesen Rückzug des Militärs und der Polizei von den Straßen zu einem so angeheizten Zeitpunkt und aus der Übernahme der Macht durch die unerfahrene Studentenmiliz und die Selbstschutzeinheiten alles geschehen: Die studentische »Miliz verhaftete Personen, die ihr verdächtig erschienen, und verbrachte sie zum Verhör in die Universität«; ein Student »marschierte an der Spitze einer Menge von Juden, etwa 60 Personen, die ungeordnet aus Revolvern schossen«; »die studentische Miliz und der jüdische Selbstschutz ... verübten nicht selten selbst Gewalttaten gegen das Militär und friedliche Teile

der russischen Bevölkerung, wobei geschossen wurde und völlig unschuldige Menschen getötet wurden«. Dieser Konflikt »war unausweichlich, nachdem sich in der Bevölkerung zwei entgegengesetzte Strömungen gebildet hatten«. So versuchte am Abend des 18. »eine vornehmlich aus Juden bestehende demonstrierende Menge mit roten Fahnen, die Arbeiter von der Manufaktur des Fabrikanten Gen wegzuholen ... , doch die Arbeiter folgten dieser Forderung nicht; danach forderte dieselbe Gruppe von russischen Arbeitern, denen sie auf der ... Straße begegnete, dass diese vor der roten Fahne ihre Mützen zögen. Nachdem die Arbeiter das ablehnten« — da hast du dein Proletariat! - wurden aus dieser Menge »Schüsse abgegeben; doch die Arbeiter, obgleich unbewaffnet, konnten [sie] auseinander jagen« und setzten ihr nach, bis sich ihr »noch eine weitere Gruppe bewaffneter Juden hinzugesellte, an die 1 000 Menschen, die auf die Arbeiter schoss ... Vier Arbeiter wurden getötet. « So »kam es an verschiedenen Orten zu Prügeleien und bewaffneten Zusammenstößen zwischen Russen und Juden; russische Arbeiter und Personen ohne bestimmte Beschäftigung, so genannte Hooligans, begannen sich Juden zu greifen und sie zu verprügeln, und später gingen sie dazu über, jüdische Häuser, Wohnungen und Läden zu verwüsten«. Da forderte der Hauptmann eine »Infanteriekompanie an, die weitere Zusammenstöße verhinderte«.

Am folgenden Tag, dem 19. Oktober, »tauchten gegen zehn, elf Uhr auf den Straßen ... Gruppen russischer Arbeiter und Personen der verschiedensten Berufsstände auf, die Ikonen, Porträts Seiner Majestät des Zaren und Nationalflaggen trugen und dabei >Herr, erlöse Dein Volk< und die Hymne sangen. Diese patriotischen Demonstrationen, die ausschließlich aus Russen bestanden, bildeten sich gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Stadt, doch ihren Ursprung hatten sie im Hafen, von wo die erste, besonders vielzählige, aus Arbeitern bestehende Demonstrantengruppe ausging. « Es besteht »Grund zu der Annahme, dass der durch das Benehmen der Juden im Verlaufe des ganzen vorangegangenen Tages, durch ihre dreiste und freche Schmähung und Kränkung des Nationalgefühls der russischen Bevölkerung hervorgerufene Zorn zu irgendeiner Art des Protests von dieser Seite führen musste«. Auch Neidhardt wusste, dass eine Demonstration vorbereitet wurde, und er genehmigte sie. Sie zog dann am Gebäude des Militärbezirkskommandeurs und des Stadthauptmannes vorbei und anschließend zur Kathedrale. »Auf diesem Weg schlossen sich der Menge viele zufällig des Weges kommende Personen an, darunter viele Hooligans, Vagabunden, Frauen und Halbwüchsige. « (Zum Vergleich die Erläuterungen des Berichterstatters von Poale Zion: »Den Odessaer Pogrom führten nicht die Hooligans durch ... An den Tagen des Pogroms ließ die Polizei keine Vagabunden aus dem Hafen in die Stadt«; »da wüteten kleine Handwerker und Ladenbesitzer, Arbeiter und Gesellen aus den verschiedensten Werkstätten, Fabriken und Produktionsbetrieben«, »russische Arbeiter ohne Bewusstsein«. »Ich fuhr unmittelbar anschließend nach Odessa, um dort einen von Agenten provozierten Pogrom zu sehen — allein, den fand ich nicht. « Er erklärt den Pogrom mit nationaler Feindschaft.)

»Unweit der Kathedrale ... wurden auf die Menge der Demonstranten einige Schüsse abgegeben, von denen einer einen Knaben tötete, der eine Ikone trug«, »auch eine hinzukommende [Infanterie-] Kompanie wurde mit Schüssen empfangen«. »Geschossen wurde auf die Demonstration auch aus den Fenstern der Redaktion der Zeitung >Jushnoe Obosrenie< [>Südliche Rundschau<]« und »auf der ganzen Marschstrecke ... an vielen anderen Orten aus Fenstern, Türen, von Balkonen, aus Toren und von Dächern«; »außerdem wurden an einigen Orten Sprenggranaten unter die Demonstranten geworfen«, mit einer »derartigen Granate wurden sechs Menschen getötet«; und im Zentrum von Odessa »an der Ecke der Deribas-Straße

und der Richelieu-Straße wurden drei Bomben auf eine Kosakenhundertschaft geworfen«. »In den Reihen der Demonstranten gab es viele Tote und Verletzte«, »was die Russen nicht ganz grundlos den Juden zuschrieben, und so ertönten bald aus den Demonstrantengruppen Rufe >Schlagt die Juden<, >Tod den Juden<«, und »Gruppen von Demonstranten stürzten sich in verschiedenen Teilen der Stadt auf jüdische Geschäfte, um sie zu demolieren«; »bald -wurde aus Einzelfällen ein allgemeiner Pogrom: Alle jüdischen Läden, Häuser und Wohnungen, die am Weg der Demonstration lagen, wurden völlig verwüstet, das gesamte Eigentum der Juden wurde vernichtet, und was danach zufällig noch unangetastet verblieben war, wurde von der Menge der Hooligans und Vagabunden geplündert, die den Demonstranten überallhin folgten.«

»Nicht selten waren Szenen, in denen Plünderungen jüdischer Gebäude vor den Augen der Demonstranten geschahen, die mit Ikonen dahin schritten und >Herr, erlöse Dein Volk< sangen. « Am Abend des 19. »erreichte die gegenseitige Feindseligkeit der beiden Konfliktparteien ein außerordentliches Maß: Beide Seiten ließen gleichermaßen gegen den anderen keine Gnade walten, wenn sie bisweilen mit äußerster Härte jeden, der ihnen in die Hände fiel, unabhängig von Alter und Geschlecht, schlugen oder Misshandlungen unterzogen.« Nach dem Zeugnis eines Arztes der Universitätsklinik »warfen Hooligans Kinder aus der zweiten und dritten Etage hinunter auf das Pflaster, und ein Hooligan ergriff ein Kind an den Beinen und schlug es derart mit dem Kopf gegen die Wand, dass er ihm den Kopf zertrümmerte. Die Juden schonten ihrerseits auch nicht die Russen, die sie bei jeder möglichen Gelegenheit töteten. Am Tage zeigten sie sich nicht offen auf den Straßen und beschossen hinter Türen, Fenstern usw. hervor Passanten, doch abends versammelten sie sich zu Gruppen« und »belagerten sogar Polizeiwachen«. »Besondere Grausamkeit legten Juden im Umgang mit Polizeikräften an den Tag, wenn es ihnen gelang, ihrer habhaft zu werden. « (Nach Poale Zion: »In der Presse war die Legende von einer riesigen Zahl von Hooligans verbreitet worden, die der Selbstschutz in der Universität gefangen halten sollte. Dabei war von 800 bis 900 Personen die Rede. In Wirklichkeit muss diese Zahl auf ein Zehntel reduziert werden. Randalierer wurden nur ganz am Anfang des Pogroms in die Universität gebracht, später gab es Wichtigeres zu tun. « Bilder vom Odessaer Pogrom finden wir in der Zeitung »Kiewljanin« im November 1905.)

Und die Polizei? Entsprechend der hirnlosen Anordnung Neidhardts »war die Polizei am 19. Oktober ... wie auch an den folgenden Tagen in den Straßen völlig abwesend«, nur vereinzelt gingen Patrouillen, doch höchst nachlässig. »Die Unbestimmtheit der Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Führung, die den gesetzlichen Vorschriften zuwiderliefen«, führte dazu, dass »die Polizeioffiziere sich kein klares Bild davon machten, was für Verpflichtungen sie hatten«, und noch dazu »hielten alle Polizeiangehörigen die Juden für die Schuldigen an jedweden politischen Unruhen« und »für Revolutionäre. Sie sympathisierten voll und ganz mit dem stattfindenden Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung und hielten es nicht einmal für nötig, das zu verbergen. « Noch schlimmer: »In vielen Fällen führten Polizeikräfte selbst die Menge der Hooligans zu Verwüstungen und Plünderungen jüdischer Häuser, Wohnungen und Läden«, und noch schlimmer: »In Zivil und ohne Dienstmarke und Abzeichen« nahmen sie selbst »an diesen Pogromen teil«, »führten die Horden an«, selbst »solche Fälle kamen vor, dass Stadtpolizisten selbst Schüsse in den Boden oder in die Luft abgaben und dann gegenüber dem Militär falsche Angaben machten, wonach diese Schüsse aus den Fenstern jüdischer Häuser abgegeben worden seien«.

Wohlgemerkt: die Polizei! Senator Kusminskij erhob Anklage gegen 42 Polizisten, von denen 23 höhere Dienstgrade innehatten.

Und die Armee, die »auf der riesigen Fläche der Stadt verstreut« und gezwungen war, »selbstständig zu handeln«? »Auch die Truppen verhielten sich gegenüber den Schuldigen an dem Pogrom völlig gleichgültig, denn auf der einen Seite waren sie über das Wesen der auf ihnen liegenden Verpflichtungen nicht unterrichtet worden, und da sie von der Polizeiführung keinerlei Anweisungen erhalten hatten«, »wussten sie nicht, gegen wen und nach was für einem Prinzip sie Waffengewalt anwenden sollten. Auf der anderen Seite konnten die Truppen angesichts der Haltung der Polizeikräfte gegenüber den Zerstörern jüdischen Eigentums annehmen, dass der Pogrom mit Wissen und Billigung der Obrigkeit veranstaltet wurde. « Also »ergriff die Armee keinerlei Maßnahmen gegen die Randalierer«. Noch schlimmer: »Es liegen Beweise vor, dass auch Soldaten und Kosaken in nicht wenigen Fällen an der Plünderung von Waren aus demolierten Läden und von verschiedenen Gegenständen aus verwüsteten jüdischen Wohnungen teilnahmen. « »Einige Zeugen bestätigten auch, dass Soldaten und Kosaken ohne jeden Grund vollkommen unschuldige Personen töteten. «

So mussten auch hier Unschuldige bezahlen.

»Am 20. und 21. Oktober endete der Pogrom keineswegs, er ließ nicht einmal an Stärke nach, im Gegenteil, er nahm einen in seinen Ausmaßen immer furchtbareren Charakter an«, »Plünderung und Vernichtung jüdischen Eigentums, Verprügelung und Tötung von Menschen erfolgten offen und ungestraft am helllichten Tage auf den Straßen«. (Poale Zion: Ab dem Abend des 20. war »die Universität vom Militär umstellt«, und »innen hatte man sich für den Fall eines Angriffs des Militärs verbarrikadiert. Es wurden keine Einheiten mehr in die Stadt geschickt. « Dafür entstand in der Stadt ein »unorganisierter Selbstschutz«: »schlagkräftige Einheiten örtlicher Bewohner«, »bewaffnet mit allem, was ihnen in die Hände kam: Äxte, Beile, Deichselstangen«. »Sie wehrten sich ebenso entschlossen und erbittert, wie sie angegriffen wurden, und konnten ihre Straßen fast völlig behaupten. «)

Am 20. Oktober sprach eine Gruppe von Dumavertretern mit dem neuen Stadtoberhaupt (das bisherige, Kryshanowskij, hatte schon am 18. seinen Rücktritt erklärt, als er seine Machtlosigkeit gegenüber den hetzerischen Aktivitäten seitens der Universität, wo auch Waffen gesammelt wurden, erkennen musste) bei General Kaulbars vor und »bat ihn, die Ordnungsmacht in seine Hände zu nehmen, da nur die Militärführung ... die Stadt retten könne«. Der Bezirkskommandeur erklärte darauf, »dass die Militärführung vor einer Verhängung des Kriegsrechts nicht berechtigt sei, sich in Anordnungen der zivilen Verwaltung einzumischen und lediglich verpflichtet sei«, ihr beizustehen, wenn sie es fordere. »Doch die Schüsse gegen die Truppen und die auf sie geworfenen Bomben erschwerten bis aufs Äußerste eine erfolgreiche Niederwerfung« der Unruhen. Schließlich ließ er sich zum Eingreifen bewegen. Am 21. Oktober befahl Kaulbars »allerentschiedendste Maßnahmen gegen die Häuser, aus denen geschossen wird und Bomben geworfen werden«; und am 22. : »Plünderer, die Häuser, Geschäfte und friedliche Bewohner überfallen, sind umgehend samt und sonders mit Waffengewalt unschädlich zu machen. « Schon ab dem 21. Oktober beruhigte sich die Lage Stadtviertel für Stadtviertel, und am 22. »wurde der Wachdienst der Stadtpolizisten wieder eingerichtet«, wobei ihre Posten durch Soldaten verstärkt wurden; »der Straßenbahnverkehr wurde wieder aufgenommen, und gegen Abend konnte man die Ruhe und Ordnung in der Stadt als wiederhergestellt ansehen«.

Eine Opferbilanz war schwer zu erstellen, und die Zahlen in den verschiedenen Quellen differieren. In Kusminskijs Bericht heißt es: »Nach Mitteilung der Polizei übersteigt die Zahl der Getöteten 500, darunter über 400 Juden; die Zahl der von der Polizei registrierten Verletzten beträgt 289, darunter 237 Juden. Nach Mitteilung der Friedhofsaufsichten ... wurden auf dem christlichen Friedhof 86 Personen beerdigt, und auf dem jüdischen 298. « Zur Behandlung in Krankenhäusern »erschienen 608 Verletzte, darunter 392 Juden«. (Allerdings dürften sich viele auch nicht um Hilfe bemüht haben, da sie befürchteten, dann zur Verantwortung gezogen zu werden.) Die »Jüdische Enzyklopädie« spricht von 400 getöteten Juden. Poale Zion berichtet: Nach der vom Odessaer Rabbinat erstellten Liste »wurden 302 Juden getötet, darunter 55 Selbstschutzler, und 15 christliche Selbstschutzler«, »unter den übrigen Toten wurden 179 Männer und 23 Frauen identifiziert, 45 blieben unidentifiziert«; »von den Randalierern wurden viele getötet. Niemand hat sie gezählt und niemand interessierte sich für ihre genaue Zahl. Jedenfalls wird versichert, es seien nicht weniger als 100 gewesen. « Ein sowjetisches Werk gibt eine ungefähre Schätzung: »mehr als 500 getötete Juden und 900 verletzte«.

Man kann nun noch ergänzend hinzufügen, welchen Widerhall dies alsbald in der Welt fand. Das »Berliner Tageblatt« schrieb noch vor dem 21. Oktober: »Tausende und Abertausende Juden in Südrussland hingemordet; über tausend junge Mädchen und Kinder wurden vergewaltigt und erstickt. «

Doch auch ohne zu übertreiben, resümiert Kusminskij: »An Gewalt und Grausamkeit übertraf dieser Pogrom alle vorausgegangenen. « Für den Hauptschuldigen des Geschehenen hält er den Stadthauptmann Neidhardt. Es sei ein »unwürdiger Schritt« von ihm gewesen, aufgrund der Forderungen Professor Schtschepkins die Stadtpolizisten von ihren Posten abzuziehen und die Stadt der noch gar nicht recht existierenden Studentenmiliz zu überlassen. Am 18. Oktober »ergriff er keinerlei Maßnahmen ... , um die auf der Straße versammelte revolutionär gesinnte Menge zu zerstreuen«, und er ermöglichte »den jüdischen und revolutionären Gruppen« in der Stadt die Macht zu übernehmen. (Wusste er etwa nicht, dass er damit zur Entfachung eines Pogroms als Antwort darauf beitrug?) Seine Untätigkeit wäre noch erklärbar gewesen, wenn er die Ordnungsmacht an die Militärführung übergeben hätte, doch »eine solche Übergabe der Ordnungsmacht... erfolgte während der gesamten Zeit der Unruhen nicht«. Stattdessen ließ der so unbedachte Neidhardt im Verlauf der Ereignisse überaus zweideutige Verlautbarungen veröffentlichen, und später brachte er bei den Ermittlungen unrichtige Rechtfertigungen vor. Der Senator stellte »Hinweise auf Dienstvergehen« fest und übergab Neidhardt den Strafverfolgungsbehörden.

In Bezug auf die militärische Befehlsgewalt hatte der Senator derartige Rechte nicht. Doch er zeigt auf, dass auch Kaulbars kriminell handelte, als er am 18. Oktober der Forderung der Duma nachgab, das Militär aus den Straßen zu entfernen und seinen Abzug zu befehlen. Am 21. Oktober redete Kaulbars zu den beim Stadthauptmann versammelten Polizeioffizieren ebenfalls in zweideutiger Weise: »Wir wollen die Dinge beim Namen nennen. Wir müssen uns eingestehen, dass wir alle im Grunde unseres Herzens mit diesem Pogrom sympathisieren. Doch dürfen wir unsere Abneigung, die wir vielleicht gegen die Juden hegen, nicht in unser amtliches Handeln übertragen. Wir haben nach unserem Diensteid die Verpflichtung, die Ordnung zu wahren und Schutz vor Pogromen und Tötungen zu bieten. «

Nach der Gesamtheit aller untersuchten Umstände schließt der Senator, »dass die Oktoberkrawalle und -Unruhen eindeutig durch revolutionäre Umtriebe hervorgerufen wurden und ausschließlich deshalb als Judenpogrom endeten, weil Vertreter gerade dieser Volksgruppe überwiegenden Anteil an der revolutionären Bewegung hatten«. Dem wäre hinzuzufügen: und deshalb, weil man die revolutionären Umtriebe schon so lange hatte gewähren lassen.

Da »sich die Überzeugung verfestigte, dass die »Ereignisse jener Oktobertage ausschließlich durch die Handlungsweise ... Neidhardts hervorgerufen worden waren«, durch seine »Aufwiegelei«, wurden gleich nach den Ereignissen »in Odessa mehrere Kommissionen gebildet, so etwa in der Universität, in der städtischen Duma und beim Rat der beeidigten Anwälte«. Sie alle sammelten eifrig Material, das die »Pogromhetze« belegen sollte. Doch der Senator fand in ihren Unterlagen »kein Beweismaterial«, und die Ermittlungen »erbrachten keinerlei Sachverhalte, die darauf hindeuteten, dass überhaupt jemand aus den Polizeiorganen an der Organisation der patriotischen Demonstrationen Anteil gehabt hätte«.

Der detaillierte Bericht des Senators zeigt nebenbei auch einige kennzeichnende Züge jenes Jahres 1905 und jener Epoche auf.

»Angesichts der in der Stadt umgehenden Gerüchte, wonach in der Universität Bomben gebaut und große Waffenlager angelegt würden«, schlug am 21. Oktober der Kommandeur vor, das Gebäude durch eine aus Offizieren und Professoren bestehende Kommission inspizieren zu lassen. Der Rektor teilte als Antwort mit, »ein derartiges Eindringen in die Universität wäre ein Verstoß gegen die Universitätsautonomie«. Seit dem Tage ihrer Verkündigung im August wurde die Universität von einer »aus zwölf extremistischen Professoren« bestehenden Kommission verwaltet (beispielsweise sagte Schtschepkin auf einer Versammlung am 7. Oktober: »Wenn die Zeit gekommen ist und ihr an unsere Tür klopft, dann kommen wir mit euch auf euren >Potemkin<«), doch auch diese Kommission wurde bereits zur Gänze durch den erwähnten studentischen »Koalitionsrat« gesteuert, auf dessen Forderung hin auch der Rektor seine Erlasse zurücknahm. Nach der Absage an Kaulbars wurde die »Inspektion« des Universitätsgebäudes durch eine Kommission aus Professoren und drei Dumavertretern durchgeführt, wobei selbstverständlich »nichts Verdächtiges« festgestellt wurde. »Gleichartige Erscheinungen waren auch in der Odessaer Stadtduma zu beobachten. Hier waren es Bedienstete der Stadtverwaltung, die Forderungen auf Einfluss und Macht erhoben ... , das so genannte >Dritte Element«. « Ihr Komitee legte der gewählten Duma Forderungen »vorwiegend politischen Charakters« vor, und schon am 17. Oktober, dem Tag des Manifests, erarbeiteten sie eine Resolution: »Endlich ist die Autokratie in den Abgrund gestürzt. « Der Senator schreibt: »Es kann sein, dass zu Beginn der Oktoberunruhen Bestrebungen nach einer völligen Machtergreifung bestanden. «

(Und dann stürmte der revolutionäre Dezember heran und vom Rat der Arbeiterdeputierten für den Generalstreik verlautete im Befehlston: »Wir fordern. « In Odessa wurde das elektrische Licht abgestellt, Handel und Verkehr kamen zum Erliegen, der Hafen war ausgestorben, wieder wurden Bomben geworfen, »ganze Stöße der neuerdings erscheinenden patriotischen Zeitung >Russkaja Retsch« [>Die russische Rede«] wurden zerrissen«, es gab erpresserische »Geldforderungen für revolutionäre Zwecke«, Ansammlungen müßiger Gymnasiasten und Verwirrung bei der Bevölkerung »unter dem Druck der revolutionären Bewegung«.)

*

Dieser Geist des Jahres 1905 (der Geist der ganzen »Befreiungsbewegung«), der sich in Odessa in so heftigerWeise manifestiert hatte, trat auch in vielen anderen Städten Russlands zutage, sowohl im Ansiedlungsrayon als auch außerhalb. Pogrome »entstanden allerorten ... am Tag, an dem an den verschiedenen Orten die Nachricht [über das Manifest] einging, oder am folgenden Tag«.

Im Ansiedlungsrayon ereigneten sich Judenpogrome in Krementschug, Tschernigow, Winniza, Kischinjow, Balta, Jekaterinoslaw, Jelisawetgrad, Uman und einer großen Zahl weiterer Städte und Schtetl, wobei jüdisches Eigentum mehr vernichtet als geplündert wurde. »In jenen Städten und Ortschaften, wo Polizei und Militär energisch eingriffen, blieben die Pogrome in ihrem Ausmaß äußerst unbedeutend und endeten rasch. So wurden dank des gewandten und rechtzeitigen Eingreifens des Militärs und der Polizei in Kamenez-Podolskij alle Versuche der Menge, einen Judenpogrom zu veranstalten, abgewehrt«, »in Cherson und Nikolajew wurde der beginnende Pogrom gleich im Keim erstickt«. (»In einer der kleinen Städte des Südwestens wurde der Pogrom nur dadurch abgewendet, dass die älteren Juden ihre Jugendlichen wegen einer Demonstration gegen die Regierung nach der Verkündigung des allerhöchsten Manifests vom 17. Oktober körperlicher Züchtigung unterzogen. «)

Überhaupt keine Judenpogrome innerhalb des Ansiedlungsrayons gab es im Südwesten, wo die Juden am dichtesten zusammenlebten. Und dieses müsste wohl unerklärlich erscheinen, wenn die Pogrome von der zaristischen Regierung veranstaltet worden wären und sie »in der Regel nach einem Szenarium abliefen«.

»24 Pogrome ereigneten sich jenseits der Grenzen des Ansiedlungsrayons, doch sie waren gegen alle progressiven Elemente in der Gesellschaft gerichtet« und nicht speziell gegen die Juden. Und das ist es auch, was den Hauptimpuls der Pogromisten jener Tage erkennen lässt: Die Bewegtheit durch das Manifest und ein spontaner Antrieb zur Verteidigung des Throns gegen die Zarenumstürzler. Außerhalb des Ansiedlungsrayons ereigneten sich solche Pogrome in Rostow am Don, Tula, Kursk, Kaluga, Woronesh, Rjasan, Jaroslawl, Wjasma und Simferopol. »In Kasan und in Feodosia waren Tataren unter den aktiven Pogromisten. « In Twer wurde die Semstwozentrale gestürmt; in Tomsk steckte die Menge das Theater in Brand, wo eine linksgerichtete Versammlung stattfand, und bei dem Feuer kamen 200 Personen um! In Saratow drohte dergleichen auch, doch Opfer gab es keine (der Gouverneur hieß dort Stolypin).

Gemeinsam ist allen Pogromen, dass verschiedene Autoren über ihren Charakter und die Opferzahlen stark differierende Angaben machen. Auch heutzutage trifft man auf höchst unüberlegte Einschätzungen. So lesen wir 1987: »Zur Zeit der Pogrome wurden 1.000 Personen getötet und viele Zehntausende verletzt und verstümmelt« - und als Nachhall der damaligen westlichen Berichterstattung wohl: »Tausende von Frauen wurden vergewaltigt, sehr häufig vor den Augen ihrer Mütter und Kinder. «

Demgegenüber schrieb G. Sliosberg, ein Zeitgenosse der Ereignisse, der sich an der Quelle aller Informationen befand: »Glücklicherweise brachten diese Hunderte von Pogromen keine nennenswerten Gewalttaten gegen Juden mit sich, und an den weitaus meisten Orten waren die Pogrome nicht von Tötungen begleitet. « Was von Frauen und Greisen erzählt wurde, widerlegt wohl der sowjetische Kämpfer Dimanstein, der voller Stolz schreibt: »Die Hauptmasse der

getöteten und verletzten Juden gehörte zum besten, kampfbereiten jungen Element, das in den Reihen des Selbstschutzes stand. Sie starben im Kampf, doch sie ergaben sich nicht. «

Was die Erklärung der Ursachen der Pogrome betrifft, so standen schon seit dem Jahr 1881 die russischen Juden und später auch die russische Gesellschaft unter einer Dauerhypnose: Die Pogrome seien ganz sicher und zweifellos von der Regierung und dem Polizeidepartement inszeniert und unter Petersburger Kommando durchgeführt worden. Nach dem Oktober 1905 schrieb dies auch die ganze linke Presse. Selbst Sliosberg wiederholt unter dieser Hypnose stehend: »Im Verlaufe dreier Tage zog diese Pogromwelle durch den Ansiedlungsrayon [wir haben soeben gesehen: durchaus nicht durch den ganzen Rayon, und, im Gegenteil, nicht nur durch ihn—A. 5.] und folgte dabei einem völlig einheitlichen Plan, als wäre das von jemandem im Vorhinein vorgezeichnet worden. «

Bei so vielen unterbleibt seltsamerweise auch nur der Versuch, die Dinge anders zu erklären. (Viele Jahre später räumt immerhin Ja. Frumkin ein: Die Pogrome des Oktobers 1905 »hatten nicht nur einen antijüdischen, sondern auch einen konterrevolutionären Charakter«.) Kommt es ihnen überhaupt nicht in den Sinn, dass diese Einheitlichkeit hier vielleicht auch in den zugrunde hegenden Ursachen begründet sein könnte? Oder in Ereignissen auf staatlicher Ebene? Oder in der Stimmung im Volk? War es nicht gerade diese, die sich hier als einheitlich erwies? Ziehen wir in Betracht, dass die Aufmärsche der Massen gegen die Streikenden im Oktober mancherorts schon vor dem Manifest vonstatten gingen. Ziehen wir in Betracht, dass just in jenen Oktobertagen ein allgemeiner Eisenbahnerstreik lief und allerorts die Verkehrsverbindungen abgetrennt waren — und es doch zu dieser Gleichzeitigkeit so vieler Pogrome kommen konnte. Auch die regierungsamtlichen Untersuchungen in einer Reihe von Städten und die Bestrafungen von Polizeioffizieren, die Dienstvergehen begangen hatten, seien erwähnt. Ziehen wir des Weiteren in Betracht, dass in denselben Monaten auch die Pogrome von Bauern gegen Grundbesitzer überall ganz gleich verliefen. Doch werden wir wahrscheinlich nun nicht behaupten wollen, dass diese Gutsbesitzerpogrome auch vom Polizeidepartement inszeniert worden seien und nicht etwa einer einheitlichen Stimmung unter den Bauern entsprangen?

Es scheint, ein - einziges - Beweisstück liegt doch vor. Nur dass es nicht auf die Regierung hinweist. Der Innenminister P. N. Durnowo entdeckte 1906, dass der Beamte für besondere Aufgaben des Innenministeriums, M. S. Komissarow, einen der Räume des Polizeidepartements zum heimlichen Drucken von Proklamationen benutzte, in denen zum Kampf gegen Juden und Revolutionäre aufgerufen wurde. Doch halten wir fest, dass das nicht die Tätigkeit des Departements war, sondern ein konspiratives Unterfangen des Abenteurers Komissarow, der einige Posten bei der Gendarmerie innegehabt hatte und später unter den Bolschewiken im Smolnyj-Institut beim Militärisch-Revolutionären Komitee (WRK) »Beamter für besondere Aufgaben« war, dann bei der Tscheka, dann bei der Staatlichen Politischen Verwaltung (GPU), und der schließlich die Zersetzung der Reste der Wrangel-Armee auf dem Balkan betrieb.

Indessen sind die Lügengeschichten fest haften geblieben, und das ganz besonders im fernen Westen, von wo aus Russland stets in einem schwarzen Dunst gesehen wurde und wo die Propaganda gegen das Land stets deutlich hörbar war. Gewiss passte es Lenin ausgesprochen gut, dem auch noch dies hinzuzuheften: Der Zarismus »bemühte sich, den Hass der von der Not geplagten Arbeiter und Bauern gegen die Grundbesitzer und Kapitalisten auf die Juden umzulenken«; und sein Gehilfe Lurje-Larin verbog sich dabei, dies nach dem Klassenprinzip zu

erklären: Gerade gegen die jüdischen Reichen sei gehetzt worden, aber widersprüchlicherweise seien auch gerade bei ihnen Schutzwachen aufgestellt worden. Aber auch heute können wir noch jede beliebige Enzyklopädie zur Hand nehmen, hier die »Encyclopaedia Judaica«: »Von Anfang an waren diese Pogrome von Regierungskreisen inspiriert worden. Die örtlichen Organe erhielten Instruktion, die Pogromisten frei agieren zu lassen und sie gegen den jüdischen Selbstschutz zu verteidigen. « Hier die aktuelle »Jüdische Enzyklopädie«: »Bei der Organisation der Pogrome bemühte sich die russische Obrigkeit ... «; »die Obrigkeit wollte so viele Juden wie möglich physisch vernichten« (alle Hervorhebungen von mir -A. S.). Also war es nicht die verbrecherische Untätigkeit der regionalen Behörden, sondern ein überaus gewieftes Unterfangen der Zentralmacht?

Doch selbst Lew Tolstoj, dessen Verhältnis zur Regierung in jenen Jahren äußerst gespannt war und der wer weiß was nicht alles an Üblem über sie geschrieben hatte, sagte damals: »Ich glaube nicht, dass die Polizei das Volk [zu Pogromen] anstiftet, wie man das sowohl über Kischinjow als auch über Baku sagt... Dabei handelt es sich um einen groben Ausdruck des Volkswillens ... Das Volk sieht die Gewalt der revolutionären Jugend und widersetzt sich ihr. «

Ähnliches erläuterte auch Schulgin in der Staatsduma: »Die volkstümliche Selbstjustiz besitzt in Russland wie auch in anderen Ländern große Verbreitung ... Ein lehrreiches Beispiel liefert in dieser Hinsicht... Amerika, wo die Selbstjustiz den Namen des Richters Lynch trägt... Doch eine noch schrecklichere Erscheinung tritt in der letzten Zeit hier bei uns in Russland auf, und das ist jene Selbstjustiz, die als Judenpogrome bezeichnet wird. Als die Obrigkeit in den Ausstand trat, als die aller empörendsten Verbrechen gegen das Nationalgefühl und die Heiligtümer des Volkes völlig ungestraft blieben, da richtete das Volk unter der Wirkung dieser ganz elementaren Provokation selbst. Es versteht sich, dass in derartigen Fällen das Volk nicht fähig ist, selbst zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden, und sich - zumindest hier in unseren Breiten - stets auf die Juden stürzte. Unter diesen traf es sehr wenige der wirklich Schuldigen, denn die Schuldigen machten sich leichterdings über die Grenzen davon, und es traf in der Masse völlig unschuldige Juden. « (Der Anführer der Konstitutionellen Demokraten F. Roditschew äußerte sich folgendermaßen: »Antisemitismus ist der Patriotismus der Unverständigen« - an den Orten, wo Juden leben.)

Dort, wo sich der Zar als zu schwach erwies, um seine Macht mit den Mitteln des Gesetzes zu verteidigen, und sich die Regierung überhaupt aus der Affäre zog, waren es die Kleinbürger, die kleine Kaufmannschaft und sogar auch die Eisenbahn- und Fabrikarbeiter, dieselben also, die den Generalstreik ausgerufen hatten, die sich empörten und spontan für das eintraten, woran sie noch glaubten, denn der Jubel der Spötter war für sie kränkend. Wegen der Unführbarkeit, der Verlassenheit und der Verzweiflung dieser Menschenmasse entlud sich ihre Wut im Toben des grausamen und zerstörerischen Pogroms.

Und siehe da, bei einem heutigen jüdischen Autor, der weiter dumpf darauf beharrt, dass »ohne jeden Zweifel die zaristische Obrigkeit eine große Rolle bei der Organisation der Judenpogrome spielte«, lesen wir plötzlich: »Wir sind absolut überzeugt davon, dass das Polizeidepartement keine so gut organisierte Behörde war, dass es innerhalb ein und derselben Woche Pogrome an 660 Orten gleichzeitig hätte organisieren können. « Für diese Pogrome »trägt nicht nur und nicht so sehr die Administration die Verantwortung, als die russische und ukrainische Bevölkerung des Ansiedlungsrayons selbst«.

Diesem letzten Punkt stimme auch ich zu. Doch mit einer wesentlichen Korrektur: dass nämlich auch die jüdische Jugend jener Zeit gewichtigen Anteil an dieser Verantwortung trägt.

In tragischer Weise kam hier ein Zug des russisch-ukrainischen Charakters (wobei ich hier nicht unterscheide, wer von den Randalierern als was zu zählen hat) zur Geltung, dass wir uns nämlich im Augenblick der Wut unbändig dem blinden Ausbruch hingeben, ohne noch Gerechte von Schuldigen zu scheiden. Und nach diesem Wutanfall und dem Pogrom fehlt es uns an der Fähigkeit, geduldig, methodisch und über lange Jahre an der Wiedergutmachung der Schäden zu arbeiten. In diesem explosionsartigen Ausbrechen der wilden Rachegewalt nach langem Schlummern liegt eigentlich die geistige Hilflosigkeit unserer beider Völker begründet.

Die ebenso unfähige patriotische Elite druckste gleichgültig oder halb mitleidig herum, und aus ihren Reihen kamen weder Publizisten mit einem klaren Bewusstsein und einer Entschlossenheit, welche die öffentliche Meinung hätten steuern können, noch bestandsfähige kulturelle Organisationen. (Wir wollen erwähnen, dass bei jenem Treffen mit Witte auch Vertreter der rechten Presse zugegen waren - doch sie schwiegen verschreckt oder stimmten gar dem unverfrorenen Propper zu.)

Ebenfalls in tragischer Weise kam jene tief im zaristischen russischen Staat verwurzelte Sünde zur Geltung, dass die schon lange von der Obrigkeit erdrückte, in der Gesellschaft ohnmächtige orthodoxe Geistlichkeit längst nicht mehr auch nur im Geringsten die Autorität geistiger Führer der Massen besaß (die sie in der Zeit des Moskauer Reiches und in der Zeit der Wirren hatte und die sehr bald sehr fehlen würde, nämlich im Bürgerkrieg!). Obwohl die kirchlichen Würdenträger in jenen Monaten und Jahren Ermahnungen gegen die Pogrome an das orthodoxe Volk richteten, konnten sie ihnen keinen Einhalt gebieten. Sie konnten nicht einmal verhindern, dass den Pogromhorden Kruzifixe und Kirchenfahnen vorangetragen wurden.

Es wird auch behauptet, die Pogrome vom Oktober 1905 seien vom »Bund des Russischen Volkes« angeführt worden. Das ist nicht wahr.

Diese Organisation begann im November 1905 erst zu entstehen, und zwar auch aus dem Instinkt der nationalen Gekränktheit heraus. In seinem damaligen Programm waren tatsächlich antijüdische Punkte enthalten, die sich ohne Unterschied gegen alle Juden richteten: »die zerstörerischen, gegen den Staat gerichteten Aktivitäten der verschworenen jüdischen Masse, ihr unversöhnlicher Hass gegen alles Russische und ihre Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel«.

Im Dezember riefen seine Agitatoren das Semjonow-Leibregiment zur Niederschlagung des Moskauer bewaffneten Aufstandes. Doch dieser Bund, den Gerüchte und Ängste zu einer Legende aufgeblasen haben, war in Wirklichkeit eine ärmliche, kraftlose und finanzschwache Partei, die sich gewissermaßen zur Unterstützung des autokratischen Monarchen gebildet hatte - doch war ja der Monarch ab dem Frühjahr 1906 selbst konstitutionell geworden, und der Regierung war es peinlich, von solch einer Partei unterstützt zu werden, sodass diese mit ihren zwei- oder dreitausend halb analphabetischen hilflosen und kläglich geführten lokalen »Räten« schließlich in Opposition auch zur Regierung in der Duma-Monarchie standen und besonders zu Stolypin. Von der Tribüne der Duma herab stellte Purischkewitsch die Frage: »Habt ihr seit dem Augenblick der Entstehung und Herausbildung monarchistischer Organisationen viele Pogrome im jüdischen Ansiedlungsrayon gesehen? ... Nein, nicht einen einzigen, denn die monarchistischen Organisationen bekämpften und bekämpfen die jüdische Vorherrschaft im

Ansiedlungsrayon mit den Mitteln der Wirtschaft und mit den Mitteln der Kultur, aber nicht mit den Fäusten. « Was für eine Kultur das wohl war, bleibe hier dahingestellt - Pogrome vonseiten des Bundes des Russischen Volkes sind jedenfalls nicht bekannt, und die vorherigen waren spontane Ausbrüche der Massen.

Einige Jahre nachdem die Revolution von 1905 verraucht war, fiel der Bund des Russischen Volkes - von Anfang an ein Kartenhaus - ganz unrühmlich in sich zusammen. (Wie unpräzise er gesehen wird, kann man anhand der verwunderlichen Charakteristik in der »Jüdischen Enzyklopädie« beurteilen: Der Antisemitismus des Bundes des Russischen Volkes »trägt deutlich adlige und großkapitalistische Züge«.)Ein weiteres Mal, das sich tief eingebrannt hat, ist das der »Schwarzen Hundertschaften«, und gerade wegen seiner unbestimmten Bedeutung ist es so schwer zu widerlegen.

Wie es zu dieser Bezeichnung gekommen ist, ist nicht leicht nachvollziehbar. Man sagt, dass so die Polen die russischen Mönche beschimpften, die 1608/09 das Kloster des hl. Sergij von Radonesh gegen sie verteidigt hatten. Über verschiedene historische Verflechtungen zog es sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts durch, brannte sich hier mit Hassgefühl ein und erwies sich als ausgesprochen wirkungsvolles Etikett für diese volkstümlich elementare patriotische Bewegung. Eben wegen seiner Unbestimmtheit und gepaart mit der ihm anhaftenden Schmähung ist dieser Terminus so praktisch zu gebrauchen. (Beispielsweise wurden vier konstitutionelle Demokraten, die sich zu Gesprächen mit Stolypin entschlossen hatten, als »Schwarzhundertkadetten« beschimpft. 1909 wurde gar der Kreis der »Wechi« [»Wegzeichen«] des »maskierten Schwarzhundertschaftlertums« beschuldigt.) So hat sich dieser »Terminus« über ein ganzes Jahrhundert gehalten, dabei bestand damals die aufgebrachte und mutlose slawische Bevölkerung Russlands nicht aus einer »Hundertschaft«, sondern aus Millionen.

Es gereicht der russischen »Jüdischen Enzyklopädie« von 1908 bis 1912 zur Ehre, dass sie es nicht unternommen hat, die »Schwarzen Hundertschaften« zu definieren: In der intellektuellen Elite des russischen Judentums gab es eben viele überaus ausgewogene, bedachtsame und einsichtige Leute.

Doch in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg bemühte sich die Enzyklopädie von Brockhaus-Efron in einem nachträglichen Ergänzungsband um eine Definition: »Die Schwarze Hundertschaft« ist eine gängige Bezeichnung, die in den letzten Jahren auf den zu Judenpogromen und zu Gewalttaten gegen Intellektuelle neigenden Abschaum der Bevölkerung angewendet wurde. « Im Weiteren schweift sie aber aus: »Die Erscheinung der Schwarzen Hundertschaften ist nicht spezifisch russisch; in verschiedenen Staaten der Welt und zu verschiedenen historischen Momenten … trat sie auf die Bühne der Geschichte. « Und wirklich, in der Presse der Februarrevolutionäre von 1917 bin ich auch schon auf »schwedische Schwarzhundertschaftier« gestoßen ...

Ein besonnener jüdischer Autor unserer Zeit weist ganz richtig darauf hin, dass »die Erscheinung, die als Schwarze Hundertschaft bezeichnet wird, ... nicht ausreichend erforscht ist«.

Völlig frei von derartigen Zweifeln ist hingegen die berühmte und weltweit anerkannte »Encyclopaedia Britannica«: »Die Schwarzen Hundertschaften, auch [!] Bund des Russischen Volkes, ist eine Organisation reaktionärer antisemitischer Gruppen in Russland, die sich im

Lauf der Revolution von 1905 gebildet hat. Mit der inoffiziellen Zustimmung der Regierung bildeten sich die Schwarzen Hundertschaften vornehmlich aus Gutsbesitzern, reichen Bauern, Bürokraten, Polizeibeamten und Klerikern, die für Orthodoxie, Autokratie und russischen Nationalismus eintraten. Besonders aktiv von 1906 bis 1911 ... «

Man steht sprachlos vor solcher Gelehrtheit. Und das wird bis heute der gesamten gebildeten Menschheit dargereicht: »vornehmlich aus Gutsbesitzern, reichen Bauern, Bürokraten, Polizeibeamten« und Geistlichen. Das soll wohl heißen, dass die alle loszogen, um mit Stöcken die Scheiben der jüdischen Geschäfte einzuschlagen! Und »besonders aktiv« waren sie ausgerechnet in den friedlichen Jahren nach 1905 ...

Wohl gab es in den Jahren 1905 bis 1907 in Russland »Gutsbesitzerpogrome«, und zwar in größerer Zahl als Judenpogrome. Bei diesen war es wieder die finstere, unverständige Menge, die schutzlose Wohnhäuser verwüstete, Eigentum verbrannte und plünderte, Menschen (auch Kinder) und sogar Vieh tötete - jedoch ob dieser Pogrome erhoben sich nicht die entrüsteten Stimmen der fortschrittlichen Intelligenzija. Der Staatsduma-Abgeordnete Herzenstein rief in einer (leidenschaftlichen, doch vernünftig die Sache des kleinen bäuerlichen Landbesitzers vertretenden) Parlamentsrede mit der Warnung vor einer Ausweitung der Brandschatzungen gegen die Landgüter aus: »War euch die Festbeleuchtung im Mai des vergangenen Jahres noch zu wenig, als im Gouvernement Saratow an einem Tag bald 150 Güter dahingingen?!« Diese »Festbeleuchtung« wurde ihm später niemals verziehen. Gewiss war das eine verbale Verfehlung, doch daraus allein darf man nicht folgern, dass er mit Schadenfreude sprach. Aber hätte er wohl dieses Wort auch für die Judenpogrome des vorausgegangenen Herbstes verwendet?

Erst musste die große, die wahrhaftige Revolution durchlebt werden, damit man hören konnte, dass die Gutsbesitzerpogrome »nicht weniger grausame und unmoralische Taten waren als die Judenpogrome ... Gleichwohl besteht unter den linken Gruppen die Tendenz zu einer Sichtweise« dieser Pogrome als »einem als solchen wünschenswerten Bruch in der vorherigen sozialen und politischen Ordnung«.

Ich will noch auf eine schlimme Gemeinsamkeit zwischen den einen und den anderen Pogromen hinweisen: das Empfinden der wilden Meute, im Recht zu sein.

*

Die letzten Judenpogrome ereigneten sich im Jahr 1906: Der Sedlezer Pogrom in Polen, der somit nicht in unseren Untersuchungsgegenstand fällt, und der Bialystoker vom Sommer. (Kurz nach dem Pogrom in Bialystok erstickte die Polizei in Odessa nach der Auflösung der ersten Duma noch einen heraufziehenden Pogrom in seinen Anfängen.)

In Bialystok bildete sich die stärkste Vereinigung von Anarchisten in Russland. Hier »traten zahlreiche Anarchistengruppen in Erscheinung, die häufig einzelne Terrorakte gegen Arbeitgeber, Polizeibeamte, Kosaken und Soldaten verübten«. In den Erinnerungen der Bialystoker Anarchisten wird die Lage in der Stadt um 1905/06 anschaulich: Die Anarchisten unternahmen häufige Angriffe und hatten sich in der Surashsker Straße so offen und fest installiert, dass es die Polizei kaum wagte, sich dort überhaupt zu zeigen. »Sehr häufig wurden am helllichten Tage Streifenpolizisten getötet, weshalb sie immer seltener kamen ... « Der

Anarchist Nisel Färber »warf eine Bombe in ein Polizeirevier«, verletzte zwei Polizisten und einen Schreiber, tötete »zwei Bourgeois, die sich zufällig in der Amtsstube aufhielten«, und kam - wie ungeschickt - auch selbst dabei um. Der »Gelinker« (eigentlich: Aron Jelin) verletzte mit einer Bombe den Adjutanten des Polizeichefs, einen Hauptmann, zwei Reviervorsteher und drei Stadtpolizisten schwer. Ein weiterer Anarchist »verletzte einen Offizier und vier Soldaten« durch eine Bombe, und auch sich selbst, »und leider tötete er eine Propagandistin des >Bund<«. In einem weiteren Fall wurden ein Hauptmann und ein Stadtpolizist, in noch einem weiteren zwei Gendarmen getötet, und in noch einem Fall »tötete der Gelinker einen Hauswart«. (Neben den Terrorakten war man auch mit der »Expropriation von Verbrauchsgütern« beschäftigt, schließlich musste man ja auch etwas essen.) »Die Obrigkeit fürchtete fortwährend, dass die Anarchisten in der Surashsker Straße >eine Rebellion beginnen würden<, und die Polizisten gewöhnten sich daran, »dass mit der Rebellion heute, morgen und übermorgen zu rechnen war«. »Die Mehrheit ... der Anarchisten mit ihren schwarzen Fahnen ... wollten die Kampfaktivitäten verstärken, um möglichst eine beständige Atmosphäre des Klassenkampfes zu erzeugen. «

Zu diesem Zweck dehnten sie den Terror auch auf die jüdische Bourgeoisie aus. Der schon erwähnte Färber verletzte den Handwerksmeister Kagan, »indem er ihn bei der Synagoge abpasste ... und ihn mit einem Messerstich in den Hals schwer verwundete«. Schwer verletzt wurde auch der Handwerksmeister Lifschiz, und ebenfalls »in der Synagoge wurde der vermögende Weinreich überfallen«, man schoss auf ihn, aber »der ziemlich mangelhafte Revolver hatte drei Mal Ladehemmung«. Es wurde eine Reihe »großer antibourgeoiser >motivloser< Anschläge« gefordert, »auf dass die ständige Todesdrohung ... zu jedem Augenblick, zu jeder Stunde ihres Daseins über der Bourgeoisie hänge«. Es bestand sogar die Idee, »die ganze [Bialystoker HauptstraßeJ entlang Sprengsätze zu legen und sämtliche Großbourgeois in die Luft zu jagen«, und zwar auf einen Schlag. Doch »wie sollte der anarchistische Beitrag aussehen«? Unter den Bialystoker Anarchisten bildeten sich zwei Gruppen: die Befürworter des »motivlosen« Terrors und die »Kommunarden«, denen die Methode des Terrors als »blass« und schwach galt und die einen bewaffneten Aufstand »im Namen der staatsfreien Kommune« zum Ziel hatten: »die Stadt erobern, die Massen bewaffnen, eine ganze Reihe von Schlachten mit der Armee bestehen, sie aus der Stadt jagen« und »parallel ... eine ständig sich ausdehnende Übernahme von Fabriken, Handwerksbetrieben und Geschäften«. »Auf Versammlungen riefen unsere Redner 15.000-20.000 Menschen zum bewaffneten Aufstand auf. « Doch ach: »Die arbeitenden Massen von Bialystok wandten sich von der ihnen so verbundenen revolutionären Avantgarde ab«, es wurde »die Liquidierung ... der passiven Einstellung der Masse« gefordert. Einen Aufstand bereiteten die Bialystoker Anarchisten im Jahr 1906 auch tatsächlich vor. Dieses Ereignis und seine Folgen erhielten den Namen »der Bialystoker Pogrom«.

Es begann mit der Ermordung des Polizeichefs, und zwar auf eben jener »Surashsker Straße, wo die jüdische anarchistische Organisation konzentriert war«. Später schoss jemand auf eine vorbeiziehende Kirchenprozession oder warf eine Bombe auf sie. Aus irgendwelchen Gründen konnte die daraufhin eigens angereiste Dumakommission nicht feststellen, »ob das nun Schüsse waren oder nur irgendein zischendes Geräusch. Das vermochten die Augenzeugen nicht genau zu klären. « Übrigens schreibt der Kommunist Dimanstein 20 Jahre später ganz klar, dass »auf die orthodoxe Prozession zu Provokationszwecken ein Knallkörper geworfen wurde«.

Auch eine Beteiligung des »Bund« ist nicht auszuschließen. Er hatte in den »besten« Monaten der Revolution vergeblich versucht, einen bewaffneten Aufstand herbeizuführen, und kümmerte nun kampfunfähig vor sich hin, sodass ihm nichts anderes blieb, als sich wieder der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzudienen. Viel deutlicher kamen freilich die Bialystoker Anarchisten selbst zur Geltung. Über dieses Anarchistennest erzählte nach 1917 ihr Anführer Juda Grossman-Roschtschin: Nichts fürchteten sie so sehr, wie »von Besonnenheit und Vernunft erfasst zu werden«. Nachdem zwei oder drei Streiks an der mangelnden Unterstützung der Bevölkerung gescheitert waren, beschlossen sie just im Juni 1906, »dass es erforderlich ist, die Stadt in die eigenen Hände zu nehmen« und die Produktionsmittel zu enteignen. »Es galt, dass es keinerlei Veranlassung für einen Auszug aus Bialystok ohne eine vorherige letzte Klassenschlacht gebe und dies einer Kapitulation vor der schweren, hohen Aufgabe gleichkäme. « Wenn »wir nicht auf eine höhere Stufe des Kampfes übergehen, so wird die Masse das Vertrauen [zu uns] verlieren«. Doch für die Einnahme der Stadt reichten die verfügbaren Kräfte und Waffen nicht aus, und Grossman eilte nach Warschau, um von der Kampforganisation der polnischen Sozialisten Hilfe zu erbitten. Dort vernahm er auch den Ruf des Zeitungsverkäufers: »>Blutiger Pogrom in Bialystok! ... Tausende von Opfern ... Alles war klar. Die Reaktion ist uns zuvorgekommen«, verplapperte er sich.

In diesem »Übergang auf eine höhere Stufe des Kampfes«, so scheint es, liegt auch die Erklärung für den »Pogrom« verborgen. Dieses revolutionäre Feuer der Bialystoker Anarchisten hielt später der beeidigte Anwalt Hillerson noch vor Gericht hoch, wo er ein Plädoyer hielt, »das zum Sturz der in Russland bestehenden Regierungsform und Gesellschaftsordnung aufpeitschte«, wofür er selbst zur Verantwortung gezogen wurde. Nach Einschätzung der Dumakommission hatten »den Boden für den Pogrom auch verschiedene reaktionäre gesellschaftliche Elemente bereitet, die meinten, dass der Kampf mit den Juden dem Kampf mit der Freiheitsbewegung gleichkäme«.

Wie hatten sich die Ereignisse denn nun nach jenem von der Dumakommission nicht verifizierten »Knallkörper zu Provokationszwecken« weiterentwickelt? Nach den Ermittlungen der Kommission wurde »unter dem Vorwand der Bändigung der Revolutionäre systematisch auf die friedliche jüdische Bevölkerung geschossen, wobei auch Frauen und Kinder nicht ausgenommen wurden«. An jüdischen Opfern waren »über 70 Tote und etwa 80 Verletzte« zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu »bemühte sich die Anklageschrift, den Pogrom mit den revolutionären Aktivitäten der Juden zu erklären, die die übrige Bevölkerung erbost hatten«. Die Dumakommission widersprach dem: »Es bestanden keinerlei die Abstammung, Religion oder den Vermögensstand betreffende Feindseligkeiten zwischen den Christen und der jüdischen Bevölkerung der Stadt Bialystok. «

Heute heißt es: »Diesmal war der Pogrom militärisch: Die Soldaten wurden zu Pogromisten« und jagten Revolutionäre. Übrigens war ja schon nebenbei davon die Rede, dass diese Soldaten sich vor den jüdischen Anarchisten in der Surashsker Straße fürchteten, da »der Russisch-Japanische Krieg ... sie [die russischen Soldaten] die Furcht vor Schüssen gelehrt hatte«. So äußerte sich von der Tribüne der städtischen Duma herab ein jüdischer Deputierter. Gegen den jüdischen Selbstschutz zogen Infanterie und Kavallerie, und auf der anderen Seite gab es Bomben und Schusswaffen.

Die Dumakommission erkannte in dieser aufgewühlten gesellschaftlichen Situation auf »Schießereien gegen die Bevölkerung«, doch 20 Jahre später lesen wir in einem sowjetischen

Band darüber (das alte Regime kommt ja sowieso nicht wieder, es kann sich nicht mehr wehren, also was soll's): »Ganze Familien wurden mit Nägeln getötet, Augen wurden ausgestochen, Zungen herausgeschnitten, Kinderköpfe zertrümmert usw. «Der luxuriöse, illustrierte und im Ausland auf Kreidepapier gedruckte sensationslüsterne Wälzer über die Befreiungsbewegung »Der letzte russische Alleinherrscher« (von vorne herein mit der Gewissheit, dass Nikolaus II. »der letzte« sein wird) bietet diese Version: Der Pogrom »war in dem Maße inszeniert, dass es möglich erschien, das Programm des ersten Tages in Berliner Zeitungen zu schildern, sodass sich die Berliner schon zwei Stunden vor dem Beginn des Pogroms in Bialystok über das Ereignis informieren konnten«. (Wenn da etwas in einer Berliner Zeitung stand, war das dann nicht eher ein Abglanz der Pläne Grossman-Roschtschins?)

Aus Sicht der russischen Obrigkeit wäre es ziemlich unsinnig gewesen, gerade in jenen Monaten Judenpogrome zu erdenken und zu befördern, wo sich russische Minister zur Aufnahme von Krediten in den Vorzimmern westlicher Financiers drängten. Erinnern wir uns: Auch ohnedies war es für Witte schwierig, bei Rothschild »und den anderen großen jüdischen Häusern«, die (wegen der Lage der Juden und der Judenpogrome) wenig wohlwollend eingestellt waren - mit Ausnahme des Berliner Mendelsohn -, einen Kredit zu bekommen. Noch im Dezember 1905 warnte der russische Botschafter in London Benckendorff seinen Minister: »Rothschild verbreitet allerorten ... , dass es um die russische Kreditwürdigkeit zur gegenwärtigen Zeit sehr schlecht stehe, sie sich jedoch nach der Lösung der jüdischen Frage umgehend erholen werde. «

Anfang 1906 veröffentlichte Witte eine viel versprechende Regierungsmitteilung, wonach »die grundlegende Lösung der jüdischen Frage eine Angelegenheit des nationalen Gewissens und von der Duma herbeizuführen ist, bis zu deren Einberufung die in der heutigen Zeit nicht gerechtfertigten bedrückendsten Beschränkungen aufgehoben werden«. Er ersuchte bedeutende Petersburger Juden, eine Delegation möge den Zaren aufsuchen, und versprach ihnen einen höchst huldvollen Empfang. Diese Einladung wurde auf einem Kongress von Vertretern der Provinzkomitees der Union für Vollberechtigung erörtert, und nach einer flammenden und temperamentvollen Rede Ju. B. Baks (des Herausgebers der Zeitung »Retsch«) wurde entschieden, dem Zaren die Deputation der russischen Juden zu versagen und stattdessen eine niederrangigere zu Witte zu entsenden, allerdings nicht mit einer Antwort, sondern mit einer Beschuldigung: »Klar und unzweideutig« sollte ihm zu verstehen gegeben werden, dass die Pogromwelle »auf Initiative und mit Unterstützung der Regierung« organisiert worden sei.

Nach zwei Jahren der revolutionären Erschütterungen dachten die Anführer, die innerhalb der russischen Juden die Oberhand gewonnen hatten, gar nicht daran, die jüdische Gleichberechtigung weiterhin in kleinen Schritten erlangen zu wollen. Sie sahen sich auf der Schwelle zum Sieg und hatten es nicht nötig, als treu untertänige Bittsteller vor den Zaren zu treten. Sie waren auch stolz auf den Mut, den die jüdische revolutionäre Jugend gezeigt hatte. (Man muss die ganze angebliche Unerschütterlichkeit der alten zaristischen Armee vor Augen haben, um die Szene nachempfinden zu können, als vor dem im Glied stehenden Rostower Grenadierregiment dessen Kommandeur, Oberst Simanskij, von einem jüdischen Freischärler festgenommen wurde) Konnte es denn nicht sein, dass diese Revolutionäre überhaupt keinen »nationalen Verrat« begingen, wie ihnen Dubnow vorhielt, sondern vielleicht Recht hatten? Nach 1905 gerieten auch bislang bedächtige und wohlhabende Juden ins Zweifeln.

Was war die Schlussfolgerung aus dem Jahr 1905 für die russischen Juden? Auf der einen Seite »zeitigte die Revolution von 1905 in ihrer Gesamtbilanz positive Resultate ... [Sie] brachte den Juden, die bis dahin noch nicht bürgerrechtlich gleichgestellt waren, die politische Gleichberechtigung... Niemals war die jüdische Frage in der öffentlichen Meinung so positiv bewertet worden wie nach der »Befreiungsbewegung« Doch auf der anderen Seite identifizierte man nun, nach der starken Beteiligung der Juden an der Revolution, pauschal alle Juden desto mehr mit ihr. W. Schulgin schlug 1907 von der Tribüne der Staatsduma herab vor, in einer Resolution zu konstatieren, »... die westliche Hälfte Russlands von Bessarabien bis Warschau brodelt vor Hass gegen die Juden, die für die Hauptschuldigen an allem Übel gehalten werden . . ,«

Indirekt bestätigt wird dies durch die sich verstärkende jüdische Emigration aus Russland. Haben wir 1904 und 1905 noch einen Anstieg der Emigration vor allem bei Männern mittleren Alters verzeichnet, so erfasste sie ab 1906 schon alle Teile der jüdischen Bevölkerung. Nicht infolge der Pogrome von 1881/82, sondern infolge der Pogrome von 1905/06 trat der große Schub tatsächlich ein. 1905/06 emigrierten aus Russland allein in die Vereinigten Staaten 125.000 Personen, und 1906/07 waren es 115.000.

Zugleich, so schreibt B. I. Goldman, »wurde in den kurzen Jahren des Sturms und des Drucks in den Hochschulen der Numerus clausus für die Juden nicht streng eingehalten, mit der Folge, dass sich recht bedeutende Kader jüdischer professioneller Intelligenzija bildeten, die mit größerer Leichtigkeit als die russische den Markt eroberten und sich in diesem Wettbewerb bei weitem nicht immer durch moralische Korrektheit auszeichneten. Sie schufen die Vorstellung von der jüdischen Vorherrschaft auf dem Gebiet der geistigen Arbeit. « »Im 1906 beim Ministerium für Volksaufklärung erarbeiteten >Universitätsprojekt< war von der Quotenregelung überhaupt nicht mehr die Rede. « 1905 zählte man in Russland 2. 247 jüdische Studenten (9,2%), 1906 waren es 3. 702 (11,6%) und 1907 schon 4. 266 (12%).

Im regierungsamtlichen Reformprogramm vom 25. August 1906 wurde eine Untersuchung darüber angekündigt, welche der Beschränkungen für die Juden »lediglich Verdruss bereiten und sich eindeutig überlebt haben« und umgehend aufgehoben werden könnten.

Doch zur selben Zeit war die russische Regierung durch die Revolution selbst stark verunsichert (die sich über zwei Jahre eines diffusen und schlicht kriminellen Terrors, dem Stolypin kaum Herr wurde, hingezogen hatte) - und durch den deutlich erkennbaren Anteil der Juden an dieser Revolution.

Die nicht nur ob dieser zäh andauernden Revolution, sondern auch wegen der schimpflichen Niederlage im japanischen Krieg verärgerte Petersburger Elite neigte gleichwohl der verführerisch einfachen Erklärung zu, dass Russland durchaus nicht organisch krank sei, sondern die ganze Revolution von Anfang an und ganz und gar ein böswilliges jüdisches Unterfangen und Teil der weltweiten jüdisch-freimaurerischen Verschwörung gewesen sei. Für alles gab es eine einzige Ursache: die Juden! Längst wäre Russland am Zenit weltweiter Ruhmesehre und Macht, wären da nur die Juden nicht!

Mit diesen kurzsichtigen und bequemen Erklärungen bereitete die Führungselite umso unumkehrbarer ihren nahen Untergang. Die abergläubische Überzeugtheit von der historischen Kraft der Verschwörungen (wenn es sie auch auf privater oder öffentlicher Ebene gab) verliert

ganz die Hauptursache für das Missgeschick von Einzelpersonen oder Staatsgebilden aus den Augen: die menschlichen Schwächen.

So waren es unsere russischen Schwächen, die den abwärts weisenden Weg unserer traurigen Geschichte bestimmt haben - vom Widersinn des Nikonschen Schismas und den grausamen Rasereien und Monstrositäten Peters des Großen über die nationale Ohnmacht des Wechselreigens in der nachpetrinischen Zeit, die ewige Verschwendung russischer Kräfte auf äußere, fremde Aufgaben, die 100-jährige Dünkelei des Adels und die bürokratische Erstarrung durch das 19. Jahrhundert hindurch. Es war keine Verschwörung von außen, dass wir unser Bauerntum dazu verdammten, über Jahrhunderte nur dahinzuvegetieren. Es war keine Verschwörung von außen, dass das selbstherrliche und grausame Petersburg die warmherzige ukrainische Kultur unterdrückte. Es war keine Verschwörung von außen, dass unter vier Ministerien nicht entschieden werden konnte, welches von ihnen nun für diese oder jene Angelegenheit zuständig sei und sie sie jahrelang im Kreise herumreichten, und zwar jeweils dann auch noch vom Abteilungsleitergehilfen bis zum Minister. Es war keine Verschwörung von außen, dass unsere Zaren einer nach dem anderen das Tempo der weltweiten Entwicklungen und die wahrhaftigen Erfordernisse der Zeit nicht begriffen. Wäre in uns die geistige Reinheit und Kraft erhalten geblieben, die dereinst vom hl. Sergij von Radonesh ausgegangen war, so bräuchten wir uns vor keinen Verschwörungen oder Komplotten zu furchten.

Nein, es lässt sich durchaus nicht behaupten, die Juden hätten die Revolution von 1905 oder die von 1917 »veranstaltet«, wie sie auch keine andere Nation als Ganze veranstaltet hat. Ebenso wenig haben die Russen oder die Ukrainer als Ganze, als Nation, die Judenpogrome veranstaltet.

Es wäre nun ein Leichtes, uns mit Blick auf die Revolution von unseren »Abtrünnigen« loszusagen: Das waren »nichtjüdische Juden« oder: Das waren »Internationalisten und keine Russen«. Doch keine Nation kann die Verantwortung für ihre Angehörigen negieren. Wir als Nation sind die Quelle ihres Werdens.

Im Falle der revolutionären jüdischen Jugend (und erst recht derer, die sie geformt haben) und derjenigen Juden, die »eine wichtige Triebkraft der Revolution waren«, war ein weiser Rat des Jeremia an die nach Babylon geführten Judäer in Vergessenheit geraten: »Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch weggeführt habe, und betet für sie zum Herrn; denn in ihrem Wohle liegt euer Wohl. « (Jeremia 29,7)

Diejenigen russischen Juden, die sich der Revolution anschlossen, stürmten gegen diese Stadt, ohne die Folgen zu bedenken.

*

Die Rolle des kleinen, aber energischen jüdischen Volkes in der lang gezogenen und verästelten Weltgeschichte ist fraglos stark, beständig und unüberhörbar. So auch in der russischen Geschichte. Doch bleibt sie dabei ein historisches Rätsel für uns alle. Auch für die Juden.

Diese seltsame Mission bringt auch ihnen durchaus kein Glück.

Kapitel 10 - Die Duma-Zeit

Mit dem Manifest vom 17. Oktober 1905 begann eine qualitativ neue Epoche der russischen Geschichte und festigte sich nach einem Jahr unter Stolypin als Vorsitzendem des Ministerrates: die Epoche der Duma- Monarchie oder der parlamentarischen Autokratie, die rasch spürbare Wandlungen im überkommenen Staatsgebilde zeitigte - in den unbeschränkten Befugnissen des Zaren, der Undurchdringlichkeit der Ministerien und den erstarrten Hierarchien unter den obersten Würdenträgern. Für die gesamte Oberschicht bedeuteten diese Veränderungen eine große Unannehmlichkeit, und nur starke und aktive Geister bewältigten den Übergang in die neue Zeit mit Würde. Doch auch die Öffentlichkeit wurde nicht sogleich mit dem neuen Wahlrecht vertraut, mit der Redefreiheit in der Duma (und - noch schwieriger - mit der Verantwortung der Duma). Am linken Rand der Gesellschaft boykottierten die hitzköpfigen Lenin-Anhänger gemeinsam mit den nicht minder hitzköpfigen Bundisten die ersten Dumawahlen: Wir brauchen eure Parlamente nicht, wir gehen den Weg durch Explosionen, Blut und Erschütterungen! »Die Haltung des >Bund< zur Taktik der jüdischen Abgeordneten in der Duma war radikal ablehnend. «

Die von der »Union für Vollberechtigung« angeführten russischen Juden hingegen waren zu der neuen Duma-Ordnung unbeirrt positiv eingestellt, und sie »nahmen überaus rege an den Wahlen teil, wobei sie mehrheitlich für die Vertreter der [Konstitutionell-Demokratischen] Partei stimmten, welche die Gleichberechtigung der Juden auf ihre Fahnen geschrieben hatte«. So waren auch andere zur Besinnung gekommene Revolutionäre eingestellt. Isaak Gurwitsch zum Beispiel, der 1889 in die USA emigriert und dort ein aktiver linker Marxist und einer der Begründer der amerikanischen sozialdemokratischen Partei war, kam 1905 nach Russland zurück und wurde zum Duma-Wahlmann gewählt. Bei den Wahlen gab es keine Beschränkungen für Juden, und in die erste Duma wurden zwölf jüdische Abgeordnete gewählt, mehrheitlich allerdings im Ansiedlungsrayon ansässige, denn die hauptstädtischen Führer der Juden besaßen dort keinen Wahlzensus, waren also nicht wahlfähig. Von ihnen gelangten nur M. Winawer, L. Bramson und der getaufte M. Herzenstein (dem Fürst P. Dolgorukow seinen Platz freiwillig überlassen hatte) in die Duma.

Angesichts dieser Zahl jüdischer Abgeordneter in der Duma schlugen die zionistischen Abgeordneten die Bildung »einer gesonderten jüdischen Fraktion« vor, in der »die Disziplin einer regelrechten politischen Partei« herrschen sollte. Die nichtzionistischen Abgeordneten lehnten diesen Gedanken jedoch ab und sagten lediglich zu, »sich von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Beratungen über besonders die jüdischen Interessen berührende Fragen zu versammeln«. »Die unbedingte Disziplin im Sinne einer gänzlichen Unterordnung unter die Entscheidungen der aus Dumamitgliedern und Angehörigen der Union für Vollberechtigung bestehenden Kollegien« (»das politische Büro«) wurde hingegen schon damals angenommen.

Anstelle einer übergreifenden jüdischen Koalition fügte sich ein festes Bündnis der Juden mit der Partei der Konstitutionellen Demokraten. »Die örtlichen Abteilungen der Union [für Vollberechtigung] und der Konstitutionell-Demokratischen Partei bestanden nicht selten aus ein und denselben Leuten. « (Winawer wurde scherzhaft als »Kadett [Konstitutioneller Demokrat] mosaischen Glaubens« bezeichnet.) Im Ansiedlungsrayon stellten die Juden die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der [Konstitutionell-Demokratischen] Partei und in den zentralen Gouvernements die zweitgrößte nationale Gruppe ... S. Witte schrieb, »fast die

gesamte jüdische Intelligenzija mit Hochschulabschluss trat der Partei der >Freiheit des Volkes< [also den Kadetten] bei ... , die ihnen sofortige Gleichberechtigung verhieß. Diese Partei verdankte ihren Einfluss in erheblichem Maße den Juden, die ihr durch intellektuelle wie durch materielle Leistungen Substanz verliehen. « Die Juden »gaben der konstitutionellen russischen >Freiheitsbewegung< des Jahres 1905 ... Planmäßigkeit und Zielrichtung«.

Gleichwohl, so erinnert sich die bedeutende Kadettin A. Tyrkowa, waren »die hauptsächlichen Begründer und Führer der Konstitutionell- Demokratischen Partei keine Juden. Unter den jüdischen Kadetten fand sich kein so großer Mann, der es vermocht hätte, die russischen Liberalen so hinter sich zu scharen, wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts der Jude Disraeli die englischen Konservativen anführte ... Die bedeutendsten Leute in der Konstitutionell-Demokratischen Partei waren Russen. Damit möchte ich nicht den Einfluss der Juden klein reden, die in unserer Masse ganz aufgingen. Ihre Unrast konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Durch ihre Anwesenheit, ihre Aktivität machten sie sich bemerkbar, zeigten sie, dass man ihnen beistehen, Verständnis für ihre Lage haben musste. « Und weiter: »Wenn man sich mit den Wegen und Kreuzwegen des jüdischen Einflusses [in der Konstitutionell-Demokratischen Partei] befasst, kommt man nicht um Miljukow herum. Er war von Anfang an ihr Liebling, war unentwegt von einem Ring dunkeläugiger Anhänger umgeben, und besonders von Anhängerinnen ... , die ihn mit ihren zart geraunten Melodien einlullten, ihm schmeichelten, ihn hemmungslos mit bis zur Komik aufgeblähtem Lob überschütteten. «

W. A. Obolenskij, ebenfalls ein Mitglied des Zentralkomitees der Konstitutionell-Demokratischen Partei, beschreibt einen Parteiklub aus der Zeit der ersten Staatsduma an der Ecke der Sergiusstraße und der Potemkinstraße. Dort trafen sich die Elite des weltlichen russischen Judentums und die der politisierten russischen Intelligenzija: »Dort war immer viel Betrieb, und das Publikum, unter dem die reichen Petersburger Juden überwogen, war schmuck anzusehen: Damen in Seidengewändern mit Brillantbroschen und Ringen, die Männer mit bourgeois glatt rasierten, wohl genährten und selbstzufriedenen Gesichtern. Der Anblick dieses >Kadettenklubs< schockierte selbst uns, die demokratisch eingestellten Abgeordneten, ein wenig. Man kann sich vorstellen, wie unbehaglich sich dort die Bauern fühlen mussten, die zu Sitzungen unserer Fraktion kamen ... Eine >Herrenpartei<, befanden sie für sich, und kamen nicht mehr zu uns. «

Mancherorts bestand das Zusammenwirken der Union für Vollberechtigung mit der Konstitutionell-Demokratischen Partei nicht nur darin, dass »eine möglichst große Zahl jüdischer Kandidaten« sichergestellt wurde, sondern »die örtlichen Abteilungen [der Union für Vollberechtigung] wurden angewiesen, die [Nichtjuden] zu unterstützen, die einen Beitrag zur Emanzipation der Juden zu leisten versprachen«. Die Kadettenzeitung »Retsch« [»Die Rede«] Heß 1907 auf mehrfache Anfrage anderer Zeitungen hin verlauten: »Die >Retsch< hat seinerzeit ganz genau auf die Bedingungen für eine Übereinkunft mit der jüdischen Gruppe hingewiesen ... Die Gruppe erhielt das Recht, Wahlmänner abzulehnen, und das Recht, Einwände gegen Dumakandidaten zu erheben. «

In den Debatten wurde in der Duma die Frage nach der jüdischen Gleichberechtigung im Zusammenhang mit der allgemeinen rechtlichen Gleichstellung aller Bürger gestellt, also der Logik des Zarenmanifests folgend. »Die Staatsduma versprach ein >Gesetz über die volle rechtliche Gleichstellung aller Bürger bei Aufhebung aller Beschränkungen und Privilegien nach Stand, Nationalität, Religion oder Geschlecht auszuarbeiten. « Nachdem die Leitlinien des

Gesetzes feststanden, redete man in der Duma noch einen weiteren hektischen Monat weiter, wobei man »lautstarke, doch nutzlose Deklarationen« machte - bis die Duma aufgelöst wurde. So blieb das Gesetz über die Gleichheit aller Bürger, und also auch der Juden, auf der Strecke.

Wie die Mehrheit der Kadetten Unterzeichneten auch die jüdischen Abgeordneten der ersten Duma den Wyborger Aufruf, weshalb ihnen in der Folge das passive Wahlrecht entzogen wurde. Das wirkte sich am empfindlichsten auf die Karriere Winawers aus. (In der ersten Duma trat er heftig auf, wurde aber auch bekannt durch seine späteren Warnungen, dass die Juden sich nicht allzu sehr in den Vordergrund stellen sollten, damit es ihnen nicht wieder ergehe wie bei der Revolution des Jahres 1905.)

»Bei den Wahlen zur zweiten Staatsduma beteiligte sich die jüdische Bevölkerung mit noch größerem Engagement als zur Zeit des ersten Wahlkampfes ... Die jüdische Bevölkerung des >Ansiedlungsrayons< zeigte ein sehr lebhaftes Interesse an den Wahlen. Die Agitation erfasste alle Schichten der Bevölkerung. « Allerdings, so schildert die vorrevolutionäre Enzyklopädie, fand dort auch eine verstärkte antijüdische Agitation der im Westen aktiven rechtsmonarchistischen Kreise statt. »Den Bauern wurde eingeredet, dass alle fortschrittlichen Parteien die rechtliche Gleichstellung der Juden zulasten der Interessen der eingesessenen Bevölkerung anstrebten«; dass »hinter dem Rücken einer vorgeschobenen Volksvertretung das Land von einem jüdisch-freimaurerischen Syndikat von Ausbeutern des Volkes und Staatsverrätern regiert werde«; dass die Bauern unterdrückt würden »von einer nie da gewesenen Menge neuer Herren, wie sie ihre Väter und Großväter nicht kannten, die nun ihre Feldarbeit ernähren sollte«; dass durch die Verfassung »Russland an der Stelle des Tatarenjochs das schändliche Joch des internationalen Kahals drohe«. Es wurde eine Negativliste für den Entzug bereits bestehender Rechte propagiert: Die Juden sollten nicht in die Duma wählbar sein; sie sollten allesamt auf den Ansiedlungsrayon konzentriert werden; der Handel mit Brot, Getreide und Holz und die Teilhabe an Bank- und Handelshäusern sollte ihnen untersagt werden; erworbenes Eigentum sollte ihnen entzogen, die Annahme neuer Familiennamen verboten werden; die Tätigkeit als Herausgeber oder Redakteur von Druckorganen sollte ihnen untersagt werden; der Ansiedlungsrayon sollte zugunsten fruchtbarerer Gouvernements beschnitten und den Juden Land im Jakutsker Gebiet oder noch weiter entfernt zugewiesen werden; überhaupt sollten sie als Ausländer eingestuft werden und anstelle von Militärdienst Geldzahlungen leisten und, und, und. »Das Resultat dieser mündlichen und schriftlichen antisemitischen Agitation war das fast völlige Fiasko der progressiven Kandidaten bei den Wahlen zur zweiten Staatsduma im Ansiedlungsrayon. « In die zweite Duma wurden insgesamt nur vier jüdische Abgeordnete gewählt (von denen drei der Konstitutionell-Demokratischen Partei angehörten).

Noch vor den Wahlen zur zweiten Duma beschäftigte sich indes auch die Regierung selbst mit der jüdischen Gleichberechtigung. Ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt als Premierminister legte Stolypin im Dezember 1906 einen Regierungsentwurf (ein so genanntes »Ministerratsjournal«) über die weitere teilweise Aufhebung von Beschränkungen für die Juden vor, und zwar solcher Beschränkungen, die auf dem Weg zu einer völligen Gleichberechtigung eine Schlüsselbedeutung hatten. »Es war vorgesehen, aufzuheben: Das Verbot der Wohnsitznahme in ländlichen Ortschaften innerhalb des Ansiedlungsrayons; das Verbot der Wohnsitznahme in ländlichen Ortschaften des ganzen Reiches für Personen, die uneingeschränktes Wohnrecht besitzen« und »das Verbot der Mitgliedschaft in Verwaltungsräten von Aktiengesellschaften mit Landeigentum«.

Der Zar antwortete darauf mit einem Brief vom 10. Dezember: »Ungeachtet all der überzeugenden Argumente für die Annahme der Vorschläge ... spricht mir eine innere Stimme immer fester zu, dass ich diese Entscheidung nicht treffen soll. « Als begriffe er nicht, oder eher, als wünschte er zu vergessen, dass das in diesem »Journal« vorgeschlagene Dekret eine direkte und unausweichliche Folgerung aus dem Manifest war, das er selbst ein Jahr zuvor unterzeichnet hatte ...

Auch im geschlossensten bürokratischen System gibt es Augen und Hände der mit den Arbeiten betrauten Kanzleibeamten. Drang das Gerücht über den Entwurf des Ministerrates nicht schon in die Öffentlichkeit? Würde nun bekannt werden, dass die Minister die Juden emanzipieren wollten, während sich der Zar sperrte? ...

Eilig schrieb Stolypin noch am selben Tag, dem 10. Dezember, einen besorgten Brief an den Herrscher, in dem er ihm erneut sämtliche Argumente wiederholte und vor allem: »Von der Zurückweisung des Journals weiß bislang niemand etwas«, was bedeutete, dass das Zögern und Schwanken des Monarchen noch verheimlicht werden konnte. »Eure Majestät, wir haben nicht das Recht, Euch in eine solche Lage zu bringen und uns hinter Euch zu verstecken. « Stolypin wollte, dass diese Erleichterungen eben gerade als Gnadengabe des Zaren erschienen. Da dies nun aber nicht sein sollte, schlug er dem Zaren eine andere Resolution vor: Der Herrscher lehne nicht grundsätzlich ab, doch wolle er das Gesetz nicht unter Umgehung der Staatsduma erlassen, sondern durch die Duma.

Der Staatssekretär S. E. Kryshanowskij berichtet, dass der Zar daraufhin eine Resolution in dem Sinne erließ, dass die Volksvertreter die Verantwortung für die Behandlung und Entscheidung dieser Frage übernehmen sollten. Doch aus irgendwelchen Gründen blieb diese Resolution nicht nur weitgehend unbekannt, es »erfolgten auch keine Initiativen seitens der Staatsduma«.

Die zweite Duma mit ihrer deutlichen linken Mehrheit, die durch und durch vom Geist der fortschrittlichen Gesellschaft erfüllt und bei ihren Angriffen gegen die Regierung so ungebärdig war, hätte nun agieren können! Jedoch, »in der zweiten Staatsduma sprach man weitaus weniger über das Problem der Rechtlosigkeit der Juden als in den Sitzungen der ersten Staatsduma«. Das Gesetz über die jüdische Gleichberechtigung wurde nicht einmal erörtert, geschweige denn angenommen.

Warum machte die zweite Duma denn keinen Gebrauch von der ihr angebotenen Möglichkeit? Warum machte sie sich nicht unverzüglich daran? Sie hätte dazu während der ganzen dreimonatigen Sitzungsperiode Gelegenheit gehabt. Und über was für nebensächliche Kleinigkeiten verhandelte man, erhitzte man sich. Nur die jüdische Gleichberechtigung, die zwar nur partiell, aber doch schon ausgearbeitet war, ging sie nicht an. Warum eigentlich? Eine »Außerparlamentarische Sonderkommission« setzte sich erst gar nicht mit den erarbeiteten Aufhebungen der Beschränkungen für die Juden auseinander, sondern forderte ohne Rücksicht darauf sogleich die volle Gleichberechtigung, und zwar »so rasch wie möglich«.

All das ist schwer anders zu erklären als mit politischem Kalkül: Im Kampf mit der Autokratie setzte man darauf, die jüdische Frage immer weiter anzuheizen und sie - ungelöst— in der Reserve zu halten. Das Motiv dieser Freiheitsritter war, dass die Aufhebung der Beschränkungen für die Juden vielleicht deren Sturmlauf gegen die Obrigkeit abschwächen würde. Und der Sturm, der war für sie wichtiger als alles andere.

Das war schon klar und erkennbar geworden. Berdjajew machte beispielsweise dem gesamten Spektrum der russischen Radikalen Vorwürfe: »Ihr seid sehr empfindsam in der jüdischen Frage, ihr kämpft für die Rechte der Juden. Aber habt ihr denn ein Gefühl für >den Juden, für die Seele des jüdischen Volkes?... Nein, euer Kampf für die Juden will keine Juden kennen. «

In der dritten Duma hatten die Konstitutionellen Demokraten dann schon keine Mehrheit mehr und »ergriffen keine Initiativen auf dem Gebiet der jüdischen Frage, da sie keine Niederlage erleiden wollten ... Das rief großen Unmut bei den jüdischen Massen hervor, und die jüdische Presse verschonte die Partei der Freiheit des Volkes [d. i. die Konstitutionellen Demokraten] nicht mit Angriffen. « Ob zwar »die Juden sich wie zuvor energisch am Wahlkampf beteiligten und die Anzahl der jüdischen Wahlmänner in den Städten fast aller Gouvernements des Ansiedlungsrayons die Anzahl der christlichen Wahlmänner überstieg«, wurden sie doch stets von der Gegenseite überstimmt, und der dritten Duma gehörten nur mehr zwei jüdische Abgeordnete an: Nisselowitsch und Friedman. (Letzterer hielt sich auch in der vierten Duma.) Ab 1915 war auch im Staatsrat ein Jude, G. E. Weinstein aus Odessa. (Vor der Revolution auch noch Solomon Samojlowitsch Krym, ein Karäer.)

Die Oktobristen, die als führende Partei in die dritte Duma eingingen, übernahmen einerseits — teils zögerlich — die gesellschaftliche Initiative für die Gleichberechtigung der Juden, wofür sie sogleich die Vorwürfe der russischen Nationalisten ernteten: »Wir hatten angenommen, dass die Oktobristen wie vormals auf der Grundlage der Wahrung nationaler Interessen stehen«, doch nun hätten sie ganz unerwartet die Frage »über die Gewährung der Gleichberechtigung für die Russen in Finnland« (die in dieser »Kolonie Russlands« offenbar nicht bestand ...) und über die »Ausgliederung der Cholmer Russen« mit russischer Bevölkerung aus Polen beiseite geschoben und »legten einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des jüdischen Ansiedlungsrayons vor«. Andererseits wurden ihnen Auftritte »rein antisemitischen Charakters« zugeschrieben: Die dritte Duma verabschiedete 1908 auf Initiative Gutschkows »das Ansinnen ... , dass jüdische Ärzte nicht mehr zum militärmedizinischen Dienst zugelassen würden«, und des Weiteren »schlug man vor, die Militärpflicht bei den Juden durch eine Geldsteuer zu ersetzen«. (In den Vorkriegsjahren debattierte man in Russland ernsthaft öffentlich die Frage der Freistellung der Juden von der Militärpflicht; I. W. Gessen gab das Buch »Der Krieg und die Juden« heraus.)

Letztlich versuchten weder die zweite noch die dritte noch die vierte Staatsduma ein Gesetz über die volle Gleichberechtigung der Juden durchzubringen. Jedes Mal aber, wenn es darum ging, über das Gesetz über die Gleichberechtigung der Bauern (vorgelegt von Stolypin am 5. Oktober 1906) abzustimmen, waren es die Linken in eben jener zweiten, eben jener dritten und eben jener vierten Staatsduma, welche die bäuerliche Gleichberechtigung blockierten, wobei sie darauf verwiesen, dass diese nicht vor der jüdischen (und vor der polnischen) Gleichberechtigung beschlossen werden dürfe.

Auf diese Weise verringerte sich der Druck auf die verhasste zaristische Regierung nicht, sondern er verdoppelte sich, verfünffachte sich. Der Druck ließ nicht nach, und von der Duma wurden keine Gesetze verabschiedet - bis zur Februarrevolution.

Stolypin erleichterte nach seinem erfolglosen Versuch im Dezember 1906 einige antijüdische Beschränkungen, ohne dabei gesetzgeberischen Lärm zu machen, auf ganz lautlosem administrativen Weg.

Dies verurteilte der Publizist der »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«] M. Menschikow: »Der Ansiedlungsrayon ist unter Stolypin zu einer Fiktion geworden. « Die Juden »obsiegen über die russische Obrigkeit, indem sie ihr einen Autoritätsbereich nach dem anderen wegnehmen ... Die Regierung handelt, als wäre sie selbst jüdisch. «Das ist das Schicksal des Mittelweges.

In der kämpferischen Ablehnung schrittweiser Maßnahmen und in der taktischen Ablehnung eines evolutionären Übergangs zur Gleichberechtigung stand den linken und den radikalen Parteien die mächtige russische Presse zur Seite. Seit Ende 1905 war die Presse gänzlich frei von der früheren Zensur, und doch war sie noch keine freie Presse. Das war eine Presse, die sich direkt und offen als Akteur in der politischen Arena ansah, die, wie wir gesehen haben, Forderungen in der Art des Abzuges der Polizei von den Straßen erhob. Nach den Worten Wittes hatte sie den Verstand verloren.

Im Falle der Duma hing von den Reportern die gesamte Wiedergabe des Dumalebens und der Dumadebatten ab, und das in ganz Russland. Die stenografischen Berichte wurden mit Verspätung und in äußerst unbedeutender Auflage gedruckt, andere Informationsmedien neben den Tageszeitungen gab es nicht, und so war es die Aufarbeitung des Materials durch die Zeitungen, welche die Gemüter erregte. Die Zeitungsberichte verliehen den Dumadebatten systematisch andere Färbungen oder verkehrten sie gar völlig, bauschten die Bedeutung linker Abgeordneter auf, sparten nicht mit Lob für sie, während sie die Reden der rechten Abgeordneten kürzten und untergehen ließen.

Nach dem Zeugnis A. Tyrkowas gründeten zur Zeit der zweiten Duma die »Dumajournalisten ein eigenes Pressebüro«, von dem »die Verteilung der Plätze« für Korrespondenten nach Platzkarten abhing. Mitglieder des Büros »verweigerten das Kärtchen« dem Korrespondenten der Zeitung »Kolokol« [»Die Glocke«] (der Lektüre der Dorfgeistlichen). Die konstitutionelle Demokratin Tyrkowa trat dafür ein, dass »diese Leser nicht von der Möglichkeit ausgeschlossen werden dürfen, sich durch die Berichte einer Zeitung über die Duma zu informieren, der sie eben mehr vertrauen als der oppositionellen Presse«, aber »meine eitlen Kollegen, unter denen die Juden überwogen ... , erregten sich, schrieen, wiesen nach, dass der >Kolokol< ohnedies von niemandem gelesen und eindeutig von niemandem gebraucht werde«.

Die russischen nationalistischen Kreise führten dieses Benehmen der Presse schlicht und gänzlich auf die Juden zurück: Sie hätten genügend Hinweise darauf, dass fast alle Dumakorrespondenten Juden wären, und sie druckten »enthüllende« Listen der Namen dieser jüdischen Korrespondenten. Noch beredter war die folgende komische Episode einer Dumadebatte: Der sich leidenschaftlich gegen seine Gegner wendende Purischkewitsch reckte seine Hand mitten in seiner Rede in Richtung der Presseloge, die sich hinter einer ringförmigen Absperrung in der Nähe der Tribüne befand, und rief aus: »Seht doch nur diesen jüdischen Ansiedlungsrayonl«. - worauf der ganze Saal unwillkürlich zu den Korrespondenten blickte und ebenso unwillkürlich in Gelächter ausbrach, wobei sich auch die linke Seite nicht ausnahm. Dieser »jüdische Ansiedlungsrayon« blieb als Bonmot lange erhalten.

Unter den jüdischen Verlegern tat sich S. M. Propper hervor, der schon erwähnte Herr über die »Birshewye Wedomosti« [»Börsennachrichten«] mit seiner unerschütterlichen Sympathie für die »revolutionäre Demokratie«. Aus Erinnerungen erfahren wir über Ju. B. Bak, den Begründer und Hauptanteilseigner der konstitutionell-demokratischen Zeitung »Retsch«: »Ein sehr aufgeschlossener, gebildeter Mensch, der zu den radikalen Liberalen zählte. « Seine

leidenschaftliche Rüde auf einem Kongress jüdischer Hilfskomitees Anfang 1906 vereitelte eine versöhnliche Deputation zum Zaren. »Es gab nicht eine einzige jüdische Bildungs- oder 'Wohltätigkeitsorganisation, bei der Ju. B. Bak nicht mitgewirkt hätte«, und ganz besonders tat er sich in der »Jüdischen Kolonisierungs-Gesellschaft« hervor. Die »Retsch« selbst und ihr Redakteur I. W. Gessen waren durchaus nicht nur auf jüdische Themen fixiert, sondern auf allgemein liberale (Gessen belegte dies später in der Emigration auch mit der Zeitung »Rul« [»Steuerruder«] und dem »Archiv der Russischen Revolution«). In der »Professorenzeitung« »Russkie Wedomosti« [»Russische Nachrichten«] wurden jüdische Vertreter verschiedener Richtungen gedruckt, so Jabotinsky, aber auch der spätere Erschaffer des Kriegskommunismus Lurje-Larin. S. Melgunow bemerkte, dass die wohlmeinenden Beiträge der »Russkie Wedomosti« zu die Juden betreffenden Fragen »nicht nur im Namen des Eintretens für die Unterdrückten, sondern auch dank der Kräfteverhältnisse im Mitarbeiterstab« entstanden. »Mitarbeiter jüdischer Herkunft fanden sich sogar in der Belegschaft von Suworins >Nowoje Wremja< [>Neue Zein]«; die »Jüdische Enzyklopädie« zählt fünf auf.

Lange Zeit war die markanteste Figur bei den »Russkie Wedomosti« G. B. Iollos, den der seinerseits seit 1880 dort tätige Herzenstein in die Zeitung geholt hatte. Sie waren beide Abgeordnete der ersten Duma. Die wilde Atmosphäre der politischen Morde, aus denen im Grunde auch die »Revolutionsgeneralprobe« der Jahre 1905/06 bestand, wurde für beider

Schicksal bestimmend. Nach Auskunft der israelischen »Jüdischen Enzyklopädie« trug für die Ermordung beider der »Bund des Russischen Volkes« die Verantwortung; nach der russischen »Jüdischen Enzyklopädie« hingegen war dieser nur für den Mord an Herzenstein (1906) verantwortlich, während Iollos von »schwarzhundertschaftierischen Terroristen« getötet worden sei (1907).

Die Aktivitäten jüdischer Verleger und Publizisten beschränkten sich nicht auf hauptstädtische und hochintellektuelle Zeitungen, sondern sie dehnten sich bis zum anderen Ende der Popularitätsskala aus, zum Beispiel auf die volkstümliche »Kopeke«, die jeder Hauswart las. Mit ihrer Auflage von einer Viertelmillion »spielte sie eine große Rolle im Kampf gegen antisemitische Diffamierungskampagnen«. (Gründer und Chef des Blattes war M. B. Gorodezkij.) Redakteur bei der überaus einflussreichen, links von den konstitutionellen Demokraten stehenden »Kiewskaja Mysl« [»Der Kiewer Gedanke«] war Iona Kugel (einer von vier Brüdern, die alle Journalisten waren), hier finden wir auch den gewieften D. Saslawskij und - fast schon ergreifend - Leo Trotzkij. Die größte Zeitung Saratows wurde von dem älteren Awerbach (einem Schwager Swerdlows) herausgegeben. Eine Zeit lang bestand in Odessa der »Noworossijskij Telegraf« [»Neurussischer Telegraf«] mit einer stark rechten Tendenz, doch im Jahr 1900 wurde er mit wirtschaftlichen Mitteln erfolgreich zum Schweigen gebracht.

Es gab in der russischen Presse auch vereinzelte »wandernde« Sterne. Als besonders inspirierter Journalist trat L. Ju. Goldstern in Erscheinung, der während 35 Jahren für die verschiedensten Zeitungen schrieb, sogar im »Syn Otetschestwa« [»Sohn des Vaterlandes«]. Er gründete und redigierte auch die »Rossija« [»Russland«], die wohl den Höhepunkt des Patriotismus bildete. (Sie wurde wegen eines scharf gegen die Dynastie gerichteten Feuilletons »Die Herren Obmanow« [von Obman >Betrug<, statt Romanow] geschlossen.) Goldsteins Jubiläum wurde in den Zeitungen des Frühjahres 1917 begangen. Oder der bescheidene Garwej-Altus, der einst durch sein den Innenminister N. A. Maklakow bös attackierendes,

verleumderisches Feuilleton »Der Sprung des verliebten Panters« von sich reden machte. (Doch was waren diese Feuilletons im Vergleich zu den in

Russland bereits bekannten »humoristischen Blättern« der Jahre 1905 bis 1907, die mit bis dahin nie da gewesener Abgefeimtheit und nie gehörter Sprache gegen sämtliche Obrigkeitsorgane und das ganze Staatsgebilde angingen? Hier ist der wie ein Werwolf wandelbare Sinowij Grshebin zu nennen: 1905 gab er den satirisch-ungebärdigen »Shupel« [»Das Schreckgespenst«] heraus, 1914/15 das wohlmeinende »Otetschestwo« [»Vaterland«], und ab 1920 baute er in Übereinkunft mit dem sowjetischen Staatsverlag »Gosisdat« einen russischsprachigen Verlag in Berlin auf.)

Gab es in der Presse auch verschiedene Richtungen, wie die Liberalen und die Sozialisten, und bei den mit jüdischen Themen befassten Publizisten die Zionisten und die Autonomisten, so war doch eine Position in der russischen Presse dauerhaft unakzeptabel, nämlich eine verständnisvolle Haltung zur Obrigkeit. Schon in den 1870er-Jahren hatte Dostojewski/ verschiedentlich von der »Zügellosigkeit der russischen Presse« gesprochen. In Bezug auf die Obrigkeit zeigte sich diese sogar bei einer Versammlung am 8. März 1881 beim eben gekrönten Zaren Alexander III. und noch einige weitere Male: Die Journalisten benahmen sich wie selbst ernannte Vertreter der Gesellschaft.

Napoleon wird die Äußerung zugeschrieben: »Drei feindlich gesinnte Zeitungen sind gefährlicher als 100.000 feindliche Soldaten. « Dieser Ausspruch war in vieler Hinsicht auf den Russisch-Japanischen Krieg anwendbar. Die russische Presse war während der Dauer des ganzen Krieges und zu jeder seiner Schlachten offen defätistisch. Und noch wichtiger: Sie zeigte unverhohlene Sympathie für den Terror und die Revolution.

Diese Presse, die sich 1905 maßlos vorlaut gezeigt hatte, wurde in der Dumazeit nach den Worten Wittes als vorwiegend »jüdisch« oder »halbjüdisch« angesehen. Genauer gesagt: dominiert von linken oder radikalen Juden in den Schlüsselpositionen der Korrespondenten und Redakteure. Im November 1905 schrieb der Redakteur der nationalen russischen Zeitung »Kiewljanin« D. I. Pichno, der schon 25 Jahre lang auf diesem Posten war und die russische Presse kannte: »Die Juden ... haben einen gewaltigen Einsatz auf die Karte der russischen Revolution gesetzt ... Die ernsthafte russische Gesellschaft hat begriffen, dass die Presse in solchen Augenblicken eine Kraft ist, doch über diese Kraft verfügt nicht sie, sondern diese befindet sich in den Händen ihrer Gegner, die in ganz Russland in ihrem Namen reden und gelesen werden müssen, denn andere Organe gibt es nicht, und in einem Tag kann man sie auch nicht schaffen ... , und [die Gesellschaft] hat sich in einem Lügengewirr verstrickt, in dem sie sich nicht zurechtfinden kann. «

L. Tichomirow erkannte in dieser Entwicklung keine nationalen Züge, doch 1910 machte auch er Anmerkungen über den Charakter der russischen Presse: »Nervenaufreibend ... Einseitigkeit... Nicht Wohlanstand und Ritterlichkeit werden gewünscht ... Keine Ideale, keine Ahnung davon«. Und das von dieser Presse unterrichtete Publikum »verlangt diese Forschheit, diesen Hooliganismus, weiß Wissen nicht zu schätzen, Unwissenheit nicht zu erkennen«.

Vom entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums äußerte sich ein bolschewistischer Publizist (M. Lemke) über die Qualität der Presse so: »In unserer Reformepoche sind Ideen billig geworden und Information, Sensation und dummdreiste, herablassende Ignoranz füllen die Seiten der Presse. «

Spezifischer, aus der Sphäre der Kultur heraus, beklagte sich 1909 bitter Andrej Belyj, der nun überhaupt nicht rechts und kein »Chauvinist« war: »Die Leithammel der nationalen Kultur sind Menschen, die dieser Kultur fremd sind ... Seht euch doch mal die Listen der Mitarbeiter der Zeitungen und Zeitschriften Russlands an: Wer sind denn die Musik- und Literaturkritiker dieser Zeitschriften? Ihr werdet fast nur Namen von Juden finden. Unter diesen Kritikern sind talentierte und empfindsame Menschen, es sind einige wenige unter ihnen, die die Aufgaben einer nationalen Kultur vielleicht noch tief gehender als die Russen begriffen haben, doch das sind Ausnahmen. Die große Masse der jüdischen Kritiker steht der russischen Kunst völlig fremd gegenüber, schreibt in einem Esperanto-Jargon und terrorisiert jeden Versuch, die russische Sprache zu vertiefen und zu bereichern. «

In denselben Jahren klagte auch der weit blickende Zionist W. Jabotinsky über die »fortschrittlichen Zeitungen, die durch jüdisches Geld unterhalten werden und voll mit jüdischen Mitarbeitern sind«, und warnte: »Als die Juden sich massenhaft darauf stürzten, russische Politik zu machen, da sagten wir ihnen voraus, dass daraus nicht Gutes entspringen wird, weder für die russische Politik noch für die Juden. «

Die russische Presse spielte eine entscheidende Rolle im vorrevolutionären konstitutionell-demokratisch-intellektuellen Sturm auf die Regierung. Ihre Stimmung, von der er mit aller Macht erfasst war, drückte der Duma-Abgeordnete A. I. Schingarjow aus: »Möge diese Herrschaft untergehen! Einer solchen Herrschaft können wir nicht einmal ein Stück einer Leine zuwerfen!« Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass die erste Duma sich im Andenken an die Opfer des Bialystoker Pogroms erhob (ohne anzuerkennen, wie wir gesehen haben, dass es sich um einen bewaffneten Kampf zwischen Anarchisten und dem Militär gehandelt hatte). Die zweite Duma erhob sich zu Ehren des von einem Terroristen getöteten Iollos, doch als Purischkewitsch vorschlug, auf gleiche Weise auch das Gedenken der im Einsatz getöteten Polizisten und Soldaten zu ehren, da entzog man ihm dafür das Wort und schloss ihn aus der Sitzung aus. Den erhitzten Parlamentariern erschien es damals undenkbar, auch mit denen mitzufühlen, die die einfache Ordnung im Staat aufrechterhalten, die doch für alle notwendig ist, für ein allgemeines ruhiges Leben.

Aus der Emigrantenzeitung »Jewrejskaja Tribuna« [»Jüdische Tribüne«] des Jahres 1923 in die Vergangenheit zurückblickend, kam das Mitglied der Union für Vollberechtigung A. Kulischer spät zur richtigen Schlussfolgerung: »Im russisch-jüdischen gesellschaftlichen Umfeld vor der Revolution waren tatsächlich Leute und ganze Gruppen, deren Aktivitäten sich dadurch auszeichneten ... , dass sie kein Verantwortungsgefühl für den Zwiespalt in den Köpfen der russischen Juden hatten ... Das war die Verbreitung eines unbestimmten und leichtfertigen >Revolutionismus<... Das ganze Wesen ihrer Politik bestand darin, linker zu sein als irgendwer anders. Stets verharrten sie in der Rolle des nicht verantwortlichen Kritikers, niemals gingen sie bis ans Ende, sie sahen ihre Bestimmung darin zu sagen: >Zu wenig!< ... Diese Leute waren >Demokraten< ... Es gab aber auch besondere Demokraten, die sich als Jüdische demokratische Gruppe* bezeichneten, dieses Adjektiv an alle unpassenden Substantive anhängten und die den unerträglichen Talmud der Demokratie geschrieben hatten ... , um damit zu beweisen, dass die anderen nicht demokratisch genug sind ... Sie schufen um sich die verantwortungslose Stimmung eines abgehobenen Maximalismus, ohne ihre Forderungen genau einzugrenzen. Diese Stimmung führte während der Revolution zu vernichtenden Folgen. « Das destruktive

Potenzial, das dieser Presse entsprang, war in der Tat eine der schwächsten und verletzbarsten Stellen des Russischen Staates um die Jahre 1914 und 1917.

Aber was war mit der »Reptilienpresse«, also der vor der Obrigkeit kriechenden Presse der russischen Nationalisten? Die Zeitung »Russkoje Snamja« [»Russisches Banner«] Dubrowins, hieß es, falle einem aus den Händen, so plump und geistlos sei sie gewesen. (Übrigens war nach Beanstandung durch Generale verboten worden, sie an die Armee zu liefern.) Wahrscheinlich war auch »Semschtschina« [»Das Landvolk«] nicht viel gediegener - ich weiß es nicht, ich habe beide nicht gelesen. Sie kastrierten sich selbst, verkümmerten, und ab 1905 verloren auch die »Moskowskie Wedomosti« [»Moskauer Nachrichten«] ihre Leser.

Wo aber waren dann die starken konservativen, um die Russen bemühten Denker und Schreiber? Warum gaben sie nicht eine Zeitung mit würdigem Niveau als Gegengewicht zu diesem zerstörerischen Sturm heraus?

Zu einem Wettstreit mit dem biegsamen Denken und Schreiben der liberalen und radikalen Presse, die ihre Energie und unaufhörliche Weiterentwicklung so sehr ihren jüdischen Mitarbeitern zu verdanken hatte, waren die russischen nationalen Kräfte, die bedächtigen, wohlmeinenden Geister damals überhaupt nicht gerüstet (und noch weniger sind sie es heute). Stattdessen stachen die von der linken Presse erzürnten, doch allzu groben Federn heraus. Wir fügen hier noch hinzu: Die rechten Zeitungen konnten finanziell nur eben gerade bestehen, während in den Zeitungen, die, wie Jabotinsky schrieb, »von jüdischem Geld« gehalten wurden, hervorragende Honorare gezahlt wurden, deshalb über eine reichhaltige Auswahl an Schreibern verfügten und durchweg vor allem eines waren: interessant. Bei alledem forderten die linke Presse und die Duma immer noch die Liquidierung der »subventionierten«, also der heimlich und halbherzig durch die Regierung unterstützten Presse.

Staatssekretär S. E. Kryshanowskij bestätigte, dass die Regierung über 30 Zeitungen an verschiedenen Orten Russlands finanziell unterstützte, doch ohne jeden Erfolg. Teils wegen des Fehlens gebildeter Leute unter den Rechten, die zu publizistischer Tätigkeit bereit und in der Lage gewesen wären, teils auch wegen Unfähigkeit aufseiten der Regierung. Der Fähigste von allen war I. Ja. Gurland, ein Jude aus dem Innenministerium, ein Einzelfall, der unter dem Pseudonym »Wassiljew« Broschüren schrieb, die über geheime Wege Personen des gesellschaftlichen Lebens zugeleitet wurden.

Somit blieb der Regierung nur der trocken-bürokratische, buchhalterisch referierende »Prawitelstwennyj Westnik« [»Regierungsbote«]. Etwas Starkes, Sichtbares, Überzeugendes zu schaffen, um damit offen um die öffentliche Meinung zu ringen, wenn auch vielleicht nicht in Europa, so doch wenigstens im Innern Russlands, das fiel der zaristischen Regierung entweder nicht ein, oder sie konnte es nicht ins Werk setzen, oder es fehlte ihr an Kraft und Verstand.

Auf die Seite der Regierung stellte sich lange Zeit Suworins »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«], eine lebendige und markante Zeitung mit Herz (das übrigens recht wechselhaft bald für ein Bündnis mit Deutschland, bald in unüberwindbarem Hass gegen die Deutschen schlug), die leider oft die Notwendigkeit einer nationalen Wiedergeburt mit Attacken gegen die Juden verwechselte. (Als ihr Begründer, der greise Suworin, auf dem Sterbebett sein Vermögen unter seinen drei Söhnen auffeilte, da machte er es ihnen zur Bedingung, dass sie ihren Anteil an der Zeitung nicht an Juden verkauften.) Witte zählte die »Nowoje Wremja« zu den Zeitungen, für die es 1905 »vorteilhaft war, links zu sein ... , die sich dann später nach rechts gewendet haben

und die nun schwarzhundertschafflerische Töne anschlagen. Ein viel sagendes Beispiel für eine solche Ausrichtung ist [diese] überaus talentierte und einflussreiche Zeitung. « Obgleich sie kommerziell sei, »ist sie doch eine der besten Zeitungen«. Sie war sehr reich an Information und außerordentlich verbreitet, vielleicht war sie die energischste Zeitung in Russland und, gewiss, unter den rechten die klügste.

Und rechte Persönlichkeiten? Und rechte Duma-Abgeordnete? Sie verhielten sich meistenteils nicht dem wahren Verhältnis ihrer Stärken und Schwächen gemäß, handelten blindlings und erfolglos, sahen keinen anderen Weg »der Verteidigung der Eigenständigkeit des russischen Staates« als die Einforderung antijüdischer staatlicher Sanktionen. Der Abgeordnete Balaschow legte 1911 entgegen allen Windrichtungen jener Zeit ein Programm vor, wonach der Ansiedlungsrayon gefestigt und die Juden aus Presse, Gerichtsbarkeit und den russischen Schulen entfernt werden sollten. Der Abgeordnete Samyslowskij protestierte dagegen, dass auf den Lehrstühlen in den Hochschulen »infolge verborgener Sympathien« stets Juden, Sozialrevolutionäre oder Sozialdemokraten säßen - als könne man gegen »verborgene Sympathien« mit staatlichen Mitteln etwas ausrichten.

1913 forderte eine Versammlung des vereinigten Adels (wie schon 1908 in der dritten Duma), dass Juden nicht mehr zum Militärdienst herangezogen würden und ihnen außerdem auch kein Zugang zu den bürgerlichen, ländlichen und städtischen Selbstverwaltungsorganen sowie die Beeidigung als Gerichtsschöffen gewährt würde.

Im Frühjahr 1911 schlug Purischkewitsch, der sich kräftig am Kesseltreiben gegen den im Niedergang befindlichen Stolypin beteiligte, in der Duma als Äußerstes vor: »Den Juden wird auf das Strengste untersagt, irgendwelche Ämter in irgendeiner Institution der staatlichen Verwaltung im Reich zu übernehmen ... , vor allem in den Randgebieten ... Juden, die beim Versuch ertappt werden, irgendein Amt in der staatlichen Verwaltung übernehmen zu wollen, werden vor Gericht zur Verantwortung gezogen. « Dementsprechend beschuldigten die Rechten Stolypin der Nachgiebigkeit gegenüber den Juden.

Stolypin, der 1906 in die Regierung eingetreten war, war gezwungen, das Manifest vom 17. Oktober 1905 fortan als eine - wenngleich zu Korrekturen herausfordernde - Gegebenheit hinzunehmen. Ob es übereilt, unbedacht oder leichtfertig vom Zaren unterzeichnet worden war, das hatte nun keine Bedeutung mehr. Es galt das Manifest zu erfüllen, und den Staat gegen alle Beschwernisse und trotz des Schwankens des Zaren selbst entsprechend dem Manifest umzubauen. Und daraus ging unausweichlich die Gleichstellung der Juden in allen Rechten hervor.

Selbstverständlich bestanden antijüdische Beschränkungen nicht nur in Russland allein und nicht nur im eigentlichen Russland. In Polen, das damals ebenso wie Finnland als unterdrückt galt, kamen sie durch die polnischen Ambitionen noch schärfer zur Geltung. Jabotinsky schreibt, »solch ein Joch, wie es die Juden in Finnland tragen, kennt man sogar in Russland und Rumänien nicht ... Jeder beliebige Finne, der außerhalb einer Stadtgrenze einen Juden stellt, hat das Recht, den Gesetzesbrecher zu verhaften und aufs Polizeirevier zu bringen. Ein großer Teil der gewerblichen Berufe ist Juden nicht zugänglich. Eheschließungen unter Juden unterliegen bedrückenden und erniedrigenden Formalitäten ... Der Bau von Synagogen ist auf das Äußerste erschwert ... Politischer Rechte entbehren die Juden gänzlich. « Im österreichischen Galizien »sehen die Polen die Juden im politischen Sinne offen als auszubeutendes Material zum Zweck der Festigung ihrer Macht über das Gebiet ... Es sind Fälle

von Schulausschlüssen aus Gymnasien wegen Zionismus« vorgekommen; auf verschiedenste Weise würden die jüdischen Schulen beschränkt; es gebe Äußerungen des Hasses gegen den Jargon (das Jiddische); und sogar die jüdische sozialistische Partei »wird durch die polnischen Sozialdemokraten boykottiert und verfolgt«. Im mitteleuropäischen Österreich glühte fortwährender Hass gegen die Juden, und es bestand eine Vielzahl von Sonderregelungen und wechselnden Beschränkungen, beispielsweise für Kuren in Karlsbad: Bald waren Juden ganz ausgeschlossen, bald durften sie nur im Sommer, und »Winterjuden« wurden nur unter besonderen Bedingungen zugelassen.

Aber aufgrund des Systems der Beschränkungen im eigentlichen Russland ist die auf viele Punkte bezogene Klage der damaligen »Jüdischen Enzyklopädie« überaus verständlich: »Die Lage der Juden stellt sich höchst unbeständig dar, abhängig von der Auslegung oder, genauer gesagt, vom Ermessen jedes beliebigen Exekutivorgans bis hin=zum niedrigsten ... Die Unbestimmtheit... ist bedingt... durch die außerordentliche Schwierigkeit einer einheitlichen Auslegung und Anwendung der Beschränkungsgesetze ... Zahlreiche Gesetzesparagrafen sind durch eine Menge von Anordnungen von höchster Stelle ergänzt und geändert worden, die aufgrund der Berichte verschiedener Minister zustande gekommen ... und nicht einmal alle in die Gesetzessammlung aufgenommen sind«; »selbst die Sondergenehmigung einer zuständigen Behörde kann einem Juden nicht völlige Sicherheit in der Unantastbarkeit seiner Rechte geben«; »die Ablehnung eines niedrigen Behördenvertreters, Forderungen nachzukommen, eine anonyme Anzeige eines Konkurrenten oder das offene Ansuchen eines stärkeren Konkurrenten um Ausweisung des Juden reichen aus, um ihn heimatlos zu machen«.

Stolypin begriff sowohl die Unzulänglichkeit dieser Gegebenheiten als auch die unabwendbare Wegrichtung der Epoche hin zu einer rechtlichen Gleichstellung der Juden, die in vieler Hinsicht in Russland bereits erzielt war.

Die Anzahl der Juden, die außerhalb des Ansiedlungsrayons lebten, stieg unaufhaltsam Jahr für Jahr. Nach 1903, als zusätzliche 101 Ortschaften zur Ansiedlung und zu wirtschaftlicher Tätigkeit für die Juden geöffnet worden waren, kamen unter Stolypin noch weitere bevölkerungsreiche Ortschaften dazu - er führte also eine Maßnahme selbst durch, die 1906 vom Zaren abgelehnt und 1907 von der Duma abgeschmettert worden war. In der vorrevolutionären »Jüdischen Enzyklopädie« wird angeführt, dass um 1910/12 die Zahl dieser zusätzlichen Ortschaften 291 betrug, die neue Enzyklopädie nennt 299 für das Jahr 1911.

Die alte Enzyklopädie erinnert daran, dass seit Sommer 1905 als Folge der revolutionären Ereignisse die »Leitungsorgane und Gremien [der Hochschulen] drei Jahre lang nicht auf die Zugangsbeschränkung Acht gaben«. Im August 1909 wurde der Numerus clausus für Juden in den Hoch- und Oberschulen angehoben (fortan: für die Hauptstädte 5%, außerhalb des Ansiedlungsrayons 10%, im Ansiedlungsrayon 15%) - allerdings mit der Maßgabe, dass er nunmehr eingehalten werde. Da aber 1909 an der Petersburger Universität die jüdischen Studenten schon 11% ausmachten und an der Neurussischen Universität in Odessa 24%, wurden diese Regelungen als neue Beschränkung wahrgenommen. Eine neue Beschränkung im eigentlichen Sinne kam 1911: Der Numerus clausus wurde auch auf Externe zur Anwendung gebracht (d. h. bei den Männern, nicht bei den Frauen; in den Mädchengymnasien außerhalb des Ansiedlungsrayons waren 1911 tatsächlich 13,5% Jüdinnen). In Kunst-, Handels-, technischen und handwerklichen Schulen unterlag die Aufnahme von Juden keinen Beschränkungen. »Ebenso wie in Ober- und Hochschulen strebten die Juden auch in

Mittelschulen«, die sie früher ignoriert hatten. Nachdem 1883 »in allen Stadt- und Kreisschulen« die Juden 2% ausgemacht hatten, so waren es 1898 bei den Knaben 12% und bei den Mädchen 17%. Ferner »füllten sich die privaten Hochschulen mit jüdischer Jugend«, so waren beispielsweise 1912 im Kiewer Handelsinstitut 1875 der Studenten Juden, und an der Psychoneurologischen Hochschule »Tausende«. 1914 erhielten alle privaten Schulen das Recht, in jeder beliebigen Sprache zu unterrichten.

Überhaupt steuerte die ganze Epoche unausweichlich auf die allgemeine Schulpflicht zu. Die Hauptaufgabe Stolypins bestand in der Agrarreform, in der Schaffung stabilen bäuerlichen Landbesitzes. Sein Mitstreiter bei dieser Arbeit, der Landwirtschaftsminister A. W. Kriwoschein, war ebenfalls ein Befürworter der Aufhebung des Ansiedlungsrayons, bestand aber zugleich auf der Beschränkung »der Rechte anonymer Aktiengesellschaften« beim Landerwerb, da durch sie Gesellschaften mit »umfangreichem jüdischen Landbesitz« entstehen würden und ferner »das Einfließen häufig spekulativen jüdischen Kapitals in die Dörfer den Erfolg der Landreform erschweren« würde. (Zugleich, so fürchtete er, würde dadurch in den ländlichen Gebieten Großrusslands Antisemitismus entstehen, den es dort nie zuvor gegeben hatte.) Stolypin und Kriwoschein konnten nicht zulassen, dass die Bauern in landlose Bettelarmut gerieten. 1906 wurde den jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien der Erwerb staatlicher Landflächen, die fortan den Bauern Vorbehalten waren, untersagt.

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler M. Bernazkij nennt folgende Daten für die Zeit vor dem Krieg: in der Landwirtschaft tätige Juden: 2,4%, in freien Berufen: 4,7%, in privater Anstellung: 11,5%, im Handel: 31% (wobei die Juden 35% der gesamten Kaufmannsklasse Russlands stellten), im Fertigungsgewerbe: 36%. In den ländlichen Ortschaften des Ansiedlungsrayons lebten 18% der Juden. Hält man diese letzte Ziffer jenen 2,4% entgegen, so ersieht man, dass in jenen Jahren die landwirtschaftliche Arbeit unter den Juden auf dem Land nicht zugenommen hatte, während nach Bernazkijs Meinung »das russische Interesse darin besteht, dass die jüdische Arbeitskraft und die jüdischen Mittel überall möglichst produktive Verwendung finden« und jedwede Beschränkungen der Juden eine »kolossale Verschwendung der Produktionskräfte des Landes« sei. Er weist darauf hin, dass beispielsweise 1912 die Vereinigung der Fabrikanten und Fabrikbesitzer des Moskauer Erzeugergebiets beim Vorsitzenden des Ministerrats dafür eintrat, die Juden in ihrer Rolle als Bindeglied zu den russischen Zentren der Fabrikproduktion nicht zu beschränken.

B. A. Kamenka, der Verwaltungsratsvorsitzende und Generaldirektor der Asow-Don-Kommerzbank, ging dazu über, im Steinkohle- und im metallurgischen Zweig Kredite zu gewähren, er übte das Patronat über elf große Gesellschaften im Dongebiet und im Ural aus. In der Industrie war die Beteiligung von Juden in Aktiengesellschaften nicht eingeschränkt, und »die Beschränkungen der Rechte von Aktiengesellschaften beim Landbesitz riefen einen Sturm des Protests aller Finanz- und Industriekreise hervor«. Schließlich wurde diese Kriwoschei'nsche Beschränkung aufgehoben.

W. Schulgin griff zu einem Bild: »Kindlich erschien die russische Mächtigkeit im Vergleich zum elaborierten Druck seitens der Juden. Die russische Kraft erinnerte an die Wassermasse eines friedlichen Flusses: Endlos ruht in schläfriger Weite das viele Wasser. Mein Gott, wie viel, und doch steht es still. Aber zehn Werst weiter unten wird derselbe Fluss von rohen Wehrmauern beengt und in einen raschen Strom verwandelt, als der er sich kalt brodelnd in die kreisenden Turbinen stürzt. «

Von wirtschaftsliberaler Seite hören wir Ähnliches: »Russland ist so arm … an Vertretern höher qualifizierter Arbeit … und bemüht sich gleichsam, seine Unwissenheit und seine geistige Rückständigkeit gegenüber dem Westen noch zu steigern. «Der Ausschluss von Juden von den Hebeln der Produktion »läuft auf mutwillige Nichtnutzung … von Produktionskräften hinaus«.

Stolypin begriff sehr wohl, dass das Vergeudung war. Aber die verschiedenen Wirtschaftszweige im Land entwickelten sich allzu ungleichmäßig. Er verglich die jüdischen Beschränkungen mit einem Schutzzoll: Sie konnten nur vorübergehend bestehen, bis die Russen in Wirtschaft und Gesellschaftsleben Fuß fassen würden, aber auf die Dauer würden sie für die Russen eine schädliche Treibhausatmosphäre schaffen. Endlich (nach wie vielen Jahrzehnten?) machte sich die Regierung daran, die Stellung der Bauernschaft zu verbessern, was eine in einem tieferen Sinne wirkliche Gleichberechtigung sowohl der Stände als auch der Volksgruppen bedeutet hätte und was auch die Furcht der Russen vor den Juden beseitigt und mit Sicherheit auch den Beschränkungen der Juden insgesamt ein Ende gemacht hätte.

Stolypin sah vor, jüdisches Kapital zur Anregung der russischen Wirtschaft zu verwenden: ihre vielen Aktiengesellschaften, Unternehmen, Konzessionen, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Russlands zuzulassen. Dabei war ihm klar, dass es die dynamischen, mächtigen Privatbanken kraft ihrer geringen Zahl und der engen Beziehungen unter ihnen häufig vorzogen, nicht zu konkurrieren, sondern Absprachen zu treffen, doch er rechnete damit, dies durch die »Verstaatlichung des Kreditwesens« ausgleichen zu können: Die Rolle der Staatsbank sollte gestärkt und ein Hilfsfonds für aufstrebende Bauern eingerichtet werden, da diese anders keinen Kredit bekommen konnten.

Stolypin stellte auch noch eine weitere staatsmännische Überlegung an: Die Gleichberechtigung der Juden wird den im Wesentlichen nichtrevolutionären Teil der Juden von den revolutionären Parteien abtrennen. (Eines der Argumente war auch, dass in der täglichen Praxis der Beschränkungsvorschriften im Land viele Bestechungen angenommen wurden und es dadurch zur Korrumpierung des Staatsapparates kam.)

Diejenigen russischen Juden, welche die Dinge ohne Verbissenheit sahen, erkannten, dass ungeachtet der weiter bestehenden Beschränkungen, ungeachtet der immer lauter werdenden (doch auch hilflosen) Angriffe gegen die Juden in der rechten Gesellschaft diese Jahre für die Juden zunehmend günstig waren und unumkehrbar zur Gleichberechtigung führen würden.

Nur wenige Jahre später, nachdem sie von der großen Revolution in die Emigration gejagt worden, waren, machten sich zwei bedeutende Juden über das vorrevolutionäre Russland Gedanken.

Nachdem er einst mit Mühe durch Selbststudium der Armut entstiegen war, erst 30-jährig als Externer das Reifezeugnis erlangt und erst mit 35 Jahren die Universität abgeschlossen hatte, als aktiver Teilnehmer der Befreiungsbewegung und konsequenter Gegner des Zionismus, den er als Phantomidee ansah, schrieb Iossif Menassiewitsch Bikerman im Alter von 55 Jahren: »Trotz der Maigesetze [von 1882] und anderen Regelungen, trotz Ansiedlungsrayon und Numerus clausus, trotz Kischinjow und Bialystok war ich und fühlte ich mich als ein freier Mensch, für den viele Möglichkeiten bestanden, in den verschiedensten Bereichen menschlicher Betätigung zu arbeiten, der die Möglichkeit hatte, sich materiell zu bereichern und geistig zu wachsen, der um das ihm Ermangelnde kämpfen und seine Kräfte für eine Fortsetzung des Kampfes sammeln konnte. Die Beschränkungen … schwanden unter dem Einfluss der Zeit und

unter unserem Druck mehr und mehr dahin, und während des Krieges wurde in die letzte Bastion unserer Rechtlosigkeit eine weite Bresche geschlagen. Fünf oder fünfzehn Jahre lagen wohl noch vor uns, bis die Juden die volle Gleichberechtigung vor dem Gesetz erreicht haben würden - wir konnten warten. «

Ein Mensch mit völlig anderen Überzeugungen und Lebenserfahrungen, ein konsequenter Zionist, Arzt (eine Zeit lang war er auch Privatdozent an der Genfer Medizinischen Fakultät), Publizist und Person des öffentlichen Lebens, Daniil Samojlowitsch Pasmanik, ein Altersgenosse Bikermans, schrieb in jenen selben Jahren aus derselben Emigration: »Unter dem zaristischen Regime lebten die Juden weitaus besser und man mag sagen, was man will, vor dem großen Krieg war der materielle und ideelle Zustand des russischen Judentums glänzend. Wir waren damals politisch rechtlos, doch wir konnten die intensivsten Aktivitäten auf dem Gebiet des national-geistlichen Aufbaus entwickeln, und das traditionelle jüdische Elendsdasein verschwand mehr und mehr. « »Auf wirtschaftlichem Gebiet verringerte sich die traditionelle Armut unserer Massen tagtäglich und machte Wohlstand und materieller Sicherheit Platz, ungeachtet sogar der sinnlosen Vertreibung vieler Zehntausend Juden aus dem frontnahen Gebiet. Die Statistik über den Umsatz der Anleihe- und Kreditgesellschaften ... zeigt am besten den wirtschaftlichen Fortschritt der russischen Juden in den letzten Jahrzehnten vor dem Umsturz. Dasselbe gilt auch in kultureller Hinsicht. Ungeachtet des Polizeistaates - ein Reich absoluter Freiheit im Vergleich zum jetzigen Regime der bolschewistischen Tscheka - blühten jüdische Kultureinrichtungen aller Art und Gestalt. Das Leben sprudelte: Die Organisationen gewannen an Gewicht, die Schaffenskraft nahm zu und es eröffneten sich weite Perspektiven. «

Im Laufe von etwas mehr als einem Jahrhundert wuchs die jüdische Bevölkerung unter der russischen Krone von 820.000 (einschließlich des Königreichs Polen) bis auf über 5 Millionen, und dabei gingen noch weitere über 1,5 Millionen an die Emigration ab - das bedeutet ein Anwachsen auf das Achtfache von 1800 bis 1914, wobei der Anstieg in den letzten 90 Jahren das Dreieinhalbfache betrug (von 1,5 Mio. auf 5,25 Mio.), während die Bevölkerung des gesamten Reiches in diesen Jahren (unter Berücksichtigung neu hinzugekommener Gebiete) um das Zweieinhalbfache anwuchs.

Die Beschränkungen blieben während dieser Zeit weiter bestehen und nährten in den Vereinigten Staaten die antirussische Propaganda. Stolypin glaubte, dass ihr durch Erklärungen und durch Einladungen an amerikanische Kongressabgeordnete und Korrespondenten zu Russlandbesuchen beizukommen sei. Im Herbst 1911 verschärfte sich die Situation und führte zur Aufkündigung des seit über 80 Jahren bestehenden Handelsabkommens mit Amerika. Stolypin wusste noch nicht, was eine flammende Rede des späteren Friedensstifters Wilson bedeutete, was Einstimmigkeit im amerikanischen Kongress bedeutete. Doch die Aufkündigung dieses Abkommens erlebte er schon nicht mehr.

Stolypin, der dem Vorkriegsjahrzehnt in Russland seine Richtung, seine Ausstrahlung und seinen Namen gegeben hatte, der im Frühjahr 1911 von erbitterten Parlamentariern sowohl von der Seite der konstitutionellen Demokraten als auch der extremen Rechten wegen eines Gesetzes über die ländliche Selbstverwaltung (Semstwo) in den westlichen Gebieten gleichsam niedergetrampelt worden war, wurde im September 1911 ermordet. Der erste russische Premierminister, der sich ehrlich die Aufgabe der jüdischen Gleichberechtigung gestellt und sich gegen den Zaren an ihre Erfüllung gemacht hatte, starb - ist es Hohn der Geschichte? - durch die Hand eines Juden.

Das war der schicksalhafte Preis des Mittelweges. Sieben Mal hatte man versucht, Stolypin zu töten, teils ganze revolutionäre Gruppen unterschiedlicher Zusammensetzung, und nie war es geglückt. Und nun glückte es auf geniale Weise einem Einzelnen.

Noch jung und unreif, wie er war, konnte Bogrow selbst die Bedeutung Stolypins für den Staat nicht in ihrer Gesamtheit erfassen. Dafür hatte er seit seiner Kindheit die tagtäglichen und erniedrigenden Seiten der politischen Ungleichberechtigung gesehen und war von seiner Familie, seiner Umgebung und durch sich selbst angeheizt worden zu glühendem Hass gegen die zaristische Obrigkeit. Offenbar konnte sich in diesen Kiewer jüdischen Kreisen, die doch so ideologisch beweglich schienen, keine mildere Haltung gegenüber Stolypin für dessen Bemühungen, die antijüdischen Beschränkungen aufzuheben, herausbilden, und wenn doch, so wurde diese mildere Haltung bei manchen der Wohlhabenderen durch die Erinnerung an seine energische Niederschlagung der Revolution von 1905/06 und die Verärgerung über seine Bemühungen um eine »Verstaatlichung des russischen Kreditwesens«, den offenen Wettstreit mit privatem Kapital, doch überwogen. In den Kreisen der Kiewer (und der Petersburger, wo der heranwachsende Mörder sich ebenfalls aufhielt) Juden wirkte dieses allradikale Feld, in dem sich der junge Bogrow im Recht und sogar verpflichtet fühlte, Stolypin zu töten.

Dieses Feld war so stark, dass es folgende Fügung ermöglichte: Vater Bogrow, ein Kapitaleigner, ist aufgestiegen und prosperiert in dieser staatlichen Ordnung, während Sohn Bogrow auszieht, um diese Ordnung zu zerstören - und der Vater bekundet nach dem Schuss öffentlich seinen Stolz über solch einen Sohn. Es erwies sich, dass Bogrow nicht völlig allein dastand: Still zollte man ihm in jenen vermögenden Kreisen Beifall, welche vormals der Ordnung bedingungslos treu gewesen waren.

Dieser Schuss, mit dem der Prozess der Gesundung Russlands zu einem jähen Ende gebracht wurde, hätte gewiss auch auf den Zaren abgegeben werden können. Doch den Zaren zu töten, das hielt Bogrow für unmöglich, denn (nach seinen Worten) »hätte das eine Judenjagd nach sich ziehen können«, »zu einer Beschränkung unserer Rechte führen können«.

Bei der Ermordung nur des Premierministers, so sah er richtig voraus, würde dergleichen nicht geschehen. Aber er dachte auch - und täuschte sich hierin bitter—, dass diese Tat dem Schicksal des russischen Judentums einen guten Dienst erweisen würde.

Auch jener M. Menschikow, der Stolypin wegen seiner Zugeständnisse an die Juden zunächst Vorwürfe gemacht hatte, trauerte nun um ihn: Unser großer Staatsmann, unser bester Führer seit anderthalb Jahrhunderten - ermordet! Und der Mörder ein Jude? Schämte er sich nicht? Wie konnte er es wagen, auf den Premierminister Russlands zu schießen?! »Der bösartige Kiewer Schuss ... musste als Signal aufgefasst werden, zur deutlichen Warnung, ... dass es nicht zu rächen gilt, aber endlich Widerstand geleistet werden muss. «

Und was geschah in jenen Tagen im »schwarzhundertschaftierischen Kiew«, das mehrheitlich von Juden bewohnt war? Unter den Kiewer Juden entstand in den ersten Stunden nach dem Mord eine Massenpanik, es gab eine Bewegung, die Stadt zu verlassen. »Entsetzen ergriff die jüdische Bevölkerung nicht nur Kiews, sondern auch anderer weit entfernter Ortschaften des Ansiedlungsrayons und im Innern Russlands. « Der Klub russischer Nationalisten wollte Unterschriften für die Aussiedlung aller Juden aus Kiew sammeln (was er aber dann doch nicht tat). Es kam nicht zu den kleinsten Ansätzen eines Pogroms. Der Vorsitzende der Jugendorganisation »Zweiköpfiger Adler« Galkin rief dazu auf, die Kiewer

Geheimpolizei zu stürmen, die den Mord hatte geschehen lassen, und die Juden zu schlagen - und - wurde sogleich an die Kandare genommen. Der neue Premierminister Kokowzow berief Kosakentruppen in die Stadt (das ganze Militär war bei Manövern weit vor der Stadt) und versandte an alle Gouverneure ein energisches Telegramm: Pogromen Vorbeugen, mit allen Mitteln, bis hin zu Waffengewalt. Die Armee wurde in einem Ausmaße zusammengezogen, in dem sie nicht einmal gegen die Revolution aufgebracht worden war. (Sliosberg: Wenn im September 1911 Pogrome ausgebrochen wären, wäre man in »Kiew Zeuge einer Metzelei geworden, die an Schrecklichkeiten der Zeit Chmelnizkijs um nichts nachgestanden hätte«.)

Nirgendwo in Russland kam es zum Pogrom, nicht zu einem einzigen, auch nicht zu einem kleinen. (Obwohl wir oft und durchgängig lesen, dass die zaristische Obrigkeit stets davon träumte und nur danach trachtete, einen Judenpogrom zu veranstalten.)

Es versteht sich, dass die Abwendung von Unruhen zu den unmittelbaren Verpflichtungen des Staates gehört und es bei deren erfolgreicher Erfüllung unangebracht ist, Lob zu erwarten. Doch bei einem derart erschütternden Ereignis als Anlass — der Ermordung des Regierungschefs! — hätte man die Vermeidung der Pogrome, die panisch erwartet worden waren, wenigstens beiläufig erwähnen können. Aber nein, *solche* Töne waren nicht zu hören, *daran* erinnert sich niemand.

Schon beinahe kaum zu glauben ist, dass die Kiewer jüdische Gemeinde nicht mit einer Verurteilung oder einer oberflächlichen Beileidsbekundung anlässlich dieses Mordes an die Öffentlichkeit trat. Im Gegenteil. Nach der Hinrichtung Bogrows postierten sich viele jüdische Studentinnen und Studenten herausfordernd zur Trauer.

Das blieb damals auch den Russen nicht verborgen. Jetzt ist veröffentlicht, was W. Rosanow im Dezember 1912 geschrieben hat: »Nach [dem Mord an] Stolypin brach in mir jegliches Gefühl ihnen [den Juden] gegenüber ab. Hätte es wohl ein Russe gewagt, Rothschild zu töten oder überhaupt einen >der Großen unter den *Ihren*<?«

Bei einer historischen Betrachtung kommen zwei gewichtige Gedanken ins Spiel, dass es nämlich ein Fehler wäre, Bogrows Tat darauf zurückzuführen, dass »hier die Kräfte des Internationalismus am Werk waren«. Erstens und hauptsächlich: Dem war nicht so. Nicht nur das Buch seines Bruders, sondern auch diverse neutrale Quellen weisen darauf hin, dass er wirklich damit rechnete, den Juden zu helfen. Und zweitens: Das Unbequeme in der Geschichte zu überdenken und zu bedauern zeugt von Verantwortung, es abzustreiten und sich davon lossagen zu wollen ist kümmerlich.

Das Abstreiten und das Lossagen begannen indes beinahe sofort. Im Oktober 1911 wurde in der Staatsduma eine Anfrage der Oktobristen über die nebulösen Umstände der Ermordung Stolypins vorgelegt. Sogleich protestierte der Abgeordnete Nisselowitsch: Warum haben die Oktobristen bei ihrer Anfrage nicht verschwiegen, dass der Mörder Stolypins ein Jude gewesen war?! Dies, so sagte er, sei Antisemitismus!

Ich erkenne dieses unübertreffliche Argument wieder. Siebzig Jahre später bekam ich es von den amerikanischen Juden in Form einer höchst schwammigen Beschuldigung zu hören: Warum habe ich nicht verschwiegen, warum habe auch ich erwähnt, dass der Mörder Stolypins ein Jude war? Dabei wird nicht in Rechnung gestellt, dass ich den Mord so ausführlich beschrieben habe, wie ich nur konnte. Und es wird nicht berücksichtigt, was sein Judentum bei

seinen Beweggründen für eine Bedeutung gehabt hat. Nein - das Nichtverschweigen meinerseits, das war Antisemitismus!!

Gutschkow antwortete damals mit Würde: »Ich denke, dass ein wesentlich größerer Akt des Antisemitismus in der Handlungsweise Bogrows selbst besteht. Ich würde dem Mitglied der Staatsduma Nisselowitsch empfehlen, sich mit seinen flammenden Worten der Ermahnung nicht an uns, sondern an seine Glaubensgenossen zu wenden. Möge er sie kraft seiner Redekunst davon überzeugen, dass sie fürderhin von diesen beiden schändlichen Berufen Abstand nehmen: dem Dienst als Spione in der Geheimpolizei und dem Dienst als aktive Handlanger des Terrors. Damit würde er seinem Volk einen wesentlich größeren Nutzen erweisen. «

Doch was will man vom historischen Gedächtnis der Juden verlangen, wenn auch die russische Geschichte es zugelassen hat, dass dieser Mord aus ihrem Gedächtnis getilgt wurde, irgendwie unbedeutend geworden ist, zu einem unauffälligen Fleck am Rande. Erst in den 1980er-Jahren zog ich ihn aus der Vergessenheit hervor, nachdem es 70 Jahre lang nicht üblich war, diesen Mord zu erwähnen.

Die Jahrzehnte ziehen dahin, weitere Ereignisse und Zusammenhänge finden unser Augenmerk.

Ich habe verschiedentlich über die Launenhaftigkeit der Geschichte nachgedacht, über die Unvorhersehbarkeit der Folgen, die sie für uns bereithält, der Folgen unseres Handelns. Das wilhelminische Deutschland ließ Lenin durchreisen, um damit Russland zu zersetzen - und bekam 28 Jahre später die Teilung Deutschlands für ein halbes Jahrhundert. Polen trug zur Stabilisierung der Bolschewiken im für diese überaus schweren Jahr 1919 und zu einer beschleunigten Niederlage der Weißgardisten bei und bekam: 1939, 1944,1956, 1980. Wie eifrig Finnland den russischen Revolutionären beistand, wie es seine weit gehende, wenn auch innerhalbRusslands bestehende Freiheit nicht ertrug, nicht erdulden mochte und dafür von den Bolschewiken 40 Jahre politischer Erniedrigung bekam (»Finnlandisierung«). Großbritannien sann 1914 darauf, Deutschland als seinen Weltrivalen zu vernichten, riss sich dabei selbst aus dem Kreis der großen Staaten - und vernichtet wurde ganz Europa. Die Kosaken in Petrograd waren im Februar und im Oktober 1917 neutral und erlitten anderthalb Jahre später ihren Genozid (vielfach sogar dieselben Kosaken). In den Tagen des Juliputsches 1917 wandten sich die linken Sozialrevolutionäre den Bolschewiken zu, gaben ihnen dann in Form der »Koalition« eine erweiterte Plattform, und nach einem Jahr waren sie derart niedergedrückt, wie es mit ihnen keine Autokratie je vermocht hätte.

Diese Spätfolgen vorherzusehen ist uns nicht bestimmt, niemandem und zu keiner Zeit. Die einzige Rettung vor solchen Fehlgängen ist es, sich stets nur nach dem Kompass der göttlichen Moralordnung zu richten. Oder, volkstümlicher ausgedrückt: »Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. «

So erlitt ganz Russland nach dem Mord an Stolypin Furchtbares, doch half Bogrow auch den Juden nicht. Jeder mag das sehen, wie er will - ich erfühle hier die gewaltigen Schritte der Geschichte, ihre in ihrer Unwägbarkeit frappierenden Resultate.

Bogrow tötete Stolypin, um die Kiewer Juden vor der Unterdrückung zu bewahren. Stolypin wäre wohl auch ohnedies bald vom Zaren entlassen worden, doch zweifellos wäre er bei dem krassen Mangel an Persönlichkeiten in den Jahren 1914 bis 1916 erneut berufen

worden, und unter ihm wäre es uns nicht so schändlich ergangen, weder im Krieg noch in der Revolution. (Wenn wir unter ihm überhaupt in diesen Krieg eingetreten wären.)

Erster Schritt: Stolypin ermordet, im Krieg die Nerven verloren - und Russland lag unter den Stiefeln der Bolschewiken.

Zweiter Schritt: Die Bolschewiken waren bei all ihrer Barbarei als viel unbegabter als die zaristische Regierung, und nach einem Vierteljahrhundert gaben sie in kurzer Zeit halb Russland an die Deutschen ab, darunter auch Kiew.

Dritter Schritt: Die Hitlertruppen kamen leicht nach Kiew hinein - und vernichteten das Kiewer Judentum.

Wieder Kiew, wieder September, nur eben 30 Jahre nach Bogrows Schuss.

In eben jenem Kiew, in eben jenem Jahr 1911, ein halbes Jahr noch vor dem Mord an Stolypin, da braute sich die Angelegenheit Beilis zusammen. Es bestehen gewichtige Gründe zu der Annahme, dass es zu dieser Entehrung der Justiz unter einem Premierminister Stolypin nicht gekommen wäre. Beispielsweise wurde folgender Fall bekannt: Bei der Durchsicht des Archivs des Polizeidepartements stieß Stolypin auf ein Dokument mit dem Titel »Das Geheimnis des Judentums« (ein Vorgänger der »Protokolle«) über eine jüdische Weltverschwörung. Er erließ daraufhin folgende Resolution: »Es mag logisch sein, doch es ist voreingenommen ... Diese Art der Gegenmaßnahme ist für die Regierung völlig unannehmbar. « Die Folge war, dass die »Protokolle« »niemals von der zaristischen Regierung als Grundlage für die offizielle Ideologie anerkannt wurden«.

Über den Beilis-Prozess sind Tausende und Abertausende von Seiten geschrieben worden. Wer sich heute in allen Einzelheiten in alle Windungen der Ermüdungen, der gesellschaftlichen Kampagnen und des Gerichtsverfahrens einfinden möchte, der müsste dafür ohne Übertreibung mehr als ein Jahr aufwenden. Das liegt jenseits der Grenzen unserer Darstellung. Zwanzig Jahre nach dem Ereignis, in der sowjetischen Zeit, wurden die täglichen Berichte der Polizeibeamten im Polizeidepartement über den Verlauf des Prozesses veröffentlicht, sie seien der Aufmerksamkeit Interessierter empfohlen. Selbstverständlich wurde über den Prozess auch ein vollständiges Stenogramm erstellt und publiziert. Ferner sind da noch die Berichte mehrerer Dutzend anwesender Journalisten.

Der zwölfjährige Knabe Andrej Juschtschinskij, ein Schüler der geistlichen Kiewer Sophienschule, war ermordet worden, bestialisch und auf ungewöhnliche Weise: 47 Stichwunden hatte man ihm beigebracht, und zwar - offenbar mit anatomischen Kenntnissen - in die Zerebralvene, in die Halsschlagadern und -venen, in die Leber, die Nieren, die Lunge und ins Herz, offenbar mit dem Ziel, ihn lebend völlig ausbluten zu lassen, und nach den Blutspuren zu urteilen offenbar in aufrechter Stellung (natürlich gefesselt und geknebelt). Das konnte nur ein überaus geschickter Verbrecher vollbringen, und wohl nicht einer allein. Die Leiche wurde mit einwöchiger Verspätung in einer Höhle auf dem Gelände der Sajzew-Fabrik entdeckt. Doch die Höhle war nicht der Ort des Verbrechens.

In den ersten Anklagen war das Motiv des Rituals noch nicht enthalten, doch bald darauf entstand es, und hinzu kam auch das zeitliche Zusammentreffen des Mordes mit dem Beginn des jüdischen Pessach-Festes und außerdem der Grundsteinlegung für eine neue Synagoge auf dem Betriebsgelände (des Juden) Sajzew. Vier Monate nach dem Mord wurde in Übereinstimmung mit dieser Version der Anklage der 37-jährige Menachem Mendel Beilis, ein

Arbeiter in der Sajzew-Fabrik, verhaftet, ohne dringenden Tatverdacht. Wie war das zugegangen?

Die Ermittlungen zu dem Mord führte die Kiewer Untersuchungsbehörde, und allem Anschein nach war sie ein würdiges Pendant zur Kiewer Geheimpolizei, die sich bei Bogrow vertan hatte und damit Stolypin umkommen ließ. Die mehrmonatigen Ermitdungen führten zwei mit dem »Kurator« im Fall Bogrow, Rittmeister Kuljabko, vergleichbare Niemande an Rang und Sachkunde, Mischtschuk und Krassowskij, unter Mitwirkung sündhaft unfähiger Untergebener (so räumten in der Höhle, wo Juschtschinskijs Leiche gefunden wurde, die Stadtpolizisten den Schnee weg, um dem beleibten Hauptmann den Zugang zu erleichtern, und beseitigten dadurch auch mögliche Spuren der Verbrecher). Aber noch schlimmer als das - unter diesen Fahndern entbrannte ein Wettstreit darüber, wer wohl die bemerkenswertesten Entdeckungen machen würde, wessen Version sich wohl als die richtigere erweisen würde, und sie machten auch nicht davor Halt, die Aktivitäten ihrer Rivalen zum Scheitern zu bringen, sie brachten Beobachtungen durcheinander, bedrohten Zeugen, verhafteten sich sogar gegenseitig die Agenten, und Krassowskij Heß einen Verdächtigen schminken, bevor er ihn einem Zeugen vorführte. Sie führten die »Ermittlungen« wie gewöhnlich und vermochten nicht im Entferntesten die Tragweite der Angelegenheit zu erfassen, in die sie da geraten waren. Als zweieinhalb Jahre später endlich das Gerichtsverfahren eröffnet wurde, da tauchte Mischtschuk vor der Anklage wegen Verfälschung von Beweisstücken in Finnland unter. Auch ein wichtiger Mitarbeiter Krassowskijs versteckte sich vor dem Gericht, und Krassowskij selbst verlor seinen Posten, wechselte die Fronten und wurde ein Gehilfe der Advokaten Beilis.

Die Ermittlungen verrannten sich zwei Jahre lang in falsche Versionen; lange Zeit wurden Verwandte des Getöteten beschuldigt, doch später wurde deren völlige Unbeteiligtheit bewiesen. Es wurde immer deutlicher, dass die Staatsanwaltschaft entschlossen war, Beilis formal anzuklagen und vor Gericht zu stellen.

Beilis wurde bei zweifelhafter Beweislage angeklagt, weil er Jude war. Wie war es nur möglich, dass im 20. Jahrhundert ohne eine auf Fakten beruhende Anklage ein Prozess gegen ein ganzes Volk aufgebauscht werden konnte? Über das persönliche Schicksal Beilis' hinaus hatte sich die Angelegenheit bereits zu einer Anklage gegen das Judentum ausgewachsen, und von diesem Moment an war die gesamte Atmosphäre um die Anklage und später das Gerichtsverfahren durch eine internationale Erregung geprägt, die ganz Europa und Amerika erfasste. (Vorausgegangene Ritualmordprozesse in Russland waren meist auf katholischem Boden aufgetreten: 1816 in Grodno, 1825 in Welish, 1900 der Fall Blondes in Wilna; der Kutaisi-Fall 1878 in Georgien und der Dubossar-Fall 1903 in Moldawien, während es im eigendichen Großrussland nur den Saratower Fall von 1856 gegeben hatte. Sliosberg versäumt indessen nicht aufzuzeigen, dass auch der Saratower Fall einen katholischen Ursprung hatte, und auch im Fall Beilis waren eine Gruppe verdächtiger Diebe Polen, als Experte für Ritualmordanklagen wurde ein Katholik bestallt, und der Staatsanwalt Czaplinski war ebenfalls Pole.)

Die Anklageschrift wurde vor dem Kiewer Gerichtshof ihrer Zweifelhaftigkeit wegen mit nur drei Stimmen gegen zwei angenommen. Während in der rechtsmonarchistischen Presse eine Kampagne geführt wurde, sprach Purischkewitsch im April 1911 vor der Staatsduma Folgendes: »Wir klagen nicht das ganze Judentum an, wir wollen um jeden Preis die Wahrheit« über diesen rätselhaften, seltsamen Mord herausfinden. »Gibt es unter den Juden eine Sekte, die

Ritualmorde propagiert... Wenn es solche grausamen Fanatiker gibt, so prangert diese Unmenschen an«; »wir kämpfen in Russland mit einer ganzen Reihe [eigener] Sekten«. Doch äußerte er auch die Vermutung, dass die Sache in der Duma aus Furcht vor der Presse vertuscht werden würde. In den Tagen der Prozesseröffnung trat der rechte Nationalist Schulgin in der patriotischen Zeitung »Kiewljanin« gegen diesen Prozess und das »ärmliche Gepäck« der Judikative auf (weshalb ihn die radikalen Rechten beschuldigten, von Juden bestochen zu sein). Allerdings konnte sich - zumal angesichts der äußersten Ungewöhnlichkeit dieses bestialischen Mordes - auch niemand dazu entschließen, die Anklage fallen zu lassen und die Ermittlungen aufs Neue anlaufen zu lassen.

Auf der anderen Seite erhob sich auch eine Kampagne radikal-liberaler Kreise und der Presse, und zwar nicht nur der russischen, sondern mittlerweile auch der internationalen Presse. Eine unbezähmbare Erregung kam auf. Genährt von der Voreingenommenheit der Beschuldigungen gegen den Angeklagten versiegte sie nicht und brandmarkte nun auch schon die Zeugen jeden Tag. In dieser allgemeinen Aufregung erkannte W. Rosanow einen Verlust des rechten Maßes, besonders in der jüdischen Presse: »Die eiserne Hand des Juden ... holt heute schon in Petersburg dazu aus, um bejahrte, verdiente Professoren, Mitglieder der Staatsduma, Schriftsteller zu ohrfeigen ... «

Unterdessen verloren sich die letzten Ansätze einer normalen Ermittlung. Ein Pferdestall auf dem Gelände der Sajzew-Fabrik, an dem Krassowskij den Ermittler zunächst vorbeimanövriert hatte und der später als möglicher Tatort angesehen wurde, brannte zwei Tage vor der ohne Eile anberaumten Inaugenscheinnahme ab. Eigene angestrengte Ermittlungen unternahmen der Journalist Brasul-Bruschkowskij und - mittlerweile als Privatperson — derselbe Krassowskij. (Übrigens brachte W. Bontsch-Brujewitsch eine Broschüre heraus, in der er Brasul der Eigennützigkeit bezichtigte.) Sie brachten die Version hervor, dass der Mord von Wera Tscheberjak verübt worden sei, deren Söhne mit Andrej Juschtschinskij befreundet gewesen seien, während sie selbst mit der Unterwelt in Kontakt stand. Während der sich über Monate hinziehenden Ermitdungen starben auf geheimnisvolle Weise beide Söhne der Tscheberjak, sie beschuldigte Krassowskij, er habe sie vergiftet, und Brasul und Krassowskij beschuldigten sie selbst des Mordes an ihren eigenen Söhnen. Ihre Version war, dass der Mord an Juschtschinskij von Tscheberjak mit dem Ziel verübt worden sei, einen Ritualmord zu simulieren. Tscheberjak selbst versicherte, der Advokat Margolin habe ihr 40.000 Rubel angeboten, damit sie den Mord auf sich nehme. Margolin bestritt dies später vor Gericht, wurde aber mit einer Disziplinarstrafe für unkorrektes Verhalten belegt.

Das Unterfangen, all die Dutzende von Details dieses vorgerichtlichen und dann auch des gerichtlichen Wirrwarrs auch nur zu benennen, würde die Konfusion nur noch weiter steigern. (Es schalteten sich hier auch noch »Mischlinge« aus Revolution und Geheimpolizei ein. Man kann jedoch die zweideutige Rolle des Gendarmerieoberstleutnants Pawel Iwanow und sein seltsames Benehmen vor Gericht nicht unerwähnt lassen, desselben, der wider jedes Gesetz gemeinsam mit dem schon zum Tode verurteilten Bogrow noch eine neue Version von dessen Motiven für den Mord an Stolypin kreierte und protokollierte, nach der die ganze Schwere der Schuld auf die Ordnungsorgane fiel, in denen Iwanow selbst Dienst tat.) Die ganze aufgewühlte Atmosphäre übte ihren Druck auf das bevorstehende Verfahren aus. Es dauerte einen Monat, im September und Oktober 1913, und war unüberschaubar aufwendig: Es wurden 219 Zeugen geladen (von denen 185 erschienen), und das Verfahren wurde noch dazu

von den einander bekämpfenden Parteien in die Länge gezogen, Staatsanwalt Wipper stand stark unter dem Einfluss der Gruppe der stärksten Advokaten, Grusenberg, Karabtschewskij, Maklakow, Sarudnyj, die natürlich forderten, dass seine Entgleisungen stenografiert würden, wie zum Beispiel: Dieser Prozess würde durch »jüdisches Gold« erschwert, »sie [die Juden insgesamt] spotten gleichsam, seht, wir haben ein Verbrechen begangen, doch ... niemand wagt es, uns dafür zu belangen«. (Soll man sich darüber wundern, dass Wipper an den Prozesstagen Drohbriefe bekam, darunter auch einen mit der Abbildung einer Galgenschlinge, und nicht nur er allein, auch die Zivilkläger und die von der Anklage berufenen Experten, wahrscheinlich auch die Advokaten der Verteidigung; offenkundig fürchtete sich auch der Vorsitzende der Geschworenen vor Rache.) Platzkarten für die Zuschauerbänke im Prozess wurden zu Wucherpreisen gehandelt, das ganze gebildete Kiew war elektrisiert. Das einfache Volk hingegen verhielt sich unbeteiligt.

Es gab in dem Verfahren auch ein ausführliches medizinisches Gutachten von mehreren Professoren, die sich untereinander uneins waren, ob Juschtschinskij bis zu seiner letzten Verletzung am Leben blieb oder schon vorher starb, über das Ausmaß seiner Leiden. Doch im Zentrum des Prozesses stand ein theologisches und wissenschaftliches Gutachten über die prinzipielle Möglichkeit eines Ritualmordes seitens der Juden, auf das auch die gesamte weltweite Aufmerksamkeit gerichtet war. Die Verteidigung lud die größten Hebraisten vor, der Rabbiner Mase legte ein Gutachten über den Talmud vor. Der Experte der orthodoxen Kirche und Professor an der Petersburger Geistlichen Akademie I. Troitzkij brachte einen allgemeinen Befund, der die blutigen Beschuldigungen gegen die Juden zurückwies; er unterstrich, dass auch die russische Orthodoxie sie niemals erhoben hätte, diese Beschuldigungen hätten ihren Ursprung in der katholischen Welt. (I. Bikerman erinnert später daran, dass im zaristischen Russland die Polizeihauptleute »beinahe jährlich« Gerede über christliches Blut zum jüdischen Pessach zum Stillstand brachten, »andernfalls hätten wir nicht alle zehn Jahre >Ritualmordfälle< gehabt, sondern jährlich«.) Der Hauptgutachter der Anklage vor Gericht war der katholische Geistliche Pranajtis. Um die gesellschaftliche Debatte voranzubringen, forderten die Staatsanwälte die Heranziehung vorhergegangener Ritualmordprozesse zur Untersuchung, doch die Verteidigung lehnte diesen Antrag ab. Diese Wendung des Verfahrens hin zur Frage über den rituellen oder nichtrituellen Charakter des Mordes erhitzte die weltweite Erregung um den Prozess noch mehr.

Ein Urteil musste schließlich über diesen Angeklagten gesprochen werden, und diese Aufgabe entfiel auf die aus ungebildeten Bauern, »Bauernkittel und Stehkragen«, mit nur zwei, drei Beamten und zwei Kleinbürgern als Dreingabe bestehenden Geschworenen, die durch diesen monatelangen Prozess schon unendlich zermürbt waren, bei der Verlesung von Dokumenten einschliefen und darum baten, das Verfahren abzukürzen; vier von ihnen hatten um vorzeitige Entlassung nach Hause gebeten, einige auch um medizinische Hilfe.

Doch diese Geschworenen sprachen ihr Urteil nach dem, was sie sahen: dass die Beschuldigungen gegen Beilis nicht fundiert und nicht bewiesen waren. Und Beilis wurde freigesprochen. Damit endete die Angelegenheit. Neue Fahndungen nach den Verbrechern wurden nicht eingeleitet, und der seltsame, tragische Mord an dem Knaben blieb unerforscht und unerklärt. Stattdessen verfiel man in nachlässiger russischer Art und Weise darauf (nicht ohne große Kundgebungen), an der Stelle, wo die Leiche Juschtschinskijs gefunden worden war,

eine Kapelle zu errichten, doch löste dieser Plan heftigen Widerspruch aus, da man ihn für ein Unterfangen der Schwarzen Hundertschaften hielt. Rasputin redete ihn dem Zaren aus.

Dieser ganze schwerfällige und riesenhafte Prozess mit der einjährigen Aufregung der Presse und der russischen und der internationalen Gesellschaft wurde, wie man treffend sagte, zu einem juristischen Tsushima fürRussland. In der europäischen Presse kam jemand zu der Einschätzung, dass die russische Regierung einen Kampf gegen das jüdische Volk begonnen habe, doch dass dabei nicht das Schicksal der Juden der Verlierer war, sondern das Schicksal des russischen Staates selbst.

Auch der jüdische emotionale Charakter verzieh der russischen Monarchie diese Kränkung niemals. Die Tatsache, dass vor Gericht schließlich das ungebeugte Gesetz gesiegt hatte, konnte diese Kränkung nicht abmildern.

Übrigens ist es aufschlussreich, den Prozess gegen Beilis mit dem ebenfalls Aufsehen erregenden Prozess gegen den Juden Leo Frank zu vergleichen, der zur gleichen Zeit (1913-1915) in Adanta, USA, stattfand. Frank war ebenfalls des Mordes an einer Minderjährigen (ein vergewaltigtes Mädchen) angeklagt, und zwar unter höchst unbewiesenen Umständen. Er wurde zum Tod durch Erhängen verurteilt, und während noch das Revisionsverfahren lief, schleppte ihn eine bewaffnete Menge aus dem Gefängnis und richtete ihn selbst. Vergleicht man die persönlichen Schicksale, so fällt das Ergebnis zugunsten des zaristischen Russlands aus. Aber der Fall Frank hatte nur eine kurze Zeit lang gesellschaftliche Nachwirkungen und wurde nicht sprichwörtlich.

*

Im Fall Beilis gab es noch einen Epilog.

»Unter Rachedrohungen seitens der Schwarzen Hundertschaften verließ Beilis Russland und reiste gemeinsam mit seiner Familie nach Palästina aus. 1920 übersiedelte er in die USA. « Er starb im Alter von 60 Jahren in der Gegend von New York eines natürlichen Todes.

Der Justizminister Schtscheglowitow (es gibt einen Bericht, nach dem er »die Anweisung erteilte, der Fall möge als Ritualmord untersucht werden«) wurde von den Bolschewiken erschossen.

Im Jahr 1919 stand Wera Tscheberjak vor Gericht. Das Verfahren fand nicht mehr nach der alten Ordnung des verhassten Zarismus statt, also ohne Geschworene, und dauerte ungefähr 40 Minuten — vor der Kiewer Außerordentlichen Kommission. Ein in demselben Jahr in Kiew verhafteter Tschekist gab in seinen Aussagen gegenüber den Weißgardisten an, dass »Wera Tscheberjak von lauter jüdischen Tschekisten verhört wurde, angefangen mit Sorin« [dem Tscheka-Vorsitzenden Bluwstein]. Dabei habe sie der Tschekakommandant Fajerman »verhöhnt, indem er ihr die Oberkleidung herabriss und sie mit der Revolvermiindung schlug ... Sie antwortete: >Ihr könnt mit mir tun, was ihr wollt, doch was ich gesagt habe ... , davon gehe ich auch jetzt nicht ab ... Beim Prozess gegen Beilis habe ich selbst gesprochen ... , niemand hatte mich unterwiesen oder bestochen ... «< Sie wurde auf der Stelle erschossen.

1919 wurde in Kaluga in der Rolle eines sowjetischen Beamten auch der Staatsanwalt Wipper ausfindig gemacht und vor dem Moskauer Revolutionstribunal angeklagt. Der

bolschewistische Staatsanwalt Krylenko äußerte sich folgendermaßen: »Angesichts seiner erwiesenen Gefährlichkeit für die Republik ... möge es bei uns einen Wipper weniger geben. « (Mit diesem finsteren Scherz war gemeint, dass R. Wipper, Professor für mittelalterliche Geschichte, übrig blieb.) Doch das Tribunal schickte Wipper lediglich »in ein Konzentrationslager ... , bis in der Republik die kommunistische Ordnung fest eingerichtet sei«. Danach reißt Wippers Spur ab.

*

Beilis wurde von Bauern freigesprochen - von jenen ukrainischen Bauern, die um die Jahrhundertwende an den Judenpogromen teilgenommen hatten und denen nun die Kollektivierung bevorstand und die Hungersnot der Jahre 1932/33, eine Hungersnot, die von den Journalisten der ganzen Welt nicht beachtet und dem Regime nicht in Rechnung gestellt wurde. Auch das sind die Schritte der Geschichte.

Kapitel 11 - Das jüdische und das russische nationale Bewusstsein vor dem Ersten Weltkrieg

Im nun für ein Jahrzehnt vor dem Untergang bewahrten Russland nutzten die besten Köpfe unter den Russen und den Juden die Gelegenheit, Rückschau zu halten und aus verschiedenen Blickwinkeln das Wesentliche unseres gemeinsamen Lebens zu begreifen und ernsthaft über die Frage der Kultur und des Schicksals der Völker nachzudenken.

Das jüdische Volk bewegte sich durch die wechselhaften Zeitläufte mit dem Kometenschweif der 3.000-jährigen Diaspora, ohne je das beständige Empfinden zu verlieren, eine »Nation ohne Sprache und Territorium, aber mit ihren eigenen Gesetzen« (Solomon Lurje) zu sein, die kraft ihres religiösen und nationalen Stehvermögens ihre eigene Art und Besonderheit bewahrt hat - im Namen einer höheren, über der Geschichte stehenden Idee. Haben sich die Juden des 19. und 20. Jahrhunderts denn um Gemeinsamkeit und Verschmelzung mit den sie umgebenden Völkern bemüht? Gerade die in Russland lebenden Juden verharrten länger und später als die Juden anderswo in einer auf das religiöse Leben und Bewusstsein fixierten Zelle der Selbstisolation, und ab dem Ende des 19. Jahrhunderts war es gerade das russische Judentum, das erstarkte, wuchs und erblühte, und so »trägt die ganze jüdische Geschichte der Neuzeit das Vorzeichen des russischen Judentums«, welches »ein feines Gespür für den Gang der Geschichte« aufwies.

Die russischen Denker hingegen nahmen sich der Isolation der Juden an. Für sie stellte sich im 19. Jahrhundert die Frage: Wie kann diese Isolation überwunden werden? Wladimir Solowjow, der große Sympathie für die Juden hegte, schlug vor, dies auf dem Weg der Liebe der Russen zu den Juden zu erzielen.

Vordem hatte Dostojewskij auf die unverhältnismäßige Erbitterung hingewiesen, die seine wohl kränkenden, wenn auch sporadischen Äußerungen über das jüdische Volk hervorgerufen hatten. »Diese Erbitterung gibt ein beredtes Zeugnis davon, wie die Juden selbst die Russen sehen …, dass an den Ursachen für unsere Entzweitheit mit den Juden vielleicht gar nicht allein das russische Volk schuld ist und dass sich diese Ursachen vielmehr auf beiden Seiten angesammelt haben und noch nicht gewiss ist, auf welcher Seite in höherem Maße. «

Ebenfalls vom Ende des 19. Jahrhunderts sind uns diese Betrachtungen von Ja. Tejtel überliefert: »Die Juden sind mehrheitlich Materialisten. Das Streben nach dem Erwerb materieller Güter ist bei ihnen stark ausgeprägt. Doch welche Geringschätzung für diese Güter, sobald es um ihr inneres >Ich<, die nationale Ehre geht! Man fragt sich, warum die vielen jüdischen jungen Menschen, die keinerlei religiöse Riten enthalten, die oft nicht einmal die Sprache ihres Volkes beherrschen, warum all diese Menschen, sei es auch nur zum äußeren Scheine, nicht die Orthodoxie angenommen haben, die ihnen die Türen aller Hochschulen weit aufgetan hätte und ihnen alle irdischen Güter verhieß?« Und sei es auch allein der Bildung wegen? Denn »die Wissenschaft, die höhere Bildung galt bei ihnen mehr denn pekuniärer Reichtum«. Dennoch hielten sie daran fest, ihrem bedrängten Volk nicht abtrünnig zu werden. (Er schreibt ferner, dass Europa für die Ausbildung der russischen Juden auch kein günstiger Ausweg war: »Die jüdische studierende Jugend fühlte sich im Westen miserabel... Die deutschen Juden sahen sie als unerwünschtes Element an, als unzuverlässig, lärmend und schlampig«; und den deutschen Juden »standen ... die französischen und die Schweizer Juden in nichts nach«.)

D. Pasmanik erwähnte eine Gruppe unter Zwang getaufter Juden, die daher nur desto bitterer die Kränkung durch die Obrigkeit und diese als Gegner empfanden. (Ab 1905 war der Übertritt erleichtert; er musste nicht notwendigerweise zur russischen Orthodoxie, sondern nur überhaupt zum Christentum erfolgen, und der Protestantismus war für viele Juden vom Geist her annehmbarer. Ebenfalls 1905 wurde das Verbot der Rückkehr zum mosaischen Glauben aufgehoben.)

Ein anderer Autor stellte 1924 mit Bitterkeit fest, dass in den vorrevolutionären Jahrzehnten nicht nur »die russische Regierung ... das jüdische Volk endgültig zu den Feinden des Vaterlandes rechnete«, sondern, »schlimmer als dies, dass viele jüdische Politiker sich selbst zu diesen Feinden zählten, ihre Herzen verhärteten und aufhörten, zwischen >der Regierung< und dem Vaterland, Russland, zu unterscheiden ... Die Gleichgültigkeit der jüdischen Massen und ihrer Führer gegenüber dem Schicksal Großrusslands war ein verhängnisvoller politischer Fehler. «

Wie jeder andere soziale Prozess ging selbstverständlich auch dieser - zumal in einer so vielschichtigen und dynamischen Sphäre wie der jüdischen — nicht geradlinig vonstatten, sondern verzweigte sich in den Herzen vieler gebildeter Juden und spaltete sich. Auf der einen Seite »verleiht die Zugehörigkeit zur jüdischen Volksgruppe dem Menschen eine spezifische Position in der gesamtrussischen Umgebung«. Aber zugleich bestand auch »ein bemerkenswerter Zwiespalt: die hergebrachte emotionale Verbundenheit sehr vieler [Juden] zu der sie umgebenden russischen [Welt], ihre Verwachsenheit in ihr, und zugleich eine rationale Verneinung und Ablehnung dieser Welt auf der ganzen Linie. Eine Art Verliebtsein in diese verhasste Umgebung. «

Solch ein quälender Zwiespalt der Herangehensweise konnte nur zu einer quälenden Zwiespältigkeit im Resultat führen. Als I. W Gessen in der zweiten Staatsduma im März 1907 der Auffassung entgegnete, die Revolution sei noch in ihrer blutigen Hochphase, womit er den Rechten die Rolle als Verteidiger der Kultur vor der Anarchie absprach, und ausrief: »Wir, die Lehrer, Ärzte, Advokaten, Statistiker und Literaten ... , sind wir die Feinde der Kultur? Wer soll Ihnen das glauben, meine Herren?«, da tönte es von rechts: »Der russischen Kultur, nicht der jüdischen!« Nicht Feinde, nein, wozu dieses Extrem, aber, so insinuierte die russische Seite, etwa unzertrennliche Freunde? Eine Erschwernis der Annäherung war auch, dass diese brillanten Advokaten, Professoren und Ärzte doch wohl nichts anderes als vorrangig tiefgründige jüdische Sympathien haben konnten. Konnten sie sich zur Gänze, restlos im Geiste als Russen fühlen? Daraus ergab sich die noch kompliziertere Frage: Konnten für sie die staatlichen Interessen Russlands in ihrem ganzen Umfang und Tiefgang zur Herzenssache werden?

Während derselben Jahrzehnte ging die jüdische Mittelklasse entschieden dazu über, ihre Kinder säkular zu erziehen, und zwar in russischer Sprache. Gleichzeitig entfaltete sich eine gedruckte Schriftkultur in jiddischer Sprache, die es zuvor nicht gegeben hatte, und der Begriff des »Jiddischismus« verbreitete sich: Juden sollen Juden bleiben und sich nicht assimilieren.

Es gab noch eine besondere, keineswegs massenhafte, doch nicht zu vernachlässigende Form der Assimilation: die Mischehen. Und dann noch eine Art oberflächlicher Strömung des Assimilantentums durch Annahme künstlicher Pseudonyme mit russischem Klang. (Wer war das meistens?Die Kiewer Zuckerfabrikanten »Dobryj« und »Babuschkin«, die im Krieg wegen Geschäften mit dem Feind vor Gericht standen, der Verleger »Jasnyj«, von dem sogar die Kadettenzeitung »Retsch« [»Die Rede«] als einem »gierigen Spekulanten« und einem

»skrupellosen Profithai« schrieb. Oder der spätere Bolschewik D. Goldendach, der »ganz Russland unursprünglich« fand, sich aber einen rotblonden »Rjasanow« zulegte und so, als impertinenter marxistischer Theoretiker, den Lesern bis zu seiner Inhaftierung 1937 Flausen in den Kopf setzte.)

In eben diesen Jahrzehnten, und gerade in Russland am nachhaltigsten, entfaltete sich der Zionismus. Die Zionisten attackierten die Assimilanten auf das Härteste, die sich einbildeten, die Geschicke des russischen Judentums seien untrennbar mit denen Russlands verknüpft.

Hier müssen wir uns vor allem dem markanten, höchst schillernden Publizisten W. Jabotinsky zuwenden, der es in den Jahren vor der Revolution übernahm, nicht nur Worte der Ablehnung Russlands auszusprechen, sondern auch Worte der Hoffnungslosigkeit. Nach Jabotinskys Verständnis war Russland für die Juden nicht mehr als ein Rastplatz auf ihrem historischen Weg, auf dem es weiterzuziehen galt bis nach Palästina.

Leidenschaftlich schrieb er: Wir haben mit dem russischen Volk ja keinen Kontakt, sondern lernen es durch seine Kultur kennen, »vornehmlich durch seine Schriftsteller, der höchsten und reinsten Manifestation des russischen Geistes«, und übertragen diese Einschätzung auf die ganze russische Welt. »Viele von uns Kindern der jüdischen Intelligenzija sind unsterblich und auf das Demütigendste in die russische Kultur verhebt ... , wie ein Schweinehirt in die Königstochter. « Das Judentum hingegen lernen wir im Alltag, im Spießertum kennen.

Mit den Assimilanten kannte er kein Erbarmen: »Eine Unmenge an knechtischen Gewohnheiten, die sich in unserer Psychologie im Zuge der Verrussung unserer Intelligenzija gebildet haben«; »verloren gegangen ist ihnen die Hoffnung oder der Wunsch, das Judentum unangetastet zu belassen, und so führen sie es seinem Verschwinden von der Spielfläche der Geschichte entgegen«. Der durchschnittliche jüdische Intellektuelle vergisst sich selbst, hält es für besser, das Wort »Jude« gar nicht erst auszusprechen, es sei »nicht die Zeit dafür«; man fürchtet sich davor, »wir Juden« zu schreiben, schreibt jedoch »wir Russen« und sogar: »unser russischer Bruder«. »Der Jude kann ein erstklassiger Bürger Russlands sein, als Russe ist er jedoch nur zweitklassig. « »Von dem Augenblicke an, da der Jude sich als Russe bezeichnet, wird er zu einem Bürger zweiter Klasse«, wobei ihm sein »besonderer >Akzent< der Seele« erhalten bleibe. Es grassierte eine Taufepidemie zur Erlangung von Vorteilen, die manchmal geringer seien als ein Diplom. »Für 30 Silberlinge Gleichberechtigung. « Wenn ihr unserem Glauben den Rücken kehrt, so bleibt doch auch nicht in unserer Nation.

Die Lage der Juden in Russland — nicht irgendwann, sondern gerade nach den Jahren 1905/06 - sieht Jabotinsky ausweglos düster: »Die objektive Kraft der Dinge, deren Name >Die Fremde< lautet, wendet sich nun gegen unser Volk, und wir sind kraft- und hilflos. « »Wir wussten schon früher, dass wir von Feinden umgeben sind«; »dieses Gefängnis« (Russland), »diese kläffende Hundemeute«; »der hingestreckte und verwundete Körper des gejagten, von allen Seiten von Feinden umgebenen und wehrlosen russischen Judentums«; »im Innern einer Grube wuseln ... sechs Millionen [Menschen] ... in dieser Epoche der langsamen Marter, des dauernden Pogroms«; und offenbar treten schon nicht einmal mehr die »von jüdischem Geld gehaltenen Zeitungen« für die Juden ein, »in dieser Epoche nie da gewesener Hetze«. Ende 1911: »Nun sind es schon einige Jahre, dass die Juden in Russland fest auf der Anklagebank sitzen«, obwohl wir weder Revolutionäre sind, noch »Russland an die Japaner verkauft haben«, noch Menschen wie Asef und Bogrow sind. Apropos Bogrow: »Diesen unglücklichen Jüngling -

was immer er sonst gewesen sein mag - schändeten in der Stunde seines wundersamen [!] Endes ... jene zehn vom Abschaum aus der Jauchegrube der Kiewer Schwarzen Hundertschaften«, als sie sich der erfolgten Hinrichtung des Mörders vergewissern wollten.

Immer wieder mit Blick auf die Juden selbst: »Wir sind jetzt kulturell verarmt, unsere Hütte ist freudlos, in unserer Gasse ist es beklemmend. « »Unsere Hauptkrankheit ist die Selbstverachtung, was wir am meisten entbehren ist Selbstachtung ... Die Wissenschaft über das Judentum muss für uns der Mittelpunkt aller Wissenschaft werden ... Die jüdische Kultur ist für uns zur Bastion unserer einzig möglichen Erlösung geworden. «

All dies kann man sehr gut begreifen und auch teilen. (Besonders wir Russen können dies, vor allem heute, am Ende des 20. Jahrhunderts.)

Für die Vergangenheit verurteilt er die Assimilanten nicht: In der Geschichte »gibt es Augenblicke, in denen die Assimilation als unbedingt wünschenswert erscheint, in denen sie eine unumgängliche Etappe auf dem Weg des Fortschritts ist«. Ein solcher Augenblick trat nach den 1860er-Jahren ein, als die jüdische Intelligenzija noch in den Kinderschuhen steckte und die reife Kultur ihrer Umgebung übernahm. Damals stellte die Assimilation »nicht eine Lossagung vom jüdischen Volk dar, sondern im Gegenteil einen ersten Schritt zu einer jüdischen nationalen Selbstverwirklichung, eine erste Stufe der Erneuerung und der Wiedergeburt der Nation«. Es musste »das Fremde verinnerlicht werden, damit sich daraufhin mit neuer Kraft etwas Eigenes entfalten konnte«. Doch es verging ein halbes Jahrhundert, vieles veränderte sich, sowohl außerhalb als auch innerhalb des Judentums. Der Durst nach allgemeiner Bildung verstärkte sich ohnedies, der Drang zu ihr war sogar beispiellos. Nun war die Zeit, in den jungen Generationen einen jüdischen Anfang zu machen. Nun war die Zeit, da die spurlose Auflösung im Fremden drohte: »Mit jedem Tag gehen Söhne von uns« und »werden uns fremd«; unsere »aufgeklärten Kinder dienen allen Völkern dieser Erde, nur nicht uns, es gibt keine Arbeiter für irgendeine jüdische Sache«. »Die Welt um uns ist zu herrlich, frei und reich« - wir lassen uns von ihr nicht unsere ganze jüdische Jugend abspenstig machen wegen der »Unansehnlichkeit ... des jüdischen Daseins ... Die Vertiefung in die nationalen Werte des Judentums muss zu einem Hauptbestandteil ... der jüdischen Erziehung werden. « »Nur solidarisches Eintreten kann eine Nation Zusammenhalten« (hätten wir doch ein solches Bewusstsein! -A. S.), doch wird der Kampf um die Rechte der Juden durch das Renegatentum gestört: Da meint man einen Ausweg zu sehen, und »so gehen sie fort... neuerdings ... in dicht gefugten Reihen, mit solch zynischer Leichtigkeit«.

Dann eindringlich: »Der königliche Geist [Israels] in seiner ganzen Gewaltigkeit, seine tragische Geschichte in all ihrer grandiosen Pracht. « »Wer sind wir denn, dass wir uns vor ihnen rechtfertigen sollen? Und wer sind sie denn, dass sie uns verhören?«

Auch diese letzte Formulierung ist voll und ganz zu respektieren. Allerdings unter Anwendung auf beide Seiten. Es steht im Übrigen keiner einzigen Nation oder Glaubensgemeinschaft zu, über eine andere zu urteilen. Die Aufrufe zu einer Rückkehr an die jüdischen Wurzeln verhallten in jenen Jahren durchaus nicht ungehört. Im vorrevolutionären Petersburg »war in den Kreisen der russisch-jüdischen Intelligenzija ein starker Anstieg des Interesses an der jüdischen Geschichte zu beobachten«. 1908 erweiterte sich die auch zuvor schon bestehende Jüdische Historisch-Ethnografische Kommission und bildete sich in die Jüdische Historisch-Ethnografische Gesellschaft um, unter dem Vorsitz M. Winawers, Sie unternahm es tatkräftig und erfolgreich, ein Archiv über die Geschichte und die Ethnografie der

Juden in Russland und Polen zusammenzutragen; nichts Vergleichbares hat die jüdische Geschichtswissenschaft im Westen je geschaffen. Unter der Redaktion S. Dubnows erschien fortan die Zeitschrift »Jüdisches Altertum«. Gleichzeitig wurde mit der Herausgabe der 16-bändigen »Jüdischen Enzyklopädie« begonnen (von der wir für diese Arbeit ausgiebig Gebrauch machen) und die 15-bändige »Geschichte des Jüdischen Volkes«. Freilich beklagt die Enzyklopädie in ihrem letzten Band: »Die fortschrittlichen Kreise der jüdischen Intelligenzija ... haben sich gegenüber den kulturellen Aufgaben der Enzyklopädie indifferent verhalten«, während sie sich für den Kampf um die äußerliche jüdische Gleichberechtigung begeisterten.

In anderen jüdischen Köpfen und Herzen verfestigte sich im Gegenteil die Überzeugung, dass die Zukunft des russischen Judentums mit der Zukunft Russlands untrennbar verknüpft sei. Wenngleich »verstreut über eine unüberschaubare Fläche und in der fremden Umwelt vereinzelt ... , waren und empfanden sich die russischen Juden als ein Ganzes. Denn einheitlich war die Umgebung, die uns umgebende ... einheitliche Kultur ... Diese einheitliche Kultur nahmen wir in uns auf in der ganzen Ausdehnung des Landes. «

»Die russischen Juden verstanden es zu allen Zeiten, ihre Interessen mit den Interessen des ganzen russischen Volkes zu verknüpfen, und das nicht aus Edelmut und nicht aus einem Gefühl der Erkenntlichkeit heraus, sondern entsprechend einer Wahrnehmung der historischen Realitäten. « Wie im direkten Widerspruch zu Jabotinsky heißt es weiter: »Russland ist für die Millionen dort lebender Juden kein zufälliger Haltepunkt auf der historischen Wanderung des Ewigen Juden ... Die russischen Wege des Weltjudentums waren die historisch bedeutsamsten und werden es bleiben. Von Russland können wir nicht lassen, so wenig wie Russland selbst von uns lassen kann. «

Dies war eine so feste Bindung, dass sich der Abgeordnete der zweiten und dritten Staatsduma O. Ja. Pergament sogar noch kategorischer ausdrückte: »Keinerlei Verbesserung des [eigentlichen] russischen Lebens im Innern >ist möglich ohne die gleichzeitige Befreiung der Juden von der auf ihnen lastenden Rechtlosigkeit«

Auch hier kommt man nicht an der überaus bedeutsamen Figur des Juristen G. B. Sliosberg vorbei, eines jener Juden, die unmittelbar mit dem russischen Staatsapparat zu tun hatten, der jahrzehntelang erst Mitarbeiter des Senatsobersekretärs, dann Justiziar des Innenministeriums war und dem viele Juden vorwarfen, dass er die Gewohnheit hatte, bei den Machthabern um Rechte für die Juden zu bitten, als es schon Zeit war, sie zu fordern. In seinen Erinnerungen schreibt er: »Seit meiner Kindheit war ich gewohnt, mich selbst vor allem als Juden wahrzunehmen. Doch bereits seit dem Einsetzen meines bewussten Lebens fühlte ich mich auch als Sohn Russlands ... Ein guter Jude sein heißt nicht kein guter russischer Bürger sein. « »Bei unserer Arbeit waren wir nicht gezwungen, all jene Hindernisse zu überwinden, die vonseiten der Polen den polnischen Juden auf Schritt und Tritt in den Weg gestellt wurden ... Wir stellten innerhalb des russischen Staatslebens als Juden der Nationalität nach kein fremdartiges Element dar, da in Russland viele Nationen zusammenlebten, vereint im russischen Staatswesen, ohne dass es Versuche durch die herrschende Nation gegeben hätte, alle übrigen zu vereinnahmen ... Die kulturellen Interessen Russlands kollidierten in keiner Weise mit den kulturellen Interessen der Juden. Die eine Kultur bereicherte gewissermaßen die andere. « Bis hin zu halb humoristischen Bemerkungen wie: Der Unklarheit und Widersprüchlichkeit der russischen Judengesetze wegen sei er in den 90er-Jahren in die Lage geraten, »sich an die

Erschaffung einer speziellen jüdischen Jurisprudenz zu machen, bei der reine Talmudmethoden zur Anwendung kamen«.

Darüber hinaus sagte er: »Die Lockerung der nationalen Unterdrückung, die in den letzten Jahren zu spüren ist, erregte nicht lange bevor Russland in die tragische Phase seiner Geschichte eintrat in den Seelen vieler russischer Juden Hoffnung darauf, dass allmählich das Bewusstsein des russischen Judentums den Weg der Anreicherung dieses Bewusstseins durch die schaffenskräftige Versöhnung der jüdischen und russischen Aspekte zu einer Synthese als höhere Einheit gehen würde. «

Soll etwa vergessen werden, dass von den sieben Autoren des unvergleichlichen Sammelbandes »Wechi« [»Wegzeichen«] drei Juden waren, nämlich M. O. Gerschenson, A. S. Isgojew-Lande und S. L. Frank?

Nicht anders auch umgekehrt: Die Juden erfuhren im Russland der vorrevolutionären Jahrzehnte eine gewaltige und einmütige Unterstützung durch die progressive Gesellschaft. Sie bildete sich als solche vielleicht vor dem Hintergrund der Unterdrückungen und der Pogrome, doch nichtsdestoweniger gilt, dass es in keinem anderen Land (vielleicht sogar in der ganzen vorausgegangenen Weltgeschichte?) jemals solch eine umfassende Unterstützung der Juden gegeben hat. Unsere weitherzige, freiheitsliebende Intelligenzija grenzte aus Gesellschaft und Menschlichkeit nicht nur den Antisemitismus aus, sondern jeder, der nicht laut und deutlich und in vorderster Front den Kampf für die Gleichberechtigung der Juden unterstützte, galt damit schon als »infamer Antisemit«. Die mit einem wachsamen Gewissen ausgestattete und scharf empfindende russische Intelligenzija war bemüht, gerade das jüdische Verständnis der Prioritäten des ganzen politischen Lebens zu erfassen und zu verinnerlichen: Progressiv war, wer gegen die Unterjochung der Juden protestierte, und reaktionär waren alle anderen. Die russische Gesellschaft trat nicht nur gegenüber der Regierung standhaft für die Juden ein, sondern verbot sich selbst und jedem, auch nur den feinsten Hauch irgendeiner Kritik am Verhalten auch eines einzelnen Juden zu äußern: Was, wenn solch geartete Erregung in mir Antisemitismus gebiert? (Bei der Generation, die zu jener Zeit aufwuchs, hielt sich diese Einstellung später über Jahrzehnte.)

W. A. Maklakow erzählt in seinen Erinnerungen über eine charakteristische Episode bei einer Landständeversammlung im Jahr 1905, nicht lange nachdem die Pogromwelle gegen Juden und Intellektuelle über das Land gerollt war und zur Zeit, da die Gutsbesitzerpogrome an Intensität Zunahmen: »Je. W. de Roberti schlug vor, die [von der Versammlung geforderte] Amnestie nicht auf Vergehen auszudehnen, die mit Gewalt gegen Kinder und Frauen im Zusammenhang stehen. « Sogleich entstand der Verdacht eines »Klassencharakters« dieser Korrektur, der Verdacht also, er sorge sich um die Opfer bei den Gutsbesitzerfamilien. »Je. W. de Roberd beeilte sich ... zu beruhigen: >Ich dachte dabei durchaus nicht an die Gutsbesitzerfamilien ... Wenn 5 oder 20 Gutshöfe abgebrannt sind, so hat das keinerlei Bedeutung. Ich meinte die Unzahl der von den Schwarzen Hundertschaften gebrandschatzten und geplünderten jüdischen Höfe und Häuser. «

*

Im Terror der Jahre 1905 bis 1907 wurden Herzenstein (der sich ironisch über abgebrannte Gutshöfe geäußert hatte) und Iollos als Märtyrer angesehen, doch nicht einer von jenen Tausenden unschuldig getöteter Menschen. Im satirischen Band »Der letzte russische Alleinherrscher«, den russische Liberale im Ausland veröffentlicht hatten, verstiegen sie sich bis zu einer Bildunterschrift unter das Porträt eines Generals, auf den der Terrorist Hirsch Leckert einen erfolglosen Mordanschlag verübt hatte: » Wegen ihm« (Hervorhebung von mir - A. S.) hat der Zar »den Juden Leckert ... hinrichten lassen« . . ,

Nicht nur die oppositionellen Parteien, sondern auch das vielzählige mittlere Beamtentum fürchtete sich davor, »unprogressiv« zu erscheinen. Man musste materiell schon völlig unabhängig sein oder über eine außerordentliche geistige Freiheit verfugen, um gegen den Druck der allgemeinen Strömung seinen Mann zu stehen. In der Welt der Advokaten, Künstler und Wissenschaftler wurde über Abweichler unverzüglich ein Bann gesprochen.

Nur Lew Tolstoj konnte es sich dank seiner einzigartigen Stellung in der Gesellschaft erlauben zu sagen, dass bei ihm die jüdische Frage auf dem 81. Platz stehe.

Die »Jüdische Enzyklopädie« beklagt, dass die Pogrome des Oktobers 1905 »seitens der progressiven Intelligenzija keinen besonderen [d. h. nicht ausdrücklich auf die Juden bezogenen], sondern einen allgemeinen Protest gegen jede Form der Konterrevolution* insgesamt hervorriefen«.

Die russische Gesellschaft hätte aufgehört, sie selbst zu sein, wenn sie nicht jede Frage immer nur auf eines zugespitzt hätte: auf den Zarismus, auf den Zarismus, auf den Zarismus.

Deshalb auch dies: »Konkrete Hilfe wurde den jüdischen Opfern nach den Oktobertagen [den Pogromen von 1905] ausschließlich durch Juden aus Russland und anderen Ländern zuteil. « Und Berdjajew sagte: »Aber habt ihr denn ein Gefühl für ... die Seele des jüdischen Volkes? ... Nein, ihr kämpft... für einen abstrakten Menschen. «

Auch Sliosberg bestätigt: »In den Augen jener Kreise, die Triebkräfte der politischen Entwicklung waren«, hatte die jüdische Frage »damals nicht die Bedeutung einer politischen Frage im weiten Sinne des Wortes. DieGesellschaft hatte nur mit dem Gedanken an Äußerungen der Reaktion im Allgemeinen zu tun. «

Um diese Lücke zu schließen, erstellte man 1915 ein besonderes publizistisches Sammelwerk mit dem Titel »Schtschit« [»Der Schild«], das sich als allseitiger Beschützer ausschließlich der Juden gab, ohne aber dass Juden als Autoren beteiligt gewesen wären - nur Russen und Ukrainer schrieben hier, wobei sich an die 40 der bekanntesten Namen jener Zeit zusammenfanden. Der ganze Band war einzig dem Thema »Juden in Russland« gewidmet, einhellig in der Bewertung und stellenweise übereifrig in der Darstellung.

Darin wurden unter anderem folgende Auffassungen geäußert: L. Andrej ew: Die Lösung der jüdischen Frage schien zum Greifen nah - das Gefühl »einer Freude, die einer Andacht nahe kam«, eine Befreiung »von einem Schmerz, der mich mein ganzes Leben lang begleitet hat« und einem »Buckel auf dem Rücken« glich, »ich atme giftige Luft«. - M. Gorkij: Den »großen Denkern Europas gelten die Juden als kulturell höher stehender psychischer Typ, als schöner als die Russen«. (Er äußert seine Befriedigung über das Anwachsen der Sekten der Sabbatarier und des »Neuen Israel« in Russland.) - E. Maljantowirsch: »Das Schrecknis der jüdischen Rechtlosigkeit in Russland belegt den Namen des russischen Volkes mit einem Schandfleck ... Die besten russischen Menschen empfinden [ihn] als Schmach, der sie ihr Leben lang nicht

entgehen können ... Wir sind Barbaren neben den kultivierten Völkern der Menschheit... , des teuren Rechts beraubt, auf unser Volk stolz zu sein ... Der Kampf um die jüdische Gleichberechtigung ist für den russischen Menschen ... eine originär nationale Angelegenheit von erster Wichtigkeit ... Die jüdische Rechtlosigkeit verurteilt die russischen Menschen zur Kraftlosigkeit bei ihrem Bemühen, ihr eigenes Glück zu erlangen. « Wenn wir uns nicht um die Befreiung der Juden kümmern, »so werden wir auch unsere Angelegenheiten niemals ins Reine bringen«. - K. Arsenjew: Wenn alle Schranken für die Juden geöffnet werden, so wird »ein Anwachsen der geistigen Reichtümer Russlands« die Folge sein. - A. Kalmykowa: Auf der einen Seite steht unsere »enge geistige Verbindung mit dem Judentum im Bereich der höheren geistigen Werte«, auf der anderen Seite aber »nimmt man Verachtung und Gehässigkeit gegenüber den Juden hin«. - L. Andrejew: Wir Russen »sind selbst die Juden Europas, unsere Grenze bildet genauso einen Ansiedlungsrayon«. - D. Mereshkowskij: »Was wollen die Juden von uns? Sittliche Empörung?« »Diese Empörung ist so stark und so elementar, dass ... man doch nur gemeinsam mit den Juden schreien kann. Darum schreien wir. « - Infolge irgendeines Missverständnisses kam Berdjajew nicht in dieses Sammelwerk. Er sagte von sich, dass er mit seiner Umgebung in früher Jugend gebrochen und es vorgezogen habe, Beziehungen zu Juden zu unterhalten.

Den Antisemitismus charakterisierten alle Autoren des Bandes »Der Schild« als ein widerwärtiges Gefühl, als eine »besonders zähe und ansteckende Krankheit des Bewusstseins« (Akademiemitglied D. Owsjaniko- Kulikowskij). Allerdings wiesen einige Autoren auch gleich darauf hin, dass »die Mittel und Vorgehensweisen ... der [russischen] Antisemiten ausländischen Ursprungs« waren (P. Miljukow). »Die neueste antisemitische Ideologie ist ein Erzeugnis aus deutscher geistiger Produktion ... Die >Ariertheorie< ... wurde von unserer nationalistischen Presse aufgegriffen ... Menschikow [wiederholt] die Gedanken Gobineaus« (F. Kokoschkin). Die Doktrin von der Überlegenheit des arischen über das semitische Element sei ein »deutsches Erzeugnis« (Wjatscheslaw Iwanow).

Was aber galt es uns nun zu tun mit unserem »Buckel auf dem Rücken«? In einem »progressiven Zirkel« widmete Gorkij Ende 1916 »einen zweistündigen Vortrag allerlei Begeisterung des ganzen russischen Volkes und übermäßiger Lobpreisung des jüdischen Volkes«, berichtet der progressive Duma-Abgeordnete Mansyrew, einer der Begründer dieses »Zirkels«.

Über diese Erscheinung schreibt ein jüdischer Autor unserer Tage objektiv und klarsichtig: »Es ging eine Umerziehung der gebildeten russischen Gesellschaft vonstatten, die sich das jüdische Problem leider weitaus mehr zu Herzen nahm, als zu erwarten gewesen wäre ... Das Mitgefühl für die Juden wuchs sich beinahe zu einer so imperativischen Formel aus wie >Gott, Zar und Vaterland<«, die Juden wiederum »machten sich diese in der Gesellschaft bestehende Tendenz entsprechend ihrem Zynismus zunutze. « Rosanow nannte das in jenen Jahren das jüdische »gierige Bedürfnis, alles in ihre Hände zu bekommen«.

W. Schulgin fasste es in den 1920er-Jahren so zusammen: »Das Judentum griff in jener Zeit [ein Vierteljahrhundert vor der Revolution] nach dem politischen Leben des Landes ... , eroberte das politische Russland ... Das Gehirn der Nation (wenn man die Regierung und Regierungskreise außer Acht lässt) befand sich in jüdischen Händen und es wurde zur Gewohnheit, nach jüdischen Vorgaben zu denken. « »Bei all den Beschränkungen beherrschten die Juden doch ... die Seele des russischen Volkes. «

Aber wurde sie wirklich von den Juden beherrscht? Oder wussten die Russen nur nicht, was mit ihr anfangen?

In jenem Band »Der Schild« bemühte sich Mereshkowskij zu erklären, dass Judophilie durch Judophopie hervorgerufen wird, dass sich eine gleichermaßen blinde Bejahung der fremden Nationalität bildet, die auf jedes absolute »Nein« mit einem absoluten »Ja« antwortet. Professor J. Baudouin de Courtenay schränkte ebenfalls in diesem Band ein: »Viele, auch im Lager der »politischen Freunde< der Juden, empfinden Abneigung gegen sie, und unter vier Augen gestehen sie diese auch ein. Da kann man natürlich nichts machen. Empfindungen der Sympathie und Antipathie ... hängen nicht von uns ab. « Jedoch sei es erforderlich, »nicht nach dem Affekt, [sondern] nach dem Verstand« zu handeln.

Mit größerer öffentlicher Resonanz und mit großer Umsicht brachte 1909 die Unklarheit des damaligen geistigen Zustandes der Gesellschaft P. B. Struve zum Ausdruck, der sein ganzes Leben lang auf seinem Weg vom Marxismus hin zur Rechtsstaatlichkeit unentwegt trennende Barrieren und nebenbei auch andere Tabus niedergerissen hatte. Es handelt sich um eine heute völlig in Vergessenheit geratene, aber historisch bedeutsame Polemik, die zunächst im März 1909 in der liberalen Zeitung »Slowo« [»Das Wort«] erschien - und sich sogleich lawinenartig über die ganze russische Presse verbreitete.

Begonnen hatte alles mit der aufgeblähten, viel zitierten »Tschirikow- Episode«, einem heftigen Eklat in einem engen Literaturzirkel, wo Tschirikow, der Autor des wohlmeinenden Theaterstücks »Die Juden«, plötzlich des Antisemitismus bezichtigt wurde. (Wegen seiner bei einem literarischen Tischgespräch fallen gelassenen Bemerkung, dass die meisten Petersburger Rezensenten Juden seien und fraglich sei, ob diese wohl Zugang zu Themen des russischen Alltagslebens hätten.) Dieses Ereignis brachte in der russischen Gesellschaft schlagartig einiges in Bewegung. (Der Journalist Ljubosch nannte es damals »jene Einkopekenkerze, an welcher Moskau abbrannte«.)

Jabotinsky hatte das Gefühl, dass er sich in seinem ersten Aufsatz nicht ausreichend über die Tschirikow-Episode geäußert hatte, und so brachte er am 9. März in »Slowo« einen zweiten Artikel: »Asemitismus«. Er drückte in ihm seine Beunruhigung und Empörung darüber aus, dass ein Großteil der fortschrittlichen Presse die Angelegenheit Tschirikows und Arabashins totschweigen wolle. Dass sogar eine gewisse führende liberale Zeitung (hier spielte er auf die »Russkie Wedomosti« [»Russische Nachrichten«] an) schon seit 25 Jahren angeblich nichts geschrieben habe »über die verzweifelte Hetze des jüdischen Volkes ... Seither gilt das Totschweigen wohl als besonderer Schick unter den progressiven Judophilen. « Der ganze Schaden werde gerade durch das Totschweigen der jüdischen Frage angerichtet. (Da kann man ihm sehr zustimmen.) Als Tschirikow und Axabashin »versicherten, dass nichts Antisemitisches in ihren Worten gewesen sei, so hatten sie damit völlig Recht«. Wegen des bei uns schon traditionellen Schweigens »kann man allein wegen des Wortes >Jude< oder für jede ganz unschuldige Bemerkung über jüdische Besonderheiten unter die Antisemiten geraten ... Die Juden wurden dadurch nur zu einer Art Tabu gemacht, gegen das man nicht einmal die allerharmloseste Kritik hervorbringen darf, und durch diese Manier verlieren mehr als sonst irgendjemand gerade die Juden. « (Auch damit wird man völlig übereinstimmen.) »Es entsteht der Eindruck, als sei schon der Name >Jude< ein Wort, dass man nicht drucken kann. « Das ist »der Widerhall einer allgemeinen Stimmung, die ihren Weg in die Kreise der mittleren fortschrittlichen russischen Intelligenzija gefunden hat... dokumentierbare Beweisstücke finden

sich nicht, das Vorhandensein einer solchen Stimmung lässt sich bislang lediglich erfühlen«, doch genau das ist auch das Besorgnis Erregende: erfühlbar, aber nicht dokumentierbar, die Juden hören den heranrollenden Donner nicht und es trifft sie unvorbereitet. Einstweilen »ballt sich da ein Wölkchen und man vernimmt kaum ein fernes, noch schwaches, aber schon bedrohliches Brausen«. Es ist nicht Antisemitismus, vorläufig ist es nur »Asemitismus« - doch auch er kann nicht geduldet werden, Neutralität ist nicht zu rechtfertigen: Nach dem Kischinjower Pogrom und in

Zeiten, da die reaktionären Zeitungen »den entflammten Zunder des Hasses« verbreiten, ist unannehmbar, dass sich die russische fortschrittliche Presse »zu einer der tragischsten Fragen des russischen Lebens« ausschweigt.

»Slowo« bemerkte dazu im Leitartikel derselben Nummer: »Die Beschuldigungen des Autors an die Adresse der progressiven Presse entsprechen nach unserer Auffassung in äußerst geringem Maße der tatsächlichen Sachlage. Wir haben Verständnis für jene Empfindungen, die dem Autor seine bitteren Zeilen diktiert haben, doch ist es ungerechtfertigt, der russischen Intelligenzija beinahe schon eine absichtsvolle Taktik des Totschweigens der jüdischen Frage zuzuschreiben. Im russischen Leben gibt es so viele ungelöste Probleme, dass es unumgänglich ist, jedem von ihnen ziemlich wenig Raum zu geben ... Und schließlich hat die günstige Lösung vieler dieser Probleme eine große Bedeutung auch für das Leben der Juden als Bürger unserer gemeinsamen Heimat. «

Richtete »Slowo« damals die Frage an Jabotinsky, warum er nicht für jene Einfaltspinsel eingetreten war, die doch eine »ganz unschuldige Bemerkung über jüdische Besonderheiten« gemacht hatten? Wurde solchen etwa Aufmerksamkeit geschenkt und wurden sie von der jüdischen Öffentlichkeit in Schutz genommen? Oder sah diese nur zu, wie sich die russische Intelligenzija solcher »Antisemiten« entledigte? Nein, an diesem »Tabu« waren auch die Juden mitschuld, und nichts weniger.

Die Zeitung begleitete die Eröffnung der Diskussion noch mit einem weiteren Artikel: »Übereinstimmung, aber nicht Verschmelzung« von W. Golubew. Der Zwischenfall mit Tschirikow »stellt nicht im Entferntesten einen Einzelfall dar«, »die nationale Frage ... beschäftigt in der Gegenwart ... auch unsere Intelligenzija«. Vor nicht allzu langen Jahren, vor allem im Jahr der Revolution [von 1905], beging unsere Intelligenzija die »Sünde« des Kosmopolitismus. »Dieser Kampf im Innern der Gesellschaft sowie zwischen den Nationalitäten im Russischen Reich hinterließ seine Spuren. « Wie auch andere Nationalitäten mussten sich in jenen Jahren »auch die russischen Menschen Gedanken über ihre nationale Bestimmung machen ... , als nichtstaatliche Nationalitäten darangingen, sich selbst zu definieren, da wurde eine Selbstdefinition auch für den russischen Menschen unumgänglich«. Sogar über die russische Geschichte sind »wir russischen Intellektuellen fast weniger unterrichtet« als über die europäische. Stets waren für uns die »allgemein menschlichen Ideale ... viel wichtiger als das eigene Schaffen«. Doch selbst nach Meinung Wladimir Solowjows, der dem Nationalismus fern stand, »ist es notwendig, bevor man zum Träger allgemein menschlicher Ideale werden kann, sich selbst auf eine gewisse nationale Höhe zu erheben. Dieses Gefühl der Selbsterhebung beginnt offenbar selbst in die Sphäre der Intelligenzija vorzudringen. « Bisher »verschwiegen wir die Besonderheiten ... der russischen Menschen«. Und darin, dass wir uns ihrer erinnern, liegt nicht der geringste Antisemitismus, und das heißt

durchaus nicht, dass andere Nationalitäten niedergedrängt werden - unter den Nationalitäten soll »Übereinstimmung, aber nicht Verschmelzung sein«.

Vielleicht brachte »Slowo« deshalb diese grundsätzliche Vorrede, weil in der Setzerei des Blattes bereits an dem Artikel P. B. Struves gearbeitet wurde, der zufällig in Konfrontation zu dem Artikel Jabotinskys stand, unabhängig von diesem eingegangen und ebenfalls der Tschirikow-Episode entsprungen war. Der Artikel »Die Intelligenzija und das nationale Antlitz« erschien denn auch gleich am folgenden Tag, dem 10. März, in der Zeitung »Slowo«.

Struve schrieb: »Diese Angelegenheit«, die »bald vergessen« sein wird, »hat erwiesen, dass etwas in den Köpfen sich erhoben hat, erwacht ist und sich nicht beruhigt. Dieses erwachte Etwas fordert nun Aufmerksamkeit. « »Die russische Intelligenzija verblasst zu einer >russländischen< ... Ohne Not und fruchtlos verhüllt sie ihr nationales Anditz«, aber »man kann es nicht verhüllen«. »Nationalität ist etwas weitaus Unzweifelhafteres [als Rasse, Hautfarbe] und zugleich Zarteres. Es handelt sich um ein Gefühl geistiger Anziehung und Abstoßung, und um sich ihrer bewusst zu werden, braucht man weder zu anthropometrischen Instrumenten noch zu genealogischen Forschungen zu greifen. Beide leben und beben in der Seele. « Man kann und muss darum kämpfen, dass diese Gefühle der Anziehung und Abstoßung sich nicht in den Gesetzen niederschlagen, »aber >staatliche< Gerechtigkeit verlangt von uns nicht >nationale< Gleichgültigkeit. Diese Gefühle der Anziehung und Abstoßung gehören zu uns, sie sind unser besonderes Eigentum«, es geht um »das organische Gefühl der Nationalität ... und ich sehe nicht den geringsten Grund ... dieses Eigentums zu entsagen, zu welchem oder wessen Gunsten auch immer«.

Es ist, so wiederholt Struve, notwendig, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Bereich des Rechtlichen, Staatlichen und dem Bereich unserer Gefühle. »Speziell in der jüdischen Frage ist das sowohl sehr leicht als auch sehr schwierig. « »Die jüdische Frage ist formell gesehen eine juristische Frage«, und deshalb ist es leicht und natürlich, ihr zu entsprechen: den Juden Gleichberechtigung geben - jawohl, natürlich! Aber ihr zu entsprechen ist zugleich auch »sehr schwer, weil das Gefühl des Abgestoßenseins vom Judentum bei den verschiedenen Schichten der russischen Bevölkerung faktisch sehr stark ist und eine große moralische und logische Klarheit erforderlich ist, um ungeachtet dieser Abstoßung die juristische Frage ein für alle Mal zu lösen«. Allerdings: »Bei aller Kraft der Abgestoßenheit von den Juden bei breiten Schichten der russischen Bevölkerung, sind uns doch die Juden von allen >Andersgläubigen< am nächsten, sind wir mit ihnen von allen am engsten verbunden. Das ist ein kulturhistorisches Paradoxon, aber es ist so. Die russische Intelligenzija hat die Juden immer zu den ihren gezählt, sie als Russen angesehen, und das nicht etwa zufällig, nicht umsonst und nicht infolge eines >Missverständnisses<. Die bewusste Initiative der Abkehr von der russischen Kultur, der Manifestierung der jüdischen >nationalen< Besonderheit ging nicht von der russischen Intelligenzija aus, sondern von derjenigen jüdischen Bewegung, die unter der Bezeichnung Zionismus bekannt ist... Ich habe keinerlei Sympathie für den Zionismus, aber ich begreife, dass das Problem der >jüdischen< Nation besteht« und sogar wächst. (Es ist viel sagend, dass er sowohl »jüdisch« als auch »national« in Anführungsstriche setzt - so schwer fällt es ihm zu glauben, dass sich die Juden für etwas Eigenes halten sollen.) »Es gibt in Russland keine >Andersgläubigen<, die in der russischen Kultur solch eine Rolle spielen ... Darin liegt noch ein weiteres Problem: Sie spielen diese Rolle, bleiben dabei aber Juden. « Man wird nicht die Rolle der Deutschen in der russischen Kultur und Wissenschaft bestreiten wollen; doch wenn die

Deutschen in die russische Kultur eintreten, so gehen sie ganz und gar in ihr auf. »Nicht so die Juden. «

Er schließt: »Es steht uns nicht gut an, mit [dem russischen Nationalgefühl] herumzutricksen und unser Antlitz zu verhüllen ... Ich und jeder andere Russe, wir alle haben ein Anrecht auf diese Gefühle ... Je klarer das begriffen wird ... , desto weniger Missverständnisse wird es in der Zukunft geben. «

Das ist wohl wahr. Nur hätten wir einige Jahrzehnte früher darauf kommen sollen. (Die Juden kamen viel früher darauf als die Russen.)

Als hätten alle Zeitungen nur darauf gewartet, braute sich ab dem folgenden Tag der Sturm zusammen. In der liberalen »Nascha Gaseta« [»Unsere Zeitung«] (»Ist es zeitgemäß, das auszusprechen«? - eine klassische Frage), wie auch in der rechten »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«] und der schwankend konstitutionell-demokratischen Petersburger »Retsch« [»Die Rede«], wo Miljukow sich einen Seufzer nicht verkneifen konnte: Jabotinsky »hat erreicht, dass das Schweigen beendet ist und das Schlimme und Bedrohliche, was die progressive Presse und Intelligenzija vor den Juden verborgen halten wollten, schließlich doch in seinen wahren Ausmaßen zutage getreten ist«. Im Weiteren gelangte Miljukow mit seiner untrüglichen berechnenden Kühle zum Verdikt. Vor allem anderen steht eine wichtige Warnung: Wohin wird das führen? Wem nützt das? »Das nationale Antlitz«, das man angeblich »nicht verbergen darf« - das nähert sich doch den rechtsradikalen Fanatikern an! (Das heißt also, man muss das »nationale Antlitz« eben doch verhüllen.) Kurzum, »auf der schiefen Ebene des ästhetischen Nationalismus« wird die Intelligenzija schnell ausarten und »in wahrhaftigen Stammes-Chauvinismus« verfallen, diese Ausgeburt »der fauligen Atmosphäre der gegenwärtigen gesellschaftlichen Reaktion«.

Der 40-jährige Struve hingegen antwortete mit schon fast jugendlichem Schwung in »Slowo« bereits am 12. März auf die »schulmeisterlichen Worte« Miljukows, und zwar seinerseits vor allem anderen auf diese Phrase: »Wohin wird das führen?« (»Wem nützt das?«, »auf wessen Mühlen?« - auf diese Weise wird man noch ein ganzes Jahrhundert hindurch Mäuler stopfen, bei allen möglichen Themen. Das ist eine sinnverdrehende Wendung, ohne jeden Begriff davon, dass Worte für sich allein ehrlich und gewichtig sein können.) »Unsere Ansichten werden nicht in der Sache bestritten«, sondern nur polemisch auf eine »Projektion« bezogen, auf die Frage, »wohin sie führen werden«. (Nach einigen weiteren Tagen schrieb »Slowo«: »Die alte Manier, eine Idee, die man nicht teilt, und die Person, die sie äußert, zu diskreditieren, indem man in hässlicher Weise darauf anspielt, dass diese Ideen in der »Nowoje Wremja« und im >Russkoje Snamja< [»Russisches Banner«] volle Zustimmung finden würden, eine solche Manier ist der progressiven Presse unseres Erachtens vollkommen unwürdig. «) Und zur Sache: »Mit nationalen Fragen gehen zur gegenwärtigen Zeit starke, mitunter stürmische Gefühle einher. Diese Gefühle sind, soweit sie Ausdruck einer nationalen Persönlichkeit sind, völlig rechtmäßig, und ... [sie] auslöschen zu wollen, ist... eine große Abnormität. « Drängt man sie ab ins Innere, so werden sie in entstellter Form wieder hervorbrechen. »Dieser grässliche >Asemitismus< ist eine weitaus günstigere Grundlage für eine rechtliche Lösung der jüdischen Frage als der ausweglose Kampf ... des >Antisemitismus< gegen den >Philosemitismusc Keine der nichtrussischen Nationalitäten hat es nötig, ... dass sie alle Russen unbedingt lieben, und noch viel weniger, dass sie heucheln, sie würden sie lieben. Wahrlich, >Asemitismus< in Verbindung mit einem klaren und nüchternen Verständnis gewisser moralischer und politischer

Prinzipien und ... staatlicher Notwendigkeiten ist für unsere jüdischen Mitbürger weitaus notwendiger und nützlicher als ein sentimental-schwammiger >Philosemitismus<«, besonders ein vorgeschützter. »Auch für die Juden ist es nützlich, das offene rationale Antlitz<« des russischen Konstitutionalismus und der demokratischen Gesellschaft zu sehen. »Für sie ist es durchaus nicht nützlich, sich der Illusion hinzugeben, dass ein solches Antlitz nichts anderes als antisemitischer Fanatismus ist. « Das ist »kein Medusenhaupt, sondern das ehrliche und gute Antlitz der russischen Nation, ohne das auch der >russische< Staat nicht bestehen kann«. Die Redaktion fügte noch hinzu: »Übereinstimmung ... bedeutet die Anerkennung aller Besonderheiten jeder [Nationalität] und die Achtung dieser Besonderheiten. «

Die flammenden Zeitungsdebatten gingen weiter. »Binnen weniger Tage entstand so schon eine ganze Literatur. « Es entstand »in der progressiven russischen Presse ... etwas noch kurze Zeit vorher völlig Unmögliches: Man debattierte die Frage eines großrussischen Nationalismus!« Es war die Zeitung »Slowo«, welche den Streit auf dieses Niveau angehoben hatte, während die anderen Zeitungen sich auf Gefühle von »Anziehung und Abstoßung« beschränkten. Die Intelligenzija lief gereizt Sturm gegen die noch vor kurzem als Held verehrte Organisation »Oswoboshdenie« [»Befreiung«].

Auch Jabotinsky verstummte nich, und meldete sich gleich zwei Mal zu Wort. Als »Bär aus seiner Höhle« bezeichnete er den doch so ruhigen und wohl bedachten Pjotr Struve. Jabotinsky war gekränkt, bezeichnete Struves Artikel und mit einem Atemzug auch den Artikel Miljukows als »glänzenden Auftritt der Primi«; »ihre liebliche Deklamation ist von Heuchelei, Unaufrichtigkeit, Kleinmut und Liebedienerei erfüllt und daher auch so schwer verdaulich geistlos«. Bei Miljukow fischt er heraus, dass es »bei der alten, heiligen und reinen russischen Intelligenzija« wohl »antijüdische >Abgestoßenheit< gegeben hat? ... Interessant. « Er verwünschte das »>heilige und reine< Klima dieses herrlichen Landes« und die»zoologische Spezies des Ursus judaeophagus intellectualis [des intellektuellen Judenfresserbären]«. (Auch der versöhnliche Winawer bekam das Seine ab: »Ein jüdischer Dienstbote des russischen Palastes. «) Jabotinsky bestritt zornig, dass die Juden darauf warten würden, »dass die allgemein staatliche Aufgabe gelöst würde« (also der Sturz des Zaren): »Wir danken für diese schmeichelhafte Meinung über unsere Bereitschaft zur hündischen Selbstverleugnung« und über »die Wendigkeit des treuuntertänigen Israel«. Dann schloss er gar, dass »sich niemals zuvor die Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes Volk mit solch unschuldigem Zynismus definiert hat«.

Man muss erkennen, dass diese ausgesprochene Heftigkeit seines Tons seine Auffassung nicht populärer machte. Schon die nächste Zukunft erwies, dass eben doch der Sturz des Zaren den Juden vormals nicht erreichbare Positionen zugänglich machen würde, ihnen sogar mehr Möglichkeiten eröffnen sollte, als sie je erkämpfen wellten, und damit dem Zionismus in Russland der Boden entzogen würde, sodass Jabotinsky auch in der Sache Unrecht hatte.

Viel später erinnerte sich ein anderer Zeuge jener Zeit, ein Bundist, kühl und sachlich: »In den Jahren 1907 bis 1914 erfasste in Russland wenn keine offen antisemitische, so doch eine >asemitische< Seuche auch einige Liberale in der russischen Intelligenzija, und die Enttäuschung über die maximalistischen Tendenzen der ersten russischen Revolution gab anderen Anlass, die Verantwortung dafür der augenfälligen Beteiligung von Juden an der Revolution zu geben. « In den Vorkriegsjahren »war ein Anwachsen des russischen

Nationalismus zu beobachten ... in manchen Kreisen zumal, wo doch nicht lange zuvor die jüdische Frage wie eine russische Frage aufgefasst worden war«.

1912 gab Jabotinsky, der sich inzwischen beruhigt hatte, folgende interessante Beobachtung eines bekannten jüdischen Journalisten wieder: Stets wenn sich Juden für irgendeine kulturelle Angelegenheit zu interessieren begonnen hätten, so wäre diese augenblicklich für das russische Publikum fremd geworden und hätte seine Anziehungskraft verloren. So eine Art unsichtbare Abstoßung. Gewiss wird eine nationale Grenzlinie unverzichtbar sein, eine Organisation des russischen Lebens »ohne Beimengungen von außen, die in solcher Massiertheit für [die Russen] offenbar nicht annehmbar sind«.

Betrachtet man all das hier Dargestellte, so wird man höchstwahrscheinlich folgern, dass in der russischen Intelligenzija (wie in vielen historischen Erscheinungen) zwei Prozesse gleichzeitig vonstatten gingen, die sich in Bezug auf die Juden zwar im Temperament, keineswegs aber im Grad des ‘Wohlwollens unterschieden. Der Prozess, den Struve vertrat, war leise, seiner selbst ungewiss und unterdrückt, während der, der sich lautstark im philosemitischen Sammelwerk »Das Schild« manifestierte, an Stimmgewalt und an gesellschaftlichem Echo überlegen war. Es bleibt zu bedauern, dass Jabotinsky die Auffassung Struves nicht wertschätzte, ihre Vorzüge nicht erkannte.

Die Diskussion des Jahres 1909 in »Slowo« blieb nicht beim Thema der Juden und wuchs sich zu einer Erörterung des russischen nationalen Bewusstseins aus, die nach der darauf folgenden 80-jährigen Taubheit unserer Gesellschaft für uns auch heute noch frisch und lehrreich ist. P. Struve erklärte: »So wie es nicht angeht, diejenigen >russifizieren< zu wollen, die nicht zu >verrussen< wünschen, so geht es auch nicht an, dass wir uns selbst >russlandifizieren<«, in der Multinationalität Russlands versinken und unsere Identität abstreifen. W. Golubew protestierte gegen »das Monopol des Patriotismus und Nationalismus bei den reaktionären Gruppen«. »Wir haben aus dem Blick verloren, dass die japanischen Siege in niederdrückender Weise auch auf das volkstümliche, das nationale Gefühl gewirkt haben. Unsere Niederlage hat nicht nur die Bürokratie erniedrigt«, was die Gesellschaft ja auch wünschte, »sondern mittelbar auch die Nation«. (Oh, weitaus nicht »mittelbar«, sondern ganz direkt!) »Die russische Nation ... ist ganz klein geworden. « »Es ist auch kein Scherz, wenn das Wort >russisch< geschändet wird, indem es zu »wahrhaft russisch< abgewandelt wird. « Die progressive Öffentlichkeit hatte diese Begriffe verloren, den Rechten überlassen. »Der Patriotismus wurde von uns nicht anders als nur in Anführungsstrichen begriffen. « Dabei »muss man einem reaktionären Patriotismus mit einem volkstümlichen Patriotismus entgegentreten ... Mit unserer ablehnenden Haltung zum Patriotismus der Schwarzen Hundertschaften erstarrten wir, und wenn wir diesem etwas entgegensetzten, so war es nicht Patriotismus, sondern allgemein menschliche Ideale. « Gleichwohl hätte uns all unser Kosmopolitismus bis heute nicht so weit gebracht, dass wir mit der polnischen Gesellschaft hätten Freundschaft schließen können.

A. Pogodin erinnerte sich: Nach der geharnischten Antwort W Solowjows auf das Werk »Russland und Europa« von Danilewskij und nach dem Artikel Gradowskijs zeigten sich nun »erste Anzeichen dieses Bewusstseins, das bei Völkern in den Augenblicken drohender Gefahr als Selbsterhaltungstrieb erwacht«. (Es fügte sich so, dass just in den Tagen dieser Diskussion im März 1909 der russische Staat seine nationale Erniedrigung erlebte: Er war gezwungen, mit kläglicher Unterwürfigkeit die österreichische Annexion Bosniens und der Herzegowina

anerkennen zu müssen - sein »diplomatisches Tsushima«.) »Verhängnisvollerweise wenden wir uns dieser Frage zu, die noch vor so kurzem der russischen Intelligenzija völlig fremd war, und nun vom Leben so scharf gestellt wird, dass man ihr nicht mehr ausweichen kann. «

»Slowo« resümierte: »Der zufällige ... Zwischenfall diente als Auslöser für einen ganzen Sturm in den Zeitungen. « Es zeigt sich, dass »die russische Gesellschaft das Bedürfnis nach einer nationalen Selbstfindung verspürt«. Sie hätte sich in den vergangenen Jahren »nicht nur jener falschen antinationalen Politik geschämt ... , sondern auch des wirklichen Nationalismus, ohne den staatliches Schaffen undenkbar ist«. Ein schaffenskräftiges Volk »hat notwendigerweise ein eigenes Antlitz«. »Minin war ein zweifelsfreier Nationalist. « Der Nationalismus sei konstruktiv, staatstragend, lebendigen Nationen eigen, und genau einen solchen Nationalismus benötigten wir jetzt. »Wie vor 300 Jahren fordert die Geschichte von uns eine Antwort, fordert, dass wir in den schlimmen Tagen der Prüfung« antworten, »ob wir als eigenständiges Volk das Recht auf eine selbstständige Existenz haben«.

Man spürte schon das Nahende in der Luft! Obgleich das Jahr 1909 doch ansonsten ziemlich friedlich war.

Wir wollen folgende zutreffende Äußerung M. Slawinskijs nicht übergehen: »Der Versuch, ganz Russland zu russifizieren oder, genauer gesagt, zu großrussifizieren ... , erwies sich als Unheil bringend für die lebendigen nationalen Züge nicht nur aller nichtstaatlichen Völkerschaften im Reich, sondern vor allem für die großrussische Nation ... Die kulturellen Stärken der großrussischen Nation erwiesen sich als dafür zu schwach. « Für die großrussische Nation sei nur intensives Wachsen nach Innen, ein normaler Blutkreislauf gut. (Leider haben die Russen diese Lektion auch heute noch nicht gelernt.) »Der Kampf mit dem physiologischen Nationalismus ist unumgänglich, [wenn] die stärkere Volksgruppe danach trachtet, schwächeren Völkerschaften ein ihnen fremdes Staatswesen aufzuoktroyieren. « Ein solches Imperium hätte nicht durch physische Kraft allein begründet werden können, sondern nur mit »moralischer Kraft«. Wenn wir die hätten, dann sei die Gleichberechtigung der Völker (der Juden, der Polen) für uns überhaupt keine Bedrohung.

Schon auf dem Höhepunkt des 19. Jahrhunderts und umso mehr zu Beginn des 20. Jahrhunderts vermeinte sich die russische Intelligenzija auf einer hohen Stufe der Globalität, der Allgemeinmenschlichkeit, des Kosmopolitismus und des Internationalismus (was sie damals noch nicht unterschied). Schon damals hatte sie sich in vieler Hinsicht und fast durchgehend vom Russisch-Nationalen losgesagt. (Von der Tribüne der Staatsduma herab übte man sich in dem Scherz: »Patriot - Ischariot«.)

Die jüdische Intelligenzija hingegen sagte sich nicht vom Nationalen los, und sogar radikale jüdische Sozialisten bemühten sich, irgendwie ihre Ideologie mit dem Nationalgefühl zu vereinbaren. Aber zu derselben Zeit war von den Juden - von Dubnow über Jabotinsky bis Winawer - nie ein Wort davon zu hören, dass die mit ganzer Seele zu ihren geknechteten Brüdern stehende russische Intelligenzija sich nicht unbedingt von ihrem Nationalgefühl lossagen musste. Gerechterweise hätte das aber gesagt werden müssen. Diese Verkehrung begriff damals niemand: Unter Gleichberechtigung verstanden die Juden etwas Größeres.

Und die russische Intelligenzija schritt einsam weiter in die Zukunft.

Die Juden bekamen ihre Gleichberechtigung unter dem Zaren nicht, doch sie bekamen teilweise eben deshalb die Hand und die Treue der russischen Intelligenzija gereicht. Die Kraft

ihrer Entwicklung, ihres Drucks, ihres Talents fand ihren Platz im russischen gesellschaftlichen Bewusstsein. Unsere Begriffe von unseren Zielen, unseren Interessen, die Impulse, die zu unseren Entscheidungen führten, vermischten wir mit ihren Begriffen. Wir übernahmen ihren Blick auf unsere Geschichte und auf die Auswege aus ihr.

Das zu verstehen ist wichtiger als nachzurechnen, wie viel Prozent der Juden dabei waren, Russland aus der Bahn zu werfen (aus der Bahn warfen es wir alle), wie viele Revolution machten oder an der bolschewistischen Macht teilhatten.

KAPITEL 12 - IM ERSTEN WELTKRIEG (1914-1916)

Die sinnloseste Torheit des 20. Jahrhunderts war zweifellos der Erste Weltkrieg. Ohne jede klare Ursache und ohne jedes klare Ziel stießen drei große europäische Staaten - Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn - so tödlich erbittert aufeinander, dass sich zwei von ihnen in diesem Jahrhundert nicht mehr erholten und der dritte zerfiel. Die beiden Partner Russlands, die augenscheinlich gewonnen hatten, hielten sich noch ein Vierteljahrhundert, um sodann ihre überlegene Kraft auf immer zu verlieren. Europa als Ganzes verlor seine stolze Rolle als Führer der Menschheit, wurde lediglich zu einer Zielscheibe des Neids, und die kolonialen Besitzungen rannen ihm aus den geschwächten Händen.

Alle drei Kaiser, und insbesondere Nikolaus II. und seine Umgebung, begriffen nicht, in was für einen Krieg welchen Maßstabs und welcher Grausamkeit sie da hineinschlitterten. Trotz Stimmen wie der von Stolypin und nach ihm P. N. Durnowo begriffen die Machthabenden die Warnung nicht, die Russland in den Jahren 1904 bis 1906 erhalten hatte.

Bücken wir mit jüdischen Augen auf diesen Krieg. In diesen drei aneinander grenzenden europäischen Imperien lebten drei Viertel der Juden der ganzen Welt (und 90% der Juden Europas), wobei sie an den Schauplätzen der heraufziehenden Kriegshandlungen konzentriert waren, vom Gouvernement Kowno (später auch Livland) bis zum österreichischen Galizien (später auch Rumänien). Der Krieg stellte sie unausweichlich vor eine quälende Frage: Sie alle lebten nun am Kreuzungspunkt der Grenzlinien dieser drei Imperien - konnten sie also ihren imperialen Patriotismus wahren? Für die vorbeiziehenden Armeen lag hinter der Front der Feind, für die dort lebenden Juden hingegen waren es Nachbarn und Angehörige derselben Volksgruppe. Sie konnten diesen Krieg nicht wollen; und konnte denn ihre Stimmung urplötzlich in Patriotismus Umschlagen? Für die durchschnittlichen russischen Juden im Ansiedlungsrayon bestand desto weniger Anlass, die russische Kriegspartei von ganzem Herzen zu unterstützen. Wie wir gesehen haben, hatten noch ein Jahrhundert zuvor die Juden im Westen den Russen gegen Napoleon beigestanden. Doch im Jahr 1914 - warum sollten sie der Armee helfen? Für den Ansiedlungsrayon vielleicht? Erweckte der Krieg nicht im Gegenteil Hoffnungen auf Befreiung? Wenn die Österreicher oder Deutschen kommen, dann wird doch wohl kein neuer Ansiedlungsrayon bestimmt werden, und der Numerus clausus für die Lehranstalten wird doch wohl abgeschafft werden?

Gerade im westlichen Teil des Ansiedlungsrayons blieb der »Bund« stark, und von Lenin erfahren wir im Februar 1915, dass die Bundisten »zum großen Teil germanophil und über die Niederlage Russlands erfreut« waren. Wir erfahren auch, dass während des Krieges der autonomistische jüdische »Forwerts« [»Vorwärts«] eine klar deutschfreundliche Position einnahm. Ein zeitgenössischer jüdischer Autor schreibt treffend über jene Zeit: »Wenn man über die Formel >Für Gott, Zar und Vaterland< nachdenkt ... , so ist es unmöglich, sich einen loyalen Juden vorzustellen, der diese Formel für sich [in ihrem direkten Sinne] ernst nimmt. «

Nicht so in den Hauptstädten. Entgegen ihrem Verhalten in den Jahren 1904/05 boten einflussreiche jüdische Kreise, ja sogar russische Liberale hier im 1914 entstandenen Konflikt der Autokratie ihre Unterstützung an, schlugen ihr ein Bündnis vor. »Der patriotische Aufschwung, der Russland erfasste, ließ auch die Juden nicht außen vor. « »Das war die Zeit, als sich ... Purischkewitsch, der den russischen Patriotismus der Juden sah, mit Rabbinern verbrüderte. « Auch in der Presse (nicht bei der »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«], wohl aber in

eben der liberalen Presse, die Witte als »halbjüdisch« bezeichnet hatte, die stets den führenden Tendenzen in der Gesellschaft Ausdruck verlieh und die 1905 buchstäblich die Kapitulation der ganzen Ordnung gefordert hatte) brach von den ersten Tagen an ein Sturm der patriotischen Begeisterung los. »Über den Kopf des kleinen Serbien hinweg war das Schwert gegen das große Russland erhoben, gegen den Wahrer des unantastbaren Rechts von Millionen auf Arbeit und Leben. « Auf einer außerordentlichen ganztägigen Sitzung der Staatsduma »bewegte die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten und Parteien an diesem historischen Tag ein einziger Gedanke, ein großes Gefühl schwang bebend in allen Stimmen ... Hände weg vom Heiligen Russland! ... Wir sind zu allen Opfern für die Bewahrung der Ehre und Würde des unteilbaren russischen Staates bereit... >Gott, Zar und Volk!< - und der Sieg ist gewiss ... Zur Verteidigung unserer Heimat treten wir Juden an ... aus einem Gefühl der tiefen Verbundenheit. «

Selbst wenn hier zum Ausdruck kam, dass begründetermaßen auf eine dankbare Geste als Antwort spekuliert wurde - die Gleichberechtigung wenigstens nach Kriegsende so musste die Regierung, wenn sie sich auf das unerwartete Bündnis einließ, doch dazu bereit sein, ihre Seite der Verpflichtung zu erfüllen, oder es wenigstens versprechen.

In der Tat - war denn für die Gleichberechtigung die Revolution eine unbedingte Voraussetzung? Die Niederschlagung der Revolution durch Stolypin hatte »zu einem Nachlassen des Interesses an der Politik sowohl im russischen als auch im jüdischen Milieu geführt«, was zumindest eine Abwendung von der Revolution bedeutete. Schulgin drückte das so aus: »Gleichzeitig mit den Juden und den Deutschen Krieg zu führen, ging über die Kräfte der russischen Obrigkeit. Mit jemandem musste ein Bündnis geschlossen werden. « Das nun neu entstandene Bündnis mit den russischen Juden musste alsbald formell besiegelt, zumindest ein Dokument mit Versprechungen herausgegeben werden, wie es auch für die Polen erlassen worden war. Doch Derartiges zu erkennen und zu entscheiden vermochte nur einer: Stolypin. Ohne ihn wurde das nun nicht begriffen und nicht unternommen. (Ab dem Frühjahr 1915 gab es noch weitaus schlimmere Versäumnisse.)

Ganz selbstverständlich und ihrer Sache sehr gewiss stellten die liberalen Kreise und die Elite der russischen Juden hierbei noch weiter gehende Überlegungen an. Schon 1907 (wieder ohne jede dringende Notwendigkeit) hatte sich Nikolaus II. in ein Militärbündnis mit England hineinziehen lassen (und damit die Schlinge künftiger russisch-deutscher Zusammenstöße an seinem Hals enger gezogen). Die Erwägung der ganzen russischen fortschrittlichen Gesellschaft war nun, dass das Bündnis mit den demokratischen Staaten und der gemeinsame Sieg mit ihnen für Russland eine allgemeine Demokratisierung am Ende des Krieges unumgänglich machen würde, und das hieß auch eine unumkehrbare jüdische Gleichberechtigung. So machte es aus Sicht der russischen Juden — und nicht nur der hauptstädtischen - Sinn, in diesem Krieg auf einen Sieg Russlands hinzuarbeiten.

Dieser Sinn wurde allerdings verdreht durch die wahnsinnige, ungeordnete und massenhafte Aussiedlung der Juden aus den frontnahen Gebieten, den das Hauptquartier beim großen Rückzug des Jahres 1915 an- ordnete. Dass das Hauptquartier dazu überhaupt bevollmächtigt war, war die Folge einiger tollpatschiger Entscheidungen zu Beginn des Krieges. In den Fiebertagen des Juli 1914 hatte der Zar, in der Hektik vor dem schicksalhaft herannahenden Krieg, als ein zweitrangiges Dokument eine zeitweilige Verordnung über das Feldkommando unterzeichnet, nach der das Hauptquartier uneingeschränkte Rechte in allen frontnahen Gebieten erhielt, die tief ins Land hineinreichten, und zwar ohne jede Abstimmung

mit dem Ministerrat. Dieses Dokument erschien zum damaligen Zeitpunkt nicht sehr bedeutsam, da man stets annahm, dass der Zar selbst Oberster Befehlshaber sein würde und Konflikte mit dem Ministerkabinett nicht auftreten könnten. In eben jenen Julitagen des Jahres 1914 redeten es eben jene Minister dem Zaren jedoch aus, den Oberbefehl zu übernehmen. Nikolaus II. schlug daraufhin diesen Posten - wie weise - seinem Liebling, dem Kriegsminister und Schwadroneur Suchomlinow vor, der diese Auszeichnung natürlich dankend ablehnte. So ging der Posten an Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, der es nicht als möglich ansah, gleich zu Beginn mit den bereits berufenen Befehlshabern zu brechen und den Chef des Obersten Stabes abzulösen, den noch vor seinem Dienstantritt berufenen General Januschkewitsch. Die Verordnung über das Feldkommando blieb dabei unverändert in Kraft, und das Ruder der Macht über ein Drittel Russlands kam in die Hände des Jammerlappens Januschkewitsch, der nicht einmal Soldat, sondern Verwaltungsbeamter im Generalsrang war.

Ganz zu Beginn des Krieges kam es mancherorts zu Befehlen, Juden aus dem frontnahen Gebiet auszusiedeln. Im August 1914 konnte man in den Zeitungen lesen: »Betrifft die Rechte der Juden ... Telegrafisch rundversandte Anweisung an alle Gouverneure und Stadthaupdeute, der massenhaften oder teilweisen Aussiedlung von Juden Einhalt zu gebieten. « Um Neujahr 1915, so bezeugt D. Pasmanik, der den ganzen Krieg über als Arzt an der Front verbrachte, »war plötzlich die ganze Front entlang und in allen Regierungskreisen von jüdischer Spionage die Rede«.

Es war Januschkewitsch selbst, der im Sommer 1915 von dem katastrophalen Rückzug der russischen Truppen ablenken wollte und Anweisung über die massenhafte Aussiedlung von Juden aus den frontnahen Gebieten erteilte, wahllose Aussiedlungen ohne jede Prüfung der persönlichen Schuld. Das war bequem: Man schob die ganze Schuld für die Misserfolge auf die Juden.

Es mag sein, dass es zu dieser Beschuldigung auch infolge eines Aufrufes an die Juden Russlands durch den deutschen Generalstab kam, in dem sie aufgefordert wurden, sich gegen ihre Regierung zu erheben. Verbreiteter ist aber die Auffassung, die in vielen Quellen dargelegt wird, dass polnischer Einfluss ursächlich war. Sliosberg schreibt, dass gerade vor dem Krieg in Polen ein scharfer Antisemitismus ausgebrochen sei, »ein Kampf gegen die jüdische Vorherrschaft in Industrie und Handel ... Der Krieg kam, als die Agitation gegen die Juden ... ihren Zenit erreicht hatte, und ... die Polen waren mit allen Mitteln bemüht, die jüdische Bevölkerung in den Augen des Hauptquartiers durch die Verbreitung von Gräuelmärchen und Legenden über jüdische Spionage in Verruf zu bringen. «Gleich nach dem viel versprechenden Aufruf Nikolaj Nikolajewitschs an die Polen im August 1914 wurde in Warschau ein Zentrales Bürgerkomitee gegründet, in das nicht ein einziger Jude Aufnahme fand, obgleich der Anteil der Juden in Polen 14% betrug. Im September kam es auch zu einem Judenpogrom in Suwalki. Beim Rückzug von 1915 »reagierte die gereizte Armee hellhörig auf die polnischen Verleumdungen«. Pasmanik versichert, er sei »in der Lage zu beweisen, dass die ersten Gerüchte über einen jüdischen Verrat von Polen in die Welt gesetzt wurden«, ein Teil der Polen »unterstützte bewusst die Deutschen. Im Wunsch, den Verdacht von sich abzulenken, verbreiteten sie eifrig Gerüchte über jüdische Spionage. « Einige Quellen heben namentlich im Zusammenhang mit der Aussiedlung hervor, dass Januschkewitsch selbst »ein zur russischen Orthodoxie übergetretener Pole« gewesen sei.

Ja, er mochte wohl unter solchem Einfluss gestanden haben, doch wir halten diese Erklärungen nicht für ausreichend oder für irgendeine Rechtfertigung des russischen Hauptquartiers.

Gewiss konnten die Juden im frontnahen Gebiet nicht ihre Verbindungen zu den benachbarten Siedlungen kappen, die »jüdische Post« einstellen und sich zu Feinden der Angehörigen ihrer eigenen Volksgruppe machen. Noch dazu erschienen den Juden im russischen Ansiedlungsrayon die Deutschen damals anders als die Russen und Polen als eine hochkultivierte europäische Nation (der schwarze Schatten von Auschwitz lag noch nicht auf ihnen und schnitt noch nicht quer durch das jüdische Bewusstsein ...). Zu dieser Zeit teilte der Korrespondent der »Times«, Steven Graham, mit, dass wann immer auf dem Meer nur ein deutsches Rauchwölkchen in Sicht kam, die jüdische Bevölkerung Libaus sogleich »die russische Sprache vergaß« und deutsch zu sprechen begann. Wenn Evakuierungen notwendig waren, zogen die Juden die deutsche Seite vor. Die Feindseligkeit, die sie seitens der russischen Armee erfuhren, und später die Aussiedlung konnten im Übrigen nur Erbitterung hervorrufen und bei manch einem den Anstoß zur bewussten Unterstützung der Deutschen geben.

Zusätzlich zu den Beschuldigungen gegen die jüdischen Anwohner wurden auch die jüdischen Soldaten der Feigheit und der Fahnenflucht beschuldigt. Der oberste Geistliche der russischen Armee, Vater Georgij Schawelskij, der sich ständig im Hauptquartier aufhielt, aber auch zu den Einheiten fuhr und über die eingehenden Nachrichten auf dem Laufenden war, schreibt in seinen Erinnerungen: »Von den ersten Kriegstagen an ... begann man vermehrt über die Juden zu sprechen. Es hieß, die jüdischen Soldaten seien Feiglinge und Deserteure und die jüdischen Anwohner Spione und Verräter. Es wurden zahlreiche Beispiele von jüdischen Soldaten genannt, die zum Feind übergelaufen oder von der Front geflohen seien, oder von friedlichen jüdischen Anwohnern, die dem Feind Signale gesandt und beim Vorrücken des Gegners zurückgebliebene Soldaten und Offiziere verraten hätten, und so weiter und so fort. Je weiter die Zeit vorrückte und je schlechter die Dinge für uns standen, desto mehr verstärkte sich der Hass und der Zorn gegen die Juden. Von der Front drangen die Gerüchte ins Hinterland ... und sorgten für eine Stimmung, die für die russischen Juden insgesamt gefährlich winde. « Der Sozialist und Oberleutnant M. Lemke, der damals im Hauptquartier tätig war, übertrug in sein geheimes Tagebuch Meldungen von der südwestlichen Front vom Dezember 1915: »Das Überlaufen zum Feind von Juden und Polen nicht nur aus den Frontstellungen, sondern auch aus den rückwärtigen Stellungen erfolgt verstärkt und hat bedrohliche Ausmaße angenommen. « Im November 1915 konnte man auf einer Sitzung des Büros des Progressiven Blocks sogar hören (nach Miljukows Notizen bei der Sitzung): »Welches Volk hat seinen Nicht-Patriotismus unter Beweis gestellt?« - »Die Juden. «

In Deutschland und in Österreich-Ungarn konnten Juden bedeutende staatliche Posten innehaben, ohne dabei die Religion zu ändern, in Österreich-Ungarn auch Positionen in der Armee. In der russischen Armee hingegen bestand für einen Juden, der nicht zum Christentum übergetreten war, keine Möglichkeit, Offizier zu werden, und auch Juden mit spezialisierten Kenntnissen leisteten ihren Dienst in den meisten Fällen als einfache Soldaten ab. Natürlich rissen sie sich nicht darum, in solch einer Armee zu dienen. (Trotz alledem fanden sich Juden auch unter den Trägern des St. -Georgs-Ordens. Hauptmann G. S. Dumbadse erinnert sich an einen jüdischen Studenten der Juristischen Fakultät, der vier Georgskreuze erhalten hatte, es aber ablehnte, in die Kadettenanstalt zu gehen, um sich nicht taufen lassen zu müssen und

damit seinen Vater todunglücklich zu machen. Er wurde später von den Bolschewiken erschossen.)

Gleichzeitig wäre es aber weniger plausibel und unrealistisch zu folgern, dass alle Beschuldigungen durchweg nur Märchen waren. Schawelskij schreibt: »Diese Frage ist allzu weit und verzwickt ... Ich kann indessen nicht verschweigen, dass an Anlässen zu Beschuldigungen gegen Juden zu jener Zeit kein Mangel herrschte ... In Friedenszeiten wurden sie in verschiedenen Tätigkeiten nur außerhalb der Kampftruppen geduldet, in Kriegszeiten hingegen ... wurden mit Juden die Reihen der Kampftruppen aufgefüllt... Bei Angriffen liefen sie häufig hinterher, bei Rückzügen waren sie ganz vorne zu finden. Wenn in den Kampftruppen Panik ausbrach, so war das des Öfteren ihnen zu verdanken ... Auch die zahlreichen Fälle von Spionage und Überlaufen zum Feind in Abrede zu stellen ... ist seitens der Juden nicht angezeigt ... Ebenso musste die erstaunliche Informiertheit der Juden über den Gang der Ereignisse an der Front verdächtig erscheinen. Die >Pantoffelpost< funktionierte bisweilen schneller und präziser als alle Stabstelefone ... Im nahe dem Hauptquartier gelegenen jüdischen Schtetl Baranowitschi wurden die Frontereignisse mitunter schneller bekannt als der Oberbefehlshaber und sein Stabschef davon etwas erfuhren. « (Lemke weist auf die jüdische Herkunft Schawelskijs selbst hin.)

Der Moskauer Rabbiner Mase reiste ins Hauptquartier, um Schawelskij davon zu überzeugen, »dass die Juden wie alle anderen sind: Es gibt... mutige und tapfere, und es gibt auch Feiglinge; es gibt solche, die treu zu ihrer Heimat stehen, und es gibt Lumpen und Verräter. « Er führte Beispiele aus vorausgegangenen Kriegen an. »So schwer es mir fiel, doch ich musste ihm alles erzählen, was mir über das Verhalten der Juden während dieses Krieges bekannt war«, »keiner konnte den anderen überzeugen«.

Hier noch ein weiteres Zeugnis eines Zeitgenossen: Abraham Sisman, ein Ingenieur, der damals in der Evakuierungskommission Dienst tat,

meinte ein halbes Jahrhundert später: »Zu meiner Schande muss ich sagen, [dass die Juden nahe der deutschen Front] sich überaus unlauter verhielten, indem sie der deutschen Armee halfen, wo sie nur konnten. «

Es gab auch Beschuldigungen rein wirtschaftlicher Art gegen jüdische Lieferanten. Lemke notierte sich damals auch einen Befehl, der im Hauptquartier bereits vom Zaren unterzeichnet worden war, und zwar am Tag seiner Übernahme des Oberbefehls (er war also folglich noch vom Stab Januschkewitschs vorbereitet worden). Darin heißt es, die jüdischen Lieferanten trieben Missbrauch mit den Lieferungen von Verbandsmaterial, Pferden und Getreide für die Armee: Sie erhielten von den Militärbehörden Bescheinigungen, »dass sie mit dem Ankauf für den Bedarf der Armee beauftragt sind,... doch ohne Angabe der zu kaufenden Mengen noch des Gebiets«, wo die Ankäufe zu tätigen waren. Daraufhin »ließen die Juden davon in verschiedenen Städten eine erhebliche Anzahl notariell beglaubigter Abschriften anfertigen, die sie an ihre Spießgesellen verteilen«, und auf diese Weise wurde es ihnen möglich, in jedem beliebigen Gebiet des Reiches anzukaufen. »Dank des jüdischen Zusammenhalts und ihrer erheblichen Geldmittel haben sie sich große Gebiete für den Ankauf vor allem von Pferden und Getreide erobert« und trieben damit künstlich die Preise in die Höhe und erschwerten die Arbeit der regierungsamtlichen Aufkäufer.

Indes können auch all diese Fälle die Maßnahmen Januschkewitschs und des Hauptquartiers nicht rechtfertigen. Das russische Oberkommando machte sich ohne genaue Untersuchungen daran, kopflos und massenhaft die Juden auszusiedeln.

Von besonderer Art war der Umgang mit den galizischen Juden, also Einwohnern Österreich-Ungarns. »Von Beginn des Ersten Weltkrieges an flüchteten Zehntausende von Juden aus Galizien nach Ungarn, Böhmen und Wien. Die in Galizien verbliebenen Juden litten schwer während der russischen Okkupation des Gebietes. « »Misshandlungen von Juden, Verprügelungen und sogar Pogrome, besonders häufig durch Kosakenverbände, wurden in Galizien zu einer alltäglichen Erscheinung. « Vater Schawelskij schreibt: »In Galizien wurde der Hass auf die Juden noch zusätzlich durch jene Unterdrückungen angeheizt, denen in der österreichischen Zeit die örtliche russische [d. h. ukrainische und russische] Bevölkerung seitens jüdischer Herrschaften ausgesetzt waren« (diese Bevölkerung schloss sich nun der kosakischen Gesetzlosigkeit an).

»Im Gouvernement Kowno wurde die Aussiedlung vollständig durchgeführt: von hier wurden kranke und verwundete Soldaten und die Familien von Frontkämpfern ab transportiert. « Es kam auch vor, dass »Geiseln genommen wurden, angeblich als Sicherheit gegen Spionage«; solche Fälle »wurden zu einer alltäglichen Erscheinung«.

Die damalige Aussiedlung der Juden ist besonders vielsagend vor dem Hintergrund, dass 1915 nicht wie 1941 massenhaft die gesamte Stadtbevölkerung evakuiert wurde. Die Armee zog ab, während die Zivilbevölkerung an ihren Orten verblieb, niemand wurde verjagt - nur eben die Juden, einzig die Juden wurden verjagt, manchmal in großen Verbänden und überaus kurzfristig. Zu dieser Erniedrigung kam dabei auch noch der faktische Ruin, der Verlust des Obdachs, des Eigentums. War das nicht tatsächlich eine weitere Art eines gigantischen Pogroms, der diesmal auch wirklich von der Obrigkeit und nicht vom Mob durchgeführt wurde? Wie könnte man den jüdischen Kummer nicht begreifen?

Bei alledem folgten die Anordnungen Januschkewitschs und ihre Ausführungen durch die ihm unterstellten Befehlshaber keinerlei durchdachtem und voraussagbarem System. Sie waren unkoordiniert, hektisch und widersprüchlich und führten dadurch zu einem noch schlimmeren Durcheinander. Diese Anordnungen wurden in keinerlei zusammenhängender Chronologie oder Aufstellung festgehalten. Es gab zu ihnen vereinzelte Kommentare in der Presse jener Jahre, und in I. W. Gessens »Archiv der Russischen Revolution« ist eine Zusammenstellung von Dokumenten veröffentlich, wenn auch eine völlig zufällige, unsystematische, die wie auch bei Lemke aus selbst angefertigten Abschriften von Dokumenten besteht. Aber auch diese wenigen Daten machen es gleichwohl möglich, sich über das Geschehene ein Urteil zu bilden.

In den einen Anordnungen heißt es: Die Juden seien aus dem Gebiet der Kampfhandlungen »auf die Seite des Gegners« auszusiedeln (sollte das heißen zu den Österreichern, über die Front hinweg?), und die galizischen Juden zurück nach Galizien. In anderen: In unser Hinterland umsiedeln, und zwar manchmal in das nahe gelegene, manchmal auf die linke Seite des Dnjepr, manchmal gar »bis über die Wolga«. Hieß es einmal: entlang der Front »einen fünf Werst breiten Streifen von Juden frei machen«, so war es anderswo ein Streifen von 50 Werst Breite. Wurde hier für die Ausreise eine Frist von fünfTagen gestellt und die Mitnahme des Eigentums gestattet, so waren es andernorts nur 24 Stunden, und das offenbar ohne

Mitnahme des Eigentums, und wer sich nicht evakuieren lassen wollte, wurde mit Gefangenentransporten ausgesiedelt. Mal hieß es: Es wird nicht ausgesiedelt, sondern beim Rückzug unserer Truppen werden unter angesehenen Juden Geiseln genommen, bevorzugt Rabbiner, für den Fall, dass Juden den Deutschen gegenüber Angaben über zurückgebliebene Russen und mit Russland sympathisierende Polen machen und diese durch die Deutschen hingerichtet werden sollten, denn dann würden auch die Geiseln hingerichtet werden. (Eine völlig realitätsferne Denkweise: Wie wollte man denn an Informationen aus den von den Deutschen besetzten Gebieten kommen, wie sie überprüfen?) Oder aber: Geiseln werden nicht genommen, sondern nur Personen in der örtlichen jüdischen Bevölkerung auf unserem Territorium bestimmt, welche die Verantwortung tragen, dass es keine jüdische Spionage oder Hinweise an den Feind gebe. Mal hieß es: Die Anwesenheit von Juden selbst beim Ausheben von Schützengräben in unserem Hinterland sei zu unterbinden (damit sie nicht durch die Ihren Informationen über deren Lage an die Österreicher weitergäben - rumänische Juden kamen leicht über die Grenze); oder im Gegenteil: Jüdische Zivilisten seien gerade zum Bau von Schützengräben einzusetzen. Mal wurde (durch den Kommandeur des Kasaner Militärbezirks, den als selbstherrlichen Dickkopf bekannten General Sandezkij) angeordnet, dass alle Soldaten jüdischen Glaubensbekenntnisses umgehend in Marschtruppen an die Front zu schicken seien, dann wiederum verlautete Unzufriedenheit über die Auffüllung von Kampfeinheiten durch Juden und deren »Untauglichkeit als Kampfmaterial«.

Es entsteht der Eindruck, dass Januschkewitsch und das Hauptquartier in ihrer antijüdischen Kampagne allmählich den Kopf verloren: Was wollten sie denn eigentlich? Gerade in den Wochen der intensivsten Kämpfe, in denen die russischen Truppen nach ihren Rückzügen ohne Munition bald zusammenbrachen, wurde an die Kommandierenden ein systematischer »Fragebogen« (wie er nur für das Leben im Hinterland geeignet ist) versandt, durch den Daten zur Analyse der »moralischen, kämpferischen und physischen Eigenschaften jüdischer Soldaten« und über ihre Beziehungen zur örtlichen jüdischen Bevölkerung erhoben werden sollten. In der Theorie wurde für die Zeit nach dem Krieg ein Projekt für einen möglichen Ausschluss der Juden aus dem Militärdienst vorbereitet.

Die genauen Zahlen der Ausgesiedelten kennen wir nicht. Im »Buch über das russische Judentum« lesen wir, dass im April 1915 aus dem Gouvernement Kurland 40.000 und im Mai aus dem Gouvernement Kowno 120.000 Juden ausgesiedelt wurden. Dasselbe Werk nennt an anderer Stelle eine summarische Ziffer über die ganze Zeit und einschließlich der jüdischen Flüchtlinge in Höhe von 250.000, wobei auf alle Aussiedlungen zusammengenommen schwerlich mehr als die Hälfte davon entfällt. Nach der Revolution war in der Zeitung »Nowoje Wremja« zu lesen, dass infolge der Evakuierungen aller Einwohner Galiziens nun 25.000 von ihnen über ganz Russland verteilt seien, von denen etwa 1.000 Juden seien. (Das sind schon unglaubwürdig geringe Zahlen.)

Am 10. oder 11. Mai 1915 wurde der Befehl erteilt, die Aussiedlungen einzustellen, was auch geschah. Jabotinsky bezeichnete diese Aussiedlungen von Juden aus dem frontnahen Gebiet im Jahre 1915 rückschauend als »Katastrophe, die wohl beispiellos ist seit den Zeiten Ferdinands und Isabellas«, dem spanischen Königspaar des 15. Jahrhunderts. Ist es aber andererseits nicht ein Fingerzeig der Geschichte,‘'dass diese massenhafte Aussiedlung - sowohl sie selbst als auch die empörte Reaktion darauf - einen realen Beitrag zur ersehnten Abschaffung des Ansiedlungsrayons leistete?

Damals meinte Leonid Andrejew dazu: »Unsere viel zitierte ›Barbarei‹, derer wir bezichtigt werden ... , gründet zur Gänze und ausschließlich auf unserer jüdischen Frage und deren blutigen Exzessen. «

Die Aussiedlungen der Juden riefen ein weltweites Echo hervor. Die Petersburger jüdischen Anwälte verbreiteten während des Krieges in Europa Informationen über die Lage der Juden, »besonders unermüdlich betätigte sich Alexander Issajewitsch Braudo«. A. G. Schljapnikow erzählt, dass er auch von Gorkij Dokumente über die Judenverfolgung in Russland erhalten und nach Amerika mitgenommen hätte. Derartige Berichte fanden in Europa und in den Vereinigten Staaten schnell starke Beachtung und lösten dort eine hohe Welle der Empörung aus.

Wenn »die besten Vertreter der jüdischen Gesellschaft und Intelligenzija« befürchteten, dass »ein Sieg Deutschlands ... nur einer Verstärkung des Antisemitismus dienen würde ... und allein deshalb keine Rede sein konnte von Sympathien für die Deutschen und Hoffnungen auf ihren Sieg«, so hören wir von einem russischen Kriegsagenten im Dezember 1915 aus Dänemark, dass zum Erfolg der antirussischen Propaganda »auch die Juden beitragen, die offen verkünden, sie wünschten keinen russischen Sieg und in der Folge die versprochene Autonomie Polens, da sie wissen, dass Polen energische Maßnahmen zur Vertreibung der Juden aus seinem Territorium ergreifen wird«. Zu furchten war demnach der polnische Antisemitismus und nicht der deutsche: In einem unabhängigen Polen würde die Juden vielleicht ein noch schlechteres Los als in Russland erwarten.

Für die Regierungen Englands und Frankreichs war es unangenehm, das Verhalten ihres Verbündeten laut zu verurteilen. Zur gleichen Zeit traten allerdings die Vereinigten Staaten verstärkt auf die Weltbühne. Im damals noch neutralen Amerika waren 1915 »die Sympathien geteilt, und ... der Teil der Juden, der ehedem aus Deutschland eingewandert war, zeigte wenn nicht aktive, so doch innere Sympathien zu den Deutschen«. Darin wurden sie auch durch die Haltung der jüdischen Einwanderer aus Russland und Galizien bestärkt, die sich, wie der Sozialist Siw bezeugt, eine Niederlage Russlands im Krieg wünschten (wie hätte es auch anders sein sollen), sowie ebenfalls durch die Stimmung unter den russisch-jüdischen »Berufsrevolutionären«, die sich in den Staaten niedergelassen hatten. Dies mengte sich zu den in den USA schon bestehenden antirussischen Stimmungen - erst 1911 war die dramatische Auflösung des 80-jährigen amerikanisch-russischen Handelsvertrags erfolgt. Die amerikanische Öffentlichkeit sah im offiziellen Russland ein »verderbtes, reaktionäres und unkultiviertes« Land.

Das wirkte sich rasch und schwer auf das Krieg führende Russland aus. Schon im August 1915 lesen wir in den Notizen Miljukows über die Versammlungen des Progressiven Blocks: »Die Amerikaner machen zur Bedingung [für Hilfe an Russland], dass amerikanische Juden frei [nach Russland] einreisen können«, - wieder der Konflikt mit Th. Roosevelt aus dem Jahr 1911. Als Anfang 1916 eine russische Parlamentsdelegation nach London und Paris reiste, um dort um Finanzhilfen zu bitten, bekam sie eine harsche Absage. Ausführlich dargestellt ist das im Bericht Schingarjows vom 20. Juni 1916 vor der Marinekommission der Staatsduma nach der Rückkehr der Delegation. Der englische Lord Rothschild hatte geantwortet: »Ihr schadet unserer Kreditwürdigkeit in Amerika. « Der französische Baron Rothschild hatte gesagt: »In Amerika lebt eine große Anzahl einflussreicher jüdischer Persönlichkeiten, und dort ist eine feindliche Haltung zu euch entstanden. « (Später »äußerte sich Rothschild noch schärfer«, was

Schingarjow nicht ins Protokoll aufzunehmen bat.) Dieser finanzielle Druck Amerikas, so schließt der Berichterstatter, stellte eine

Fortsetzung der Aufkündigung des Handelsvertrags 1911 dar (zu dem noch die jüngsten Massenaussiedlugen der Juden gekommen waren). Jacob Schiff, der sich 1905 so scharf gegen Russland geäußert hatte, sollte nun zu dem nach Amerika entsandten französischen Parlamentarier Bache gesagt haben: »Wir geben England und Frankreich Kredit, wenn wir Gewissheit bekommen, dass Russland etwas in der jüdischen Frage unternehmen wird, sonst nehmt ihr das Geld für Russland auf, und wir möchten Russland nichts geben. « Miljukow erzählte von der Tribüne der Duma herab von den Protesten der »vielen Millionen Juden« in den USA, die »bei der amerikanischen öffentlichen Meinung ... breiten Widerhall [finden]. Ich halte hier eine ganze Reihe von Belegen aus amerikanischen Zeitungen in den Händen ... Ich verfuge über Beschreibungen von Zusammenkünffen, die in Hysterie und Tränen geendet haben, wenn von der Lage der Juden in Russland die Rede war. Ich habe die Kopie eines Dekrets des amerikanischen Präsidenten Wilson, in dem für ganz Amerika ein Judentag angeordnet wird, an dem Hilfen für jüdische Opfer gesammelt werden sollen. « »Wenn man zu amerikanischen Bankiers kommt, um Geld zu leihen, so sagen sie: Erlauben Sie, wie sollten wir euch Geld geben? Wir werden es England und Frankreich geben, aber nur unter der Voraussetzung, dass dieses Geld nicht nach Russland geht... Der bekannte Kopf der New Yorker Finanzwelt, der Bankier Jacob Schiff, lehnt es entschieden ab, Anleihen welcher Art auch immer zu gewähren ... «

Die englischsprachige »Jüdische Enzyklopädie« bestätigt, dass Schiff, der »unter Einsatz all seines Einflusses Anleihen an Russland von anderen Finanzhäusern hintertrieben hatte, ... diese Politik während des Ersten Weltkriegs fortsetzte« und Druck auf andere Bankhäuser ausübte, damit sie Russland ebenfalls nichts gaben.

Die ganze innerrussische und weltweite Aufregung über die Aussiedlungen musste der russische Ministerrat ausbaden, den das Hauptquartier bei seinen Unternehmungen nicht fragte und dessen Protesten es keine Aufmerksamkeit schenkte. Auszüge aus den leidenschaftlichen Debatten hierüber im Ministerrat habe ich an anderem Ort schon angeführt. Hier noch etwas daraus: Kriwosche'in trat für eine vorübergehende Öffnung aller Städte für jüdische Besiedlung ein: »Ein Zugeständnis an die Juden wird nicht nur aus politischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht vorteilhaft sein ... Bislang erinnerte unsere Politik in diesem Bereich an jenenGeizhals, der auf seinem Golde schläft, ohne aus ihm irgendwelchen Nutzen zu ziehen oder dies anderen zu erlauben. « Dagegen protestierte jedoch Minister Ruchlow: Das vorgeschlagene Recht für die Juden, frei in ganz Russland zu siedeln, »stellt einen grundsätzlichen und unwiderruflichen Bruch in der historisch gewachsenen Gesetzgebung dar, die dem Ziel verpflichtet war, den russischen Besitz vor jüdischem Zugriff und das russische Volk vor dem zersetzenden Einfluss jüdischer Nachbarschaft zu schützen ... Sie geben vor, die Zugeständnisse würden nur für die Zeit des Krieges gewährt... , doch eine solche Einschränkung ist nichts anderes als ein Feigenblatt«, nach dem Krieg »wird gewiss keine Obrigkeit da sein«, welche »die Juden wieder zurück in den Ansiedlungsrayon treiben würde ... Die Russen sterben in den Schützengräben und die Juden werden sich derweil im Herzen Russlands einrichten und aus dem Elend des Volkes und dem allgemeinen Niedergang ihren Profit ziehen. Wie wird das die Armee sehen und das ganze russische Volk?« Und ein weiteres Mal auf der nächsten Sitzung: »Die russischen Menschen an der Front wie auch im Hinterland

ertragen unwahrscheinliche Entbehrungen und Leiden, und die jüdischen Bankiers erkaufen für ihre Volksbrüder das Recht, sich das Unglück Russlands für weitere Ausbeutung des ausgebluteten russischen Volkes zunutze zu machen. «

Doch die Minister kamen überein, dass keine andere Wahl blieb. Die Maßnahme musste »in außerordentlich rascher Form durchgeführt« werden - »im Interesse der Deckung des Finanzbedarfs des Krieges«. Alle außer Ruchlow Unterzeichneten das Rundschreiben, in dem es hieß: Den Juden ist die freie Ansiedlung (einschließlich des Rechts auf Erwerb von Immobilieneigentum) überall im Reich mit Ausnahme der Hauptstädte, ländlicher Ortschaften, den Kosakengebieten und der Region um Jalta zu ermöglichen. Im Herbst 1915 wurde der für Juden obligatorische jährlich zu erneuernde Pass abgeschafft und der Erwerb eines unbefristeten Passes erlaubt. (Darauf folgten eine teilweise Öffnung der Bildungseinrichtungen ohne Numerus clausus und die Erlaubnis, gemäß einer Quote als beeidigter Anwalt zu arbeiten.) In der Gesellschaft verstummten jedwede Einwände unter dem Druck der Kriegsereignisse.

So hörte der über eineinviertel Jahrhunderte bestehende jüdische Ansiedlungsrayon für immer auf zu existieren. Dabei, so konstatiert Sliosberg, »ging diese Maßnahme, die ihrem Gehalt nach so wichtig war ... und die Aufhebung des Ansiedlungsrayons bedeutete, nach der die russischen Juden und russische liberale Kreise jahrzehntelang vergeblich gestrebt hatten, unbemerkt vor sich«. Unbemerkt wegen des allgemeinen Tobens des Krieges. Ströme von Flüchtlingen und Umsiedlern überschwemmten Russland.

Das von der Regierung geschaffene Großfürstin-Tatjana-Komitee für Flüchtlingsfragen stellte Geldmittel auch für die Unterbringung jüdischer Umsiedler zur Verfügung. Bis zur Februarrevolution »setzte der Flüchtlingsrat seine Tätigkeit fort und stellte erhebliche Summen für die nationalen Komitees zur Verfügung«, darunter auch das jüdische. Es versteht sich von selbst, dass auch Gelder von den zahlreichen jüdischen Organisationen flössen, die energisch und kundig Hilfe leisteten. So die seit 1880 (auch in den Städten außerhalb des Ansiedlungsrayons) bestehende gut organisierte Gesellschaft für Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden. Diese Organisation kooperierte mit dem World Jewish Relief Committee und »Joint« (»Komitee für die Verteilung von Hilfsgütern an jüdische Kriegsopfer«). Sie alle halfen der jüdischen Bevölkerung Russlands in vieler Hinsicht. »>Joint< erwies Hunderttausenden von Juden aus Russland und Österreich-Ungarn Hilfen. « Die Gesellschaft für Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden unterstützte Juden sowohl bei der Emigration als auch in der Landwirtschaft in Polen, da »während des Krieges die im Schtetl lebenden Juden - nicht ohne Druck seitens der deutschen Besatzer - genötigt waren, sich der Landwirtschaft zu widmen«. Auch die 1912 gegründete Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden ist hier zu nennen. Sie hatte sich nicht nur unmittelbare Heilbehandlungen von Juden zu ihrer Aufgabe gemacht, sondern auch die Einrichtung von Sanatorien und Ambulanzen für Juden und durch Förderung der allgemeinen Hygiene die Senkung der Krankheitsrate und den »Kampf gegen den physischen Verfall der jüdischen Bevölkerung« (eine vergleichbare Organisation hatte es in Russland noch nie gegeben). Jetzt, ab 1915, richtete sie für die jüdischen Umsiedler auf ihrem Weg und an den Zielorten Versorgungsstützpunkte, mobile medizinische Einheiten, Hospitäler, Ambulanzen, Unterkünfte und Mütterberatungen ein. 1915 wurde auch das Jüdische Komitee für Kriegsopferhilfe gebildet, das ebenfalls Hilfen vom Großfürstin- Tatjana-Komitee, vom durch die Staatskasse finanziell großzügig ausgestatteten Landständeverband und Städtebund (die

zusammen das »Semgor« bildeten) und aus Amerika erhielt. Dieses Komitee bildete ein verzweigtes Netz von Bevollmächtigten, welche die jüdischen Flüchtlinge unterwegs und an ihrem Ziel betreuten: mobile Küchen und Verpflegungsprogramme, Versorgung mit Kleidung und Beschäftigung (eine Arbeitsvermittlung und technische Kurse), ein Netz von Einrichtungen für Kinder und Schulen. Eine großartige Organisation! Erinnern wir nur daran, dass rund 250.000 Flüchtlinge und Umsiedler versorgt wurden; im August 1916 gab es über 215.000 registrierte Flüchtlinge. In Übereinkunft mit der Gruppe des Jüdischen Volkes, der Jüdischen Volkspartei, der Jüdischen Demokratischen Gruppe und den Zionisten wurde bei den jüdischen Abgeordneten in der vierten Staatsduma das »Politische Büro« geschaffen, das während des Krieges »umfangreiche Aktivitäten« entfaltete.

Abgesehen von allen Bedrängnissen »gab der Krieg der jüdischen Eigeninitiative einen mächtigen Schub und impfte den Selbsthilfeaktionen Energie ein«. In diesen Jahren »kamen gewaltige schlummernde Kräfte zum Vorschein, die im jüdischen nationalen Kollektiv Russlands gereift waren, ... starke Reserven an gesellschaftlicher Initiative auf den verschiedensten Gebieten«. Neben den Mitteln von den Hilfskomitees erhielt das Jüdische Komitee für Kriegsopferhilfe Gelder in Millionenhöhe von der Regierung. Der Außerordentliche Flüchtlingsrat »lehnte nicht ein einziges Mal unsere Anträge [auf erbetene Mittel] ab«, in anderthalb Jahren 25 Millionen Rubel - erheblich mehr als die jüdischen Sammlungen erbrachten (die Regierung kam für die unsinnige Handlungsweise des Hauptquartiers auf), und die in der Folge aus dem Westen eingehenden Beträge konnte das Komitee für die Zukunft aufbewahren.

So modifizierte der Krieg durch die Flüchtlingsströme, die Aussiedlungen, aber auch durch nicht wenige freiwillige Umsiedlungen in erheblichem Maße die Siedlungsstruktur der Juden in Russland. Es bildeten sich große jüdische Kolonien in Städten des entfernten Hinterlandes, besonders in Nishnij Nowgorod, Woronesh, Pensa, Samara, Saratow und ebenso in den Hauptstädten. Obwohl die Aufhebung der Siedlungsbeschränkungen nicht für die Hauptstädte gegolten hatte, standen sie den Juden nun praktisch offen. Man zog oft zu Verwandten oder Gönnern, die schon lange an den neuen Orten ansässig waren. In einem Erinnerungsband lesen wir von dem Petersburger Zahnarzt Flakke: eine Wohnung mit zehn Zimmern, Lakai, Zimmermädchen, Koch - derart solide jüdische Bürger gab es nicht wenige, und in den Kriegsjahren, bei der äußersten Wohnraumknappheit in Petrograd, eröffneten sie zuziehenden Juden die Möglichkeit sich niederzulassen. In jenen Jahren kam es zu einer Vielzahl individueller Übersiedlungen von Familien und Familienverbänden, die nicht dokumentiert wurden und nur bisweilen in privaten Erinnerungen zutage kommen, so wie die Verwandten David Asbels: »Tante Ida ... verließ das ruhige und verschlafene Tschernigow zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Sie übersiedelte nach Moskau. « Manche erlangten auch recht einflussreiche Posten, zum Beispiel der Schreiber Posnanskij, der in der Petrograder Kommission für Kriegszensur »alle geheimen Angelegenheiten« unter sich hatte.

Aus dem Hauptquartier ergoss sich eine Woge von Anordnungen, die teils ausgeführt, teils missachtet wurden: alle Juden in der Armee aus Positionen außerhalb der Kampftruppen entfernen, besonders aus den Positionen der Schreiber, Brotbäcker, Sanitäter, Telefonisten und Telegrafisten. Oder: »Zur Unterbindung von Anti-Regierungspropaganda, wie sie jüdische Ärzte und Sanitäter dem Vernehmen nach führen, ist es angebracht, sie nicht in Sanitätszügen und Hospitälern einzusetzen, sondern >an solchen Orten, wo die Bedingungen wenig günstig für

diese Propaganda sind, wie beispielsweise an der Frontlinie bei der Bergung von Verletzten von den Schlachtfeldern<. « Ferner wurde angeordnet, sie aus den Belegschaften des Landständeverbandes, des Städtebundes, des Roten Kreuzes und der »Nordhilfe« zu jagen, wo sich Juden gehäuft ansammelten, um dem eigentlichen Kriegsdienst zu entgehen (wie auch, das sei bemerkt, Zehntausende Russen ebenfalls dorthin auswichen) und ihre bequemen Aufgaben zu zersetzender Propaganda in der Armee nutzten (wie auch jeder Liberale, Radikale oder Sozialist, der auf sich hielt, genau dasselbe betrieb) und besonders über die »Unfähigkeit des Oberkommandos« agitierten (wobei sie in vieler Hinsicht die Wahrheit sagten) , Andere Rundschreiben handelten von der Gefahr, die darin lag, Juden auf Posten zu belassen, wo sie mit sensiblen Informationen in Berührung kamen: In den Einrichtungen des Landständeverbandes an der Westfront befanden sich im April 1916 »alle wichtigen Bereiche der Kanzleiarbeit (darunter auch der geheime Teil) in den Händen von Juden«, und es wurden Juden benannt, die als Leiter der Registratur und Ablage von Dokumenten und der Informationsabteilung »aus dienstlichen Gründen freien Zugang zu verschiedenen militärischen und regionalen Behörden des Hinterlandes haben«.

Gleichwohl gibt es keine Belege dafür, dass die Drohgebärden des Hauptquartiers über die Vertreibung der Juden aus den Behörden des »Semgors« in nennenswertem Umfange umgesetzt worden wären. Der gut unterrichtete Lemke bezeugt, dass »die Anordnungen der Militärobrigkeit über die Entfernung der Juden« dort »mit Unverständnis« entgegengenommen wurden. Das »Semgor« erließ eine Anordnung, nach der »allen Personen jüdischen Glaubensbekenntnisses, die auf Anordnung der Obrigkeit aus Institutionen [des Semgors] entlassen worden sind, zweimonatiger Urlaub bei Fortzahlung der Gehälter und Spesen« und mit Anspruch auf bevorzugte Zuweisung von Stellen in den Einrichtungen des »Semgor« im Hinterland gewährt wird. (Bei der führenden russischen Presse war der »Semgor« ein wohl gehegter Liebling. Beispielsweise lehnte es die Presse einhellig ab, folgende Daten über die Finanzquellen des »Semgor«-Bundes zu veröffentlichen: Nach 25 Monaten Krieg hatte der »Semgor« zum 1. September 1916 von der Regierung 464 Mio. Rubel erhalten (sowie die gesamte Ausstattung aus Armeebeständen) und nur neun Millionen von den Landständeverbänden, den Städten und der Allgemeinheit. Sie lehnte ab, weil so das Erscheinungsbild der Aktivitäten des wohltätig-rettenden »Semgor«-Bundes als Gegengewicht zur talentlosen, dummen, armseligen Regierung hinfällig geworden wäre.)

Bei den wirtschaftlichen und geografischen Gegebenheiten verwundert es nicht, dass unter den Armeelieferanten so viele Juden waren. Eine zornige schriftliche Beschwerde (die von »orthodoxen russischen Kreisen der Stadt Kiew ... in Ausübung ihrer patriotischen Pflicht« vorgebracht worden war) lenkt den Blick auf Solomon Frankfurt: Er hatte eine hohe Position inne als »Bevollmächtigter des Landwirtschaftsministeriums für die Versorgung der Armee mit Schmalz« (wegen seiner chaotischen Requisitionen gab es übrigens auch Beschwerden in der Staatsduma). Ebenfalls in Kiew ging ein »Agronom der Kiewer Kreisverwaltung«, Selman Kopel, zu-fällig dadurch in die Geschichte ein, dass es durch seine übermäßigen Requisitionen im ganzen Bezirk von Borodjanskoje zu Weihnachten 1916 kein Gramm Zucker mehr gab (hierüber gab es auch eine Beschwerde über die Kreisverwaltung selbst).

Im November 1916 zählte in der Staatsduma der Abgeordnete N. Markow erregt »die Marodeure des Hinterlandes und die Plünderer« der Staatskasse und der Staatsverteidigung auf und hob entsprechend seiner bekannten Parteilichkeit die Juden besonders hervor, so in Kiew

den städtischen Beamten Scheftel, der in den Lagern über 150.000 Pud der städtischen Mehlvorräte, Fisch und andere Lebensmittel zurückhielt und verderben ließ, während zur gleichen Zeit »die Freunde dieser Herren zu wahnsinnigen Preisen nicht städtischen sondern privaten Fisch verkauften«; das Mitglied der Staatsduma W. Ja. Demtschenko aus Kiew, der »eine Masse von Juden, reichen Juden« (er nennt ihre Namen) gedeckt hatte, um ihnen die »Freistellung vom Kriegsdienst« zu ermöglichen; oder in Saratow den »Ingenieur Lewi«, der »durch den Kommissionär Frenkel« zu überhöhten Preisen Waren für das Militärisch-Industrielle Komitee lieferte. Es sei aber angemerkt, dass es auch Gutschkows Militärisch-Industrielle Komitees mit der Staatskasse nicht anders hielten, aber woher denn ...

In einem Bericht der Petrograder Geheimpolizei vom Oktober 1916 lesen wir: »In Petrograd läuft der gesamte Handel ohne Ausnahme über Juden, die genau über die wahren Wünsche, Absichten und Stimmungen der Masse Bescheid wissen. « Der Bericht gibt auch die Meinung der Rechten wieder, wonach »jene Freiheit, die den Juden während des Krieges zugefallen war«, im Volk zunehmend Unzufriedenheit hervorruft, »freilich gibt es offiziell noch einige russische Firmen, doch hinter ihnen stehen faktisch genau dieselben Juden: Ohne einen jüdischen Mittelsmann kann man nichts kaufen und bestellen. « (In bolschewistischen Veröffentlichungen, etwa in dem Buch von Kajurow, der damals in Petrograd tätig war, versäumte man nicht, hinzuzulügen, dass im Mai 1915 beim Pogrom deutscher Firmen und Geschäfte in Moskau auch jüdische verwüstet worden seien. Das war nicht der Fall, ganz im Gegenteil: Im Augenblick des Pogroms gegen die Deutschen brachten Juden wegen der Ähnlichkeit der Familiennamen auf den Ladenschildern schützende Aushänge an: »Dies ist ein jüdisches Geschäft«, und die Pogromisten zogen an ihnen vorbei. Der jüdische Handel im russischen Hinterland nahm während der ganzen Kriegsjahre keinerlei Schaden.)

In den obersten Ebenen der Monarchie, in der ungesunden Umgebung Grigorij Rasputins, spielte eine kleine Gruppe überaus verdächtiger Personen eine bedeutende Rolle. Sie riefen nicht nur in rechten Kreisen Empörung hervor. Im Mai 1916 schrieb der französische Botschafter in Petrograd, Maurice Paleologue, in sein Tagebuch: »Ein Häuflein jüdischer Financiers und schmutziger Spekulanten, Rubinstein, Manus und andere, haben mit ihm [Rasputin] einen Bund geschlossen und lohnen ihm seine Unterstützung großzügig. Nach ihren Vorgaben schickt er Botschaften an die Minister, an die Banken und an verschiedene einflussreiche Personen. «

In der Tat: War früher Baron Ginzburg offen für die Juden eingetreten, so geschah dies nun im Umkreise Rasputins auf verdeckte Weise durch die förmlich an ihm klebenden Gauner. Das waren der Bankier D. L. Rubinstein (Direktor bei einer Kommerzbank in Petrograd, der sich aber auch einen Weg in die Umgebung des Zaren gebahnt hatte: Er verwaltete das Vermögen des Großfürsten Andrej Wladimirowitsch, gelangte durch Wyrubowa zu Rasputin, wurde später mit dem Wladimir-Orden ausgezeichnet und erhielt den Titel eines Wirklichen Staatsrats, war also mit »Eure Exzellenz« anzusprechen) und der Industrielle und Börsianer I. P. Manus (der Direktor der Petrograder Wagonbau-Fabrik und Verwaltungsratsmitglied bei den Putilow-Werken, bei zwei Banken und der Russischen Transportgesellschaft, ebenfalls im Range eines Wirklichen Staatsrates).

Rubinstein stellte Rasputin als ständigen »Sekretär« den halbgebildeten, aber überaus rührigen und geschickten Aron Simanowitsch, einen Brillantenhändler und reichen Juwelier,

zur Seite (was gab es da für ihn bloß an Sekretariatsarbeiten zu tun, bei diesem bettelarmen Rasputin?).

Dieser Simanowitsch (»der Juden bester« soll ihm der »Starez« ungelenk auf sein Porträt geschrieben haben) gab später in der Emigration ein aufschneiderisches Büchlein über seine Rolle in jenen Jahren heraus. Neben einigem Alltagsschmus und erflunkerten Episoden (hier lesen wir von nach dem Willen des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch »hingerichteten und getöteten Hunderttausenden Juden«), hinter all diesem leeren Gerede und der Prahlerei finden sich darin auch einige faktische, konkrete Dinge.

So die schon 1913 einsetzende »Strafsache der Zahnärzte«, die größtenteils Juden betraf: »Es war eine ganze Fabrik für zahnärztliche Diplome entstanden«, die Moskau überschwemmten, und mit denen sie hier das Wohnrecht erhielten und nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Diese falschen Dentisten - von denen es um die 300 (nach Simanowitsch 200) gab - wurden zu einjährigen Haftstrafen verurteilt, dann aber nach Fürsprache Rasputins begnadigt.

»Während des Krieges ... suchten Juden bei Rasputin um Schutz vor der Polizei oder der Militärobrigkeit an« und, so brüstete sich später Simanowitsch, an ihn »wandten sich sehr viele junge Juden mit der Bitte, sie von der Kriegsdienstpflicht freizustellen«, was es ihnen ermöglichte, auch in Kriegszeiten ein Studium aufzunehmen. »Häufig bestand überhaupt keine gesetzliche Möglichkeit«, aber Simanowitsch fand angeblich stets einen Weg. Rasputin »wurde zum Freund und Wohltäter der Juden und unterstützte widerspruchslos meine Bemühungen um eine Verbesserung ihrer Lage«.

Im Zusammenhang mit dem Kreis dieser neuen Favoriten kommt man nicht umhin, auch den berüchtigten Abenteurer Manasewitsch-Manujlow zu erwähnen. Er war zeitweise Beamter des Innenministeriums und der russischen Geheimpolizei in Paris, verkaufte im Ausland Geheimdokumente des Polizeidepartements, führte Geheimverhandlungen mit Gapon und versah später unter Premierminister Stürmer »besondere geheime Dienste<«.

Rubinstein trat ins öffentliche Leben, indem er die Zeitung »Nowoje Wremja« [»Neue Zeit«] (vgl. oben, Kapitel 8) aufkaufte, die vormals feindselig gegen die Juden eingestellt war. (Darin lag, scherzhaft gesprochen, eine historische Gerechtigkeit: Suworin hatte »Nowoje Wremja« 1876 mit dem Geld des Warschauer Bankiers Kroneberg gekauft, und in der ersten Zeit verhielt sie sich wohlwollend zu den Juden und beschäftigte auch eine Reihe jüdischer Autoren. Beim Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges machte die Zeitung jedoch eine Kehrtwende und »wechselte in das Lager der Reaktion«, und »in der jüdischen Frage kannten Hass und Unlauterkeit ... keine Grenze«.) 1915 hatten Premierminister Goremykinund Innenminister Chwostow d. J. die Bemühungen Rubinsteins um einen Kauf der »Nowoje Wremja« hintertrieben, der in der Folge aber dann doch zustande kam - kurz vor der Revolution übrigens, sodass er nicht mehr viel bewirkte. (Eine weitere rechte Zeitung, der »Grashdanin« [»Bürger«], wurde ebenfalls teilweise von Manus aufgekauft.)

Diese Gruppe wurde von S. Melgunow mit dem Spitznamen »>das Quintett<, das im >Vorzimmer< des Zaren seine Geschäfte machte«, belohnt, und zwar über Rasputin. Angesichts der Macht, über die Rasputin verfugte, war das keine Kleinigkeit: In größter Nähe zum Zaren und in Besitz gefährlichster Einflussmöglichkeiten auf den Gang aller russischen Angelegenheiten befanden sich zweifelhafte Figuren. Der englische Botschafter Buchanan nahm

an, dass Rubinstein in Verbindung mit dem deutschen Geheimdienst stand. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das letztlich so war.

Die intensive Entfaltung der deutschen Spionage in Russland und ihre Verbindungen zu Spekulanten im Hinterland veranlasste General Alexejew im Sommer 1916, an höchster Stelle um die Gewährung des Rechts anzusuchen, Untersuchungen nicht nur im unmittelbar dem Hauptquartier unterstellten Gebiet anzustellen. So entstand die »Untersuchungskommission General Batjuschins«. Ihr erstes Ziel wurde der Bankier Rubinstein, der »spekulativer Operationen mit deutschem Kapital«, finanzieller Operationen zugunsten des Feindes, der Abwertung des Rubels, der Mehrbezahlung an ausländische Kommissionäre bei Bestellungen durch die Versorgungsoffiziere und der Getreidespekulation an derWolga verdächtigt wurde. Rubinstein wurde auf Anordnung des Justizministers Makarow am 10. Juli 1916 unter dem Vorwurf des Hochverrats verhaftet.

Der eifrigste Fürsprecher Rubinsteins, dem 20 Jahre Straflager drohten, war die Zarin höchstpersönlich. Schon zwei Monate nach seiner Verhaftung bat Alexandra Fjodorowna den Zaren, er möge Rubinstein »still und leise nach Sibirien verschicken und nicht zum Ärgernis der Juden hier behalten«, »bitte sprich in der Angelegenheit Rubinstein« mit Protopopow. Nach zwei Wochen schickte auch Raspudn selbst dem Zaren ein Telegramm ins Hauptquartier, wonach auch Protopopow »darum bitte, dass ihn niemand störe«, auch der militärische Geheimdienst nicht... »Liebevoll plauderte er [Protopopow] über den Gefangenen, ganz christlich. « Nach weiteren drei Wochen wieder Alexandra Fjodorowna: »Zu Rubinstein: Er liegt im Sterben. Telegrafiere ... umgehend [an die Nordwestfront], ... man möge Rubinstein aus Pskow dem Innenminister überstellen«, also diesem liebevollen Christen Protopopow. Am nächsten Tag dann: »Ich hoffe, du hast wegen des im Sterben liegenden Rubinstein telegrafiert. « Und noch einen Tag später: »Hast du Anordnungen getroffen, dass Rubinstein dem Innenminister übergeben werde? Andernfalls wird er sterben, wenn er in Pskow bleibt - bitte, mein Lieber!«

Am 6. Dezember wurde Rubinstein freigelassen - zehn Tage vor der Ermordung Rasputins, im letzten Augenblick, als ein letzter Rasputinscher Dienst. Gleich nach dem Mord wurde auch der der Zarin verhasste Minister Makarow abgesetzt (und bald darauf von den Bolschewiken erschossen). Übrigens wurde das Ermittlungsverfahren nach der Entlassung Rubinsteins nicht sofort eingestellt, und er wurde erneut verhaftet. In der rettenden Februarrevolution wurde Rubinstein neben anderen dort schmachtenden Gefangenen von der Volksmenge aus dem Petrograder Gefängnis befreit und verließ das undankbare Russland, wie beizeiten auch Manasewitsch, Manus und Simanowitsch. (Rubinstein werden wir übrigens noch einmal begegnen.)

Diese ganze damalige Orgie der Plünderung von Staatseigentum im Hinterland erscheint uns Russen nach den 1990er-Jahren nur wie eine kleine Fingerübung ... Die Gemeinsamkeit liegt in einer selbstgefälligen und unfähigen Führung, der das Schicksal Russlands aus den Händen gleitet.

*

Auf der Grundlage des Verfahrens gegen Rubinstein veranlasste das Hauptquartier die Revision mehrerer Banken. Außerdem begann auch ein Ermittlungsverfahren gegen die Kiewer Zuckerfabrikanten Hepner, Zechanowskij, Babuschkin und Dobryj. Sie waren im Besitz von Genehmigungen für den Export von Zucker nach Persien und betrieben diesen in großem Umfang - allerdings ging nur wenig über die persischen Zollbehörden und auf den persischen Markt; der übrige Zucker »verschwand«. Es gab Hinweise darauf, dass er über die mit Deutschland verbündete Türkei transportiert wurde. Unterdessen verteuerte sich der Zucker im Südwesten, dem Zentrum der russischen Zuckerrübenproduktion, plötzlich stark. Das Verfahren gegen die Zuckerfabrikanten begann mit viel Aufsehen, dann brach die Batjuschin-Kommission die Ermittlungen ab und übergab sie an den Kiewer Untersuchungsrichter, der sie vorzeitig aus der Haft entließ. Später fanden sich dann Fürsprecher beim Zaren.

Nicht einmal die so wichtige Batjuschin-Kommission hatte man angemessen und qualifiziert zu besetzen vermocht. Über die stümperhaft geführten Ermittlungen im Fall Rubinstein schreibt der Senator Sawadskij. Auch der General im Hauptquartier, Lukomskij, erinnert sich, dass einer der führenden Juristen der Kommission, der zweifellos fähige Oberst Resanow, sich als Spieler und Freund guten Essens und großzügigen Trinkens herausstellte; ein anderer, Orlow, als wandelbarer Werwolf, der nach 1917 in der Petrograder Tscheka diente, dann bei den Weißgardisten, und der sich später in der Emigration provokativ benahm. Offenbar gehörten noch weitere zweifelhafte Personen dazu, manche waren auch Bestechungen nicht abgeneigt, erpressten von Inhaftierten Freikaufszahlungen. Durch eine Reihe von Taktlosigkeiten brachte die Kommission die Militärgerichtsbehörde in Petrograd und die höheren Beamten des Justizministeriums gegen sich auf.

Nicht nur das Hauptquartier befasste sich mit der Frage der Spekulanten gerade im Zusammenhang mit den Aktivitäten »der Juden überhaupt«. Am 9. Januar 1916 Unterzeichnete der kommissarische Direktor des Polizeidepartements, Kafafow, eine geheime Anordnung, die an alle Gouverneure, Stadthauptleute und die Gendarmerieverwaltungen der Gouvernements als Rundschreiben erging. Der »Nachrichtendienst« der Öffentlichkeit deckte dieses Geheimnis fast augenblicklich auf, und schon genau einen Monat später, am 10. Februar, schob Tschcheidse in der Staatsduma alle anberaumten und eiligen Tagesordnungspunkte beiseite und verlas dieses Dokument vom Rednerpult herab. Darin stand nicht nur, dass »die Juden ... revolutionäre Propaganda betreiben«, sondern auch, dass sie »neben verbrecherischer Agitation ... noch zu zwei weiteren Mitteln gegriffen haben, nämlich der künstlichen Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs und dem Abschöpfen des Kleingeldes aus dem Umlauf«, indem sie es aufkauften und so »versuchten, bei der Bevölkerung Misstrauen gegen das russische Geld zu schüren«, in dem Sinne, dass »die russische Regierung wohl Bankrott geht, wenn sie nicht einmal mehr Metall für Münzen hat«. Das Ziel all dessen war nach Einschätzung dieses Rundschreibens »die Aufhebung des jüdischen Ansiedlungsrayons, da sie den gegenwärtigen Augenblick als den günstigsten ansehen, ihre Ziele vermittels der Aufrechterhaltung der Unruhe im Land zu erreichen«. Die Polizeidirektion sah dabei keinerlei Maßnahmen vor und machte diese Mitteilungen nur »zur Kenntnisnahme«.

Darauf reagierte Miljukow so: »Bei den Juden wendet man die Rastoptschin-Methode an: Man führt sie der aufgebrachten Menge vor und spricht: Hier sind die Schuldigen, greift sie euch und verfahrt mit ihnen nach eurem Gutdünken. «In diesen Tagen umstellte die Polizei in Moskau die Börse in der Uijnka-Straße, überprüfte die Papiere der dort anwesenden

Geschäftsleute und fand 70 Juden ohne Wohnrecht in Moskau vor. Eine vergleichbare Razzia erfolgte auch in Odessa. Auch dies kam in der Duma zur Sprache, und die entstandene Aufregung brachte das in Gang, was noch ein Jahr zuvor der Ministerrat befürchtet hatte: »Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre es sträflich, in der Staatsduma Debatten über die jüdische Frage aufkommen zu lassen, denn diese können gefährliche Formen annehmen und zum Anlass für eine Verschärfung der nationalen Zwietracht werden. « Die Debatten kamen aber auf und setzten sich über einige Monate fort.

So kraftvoll und leidenschaftlich, wie nur er es konnte, sprach Schingarjow über das Rundschreiben des Polizeidepartements und vermittelte den Hörern die ganze Empörung seines Herzens: »Keine Niedertracht und keine Gemeinheit hat der Staat, dieser christliche Staat, bei seinen Misshandlungen der Juden ausgelassen ... Eine ganze Volksgruppe wird in Bausch und Bogen verleumdet... Eine Gesundung des russischen Lebens ist nur dann möglich, ... wenn dieser Spreißel gezogen, dieser Entzündungsherd des staatlichen Lebens beseitigt ist, diese Hetzjagd auf Nationalitäten ... Es ist bitter, so eine russische Führung zu haben, man schämt sich für den russischen Staat. « Die russische Armee stehe in Galizien ohne Munition - »haben das vielleicht die Juden gemacht«? »Die Teuerung ist Folge einer Unmenge komplizierter Ursachen ... Warum ist in dem Rundschreiben nur von den Juden die Rede, warum steht da nichts von Russen und anderen?« Wo doch die Teuerung allerorten stattfinde. Das Gleiche gelte für das Verschwinden des Kleingeldes. »Und all das steht im Rundschreiben der Polizeidirektion!«?

Dem ist nichts entgegenzusetzen.

Leicht ist ein solches Rundschreiben in den Tiefen von Kanzleien zu verfassen, doch wie heikel ist es, vor das erzürnte Parlament zu treten. Aber es gab kein Entrinnen, auch der Autor des Rundschreibens, Kafafow, wurde auf die Tribüne der Duma gezerrt: Mit dem Rundschreiben seien ja keine Handlungsanweisungen einhergegangen, es sei ja nicht an die breite Bevölkerung, sondern an die örtlichen Behörden gerichtet gewesen, zur Kenntnisnahme doch nur und nicht zur Einleitung von Maßnahmen. Leidenschaften erregte es erst, nachdem es von »feigen« Angestellten verkauft und von dieser Tribüne herab verlesen worden war. Warum, so klagte Kafafow, würden hier denn nicht auch andere geheime Rundschreiben verlesen, die der Öffentlichkeit wahrscheinlich auch bekannt geworden sind? Im Mai 1915 habe er beispielsweise auch dieses Rundschreiben unterzeichnet: »In gewissen Teilen der Bevölkerung des Reiches entzündet sich gegenwärtig ein äußerster Zorn gegen die Juden«, und das Departement »bittet, mit allerentschiedensten Maßnahmen jedwede Auftritte in dieser Richtung zu unterbinden«, wie auch Gewalttaten der Bevölkerung gegen Juden, und »mit allerentschiedensten Maßnahmen die mancherorts einsetzende Agitation im Keim zu ersticken, um zu verhindern, dass sie sich zu Pogromen auswachse«. Oder hier, ebenfalls vor einem Monat, Anfang Februar, die Anordnung nach Poltawa: Die Aufklärung verstärken, damit man »die Möglichkeit hat, beizeiten Versuchen von Judenpogromen vorzubeugen«.

Warum, so klagte er, nimmt sich der Nachrichtendienst der Öffentlichkeit nicht solcher Anordnungen an und belässt sie im Stillen?

In einem flammenden Auftritt warnte Schingarjow jedoch sogleich, die Duma dürfe nicht »zulassen, dass sich die Debatten in diesem gewaltigen Strom der uferlosen jüdischen Frage ausdehnen«. Genau das geschah aber infolge der Verlesung jenes Rundschreibens. Schingarjow selbst war es gewesen, der die Debatte unvorsichtig in diese Richtung gelenkt hatte, als er

ausgehend von seiner Verteidigung der Juden erklärte, die Verräter seien gerade Russen: Suchomlinow, Mjasojedow und General Grigorjew, der schändlich die Festung von Kowno aufgegeben hatte.

Das forderte zu einer Antwort heraus. Markow erwiderte ihm, er habe nicht das Recht, sich über Suchomlinow zu äußern, da die Ermittlungen hier noch andauerten. (Manchen Erfolg erntete der Progressive Block in der Angelegenheit Suchomlinow, doch gegen Ende der Provisorischen Regierung war auch er selbst gezwungen einzuräumen, dass er Ammenmärchen aufgesessen war und es keinen Verrat gegeben hatte.) Mjasojedow war bereits verurteilt und gehenkt worden (es gibt aber Hinweise, dass auch diese Geschichte faul war). Markow merkte an, dass »Mjasojedow gemeinsam mit sechs ... jüdischen Spionen gehenkt« worden sei (eine mir nicht bekannte Tatsache; verurteilt wurde Mjasojedow allein), man möge nur den Prozentanteil errechnen.

Im Programm des Progressiven Blocks, das im August 1915 mühevoll zusammengekleistert worden war, fanden sich unter anderem folgende Punkte: »Autonomie für Polen« - das klang schon gespenstisch, da ganz

Polen an die Deutschen gefallen war; »die rechtliche Gleichstellung der Bauern« - sie hätte nicht von der Regierung gefordert werden sollen, denn Stolypin hatte diese Gleichstellung schon längst auf den Weg gebracht, und es war die Duma gewesen, die sie wegen der Konkurrenz zur Gleichstellung der Juden nicht ratifiziert hatte; und schließlich: »mit einer schrittweisen Abschwächung der Beschränkungen in den Rechten der Juden beginnen« - in all ihrer ausweichenden Zögerlichkeit erschien diese Formulierung nun als wichtigster Punkt im Programm des Blocks. Die jüdischen Abgeordneten traten dem Progressiven Block bei, und in der Presse kündete es auf Jiddisch: »Die Juden wünschen dem Progressiven Block viel Erfolg auf seinem Weg!«

Nach den auszehrenden fast zwei Jahren des Krieges, nach den Verlusten an der Front und bei der kochenden Wut im Hinterland kam nun die extreme Rechte mit Vorwürfen: »Ihr habt wohl begriffen, dass ihr vor dem Volk euer Schweigen über die deutsche Vorherrschaft, euer Schweigen über den Kampf gegen die Teuerung und euer nutzloses Drängen nach der Gleichberechtigung der Juden erläutern müsst. « Was sind das für Forderungen, »die ihr jetzt, in Kriegszeiten, an die Regierung stellt und ihr droht, sie aus dem Amt zu jagen, weil ihr nur eine Regierung anerkennen wollt, die den Juden die Gleichberechtigung gibt«. Aber »die Gleichberechtigung kann doch nicht jetzt gegeben werden, ausgerechnet jetzt, wo alle bis zur Weißglut gegen die Juden aufgebracht sind - damit hetzt ihr sie doch gegen diese unglücklichen Juden auf«.

Gegen die Aussage, die Volkswut sei am Kochen, wandte sich der Abgeordnete Friedman: »Vor dem dunklen Hintergrund des jüdischen Jochs hebt sich als heller Fleck eine Alltagserscheinung ab, die ich nicht mit Schweigen übergehen kann: Das ist die Haltung der russischen Bevölkerung in den zentralen Gouvernements zu den jüdischen Flüchtlingen, die dort gestrandet sind. « Diesen jüdischen Flüchtlingen »begegnete man mit Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft«. Das »ist das Unterpfand unserer Zukunft, das Unterpfand unserer Verbundenheit mit dem russischen Volk«. An allem jüdischen Ungemach hingegen gibt er beharrlich der Regierung die Schuld und geht mit den Beschuldigungen so weit, dass »die Pogrome niemals geschehen wären, wenn sie die Regierung nicht gewünscht hätte«. Durch die Mitglieder der Staatsduma »wende ich mich an die ganze 170-Millionen-Bevölkerung

Russlands, ... durch eure Hände will man das Messer gegen das jüdische Volk in Russland erheben«.

Darauf kam die Antwort: Kennen denn die Duma-Abgeordneten die Stimmung im Land? »Das Land schreibt nicht in jüdischen Zeitungen, das Land leidet, arbeitet... und kämpft in den Schützengräben. Da ist das Land, und nicht in den jüdischen Zeitungen, wo Unbekannte sitzen, die nach obskuren Direktiven arbeiten. « Bis hin zu: »Abhängigkeit der Presse von der Regierung ist ein Übel, aber es gibt noch ein größeres Übel: Abhängigkeit der Presse von den Feinden des russischen Staates. «

Wie Schingarjow schon vorausgeahnt hatte, wäre es für die liberale Dumamehrheit zum gegebenen Zeitpunkt nicht wünschenswert gewesen, diese Debatten über die jüdische Frage fortzusetzen. Doch da sie nun einmal in Gang gekommen waren, waren sie nicht mehr aufzuhalten. Und so zog sich über vier Monate bis an das Ende der herbstlichen Sitzungsperiode ein Rattenschwanz von Auftritten, die sich ständig auch zwischen andere Angelegenheiten schoben.

Die Rechten hielten dem Progressiven Block vor, es werde in der Duma keinen Kampf gegen die Teuerung geben: »Gegen Banken, Syndikate und Blockaden von Industriellen werdet ihr nicht ankämpfen, denn das würde ja bedeuten, dass ihr gegen die Juden kämpfen würdet. « Für die Lebensmittelversorgung Petrograds, so hieß es, »wurde von der neuen Verwaltung zwei Juden, Lewenson und Lesman, der Aufkauf überlassen«, und zwar Lewenson für die Versorgung der Hauptstadt mit Fleisch, Lesman die Lebensmittelläden, und er habe illegal Mehl nach Finnland verkauft. Und so gab es noch viele weitere Beispiele von Lieferanten, die die Teuerung aufblähten. (Keiner der Abgeordneten übernahm es, die Kommissionäre zu verteidigen.)

Es war unausweichlich, dass die Erörterungen in der Folge auch den zur Zeit des Krieges brennend aktuellen Numerus clausus erreichen würden. Wie wir gesehen haben, war er nach der Revolution von 1905 erneuert worden, doch hatte es Schritte zu seiner Abschwächung gegeben, in Form der breiten Anwendung des Externenstudiums an Gymnasien und der Zulassung zum Staatsexamen für jüdische Ärzte mit ausländischen Diplomen, und weitere Erleichterungen, wenn auch keine Aufhebung, bis 1915 der Ansiedlungsrayon fiel. Der Minister für Volksaufklärung P. N. Ignatjew (1915/16), der in der Gesellschaft überaus populär war (und nach der Februarrevolution in keiner Weise verfolgt wurde), schwächte den Numerus clausus an den Hochschulen noch weiter ab. Im Frühjahr 1916 -wurde nun ständig in den Debatten der Staatsduma über diese Frage gesprochen. Bei den Beratungen des Budgets für das Ministerium für Volksaufklärung erklärte der Odessaer Abgeordnete und Professor der Neurussischen Universität Lewaschew, dass die Anordnung des Ministerrates von 1915 (über die Aufnahme der Kinder von an der Front in der Armee Dienst tuenden Juden ungeachtet des Numerus clausus) nun durch den Minister für Volksaufklärung eigenmächtig auch auf die Kinder der Bediensteten des »Semgor«, der Evakuierungsbehörden und Hospitäler ausgedehnt worden sei, sowie auf Personen, die [fälschlich] erklären, von in der Armee dienenden Verwandten unterhaltsabhängig zu sein. So wurden an der Medizinischen Fakultät der Neurussischen Universität im Jahr 1915 für das erste Studienjahr 586 Personen zugelassen, »und darunter 391 Juden«, also zwei Drittel, während nur ein Drittel »für die anderen Volksgruppen verbleibt«. An der Universität in Rostow am Don wurden an der Juristischen Fakultät 81% Juden zugelassen, an der Medizinischen 56% und an der Physikalisch-Mathematischen 54%.

Gurewitsch widersprach Lewaschew: Das beweise doch, dass der Numerus clausus überhaupt nicht benötigt werde. »Was ist denn der Sinn einer Quotenregelung, wenn es sogar in einem Jahr der vermehrten Aufnahme von Juden gleichwohl möglich war, alle Christen aufzunehmen, die aufgenommen werden wollten?« Ob man vielleicht leere Auditorien haben wollte? Im kleinen Deutschland gäbe es eine große Zahl jüdischer Professoren - und Deutschland ginge deshalb nicht unter.

Markow wandte ein: »Die Universitäten sind leer, weil die russischen Studenten zum Kriegsdienst eingezogen worden sind, während Massen von Juden dorthin [in die Universitäten] geschickt werden. « »Indem sie sich der Kriegsdienstpflicht entziehen«, haben die Juden »in gewaltiger Zahl die Petrograder Universität angefüllt und gelangen auf diesem Weg in die Reihen der russischen Intelligenzija ... Diese Erscheinung ... ist für das russische Volk unheilvoll und sogar verderblich«, da jedes Volk »in der Macht seiner Intelligenzija« stünde. Die Russen »müssen ihre obere Klasse erhalten, ihre Intelligenzija, ihr Beamtentum, ihre Regierung; das muss russisch sein«.

Noch ein halbes Jahr später, im Herbst 1916, würde der Abgeordnete Friedman auf diese Frage zurückkommen und der Duma erneut die Frage stellen: Was nun, »sollen unsere Universitäten Heber leer stehen, ... soll

Russland lieber ohne intellektuelle Kräfte sein, ... wenn dort nur nicht zu viele Juden sind«?

Auf der einen Seite hatte Gurewitsch natürlich Recht: Warum sollten die Auditorien leer stehen? Soll doch jeder seinen Angelegenheiten nachgehen. Aber hatte er andererseits dadurch, dass er diese Frage stellte, nicht die Verdächtigungen und die Bitterkeit der Rechten bestätigt? War demnach unsere Sache nicht dieselbe? War es die Angelegenheit der einen, Krieg zu führen, und die der anderen, zu studieren?

(Auch mein Vater verließ die Moskauer Universität, ohne sein Studium abgeschlossen zu haben, und zog freiwillig in den Krieg. Damals schien das der einzig mögliche Weg zu sein: Es wäre unredlich gewesen, nicht an die Front zu gehen. Wer von diesen jungen russischen Freiwilligen, ja und wer von den an den Lehrstühlen verbliebenen Professoren begriff damals, dass die Zukunft des Landes nicht allein an der vordersten Front des Krieges entschieden wird? Welchen Weg die Epoche wies, das begriff überhaupt noch niemand in Russland, und auch nicht in Europa.)

Im Frühjahr 1916 wurden die Debatten über die jüdische Frage eingestellt, da sie unerwünschte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit hervorriefen. Doch auch die Änderung des Gesetzes über das Semstwo auf Bezirksebene führte wieder zum Thema der Nationalitäten. Erstmals wurde das neu geschaffene Bezirks-Semstwo im Winter 1916/17 erörtert, in den letzten Monaten der Duma. Als einmal die Hauptredner der Duma in die Pause oder nach Hause gegangen waren und im Saal nur die Hinterbänkler saßen, da gelangte der Bauer Tarassow aus Wjatka auf die Rednertribüne, den man hier niemals gehört hatte. Zaghaft und auf Umwegen kam er zur Sache: Die Gesetzesänderung »berücksichtigt alle, zum Beispiel auch die Juden und, sagen wir, auch die Deutschen - eben jeden, der in unseren Bezirk kommen will. Was für ein Recht bekommen sie denn? ... Diese Personen, die sich dann [beim Bezirk] anmelden, ... die nehmen dann doch diesen Platz ein, und um die Bauern kümmert sich wieder niemand ... Wenn der Vorsitzende der Bezirks-Semstwoverwaltung ein Jude ist, und seine Frau

Schriftführerin oder Sekretärin, was für ein Recht haben dann die Bauern dadurch erhalten? ... Was wird das sein, wo werden die Bauern sein? Unsere heldenmütigen Kämpfer werden zurückkehren, doch was für Rechte werden ihnen eingeräumt? Sie müssen hintanstehen, aber im Krieg stehen ganz vorne nur die Bauern mit ihren grauen Mänteln ... Führt nicht solche Änderungen ein, die gänzlich dem praktischen bäuerlichen Leben zuwiderlaufen, und vor allem: Gebt den Juden und den Deutschen nicht das Recht, an den Wahlen zum Semestwo auf Bezirksebene teilzunehmen, denn diese Volksgruppen bringen der Bevölkerung nicht nur keinerlei Nutzen, sondern gewaltigen Schaden, und im Land wird es zu Unruhen kommen. Wir Bauern werden diesen Nationalitäten nicht nachgeben. «

Zur gleichen Zeit ging die öffentliche Kampagne für die jüdische Gleichberechtigung weiter. Zu ihrer Unterstützung wurden auch Organisationen einbezogen, die vordem gar nichts damit zu tun hatten, zum Beispiel die Gwosdew'sche Gruppe der Arbeit, welche die Interessen des russischen Proletariats vertrat. Im Frühjahr 1916 bestätigte die Gruppe der Arbeit, ihr sei bekannt, dass »die Reaktion« (darunter war zu verstehen die Regierung und der Apparat des Innenministeriums) »offen einen gesamtrussischen [Juden-]Pogrom vorbereitet«. Kusma Gwosdew wiederholte diesen Unsinn auch auf einer Sitzung der Militärisch-Industriellen Komitees. Im März 1916 wandte sich die Gruppe der Arbeit mit einem Brief an Rodsjanko, in dem sie auch dagegen protestierte, dass die Duma die Debatten über die jüdische Frage eingestellt hatte, da sie unerwünschte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregten; dafür bezichtigte die Gruppe mm schon die Duma selbst der Zuarbeit für die Antisemiten: »Das Verhalten der Mehrheit in der Staatsduma auf der Sitzung vom 10. März war faktisch eine direkte Unterstützung und Untermauerung der antisemitischen Pogrompolitik der herrschenden Richtung ... Die Dumamehrheit führt durch diese Unterstützung des militanten Antisemitismus der herrschenden Kreise einen gefährlichen Schlag gegen die Sache der Selbstverteidigung des Landes. « (Man stimmte sich untereinander nicht ab und begriff auch nicht, dass es gerade für die linke Seite in derDuma notwendig war, die Debatten abzustellen.) Die Arbeiter wurden von »jüdischen Gruppen« unterstützt, die nach einem Bericht der Petrograder Geheimpolizei im Oktober 1916 »die Hauptstadt überströmten und die parteilose, aber scharf obrigkeitsfeindliche Politik anführten«.

Und was tat die Obrigkeit? Konkrete Dokumente sind nicht bekannt, aber an den veränderten Zusammensetzungen der Ministerien des Jahres 1916 ist abzulesen, dass ernsthaft an einem Gesetz über die jüdische Gleichberechtigung gearbeitet wurde. Davon sprach Protopopow zu verschiedenen Anlässen, und offensichtlich war es ihm bereits gelungen, Nikolaus II. in vielen Punkten zu überzeugen. (Protopopow mochte es auch deshalb eilig haben, weil er eine beginnende gegen ihn gerichtete Kampagne linker Kreise abstellen wollte.) Der letzte Chef der Petrograder Geheimpolizei vor der Revolution, General Globatschow, zitiert in seinen Erinnerungen die Worte des letzten Justizministers Dobrowolskij, wonach der »Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Juden bereits [in den Monaten vor der Revolution] vorbereitet war und das Gesetz aller Wahrscheinlichkeit nach zu Ostern 1917 verkündet worden wäre«.

Doch Ostern 1917 beging man schon nicht mehr unter dieser Obrigkeit. Die kühnsten Wünsche unserer Radikalen und Liberalen sollten in Erfüllung gehen.

»Alles für den Sieg!« Jawohl, aber »nicht mit dieser Obrigkeit«! Die russische und die jüdische Öffentlichkeit und die Presse gaben sich schließlich ganz dem Sieg hin, sogar ihre

größten Rädelsführer - nur bloß nicht mit dieser Regierung, nicht mit diesem Zaren. Sie folgten immer noch begeistert derselben Erwägung, die sie schon zu Beginn des Krieges angestellt hatten, einfach und genial: noch im Lauf dieses Krieges (denn hinterher wäre es schwieriger) und ununterbrochen gegen Deutschland kämpfend den Zaren stürzen und die staatliche Ordnung ändern. Dann würde auch die jüdische Gleichberechtigung kommen.

*

Wir haben nun in vielen Einzelheiten die verschiedensten Umstände erörtert, die das 120-jährige gemeinsame Leben der Russen und Juden in einem Staat begleiteten. Manche der Probleme wurden im Lauf der Zeit gelöst, andere entstanden neu und vergrößerten sich in den letzten Jahren, bis hin zum Frühjahr 1917. Aber der evolutionäre Charakter der Entwicklung gewann auf jeden Fall die Oberhand und versprach eine stabile Basis für die Zukunft.

Genau in diesem Moment jedoch stürzten mit einem Schlag gemeinsam mit dem Staatsgebilde Russlands auch alle Früchte dieses Prozesses, das mit viel Blut bezahlte Durchhalten im Krieg und die Hoffnungen auf ein neu erblühendes Leben in sich zusammen — es kam die Februarrevolution.